

**Verhandlungen
des Vereins für Socialpolitik
über die Lage der in der Seeschifffahrt
beschäftigten Arbeiter und über die Störungen
im deutschen Wirtschaftsleben
während der Jahre 1900 ff.**



Duncker & Humblot *reprints*

Verhandlungen von 1903.

Schriften
des
Vereins für Socialpolitik.

CXIII.

Verhandlungen der Generalversammlung in Hamburg,
14., 15. und 16. September 1903.

Auf Grund der stenographischen Niederschrift hrsg. vom Ständigen Ausschuß.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1904.

Verhandlungen
des
Vereins für Socialpolitik
über
die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten
Arbeiter
und
über die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben
während der Jahre 1900 ff.

Mit Referaten von
Prof. Dr. **G. Franke**, Prof. Dr. **W. Sombart**,
Inspektor Kapitän **Polis**, Geh. Hofrat Dr. **F. Hecht**,
Privatdozent Dr. **J. Jastrow**.



Leipzig,
Verlag von Dunder & Humblot.
1904.

**Alle Rechte für das Ganze wie für die einzelnen Teile sind vorbehalten.
Die Verlags-handlung.**

Hierersch Hofbuchdruckerei Stephan Weibel & Co. in Altenburg.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Erster Verhandlungstag, Montag, 14. September 1903.	
Zur Eröffnung	1
Die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter.	
I. Referat von Professor Dr. Ernst Franke=Berlin	11
II. Korreferat von Inspektor Kapitän Poliz=Hamburg	45
Debatte	63
Zweiter Verhandlungstag, Dienstag, 15. September 1903.	
Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.	
I. Referat von Professor Dr. Sombart= Breslau	121
II. Referat von Geh. Hofrat Dr. Hecht=Mannheim	139
III. Referat von Privatdozent Dr. Jastrow=Berlin	169
Debatte	184
Dritter Verhandlungstag, Mittwoch, 16. September 1903.	
Debatte	209
Verzeichniß der Redner	314
Verzeichniß der Teilnehmer an der Generalversammlung	315

Zu Band 106 Schr. d. B. f. S. S. 17.

„Die Berechnung auf Seite 17 basiert wie diejenige auf Seite 16 auf fast ausschließlicher Minetteverarbeitung und gilt daher mit derselben Einschränkung, wodurch aber aus den angeführten Gründen die Tatsache nicht aus der Welt geschafft wird, daß nämlich die lothringisch-luxemburgischen Werke gegenüber den Ruhrwerken für Halb- und Fertigfabrikate noch günstiger gestellt sind.“

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 14. September 1903.

(Beginn vormittags 9 Uhr.)

Professor Dr. Schmoller (Berlin): Ich bitte die Herren, Platz zu nehmen. Meine Herren! Im Namen des Vorstandes habe ich die Ehre, die diesjährige Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik zu eröffnen. Das erste, was uns nach den Statuten obliegt, ist die Konstituierung des Bureaus. Die Generalversammlung als solche wählt den ersten Vorsitzenden, der seinerseits die stellvertretenden Vorsitzenden und die Schriftführer ernennt. Ich darf daher bitten, daß Vorschläge über den Vorsitz gemacht werden.

Ministerialdirektor Dr. Thiel: Ich möchte den Herren vorschlagen, den allverehrten Vorsitzenden unseres Vereins zu bitten, auch diesmal wieder den Vorsitz zu übernehmen. (Zustimmung.)

Professor Dr. Schmoller: Wenn Sie einverstanden sind, so will ich keine Weiterungen machen und bitte die Herren Excellenz Staatsminister Dr. v. Berlepsch, Ministerialdirektor Dr. Thiel und Professor Dr. v. Philippovich als stellvertretende Vorsitzende zu fungieren und in der Hauptsache heute, morgen und übermorgen den Vorsitz im einzelnen zu führen. Als Schriftführer bitte ich zu fungieren die Herren Professor Dr. Franke, Dr. Heckscher, Otto Carl Geibel-Leipzig und Rechtsanwalt Dr. Bitter-Hamburg. Ich darf annehmen, daß die sämtlichen Herren damit einverstanden sind.

Ehe wir jetzt zu unseren Geschäften übergehen, erlauben Sie mir noch einige ganz kurze Worte der Eröffnung.

Der Verein für Socialpolitik hat eine über dreißigjährige Tätigkeit hinter sich; er wurde im Jahre 1872 von einem kleinen Kreise Sozial-

Schriften CXIII. — Verhandlungen 1903.

politiker, Gelehrter und Patrioten gegründet, um für die Sozialreform in der Öffentlichkeit zu wirken, um die öffentliche Meinung, die Regierungen, die Parteien in diesem Sinne für seine Überzeugungen, für die soziale Versöhnung, für die Sozialreform zu gewinnen. Keiner Klasse und keiner politischen Partei dienend, nur mit dem Zweck, die Wahrheit, die wissenschaftliche Erkenntnis zu fördern, hat er sich bemüht, vor allem in seinen Schriften die objektiven Tatsachen richtig festzustellen und in seinen Vorschlägen, in den Reformen, die er gut geheißen hat, den Weg zu finden, der aus den Wirrnissen der Gegenwart, aus den sozialen Kämpfen der Gegenwart zu einer besseren Zukunft, zu vollendetere, gerechteren, der modernen Zeit entsprechenden sozialen Institutionen führt. Und ich glaube, der Verein hat nicht ganz umsonst gewirkt, so wenig ich auch neben den anderen großen realen Mächten der Gegenwart seine Tätigkeit überschätzen möchte. Freilich hat es heute oft den Anschein, als ob in diesen 30 Jahren die sozialen Gegensätze nur gewachsen wären, als ob wir heute vor einer ernstern Situation stünden als 1872, und es läßt sich ja auch gar nicht leugnen, daß auf der einen Seite die Gefahren gewachsen sind, es läßt sich nicht leugnen, daß die Sozialdemokratie in Deutschland wie in keinem anderen Lande eine Macht geworden ist, und zwar eine Macht, die sich den bestehenden Verhältnissen, dem bestehenden Verfassungsrecht, der heutigen Ordnung der Volkswirtschaft nicht einordnen will, die, wie verschiedenartig auch ihre Auffassung von dem Begriff der Revolution sein mag, doch zum Umsturz der bestehenden Staatsordnung mit allen Mitteln, eventuell mit Gewalt sich bekennt; und ebensowenig läßt sich leugnen, daß auf der anderen Seite die Gegner des sozialen Fortschritts wirklich oder scheinbar an Bedeutung, teilweise auch an Macht zugenommen haben, daß wir, wie in der Sozialdemokratie eine Partei der Revolution, in ihnen eine Partei der Scharfmacher in Deutschland vor uns sehen, die mindestens das allgemeine Stimmrecht beseitigen möchte, es beseitigen will um jeden Preis, selbst um den Preis des Staatsstreichs, die jedenfalls jede freiere Bewegung der unteren Klassen, der Gewerkschaften und aller derartiger Vereinigungen bis aufs Messer bekämpfen, die Sozialdemokratie gewaltsam unterdrücken will.

Wir im Verein für Socialpolitik stehen auf dem Standpunkt, daß diese extremen Bewegungen nur dem Vaterlande zum Schaden gereichen, wir lassen nicht von der Hoffnung, daß es einen Ausgleich der sozialen Gegensätze, einen Ausgleich der sozialen Interessen geben könne und geben müsse. Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß die überspannten Klassengegensätze nach vergeblichen Anläufen mit der Zeit wieder in das Bett ruhiger Entwicklung zurückkehren, den Ausgleich finden werden.

Gewiß, die Gegensätze und Kämpfe sind bei uns in Deutschland schroffer als in irgend einem anderen Lande. Ich darf nicht von den Ursachen sprechen, daß dem so sei. Jedenfalls ist die Ursache nicht die, daß es dem Arbeiter bei uns schlechter gehe als anderwärts. Ich möchte hier nur das sagen: größere Gegensätze und Kämpfe sind für mich zunächst nur ein Beweis, daß gewisse Mißstände hier stärker empfunden werden, daß eine breitere Volksbildung, ein stärkeres Empfindungsleben, ein gewisser Idealismus sie zu soviel stärkeren Afforden hat anschwellen lassen. Und deshalb möchte ich behaupten, Gegensätze und Kämpfe, die den Übergang in neue Zeitalter, neue Lebensformen begleiten, seien an sich unvermeidlich und seien dann kein Unglück, wenn das betreffende Volk die sittliche Kraft hat, die Staatsmänner findet, die über die Kämpfe weg zu den neuen höheren Formen des sozialen und politischen Lebens führen. Deutschland hat schon mal größere Kämpfe, ein heftigeres Ringen als alle anderen Völker gehabt in der Reformationszeit. Wollen wir die harten Reibungen, welche die Reformation, die moderne freie Wissenschaft geboren haben, nun für ein Unglück Deutschlands erklären?

Die Reformation hat uns Deutsche emporgehoben, die sozialen Kämpfe werden es vielleicht ebenso tun. Wir dürfen nur nicht verzagen, wir müssen den Ausweg finden. Ein dauerndes Unglück wäre unsere soziale Zerklüftung nur, wenn nicht gegenüber den divergierenden, auseinandergehenden, sich bekämpfenden Kräften die zentralen Kräfte stark genug wären. Sind wir stark genug in dieser Beziehung, haben wir die moralischen und politischen Kräfte, um über die Gegensätze hinwegzukommen, dann werden wir auch das erste Volk der Welt sein, dann werden wir die gelungenste soziale Reform erreichen, und das ist meine, ist die Hoffnung einer großen Zahl meiner Freunde.

Meine Herren! Daß überhaupt die Gegensätze sozialer Art bei höherer Kultur, bei neuer Technik, bei neuem Verkehr, bei neuer sozialer Schichtung wachsen müssen, daß diese Gegensätze und gegensätzlichen Kräfte sich aneinander messen — das war und ist das Gesetz aller historischer Entwicklung. Deswegen kann beim Sachkenner heute keine Rede davon sein, daß diese Gegensätze künstlich gemacht seien, daß man sie plötzlich unterdrücken könnte usw., sondern es kann immer nur davon die Rede sein, daß diese Gegensätze langsam wieder zum Frieden kommen, daß sie einen Ausgleich finden, daß die zentralen Kräfte des Staatslebens stark genug sind, ihrer Herr zu werden. In erster Linie ist gewiß dazu die Regierung, das Gesetz, die starke Gewalt des Staates berufen. Aber, meine Herren, wehe dem Volk, wo die Gesamtinteressen, die Friedenstendenz, die Versuche des Ausgleichs nur noch bei

der Regierung zu finden ist. Im gesamten Volke müssen diese Tendenzen gepflegt werden, im Volke selbst muß die Erkenntnis wachsen, daß gegenüber den Gegensätzen und Kämpfen die einheitlichen Ziele, die Gesamtinteressen die Oberhand behalten müssen. Es muß im ganzen Volke das Bewußtsein wachsen, daß man die Kampfgebiete einschränken müsse, daß es ein großes und breites Gebiet des sozialen Gottesfriedens geben müsse, in dem immer wieder die verschiedenen Klassen sich die Hand reichen können, um von hier aus auch über die Streitpunkte zu einer Einigung zu kommen. Die Gefühle der Gemeinsamkeit, die Gefühle der Gesamtinteressen, das Verständnis der Sonderinteressen des Gegners müssen gepflegt werden, damit man zu einer solchen Einigung komme. Und, meine Herren! alle großen Völker der Welt haben nach schweren sozialen Kämpfen durch solche sozialen Friedensschlüsse ihre höchste Blüte der Kultur und der Volkswirtschaft erreicht — ich darf nur erinnern an die schweren Kämpfe der Römer zwischen Patriziern und Plebejern; nach hundertjährigen Kämpfen und Friedensschlüssen zwischen Patriziern und Plebejern folgte erst die eigentliche Helbenzeit, die große Zeit Roms. Hoffen wir, daß das auch in Deutschland möglich sei, daß wir nach diesen Kämpfen solche Einigung, solche Versöhnung wieder erblicken werden, und suchen wir an unserem Teile hierfür zu arbeiten.

Und, meine Herren! wenn ich die Gegenwart betrachte, wenn ich die letzten zehn Jahre unserer Entwicklung, unserer sozialen und politischen Entwicklung betrachte, so sehe ich doch eine Summe von günstigen Momenten neben dem Wachsen der Extreme. Ich möchte sagen, ich sehe seit 1890 den Sieg der extremen Gedanken in der Sozialdemokratie, aber damit auch, wenn zunächst nur als Unterströmung, den Beginn einer veränderten vernünftigeren Auffassung. Ich sehe, daß auch in allen übrigen Klassen, in den Regierungen, im Beamtentum, in der Unternehmerswelt günstigere Symptome langsam, aber sicher im Wachstum sind.

Ich darf dabei hier nicht länger verweilen. Ich nehme meinen Ausspruch, daß auch in dieser Beziehung manches besser geworden sei, nur zum Anlaß, um, wie es bei uns üblich ist, an dieser Stelle zweier Toter zu gedenken, die in unserem Ausschuß segensreich gewirkt haben und deren Persönlichkeit mir typisch erscheint für den sozialen Fortschritt, von dem ich sprach. Es ist Geheimrat Wörishoffer, der Typus eines sozialpolitisch hochstehenden und segensreich für die Sozialreform wirkender Beamten, dessen Tod wir beklagen, und es ist einer der größten, fähigsten und erfolgreichsten deutschen Unternehmer, Richard Roesske, der auch unserem Kreise angehörte und in ihm so segensreich gewirkt hat, wie in so vielen anderen Kreisen. Es war

einer unserer größten deutschen Unternehmer; von kleinsten Anfängen hat er das Geschäft seines Vaters zu einem riesenhaften Unternehmen ausgebeht. Nüchtern, klar, bescheiden, ein Geschäftsmann, wie er sein muß, ein Freund seiner Arbeiter, ein Mann, der in allen großen sozialpolitischen Fragen auf dem Boden stand, den wir im Verein für Socialpolitik vertreten, ein wahres Musterbild deutscher Großunternehmer, wie wir sie wünschen. Ich darf die Herren und die Damen bitten, zum ehrenden Andenken an diese beiden Männer sich zu erheben.

(Geschlecht.)

Ich darf noch hinzufügen, daß Männer wie Wörishoffer und Roesicke gottlob nicht vereinzelt stehen, wenn viele von ihnen auch nicht so in die Öffentlichkeit treten. Wir haben Hunderte von Beamten, wir haben Hunderte von Unternehmern, die ähnlich denken und handeln, und daß ihre Zahl künftig weiter zunehme, das ist eben unsere Hoffnung. Wenn wir sozialpolitisch auch nicht in jeder Beziehung im Moment auf große Erfolge rechnen, die Hoffnung, daß es besser werde, die Hoffnung, daß gerechtere und bessere soziale Institutionen mehr und mehr im Deutschen Reiche Platz greifen werden, die Hoffnung geben wir nicht auf! In dieser Hoffnung arbeiten wir weiter und die Arbeit der nächsten Tage widmen wir zwei der wichtigsten und akutesten Fragen, der Arbeiterfrage in der Seeschifffahrt und der Krisenfrage. Lassen Sie mich die Hoffnung aussprechen, daß unsere Debatten und Schriften über diese Fragen Gutes wirken werden. Und lassen Sie mich mit dem Dichterwort meine Begrüßung schließen, das in trüber Zeit, in der Hoffnung, daß es einst ein Deutschland und eine deutsche Einheit geben werde, im Jahre 1820 Ludwig Uhland ausgesprochen hat; er sagte damals:

Untröstlich ist's noch allerwärts,
Doch sah ich manches Auge flammen,
Und klopfen hört' ich manches Herz!

Dieses Gefühl beseelt auch heute diejenigen, die im Verein für Socialpolitik für soziale Reformen kämpfen.

(Lebhafter Beifall.)

Ich gebe jetzt dem Herrn Präsidenten des Senats, Sr. Magnificenz Dr. Burchard das Wort.

Bürgermeister Dr. Burchard, Magnificenz (Hamburg): Meine Herren! Im Namen des Senates habe ich die Ehre, die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik zu begrüßen und der Freude des Senats Ausdruck zu geben, daß Sie, meine geehrten Herren, zu Ihren diesjährigen Be-

rationen sich in Hamburg zusammengefunden haben. Seien Sie überzeugt, daß Sie uns willkommenen Gäste sind und daß Ihren Bestrebungen nicht nur vom Senate, sondern auch von weiteren Kreisen der hamburgischen Bevölkerung sympathisches Interesse entgegengebracht wird. Sie sind zu uns gekommen, ehrenvoll bewährt durch eine dreißigjährige ersprießliche Tätigkeit. Es war in der Tat ein Ereignis hoher Bedeutung, als durch die Gründung des Vereins für Socialpolitik die berufensten Vertreter der Wissenschaft sich öffentlich zu dem Grundsatz bekannten, daß ein Eingreifen der Staatsgewalt in das deutsche Wirtschaftsleben, daß der Schutz der wirtschaftlich Schwachen zur Notwendigkeit geworden sei, wenn anders das Wohl der Gesamtheit nicht geschädigt werden solle. Und nun stehen Sie am Beginn des vierten Jahrzehnts Ihres verdienstvollen Wirkens. Da ziemt es sich, warm empfundenen Dank auszusprechen für alles, was auf dem Gebiete der Sozialpolitik von Ihnen gefördert und auf Ihre Anregung oder unter Ihrem Einfluß geschaffen worden ist. Die überaus zahlreichen, in mehr als hundert Bänden vorliegenden wissenschaftlichen Arbeiten des Vereins, die dem Sozialpolitiker reiche Ausbeute darbieten, lassen erkennen, wie sich die Wissenschaft während des letzten Menschenalters zu den sozialpolitischen Problemen gestellt hat und wie sie bestrebt gewesen ist, auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung dem Gedanken sozialer Reform die Wege zu ebnen.

Der Größe Ihres Arbeitsfeldes, meine Herren, entspricht die Bedeutsamkeit Ihrer Arbeit, und das im ganzen Vaterlande in steter Zunahme begriffene Verständnis für Ihre Bestrebungen. Unbestreitbar sind die soziale Einsicht und das soziale Interesse im Wachsen, und immer größer wird die Zahl derjenigen, welche die Zeichen der Zeit zu deuten wissen und ihrem sozialen Zuge sich nicht verschließen. Zwar, manchem Vorkämpfer auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist die Zahl der Mitkämpfer zu gering, die Entwicklung zu langsam, das Interesse nicht warmherzig genug. Aber, wenn es sich um tiefgreifende kulturelle Entwicklungsprozesse der Menschheit handelt, ist nicht mit Monaten oder mit Jahren, sondern mit weit größeren Zeiträumen zu rechnen, da geht es nur schrittweise vorwärts, und im normalen Verlauf der Dinge erntet erst ein späteres Geschlecht die Früchte, welche zu gewinnen das vorausgegangene in ernster, strenger Arbeit bemüht war. Schon diese Erwägung hält den Kleinmut fern. Es kommt aber hinzu, daß mit größerem Zeitmaß gemessen und von einem höheren Standpunkt betrachtet, der in den letzten Jahrzehnten auf dem Gebiete der Sozialpolitik erzielte Fortschritt als ein erheblicher zu bezeichnen ist. Man vergegenwärtige sich nur, wie es in dieser Beziehung vor fünfzig Jahren in Deutschland

aus sah, und was seitdem erreicht worden ist. Hand in Hand mit dem gewaltigen politischen Aufschwung unseres Volkes, und mit einer unvergleichlichen Entwicklung auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technik, der Volkswirtschaft und des Verkehrs ging in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts eine Betätigung auf dem Gebiete der praktischen Nächstenliebe, welcher die verdiente Anerkennung nicht versagt werden darf.

Gewiß, diese Betätigung sollte noch umfassender, noch wirksamer, in höherem Maße Herzenssache sein. Aber auch Zweifelsucht und Mißmut werden zugeben müssen, daß das Gefühl der sozialen Verantwortlichkeit ein gegen frühere Zeiten erheblich gesteigertes ist. Seitdem sich der arbeitenden Klassen eine tiefgehende Bewegung bemächtigt hat, seitdem die soziale Frage, die dem forschenden Geiste eine Reihe neuer und schier unabsehbarer Perspektiven eröffnet, das Interesse aller denkenden Menschen in besonderem Maße beansprucht, ist in weiteren Kreisen das Bewußtsein neuer Pflichten und Aufgaben lebendig geworden. Mag dieses Bewußtsein auf religiöser oder auf allgemeinethischer Grundlage zur Betätigung drängen: es lebt, und Leben bedeutet Kraft und Bewegung. War man in früherer Zeit unbefangen in bezug auf den Anteil, der den unteren Klassen zukomme an den ideellen Gütern unseres Kulturlebens, waren es nur wenige bevorzugte Geister, welchen eine reifere Erkenntnis in sozialen Dingen zu Gebote stand, so empfinden es heute zahlreiche deutsche Männer und Frauen als Ehrenpflicht, auch der arbeitenden Bevölkerung höhere Kulturbedürfnisse zu vermitteln.

Vor allem aber soll hervorgehoben werden, daß sich die amtliche Welt dem sozialen Zuge der Zeit nicht mehr entzieht. Es ist allbekannt, daß die von Ihnen, meine Herren, vertretenen sozialpolitischen Grundsätze in den beiden letzten Dezennien in der Gesetzgebung des Reichs und der Einzelstaaten zu praktischer Geltung gelangt sind. Die periodisch erfolgende Herausgabe des „Reichs-Arbeitsblattes“, das in diesem Jahre zuerst erscheint, ist mit Recht als eine wichtige Etappe in der Fortführung der Sozialpolitik des Reiches bezeichnet worden, und wenn erklärt worden ist, daß es keine ernst zu nehmende innere Politik gibt, die nicht in gewissem Sinne sozial wäre oder doch so wirkte, so ist damit nicht zuviel gesagt. Der Verein für Socialpolitik darf somit hoffnungsfroh in die Zukunft blicken.

Meine Herren! Die wichtigeren Beratungsgegenstände, mit welchen Sie sich in diesen Tagen beschäftigen werden, begegnen in Hamburg lebhaftem Interesse.

Die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter, der Seeleute, ist, soweit es sich um Hamburg handelt, vor wenigen Jahren hieselbst von amtlicher Seite eingehend geprüft worden. Es darf behauptet werden, daß

danke dieser Prüfung die Verhältnisse sich inzwischen in mancher Beziehung günstiger gestaltet haben. Wie auf so vielen anderen Arbeitsgebieten hat sich auch auf dem Gebiete der Seeschifffahrt in den letzten Jahren eine tiefgreifende Veränderung vollzogen. Ich will nur hervorheben, daß die Größe und der Tiefgang der Schiffe beständig wachsen, daß die persönlichen Beziehungen zwischen dem Kapitän und dem einzelnen Seemann bei der Menge der für die großen Schiffe angemusterten Personen naturgemäß zurücktreten, und daß im nüchternen Einerlei des Alltagsdienstes der letzte Rest der Poesie, die dem Seemannsleben früher nachgerühmt ward, zu schwinden scheint. Andererseits geziemt es sich doch wohl, gerade in dieser Versammlung es anzuerkennen, daß auch die Verhältnisse der Seearbeiterschaft von der sozialen Strömung unserer Tage nicht unberührt geblieben sind. Die Gesetzgebung der letzten Jahre ist bemüht gewesen, und die verantwortlichen Organe bleiben bemüht, den Wünschen und Beschwerden der Seeleute gerecht zu werden, soweit die Eigenart des Schiffsdienstes und die Notwendigkeit, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Reedereien aufrecht zu erhalten, es irgend zulassen. Zwar, den abstrakten Forderungen der Wissenschaft werden die tatsächlichen Verhältnisse, wie ich annehme, in mancher Beziehung nicht entsprechen. Auch hier gilt eben das Wort „leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“ Es wäre zu begrüßen, wenn die genaue Kenntnis der Praxis auf die theoretische Betrachtungsweise, soweit erforderlich, klärend einwirken und andererseits die Wissenschaft die Härten der Praxis mildernd beeinflussen möchte.

Daß Sie, geehrte Herren, die seit dem Jahre 1900 im deutschen Wirtschaftsleben hervorgetretenen Störungen unter sozialpolitischen Gesichtspunkten betrachten wollen, erscheint besonders dankenswert. Die letzten Jahre haben in der Tat unter schwerem wirtschaftlichen Druck gestanden. Jetzt scheint die Zeit des Niederganges überwunden zu sein und der deutsche Unternehmungsgeist neu zu erstarken. Aber das wirtschaftliche Leben der großen Kulturnationen pflegt sich in Wellenlinien zu vollziehen, und so werden weniger gute Zeiten, Perioden anscheinenden Stillstandes oder gar Rückschritts dem industriell so hochentwickelten und auf dem Weltmarkte so leistungsfähigen deutschen Volke auch in Zukunft kaum erspart bleiben. Um so verdienstlicher wird die Erwägung der Frage sein, wie es zu verhindern ist, daß die wirtschaftlichen Krisen mit ihren unliebsamen Begleiterscheinungen für die große Menge der arbeitenden Bevölkerung verhängnisvoll werden, und die Lebenshaltung dieser Bevölkerung unter die bei günstigen Erwerbsverhältnissen erreichte Höhe herabgedrückt wird. Die Frage, unter welchen Voraussetzungen eine Regelung der Verhältnisse des Arbeitsmarktes

würde herbeigeführt werden können und wie das Schreckgespenst unverschuldeter Arbeitslosigkeit sich möchte bannen lassen, stellt sich dar als ein Problem, das hoffentlich in nicht allzuferner Zeit seiner Lösung um einen Schritt näher gebracht werden wird.

Ich schließe mit dem Wunsche, geehrte Herren, daß auch Ihre heute beginnenden Beratungen der Gesamtheit zum Segen reichen mögen, und heiße Sie nochmals herzlich willkommen!

(Lebhafter Beifall.)

Professor Dr. Schmöller: Ich danke im Namen des Vereins Ew. Magnificenz herzlich für die Worte, die Sie an den Verein gerichtet haben. Der Verein ist ganz besonders gern nach Hamburg gekommen, einesteils, weil die Fragen, die er diesmal beraten will, ganz besonderes Interesse für Hamburg haben, ganz besonders aber auch wegen des allgemeinen Interesses, das jeder Deutsche an seiner größten Handelsstadt hat. Wir wissen alle recht gut, daß das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft von der Blüte Hamburgs abhängt, und wir wissen als Sozialpolitiker recht gut, daß eine große, gesunde und gründliche Sozialreform nur möglich ist, wenn unsere Volkswirtschaft gedeiht, wenn der Mittelpunkt unseres Handels, wenn Hamburg emporkommt. Wir wissen freilich auch, daß gerade in Hamburg in den Kreisen mancher hochachtbarer Großunternehmer eine gewisse Abneigung gegen sozialpolitische Forderungen besteht; wir können das trotz unseres abweichenden Standpunktes verstehen, weil naturgemäß der, der in erster Linie die Volkswirtschaft fördern will, nicht ebenso rasch, ebenso leicht begreift, daß soziale Fortschritte dazu notwendig sind; sie können ja unter Umständen den rein volkswirtschaftlichen Fortschritt etwas erschweren und hemmen. Aber wir haben zugleich die Hoffnung, daß bei der hohen Intelligenz und besonders auch bei der Art, wie seit Jahrhunderten in Hamburg humane Bestrebungen unterstützt und verständnisvoll gefördert wurden, gerade auch in diesen Kreisen Hamburgs, die der Sozialreform mehr ablehnend gegenüberstehen, der Sinn mehr und mehr erwachen werde, der begreift, daß eine gesunde Sozialpolitik nicht sofort, aber für die künftige Weiterentwicklung auch eine Förderung des Handels, auch eine Förderung der gesamten Volkswirtschaft sei.

(Beifall.)

Rechtsanwalt Dr. Hefcher (Hamburg) macht darauf einige geschäftliche Mitteilungen.

Professor Dr. Schmöller: Wir treten nunmehr in den geschäftlichen Teil unserer Verhandlungen ein und ich bitte zunächst Ez. v. Berlepsch, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Staatsminister Dr. v. Berlepsch: Wir treten in den ersten Punkt der Tagesordnung ein: Die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter. Als Referenten sind bestellt die Herren Professor Dr. Franke und Inspektor Kapitän Poliz.

Ich möchte hinzufügen, daß der Verein bemüht gewesen ist, auch einen Referenten aus Arbeiterkreisen zu gewinnen; leider waren diese Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt, was wir sehr bedauert haben.

Die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter.

I.

R e f e r a t

von

Professor Dr. Ernst Franke-Berlin.

Als wir auf eine Anregung unseres so früh verstorbenen Mitgliedes Otto Wittelschöfer vor halb drei Jahren beschlossen, eine Erhebung über die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter zu veranstalten, waren wir uns vielleicht der Schwierigkeiten einer solchen Untersuchung, die nur mit privaten Arbeitskräften und beschränkten Hilfsmitteln vorgehen kann, nicht in vollem Umfange bewußt. Diese Erkenntnis stellte sich aber sehr bald im Laufe der Enquete ein, und heute, wo ich mich dem ehrenvollen Auftrage unseres Ausschusses, Ihnen in knappen Zügen ein Bild unserer Erhebung zu geben, unterziehe, bin ich mir über diese Schwierigkeiten sehr klar. Sie bestehen weniger in dem Umfang des zu erforschenden Gebietes, der sich beispielsweise mit dem der großen Handwerkerenquete des Vereins für Socialpolitik nicht entfernt vergleichen läßt, sondern hauptsächlich in der Erfassung der zahlreichen Nuancen in den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Seeleute, in der Unmöglichkeit, während der auf- und niederwogenden Entwicklung der Verhältnisse bestimmte typische Aus- und Durchschnitte zu ermitteln, und in dem Mangel an technischen Kenntnissen, der den Laien unter uns bei derartigen wissenschaftlichen Arbeiten auf einem Spezialgebiete anhaftet.

Wir haben gleichwohl die Ausführung des Werkes unternommen im Vertrauen auf das Entgegenkommen und den Eifer, den wir sowohl bei

unseren Mitarbeitern als auch bei Unternehmern und Arbeitern gefunden haben, wobei ich freilich auch nicht verschweigen darf, daß wir mehrfach auf fühle Reserve und völliges Versagen gestoßen sind. Um so mehr drängt es mich, allen denjenigen, die mit großem Aufwand von Zeit und Mühe, mit Rat und Tat unsere Arbeit unterstützt haben, den wärmsten Dank auszusprechen. Wenn wir uns auch die Schwächen und Lücken dieser Enquete nicht verhehlen, so dürfen wir doch betonen, daß hier ein umfassendes und ziemlich solides Fundament für die weitere Forschung in einem wichtigen Gebiete gelegt worden ist, das von einer wissenschaftlichen Untersuchung bisher fast völlig unberührt geblieben war. Jetzt besitzen wir in den Bänden 103 und 104 der „Schriften“ des Vereins für Socialpolitik, die in Ihren Händen sind, außer den allgemeinen Übersichten über die wirtschaftliche und technische Entwicklung der Seeschifffahrt, sowie des Seehandelsrechts mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitsverhältnisses, Spezialforschungen über die Verhältnisse in sämtlichen Häfen der deutschen Meeresküste von Emden bis Memel, zu denen dann noch Essays über die gesundheitlichen Zustände bei den Seeleuten und die Beziehungen zu der ländlichen Bevölkerung kommen. Und um für die Verhältnisse in Deutschland den richtigen Maßstab zu erhalten, haben wir auch die großen seefahrenden Nationen des Auslandes, Großbritannien, Frankreich, Norwegen, Vereinigte Staaten von Amerika herangezogen; für Österreich dürfen wir noch eine Schilderung in der allernächsten Zeit erwarten.

War es schon bei den Erhebungen selbst nicht leicht, in der Fülle der Tatsachen und Meinungen das Arbeitsfeld genau abzugrenzen und das Wesentliche von dem Zufälligen zu trennen, so ist das für Ihren Referenten noch schwieriger, der den ungeheueren, in tausend Fragen und Antworten zerfallenden Stoff Ihnen in einem durch Ausschlußbeschluß sehr knapp bemessenen Rahmen darstellen soll. In der Hoffnung, daß die ihm nachfolgenden Ausführungen recht zahlreicher Sachverständiger das Bild mit schärferer Zeichnung und kräftigeren Farben ausstatten werden, muß ich mich mit einer ziemlich flüchtigen Skizze als Unterlage der Verhandlungen begnügen. Ich werde mich dabei im großen und ganzen an den unserer Untersuchung zu grunde liegenden Plan halten, eine sehr verdienstliche Arbeit des Herrn Professor Tönnies, die der ganzen Erhebung die trefflichste Unterstützung geboten hat.

* * *

Die heutige Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter ist natürlich nur dann zu verstehen, wenn wir erkennen, wie die ganzen Ver-

hältnisse sich historisch entwickelt haben. Noch vor 50 bis 60 Jahren waren die Zustände ziemlich einfach. Der Kapitän, die Offiziere, die Mannschaft waren von Haus aus Seeleute von Beruf; sie waren trotz aller Mühsal und Not stolz auf ihr Handwerk; gleichem Ursprung entstammend, vielfach aus der ländlichen Bevölkerung der Küstenstriche und ihres Hinterlandes, fühlten sie das Band gemeinsamer Zugehörigkeit. Der Junge betrat das Schiff in der Erwartung, dereinst als Kapitän auf der Brücke zu stehen; und der Kapitän war häufig zugleich Eigentümer des Schiffes oder doch Teilhaber. Die Romantik des damaligen Seelebens webt noch heute ihren Schimmer auch um die viel größeren Gefahren, die Härte der Zucht an Bord, die zahllosen Entbehrungen der langen Reisen und die kurzen Erholungszeiten in den Hafenorten. Das Segelschiff beherrschte das Meer; die Zahl der Schiffe war groß, ihr Tonnengehalt mäßig oder klein. Die in einer Hand vereinigten Flotten waren geringfügig. Für die deutsche Seeschifffahrt hatte die Ostsee den Vorrang, auf dem Weltmeer hatte Deutschland wenig zu bedeuten. Wie hat sich das alles geändert! König Dampf hat das Segel verdrängt. An die Stelle der Handarbeit ist vielfach die Maschine getreten, der gelernte Berufsseemann wird häufig vom Gelegenheitsarbeiter ersetzt. Immer riesiger sind die Schiffe angewachsen, seitdem erst Eisen und dann Stahl für das Holz als Baumaterial eingetreten ist. Noch vor 30 Jahren galt ein Segelschiff von 500—600 t als ein sehr großes Schiff, heute haben wir Segler, die zehnmal, und Dampfschiffe, die dreißigmal so groß sind; ein moderner Frachtdampfer der Hamburg-Amerika-Linie kann in seinem Riesenleibe den Inhalt von 2000 Eisenbahnwaggons und mehr bergen. Die Fahrtsschnelligkeit wuchs in ungeahnter Weise. Die Rundreise eines Segelschiffes von Hamburg nach New York und zurück nahm im Jahre 1850 100 Tage in Anspruch, ein Dampfer machte 1860 die einfache Überfahrt in etwa 15 Tagen, heute brauchen die „Windhunde des Ozeans“ von Land zu Land über den Atlantik nur 5—6 Tage. Und wie die Größe, die Tragfähigkeit, die Schnelligkeit der einzelnen Schiffe enorme Dimensionen annahmen, so wuchs auch die Betriebs- und Kapitalkonzentration, die dem Einzelunternehmer unmögliche Aufgaben glänzend bewältigte.

Diese Entwicklung der Seeschifffahrt, die sich in wenigen Jahrzehnten mit reißender Geschwindigkeit vollzog, nachdem Jahrtausende hindurch das Gewerbe seine Hauptzüge bewahrt hatte, trat bei allen seefahrenden Nationen ein, aber nicht überall in gleichem Maße und in gleichem Tempo. Skandinavien und Frankreich sind zurückgeblieben, auch die Vereinigten Staaten halten noch keineswegs gleichen Schritt; allen Ländern unendlich voraus, was Zahl der Schiffe, Tonnengehalt der Handelsflotte und Umfang der

Seemannsbevölkerung betrifft, ist Großbritannien. In weitem Abstand, aber doch an zweiter Stelle folgt Deutschland. Und man muß feststellen, daß in keiner anderen Flotte, auch in der englischen nicht, der moderne Entwicklungsgang so typische Ergebnisse gebracht, so hohe Ziele erreicht hat als in der Handelsmarine Deutschlands: Wir haben relativ die größten Schiffe, absolut die schnellsten Dampfer, und nirgends vereinigen sich derartige Riesenbetriebe, wie die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd bei uns, in so wenigen Händen und in so wenigen Häfen; auch die Betriebs- und Kapitalkonzentration ist in der deutschen Flotte weiter vorgeschritten als in anderen Ländern, wenn man von dem jüngsten Versuche des Morgan-Trusts abieht. Indessen ist diese Entwicklung keineswegs gleichmäßig überall in der deutschen Reederei vor sich gegangen. Im Gegenteil: dem gewaltigen Aufschwung der Nordseeflotte steht ein schier unaufhaltsames Sinken der Ostseeflotte gegenüber. Noch 1876 waren beide Flotten an Zahl der Schiffe, Tonnengehalt und Mannschaft nicht allzusehr verschieden. Von 4745 Seeschiffen mit 1 084 882 Raumgehalt in Registertons netto und 42 362 Mann Besatzung kamen auf das Ostseegebiet 2101 Schiffe mit 470 868 t und 18 320 Mann, auf das Nordseegebiet 2644 Schiffe mit 614 014 t und 24 042 Mann. Anfang 1902 jedoch fielen von den 3959 deutschen Seeschiffen mit 2 093 033 t und 53 946 Mann Besatzung auf das Ostseegebiet nur noch 827 Schiffe mit 225 722 t und 7028 Mann, während auf das Nordseegebiet 3132 Schiffe mit 1 867 311 t und 46 918 Mann Besatzung kamen. Wie stark aber die Konzentration des Betriebs geworden ist, das geht daraus hervor, daß Hamburgs Handelsflotte allein mehr als die Hälfte des gesamten Raumgehalts der deutschen Seeschiffe umfaßt, während auf Bremen ein Drittel kommt, so daß Preußen, Oldenburg, Lübeck, Mecklenburg zusammen nur ein Sechstel besitzen. Und in Hamburg und Bremen nehmen wiederum die beiden größten Gesellschaften von der Gesamttonnage der 1,7 Millionen nicht weniger als 1,1 Millionen für sich. Die Hamburg-Amerika-Linie allein verfügt nahezu über ein Drittel der Räume der ganzen deutschen Handelsflotte, der Lloyd über ein reichliches Viertel.

Diese Gestaltung der Seeschifffahrt, die sich in kürzester Zeitspanne vollzog, mußte die tiefstgreifenden Veränderungen in der Struktur der seemannischen Bevölkerung, der Besatzung, zur Folge haben. Neben die eigentlichen, gelernten Seeleute, denen die Segelschifffahrt ausschließlich verblieb, traten auf den Dampfschiffen die verschiedenen Kategorien des Maschinenpersonals, und in den schwimmenden Hotels, denen die großen Passagierdampfer gleichen, die Scharen des Bedienungspersonals. Unterscheidet man nach diesen drei Hauptklassen, so zählen wir — in runden Ziffern — 1902

auf Segelschiffen 3000 Offiziere und 9600 Mannschaften als seemannisches Personal; das gesamte übrige Personal wird hier nur mit 70 Mann angegeben. Ganz anders auf Dampfschiffen: da gab es an seemannischem Personal 4000 Offiziere und 12 000 Mannschaften, an Maschinenpersonal 3400 Offiziere und 12 700 Mannschaften und an übrigem Personal (Köchen, Stewards, Handwerkern zc.) 800 Offiziere und 7400 Mannschaften. Und unter diesem seemannischen Personal der Dampfschiffe sind auch noch sehr zahlreiche Elemente, die als gelernte und erfahrene Matrosen kaum gelten können, während das Maschinenpersonal und das Bedienungspersonal ihre Tätigkeit an Land in den meisten Fällen ebenfugut ausführen könnten als auf See. So tritt innerhalb der gesamten Besatzung der Handelsmarine das eigentliche seemannische Element mehr und mehr zurück.

Die Differenzierung der Arbeit hat notgedrungen auch eine scharfe Klassensonderung im Gefolge gehabt. Trennte früher schon den Kapitän und die Offiziere die eiserne Disziplin von der Mannschaft, so kommt jetzt noch hinzu, daß beide oft aus verschiedenen Gesellschaftsschichten stammen, daß die Vorbildung der höheren Offiziere staatlich streng geregelt ist, und daß seltener als früher Personen aus der Mannschaft in die höheren Offiziersstellen aufsteigen. Kaum minder hoch aber sind die Schranken innerhalb der Mannschaft. Der gelernte Seemann des Segelschiffs sieht in seinem Berufsstolz auf das Maschinenpersonal herab, dem wiederum wohl bewußt ist, daß Ingenieur, Heizer und Trimmer es sind, welche die Bewegung des Schiffes regulieren. Und die Köche, Stewards, Aufwärter, Barbieri u. s. w. stehen den beiden anderen Kategorien ziemlich gleich fern und fremd gegenüber. So ist das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Klassenbewußtsein und die Interessengemeinschaft in dieser nach ihrer Beschäftigung sehr heterogenen Mannschaft keineswegs stark ausgebildet. Und in derselben Richtung wirkt weiter noch die bunte Mischung der Mannschaft nach Herkunft und Beschäftigung. Zur Zeit der Segelschifffahrt lieferte die Bevölkerung der Küsten und der angrenzenden Landstriche die Besatzung, nur verhältnismäßig wenige Rekruten kamen aus dem Binnenlande. Jetzt ist das ganz anders geworden: von den Küstenländern gehen die meisten jungen Leute in die Industrie oder sie bleiben ständig bei der Landwirtschaft oder auch in den Badeorten. Der Mann aus dem Binnenlande dringt in der Besatzung vor, weitaus am meisten natürlich im Maschinen- und Bedienungspersonal. Und während Stewards, Aufwärter, Köche zumeist eine gewisse Vorbildung genossen haben müssen, finden als Kohlenzieher auch ungelernete und deklassierte Elemente Verwendung, wenn sie nur die nötigen Kräfte mitbringen. Dazu kommen als fremder Einschluß noch rund 4000 weiße Ausländer:

Schweden, Norweger, Dänen, Russen, Holländer, Italiener, England Amerikaner, und überdies sogar noch fast 5000 Farbige, meist Chinesen, Inder, Malaien, Neger, die ganz vorwiegend in der Tropenfahrt im Heirraum arbeiten. Andererseits sind sicher gegen 10 000 Deutsche als Seeleute im Ausland tätig, zumeist in der englischen und der amerikanischen Marine.

Die Eigenart der Seefahrt, in der diese aus den verschiedenartigsten Elementen gemischte Mannschaft tätig ist, hat von jeher eine besondere Regelung der Arbeitsverhältnisse erfordert. Der Dienst auf dem Schiff muß im Zeichen unbedingter Disziplin stehen, die für die Erhaltung der Besatzung, der Passagiere, der Ladung und des Schiffkörpers haftet. Damit wird dem Kapitän und den übrigen Vorgesetzten eine sehr weitgehende Herrschaftsbefugnis eingeräumt, die sich nicht nur auf die Arbeit selbst, sondern auf das gesamte Leben an Bord erstreckt. Hier zum Schutze der Seeleute ein wirksames Gegengewicht zu schaffen, ist Pflicht des Staates, die stets und überall grundsätzlich anerkannt, wenn auch in verschiedenem Maße ausgeübt wird. So weit wir die Verhältnisse übersehen und beurteilen können, haben wir den Eindruck, daß im allgemeinen dieser Seemannsschutz in Deutschland wirksamer und vielseitiger ausgebildet ist als in den meisten anderen Ländern. Rechte und Pflichten des Seemanns an Bord regelt die Seemannsordnung, die jetzt nach langen Vorbereitungen endlich eine durchgreifende Revision erfahren hat. Gewiß sind manche Forderungen der Seeleute, darunter auch berechnigte, unerfüllt geblieben, aber das neue Gesetz verstärkt doch den Seemannsschutz nach verschiedenen Gebieten sehr wesentlich, namentlich durch Ausschluß freier Vereinbarungen aus dem Heuervertrag, durch Verbesserung der Rechtsprechung, durch die Regelung der Arbeitszeit und der Überstunden, durch Festsetzung hygienischer Maßnahmen, durch Vorkehrungen gegen den Mißbrauch der Disziplinargewalt, durch Bestimmungen über die Sicherung des Lohnes u. a. m. Gleichzeitig mit der neuen Seemannsordnung ist am 1. April 1903 in Kraft getreten das Gesetz über die Stellenvermittlung der Seeleute, das Handhaben zur Beseitigung schwer empfundener Mißstände im Heuerverwesen gewährt. Die Fürsorge für erkrankte Seeleute ist den Reedern aufgelegt; eine obligatorische Krankenversicherung nach dem Muster der im Reich bestehenden ist für Seeleute nahezu undurchführbar. Dagegen sind Unfall- und Invalidenversicherung in ähnlicher Weise wie für die festländischen Arbeiter eingeführt; eine Witwen- und Waisenversicherung soll im nächsten Jahr (1904) in Kraft treten. Die See-Berufsgenossenschaft übt im Verein mit dem Germanischen Lloyd die Aufsicht über die Sicherheit des Schiffes und trifft Maßregeln zur Verhütung von Unfällen.

Endlich bestehen mancherlei Wohlfahrtseinrichtungen, Stiftungen, Rassen zum Besten der Seeleute. Wir werden auf all diese Institutionen später noch im einzelnen zu sprechen kommen.

Die Natur der Seeschifffahrt bringt es mit sich, daß das Arbeiterverhältnis kein ständig dauerndes ist; Reeder und Kapitän stellen sich die Schiffsmannschaft vor Beginn der Reise zusammen und entlassen sie nach der Beendigung, oder aber der Feuervertrag wird auf Zeit, meist auf 6 Monate, abgeschlossen. Die Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage besorgen die Feuerbäse oder die Feuerbureaus. Über die Mißstände im Feuerwesen erlangen seit langer Zeit laute Klagen aus den Seemannsfreisen aller Länder, die zum größten Teil berechtigt waren. Auch die Hamburger Senatsenquete von 1897/98 hat hierfür ein sehr bündiges Beweismaterial erbracht. Der arbeits- und stellenlose Seemann ist vielfach der Gegenstand schamloser Ausbeutung. Er muß an Ort und Stelle sein, um sofort zugreifen zu können, wenn sich eine „Chance“ bietet, kann also nicht in seiner Heimat auf Arbeit warten. Nur ein geringer Teil der Seeleute ist verheiratet oder kann bei seinen Familienangehörigen wohnen. Darum muß er beim Wirt Unterkunft suchen. Dieser aber, der Schlafbas, steckt mit dem Feuerbas unter einer Decke und der dritte im Bunde ist der Händler mit seemännischen Ausrüstungsgegenständen. In die habgierigen Hände dieser Drei treibt den Seemann der „Runner“, der natürlich auch seinen Anteil an der Beute erwartet. So schließt sich um den Matrosen, Heizer und Trimmer der Ring, aus dem er, oft seiner Geldmittel entblößt und noch mit Vorschüssen belastet, so daß nichts mehr aus ihm herauszupressen ist, aufs Schiff entlassen wird. Selbstverständlich gibt es auch zahlreiche Feuerbäse, die ihr Gewerbe zu voller Befriedigung ehrlich betreiben; aus den kleineren Hafenstädten, wo die Konkurrenz nicht so scharf ist, wird vielfach Günstiges über das Feuerwesen berichtet, und auch in großen Zentren der Seefahrt wird es an ehrenwerten Vermittlern nicht fehlen. Aber das Treiben der „Landhaie“ hat doch ein Eingreifen zu gebieterischer Pflicht gemacht. Nachdem schon große Reedereien oder Reedervereinigungen Privatfeuerbureaus errichtet hatten, die der Ausbeutung der Stellensuchenden einen Niegel vorschieben, nachdem auch landespolizeiliche Verordnungen die Beseitigung der schlimmsten Auswüchse versuchten, hat das mit dem 1. April d. J. in Kraft getretene Gesetz über die Stellenvermittlung der Seeleute Bestimmungen getroffen, die hoffentlich gründliche Abhilfe schaffen. Die Ausübung des Vermittlungsgewerbes bedarf der behördlichen Erlaubnis. Diese muß versagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden dartun, oder wenn er gewerbsmäßig Vermietung von

Wohn- und Schlafstellen, Gast- und Schankwirtschaft, Kleinhandel mit geistigen Getränken oder mit Ausrüstungssachen, Geldwechsel oder Pfandleihe betreibt; von solchen Geschäften darf ein Heuerbas auch keine Vergütungen annehmen. Die Vermittlungsgebühren werden durch behördliche Taxen festgesetzt, Reeder und Schiffsmann tragen davon je die Hälfte. In den Kreisen der organisierten Seeleute hat man noch weitergehende Wünsche: Man fordert die völlige Beseitigung der privaten Stellenvermittlung und Errichtung staatlicher Heuerbureaus. Nach meinem Dafürhalten wird auch hier die Zukunft dem öffentlichen, paritätisch verwalteten Arbeitsnachweis, der auf anderen Gebieten immer mehr an Boden gewinnt, gehören; eine Beteiligung der Reeder wie der Arbeiter an diesen Nachweisen halte ich für unerlässlich.

Hat der Schiffsmann nun eine Stelle gefunden, so wird der Heuervertrag geschlossen, der in Deutschland mehr noch als in anderen Ländern mit Rücksicht auf die große Bedeutung dieses Arbeitsverhältnisses für Reeder und Seemann bis ins einzelne durch gesetzliche Bestimmungen geregelt ist. Niemand darf im Reichsgebiet als Schiffsmann in Dienst treten, bevor er sich über Namen, Geburtsort und Alter vor einem Seemannsamt ausgewiesen und von diesem ein Seefahrtsbuch erhalten hat; vor vollendetem 14. Lebensjahre darf ein Deutscher nicht Schiffsdienste nehmen, Minderjährige haben die Ermächtigung der Eltern oder Vormünder beizubringen. Die zahlreichen Beschwerden, daß vielfach körperlich untaugliche Personen, namentlich beim Maschinendienst, Verwendung finden, deren Arbeitsleistung unzureichend ist, haben den Gesetzgeber veranlaßt, dem Bundesrat die Befugnis zu erteilen, Bestimmungen zu erlassen, inwieweit nur solche Personen angemustert werden dürfen, die nach Untersuchung ihres körperlichen Zustandes als tauglich befunden worden sind. Diese Bundesverordnung ist bis jetzt noch nicht erlassen; inzwischen ist aber die Seeberufsgenossenschaft mit einer Maßregel vorgegangen, die im Interesse der Sicherheit des Schiffes von Bedeutung ist: Danach werden für den Deckdienst nur solche Leute angemustert, die nach ärztlicher Untersuchung weder farbenblind noch kurzsichtig sind, wie dies für Kapitäne, Offiziere und Steuerleute längst Vorschrift ist. Auch haben die großen Reedereien aus freien Stücken ärztliche Untersuchungen der Leute eingeführt.

Hat der Schiffsmann sein Seefahrtsbuch, das über Militärverhältnis, Invalidenversicherung und bisheriges Dienstverhältnis Auskunft geben muß, so kann er angeheuert und angemustert werden. Die Musterung der Schiffsmannschaft hat der Kapitän zu veranlassen. Und zwar müssen sowohl er oder sein Stellvertreter und der Schiffsmann dabei persönlich zugegen sein. Die Anmusterung besteht in der Verlautbarung des abgeschlossenen Heuer-

vertrages vor einem Seemannsamt. Der Feuervertrag braucht nicht schriftlich abgefaßt zu sein; anderswo wird aber die schriftliche Abfassung als obligatorisch gefordert. Jedoch muß bei uns dem Schiffsmann ein Feuerschein gegeben werden, der den Namen des Schiffes, die Angabe der Dienststelle und der Reise, die Höhe der Feuer, sowie Zeit und Ort der Anmusterung enthält. Die Kündigungsfristen sind für beide Teile gleich. Der Vertrag kann für eine Reise oder auf Zeit abgeschlossen werden. Das Seemannsamt (im Ausland der Konsul) fertigt dann die Verhandlung mit der Besatzung als Musterrolle aus, in der Namen und Nationalität des Schiffes, Name und Wohnort des Kapitäns, Name, Wohnort und dienstliche Stellung jedes Schiffsmannes, der Ausfahrtschafen, die Bestimmungen des Feuervertrags, namentlich auch hinsichtlich der Überstundenlöhne, der Verpflegung, der besonderen Verabredungen, aufgeführt sein müssen. Die Verpflichtung des Schiffsmanns, sich an Bord einzufinden und seinen Dienst zu leisten, beginnt mit der Anmusterung; verzögert er den Dienstantritt länger als 24 Stunden, so ist der Kapitän zum Rücktritt vom Feuervertrag befugt; entzieht sich aber der Schiffsmann ohne genügende Entschuldigung dem Antritt, so kann er auf Antrag des Kapitäns von den Behörden dazu gezwungen werden. Diese letztere Vorschrift, die z. B. in Nordamerika vor einigen Jahren abgeschafft worden ist, wird auf der einen Seite als kränkend empfunden, wogegen andererseits geltend gemacht wird, daß ein Vertragsbruch die nachteiligsten Folgen für die Schifffahrt haben könne und deshalb die Erfüllung des Kontraktes nötigenfalls erzwungen werden müsse. Wie die Anmusterung, so vollzieht sich auch die Abmusterung vor dem Seemannsamt; sie ist die amtliche Verlautbarung der Beendigung des Dienstverhältnisses; dem Schiffsmann werden im Seefahrtsbuch Rang, Art und Dauer des Dienstverhältnisses bescheinigt, auf Verlangen bekommt er auch ein Führungsattest, doch darf dies nicht ins Seefahrtsbuch eingetragen werden.

So lange der Arbeitsvertrag dauert, also zwischen An- und Abmusterung, ist der Schiffsmann verpflichtet, in Ansehung des Schiffsdienstes den Anordnungen des Kapitäns, der Schiffsoffiziere und seiner sonstigen Vorgesetzten, die der Kapitän für die einzelnen Dienstzweige bestimmt und durch Aushang bekannt gibt, unweigerlich Gehorsam zu leisten und zu jeder Zeit alle für Schiff und Ladung ihm übertragenen Arbeiten zu erfüllen. Die Disziplinargewalt des Kapitäns erstreckt sich auf die Person des Schiffsmanns und seine Sachen. Ohne Erlaubnis des Kapitäns darf der Schiffsmann keine Güter an Bord bringen, auch keine Waffen, Munition, Branntwein; Tabak nur für seinen persönlichen Bedarf. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Sicherung des Dienstes ist der Kapitän befugt, die geeigneten Maß-

regeln zu ergreifen, doch darf er zu diesem Zweck Geldbußen, mehr dreitägige Kostschmälerung, Einsperrung und körperliche Züchtigung mehr als Strafe verhängen noch als Zwangsmittel anwenden. So die neue Seemannsordnung, die mit diesen Beschränkungen dem Mißbrauch der Disziplinalgewalt Einhalt tut. Der Regierungsentwurf wollte den Schiffungen der väterlichen Gewalt des Schiffers unterwerfen und verbot eine übermäßige und unanständige Züchtigung sowie jede gesundheitsgefährliche Behandlung. Der Reichstag aber strich diese Bestimmungen, so daß unter normalen Verhältnissen kein Mitglied der Besatzung körperlich gezüchtigt werden darf. Nur bei Widerseßlichkeit oder bei beharrlichem Ungehorsam ist der Kapitän zur Anwendung aller Mittel befugt, die erforderlich sind, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen; dann darf er auch körperliche Gewalt „in dem durch die Umstände gebotenen Maße“ anwenden und die Widerpenftigen „nötigenfalls während der Reise fesseln.“ Jeder Schiffsmann muß dem Kapitän auf Erfordern Beistand zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Unterdrückung einer Widerseßlichkeit leisten. Ohne Erlaubnis des Kapitäns oder eines Offiziers darf er das Schiff bis zur Abmusterung nicht verlassen, doch darf ihm ohne triftige Gründe in einem Hafen des Reichsgebiets während seiner dienstfreien Zeit Urlaub an Land nicht verweigert werden — freilich eine sehr dehnbare Bestimmung!

Die Notwendigkeit einer eisernen Manneszucht an Bord und strengste Pflichterfüllung wird von niemandem bestritten. Um Schiff, Mannschaft, Passagiere, Ladung durch alle Gefahren glücklich in den Hafen zu bringen, muß der Kapitän, der für die Führung verantwortlich ist, auch die Macht haben, seine Befehle durchzuführen. Daß freilich hierbei manch unnötiger Akt von Härte, Mißhandlung und Roheit vorkommt, beweisen nicht nur Erzählungen und Berichte der Geschädigten, sondern auch Gerichtsverhandlungen. Aber es ist doch Tatsache, daß die Behandlung der Schiffsmannschaft viel humaner und gerechter im Vergleich mit früheren Zeiten geworden ist und daß insbesondere auf unseren deutschen Schiffen die Zustände sicher nicht schlechter, sondern eher besser sind als in den fremden Handelsmarinen. So darf man zuversichtlich erwarten, daß die Vorschriften der neuen Seemannsordnung, die, wesentlich milder als die früheren, doch zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Zucht ausreichen, im Verein mit der Hebung des Standesbewußtseins der Seeleute den Mißbrauch der Disziplinalgewalt beseitigen werden; Überschreitungen streng zu ahnden ist Aufgabe der Gerichte, und verständige Reeder werden auf ihren Schiffen in dieser Hinsicht schlecht qualifizierte Kapitäne und Offiziere ebenso wenig dulden als unbotmäßige und lieberliche Schiffsteute.

Als Gegengewicht gegen die Überspannung der Disziplinargewalt wird von den Seemannsorganisationen die Gewährung des Koalitionsrechts und die Einsetzung eines Beschwerdeobmanns gefordert. Was zunächst das letztere Verlangen betrifft, so soll damit auf dem Schiff eine ähnliche Institution geschaffen werden wie sie in Betrieben an Land ein Arbeiterausschuß darstellt. Vertrauensleute der verschiedenen Kategorien der Schiffsleute sollen, ohne irgend welche Nachteile fürchten zu müssen, jederzeit offen und frei dem Kapitän oder seinem Stellvertreter die Wünsche, Klagen, Beschwerden ihrer Genossen vortragen. Diese Forderung klingt ganz plausibel. Sieht man aber näher zu, so verliert sie an Berechtigung. Erstlich hätte sie doch nur Sinn für die sehr großen Schiffe, deren Besatzung so zahlreich ist, daß der Kapitän nicht jeden einzelnen kennen kann; auf den kleineren wird der Matrose oder Trimmer, der sich beschwert fühlt, ohne weiteres direkt mit seiner Klage an den Kapitän oder Offizier kommen, das bringt schon das enge Zusammenleben mit sich. Aber auch auf den Riesenschiffen, die bis zu 500 bis 600 Mann Besatzung haben, ist die Einteilung der verschiedenen Mannschaftskategorien so scharf durchgeführt und die ständige Verbindung mit den Vorgesetzten so innig, daß nicht recht abzusehen ist, zu welchem Nutzen sich ein Obmann dazwischen schieben könnte. Es wird daher auch berichtet, daß viele Seeleute selbst sich von dieser Einrichtung kein klares Bild machen können. Die Erfahrungen mit den Arbeiterausschüssen in Fabriken reizen auch nicht gerade zur Nachahmung auf den Schiffen. Nur in verhältnismäßig wenigen Großbetrieben, noch dazu unter ganz andern Verhältnissen, entwickeln diese Ausschüsse eine wirklich gedeihliche Tätigkeit, in den meisten Fällen sind sie wesenslose Dekoration. Etwas anderes ist es, wenn chinesische oder indische Mannschaften einen Obmann wählen, der den Verkehr mit den Vorgesetzten vermittelt; hier macht schon die fremde Sprache einen Dolmetsch nötig.

Eine ähnliche Unklarheit scheint mir auch vielfach bezüglich des Koalitionsrechts der Seeleute zu bestehen. Soweit das Recht dahin geht, gemeinsam an Bord die Arbeit niederzulegen, kann es unmöglich in der Seeschifffahrt zugelassen und ausgeübt werden. Darüber sind sich auch alle Seeleute klar; das Organ des Seemannsverbandes erklärt immer wieder, daran denke man nicht, und die hier entgegenstehenden Bestimmungen der Seemannsordnung erfahren keine prinzipielle Anfechtung. In der Zeit aber zwischen Ab- und Anmusterung untersteht der Schiffsmann nicht der Seemannsordnung, für ihn gelten dann nur die allgemeinen Landesgesetze. Ein Verbot der Koalition und des Streiks existiert für den Seemann nicht. Er ist in diesem Betreff sogar freier gestellt als der gewerbliche Arbeiter,

für den § 152 der Gewerbeordnung zwar ausdrücklich alle Koalitionsverbote aufhebt, § 153 aber Ausnahmestrafen für den Mißbrauch des Koalitionsrechts einführt. Der Seemann ist in der Ausübung des Koalitionsrechts nur durch die Landesgesetzlichen Bestimmungen der Vereins- und Versammlungsgeetze beschränkt, die freilich oft ganz überlebt und lästig genug sind. Aber schon jetzt haben die Seeleute in den verschiedenen deutschen Staaten sich organisieren können, es sind auch mehrfach Streiks und Lohnbewegungen vorgekommen, und das Bestehen des Seemannsverbandes selbst ist ein Zeugnis dafür, daß die Seeleute, außerhalb des Bereichs der Seemannsordnung an Bord, das Koalitionsrecht tatsächlich haben und gebrauchen. Streben sie für sich nach einer anderweiten Regelung, so kann ich die Beforgnis nicht unterdrücken, daß sie zur Zeit für die gesetzlich festgelegte Anerkennung des Koalitionsrechts Strafparagrafen nach dem Muster von § 153 der Gewerbeordnung in Kauf nehmen müßten, ohne für das Dienstverhältnis auf dem Schiff etwas zu gewinnen. Dagegen brauche ich wohl nicht noch besonders zu betonen, daß ich grundsätzlich eine für alle Lohnarbeiter geltende Reform des Koalitionsrechts für eine unbedingte Notwendigkeit halte.

Kehren wir nun zu den Bestimmungen des Feuervertrags zurück, so enthält die Seemannsordnung viel mehr Bestimmungen als die Gewerbeordnung hinsichtlich des wichtigsten Punktes jedes Arbeitsvertrages, des Lohnes, hier Feuer genannt. Die Höhe der Feuer bleibt allerdings der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter überlassen. Aber der Kapitän kann den Schiffsmann im Rang heruntersetzen und seine Feuer verringern, wenn sich nach Antritt der Reise herausstellt, daß der Schiffsmann zu dem Dienste, für den er sich verheuert hat, untauglich ist; hiergegen ist Einspruch beim nächsten Seemannsamt zugelassen. Die Feuer ist vom Tage der Anmusterung bzw. des Dienstantritts zu berechnen, aber erst nach Beendigung der Reise oder des Dienstverhältnisses kann der Schiffsmann ihre Auszahlung verlangen, abgesehen von Teilzahlungen nach Verlauf von je drei Monaten in Häfen, wo die Ladung ganz oder teilweise gelöscht wird. Die Auszahlung seines Feuerguthabens nach Beendigung des Dienstverhältnisses muß an den Schiffsmann persönlich vor dem Seemannsamt erfolgen, die durch die Umstände hiervon bedingten Ausnahmen werden im Gesetz genau vorgeschrieben. Auf Verlangen des Schiffsmanns muß das Seemannsamt die Feuer dessen Angehörigen oder einer Sparkasse übermitteln, die Barauslagen für diese Geldsendungen zahlt bei deutschen Seeleuten der Reeder. Auf seine Feuer kann der Schiffsmann Vorschuß- und Handgelder verlangen, deren Auszahlung sich nach Ortsgebrauch regelt, wenn

nichts anderes vereinbart ist, und zwar können diese Vorschüsse in bar, aber auch in Anweisungen auf den Reeder, bei Sicht zahlbar, ausgefolgt werden. Mit diesen Vorschüssen ist von jeher leider viel Unfug getrieben worden. Wurden sie in bar ausgezahlt, so verschwand der angeheuerte Schiffsmann manchmal damit auf Nimmerwiederssehen; gab man Vorschußnoten, so konnte der Seemann sie oft nicht zum vollen Betrage verwerten. Aber trotz aller Mißstände des Vorschußwesens ist es nicht zu entbehren, da der Seemann vor Beginn der Reise Geld haben muß, um Schulden zu bezahlen, um für seine Ausrüstung zu sorgen, auch seinen Angehörigen Mittel zu geben usw. Für jeden Schiffsmann muß ein Abrechnungsbuch angelegt werden, in dem die verdiente Heuer, der Überstundenverdienst, Vorschüsse, Handgelder, Auszahlungen gegen Quittung des Schiffmanns verzeichnet werden. Verringert sich während der Reise die Zahl der Mannschaft durch Tod, Krankheit, Desertion, so muß der Kapitän baldmöglichst für Ergänzung Sorge tragen, bis dahin aber die eingesparten Heuerbeträge den Schiffsteuten zuwenden, denen die Mehrarbeit erwächst; dies geschieht jedoch nicht, wenn Deserteure ihre Sachen von Bord mitgenommen haben. Diese letztere Bestimmung, die die Kameraden gleichsam mitverantwortlich für Desertionen macht, wird von den Seeleuten als recht hart empfunden. In allen Fällen, in denen ein Schiff mehr als zwei Jahre auswärts verweilt, tritt für den seit zwei Jahren im Dienst befindlichen Schiffsmann eine Erhöhung der Heuer ein, wenn diese nach Zeit bedungen ist: der Schiffsjunge erhält dann die Heuer des Leichtmatrosen, dieser steigt zur Heuer des Vollmatrosen auf usw. Dies im wesentlichen die gesetzlichen Bestimmungen über die Heuer, wodurch einerseits dem Seemann sein gutes Recht auf vollen Lohn gesichert werden soll, andererseits Reeder und Kapitän, auch zum Schutze der Betriebssicherheit, Rauteln erhalten.

Nun zur Höhe der Heuer, die weitaus den wichtigsten Faktor für die Einkommensverhältnisse und damit für die Lebenslage der Schiffsbevölkerung bildet! Sie ist, wie bemerkt, freier Vereinbarung vorbehalten. Aber Brauch und Sitte in den einzelnen Hafenorten, die Bestimmungen und Gewohnheiten der einzelnen Reedereien wirken doch als starke Einschränkungen dieser Freiheit. Die Abstufungen der Löhne, die in Monatsraten berechnet werden, sind nach den verschiedenen Dienstkategorien der Mannschaft sehr mannigfaltig, dazu kommen noch die Unterschiede nach Ort, Reederei, Fahrt, Dampf und Segel. Der Gagenetat unserer größten Gesellschaften enthält 80 bis 100 verschiedene Posten. Daher ist es im Rahmen dieses Referats ganz unmöglich, auch nur ein annähernd vollständiges Bild der Heuerfäge zu geben; ich muß mich damit begnügen, die der hauptsächlichsten Klassen

herauszugreifen, die Bewegung der Löhne kurz anzudeuten und in einigen Punkten die deutschen mit den ausländischen Heuern zu vergleichen.

Wenden wir auf die letzten 25—30 Jahre zurück und nehmen wir die Heuer des Vollmatrosen als Maßstab, so sehen wir in der Lohnkurve ganz erhebliche Schwankungen. Sie stand mit M. 58 für den Monat schon im Jahre 1874—75 — bei freier Beköstigung, die weitaus die Regel bildet, da Selbstbeköstigung nur bei kurzen Fahrten möglich ist — ebenso hoch wie in den 1890er Jahren; ganz beträchtlich sinkt sie in dem Jahrzehnt 1878 bis 1888, wo sie zwischen M. 43 und 50 auf- und abschwankt, dann tritt ein Aufstieg ein bis zu fast M. 57 im Jahre 1891, dem wieder ein Sinken bis 1896 und zwar bis auf M. 51 herunter folgt; von 1897 sind die Löhne dann ständig gestiegen und haben im großen und ganzen auch in der letzten wirtschaftlichen Depressionszeit keine wesentliche Verringerung erfahren, wenn auch in dieser Zeit durch längere Arbeitslosigkeit eine Verminderung des durchschnittlichen Jahresverdienstes eingetreten sein mag. Zur Zeit sind die Heuern wieder im Steigen. Während dieser ganzen Lohnkurve durch mehr als ein Vierteljahrhundert hindurch sind die Heuern in den Nordseehäfen fast durchweg um M. 5—7 und mehr im Monat höher als an der Ostsee.

Dieser Unterschied hat sich im allgemeinen auch heutzutage erhalten, ja eher noch stärker herausgebildet. In Königsberg i. Pr. beträgt die Monatsheuer für Matrosen M. 52—54, für Leichtmatrosen M. 34—37, für Kohlenzieher M. 42, für Heizer M. 52—58; für die Überstunde wird 30 Pf. gezahlt. Etwas höher sind die Löhne in den Oderhäfen; für Stettin werden folgende Zahlen mitgeteilt: Matrosen M. 58—60, Leichtmatrosen M. 35—40, Heizer Mk. 60, Trimmer M. 50—55; Überstunden 40 Pfg. In Stettin wie in Königsberg beruhen diese Heuersätze auf Tarifvereinbarungen zwischen Reedern und Seemannsverband. In den mecklenburgischen Häfen Rostock und Wismar sind die Löhne die gleichen wie in Stettin. Ebenso beinahe in Lübeck, Kiel und Flensburg, wo Matrosen und Heuer gleichfalls M. 60 bekommen, die Leichtmatrosen und Kohlenzieher aber etwas weniger, nämlich durchschnittlich M. 45.

Wir kommen zu den Nordseehäfen. Schon in den kleinen Emshäfen sind die Heuern vielfach besser. Zwar erhält auf Seglern ein Vollmatrose nur M. 50—60 Lohn, auf Dampfern aber M. 55—66, ein Trimmer M. 55 und ein Heizer M. 63 und mehr. Für Bremen wird mitgeteilt, daß Vollmatrosen M. 61, Leichtmatrosen M. 35, Heizer M. 71, Trimmer M. 59, Unterstewards M. 43 Heuer bekommen. Teilweise höhere Löhne zahlt der Norddeutsche Lloyd: für Leichtmatrosen M. 25—45, Vollmatrosen

M. 60—62, Stewards M. 45—60, Kohlenzieher M. 55—65 und Heizer bis M. 80 und 90. In Hamburg aber sind nach unseren Berichten die Löhne am höchsten: Matrosen M. 65, Heizer M. 65—75, Kohlenzieher M. 50—65. Sehr beträchtlich noch über diesen Sätzen stehen zumeist die Heuern in der Hamburg-Amerika-Linie: Leichtmatrosen M. 35—45, Vollmatrosen M. 65—75, Trimmer M. 50—75, Stewards M. 35—60, Heizer M. 85 bis 95. Nach dem ersten und zweiten Dienstjahre tritt in dieser Gesellschaft bei sehr vielen Kategorien eine Aufbesserung von M. 5 ein. Im allgemeinen kann man feststellen: In den großen Häfen bessere Heuern als in den kleinen, in den Riesenbetrieben wiederum bessere als in den mittleren und kleineren.

Wir werfen nun noch einen Blick ins Ausland. In England hatten im Jahre 1900 Vollmatrosen für große Fahrt auf Seglern Schilling 60, auf Dampfern Schilling 80 und darüber, die Löhne für Trimmer bewegten sich zwischen Schilling 60—80, die für Heizer zwischen Schilling 70 und 100 monatlich. In Frankreich bezog der Leichtmatrose Francs 50, der Vollmatrose Francs 80, der Trimmer ebensoviel und der Heizer Francs 110. Für Österreich werden Gold-Gulden 22—28 für Steuermatrosen, Gold-Gulden 17 bis 23 für Trimmer und Gold-Gulden 32—35 für befahrene Heizer genannt. In Norwegen war 1900 die Heuer für Vollmatrosen im Durchschnitt Kronen 51 (gegen Kronen 37 i. J. 1880), und zwar auf Dampfern etwas höher als auf Seglern; Feuerleute erhielten Kronen 50, Heizer etwas mehr. Endlich die Vereinigten Staaten; hier werden als Durchschnitts-heuern angegeben: für Matrosen auf Seglern Dollar 18—25, auf Dampfern Dollar 25—35, Trimmer Dollar 30—40 und Heizer Dollar 35—40. Danach stellen sich die österreichischen Löhne für die zahlreichsten Klassen der Schiffsleute erheblich, die norwegischen etwas niedriger als die in den deutschen Haupthäfen gezahlten, die französischen Sätze sind annähernd gleich, während die englischen ein wenig und die amerikanischen beträchtlich höher sind; doch kommen namentlich für dieses letztere Land die geringere Kaufkraft des Geldes und die gesamten Lohnverhältnisse sehr wesentlich in Betracht.

Die Heuer, der bare Geldlohn, der für jeden einzelnen Schiffsmann sofort festgestellt werden kann, bildet nun zwar den bedeutendsten, aber nicht den einzigen Faktor des Einkommens. Hinzutreten noch andere, die oft sehr schwer in ihrer Höhe zu erfassen sind. Erstlich die Überstundenlöhne, die in Deutschland für die Stunde M. 0,30—0,40 betragen; ferner die Kost, die bei uns auf M. 1—1,30 täglich veranschlagt wird; sodann das Logis an Bord, endlich die unentgeltliche Pflege in Krankheitsfällen. Aber auch bei der Heuer ist zu beachten, daß sie in der Regel nicht für alle

zwölf Monate des Jahres bezahlt wird. Zumeist treten für die Schiffsleute zwei- bis dreimal im Jahr kürzere oder längere Zeiten der Arbeitslosigkeit ein. Für die meisten kleineren Häfen wird angegeben, daß nur neun, höchstens zehn Monate die Schiffsleute Feuer beziehen, und auch für Bremen, Hamburg, Flensburg wird eine jährliche Stellenlosigkeit von zwei Monaten berichtet. In den festen Routen der großen Dampfergesellschaften ist die Beschäftigung länger und ständiger als in den kleineren Betrieben oder gar in wilder Fahrt. Angesichts all dieser unsicheren Einzelfaktoren ist es sehr schwer, eine einigermaßen zuverlässige Berechnung des gesamten Jahresverdienstes unserer Seeleute anzustellen. Unsere Herren Mitarbeiter geben für die Häfen Ost- und Westpreußens das Jahreseinkommen der Matrosen und Heizer auf M. 800—900 an, für Stettin wird das Maximum günstigsten Falles auf M. 1185 geschätzt, für Rostock-Wismar das Jahreseinkommen der Matrosen und Heizer für M. 800—900, für Trimmer für M. 720—850; für die schleswig-holsteinischen Ostseehäfen bei Matrosen und Heizern auf rund M. 1000, bei Leichtmatrosen und Trimmern auf M. 700; in den Emshäfen soll es nur M. 700—800 betragen, vielleicht weil hier die Kost nur mit M. 25—30 angesetzt ist und nur neun Monate gefahren wird. Für Bremen werden geschätzt: Leichtmatrosen M. 750—800, Vollmatrosen M. 1050—1150, Heizer M. 1150—1300, Kohlenzieher M. 1000—1100, was meines Erachtens etwas zu hoch gegriffen ist, während die Durchschnittsannahmen für Hamburg mit M. 1100 für Matrosen und M. 1165 für Heizer eher zu niedrig sein dürften. Für eine Klasse der Schiffsmannschaft, die Stewards, ist eine Schätzung des Einkommens im Durchschnitt ganz unmöglich; hier hängt sehr viel von den Trinkgeldern ab und die sind natürlich ganz verschieden: während einzelne Stewards auf manchen Reisen sehr hohe Einnahmen erzielen, können viele andere nur mäßige Trinkgelde einheimsen. Unsere Berichte enthalten auch hierüber interessante Angaben. Erwähnt sei noch, daß durch die gleichzeitig mit der Seemannsordnung in Kraft getretene Abänderung der handelsgesetzlichen Vorschriften über die Verteilung des Berge- und Hilfslohns den Seeleuten eine unter Umständen nicht unerhebliche Verbesserung ihrer Einnahmen gesichert wird, da die Schiffsmannschaft nun in gewissen Beträgen an dem Berge- und Hilfslohn beteiligt werden muß, was früher sehr häufig durch freie Vereinbarung ausgeschlossen wurde.

Der zweitwichtigste Punkt im Arbeitsvertrag ist die Arbeitszeit. Sie ist naturgemäß eine andere während der Seefahrt, eine andere im Hafen. Für beide hat das Gesetz in Deutschland Anordnungen getroffen, aber während es für die Fahrt im Einklang mit den eigenartigen Verhältnissen

der Schifffahrt sich darauf beschränkt, den aus Notwendigkeit und Sitte erwachsenen Wechsel von Arbeits- und Ruhezeit vorzuschreiben, setzt es beim Liegen des Schiffs im Hafen und auf der Reede eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit fest. Im allgemeinen ist durch die neue Seemannsordnung als gesetzlicher Zustand das bestimmt worden, was bei den meisten großen Unternehmungen schon Brauch war und zudem fast als internationale Regel galt; tiefer greifen diese Vorschriften in die kleinen und mittleren Betriebe ein, wo die Arbeitsverhältnisse weniger fest geordnet waren. Auf See geht die Mannschaft des Deck- und Maschinenpersonals Wache um Wache, d. h. es ist ein Schichtwechsel der Arbeiterschaft nach je vier Stunden eingeführt: vier Stunden Arbeit, vier Stunden Ruhe. Die abgelöste Wache darf nur in dringenden Fällen zu Schiffsdiensten verwendet werden; diese „dringenden Fälle“ können freilich sehr oft eintreten. Die kleine Küstenschifffahrt, deren Fahrzeit nicht mehr als zehn Stunden dauert, ist von diesen, für sie ungeeigneten Vorschriften befreit. Dagegen wird auf Dampfschiffen in transatlantischer Fahrt das Maschinenpersonal in drei Wachen eingeteilt: auf vier Stunden Dienst folgen acht Stunden Ruhe. Diese Bestimmung ist mit Rücksicht auf die sehr schwere Arbeit der Heizer und Trimmer erlassen, die sich vor den Feuern in überhitzten Räumen vollzieht. Alle Versuche, diesen Dienst zu erleichtern, haben nur bis zu einem gewissen Grade Erfolg gehabt. Maschinelle Vorrichtungen, Vergrößerung und Lüftung der Räume, Bereitstellung von Erfrischungen und Waschgelegenheiten, auch die Abkürzung der Dienstzeit vermögen die Arbeit zwar zu lindern, aber solange mit Kohlenfeuerung die Triebkraft erzeugt wird, muß der Dienst an der Maschine eines großen Dampfers ein überaus schwerer bleiben. Eine durchgreifende Änderung zeigt uns die Entwicklung der Technik in der Ferne: die Einführung der Ölfeuerung; gelingt es, sie technisch und wirtschaftlich rationell zu gestalten, so würde das eine gewaltige Verbesserung des Loses der Heizer und Trimmer sein. In den Tropen werden namentlich im Maschinenraum vielfach farbige Arbeiter — meist Chinesen — verwendet. Die deutschen Seeleute sind im allgemeinen heftige Gegner dieser Maßnahme, da die Farbigen Lohnrücker und höchst unangenehme Kameraden sind. Auf der anderen Seite ist jedoch zu bedenken, ob es nicht doch zum Vorteil unserer Landsleute gereicht, wenn in den Tropen ihnen die schweren Heizer- und Kohlenzieherdienste erspart bleiben. Freilich sollte die Verwendung von Farbigen auf die heißen Zonen beschränkt sein.

Der regelmäßige Wachtdienst während der Fahrt erleidet selbstverständlich eine Unterbrechung in Zeiten dringender Arbeit und bei Gefahr; in den Wechselfällen der Schifffahrt, besonders bei drohendem Schiffbruch, muß die

gesamte Mannschaft zu jeder Stunde und für jede Dauer nach dem Befehl und Ermessen des Kapitäns Hand anlegen, um Hilfe für die Erhaltung von Schiff, Besatzung, Passagieren und Ladung zu leisten. Dies ist schon ein Gebot der Selbsterhaltung, aber die deutschen Seeleute haben es auch niemals an aufopfernder Pflichttreue fehlen lassen. Diese Notarbeit — z. B. bei Feuergefähr — gilt natürlich auch für die Zeit im Hafen. Doch kann die dehnbare Auslegung der Begriffe Notarbeit und Dringlichkeit auch zu schwerer Überbürdung führen, was namentlich in der Küstenschiffahrt vorkommt. Liegt aber das Schiff im Hafen oder auf der Reede, so ist der Schiffsmann nur in dringenden Fällen schuldig, länger als zehn Stunden, in den Tropen acht Stunden täglich zu arbeiten. Freiwillige Überarbeit ist gestattet, und was ein „dringender Fall“ ist, wird vielfach sehr verschieden ausgelegt werden können; eine Strafvorschrift gegen einen Kapitän, der unnötige Überarbeit verlangt, gibt es leider nicht. Arbeit, die im Hafen oder auf der Reede über zehn bzw. acht Stunden hinaus geleistet wird, ist als Überstundenarbeit zu vergüten, soweit sie nicht zur Verpflegung und Bedienung der an Bord befindlichen Personen erforderlich ist. Diese letztere Bestimmung bezieht sich auf Köche und Stewards. Für diese besteht auf See keine Vorschrift des regelmäßigen Schichtwechsels und auch im Hafen haben sie keinen Zehn- oder Achtstundentag wie das übrige Personal. Deshalb wird häufig über sehr lange und aufreibende Arbeitszeit geklagt. Vermutlich wird später auch hier eine ähnliche Regelung wie im Gast- und Schankgewerbe auf dem Lande mit Fixierung einer Minimalruhezeit eintreten. Jetzt schon wird von einsichtigen Vorgesetzten eine Herabminderung der Arbeitszeit der Köche und Stewards durch Abwechseln des Personals im Dienst erstrebt und oftmals auch erreicht.

Wie die Überstunden an den Wochentagen im Hafen, so muß auch Sonn- und Festtagsarbeit vergütet werden. Doch darf an Feiertagen Arbeit nur gefordert werden, soweit sie unumgänglich oder unaufschieblich, oder durch den Personenverkehr jeder Art — insbesondere auch auf Ausflügen zu Vergnügungszwecken — bedingt ist. Auch auf See darf an Sonn- und Festtagen über das hinaus, was zur Sicherheit und zur Fahrt des Schiffes, zur Bedienung der Maschine, zum Segeltrocknen und Bootsdienst, zur Verpflegung und Bedienung der an Bord befindlichen Personen unbedingt erforderlich ist, der Schiffsmannschaft Arbeit nur in dringenden Fällen auferlegt werden. Dies sind im wesentlichen die Bestimmungen über Arbeitszeit, Sonntagsruhe und Überstundenarbeit. Sie reichen nicht immer aus, um in jedem Fall volle Klarheit zu schaffen, Meinungsverschiedenheiten sind hier, namentlich was die Vergütung für Überstunden betrifft, nicht

selten. Darum haben z. B. in Flensburg und in Bremen Reeder und Schiffsleute hierüber sich selbst in privaten Vereinbarungen genaue Vorschriften geschaffen.

Der Arbeitsvertrag des Seemanns umfaßt aber auch Gebiete, die in dem des gewerblichen Arbeiters auf dem Lande fehlen, während sie früher im Handwerk allgemein üblich waren und jetzt noch teilweise in der Landwirtschaft und stets bei häuslichen Diensten geregelt werden. Während des Heuervertrages lebt der Seemann mit dem Arbeitgeber, dem den Reeder vertretenden Kapitän, in häuslicher Gemeinschaft, er erhält Kost und Logis an Bord, und es ist nur sinngemäß, daß Gesetz und Verordnung darüber wachen, daß der Schiffsmann auch hierin sein volles Recht bekomme, daß er ordentlich ernährt und in gesunden Räumen untergebracht werde. Daß die Kost von großer Bedeutung sei, wird von allen unseren Referenten hervorgehoben. Es handelt sich nicht bloß darum, daß der Schiffsmann ausreichend ernährt wird, sondern der Tisch muß auch so beschaffen sein, daß der Seemann körperlich und geistig daran Behagen findet. Verdorbene oder auch nur verkehrte Kost bewirkt Krankheiten der Mannschaft, die dem Betrieb gefährlich werden können; grobe, reizlose, eintönige Zubereitung macht den Seemann mißmutig und verdrossen. Im allgemeinen wird auf deutschen Schiffen viel weniger als auf fremden über die Beföstigung geklagt; sie ist gewöhnlich ausreichend und schmackhaft. Meist werden zwei bis drei warme Mahlzeiten gegeben, außerdem noch Kaffee oder Tee. Bier, Wein, Schnaps wird eigentlich nur in Ausnahmefällen verabreicht, jedenfalls sollte der Alkoholgenuß an Bord auf das geringste Maß eingeschränkt werden. Daß hin und wieder Beschwerden über verdorbenen oder unzulänglichen Proviant einlaufen, wird in unseren Berichten erwähnt; häufiger ist die Klage, daß schlechte oder unerfahrene Köche mit guten Nahrungsmitteln keine schmackhaften Speisen bereiten können; und es wird darum der besseren Ausbildung der Köche das Wort geredet. Die Speiserolle, d. h. was dem Schiffsmann vom Dienstantritt bis zur Abmusterung als Mindestmaß an Speise und Trank gebührt, wird nach dem örtlichen Recht des Heimathafens festgesetzt; der Erlaß näherer Bestimmungen steht in Deutschland den Landesregierungen zu; unsere Enquete teilt mehrere solche „Menus“ mit, auch Speiserollen des Auslandes. Wenn die Vorräte, die das Schiff für den Bedarf der Mannschaft an Speisen und Getränken mit sich führt, ungenügend oder verdorben sind, so hat das Seemannsamt auf erhobene Beschwerde unverzüglich einzuschreiten; kommt der Kapitän dessen Weisungen nicht nach, so kann der Schiffsmann seine Entlassung fordern.

Ebenso, wie auf volle Beföstigung, hat die Schiffsmannschaft, wie es

in der Seemannsordnung heißt, „Anspruch auf einen ihrer Zahl und der Größe des Schiffes entsprechenden, nur für sie und ihre Sachen bestimmten, wohlverwahrten und genügend zu lüftenden Logisraum“. In diesem Volkslogis verbringt der Schiffsmann seine dienstfreie Zeit, hier nimmt er seine Mahlzeiten und hier schläft er. Es ist also die Beschaffenheit dieser Räume von größter Wichtigkeit für ihn. Früher unterstand ihre Regelung den Landesregierungen, jetzt erläßt der Bundesrat Vorschriften über Größe und Einrichtung des Logisraumes, sowie über die Einrichtung von Wasch-, Bade- und Abortanlagen an Bord. Diese Verordnung ist zur Zeit jedoch noch nicht veröffentlicht worden; der letzte Jahresbericht Hamburger Reeder, dem ihr Entwurf vorlag, urteilt über die Bestimmungen, sie seien beherrscht von der Tendenz, „dem Schutz der Gesundheit eine einseitige, den sonstigen Verhältnissen nicht genügend Rechnung tragende und vielfach das erforderliche Maß überschreitende Fürsorge zuzuwenden“, während ein hervorragender ärztlicher Sachverständiger, der den Entwurf ebenfalls kennt, sagt: „Wenn jetzt gesetzliche Normen eingeführt werden, die billigen Ansprüchen an die Größe und Einrichtung der Logis, die Größe und Einrichtung der Kojen, an die Heizung und Beleuchtung und an die Wascheinrichtungen für die Mannschaften genügen, so dürfte manches Unbefriedigende beseitigt werden, ohne daß die Mehrzahl der deutschen Reedereien mit erheblichen Mehrleistungen belastet wird.“ Sicherlich bestehen zur Zeit in Bezug auf die Unterkunft der Mannschaft mancherlei erhebliche Mißstände; enge, dumpfe, übelriechende Volkslogis finden sich noch mehr auf Dampfern als auf Segelschiffen, und wir sind der Ansicht, daß auch in diesem Fall die Verbesserung der Zustände die Mannschaft gesunder, leistungsfähiger, zufriedener machen und damit auch dem Betriebe der Schifffahrt selbst zugute kommen wird. Für neue Schiffe werden wohl $3\frac{1}{2}$ cbm als Mindestraum des Logis pro Kopf vorgeschrieben werden, während in Wohnungen an Land 10—15 cbm als Minimum gelten. Auch für Verbesserung der Waschgelegenheiten kann noch viel geschehen.

Alle diese Vorschriften und Einrichtungen beziehen sich vorwiegend auf den normalen Verlauf der Seefahrt. Aber die Schifffahrt gehört zu den gefährlichsten Beschäftigungen, Elemente und menschliche Verschuldungen setzen Leib und Leben des Seemanns mehr als bei anderen Arbeiten der Bedrohung mit Krankheit, Unfall, Tod aus. Zwar ist in manchen anderen Gewerben die Zahl der Unfallverletzungen größer, aber der Prozentsatz der Todesfälle im Betriebe ist hier der höchste. Allerdings ist ihre Zahl sehr schwankend; die gemeldeten Unfallverletzungen bewegten sich im letzten Dezennium zwischen 1596 im Jahre 1893 und 2639 im Jahre 1902,

die durch Unfall bewirkten Todesfälle zwischen 404 im Jahre 1902 und 670 im Jahre 1900. Die Reichsstatistik zählt im letzten Jahrzehnt für Verluste an Besatzung auf untergegangenen Schiffen das Maximum von 384 im Jahre 1895, das Minimum von 178 im Jahre 1896. Man kann dabei weder von einer ständigen Zunahme noch einer regelmäßigen Minderung sprechen. Aber im allgemeinen darf man doch wohl sagen, daß die Betriebssicherheit in der Schifffahrt in neuerer Zeit mehr und mehr zunimmt. Das Meer, das in den Alten nur Gefühle des Grauens wachrief, hat einen großen Teil seiner Schrecken eingebüßt. An dieser Wandlung haben Wissenschaft und Technik ein großes Verdienst. Immer höher werden die Anforderungen, die an die Tüchtigkeit der Kapitäne und Offiziere gestellt werden. Die Vergrößerung der Schnelligkeit der Fahrten kürzt die Zeit der Gefahren ab. Die Entwicklung des Schiffbaues erzielt immer bessere Einrichtungen der Sicherheit des Betriebes. Am meisten aber hat das Vordringen des Dampfes als Motor und des Eisens und Stahls als Baumaterial die Möglichkeit der Gefahr eingeschränkt; noch heute müssen mehr Segler als Dampfer und mehr hölzerne als eiserne Schiffe für verloren und verschollen erklärt werden; im letzten Jahre z. B. 38 hölzerne und 8 eiserne Segler, sowie 22 Dampfer. Besonderen Gefahren sind die Fischereifahrzeuge unterworfen; hier sind die Verluste sehr groß.

Aber neben diese gewissermaßen natürlichen Fortschritte, die das Schiff widerstandsfähiger machen, können und müssen noch besondere Schutzvorrichtungen durch Vorschriften und Kontrollmaßregeln treten. Der Reichstag hat am Schluß der Session 1901—1902 gleichzeitig mit der Seemannsordnung und ihren Nebengesetzen eine Resolution angenommen, die von der Reichsregierung mit tunlichster Beschleunigung die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs fordert, „durch welchen die Frage einer behördlichen Aufsicht über Seetüchtigkeit, Tiefgang, Bemannung und Verproviantierung von Kauffahrteischiffen geregelt“ wird. Betrachten wir diesem Verlangen gegenüber die jetzt vorhandenen Institutionen. Der Bau des Schiffes wird überwacht von Klassifikationsgesellschaften, bei uns jetzt vom Germanischen Lloyd, dem die Unterstützung des Reichs zur Seite steht; im Interesse der Versicherung von Schiff und Ladung hat er feste Regeln für Konstruktion, Material, Ausrüstung aufgestellt. In einer Erklärung des Reichskanzlers vom 9. Februar 1895 im Reichstage wurde infolge dessen die Einführung einer Reichskontrolle über den Schiffbau voraussichtlich als unnötig bezeichnet. Wir vermuten auch, daß von Amts wegen eine Kontrolle nicht sachverständiger ausgeübt werden könnte, als es jetzt geschieht; unseres Wissens ist in neuerer Zeit keine einzige begründete Klage über mangelhaften Bau von Schiffen

auf deutschen Werften, deren Leistungen das höchste Lob verdienen, erhoben worden. Was nun den Sicherheitsdienst auf den Schiffen selbst betrifft, so besteht bereits eine Reichsaufsicht über einen großen Teil unserer Handelsflotte, nämlich bei allen jenen Schiffen, die der Auswanderung dienen. Über ihre Untersuchungen veröffentlichen diese Reichskommissare alljährlich Berichte, die sich durchweg mit voller Anerkennung über die von seiten der Reedereien getroffenen Maßnahmen äußern. Eine amtliche Kontrolle liegt auch in den Verhandlungen, die jeder Schiffsunfall vor dem Seeamt (bezw. dem Ober-Seeamt) erfährt, das mit einem Richter, schiffahrtskundigen Beisitzern und einem Reichskommissar besetzt ist. Auch ist Beschwerde der Schiffsleute vor dem Seemannsamt gegen Seeuntüchtigkeit zugelassen. Ein weit umfangreicheres Gebiet der Tätigkeit aber übt die Seeberufsgenossenschaft aus, die auf Grund des Seeunfallversicherungsgesetzes von 1887/900 gebildet ist. Sie steht unter der Aufsicht des Reichsversicherungsamtes, das ihre Unfallverhütungsvorschriften genehmigen muß. Seit 1894 hat die Seeberufsgenossenschaft mit dem Germanischen Lloyd einen Vertrag geschlossen, wonach dieser die Kontrolle über die Ausführung der Vorschriften übernommen und seinen sachverständigen Beirat zur Verfügung gestellt hat. In dieser Tätigkeit mögen, wie bei allen menschlichen Institutionen, Fehler gemacht worden sein; einige Fälle haben großes, meines Erachtens sachlich keineswegs gerechtfertigtes Aufsehen erregt. Aber ich muß der Ansicht unserer Referenten beipflichten, die den ernststen und gewissenhaften Bemühungen der Seeberufsgenossenschaft unter ihrer gegenwärtigen Leitung unumwundene Anerkennung zollen. Ihre letzte große Schutzmaßregel ist die Einführung der Tieflabelinie, mit der vor einigen Jahren zuerst die Hamburg-Amerika-Linie voranging. Ich kann auf diese vielumstrittene Frage aus Mangel an Zeit nicht des näheren eingehen, aber ich stelle mich auf die Seite derjenigen, die in der für jedes Schiff individuell berechneten Tieflabelinie eine wirksamere Schutzmaßregel sehen als in der schablonenartigen Vorschrift, die wahrscheinlich die Folge eines Reichsgesetzes sein würde, wie es in England der Fall ist.

Tatsache ist, daß die Schiffsunfälle mit Menschenverlust in Deutschland jetzt schon geringer sind als in England, wo die Tieflabelinie seit Ende der 1880er Jahre besteht. Wohl sind einzelne Fälle von Überlastung oder fehlerhafter Beladung bekannt geworden. Dagegen verlautet nichts von seeuntüchtigen Schiffen, die absichtlich hinausgeschickt werden. Nicht grundlos scheinen mir dagegen die Klagen über schwache oder unzureichende Besatzung, die bisweilen auf kleineren Schiffen, namentlich aber auf Fischereifahrzeugen vorkommt. Hier, wie überall sonst, muß die Seeberufsgenossenschaft energisch

durchgreifen und Leib und Leben der Besatzung schützen; legt doch jede Verletzung, besonders aber jeder Todesfall der Genossenschaft der Reeder mehr oder minder große Rentenlasten auf. Im vergangenen Jahr betrugen die für sämtliche Unfälle gezahlten Entschädigungen nahezu $\frac{3}{4}$ Millionen, dazu treten die Verwaltungskosten; so ergeben sich 1 131 358 Mk., die allein von den Unternehmern aufgebracht werden. Im ganzen sind bis jetzt über 5 Millionen Renten ausbezahlt worden. Berechnet werden die Renten nach festen Heuersätzen, die der Reichskanzler bekannt macht, nebst einem Zuschlag für die Verpflegung, und zwar wird angenommen, daß die Versicherten im Jahre elf Monate im Schiffsdienst gestanden haben. Diese Voraussetzung geht über die wirkliche Arbeitszeit, die im Durchschnitt nur zehn Monate beträgt, hinaus, dagegen sind die berechneten Löhne etwas niedriger als die jetzt wirklich gezahlten und der Geldwert der Beföstigung ist höher als der Ansaß, so daß das wirkliche Jahreseinkommen der Seeleute in den meisten Fällen das für die Rentenberechnung zu Grunde gelegte etwas übersteigt.

Die Seeberufsgenossenschaft will jetzt noch einen großen Schritt über die Unfallversicherung hinausgehen. Erfahrungsgemäß hat die Invaliden- und Altersversicherung für Seeleute fast keinen Wert aus dem Grunde, weil die wenigsten so lange in dem Berufe bleiben, daß sie in den Genuß der Rente kommen. Ihre Beiträge kommen also nicht ihnen selbst wieder zu gut. Erhebliche Bedeutung aber hat die Versorgung von Witwen und Waisen der Seeleute. Schon jetzt beziehen die Hinterbliebenen der bei Betriebsunfällen verstorbenen Seeleute Renten, im Jahre 1902: 1015 Witwen, 1508 Waisen und 235 Mündenden. Nun aber will die Seeberufsgenossenschaft eine allgemeine Witwen- und Waisenversicherung in Verbindung mit der Invalidenversicherung errichten. Sie hat zu diesem Behufe sorgfältige und umfassende Feststellungen über den Personalbestand vorgenommen und ist jetzt so weit, daß sie in ihrem letzten Jahresbericht sagen kann, die prinzipiellen Schwierigkeiten, die dem Zustandekommen der Kasse bisher noch hindernd im Wege standen, seien in einer Konferenz im Reichsamt des Innern am 20. März 1903 behoben worden. Und auf dem Berufs-genossenschaftstag am 6. und 7. Juni 1903 in Rorderney wurde von dem Vorsitzenden angekündigt, daß die Kasse im Laufe des nächsten Jahres ins Leben treten werde. Ist das geschehen, so ist der deutsche Seemann mit seinen Angehörigen gegen die Wechselfälle des Lebens reichsgefeßlich in einer Weise versichert, wie dies nirgends sonst der Fall ist. In den meisten andern Ländern fehlt sogar die öffentlich-rechtliche Versicherung des Seemanns völlig, oder sie reicht, wie in Frankreich, nicht an die deutschen Leistungen heran.

Dagegen ist auch bei den übrigen seefahrenden Nationen die Kranken=
Schriften CXIII. — Verhandlungen 1903.

fürsorge den Reedern auferlegt. Obwohl manche Meinungsverschiedenheiten über den Grad der Krankheitsgefahr für die Seeleute bestehen, so wird doch nicht geleugnet werden können, daß diese Gefahr relativ hoch ist. Die Einflüsse von Wind und Wetter einerseits, von Hitze und schlechter Luft andererseits, die aus mangelhafter Ernährung stammenden Krankheiten und die endemischen Seuchen in Tropenhäfen vereinigen sich hier zu gemeinsamem Angriff. Bei der Fürsorge gegen Krankheit ist in Deutschland der Seemann, der sich außerdem in einer freien Hilfskasse versichern kann, insofern günstiger als die in den Krankenkassen zwangsweise Versicherten gestellt, als er keine Beiträge zu zahlen braucht, während er sich auf der anderen Seite freilich auch mit einem geringeren Maß an ärztlicher Pflege, Fürsorge und Entschädigung begnügen muß. Denn nur auf den großen Schiffen ist ständig ein Arzt an Bord. Sonst muß der Kapitän oder sein Stellvertreter dem Kranken zu helfen suchen, bis ein Arzt erreichbar ist. Auch hier hat die Seeberufsgenossenschaft eingegriffen, indem sie vorschreibt, daß auf jedem in langer und atlantischer Fahrt verkehrenden Schiff, auf dem kein Schiffsarzt ist, der Kapitän oder mindestens der Steuermann ein Zeugnis über erfolgreiche Ablegung einer amtlichen Prüfung in der Gesundheitspflege besitzen muß. Worauf sich diese Pflege erstrecken soll, das ist aus einer „Anleitung“ zu ersehen, die das Reichsgesundheitsamt auf Veranlassung des Staatssekretärs des Innern verfaßt und veröffentlicht hat. Im übrigen befaßt sich die Seemannsordnung in den §§ 56, 59—63 mit den Bestimmungen über die Krankenfürsorge. Der Bundesrat erläßt Vorschriften über das Minimum der mitzuführenden Heilmittel. Die Verpflegung und Heilbehandlung, deren Kosten der Reeder tragen muß, erstreckt sich im Inlande und in deutschen Häfen bis auf drei, in anderen bis zu sechs Monaten. Doch ist analog der Bestimmung in der letzten Krankenkassen-Novelle für Seeleute auch in Deutschland die Verlängerung der Krankenfürsorge bis zu sechs Monaten amtlich in Aussicht gestellt worden. Die Feuer bezieht der erkrankte Schiffsmann bis zur Einstellung des Dienstes oder bis zum Verlassen des Schiffes. Ist der Schiffsmann in eine Krankenanstalt verbracht, so erhält er während seines dortigen Aufenthalts keine Feuer, es sei denn, daß er seine Angehörigen „ganz oder überwiegend“ — ein ziemlich dehnbarer Ausdruck — unterhält; dann wird ihm $\frac{1}{4}$ der Feuer gezahlt. Stirbt der Schiffsmann, so hat der Reeder die Bestattungskosten zu tragen, während die Sorge für seinen Nachlaß dem Kapitän zufällt.

Noch einer staatlichen Einrichtung, die den Seemann von Beginn seines Feuervertrags bis zu dessen Beendigung, ja noch darüber hinaus, begleitet, muß ich mit einigen Worten gedenken: es sind dies die schon öfter er-

wählten Seemannsä mter. Vor dem Seemannsamt muß sich der Schiffs-
mann über seine Personalien ausweisen, hier empfängt er sein Seefahrts-
buch, hier wird sein Feuervertrag verlautbart und damit die Anmusterung
vollzogen. Vor derselben Behörde muß die Abmusterung erfolgen, die Be-
kündung der Beendigung des Dienstverhältnisses. Das Seemannsamt ist also
eine Verwaltungsinstanz, die Abschluß und Beendigung des Arbeitsvertrages
sowie die Zulässigkeit seiner Bestimmungen überwacht und darüber Urkunden
ausstellt. Über seine Befugnisse sind noch ganz anderer Art: Beim See-
mannsamt bringt der Schiffsman n etwaige Beschwerden über ungenügende
Verproviantierung oder mangelnde Seetüchtigkeit des Schiffes an, und das
Amt hat diese Beschwerden zu untersuchen. Ersparte Heuerbeträge des Schiffs-
manns übermittelt das Seemannsamt dessen Angehörigen. Bei Streitigkeiten
aus dem Feuervertrage zwischen Kapitän und Schiffsman n ist das Seemanns-
amt verpflichtet, eine gütliche Ausgleichung zu versuchen. Endlich — und
dies ist ein vielumstrittenes Gebiet — hat das Seemannsamt auch richter-
liche Funktionen. Es führt Verhandlung gegen Reeder, Kapitäne, Offiziere
und Schiffsleute und verhängt Strafen, die bis zu empfindlicher Höhe gehen
können. Für Schiffsleute kommen hierbei insbesondere in Betracht: Bruch
des Feuervertrages, Desertion; Verfehlungen bei der Musterung; Verletzungen
der Dienstpflicht. Gegen die vorläufig vollstreckbaren Entscheidungen des
Seemannsamts ist binnen zehn Tagen Berufung an die ordentlichen Gerichte
zulässig.

Gegen diese strafrechtlichen Befugnisse einer Verwaltungsbehörde machte
sich bei den Beratungen über die neue Seemannsordnung ein starker, von
den organisierten Seeleuten ausgehender Widerstand geltend. Man wollte
Seeschöffengerichte als Reichsinstitution, während dem Seemannsamte als
Landesbehörde seine sonstigen Funktionen bleiben sollten. Diese Strömung
ist nicht durchgedrungen; es wurde ihr entgegengehalten, daß einerseits damit
ein Novum, nämlich Standesgerichte, in unsere Rechtsordnung eingeführt
werden würde, andererseits daß in den kleineren Häfen, wo das Seemannsamt
im Nebenamt versehen wird, und namentlich im Auslande, wo dem Konsul
diese Obliegenheiten zufallen, die Errichtung solcher Seeschöffengerichte un-
möglich sei. Doch kann man sich nicht verhehlen, daß die Ausstattung einer
Verwaltungsbehörde mit sehr weitgehenden strafrichterlichen Befugnissen ihre
ernsten Bedenken hat. Man hat diese Bedenken nun in der neuen See-
mannsordnung dadurch zu mildern versucht, daß man die Seemannsä mter
bei ihren Strafverhandlungen allgemein mit einem Vorsitzenden und zwei
schiffahrtskundigen Beisitzern, und zwar auch aus den niederen Chargen,
besetzt. Dies war früher schon in Preußen und Oldenburg der Fall, aber

nicht in den Hansestädten, und gerade aus dem größten deutschen Hafen kamen früher bittere Klagen der Seeleute über harte Handhabung der Strafgewalt des Seemannsamts durch den autokratisch entscheidenden Wasserschout. Nun sind auch hier durch die neue Seemannsordnung Rautelen getroffen. Betont muß aber werden, daß dessen ungeachtet die Errichtung von Seeschöffengerichten im Interesse einer raschen, sachverständigen und billigen Justiz auch außerhalb des Kreises der Schiffsleute warme Befürwortung findet.

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Seeleute, zu denen das wohlverstandene Eigeninteresse der Unternehmer hinzutreten muß, werden in allen Ländern von alters her durch Wohlfahrts Einrichtungen ergänzt. Nur in wenigen unserer Berichte ist die Bemerkung enthalten, daß solche an diesem oder jenem Orte ganz fehlen; die meisten wissen von sehr verschiedenartigen Institutionen zu erzählen: Unterstützungs- und Versorgungskassen, Spareinrichtungen, Seemannsheimen, Lesehallen usw. Von den Kassen verdanken manche alten städtischen Stiftungen ihren Ursprung, andere sind aus Spenden von Reedern entstanden, wieder andere beruhen lediglich auf Beiträgen der Teilnehmer, auch solche rein philanthropischen Charakters gibt es. Doch kommen in den meisten Fällen ihre Wohltaten den höheren Chargen, deren Witwen und Waisen zu gute, während die große Masse der Matrosen, Heizer, Trimmer, Stewards leer ausgeht. Deswegen haben unsere bedeutendsten Reedereien, allen voran die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd, Pensions- und Unterstützungskassen gegründet, die ihre Mittel zum Teil aus Beiträgen der Angestellten ihrer Betriebe schöpfen, zum Teil aber auch aus sehr erheblichen Zuschüssen der Gesellschaft. Die Wirksamkeit dieser Kassen wird ergänzt durch die Effektenversicherung. Nach dem Handelsgesetzbuch ist der Reeder nicht verpflichtet, die bei Schiffsbruch oder sonstigem Unglück verloren gegangene Habe des Seemanns zu entschädigen. Das wird als arger Mißstand von den Schiffsleuten empfunden. Bestrebungen des Seemannsverbandes, eine Effektenversicherung ins Leben zu rufen, sind bis jetzt nicht zur Verwirklichung gelangt. Wohl aber haben unsere größten Unternehmungen für ihre Angehörigen solche Anstalten geschaffen, die bei Verlust ihnen oder ihren Rechtsnachfolgern Entschädigung in Geld leisten. Die großen Verdienste der Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger, die, 1866 gegründet, jetzt weit über 100 Stationen besitzt und gegen 3000 Personen gerettet hat, kann ich hier nur kurz erwähnen.

Von großer Wichtigkeit sind die Bestrebungen, den abgemusterten und arbeitssuchenden Seeleuten gute und billige Unterkunft und Verpflegung in den Hafenorten zu gewähren. Solche Seemannshäuser

und Seemannshäuser bilden Schutzstätten gegen Ausbeutung, gegen leibliche und sittliche Gefahren. Denn ein Leben in der Familie, so lange sie an Land sind, ist nur relativ wenigen Seeleuten beschieden. Sie sind auf den Logiswirt und das Gasthaus angewiesen, wenn nicht gemeinnützige Anstalten ihnen die Tore öffnen. Was von der Art und den Erfolgen solcher Seemannshäuser berichtet wird, muß zu weiteren Unternehmungen auf diesem Gebiete anspornen. Ich glaube, daß außer der nunmehr in die Wege geleiteten Regelung des Heuerwesens kein Mittel existiert, namentlich in den großen Hafenorten unseren Seeleuten wirksamer zu helfen, als ein gut geordnetes Logis- und Verpflegungswesen während der Arbeitslosigkeit. Wenn hierfür Zuschüsse aus gemeindlichen Mitteln oder Wohlfahrtsfonds erforderlich sind, so werden sie reiche Zinsen tragen; es scheint mir aber nach den gegebenen Beispielen auch durchaus möglich, den Betrieb solcher Seemannshäuser aus ihren eigenen, von den Seeleuten für Wohnung und Kost entrichteten Einnahmen zu erhalten. In Verbindung mit solchen Seemannshäusern werden auch die Bemühungen, den Schiffsleuten das Sparen zu erleichtern, ihr Lebensbedürfnis zu befriedigen und ihnen gesittete Erholung, fern von Trunk und Ausschweifung, zu verschaffen, gute Erfolge erzielen. Hier hat die Seemannsmission noch ein weites Feld vor sich, ebenso aber auch der Seemannsverband.

Ansätze, die Selbsthilfe der Seeleute zu organisieren, sind überall erst in neuerer Zeit hervorgetreten. In England ist auf eine Periode großen und raschen Aufschwungs ein jäher Verfall der Organisation gefolgt, die erst neuerdings wieder zu erstarken beginnt. Die Seemannsgewerkschaft in den Vereinigten Staaten hat durch kluge Leitung manchen bedeutamen Erfolg in Verhandlungen mit den Reedern und in Einflußnahme auf die Gesetzgebung gewonnen. Auch in Österreich haben die Verbände einiges erreicht. Die jetzige Organisation in Deutschland ist noch jung, erst 5—6 Jahre alt. Ihr Bestand hat sich langsam und mit Rückschlägen entwickelt, im Gewerkschaftsverzeichnis für 1902 wird die Mitgliederzahl auf 2600 angegeben in 22 Zweigvereinen mit rund 42 000 Mk. Einnahmen, 30 000 Mk. Ausgaben und 60 000 Mk. Vermögen. Die Schwierigkeiten, Seeleute zu organisieren, sind eben besonders groß: Die meisten haben keine feste Wohnstätte, lange Reisen halten sie von der aktiven Teilnahme am Verband ab, so wird auch die Beitragszahlung behindert; dazu kommen die verschiedenartigen Stufen und Klassen innerhalb der Mannschaft, der Mangel an Solidaritätsgefühl und Interessengemeinschaft. Augenscheinlich sind Heizer und Trimmer, die den Maschinenarbeitern auf dem Lande nahestehen, leichter zu organisieren als die Decksmannschaft und das Bedienungspersonal. Auch

die Auswahl der Führer der Bewegung bietet Schwierigkeiten. Aktive Seeleute können es nicht sein; neben den fest angestellten Beamten treten dann leicht Elemente hervor, die nicht einmal früher Seeleute waren, wie Gastwirte und Händler. Der Verband hat ein eigenes Organ, den „Seemann“, der mit Feuereifer für die Besserung der Lage der Seeleute und die Beseitigung von Mißständen eintritt, aber durch die Leidenschaft seiner Sprache und die wahllose Verallgemeinerung von Einzelfällen selbst im Kreise seiner Gesinnungsgenossen, geschweige denn bei den Reedern, manches Mißfallen erregt. Im übrigen sind die Taten des Verbandes oft besser als seine Reden. Er ist wiederholt für Tarifverträge eingetreten und hat solche auch in Stettin, Flensburg, Bremen — hier bemerkenswerterweise unter Mitwirkung des Gewerbegerichts — zu stande gebracht und damit manche Streitpunkte aus der Welt geschafft. Die Streiks und Lohnbewegungen, die an einigen Orten stattfanden, sind meist von kurzer Dauer und ohne gehässige Erscheinungen gewesen. Auch bemüht sich der Verband um die moralische und geistige Hebung seiner Standesgenossen. Unter den obwaltenden Umständen müssen freilich seine Erfolge beschränkt bleiben. Erwähnt sei noch, daß mehrere Führer des Verbandes als Beisitzer in den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung tätig sind.

Eine sehr wichtige Aufgabe sämtlicher Interessenten der Schifffahrt — und das sind nicht nur die Reeder, Kapitäne, Offiziere und Schiffsleute, sondern auch die beteiligten Staaten — ist es meines Erachtens, ein ständiges, geschultes Personal und einen tüchtigen Nachwuchs zu erziehen. Heute noch wie früher und hoffentlich auch für alle Zukunft rekrutieren sich Kapitäne und Offiziere unserer Handelsmarine allein aus der Decksmannschaft von Segelschiffen. Der Junge wird Leicht- und dann Vollmatrose, rückt nach abgelegter Prüfung zum Steuermann auf und steigt je nach seiner Tüchtigkeit bis zu den ersten Stellen. Im Maschinendienst ist das Aufsteigen schwieriger, aber es kommt doch noch öfter vor, daß der Trimmer nicht nur Heizer, sondern auch Maschinist wird. Das Bedienungspersonal kommt natürlich für die Führung des Schiffes nicht in Betracht. Früher lieferte nicht nur die Küstenbevölkerung, sondern auch die bäuerliche Bevölkerung des Hinterlandes unsere besten Seeleute. Heute ist die Verbindung zwischen Seefahrt und Landwirtschaft vielfach ganz abgerissen, anderswo besteht sie freilich noch, aber schwach. Dadurch ist das fest im heimischen Boden wurzelnde Element der Besatzung gegenüber der fluktuierenden Masse noch mehr in den Hintergrund gedrängt worden, als die natürlichen Folgen der technischen Entwicklung der Schifffahrt bedingt haben. Und gleichzeitig wird auch der Ersatz für die höheren Stellen un-

sicherer. Beide Momente sind aber für das Gedeihen unserer Handelsmarine von höchster Bedeutung. Die alten Zustände sind dahin, es muß daher durch positive Maßregeln eine Vorsorge getroffen werden. Erfreuliche Ansätze dazu sind bereits vorhanden. Für die Erziehung eines tüchtigen Nachwuchses wollen der Schulschiffverein, der Verein Seefahrt und die Älsterreederei sorgen. Möglicherweise empfiehlt es sich auch, Segelschiffen — nur auf diesen ist der Deckdienst wirklich zu lernen — die Anheuerung einer bestimmten Anzahl von Jungen aufzuerlegen, wie dies früher in manchen Ländern der Fall war. Jedenfalls muß auch in Zukunft jedem tüchtigen und geschulten Jungen und Matrosen die Aussicht, Kapitän zu werden, offen bleiben, ja durch Freistellen in den Navigationschulen und sonstige Förderung eventuell erleichtert werden.

Aber nicht alle Schiffsleute, Matrosen und Heizer können wirklich in die höheren Stellen aufrücken. Da scheint es denn geboten, aus den Angehörigen dieser Klassen einen festen und zuverlässigen Stamm geschulter Leute zu bilden, der auf Dampfern und Seglern den Kern der Besatzung abgibt. Das ist, wie die Dinge liegen, nicht immer leicht. Selbst hohe Heuern, gute Kost, wohnliche Logis, humane Behandlung und Erweiterung des staatlichen Schutzes und der Fürsorge reichen dazu allein nicht aus. Die Beschwerden und Gefahren der Schifffahrt werden immer so groß sein, daß nur Männer in den kräftigsten Jahren in diesem Berufe verharren. Wenn man die Altersgliederung der niederen Chargen betrachtet, so folgt auf die ziemlich starke Stufe von 15—20 Jahren die große Masse der 20 bis 30 jährigen, dann tritt eine leichte Minderung in der Stufe von 30—35, eine stärkere schon im folgenden Jahrzehnt ein und nach dem 40. Lebensjahre ein steiler Abfall; die Zahl der über 50 Jahre alten Leute ist verhältnismäßig gering. Die einen sind aufgerückt zu Kapitänen, Offizieren, Maschinisten — auch von diesen bleibt kaum einer im Dienst, wenn er die 60 überschritten hat. Die anderen haben sich in andere Berufe zerstreut, Unfall, Krankheit, Tod haben ihre Opfer gefordert. Die große Masse der Seeleute sind also relativ junge Leute, und die sind schwer sesshaft zu machen. Das spricht sich auch in dem Prozentsatz der Verheiratungen aus: Bei den Kapitänen und höheren Offizieren sind 62—93 vom Hundert verheiratet; bei den Seeleuten in Unteroffizierstellungen nur 36 Hundertteile, von den Heizern 23, von den Matrosen 18 und von den Trimmern nur 7 Hundertteile. Dabei fällt natürlich auch noch stark ins Gewicht, daß die teureren Lebensverhältnisse in den großen Häfen die Gründung eines Hausstandes sehr erschweren, namentlich sind die Wohnungen kostspielig. Und doch ist es im höchsten Grade wünschenswert, daß auch der Seemann ein

festes Heim habe und den Segen des Familienlebens erfahre. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß einsichtige Reeder die Ansiedelung von Deck- und Maschinenleuten in der ländlichen Umgebung von Häfen begünstigen; eine planmäßige Förderung könnte gewiß in dieser Richtung sehr erfreuliche Ergebnisse erzielen, die allen Beteiligten zu gute kämen. Hier wäre eine wahrhafte Wohlfahrtseinrichtung im besten Sinne des Wortes zu schaffen.

Schon jetzt fehlt es freilich in den großen Reedereien nicht an Seeleuten, die 10, 15 und mehr Dienstjahre bei derselben Gesellschaft aufzuweisen haben. Würde diese feste Zugehörigkeit eines tüchtigen Stammes allgemein noch mehr gepflegt, so könnte damit zugleich eine Einschränkung der Desertion erzielt werden, die auch in der deutschen Handelsmarine einen dunklen Punkt bildet. Mag sich auch das Übel gegen früher vermindert haben — am stärksten war das Desertionsfieber 1889 bis 1891 — so ist sein Umfang auch jetzt noch groß genug. Bei einer Besatzung von rund 23 000 Mann, von denen jeder 2—3 mal im Lauf des Jahres angemustert wird, sind im Jahre 1901 beim Seemannsamt in Hamburg 1324 Desertionsfälle gemeldet worden; die wirkliche Zahl ist aber viel höher, da sehr viele Fälle nicht angezeigt werden. Davon entzogen sich dem Dienstantritt 593. 1253 Deserteure stellten sich dem Seemannsamt, davon wurden 1104 bestraft. Die Strafen gehen je nach der Schwere des Falles auf Geldstrafen bis zu Mk. 60 bezw. 300 und auf Gefängnis bis zu drei Monaten bezw. ein Jahr. In Bremen wurden sogar bei 16 000 Schiffsleuten und 26 000 Anmusterungen 1368 Desertionsfälle im Jahre 1902 angezeigt. Weitaus das größte Kontingent stellen überall die Leute aus dem Feuerraum, aber auch die Aufwärter und die Deckleute sind zahlreich vertreten. In New York, Baltimore, San Francisco finden die meisten Desertionen statt. Die Motive solch vertragsbrüchigen Entweichens sind sehr verschieden. Gewiß bietet in vielen Fällen die schwere Mühsal des Heizer- und Trimmerdienstes den Anlaß, auch schlechte Behandlung von Vorgesetzten oder Kameraden, mangelhafte Beköstigung und schlimme Logisverhältnisse sprechen mit, und die nicht geringe Zahl der Freisprechungen von Deserteuren vor den Seemannsämtern mag beweisen, daß es an triftigen Entschuldigungen oder doch mildernden Umständen nicht fehlt. Aber Leichtsin, Liederlichkeit, Trunkenheit, Ausschweifungen spielen doch auch eine große Rolle und wohl auch die Nachgiebigkeit gegen Verlockungen und Vorspiegelungen von Feuerbasen in fremden Häfen, die den leichtgläubigen Seemann nur zu oft ausbeuten und betrügen. Eine besondere und zahlreiche Klasse der Deserteure bilden die „Übergeber“, d. h. Leute, die sich als Kohlenzieher nur deshalb anheuern lassen, um sich die Überfahrt nach

Amerika zu verschaffen, wo sie nach der Landung auskneifen, um ihr Glück zu versuchen. Desertionen aber können Schiff, Besatzung, Passagiere und Ladung in ernsthafte Gefahren bringen. Oft genug gelingt es dem Kapitän nicht, geeigneten Ersatz auf der Stelle zu finden, er muß daher entweder mit minderwertigen Leuten, die er hastig zusammenrafft, vorlieb nehmen, oder das Schiff geht mit verminderter Mannschaft, die dann vermehrte Arbeit zu tun hat, wieder in See. Daß darum auf Desertion strenge Strafen gesetzt sind, ist unerläßlich. Aber Drohungen und Strafen allein werden das Übel nicht heben. Viel wirksamer ist das Mittel, die Zustände an Bord zu verbessern und einen zuverlässigen, altgedienten Kern der Mannschaft zu erziehen. Auch dem Seemannsverband erwächst hier die Aufgabe, das Pflicht- und Verantwortungsgefühl der Seeleute zu schärfen und den Vertragsbruch und die Desertion als unwürdig hinzustellen.

Fast ganz unberührt habe ich bis jetzt die Arbeiterschaft in der Hochseefischerei gelassen. Diese bildet in der Tat eine eigene Klasse für sich, über die uns für Deutschland das Referat für Geestemünde berichtet; die französische und die österreichische Abhandlung widmen dem Gegenstand ausführliche Schilderungen, auch in anderen Arbeiten finden sich gelegentliche Hinweise. Die Verhältnisse sind aber so verschieden gelagert, daß ein Vergleich kaum möglich. Während an der französischen Küste und in der Adria eine sehr zahlreiche, festangesessene einheimische Fischerbevölkerung in sehr vielen, meist kleinen und schwach bemannten Fahrzeugen, häufig in primitiver Art, unter Teilung des Gewinnes, dem Fang von Seetieren obliegt, ist die Organisation unserer Hochseefischerei in der Nordsee eine ganz andere. Nach einer vom Deutschen Seefischereiverein veranstalteten Statistik waren Anfang dieses Jahres 529 deutsche Fahrzeuge mit insgesamt 110 000 cbm Räume und einer Besatzung von 4019 Mann in der Hochseefischerei der Nordsee tätig. Von den Schiffen waren 120 Dampfer. Die Heringsfischerei wird von Emden aus mit Segelschiffen, der Fang von Frischfischen in großem Maßstabe von Geestemünde, Bremen, Bremerhaven, Altona, Hamburg aus mit Dampfern und Seglern betrieben. Die weitere Ausdehnung der Reisen, die infolge der Erschöpfung der heimischen Gründe nötig wurde, hat eine Vergrößerung der Fischfahrzeuge bewirkt. Aktiengesellschaften sind an der Unterweser und in Emden die Regel, in der Elbe ist der Schiffer noch häufig Eigentümer des Schiffes. Die Fischdampfer haben eine Besatzung von 10—11 Mann, bei Fahrten bis Island 1—2 Mann mehr; die Heringsslogger sind stärker bemannt. Das Maschinenpersonal, das aus 3—4 Personen besteht, beteiligt sich selten an den Fangarbeiten, diese werden vom Deckpersonal, Netzmacher, Matrosen, Leicht-

matrosen, Koch, Jungen unter Leitung des Kapitäns besorgt. Die Heuern sind verhältnismäßig hoch: Matrose Mk. 70, Nehmacher Mk. 80 — 85, Koch Mk. 85 — 90, dazu treten noch Fangprämien und Gewinnanteile, die zwischen Mk. 10 — 40 schwanken. In der Heringsfischerei werden die Heuern wöchentlich berechnet und der Gewinnanteil am Fang ist höher als beim Frischfischfang: Matrose Mk. 12 festen Wochenlohn und Mk. 0,15 pro Tonne des Fangs, außerdem noch sog. Klimmgeld und $\frac{1}{8}$ Tonne Heringe. Jedem Manne steht es frei, sich von der Richtigkeit der Abrechnung durch Einsicht in die Bücher zu überzeugen. Die Arbeit ist zu Zeiten sehr schwer und anstrengend. Die Seeleute auf den Fischdampfern können das ganze Jahr hindurch Beschäftigung erhalten, die Mehrzahl pflegt jedoch einige Monate auszusetzen; beim Heringsfang fahren viele Leute nur im Sommer, im Winter sind sie zu Hause. Das Jahreseinkommen eines regelmäßig fahrenden Matrosen beträgt beim Frischfischfang unter Einrechnung der Beköstigung Mk. 1200, das Maximum des Verdienstes auf Heringsschiffen soll gegen Mk. 2000 betragen. Die Dauer der Arbeitszeit ist von den Witterungsverhältnissen und den gefangenen Fischmengen abhängig. Die Kost wird als sehr gut geschildert, nicht so die Unterkunft. In den letzten Jahren hat die Häufigkeit der Unfälle und Verluste auf Fischfahrzeugen wiederholt Aufsehen erregt (1900 65, 1901 67, 1902 44 Todesfälle). Es werden Vorwürfe wegen zu schwacher Besatzung, Überlastung mit Arbeit, Unvorsichtigkeit in der Führung erhoben; die Seeberufsgenossenschaft geht diesen Klagen nach und ist in Erwägung getreten, ob die Fischereifahrzeuge nicht in eine besondere Gefahrenklasse einzureihen sind.

Frage ich mich zum Schluß, ob die technische und wirtschaftliche Umwälzung in der Handelsmarine den Seeleuten mehr Vorteile als Nachteile gebracht hat, so glaube ich darauf als Gesamtergebnis der Untersuchungen mit einem Ja antworten zu müssen. Und zwar ganz besonders auch für die deutsche Schifffahrt. Ich bin gewiß nicht blind für die Schattenseiten der Entwicklung: die Einheitlichkeit und der feste Zusammenhang der Schiffsbesatzung ist geschwunden, ein Strom heterogener und oft recht unerfreulicher Elemente hat sich in sie ergossen. Das kameradschaftliche Band, das Schiffer und Schiffsleute umschlang, ist gelockert oder ganz beseitigt, und das patriarchalische Verhältnis hatte auch sein Schönes. Die Chancen des Aufstiegs bis zur vollen Selbständigkeit haben sich stark vermindert. Neue Gefahren für Leib und Leben, bisher unbekannte Mühsal hat der Dampf mit sich gebracht. Auch die Logisverhältnisse haben sich nicht durchweg entsprechend gebessert. Manche dieser Nachteile hängen mit

Übergangszuständen zusammen und werden verschwinden, manche werden wohl bleiben. Aber ihnen stehen doch große Fortschritte gegenüber: Vor allem ist die Rechtsicherheit der Seeleute nach den verschiedensten Richtungen ausgebaut worden; nicht nur ist das Maß ihrer Rechte erweitert, sondern auch die Ausführung der Vorschriften gewährleistet worden. Dazu treten die Rechte aus der Versicherungsgesetzgebung: die indirekte Einwirkung der Reichsrankenversicherung, die unmittelbare Fürsorge bei Unfällen, Invalidität und Alter und die Sicherstellung der Hinterbliebenen. Die Wohlfahrts Einrichtungen werden vermehrt. Die Heuern sind in den guten Zeiten leztthin gestiegen und trotz Rückgangs der Konjunktur auf ihrer Höhe geblieben. Auch die Gesamtdauer der Beschäftigung im Jahre ist, wenigstens für die ausschlaggebenden Häfen, im Zunehmen begriffen. Daß die Beföstigung der Seeleute weit besser geworden ist, wird allgemein zugegeben. Das Volkslogis unterliegt künftig der Reichskontrolle. Grobe Mißhandlungen an Bord gehören zu den seltenen Ausnahmefällen. Dem Unwesen in der Stellenvermittlung rückt man zu Leibe. Die Sicherheit der Schifffahrt ist gewachsen. Viele Anzeichen deuten darauf hin, daß auch die sittlichen Zustände sich bessern, daß Trunk und Ausschweifung abnehmen. Ein neues Standesbewußtsein der Seeleute bahnt sich an.

Wenn trotzdem immer neue Forderungen erhoben, laute Klagen und Beschwerden vorgebracht werden, so wird man nicht über Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der Leute schelten dürfen. Unzweifelhaft gibt es noch mancherlei Mißstände und zahlreiche Verbesserungen sind noch möglich. Auch sind heutzutage die Anschauungen der Seeleute und ihre Ziele andere, weitergehende als vor 20 und 30 Jahren oder gar noch länger zurück. Im ganzen aber hat die technische und wirtschaftliche Entwicklung der Schifffahrt auch ansehnliche sozialpolitische Fortschritte für die Mannschaft mit sich gebracht, und der bisherige Gang der Dinge läßt weitere Verbesserungen ihres Loses erwarten. Und zwar marschieren auch hier die Groß- und Riesenbetriebe an der Spitze. Hier an der Wasserfront, wo sich das Tor zum Weltverkehr öffnet, lebt und arbeitet die mit der Schifffahrt verwachsene Bevölkerung in der Überzeugung: Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser! Aus eigener Kraft, unter genialer Führung, durch Weitblick und Wagemut hat die deutsche Reederei ihre achtungsgebietende Stellung erungen und mit einem weitverzweigten Routennetz den Erdball umspannt. Das Ansehen Deutschlands in der Welt ist zum Teil ein Verdienst unserer Handelsflotte. Aber das wäre nicht möglich gewesen, wenn sie nicht über eine ausgezeichnete Schiffsmannschaft verfügte: deutsche Kapitäne, Offiziere und Schiffsleute genießen in allen Meeren den besten Ruf ob ihrer Tüchtig-

keit, Manneszucht und Leistungen. Die wirtschaftliche und geistige Hebung unserer Seemannsbevölkerung liegt im eigenen Nutzen der Unternehmer, die im wachsenden Konkurrenzkampfe des Weltverkehrs für die besten Schiffe auch der besten Männer bedürfen. So widerstreitend auch in Einzelfällen die Interessen der Reeder und der Seeleute sein mögen, am letzten Ende finden sie sich doch in einer höheren Einheit zusammen: eine ertragsreiche Schifffahrt und eine hochstehende Seemannschaft! Möge sich für Hamburg, dessen große Vergangenheit in frischer Tatkraft seiner Bewohner zu neuem glänzenden Leben unter den Fittichen des Reichsadlers erwacht ist, stets das schöne Wort Schillers im Hinblick auf Reeder und Schiffsmann bewähren:

Such, ihr Götter, gehört der Kaufmann. Güter zu suchen
Geht er, doch an sein Schiff knüpft das Gute sich an!

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Staatsminister Dr. v. Berlepsch: Der Redner wird aus dem Beifall der Versammlung ersehen haben, wie dankbar sie ihm für seine Ausführungen ist; er hat uns ein Bild über die Lage des Seemanns nach allen Richtungen gegeben, und ich glaube nicht, daß man ihm den Vorwurf machen kann, daß er in irgend einer Hinsicht eine Lücke gelassen hat. Deshalb habe ich auch nicht versucht, seinen Vortrag zu unterbrechen, trotzdem er die Zeit weit überschritten hat, die für das Referat gestellt war. Ich wiederhole dem Herrn Redner nochmals den Dank der Versammlung für sein erschöpfendes Referat.

Ich bitte jetzt den Herrn Korreferenten, das Wort zu nehmen.

II.

Korreferat

von

Inspektor Kapitän **Polis**=Hamburg.

Hochgeehrte Versammlung! Vom Verein für Socialpolitik wurde mir die ehrenvolle Aufgabe gestellt, an der Berichterstattung über die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter mitzuwirken und in dem mir übertragenen heutigen Referate in erster Linie aus der Erfahrung heraus, die mir infolge einer langjährigen praktischen seemannischen Tätigkeit an Bord, ebenso wie im Schiffahrtsbetriebe an Land, zu Gebote steht, die theoretischen Ausführungen der Sozialpolitiker zu ergänzen.

Die im Laufe dieses Jahres zum Abschluß gekommenen und veröffentlichten Erhebungen des Vereins über die Lage der seemannischen Arbeiter behandeln den vorliegenden Gegenstand in der ausführlichsten, ich möchte wohl sagen, erschöpfendsten Weise.

Meine Aufgabe wird in der Hauptsache nur darin bestehen, in dem Rahmen eines kurzen Vortrages Ihnen alles das zu bringen, was nach den vorzüglichen Ausführungen meines geehrten Herrn Vorredners mir noch erwähnenswert erscheint, um ein Gesamtbild über die sozialen Verhältnisse unserer seemannischen Arbeiter zu erhalten.

Handelspolitische und geographische Verhältnisse, eine zunehmende Auswanderung, ein stetig wachsender Passagierverkehr, die Ausdehnung der Dampfschifffahrt, die mit dem Rückgang der Segelschifffahrt Hand in Hand ging, die hochentwickelte Technik im Schiffs- und Maschinenbau, die Ausgestaltung regelmäßiger Linien, das Anpassen an den vergrößerten Transportbedarf, der Bau von Spezialschiffen, die immer mehr zutage tretende Wirtschaftlichkeit der größeren Dampfer gegenüber den kleinen haben den Kleinbetrieb der Seeschifffahrt immer mehr beschränkt und zur Entwicklung des Großbetriebes beigetragen.

Dieser Umschwung hat naturgemäß auch einen umwälzenden Einfluß auf die Besatzung der Schiffe ausgeübt. Die Zahl und die Zusammensetzung der Schiffsmannschaften, ihr Ersatz, ihre Ausbildung und ihre Leistungen, ihre Lage an Bord, die Gestaltung des Schiffsdienstes, das Verhältnis der Schiffsleute zum Kapitän und zum Reeder sind andere als früher geworden.

Der Stamm der eigentlichen Segelschiffsmatrosen, die sich durch Tüchtigkeit, durch Disziplin und Berufsfreudigkeit auszeichneten, hat von Jahr zu Jahr abgenommen. Der Ersatz konnte aus Mangel an fachmännischer Ausbildung bei weitem nicht mehr an die Leistungsfähigkeit der Seeleute früherer Jahre heranreichen. Das patriarchalische Verhältnis der Schiffsleute zum Kapitän und zu den Schiffsoffizieren ist geschwunden. Die Vermehrung und Vervollkommenung von maschinellen Einrichtungen ersetzen heute einen großen Teil der fehlenden Tüchtigkeit der Matrosen. Auf den Dampfschiffen verliert sich der Charakter einer wirklichen seemännischen Tätigkeit noch viel mehr als auf Segelschiffen. Rahe=Segel werden kaum noch geführt, andere Segel verschwindend wenig. Steuern, Loten und andere wichtige seemännische und nautische Arbeiten liegen meist in Händen von besonders darin ausgebildeten Personen, während den übrigen Matrosen die Reinigungsarbeiten, das Malen, die Arbeiten in der Ladung und an den Dampfwinden, das Aufbringen des Lösch- und Ladegeschirrs, die Hantierung mit Rettungsbooten, Sonnensegeln und Leinen zum Festmachen und Verholen des Schiffes zufallen. Der Seemann bildet heute an Bord nur einen kleinen Teil eines großen Mechanismus, er ist in der Tat zum Arbeiter geworden.

Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse bei dem Maschinenpersonal. Die Zunahme der Dampfschiffe an Zahl und Größe, der Bau von Schnelldampfern mit ihren mächtigen Maschinenanlagen und ihrem großen Kohlenverbrauch erforderten eine außerordentlich große Anzahl an Heizern und Kohlenziehern. Die Ausbildung hielt mit den Anforderungen nicht gleichen Schritt. Der Ersatz konnte nicht mehr aus Hafenstädten, sondern mußte vom Binnenlande beschafft werden und bestand aus ungeübten Leuten. Die Folge ist ein minderwertiges und schnell wechselndes Personal, das naturgemäß durch seine geringere Leistungsfähigkeit mehr in Anspruch genommen und verbraucht wird.

Die Arbeit in der Maschine, vor den Feuern und in den Bunkern ist nicht eine seemännische Tätigkeit wie die des Deckspersonals. Die Maschinenarbeiter bilden eine geschlossene Kategorie für sich. Selten führt die Neigung zum Seemannsberuf die Leute auf die See hinaus, oftmals ist die Ursache Mangel an Arbeit in dem früheren Beruf, eine verfehlte Karriere, daneben

die Absicht, im Auslande das Glück zu versuchen und die Überfahrtskosten nach dem Auslande zu sparen (daher die häufigen Desertionen). Ein Teil von ihnen steht auf der niedrigsten Stufe des Arbeiterstandes und verkörpert unter den Seeleuten viel mehr das Arbeitertum als das Deckpersonal.

Die dritte Kategorie der seemannischen Arbeiter bildet das Rücken- und Bedienungspersonal, das, früher verschwindend klein, mit der Zunahme und dem Wachsen der Passagierdampfer aber an Zahl zugenommen hat und heute einen wichtigen Bestandteil der Schiffsbesatzung ausmacht, mit dessen Leistungen ebenso gerechnet werden muß, wie mit denen des Deck- und Maschinenpersonals, und ohne das sich ein moderner Dampferbetrieb nicht denken läßt.

Mit der Ummwälzung im Seeschifffahrtsbetriebe änderte sich auch die soziale Stellung der seemannischen Arbeiter an Bord. Es begann das Einsetzen der Sozialpolitik für die Seeleute, die Fürsorge des Staates für ihre Rechtsverhältnisse und für ihre Wohlfahrt und vor allem die Fürsorge der Reeder in der mannigfaltigsten Gestalt, um einen guten Stamm tüchtiger Leute heranzubilden und sich dauernd zu erhalten.

Infolge des Aufblühens der deutschen Schifffahrt und der günstigen Ertragnisse war der Reeder in der Lage, nicht nur die Lohnverhältnisse der Seeleute zu verbessern, sondern ihnen auch vermöge einer hochentwickelten Schiffstechnik bessere Unterkunft, Bequemlichkeit und Sicherheit, sowie durch verbesserte Kost, Krankenpflege und Krankenfürsorge eine Aufbesserung ihrer sozialen Lage zu schaffen.

Die Lohnverhältnisse hat mein geehrter Herr Vorredner bereits in eingehender Weise behandelt.

Ich möchte nur noch hinzufügen, daß eine Anzahl der großen Reedereien es sich seit Jahren angelegen sein läßt, neben den erhöhten Löhnen auch durch Gewährung von Gratifikationen für Offiziere und Unteroffiziere, durch Zahlung von Wäschegebern, durch Lieferung von Uniformen, ferner durch Gewährung einer bestimmten Summe für Entnahme von Getränken oder durch freie Lieferung derselben in genügendem Maße die pekuniäre Stellung ihrer Schiffsbesatzungen aufzubessern.

Die berechtigten Bestrebungen der größeren Reedereien und Reedereivereine, sich durch eine gewisse Beherrschung des Arbeitsmarktes eine gute Auswahl und einen guten Stamm tüchtiger, brauchbarer Seeleute zu sichern, zeitigten die Einrichtung der Heuerbureaus, die heute eine wahre Wohltat für unsere Seeleute bilden. Durch Herabsetzung der Heuergebühren bei der Anmusterung, durch Zurückzahlung und auch durch gänzliche Befreiung von denselben bei einer Wiederanmusterung sucht man sich alte bewährte, gut

ausgebildete Arbeitskräfte zu erhalten. Den Seeleuten ist daraus gleichzeitig ein nicht zu unterschätzender pekuniärer Vorteil erwachsen, den vor allem die zu schätzen wissen, welche früher von den Heuerbasen ausgebeutet wurden, und welche Wochen und Monate lang auf eine Chance warten mußten, bis ihr sauer verdientes Geld aufgezehrt war.

Heute wird ein arbeitsamer Seemann selbst dann, wenn sein Schiff aufliegt und er seine Stellung hat aufgeben müssen, oftmals sofort, meistens aber in kurzer Zeit, eine andere passende Stellung bei derselben oder einer befreundeten Reederei wieder erhalten können. Die auf Schiffen größerer Reedereien bediensteten guten Seeleute werden auf diese Weise in der Regel das ganze Jahr hindurch ständige Beschäftigung haben, vielleicht mit Ausnahme eines Teils der Stewards und des Küchenpersonals auf Schnell- und größeren Passagierdampfern, auf denen man mit dem Saisonverkehr zu rechnen hat. Aber auch diesen Leuten fällt es in der Regel nicht schwer, vermöge ihres Berufes eine passende Stellung an Land zu erhalten.

Wie schon mein Herr Vorredner ausführte, ist die Arbeitszeit der Seeleute auf See durch die Seemannsordnung gesetzlich geregelt. Man ist damit den Forderungen des seemannischen Personals soweit entgegengekommen, als der Schiffsdienst, die Disziplin und die Betriebssicherung nur irgendwie gestatten. Die Decksmannschaft geht in zwei, die Maschinenmannschaft auf transatlantischen Dampfern in drei Wachen. Die schon vielfach auf den Dampfern der regelmäßigen Linien bestehenden Zustände sind damit sanktioniert worden. Das Bedienungspersonal, d. h. die Köche und deren Hilfskräfte, die Stewards und das Proviantpersonal machen eine Ausnahme, da deren Tätigkeit sich auf Passagierdampfern nach den Gewohnheiten und der Bequemlichkeit der Passagiere zu richten hat, auf Frachtschiffen nach dem jeweiligen Dienst der Schiffsoffiziere und Mannschaft.

In den meisten Fällen ist durch Einführung einer sachgemäßen Dienst-einteilung dafür Sorge getragen, daß neben dem Dienst auch eine angemessene Ruhe dem Bedienungspersonal gewährt ist.

Eine Verringerung der Arbeitszeit kann tatsächlich auf Passagierdampfern nur durch bedeutende Vermehrung des Bedienungspersonals erreicht werden, was erfahrungsgemäß durchaus nicht im Interesse der meisten Stewards liegt, da hierdurch der Verdienst, in Folge Verteilung der Trinkgelder auf mehr Personen, geschmälert wird. Eine verlängerte Arbeitszeit kommt in der Hauptsache auch nur auf der Ausreise oder der Heimreise in Betracht, wie in der Regel nur auf einer derselben der Dampfer voll mit Passagieren besetzt ist, aber die für volle Besatzung nötige Anzahl der Bedienungsmannschaft an Bord haben muß. Die Schwierigkeit einer Arbeitsregelung dieses

Personals ist in den Kommentaren zur Seemannsordnung wiederholt mit Recht betont worden. Bei den vielseitigen Anforderungen der Passagiere hat sich bisher und wird sich auch in Zukunft kaum ein Weg finden lassen, um diesem Übel abzuhelpfen.

In neuester Zeit hat auch der Dienst der seemannisch gebildeten Offiziere seine gesetzliche Regelung gefunden, jedoch nicht im Sinne der Offiziersorganisationen, deren Bestrebungen dahin gehen, auf Schiffen über 1000 Netto-Reg.-Tons und auf allen Dampfern, die den Kanal oder den Norden von England passieren, eine Wacheinteilung in drei Wachen für Offiziere zu erhalten, wie sie einige größere Linien auf einer Reihe von Dampfern bereits eingeführt haben. Wenn man den dafür angeführten Gründen, die in dem 2-Wachensystem eine Anstrengung vor allem der gewissenhaftesten Offiziere erblickt, die nur ein gesunder Mann auf die Dauer aushalten kann, die Berechtigung nicht absprechen wird, so liegen doch eine Reihe von schwerwiegenden Umständen vor, die vor der Hand die Einführung dieses 3-Wachensystems verbieten. Neben dem Mangel an erfahrenen, ausgebildeten und zuverlässigen Offizieren, denen selbständig eine Wache anvertraut werden kann, sind es vor allem Gründe finanzieller Natur, die durch eventuelle Vermehrung der Besatzung um einen oder zwei Offiziere eintreten. Auch die Platzfrage an Bord — es wird in vielen Fällen ein neuer Raum gebaut werden müssen oder es ist eine Passagierkammer zu opfern — ist ein nicht unwesentliches hinderndes Moment.

Zu einer Zeit, wie die heutige, wo nicht nur die kleine Reederei, sondern auch die großen Betriebe durch eine scharfe Konkurrenz zu leiden haben, werden die Wünsche wohl vorläufig kaum Aussicht auf Berücksichtigung haben.

Man muß dabei in Betracht ziehen, daß auch die Schiffs-offiziere anderer Nationen darin nicht günstiger gestellt sind als die unsrigen.

Ein dem britischen Board of Trade im Jahre 1896 seitens einer besonders dazu eingesetzten Kommission eingereichter Bericht empfiehlt wohl in transatlantischer Fahrt für Dampfer über 3500 Brutto-Reg.-Tons, für Segelschiffe über 2600 Tons brutto eine Besatzung von drei Offizieren, sagt aber nichts über deren Wacheinteilung, sondern betont nur, daß die Art der Besatzung der Schiffe der Sicherheit und Wohlfahrt der Mannschaft entsprechen sollte. Dabei müssen wir aber in Erwägung ziehen, daß bezüglich ihrer Fähigkeit und Ausbildung unsere Offiziere auf einer weit höheren Stufe stehen als die englischen.

Die Natur des Schiffsdienstes erfordert unbedingt eine stets bereite Mannschaft, die im stande ist, nicht nur den Unbilden der Witterung Trotz

zu bieten und die mit der Seeschifffahrt verbundenen mannigfachen Gefahren abzuwenden oder zu ertragen, sondern vermöge welcher der Schiffsführer auch in der Lage ist, die in dem Schiffe eingebauten maschinellen Kräfte und sonstigen Eigenschaften auszunutzen, um die von dem Reeder angelegten Kapitalien verzinsen zu helfen. Eine richtige Auswahl einer gesunden Mannschaft, eine zielbewußte Ausbildung derselben, eine verständige Verteilung der Arbeit, die eine Überanstrengung der Kräfte des einzelnen Mannes verhindert, werden stets dazu beitragen, die Leistungsfähigkeit und Berufsfreudigkeit der seemannischen Arbeiter zu erhöhen.

Die Seemannsordnung § 7 besagt, daß der Bundesrat Bestimmungen erlassen soll, inwieweit als Schiffsleute nur solche Personen angemustert werden dürfen, die nach Untersuchung ihres körperlichen Zustandes für den zu übernehmenden Dienst geeignet sind. Die größeren Dampfschiffahrtsgesellschaften, neben ihnen auch mehrere Segelschiffreedereien, haben seit Jahren bereits eine ärztliche Untersuchung des anzumusternden Personals organisiert und damit die besten Erfolge gezeitigt.

Die im Auftrage des Herrn Reichskanzlers vom Kaiserlichen Gesundheitsamt unter Hinzuziehung von Sachverständigen entworfenen Bestimmungen über die Untersuchung von Schiffsleuten auf Tauglichkeit zum Schiffsdienst, die augenblicklich die seemannischen und nautischen Körperschaften beschäftigen und wahrscheinlich in nächster Zeit Gesetzeskraft erlangen werden, geben in der ausführlichsten Weise die bezüglichlichen Vorschriften, deren Befolgung namentlich für die kleine Reederei eine wesentliche pekuniäre Belastung bedeutet. Ob aber diese gesetzliche Fürsorge den seemannischen Arbeitern erwünscht sein wird, ist zweifelhaft, da sie zur Folge haben wird, daß eine größere Anzahl von Leuten gezwungenermaßen die Seefahrt an den Nagel hängen und weniger anstrengende Arbeit an Land suchen muß.

Die Erfahrungen, welche die von der Seeberufsgenossenschaft erlassenen und vor kurzem in Kraft getretenen Vorschriften über Untersuchung der Seeleute in bezug auf Sehschärfe und Farbenblindheit gezeitigt haben, sind derartig einschneidende gewesen, daß die Seeberufsgenossenschaft sich bald darauf veranlaßt gesehen hat, ihre strengen Vorschriften über Sehschärfe zu mildern.

Durch Einsetzen einer Kommission von Sachverständigen aus den Reihen der Kapitäne und Offiziere hat sie ihre Bereitwilligkeit bewiesen, alle nur erlaubten Erleichterungen und Zugeständnisse eintreten zu lassen, um den Bestimmungen, die manchen braven Kapitän und Offizier zur Aufgabe seines Berufes zwingen, die rigorose Schärfe zu nehmen.

Die Ausbildung der Offiziere des Decks und Maschinenbetriebes, so-

wohl in der großen wie in der kleinen Fahrt, regelt sich nach gesetzlichen Bestimmungen. Neben einem theoretischen Unterricht auf den Fachschulen ist eine erfahrungsmäßig genügende praktische Fahrzeit auf See zur Ablegung der Examina maßgebend. Im allgemeinen ist jeder seemannische Arbeiter zur Erlangung der höchsten Stufen in seinem Gewerbe berechtigt, natürlich unter Voraussetzung der erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten.

Die Ausbildung des rein seemannischen Personals ist ja bekannt. Der Schiffsjunge wird in der Regel nach ein bis zwei Jahren zum Leichtmatrosen und dieser nach einem Jahr zum Vollmatrosen befördert. Die Abnahme der Segelschiffe, auf denen allein eine gute seemannische Schulung erreicht werden kann, macht, wie schon erwähnt, die Erziehung von guten Matrosen immer schwieriger. Auf Dampfern läßt sich keine richtige Seemannschaft erwerben; Mut, Entschlossenheit, Tatkraft, Energie, diese unbedingt notwendigen Eigenschaften eines tüchtigen Seemannes sind mehr Erzeugnisse einer Segelschiffs- als Dampferausbildung.

Eine genügende Segelschiffsausbildung ist deshalb auch die Bedingung für das Aufrücken in die Offizierslaufbahn.

Auf die Erziehung eines tüchtigen seemannisch gebildeten Erfazes ist in neuerer Zeit wieder in verstärktem Maße das Bestreben der Reederei gerichtet gewesen und hat seinen Ausdruck in der Indienststellung des Schulschiffes des Deutschen Schulschiffsvereins, der Schulschiffe des Norddeutschen Lloyd und in der Bildung des Vereins „Seefahrt“ gefunden.

Die in den letzten Jahren mit den Schulschiffen gemachten Erfahrungen bieten uns eine Garantie, daß wir auf dem richtigen Wege sind, der Kammität eines ungenügenden Erfazes abzuhelpen; ebenso können wir mit frohen Erwartungen auf den Verein „Seefahrt“ blicken, der es zu stande gebracht hat, daß sich die wenigen noch vorhandenen Hamburger Segelschiffsreedereien wieder der schwierigen Aufgabe unterziehen wollen, eine Reihe von Jungen auf Schiffen unterzubringen und sie als gute Matrosen auszubilden.

Die Qualität unserer Seeleute hat sich, wie ich schon erwähnt habe, leider von Jahr zu Jahr verschlechtert, ihre Arbeitsleistung ist geringer geworden; eine Vermehrung oder verhältnismäßig größere Ausnutzung des Personals würde die unausbleibliche Folge davon gewesen sein, wenn die Technik es nicht verstanden hätte, durch Einführung von Maschinen fehlende physische und intellektuelle Kräfte rechtzeitig zu ersetzen.

Ich führe hier nur an auf größeren Segelschiffen die Aufstellung von Dampfmaschinen und Motoren zum Antrieb von Ankerspül, Steuerapparat und von Winden zum Einnehmen und zum Lösen der Ladung; ferner auf

vielen neueren Seglern die Einführung von Brassen- und Reelingswinden, weiter die verbesserten Einrichtungen zum Heißen und Sezen von Segeln, die Patenttrahen, Patentblöcke u. dergl. mehr.

Die Ausbildung der Kohlenzieher und Heizer hat für die Beurteilung der Arbeitsleistung dieser Leute nicht die Bedeutung wie bei dem rein seemannischen Personal. Wenn auch für die Annahme dieser Personen eine Vorbildung als Schlosser oder Schmied wünschenswert ist, so ist sie doch nicht Bedingung. Bei etwas Energie, Willigkeit und Intelligenz werden die sich aus Arbeitern aller möglichen Berufe zusammensetzenden Kohlenzieher in kurzer Zeit, etwa in einem halben bis einem Jahr, zu Heizern befördert. In der Hauptsache ist die körperliche Leistungsfähigkeit, das Ertragen der Hitze vor den Feuern die Vorbedingung eines brauchbaren Heizers und Kohlenziehers. Die Technik hat auch hier eingegriffen und zur Erleichterung ihrer schweren Arbeit beigetragen.

Eine ganze Reihe sinnvoll konstruierter elektrischer, hydraulischer und Dampfmaschinen sind auf den modernen Dampfern an die Stelle von Handarbeit getreten. Die Asche wird durch besondere Auswurfmaschinen nach außenbords befördert; Ventilationsmaschinen und sonstige praktisch vermehrte Ventilation machen den Aufenthalt in den Bunkern und im Heizraum erträglicher. Die Einführung des forcierten Zuges ruft erfahrungsgemäß im Heizraum sogar eine niedrigere Temperatur hervor als im Maschinenraum und in den Bunkern.

Man kann den kostspieligen Bestrebungen der Reeder, durch Schaffung aller solcher Einrichtungen eine Erleichterung des anstrengenden Dienstes der Feuerleute herbeizuführen, seine Anerkennung nicht versagen, und darf überzeugt sein, daß die sich immer mehr entwickelnde Technik auf diesem Gebiet auch in Zukunft die besten Erfolge zeitigen wird.

Eine beabsichtigte Überanstrengung, wie sie die übertriebenen Äußerungen des Organs der seemannischen Arbeiter mit Vorliebe darstellt und wogegen eine arbeiterfreundliche Presse aus Mangel an Sachkenntnis mit Wort und Schrift eine Lanze zu brechen bemüht ist, liegt weder im Interesse der Schiffsführer noch der Reeder, denen gerade eine zufriedene, gute, wenig wechselnde Mannschaft die Gewähr für die gute Aufrechterhaltung ihres Schiffsbetriebes bietet.

Die Frage der Bemannung mit farbigem Personal scheint mir gerade hier der Erörterung wert.

Nach den Angaben der Seeberufsgenossenschaft beträgt die Anzahl der farbigen Mannschaften der deutschen Handelsflotte etwa 4800 Köpfe, die in der Hauptsache ihre Beschäftigung als Feuerleute und Kohlenzieher finden.

Es sind dies vor allem Chinesen, Malaien und Inder (Laskaren) auf Dampfern in der ostasiatischen und Tropenfahrt.

Gerade die Widerstandsfähigkeit dieses Personals gegen die tropische Hitze und das geringe Auftreten von Erkältungskrankheiten bei ihnen läßt sie zu ihrem Dienst geeignet erscheinen, und hat sie nicht nur auf deutschen Schiffen, sondern auch auf den Flotten fremder Nationen fast unentbehrlich gemacht. Wenn auch die Löhne geringer sind als für weißes Personal und die Ausgaben für Kost fortfallen (sie beköstigen sich selbst), so wird dieses Moment durch eine notwendige Vermehrung der Mannschaft nahezu aufgewogen, da die physischen Kräfte des einzelnen denen des Europäers nicht gleich kommen.

Daß das Eindringen solcher Elemente infolge ihrer Anspruchslosigkeit und Gleichgültigkeit gegen irgend welche Organisation dem Verbande der seemannischen Arbeiter nicht angenehm ist, liegt auf der Hand. Man versucht deshalb auch die Einstellung dieser farbigen Arbeiter seitens der sozialdemokratischen Presse auf allerhand selbstsüchtige Gründe der Reeder zurückzuführen, ohne alle die bekannten Fälle, wo europäische Heizer auf deutschen Schiffen in ostasiatischen Häfen bei den Konsulaten um Ersatz durch chinesische Feuerleute gebeten haben, zu berücksichtigen.

Ich kann hier nur die Ansicht vieler Arbeiterfreunde teilen, die dahin geht, daß den meisten weißen Arbeitern des Maschinenpersonals tatsächlich keine größere Fürsorge erwiesen werden könnte, als wenn von ihrer Verwendung auf Schiffen im Tropendienst grundsätzlich Abstand genommen würde. Selbstmorde und Todesfälle infolge von Hitzschlag würden entschieden geringer werden.

Im Anschluß hieran verdient auch die Frage der Ölfeuerung, die in letzter Zeit vielfach in den Vordergrund getreten ist, gestreift zu werden, im Hinblick darauf, daß vielleicht eine vollständige Umwälzung in der Arbeit des Heizer- und Trimmerpersonals zukünftig erwartet werden könnte.

Die Versuche, die die deutsche Kriegsmarine und Schiffe einiger größerer Dampferlinien mit Ölfeuerung gemacht haben, können als abschließend noch nicht betrachtet werden.

Wenn auch ab und zu von englischen und amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften Berichte gebracht werden, die die außerordentlichen Erfolge der Ölfeuerung und die Überlegenheit dieser über Kohlenfeuerung hervorzuheben bestrebt sind, so tut man doch gut, solche oftmals stark optimistisch gefärbten Berichte mit Vorsicht aufzunehmen, weil man hinter denselben nicht mit Unrecht Auslassungen von Besitzern des Ölmonopols vermuten darf. Bis jetzt kann man wohl sagen, daß die Nachteile die Vorteile überwiegen.

Ob die Hoffnungen auf eine allgemeine Einführung der Ölfeuerung berechtigt sind, hängt wesentlich vom Preise und von der Beschaffenheit und Art des Beschaffens des Öls ab und liegt noch im Schoße der Zukunft.

Sollten die von vielen Seiten gehegten Erwartungen aber tatsächlich im Laufe der Jahre verwirklicht werden, so würde das einen weiteren wichtigen Fortschritt der Verbesserung der Lage der am meisten hilfsbedürftigen Maschinenarbeiter bedeuten.

Mit der Arbeitsleistung der Seeleute an Bord ist die Bemannungsfrage eng verknüpft. Wenn eine Überanstrengung der seemannischen Arbeiter unter normalen Verhältnissen nicht hat konstatiert werden können, so kann man wohl daraus folgern, daß die Besatzung der deutschen Seeschiffe im allgemeinen eine genügende ist. Obgleich die sozialdemokratische Presse mit Vorliebe gerade die geringe Bemannung einzelner deutschen Rauffahrteischiffe als Ursache der vielen Verluste hinstellt, haben doch die im September 1899 seitens der technischen Kommission für Seeschiffahrt unter Vorsitz eines Vertreters der Reichsregierung angestellten eingehenden Untersuchungen ergeben, daß in bezug auf die Bemannungsfrage nichts vorliegt, was darauf schließen lasse, daß die deutschen Handelsschiffe nicht genügend bemannt wären.

Die wenigen tatsächlich auf Unterbemannung seitens der Seeämter hergeleiteten Schiffsverluste betreffen fast durchweg nur kleine Segelschiffe, wo der Reeder in der Regel zugleich Eigentümer und Schiffsführer ist und im Vertrauen auf seine eigene Tüchtigkeit und Energie, vielleicht auch aus Mangel an geeigneten schnell zu beschaffenden Kräften, den sehr verzeihlichen Fehler begangen hat, nicht für eine genügende Bemannung zu sorgen, verzeihlich, weil er ja sein Leben ebenso in die Wagschale wirft wie seine Besatzung.

Die Seeberufsgenossenschaft hat seit langer Zeit der Bemannungsfrage ihr Augenmerk geschenkt und, einer Anregung der technischen Kommission entsprechend, bereits Ende des Jahres 1900 beschlossen, in den Unfallverhütungsvorschriften eine Bestimmung aufzunehmen, wonach Dampfschiffe von mehr als 60 Meter Länge oder 700 Brutto-Reg.-Tons Raumgehalt in langer und transatlantischer Fahrt eine Besatzung an Bord haben müssen, die neben dem Schiffsführer und zwei Steuerleuten eine solche Zahl von Decksmannschaften aufweist, daß zwei Wachen, bestehend zum mindesten aus je einem Rudersmann, einem Ausguckmann und einem Hilfsmann für sonstige Zwecke, gebildet werden können.

Damit ist zugleich den Forderungen entsprochen, die auch die englische Merchant Shipping Undermanning Act von 1897 aufstellt.

Die Erfahrungen haben bewiesen, daß es eine Unmöglichkeit ist, all-

gemein für Dampfer und Segelschiffe je nach ihrer Tonnage und Schnelligkeit eine Bemannungsßkala aufzustellen. Für die richtige Bemannung eines Schiffes kommen soviel Momente in Betracht, von denen jedes einzelne nach Gebühr geprüft und gewürdigt werden muß.

Da sind Schnell-, Passagier- und Frachtdampfer, Schiffe mit den modernsten maschinellen Einrichtungen und veraltete Dampfer von mehr als 30 Jahren, ferner Dampfer mit 600 Tons und 6 Tons täglichem Kohlenverbrauch. Außerdem sind in Rücksicht zu ziehen die Länge und Art der Reisen, die einzuschlagenden Routen, die Verwendung der Dampfer zu verschiedenen Zwecken. Da kommen weiter in Betracht Spezialdampfer zu Getreide- und Erztransporten, Fisch-, Schlepp- und Bergungsdampfer.

Unter welchen Gesichtspunkten ist da eine Bemannungsßkala aufzustellen?

Ebenso wenig läßt sich für die Segelschiffe eine allgemein geltende Bemannungsßziffer festlegen, die, wie der schon mehrerwähnte dem englischen Board of Trade eingereichte Kommissionsbericht empfiehlt, der Tragfähigkeit der Schiffe zu entsprechen hat.

Meines Erachtens kann die Tragfähigkeit allein nicht als Grundlage dienen, es müssen mindestens in gleicher Weise die Art der Segelführung, Anzahl und Größe der Segel, sowie die maschinellen Einrichtungen und die Verwendung der Schiffe berücksichtigt werden.

Die Gesetzgebung hat deshalb auch, mit Ausnahme der sich auf die Schiffsoffiziere beziehenden Bestimmungen, wegen der großen praktischen Schwierigkeiten, eine Regelung der Bemannungsfrage bisher nicht berührt. Für die gehörige Bemannung ist der Schiffsführer gesetzlich verantwortlich, der sich bei Schiffsunfällen dem Seeamt gegenüber zu verantworten hat, ob Mängel in der Bemannung den Unfall herbeigeführt haben; und neben dem Seeamt ist die Seeberufsgenossenschaft die Stelle, die bekanntlich in verstärktem Maße ihr Augenmerk auf die Bemannung der Schiffe richtet und wiederholt durch Androhung höherer Einschätzung eine Vermehrung der Mannschaftszahlen auf Schiffen herbeigeführt hat.

Die Kost an Bord spielt im Leben des Seemannes eine äußerst wichtige Rolle und bildet, wenn sie mangelhaft oder schlecht zubereitet ist, nicht selten den Hauptgrund einer an Bord herrschenden Unzufriedenheit.

Schon seit Jahren hat die Gesetzgebung sich der Schiffskost angenommen, und die einzelnen Regierungen der Bundesseestaaten haben eine in neuerer Zeit übereinstimmend lautende, für alle Schiffe gültige Speiseroße festgelegt.

Die fortschreitenden wissenschaftlichen Errungenschaften auf dem Gebiete der Konservierung von Nahrungsmitteln sind auch den Seeleuten zugute gekommen und haben zur Verminderung der Seemannskrankheiten, des Skorbut

und Beri-Beri beigetragen. Neben der verkürzten Fahrzeit der Dampfer hat die Technik des Schiffbaues, durch welche an Bord von größeren Passagier- und Frachtdampfern Kühlräume zur Aufbewahrung von frischem Proviant geschaffen sind, dazu beigetragen, die Art der Verpflegung zu vervollkommen.

An Stelle des präservierten oder gesalzenen Fleisches kann frisches Fleisch, an Stelle präservierter Gemüse können frische gereicht werden. — Frisches gutes Wasser wird in genügender Menge in besonders eingebauten eisernen Wassertanks auch auf Segelschiffen mitgenommen. Gewisse günstig gelegene und zementierte Kompartments des Doppelbodens enthalten gleichfalls tadelloses Wasser zum Trinken, Kochen und zum Waschen, so daß die Dampfdestillationsapparate zur Herstellung von frischem aus Seewasser fast nie in Tätigkeit treten.

Ein Netz von Rohrleitungen besorgt die Wasserzufuhr zu den Küchen, Unterkunftsräumen und zu den Waschküchen der Mannschaften.

Hölzerne Wasserküfer trifft man heutzutage nur noch auf älteren und kleineren Seglern. Die Verabreichung von Hartbrot gehört auf Dampfern beinahe zu den Seltenheiten; auch auf Segelschiffen ist man bemüht, durch Mitnahme von möglichst viel Mehl zum regelmäßigen Backen von Brot dem Schiffsmann möglichst Abwechslung zu schaffen.

Die Klagen über schlechten Proviant und geringe Kost sind selbst da, wo dem Schiffsführer die Mannschaftsverpflegung vom Reeder übertragen ist, von Jahr zu Jahr weniger geworden.

Zumeist haben die von den Seeämtern untersuchten Fälle dargetan, daß die Proviantausrüstung eine hinreichende, aber deren Verwaltung und Verarbeitung an Bord tadelhaft war.

Selbst die Seemannspresse hat nur selten über Güte des Proviantes zu klagen gehabt.

Wünschenswert in erster Linie, wie auch von der Reederei anerkannt wird, ist eine bessere Ausbildung der Schiffsköche auf Frachtdampfern und Segelschiffen.

In den letzten Jahren hat man sich oft in nautischen Kreisen, sowohl in England wie hier bei uns, mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise dem Übel abzuhelpen sei. Der Vorschlag der Einrichtung von besonderen Kursen zur Ausbildung von Schiffsköchen verdient Beachtung, und hier ist für Freunde der seemannischen Arbeiter ein Feld, wo sich ihre Fürsorge betätigen kann.

Neben einer befriedigenden Kost ist vor allem eine gute Unterkunft von Bedeutung.

Die Fortschritte im Schiffs- und Maschinenbau, die ständig wachsende

Größe der Schiffe und vor allen Dingen die künstliche Ventilation, das elektrische Licht und die Dampfheizung haben von Jahr zu Jahr die Aufenthaltsräume der Schiffsmannschaft bequemer gestaltet, größer und gesundheitsfördernder werden lassen, ohne daß bisher irgend welche gesetzlichen Vorschriften den Reeder dazu gezwungen haben.

Die neue Seemannsordnung §§ 55 und 56 hat den Erlaß besonderer Bestimmungen über Unterbringung der Mannschaft u. s. w. dem Bundesrat zugewiesen.

Unter Hinzuziehung von Sachverständigen im Auftrage des Herrn Reichskanzlers wurden vom Kaiserlichen Gesundheitsamt Vorschriften ausgearbeitet, die augenblicklich noch der gesetzlichen Bestätigung bedürfen. Diese außerordentlich eingehend gehaltenen Vorschriften beziehen sich auf Größe und Einrichtung der Logisräume, der Wasch- und Baderäume, sowie der Aborte der Schiffsmannschaft, schließlich auch auf Ausrüstung der Kaufahrtsschiffe mit Hilfsmitteln zur Krankenpflege und Mitnahme von Schiffsärzten.

Wenn auch zugegeben werden muß, daß im allgemeinen die Unterkunft der Mannschaften an Bord von älteren Dampfern und Segelschiffen verbesserungsbedürftig ist, so sind die genannten vorliegenden Entwürfe des Gesundheitsamts doch so weitgehende und umwälzende und haben eine das erforderliche Maß der Fürsorge so überschreitende Tendenz, daß sie eine schwere Last für die unter den augenblicklichen mißlichen Verhältnissen der Seeschifffahrt leidende große und kleine Reederei bedeuten.

Es würde hier zu weit führen, auf die einzelnen geforderten Punkte einzugehen, das aber möchte ich hier betonen: wenn die genannten Vorschriften Gesetzeskraft erlangen, werden wir, wie in vielem anderem, auch in der Fürsorge für die Unterkunft unserer Seeleute weit über das Maß hinausgehen, das andere Nationen als mit den berechtigten Interessen der Reederei vereinbar erachtet haben.

Daß die Klagen der Seeleute über mangelhafte Unterkunft zum Teil Berechtigung haben, ist unzweifelhaft. Vor allem richten sich dieselben gegen die Anordnung von drei Betten übereinander, gegen Feuchtigkeit und Rässe, gegen schlechte Luft und Unreinlichkeit in den Logis.

Die Anordnung von drei Kojen übereinander, wie sie ab und zu auf Schnelldampfern vorkommt, läßt sich besonders auf die Höhe der Räume zurückführen, die durchschnittlich etwa 2,4 Meter beträgt. Der Luftraum ist genügend und entspricht den Anforderungen, wie sie das Auswanderergesetz bestimmt. Die Bodenfläche ist beschränkt. Die Anordnung von nur zwei Kojen übereinander würde eine bedeutende Vergrößerung der Mann-

schaftsräume und deshalb logischerweise eine Abnahme an Zahl und Art der Passagierräume bedingen und tatsächlich die Wirtschaftlichkeit mancher Betriebe fraglich machen.

Feuchtigkeit und Rässe sind nicht allemal, wie die seemannische Presse behauptet, die Folge einer schlechten Lage der Räume. Die Natur der Seeschifffahrt ist nun einmal das Leben auf dem feuchten Element. Sturm und Unwetter bedingen ein Schließen der Luft- und Ventilationsöffnungen, die das erste Erfordernis für eine Trocknung der Räume bilden. Die Folge davon ist die schlechte Luft, die aber häufig auch durch Unreinlichkeit der Räume entsteht. Die Gleichgültigkeit der Seeleute gegen die einfachsten Forderungen der Hygiene trägt zum großen Teil dazu bei, daß auf einigen Schiffen die Zustände auf See wirklich beklagenswert sind.

Eine gute Schiffsleitung, die sorgfältig über eine Reinigung der Räume der Mannschaft wacht, ist allein im stande, eine Abhilfe zu schaffen.

Die Beaufsichtigung der oben angeführten Bestimmungen des Bundesrats soll Organen der Landesbehörden (in der Regel der Polizeibehörde) überwiesen werden. Es erscheint wünschenswert, daß damit die Seeberufsgenossenschaft beauftragt werde, die vermöge ihrer Organisation wohl im stande ist, in den einzelnen Fällen durch ihre fachmännisch gebildeten Aufsichtsbeamten nicht allein wirksamer einzugreifen und schnellere Hilfe zu schaffen, sondern die auch in einsichtsvoller Weise stets bemüht ist, unnötige Härten zu vermeiden.

Die mit der Seeschifffahrt verbundenen Gefahren gestalten die Lage der seemannischen Arbeiter viel schwieriger als die der Arbeiter in Landbetrieben. Von jeher war es das Bestreben des Staates, der Klassifikationsgesellschaften, der Seeberufsgenossenschaft, der gemeinnützigen Gesellschaften, sowie der Reeder, durch Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen an Bord und an Land die persönliche Sicherheit der Schiffsmannschaft zu erhöhen.

Die gesetzlichen Bestimmungen (neue Seemannsordnung und Bürgerliches Gesetzbuch) halten nicht allein den Schiffsführer, sondern eventuell auch den Reeder für Seetüchtigkeit des Schiffes verantwortlich. Den Seeleuten selbst ist die Berechtigung zur Erhebung von Beschwerden ausdrücklich zuerkannt.

Eine staatliche Überwachung solcher Vorschriften existiert nur bei Auswandererschiffen, im übrigen bleibt sie beschränkt auf die Untersuchung seitens der Seeämter infolge stattgehabter Seeunfälle. Es liegt auch m. E. kein Bedürfnis für ihre weitere Ausdehnung vor.

Die Klassifikationsgesellschaften, darunter der für die deutschen Schiffe in erster Linie in Betracht kommende „Germanische Lloyd“ geben alljährlich

sorgfältig durchdachte, auf wissenschaftlichen sowohl wie auf praktischen Erfahrungen gegründete Bauvorschriften und Tabellen heraus, die bis ins kleinste Detail die für den Schiffbau notwendigen Abmessungen und Materialstärken der einzelnen Schiffsteile, ich möchte wohl sagen vom Kiel bis zum Flaggenknopf, bestimmen.

Die neuesten Errungenschaften der Technik und damit auch eine erhöhte Sicherheit für das Schiff selbst kommen dabei zur Anwendung.

Es würde hier zu weit führen, solche Vorschriften bis ins Detail zu behandeln; ich möchte nur die neuesten Vorschriften über Schottenstellung, die auch in den Unfallverhütungsvorschriften der Seeberufsgenossenschaft aufgenommen sind, als Beispiel anführen dafür, daß die Sicherheit der Schiffe durch vermehrte Anordnung wasserdichter, getrennter Räume, ein bedeutender Fortschritt der neuesten Zeit, in erster Linie berücksichtigt ist.

Wohl auf keinem Gebiete haben sich so rapide Umwälzungen durch die verbesserte Technik ergeben als auf dem des Schiffbaues.

Schiffe, die vor 5–10 Jahren als die modernsten gelten konnten, erscheinen den neuesten gegenüber veraltet. Daß dabei vor allem die Sicherheitsbedingungen beachtet und gefördert wurden, liegt bei unserer deutschen Gründlichkeit auf der Hand.

Ich möchte nur erwähnen die Ausgestaltung des Doppelbodens, ohne welchen Dampfer schon seit Jahren nicht mehr gebaut werden, desgleichen die Einrichtungen der sogenannten Tiestanks und Seitentanks, um durch Mitnahme von Ballastmassen bei leichtbeladenen Schiffen die Stabilität zu vergrößern, die verbesserten Vorschriften über Anker, Ketten und Trossen, über Errichtung von Feuerschotten, Verbesserung der Feuerlöschvorrichtungen, Anordnung wasserdichter Türen u. dergl. m.

Das größte Verdienst und zugleich das größte Interesse an der Verbesserung der Sicherheitsmaßregeln an Bord hat aber die Seeberufsgenossenschaft, weil ihr das Wohl der bei ihr versicherten Seeleute in erster Linie am Herzen liegen muß. Ihr haben es die seemannischen Arbeiter zu verdanken, wenn in den letzten 14 Jahren so unendlich viel zur Verbesserung ihrer Lage durch sorgsam ausgearbeitete Unfallverhütungsvorschriften getan ist.

Wir brauchen nur einen Blick in diese überaus wichtigen Bücher, die in den letzten Jahren durch Aushang in den Logis auch dem Studium für die Schiffsmannschaften zugänglich gemacht werden müssen, hineinzuworfen, um zu verstehen, wie viel auf dem Gebiet der Unfallverhütung, sowohl auf Dampfern wie auf Seglern in jahrelanger gewissenhaftester Arbeit unter Mitwirkung des „Germanischen Lloyd“ und der Reeder geschehen ist.

Über Bemannung und Untersuchung der Seeleute, sowie über Schotten-

stellung und Seetüchtigkeit habe ich schon gesprochen, es bleibt nur noch übrig, unter vielen anderen die Vorschriften zu erwähnen über Stauen von Ladung und Deckslast, Journalführung zur Prüfung der Chronometer und Kompassse, über Verbesserung der Boote und Rettungsgeräte, über Lichterführung und Signalwesen, über Vorkehrungen an Deck und außenbords, an Masten und in der Takelage, in der Maschine und im Kesselraum. Die Verbesserung und Vermehrung der Ausrüstung an Inventar und Material, an nautischen Instrumenten, Karten und Reserveteilen ist nicht außer acht gelassen. Besondere Kapitel sind der Ladung gewidmet, der Sicherung loser Ladung durch Errichtung von Längsschotten, der Behandlung von Säuren, Sprengstoffen und feuergefährlichen Gütern.

Besonders hervorgehoben zu werden verdient die mit Unterstützung des „Germanischen Lloyd“ in dem letzten Jahre zum Abschluß gekommene Untersuchung über die Tiefadelinie und Einführung derselben an Bord deutscher Schiffe.

Dem bahnbrechenden Vorgehen der Hamburg-Amerika-Linie im Jahre 1900 folgte der Beschluß der Seeberufsgenossenschaft über die Beaufsichtigung des Tiefgangs deutscher Schiffe. Etwa 30 000 eingelaufene Tiefgangsnachweise deutscher Kapitäne aus allen Welthäfen ermöglichten die Ausarbeitung von Bestimmungen über Freibord für jeden herrschenden Schiffstyp. Wir können stolz darauf sein, daß ein Weg gefunden werden konnte, auf dem Resultate gezeitigt wurden, die denen der englischen Schifffahrt bei weitem überlegen sind und die dem Schiffscharakter sachgemäß Rechnung tragen.

Es ist damit ein hochbedeutsames Werk zum Abschluß gelangt, das hoffentlich seine gute Wirkung auf die soziale Lage der Seeschifffahrt und unserer Seeleute nicht verfehlen wird; war es doch seit Jahren das Bestreben nicht nur unserer sozialen Gesetzgebung, sondern auch der seemannischen Organisation, durch ein Gesetz eine Überladung der deutschen Schiffe zu verhindern und damit einen vergrößerten Schutz der Schiffsleute zu gewährleisten.

Die von der Seemannspresse gegen die Kontrolle und Aufsicht seitens der Seeberufsgenossenschaft planmäßig geführten ungerechtfertigten Angriffe bezwecken nichts anderes, als für eine staatliche Beaufsichtigung der deutschen Schifffahrt eine Bahn zu brechen. Für die Wirksamkeit der Seeberufsgenossenschaft spricht dagegen die Tatsache, daß im letzten Jahre nahezu 1000 Überholungen von Schiffen seitens 38 Aufsichtsbeamten, Ingenieuren für Deck und Maschine und Kapitänen, sowie von 34 Besichtigern des „Germanischen Lloyd“ im Auslande stattgefunden haben.

Ich möchte nicht unterlassen, auch auf ihre eingehenden Untersuchungen

über Verluste von Fischdampfern hinzuweisen, die ein Schmerzenskind der Seeberufsgenossenschaft bilden.

Es ist anzunehmen, daß man Mittel und Wege finden wird, um auch hier den Schutz für unsere Seeleute durch verstärkte Vorsichtsmaßregeln zu erhöhen. Wenn es nicht unbescheiden ist, so möchte ich hier wohl den Wunsch aussprechen, daß berufenere und besser orientierte Persönlichkeiten vielleicht von der Seeberufsgenossenschaft dazu das Wort ergreifen.

Gegenüber den Angriffen der Seemannspresse und den verschiedentlichen Auslassungen der sozialdemokratischen Partei im Reichstage verdienen die Worte des früheren Präsidenten des Reichsversicherungsamtes angeführt zu werden:

„Die Seeberufsgenossenschaft hat sich von ihrem Bestehen an bemüht, durch Abstellung der Mißstände, die die Sicherheit von Mannschaft und Schiff bedrohen, die Gefahren des Seeberufs für Mannschaft und Schiff mehr und mehr abzuschwächen.“

Meine Herren, das muß anerkannt werden; das Walten der Seeberufsgenossenschaft und die Tätigkeit ihrer Mitarbeiter, der Reeder, hat bewiesen, daß sie von dem Geist einer humanen und noblen Gesinnung geleitet wird, und daß die Reederei, der durch die Fürsorge für ihre Seeleute von Jahr zu Jahr größere Lasten auferlegt werden, stets ein warmes Herz für ihre seemannischen Arbeiter hat.

Das Bedürfnis zu einer staatlichen Aufsicht über Seetüchtigkeit und Sicherheit der deutschen Seeschiffe liegt nicht vor, trotzdem die Organisationen der Schiffsoffiziere und Seeleute eine solche wieder und immer wieder betonen. Auch den maßgebenden Stellen der Reichsregierung erscheint eine solche keineswegs erforderlich.

Neben den Bestrebungen für die Sicherheit unserer Seeleute auf See verdient auch die Fürsorge der verschiedenen Behörden im Hafendienst Beachtung.

Die Anstellung von Hafeninspektoren, Organen der Wohlfahrtspolizei oder der ärztlichen Behörden hat in den meisten bedeutenden Hafenstädten stattgefunden und sich bei der Beaufsichtigung und Kontrolle der Schiffahrtsbetriebe im Hafen außerordentlich bewährt.

Auch gemeinnützige Gesellschaften, wie der Verein für Rettung Schiffbrüchiger, sind bemüht, bei Schiffsunfällen das harte Los der Seeleute durch Ausgestaltung des Rettungswesens an den deutschen Küsten aufzubessern.

Ich habe in meinen Ausführungen wiederholt darauf hingewiesen, daß die Organisation der Seeleute, der Seemannsverband, die Fürsorge für die seemannischen Arbeiter nur in den aller seltensten Fällen anerkennt, dagegen

seiner Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse ununterbrochen in seiner Presse Ausdruck gibt.

Die Berechtigung dazu kann nicht bestritten werden, die Kritik zeitigt auch ihr Gutes dadurch, daß sie beklagenswerte, tatsächlich zu bessernde Verhältnisse, die aber auch ungeachtet aller Aufsicht und Kontrolle sich nie gänzlich vermeiden lassen werden, beleuchtet und dadurch zu ihrer Abstellung anregt und beiträgt.

Aber die Forderungen der organisierten Seeleute reichen bedeutend weiter und gehen in einigen Punkten derart ins ungemessene, daß deren Erfüllung den Wettbewerb der deutschen Schifffahrt wesentlich hindern würde.

Ein Einlenken in vernünftige Bahnen wäre unbedingt ratsam, weil erfahrungsgemäß stets einer ungemessenen Forderung eine ebenso scharfe Abwehr gegenüber gestanden hat.

In der Hauptsache bildet der sich von Jahr zu Jahr mehr fühlbar machende, ich möchte wohl sagen unheilvolle, Einfluß auf die Disziplin an Bord einen Gegenstand ernste Bedenken erregender Erwägungen.

Man sollte sich die Tatsache vor Augen führen, daß gerade die an Bord herrschende Disziplin, eine nicht fragende Unterordnung unter den Willen des Vorgesetzten, das unentbehrlichste Fundament der Ordnung an Bord, es gewesen ist, die dazu beigetragen hat, den Ruf und die Leistungen der deutschen Handelsflotte weit über alle Meere zu verbreiten, so daß wir mit Stolz sagen können, wir sind darin noch heute das Vorbild für andere Nationen.

Der Wunsch aller Freunde der seemannischen Arbeiter, den ich zugleich als Leitmarke für die Bestrebungen der organisierten Seeleute empfehlen möchte, sollte in der Aufgabe gipfeln, das Verständnis für die Ziele der Seeschifffahrt zu wecken, für die Hebung des Standesbewußtseins durch Aufstellung und Ausbildung moralischer Grundsätze unter den Seeleuten zu sorgen und sie zu der Erkenntnis zu bringen, daß ein schroffes Auftreten den Arbeitgebern gegenüber Verhältnisse herbeiführt, die geeignet sind, die Disziplin zu untergraben, das Zusammenarbeiten zwischen Reeder und Schiffsoffizier und der Mannschaft zu erschweren und den alten Ruf unserer Seeleute zu zerstören.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Staatsminister Dr. v. Berlepsch: Ich gestatte mir, auch dem zweiten Herrn Referenten den Dank der Versammlung für seinen ausgezeichneten Vortrag auszusprechen. Das erste Referat hat durch diese auf praktischen Erfahrungen begründeten Ausführungen eine sehr wertvolle Ergänzung erfahren. Ich danke Ihnen und eröffne nunmehr die Diskussion.

Ich erteile zunächst das Wort Herrn Krogmann.

Richard C. Krogmann (Hamburg): Meine geehrten Herren! Herr Polis hat mich interpelliert über die Fischdampfer und die Verluste der Fischdampfer, die in diesem Frühjahr stattgefunden haben. Es sind in den Monaten Dezember und Januar 7 deutsche Fischdampfer verloren gegangen und zwar zu unserem großen Bedauern total, mit Mann und Maus. Ich muß voranschicken, daß wohl eine Hauptursache dieser Verluste darin liegt, daß der Winter ein besonders harter gewesen ist, daß sehr viele Stürme gerade im Dezember und Januar geherrscht haben. Auch England hat beträchtliche Verluste gehabt; es hat über 26 Totalverluste in diesen Monaten gehabt, in denen wir 7 hatten. Das Traurige bei der ganzen Sache ist, und die Seeberufsgenossenschaft hat natürlich ihr besonderes Augenmerk hierauf gerichtet, daß wir nie erfahren haben und nie erfahren konnten, wodurch diese Verluste entstanden sind. Es ist nie ein Mann gerettet worden. Wir haben im Juni dieses Jahres eine größere Versammlung einberufen, und die Regierung hat uns ihr großes Interesse daran dadurch bewiesen, daß sie aus verschiedenen Ministerien Delegierte dazu entsandt hat. In dieser Konferenz ist eingehend erwogen worden, wodurch wohl die Verluste entstanden sein könnten.

Wir haben uns gefragt: liegt es am Freibord oder am Trimm, hat der zu geringe Tiefgang die Schuld, liegt es an der Mannschaft oder liegt es vielleicht an den Netzen, die nicht richtig an Deck verstaут sind? Nach eingehenden Erwägungen und genauen Untersuchungen und nachdem wir viele Fachleute befragt haben, sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß es am Freibord nicht liegt. Der Freibord ist groß genug und ist bei diesen Fahrzeugen viel größer als gewöhnlich bei anderen Schiffen; aber nichtsdestoweniger hat die Seeberufsgenossenschaft doch verlangt, daß jeder Fischdampfer fortan seinen Tiefgang anzugeben hat, wenn er heimkehrt, und wir werden diesen beaufsichtigen und nochmals erwägen, ob die Verluste vielleicht im Tiefgang liegen können. Zweitens kommt der Trimmer in Frage. Die Fischdampfer werden Ihnen allen nicht bekannt sein oder vielleicht einigen wenigen. Die Fische werden nach dem Fang vorn im Schiff verstaут, während die Kohlen gewöhnlich im hinteren Teile des Schiffes liegen. Es ist erwogen worden, ob die Ursache der Verluste vielleicht darin liegen kann, daß, während hinten die Kohlenmenge allmählich abnimmt, vorn eine größere Belastung durch die eingenommenen Fische stattfindet und dadurch eine ungünstige Belastung des Vorderteils herbeigeführt wird, welcher Umstand bei Dwarsssee die Widerstandsfähigkeit des Schiffes

herabsetzt. Wir haben uns mit den Werften in Verbindung gesetzt und haben von ihnen und anderen Sachverständigen Gutachten eingeholt und prüfen daraufhin jetzt, ob es nicht richtiger ist, in Zukunft die Maschinen in den Fischdampfern etwas mehr nach hinten zu legen und vielleicht auch die Kohlenbunker; vielleicht empfiehlt es sich auch, noch besondere Bunker mit Ballast anzubringen, um, wenn Kohlen verbraucht werden, das Gleichgewicht des Schiffes wieder herstellen zu können. Weiteres Material werden wir noch dadurch bekommen, daß wir auch den Trimm einer genauen Untersuchung unterziehen werden. Es ist auch gesagt worden, daß durch den zu geringen Tiefgang das Schiff kopflastig wird. Auch darüber sind Untersuchungen angestellt worden. Unseren nächsten Unfallverhütungsvorschriften wird die Bestimmung eingefügt werden, daß in jedem Kohlenbunker — die meisten Dampfer haben es übrigens schon — ein Querschott angebracht sein muß, damit, wenn der Dampfer rollt, die mittschiffs liegenden Kohlen nicht überschießen können. Weiter ist in Erwägung gezogen und wird wahrscheinlich auch in die Unfallverhütungsvorschriften aufgenommen werden, daß unter das Biesenwasser, das zwischen den Bodenwrangen zirkuliert, ein Mittelschott angebracht wird, damit, wenn das Schiff rollt, das Wasser, das in jedem Schiffe ist, nicht mehr dazu beitragen kann, den Dampfer zum Kentern zu bringen.

Ein anderer Punkt, der natürlich ebenfalls genau erwogen ist, ist die Mannschaft. Es ist gesagt worden, die Mannschaft sei nicht genügend stark. Dies ist aber nicht erwiesen, die Mannschaft ist ausreichend stark. Sie haben vielleicht häufig in Schriften gelesen, daß nur mit einem Heizer gefahren wird. Es fahren auf den Schiffen zwei Matrosen, von denen auf der Rückkehr stets ein Matrose immer beim Heizen hilft. Es ist durch Umfrage festgestellt worden, daß diese vier Mann vollständig genügen für die Bedienung der Maschine und Kessel und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil, wenn gefangen wird, dieses Maschinistenpersonal nichts zu tun hat, sich auch nicht am Fischfang beteiligt, also die ganzen 8 Tage, wo gefischt wird, frei ist.

Ein Grund, durch welchen vielleicht diese Unfälle verursacht sein können, liegt in der Natur der Fischer selbst; das sind Seebären, die immer draußen sind, auch beim schlechtesten Wetter; sie haben Vertrauen zu ihren Dampfern, und mit Recht haben sie Vertrauen, denn Seefischdampfer sind seetüchtiger und besser als z. B. die großen Schlepper, die hinausgehen aus der Elbe und Weser in die See. Nun haben diese Kapitäne und Mannschaften schwere Stürme mit den Fischdampfern durchgemacht und gut bestanden, sie schwören auf ihr Schiff, und fällt das Glas und zieht Sturm herauf, sie

tun, als gehe sie das gar nichts an, sie haben Vertrauen durchzukommen. Vielleicht ziehen sie ihre Netze nicht einmal früh genug auf, schließen die Türen zu den Maschinen und den Kojen der Leute nicht einmal, sie trotzen der Gefahr, sehen die Gefahr überhaupt nicht so groß an, wie es nötig wäre. Diesem Umstande haben wir gewiß viele Verluste zuzuschreiben.

Noch ein anderer Grund kommt hierbei in Betracht. Es wird viel gescholten auf die stramme Disziplin und behauptet, der Kapitän und die Offiziere gingen zu straff mit den Leuten um. Hier wird bewiesen, daß eine straffere Disziplin notwendig wäre. Es ist uns viel gesagt worden, daß die Kapitäne vielfach mit ihren Leuten auf du und du stehen. Es ist klar, daß sich dadurch ein zu lazes Verhältnis zur Mannschaft herausbildet, und es ist wohl möglich, daß ein Bestmann oder ein Matrose, wenn ihm der Kapitän einen Auftrag gibt, sagt: *Ik weet dat veel beter as du*, und dann nicht so arbeitet, wie es der Kapitän gefordert hat. Auf großen Passagierdampfern könnte das nicht vorkommen.

Ein weiterer beachtenswerter Punkt ist der: Nachdem der Fang geschehen ist, werden die Netze an Deck festgezogen und da kann es vorkommen, daß, bevor der Fang eingenommen wird, die Leute ein aufkommendes Wetter oder das Fallen des Barometers nicht genügend beachten und die Netze vielleicht nicht straff genug anziehen und nicht fest genug vertauen, und eine aufkommende See die Netze über Bord wäscht, die dann in die Schraube geraten und sie unklar machen, so daß das Schiff manövrierunfähig wird; kommt dann eine Breitsee, so wird das Schiff leicht zum Kentern gebracht.

Die Untersuchungen und Vorschriften, die wir jetzt planen, bestehen darin, daß wir den Tiefgang, wie schon gesagt, beaufsichtigen wollen, und daß wir wahrscheinlich vorschreiben werden, daß die Türen zum Eingang in die Kajüten und zu den Maschinen nicht seitwärts liegen dürfen, sondern nach hinten liegen müssen, weil seitlich überkommende Seen die Türen einbrücken können und, wenn diese offen sind, naturgemäß ein viel schwereres Unheil dadurch angerichtet werden kann, als wenn die Tür hinten ist; geht das Schiff vorwärts, so kann eine überkommende See natürlich nicht so leicht Schaden anrichten, sobald diese neue Einrichtung getroffen ist. Dann werden wir vermutlich Schotten für die Bunker vorschreiben. Sobald uns das Material von den Werften zugegangen ist, werden wir es sichten und genau erwägen, ob die Maschinen achterlicher zu legen sind. Und nun noch ein Punkt, den ich besonders hervorheben möchte. Wir sind wegen einer besseren Befeuerung von Island und der Faröer an die Regierungen herangetreten. Beide Inseln sind sehr schlecht befeuert und man kann sich wohl

denken, daß bei den kurzen Tagen und den langen Nächten, bei nebligem, schlechtem und dickem Wetter, wo die Leute keine Sonne haben, bei den dortigen Stromverhältnissen ein Schiff irgendwo in eine Brandung kommt, kentert und rettungslos verloren ist. Auch vom Nautischen Verein aus haben wir in einer Eingabe auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht und wir hoffen, daß, wenn wir alle in dieser Richtung zusammenarbeiten, diese traurigen Verluste möglichst gemindert werden können.

Ich bitte mir zu gestatten, nun noch einige weitere Worte an Sie zu richten. Ich habe die Schrift: „Die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter“ mit großem Interesse gelesen und habe bewundert, wie die verschiedenen Herren, die doch Laien sind, sich hineingearbeitet haben in diese sehr schwierige Materie. Ich möchte Sie aber bitten: legen Sie der gegnerischen Presse nicht zuviel Gewicht bei. Wie ein roter Faden geht durch das ganze Buch, wenigstens bei einigen Herren, wenn auch nicht bei allen, daß gesagt wird: das und das ist behauptet worden, der und der Mißstand soll bestehen, widerlegt worden ist es nicht, also muß es doch wahr sein. Meine Herren, die Seeberufsgenossenschaft antwortet prinzipiell nicht auf Angriffe und zwar im Einverständnis mit dem Reichsversicherungsamt, ihrer vorgesetzten Behörde. Wir sind keine Debattierbehörde, wir arbeiten. Jeder Fall wird untersucht, jedem Mißstande nachgeforscht. Wir haben Hunderte von Akten und sie gehen alle an das Reichsversicherungsamt, an das Ministerium des Innern, wenn über eine Angelegenheit Auskunft gewünscht wird. Unser Bureau stellt jede Akte jedem zur Verfügung, er möge nur kommen; aber auf jeden Angriff zu erwidern, dazu haben wir keine Zeit, dazu sind wir nicht verpflichtet und wir sollen es auch nicht, auf Anraten des Reichsversicherungsamtes. Ich kann aber hier hervorheben, daß das Gros der in der gegnerischen Presse, wenn nicht alle, angeführten Fälle unrichtig oder sehr, sehr übertrieben wiedergegeben sind. Ich werde daher Herrn Direktor Schaueil bitten, einige Fälle, die auch in dem vorliegenden Werke wieder hervorgetreten sind, hier darzulegen, die, wenn sie unerwidert bleiben, vielleicht ein schlechtes Licht auf die Reeder und vielleicht auch auf die Seeberufsgenossenschaft werfen. Meine Herren! Ich bin sonst eine sehr ruhige Natur, in der Form liebenswürdig (Heiterkeit), aber ein Punkt in einer Ihrer Schriften hat mich doch höchst irritiert und nimmt mir meine sonst kaum erschütterliche Ruhe. Herr Prof. Tönnies schreibt, als er von dem Rettungswesen und der Beaufsichtigung und den Unfallverhütungsvorschriften spricht: „Wie weit diese befolgt oder aber umgangen werden, wie weit die Kontrolle ausreicht oder etwa nur der Schein gewahrt wird, habe ich zu ermitteln nicht vermocht“. Das steht auf S. 547. Wer be-

rechttig Sie, Herr Prof. Lönnes, meine Ehre und die meiner Kollegen derartig anzugreifen, uns eine solch schwere Beschuldigung, daß wir die Vorschriften nur zum Schein gegeben haben, ins Gesicht zu schleudern! Ich wünsche von Ihnen keine öffentliche Zurücknahme dieser Behauptung, aber ich mußte diese Beleidigung hier vorbringen und Sie werden mir zustimmen, daß eine schwere Kränkung in den Worten liegt. Wir von der Seeberufsgenossenschaft tun unsere Pflicht und wir legen einen großen Teil unserer Kraft und unseres Könnens in diesen unseren Ehrenposten. Ich sage ganz offen, ich würde sofort von meiner Stellung zurücktreten, wenn ich nicht die Überzeugung gewonnen hätte, daß die Seeberufsgenossenschaft, wie sie jetzt ist, die richtige Institution ist, die, wenn sie nicht da wäre, geschaffen werden müßte.

Sie werden meine Gefühle verstehen und es begreiflich finden, daß ich bei diesem Punkte etwas nervös geworden bin." Sonst danke ich dem Herrn Prof. Dr. Franke und den übrigen Herren für die Anerkennung, die sie der Seeberufsgenossenschaft gezollt haben, und ich bitte sie weiter mitzuarbeiten. Eine große Flotte tut uns bitter not. Wir geben Hunderten und Tausenden direkt und indirekt zu verdienen und wenn Sie aus dem Innern Deutschlands den Blick unserer Bevölkerung mehr auf das Meer, mehr auf die Interessen des Meeres lenken und wenn das Inland sich mehr beteiligt an der Schifffahrt, dann tun Sie ein gutes Werk mit uns für ganz Deutschland!

(Lebhafter Beifall.)

Kapitän Schroedter-Hamburg: Meine sehr geehrten Herren! Wenn gleich in den vorzüglichen Ausführungen des Herrn Korreferenten Kapitän Polis eigentlich schon alle Bedenken geltend gemacht worden sind, die sich gegen die staatliche Aufsicht des inneren Schiffsahrtsbetriebes vorbringen lassen, so wollen Sie mir doch noch einige Worte gestatten. Und zwar aus folgenden Gründen: Einmal hat Herr Polis selbst den Ausspruch getan, daß außer den Schiffsleuten auch die Schiffs-offiziere für die staatliche Beaufsichtigung sind, ferner finden Sie in der von Herrn Dr. Hedfcher herausgegebenen Schrift dieselbe Behauptung. Ich verstehe unter staatlicher Beaufsichtigung die Aufsicht über die Bemannung, über die Proviantierung, über die Rettungsvorschriften und über Sachen, die heute in das Ressort der Seeberufsgenossenschaft gehen. Da nun zu den Schiffs-offizieren im weiteren Sinne des Wortes auch die Schiffsführer zählen, so könnte in dieser geschätzten Versammlung der Eindruck aufkommen, daß auch die Kapitäne Anhänger der staatlichen Idee seien. Soweit nun die Kapitäne im Verband

5 *

deutscher Seeschiffer vertreten sind, etwa 1000, glaube ich als ihr Vorsitzender, zumal ich die Ansichten, die in diesen Kreisen herrschen, ziemlich genau kenne, das Recht zu haben, hier auszusprechen, daß die überwiegende Mehrzahl der deutschen Kapitäne der Errichtung eines Reichsschiffahrtsamtes als Aufsichtsbehörde über die Seetüchtigkeit deutscher Schiffe durchaus ablehnend gegenübersteht und daß die große Mehrzahl der deutschen Kapitäne in der Seeberufsgenossenschaft heute noch diejenige Instanz erblickt, der, da sie bisher den praktischen Anforderungen entsprochen hat, auch ferner die Aufsicht über die Seetüchtigkeit deutscher Schiffe überlassen bleiben muß. Ich glaube, daß dieser Standpunkt mehr noch als im Interesse der Kapitäne und ihrer Reeder im Interesse der Schiffsleute liegt. Wir sind gewohnt, wenn wir in dieser Frage unser Urteil auf Erfahrungen stützen wollen, auf England zu blicken. In England unterliegt die Aufsicht der Seetüchtigkeit der Schiffe einer staatlichen Behörde. Das Handelsamt, das board of trade, beauftragt, um nur drei wichtige Zweige herauszugreifen, die Bemannung, den Tiefgang und die Rettungsvorrichtungen. In welcher Weise nun den Anforderungen des Handelsamtes in der Praxis entsprochen wird, davon liegen aus allerneuester Zeit recht charakteristische Beispiele vor. Vorgänge, die ich nicht erwähnen würde, wenn sie vereinzelt daständen, die ich aber zu Ihrer Kenntnis bringe, weil sie nichts Außergewöhnliches darstellen. Ich will zunächst bei der Bemannung bleiben. Es hat sich bei der Untersuchung der Kollision der Dampfer „Chelsea“ mit „Kirkcaldy“ herausgestellt, daß der Unfall, dem mehrere Mannschaften zum Opfer gefallen sind und bei dem der Dampfer „Chelsea“ selbst verloren ging, auf die Außerachtlassung aller nautischen Vorsicht seitens des Dampfers „Kirkcaldy“ zurückzuführen ist. Die seeamtliche Untersuchung — ich gebrauche diesen Ausdruck, weil er hier so üblich ist — hat u. a. ergeben, daß der Kapitän sein Schiff geführt hat, ohne im Besitze des Befähigungsnachweises zu sein und daß die Deckmannschaft aus vollen drei Köpfen bestand. Ich möchte das ins Praktische übersetzen. Der Kapitän mit einem Mann auf der einen, der Steuermann mit dem andern auf der andern Seite. An Ausguckhalten ist unter diesen Umständen gar nicht zu denken. Die englische Presse nannte den Fall typisch für die Mehrzahl britischer Schiffe.

Nun zur Aufsicht über den Tiefgang. Das englische Handelsamt veröffentlicht alljährlich eine Liste derjenigen Schiffe, die wegen schlechter Stauung oder zu starker Beladung am Ausgehen aus den Häfen des Ver. Königreichs verhindert worden sind. Das statistische Material zeigt nun nach dem Durchschnitt der letzten Jahre, daß von den Schiffen, die sich in dieser Beziehung etwas haben zu Schulden kommen lassen, die größere Zahl britische

Schiffe sind. Wenn man nun bei den angehaltenen Schiffen anderer Nationen als Entschuldigungsgrund ihrer Überladung immerhin ins Feld führen kann, daß ihre Führer nicht in der Lage waren, den in Übereinstimmung mit den Freibordregeln zulässigen größten Tiefgang ihres Schiffes ganz genau zu kennen, ihr Verfehlen also weniger auf Absicht als auf Unkenntnis zurückzuführen ist, so kann den Führern englischer Schiffe der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie wissentlich ihr Schiff überladen haben.

Nun noch einige Worte über den Zustand der Rettungsvorrichtungen. An Bord eines britischen Schiffes hat sich ein Fall zugetragen, der ebenso wenig wie die bisher aufgezählten, als Einzelfall zu betrachten ist, sondern von der englischen Fachpresse als typisch bezeichnet wird. Es handelt sich um die Begleitererscheinungen beim Untergang des Dampfers „Elingamite“. Dieser Passagierdampfer lief bei nebligem, aber ruhigem Wetter auf eine Untiefe. Das Verhalten der Passagiere war tadellos. Statt Bestürzung und Aufregung, wie sie sonst in solchen Augenblicken wohl auftreten, Ruhe und Besonnenheit. Und die Leute waren dazu berechtigt. Es war erklärlich, wenn sie ruhig und besonnen blieben angesichts der günstigen Witterungsverhältnisse. Trotzdem sind 54 Menschenleben verloren gegangen. Welches sind die Ursachen? Die Ursachen sind nach den Aufzeichnungen des englischen Gerichts 1. daß die Bootsbefatzung ungeübt, unfähig und untüchtig war beim Aussetzen und Herunterlassen der Boote; dabei sind schon mehrere Menschenleben verloren gegangen; 2. als die Boote schließlich zu Wasser kamen, liefen sie wegen ihres seeuntüchtigen Zustandes voll Wasser; mehrere Personen kamen dabei um; 3. andere starben den schrecklichen Tod des Verschlachtens, denn an Bord des einen Bootes war weder ein Tropfen Wasser noch irgendwelcher Proviant vorhanden. Eine hochangesehene englische Zeitschrift sagt, indem sie diesen Fall kritisiert: Auf 60 % aller englischen Schiffe würden unter gleichen Verhältnissen ähnliche Zustände herrschen wie an Bord des „Elingamite“.

Ich meine nun, angesichts dieser unzureichenden Kontrolle, wie sie durch die staatlichen Organe in England ausgeübt wird, muß man zu der Überzeugung kommen, wenn man unsere Verhältnisse ihnen gegenüberstellt, daß ein staatliches Organ für die Beaufsichtigung ungeeignet ist. Die Vorschriften sind da, sie sind auch ganz vorzüglich, aber sie werden entweder garnicht oder doch nur sehr unzureichend befolgt. Es muß eine Ursache für ihre schlechte Wirkung vorhanden sein. Ich habe eine einfache Erklärung: Die Unfallverhütungsvorschriften der Seeberufsgenossenschaften werden von der Genossenschaftsversammlung bestimmt, d. h. von der Mehrheit der Vertreter aller deutschen Reeder. Die Reeder als die Urheber dieser Beschlüsse

haben aus menschlich leichtbegreiflichen Gründen ein großes Interesse an ihrer strikten Durchführung. Dies wissen die Kapitäne und Schiffsoffiziere und sie wissen auch, daß ein Verstoß gegen diese Vorschriften von den Reedern sehr scharf beurteilt wird, und weil sie das wissen, sorgen sie dafür, daß die Vorschriften erfüllt werden. Melbet ein technischer Aufsichtsbeamter oder ein Vertrauensmann einen Verstoß, dann weiß jeder an Bord — ich spreche aus Erfahrung —, daß die Seeberufsgenossenschaft der Reederei hierüber Vorstellungen macht und daß diese Korrespondenz eine mehr oder minder scharfe Rüge für den Kapitän oder die Offiziere nach sich zieht. Theoretisch hat nur der Kapitän die Verantwortung, praktisch aber jeder Schiffsoffizier, jeder Schiffsangestellte.

Wenn Sie nun den Einwand erheben wollen, daß die Vorschriften der Seeberufsgenossenschaft auf See nicht so strikt ausgeführt werden können wie im Hafen, weil dort keine Kontrolle ist, so möchte ich dem entgegenhalten, daß ein Exemplar der Unfallverhütungsvorschriften, auf deren Befolgung es hauptsächlich ankommt, im Matrosenlogis hängen muß. Aus meiner Erfahrung als Beisitzer des hiesigen Seemannsamtes weiß ich, daß, wenn den Anforderungen dieser Vorschriften nicht entsprochen wird, sofort und erfolgreich eine Beschwerde eingereicht wird und zwar entweder aus eigener Initiative oder auf Veranlassung des Seemannsverbandes, der bekanntlich an Bord jedes Schiffes einen Vertrauensmann, einen Spion zum Schaden der Disziplin hat. Ich bin deshalb der Ansicht, daß die Befehle der Seeberufsgenossenschaft schon deshalb so strikt ausgeführt werden, weil die Schiffsoffiziere das Interesse der Reeder an diesen Bestimmungen kennen.

Anders liegen die Verhältnisse, wenn es sich um Vorschriften staatlicher Behörden handelt. Vorschriften, deren Zustandekommen ohne Einverständnis des Reeders möglich ist, ja die sogar sehr häufig gegen den Widerstand der ganzen Reedereien erlassen sind, werden vom Schiffskommando nur gerade insoweit befolgt, als damit den notdürftigsten Ansprüchen der Aufsichtsbeamten genügt werden kann. Kommen dann Bestrafungen für Übertretungen vor, Kapitäne und Schiffsoffiziere wissen, insbesondere wenn es sich um Verordnungen handelt, die gegen den Widerstand der Reedereien zu stande gekommen sind, daß die Beurteilung ihres Arbeitgebers, auf die es ihnen natürlich in erster Linie ankommen wird, möglichst gelinde ausfallen wird.

Nur unter diesen Umständen ist es überhaupt möglich, daß die vorzüglichen Gesetze des englischen Handelsamtes nicht so ausgeführt werden, wie es der Fall sein sollte. Wenn ich in Anbetracht dessen, was ich gesagt

habe, mit gutem Recht glaube ein Gegner des Reichsschiffahrtsamtes zu sein, so sind doch hauptsächlich zwei Gründe für meine Anschauung maßgebend. Einmal der Umstand, daß die Beschlüsse einer Staatsbehörde nicht so strikte durchgeführt werden würden, wie Bestimmungen einer Instanz, die sich aus den Reederkreisen selbst rekrutiert, und ferner die Gewißheit, daß bei den bureaukratischen Anschauungen unserer Staatsbeamten eine aus diesen zusammengesetzte Behörde nach meiner Überzeugung hemmend auf die Weiterentwicklung unserer deutschen Handelsmarine wirken würde.

(Beifall.)

Professor Tönnies (Gutin): Geehrte Versammlung! Ich möchte nur für eine kurze Frist vor der Pause Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und zwar bin ich dazu genötigt durch den Umstand, daß einer der Herren Vorredner, der Herr Vorsitzende der Seeberufsgenossenschaft, in sehr lebhafter Weise mich persönlich apostrophiert und zwar mir den Vorwurf gemacht hat, daß ich seine Ehre angegriffen habe. Ich habe alle Ursache, diesen Vorwurf auf das allerschärfste als einen völlig unbegründeten Vorwurf zurückzuweisen. Der Herr Vorsitzende war so gütig, über die Schriften, an denen ich beteiligt bin, mit Nachsicht zu urteilen und zwar indem er dabei hervorhob, daß wir ja als Laien uns in diese Materie haben hinein-arbeiten müssen. Ich für meine Person mache vollen Anspruch auf das Benefizium dieser Nachsicht, denn ich habe mich durchaus als Laie gefühlt und die Arbeit nur aus dem Grunde übernommen, weil es im Interesse des Vereins für Socialpolitik gewünscht wurde, und ich glaubte indirekt dem Interesse der Seeleute und damit dem allgemeinen Wohle zu dienen. Ich kann auf nicht mehr Anspruch machen, als mich bemüht zu haben, die Wahrheit zu ermitteln. Wie weit es mir gelungen ist, muß der Kritik überlassen bleiben zu beurteilen. Ich bin jeder Verbesserung meines Urteils in hohem Grade zugänglich. Ich bin aber nun leider in der Lage, ebenso wie der Herr Vorsitzende der Seeberufsgenossenschaft mich als Laien bezeichnet hat in Bezug auf die seemannischen Verhältnisse, den Herrn Vorsitzenden als Laien im gelehrten Zitieren zu bezeichnen. Der Herr Vorredner zitierte einen Satz, der gar kein Satz war, das ist das schlechteste Zitat. Er zitierte nur Worte aus dem Zusammenhang, nicht, wie so oft zitiert wird, daß Sätze herausgerissen werden, sondern nicht einmal einen Satz, vielmehr nur Worte gab er her. Er berief sich mit Emphase auf S. 547 des Berichtes; dort stehen folgende Worte: „Wie weit diese (Unfallverhütungsvorschriften) befolgt oder aber umgangen werden, wie weit die Kontrolle ausreicht oder etwa nur der Schein gewahrt wird . . .“

Und aus diesen Worten leitet der Herr Vorsitzende die Tatsache eines Angriffes auf seine Ehre ab. Eine sehr merkwürdige Art der Beweisführung. Der ganze Satz lautet nämlich: „Wie weit diese befolgt oder etwa umgangen werden oder etwa nur der Schein gewahrt wird, habe ich zu ermitteln nicht vermocht“.

Ich erkläre also ausdrücklich: ich weiß das nicht, ich erhebe keinen Vorwurf; ich sage nicht, daß von irgend einem die Vorschrift umgangen wird. Das ist doch stark! Außerdem muß ich noch sagen, daß diesem Satze vorausgeht: „Was die Sicherung und das Rettungswesen betrifft, so ist vor allem auch hier auf die Neuerungen und Verbesserungen hinzuweisen, die durch die Unfallverhütungsvorschriften herbeigeführt worden sind“.

Ich anerkenne also unumwunden, daß Neuerungen und Verbesserungen durch die Unfallverhütungsvorschriften herbeigeführt sind, und das habe ich an anderer Stelle auch nicht bestritten. Auch jetzt aber muß ich sagen: ich weiß nicht, wieweit etwa die Vorschriften umgangen werden, wieweit etwa nur der Schein gewahrt wird. Ein Vorwurf kann allerdings daraus abgeleitet werden, wenn nämlich die bloße Möglichkeit als beleidigend gelten soll, daß die Vorschriften umgangen werden. Diese Möglichkeit kann aber doch nicht geleugnet werden, nicht aus der Welt geschafft werden, sie besteht bei allen Institutionen. Diese Möglichkeit besteht, ohne daß daran der Vorsitzende, von dem bekannt ist, daß er mit größter Sorgfalt daran arbeitet, in irgend einer Weise daran beteiligt ist. Überall gibt es untergeordnete Organe, die sich möglicherweise in dieser Beziehung schuldig machen. Die Möglichkeit hat sich mir allerdings ergeben. Ich habe aber ausdrücklich davon abgesehen, irgend welche Fälle anzuführen, weil sie mir nicht recht beglaubigt schienen. Deshalb muß ich auch hier den Satz wiederholen: „Wie weit die Kontrolle ausreicht oder etwa nur der Schein gewahrt wird, habe ich zu ermitteln nicht vermocht.“

Vorsitzender Staatsminister Dr. v. Berlepsch: Ich hoffe, daß damit dieser Zwischenfall seine Erledigung gefunden hat. Ich darf aus den Worten des Herrn Prof. Tönnies entnehmen, daß es keineswegs die Absicht desselben gewesen ist, die Ehre des Vorsitzenden der Seeberufsgenossenschaft oder der Seeberufsgenossenschaft überhaupt anzugreifen. Ich nehme deshalb an, daß nach dieser Erklärung der Zwischenfall seine Erledigung gefunden hat.

Jetzt möchte ich mir den Vorschlag gestatten, in die Pause einzutreten. Wir werden um 3 Uhr wieder beginnen und ich bitte Sie, pünktlich zur Stelle zu sein, um die Diskussion fortzusetzen.

(Schluß gegen 1 Uhr mittags.)

(3 Uhr 10 Min.)

Vorsitzender Staatsminister Dr. v. Berlepsch: Wir fahren in der Tagesordnung fort. Als erster Redner ist Herr Prof. Tönnies notiert, der aber den Wunsch ausgesprochen hat, ihm eine kleine Pause zu gestatten. Infolgedessen wird Herr Dr. Hecksher die Diskussion eröffnen und ich ertheile ihm das Wort.

Dr. Hecksher (Hamburg): Meine sehr geehrten Herren: Zu den Verhandlungen über die Seemannsfrage möchte ich mir gestatten, einige wenige Bemerkungen zu machen. Eine Frage, die mir ganz besonders am Herzen liegt und die heute noch ihrer Lösung harret, das ist die Frage der Seeschöffengerichte. Sie wurde bei den Verhandlungen im Reichstage über die Reform der Seemannsordnung übergangen, in der Resolution, die am Schlusse der Reichstagsverhandlungen angenommen wurde, blieb sie noch offen. Ich glaube nun, daß es nicht nur im Interesse der seemannischen Bevölkerung, sondern, wenn auch nicht in demselben Grade, auch im Interesse der Reeder liegt, daß diese Frage mit aller Energie wieder aufgenommen und zu einem Abschlusse geführt wird. Meine Herren! Der Seemann befindet sich, was seine Rechtsstellung angeht, in einer Ausnahmestellung und es war eine vollständige Verschiebung der Begriffe, wenn man im Reichstage sagte und auch später: wir dürfen nicht zu viele besondere Gerichtsbarkeiten schaffen, wir dürfen nicht so viele Ausnahmegesetze schaffen. Bei Lichte besehen, wollen wir nämlich, die wir für die Idee der Seeschöffengerichte eintreten, gerade den Seemann von einer Ausnahmestellung befreien. Der Seemann — ich spreche da eigentlich mehr als Jurist wie als Nationalökonom — ist ganz unglücklich daran; er ist vor allem deshalb unglücklich daran, als er, wenn er sich auf strafrechtlichem Gebiete das Geringste zu schulden kommen läßt, vom Gericht sofort für fluchtverdächtig erklärt wird und bei den lächerlichsten Dingen ohne Gnade und Barmherzigkeit ins Untersuchungsgefängnis wandern muß. So sind die haarsträubendsten Unbilligkeiten vorgekommen. Nicht nur Staatsanwälte, auch alte erfahrene Richter haben sich mit blutenden Herzen entschließen müssen, den Seemann ins Untersuchungsgefängnis zu schicken, weil im Sinne des Gesetzes der Seemann in der That fluchtverdächtig ist. Der Beruf des Seemanns bringt es eben mit sich, daß der Seemann sehr leicht über See gehen und sich dadurch seinem Richter entziehen kann. Um solchen Übelständen abzuhelpen, ist es eine nur allzuberechtigte Forderung, daß man ein Ausnahmegericht schafft. Es würde natürlich zu weit führen, das würde vielmehr die Aufgabe interner Beratungen sein, hier zu sagen, wie nun im einzelnen dieses

Gericht einzurichten sei. Es würde auch zu weit führen, wenn ich jetzt seine Kompetenzen genau umgrenzen wollte. Über die Grundzüge möchte ich aber folgendes sagen: Ich halte es für nötig, daß, wenn irgend etwas Strafbares von geringerer Bedeutung nach Ansicht des Kapitäns gegen einen Schiffsmann oder auch gegen den Kapitän oder einen Schiffsoffizier vorliegt, sofort, nachdem das Schiff landet, unmittelbar im Anschluß daran eine entscheidende Verhandlung stattfindet, daß es also möglich ist — und das wird gar keine Schwierigkeiten bereiten —, daß die abmusternden Seeleute sofort vor den Richter geführt werden, so lange Ankläger, Zeugen u. s. w. noch beisammen sind. Dann, meine Herren, wird in der ersten Instanz allerdings — daran wird nichts zu ändern sein — ein Urteil gesprochen. Nun wird man mir entgegenhalten können, daß damit nicht viel geändert sei. Ich bin aber der Meinung, damit ist sehr viel geändert, denn, meine Herren, wir dürfen nicht vergessen — und da komme ich wieder zu einer Sonderstellung der Seeleute —, daß die Seeleute, wenn sie ihr Recht mit Entschiedenheit verfechten wollen, wenn sie sich also mit dem Urteil erster Instanz nicht zufrieden geben, weil sie überzeugt sind, daß ihnen Unrecht geschehen ist, nur in den allerwenigsten Fällen daran denken können, ihr Recht weiter zu verfolgen. Die Verfechtung ihres Rechts ist für die Seeleute mit der Notwendigkeit verbunden, am Lande zu bleiben. Die Seeleute befinden sich also — das leuchtet ohne weiteres ein — in der merkwürdigen Ausnahmestellung, ihren Beruf für längere Zeit aufgeben zu müssen, um dieses Recht durchzusetzen. Nehmen wir an, ein Seemann wird vom Seeamt verurteilt, dann bleibt ihm die Möglichkeit offen, an das bürgerliche Schöffengericht zu rekurrieren. Darüber vergehen Tage, oft Wochen. Gibt das Schöffengericht ihm Unrecht, dann ist noch immer nicht gesagt, daß der Mann auch im Unrechte ist. Das Urteil der Schöffen kann durch das Landgericht aufgehoben werden, das ist etwas Alltägliches. Will er nun an das Landgericht gehen, so können bis zu dem Termin wieder Wochen vergehen und will er eine dritte Instanz anrufen, so werden wiederum einige Wochen verstreichen. Der Seemann ist, um sein Recht bis zum äußersten durchzusetzen — und dazu muß man ihm Gelegenheit geben — gezwungen, am Lande zu bleiben, seinen Beruf aufzugeben, er ist also stellenlos; es wird ihm also die Möglichkeit, sein Recht zu verfolgen, im Vergleich zu den anderen Erwerbsständen in einer ganz ungewöhnlichen Art erschwert. Nun könnte man mir entgegenhalten: Was ist denn damit erreicht, wenn man nun Seeschöffengerichte einführt? Ist das nicht schließlich dasselbe? Muß der Mann dann nicht vom Seeschöffengericht wieder an die Strafkammer gehen? Dabei ist aber eins zu bedenken: wenn das See-

schöffengericht durch seine Besetzung die nötigen Rautelen bietet, durch seine Besetzung dem Seemann bis zu einem gewissen Grade das Bewußtsein, das innere Gefühl gibt, hier findest du dein Recht, dann wird sich in ihm gar nicht das starke Verlangen geltend machen, sein Recht anderweitig zu suchen, und Berufung und gar Revision einzulegen. Das neue Gesetz hat ja bereits eine gewisse Reform in der Zusammensetzung der Seeämter gegeben. Das kommt hauptsächlich für uns in Hamburg in Betracht, denn in den preussischen Seeämtern war schon früher eine Besetzung mit einem Vorsitzenden und mit zwei schiffskundigen Beisitzern üblich. Also ein gewisser Fortschritt ist schon gegeben in der Art der Besetzung. Darüber werde ich vielleicht nachher noch sprechen müssen. Was uns also noch fehlt, ist die Einrichtung des Seeschöffengerichts, und die Einrichtung eines Seeschöffengerichts würde dem Seemann nicht nur eine Instanz bieten, wo er die Gewißheit hat, daß ihm recht geschieht, mit größerer Sicherheit als bisher, sondern auch — ich möchte das ganz besonders betonen — ein schnelleres Verfahren. Nehmen Sie einmal den Fall, daß ein Seemann seinem Kollegen — wenigstens liegt der Verdacht vor — 20 Mk. gestohlen hat; dann liegt die Sache so: der Mann kommt vor das Seeamt, die Sache wird der Staatsanwaltschaft mitgeteilt und der Beklagte wandert ohne weiteres ins Untersuchungsgefängnis. Ich habe einen solchen Fall selbst erlebt; es handelte sich damals allerdings nicht um einen Diebstahl, sondern um ein Vergehen gegen die Seemannsordnung, um die Unbotmäßigkeit eines Seeoffiziers; auch er kam in Untersuchungshaft. Wie ging das Verfahren nun weiter? Zunächst hatte die Staatsanwaltschaft die Sache in der Hand; mittlerweile waren die Zeugen über aller Herren Länder zerstreut, zum Teil in die Heimat zurückgekehrt, zum Teil wieder an Bord gegangen. Der Mann hatte das Glück, einen Votfen zum Vater zu haben, der für ihn Kaution stellen konnte und dadurch seine Entlassung aus der Haft bewirkte; er hätte sonst 5½ Monate im Untersuchungsgefängnis sitzen müssen; mußten doch allerlei diplomatische Formalitäten erfüllt werden, um z. B. einen Seemann in Marseille vernehmen zu lassen und dergleichen. Der Mann hätte also noch länger sitzen können, wenn er nicht etwas glücklich in der Wahl seines Vaters gewesen wäre. Später wurde allerdings der Mann bestraft und zwar mit einer Geldstrafe von 50 Mk.; wegen dieser geringen Strafe hätte ein anderer 5½ Monate in Untersuchungshaft gesessen. Insofern ist also der Seemann ungünstiger gestellt und deshalb müssen wir dafür eintreten, daß eine Änderung hier herbeigeführt wird. Das kann nicht oft und energisch genug gefordert werden, und wir sind um so mehr verpflichtet, zu helfen,

weil der Seemann selbst ein eckiger, unbeholfener Mensch ist. Diese Erfahrung macht man auch vor den Gerichten. Ich kenne kaum einen Stand, der weniger begabt ist sich zu verteidigen, als der Seemann. Das, meine Herren, wäre die eine Frage.

Ich sprach vom Seeamt und will es nicht unterlassen, hier zu betonen, daß ich gegen das Hamburger Seeamt eine sehr wichtige Beschwerde habe. Es ist möglich, und ich hoffe es sehnlichst, daß diese Beschwerde nunmehr gegenstandslos wird, aber ich kann es heute noch nicht übersehen. Es handelt sich um folgendes: Das Hamburger Seeamt hat bis vor kurzem an seiner Spitze einen tüchtigen, alten Seemann gehabt, einen Mann aus der alten Schule, der für die neuen modernen, sozialpolitischen Forderungen nicht das geringste Verständnis hatte, eine Erscheinung, der man zuweilen in Hamburg begegnet. Dieser Herr Seeamt, wie ihn die Matrosen weit und breit nannten, ist vor einiger Zeit gestorben. Es ist jetzt vorübergehend ein neuer Vorsitzender ernannt, der noch nicht definitiv auf diesen Posten berufen ist. Unter der Herrschaft des vorhin genannten Herrn Seeamt wurde auf eine meiner Meinung nach ganz übermäßige Weise bestraft. Im Jahre 1902 oder 1901 — ich habe die Zahl nicht genau gegenwärtig — wurden vom Hamburger Seeamt etwa 19 000 Mk. Geldstrafen verhängt. Die Ziffer an sich sagt ja nicht viel. Nun habe ich in der Bremer Arbeit gefunden, daß nach ungefährer Schätzung das Bremer Seeamt — ich habe bei der Ziffer 19 000 natürlich auch die Strafen nicht gezählt, die von Gerichten verhängt worden sind, ich habe auch nicht mitgerechnet die konfiszierten Beträge desertierter Leute — 2000 Mk. Geldstrafe verhängt hat. Es stehen also 2000 gegen 19 000. Der Vergleich ist so allerdings noch nicht ganz richtig, ich muß mich verbessern, denn die Zahl der abgemusterten Seeleute ist in Bremen eine geringere. Damit ich nicht mißverstanden werde, muß ich auch erwähnen, daß es sich nicht um das Seeamt in Bremen, sondern um die bremischen Seeämter handelt. Wenn wir annehmen — und das würde ungefähr der Tatsache nahe kommen — daß bei den bremischen Seeämtern etwa die Hälfte der Leute abmusterte, dann würden die Vergleichsziffern 4000 zu 19 000 sein. Nun muß man sich noch folgendes vorstellen: Die Heuern der Seeleute sind ja nicht glänzend. Ich will gern zugeben, daß man diese Frage nicht einfach in der Form behandeln kann, zu sagen, der Matrose verdient 50 Mk., damit kann er, wenn er verheiratet ist, seine Familie nicht erhalten, das ist undenkbar. Da können wir nicht einfach sagen, die Reeder müssen dem Matrosen 150 Mk. geben; das geht natürlich nicht. Daß diese Fragen international behandelt werden müssen, das ist meine Überzeugung. Und

wenn die Reeder wirklich überzeugend — und dazu ist ihnen hier ja die beste Gelegenheit geboten — nachweisen, daß sie, wenn sie überhaupt mit dem Auslande konkurrieren wollen — und wir müssen als Grundsatz anerkennen, daß unsere deutsche Schifffahrt lebensfähig bleiben muß, sowohl im Interesse der Schiffer wie der Reeder — die Heuersätze unmöglich erhöhen können, dann müssen wir uns bescheiden. Das, meine Herren, wollte ich nur beiläufig erwähnen. Tatsache ist jedenfalls, daß die Heuersätze keine glänzenden sind. Man muß sich doch, wenn man straft, den Mann ansehen. Wenn der Vorsitzende des Seeamtes einem Seemann wegen eines geringfügigen Vergehens eine Strafe von 20 Mk. auferlegt, so ist das eine kolossale Summe für diesen Mann. Eine Argumentation des Seeamtes wird vielleicht die sein, daß der Mann, kommt er an Land, sein Geld doch in 24 Stunden anbringt. Das sind keine sozialpolitischen Gesichtspunkte und auch keine juristischen; Tatsache ist, daß diese Strafen in gar keinem Verhältnis stehen zu den Einnahmen der Seeleute. Nun ist es ja sehr schwer, im Wege der Gesetzgebung hier zu ändern, das muß ja schließlich im Ermessen des Richters liegen. Es bleibt mir daher nichts anderes übrig, als mich darauf zu beschränken, hier den Wunsch auszusprechen, daß in das Seeamt ein anderer Geist einziehen möge. So sehr ich den verstorbenen Wafferschout sonst geehrt und anerkannt habe, ich wünsche doch sehnlichst, daß dort ein neuer Geist einzieht, der vor allen Dingen den modernen sozialen Anschauungen mehr Verständnis entgegenbringt, nicht nur in dieser einen wichtigen Frage, sondern auch in der Art, wie die Leute vor dem Seeamt behandelt werden. Das sind Beschwerden und Hoffnungen, die ich besonders gegenüber dem Hamburger Seeamt habe.

Und nun, meine Herren, möchte ich noch mein lebhaftes Bedauern zum Ausdruck bringen, daß kein Vertreter der Arbeiterorganisation hier erschienen ist, um ganz streng einseitig — das schadet nichts — für die Interessen der Arbeiter einzutreten und für sie zu sprechen. Es liegt wahrlich nicht an uns. Der Verein für Socialpolitik hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, ganz besonders Herr Professor Franke, um einen Vertreter der seemannischen Arbeiterschaft zu diesen Verhandlungen heranzuziehen, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Sie werden mit mir wahrscheinlich zum großen Teil den Eindruck haben, daß es hier heute eine etwas ungleiche Verteilung ist. Wir haben den Mann der Wissenschaft gehört, Herrn Professor Franke, — der ist ja eigentlich schon, ich spreche abgesehen von der Person, derjenige, der versucht, ganz objektiv die Sache darzustellen — und dann Herrn Inspektor Poliz. Ich muß zugeben, aus jedem Wort dieses Herrn konnte man hören, wie er bemüht

war, objektiv zu schildern, und doch muß ich sagen, er kann sich nicht losreißen, er steckt doch schließlich in einem großen Betriebe, er ist indirekt beeinflusst, er sieht immer nur die eine Seite. Es wäre ganz verkehrt, wollte man Herrn Inspektor Poliz daraus einen Vorwurf machen; aber die Sache besteht, daß auf der einen Seite Herr Professor Franke referiert hat und dann Herr Inspektor Poliz, und nun fehlte leider das Gegengewicht, der Arbeiter, der den Gegenstand, von seiner Seite beeinflusst, erörtert. Wir haben uns, wie gesagt, Mühe gegeben, einen solchen Mann zu suchen; das ist uns aber nicht gelungen, wir haben überall Körbe bekommen. Unser Bedauern hierüber möchte ich zum Ausdruck bringen. Der Seemannsverband in Hamburg — ich möchte meine Arbeit in dieser Beziehung etwas korrigieren — erfreut sich keiner guten Leitung. Das Blatt selbst bewegt sich in einem Schimpffargon, der geradezu unerträglich ist. Jedermann leuchtet ein, daß man durch ödes Schimpfen niemand überzeugen kann und auf keinen Menschen Eindruck machen kann. Ich kann die Führer des Seemannsverbandes — ich kann nicht unterscheiden, wer mehr oder weniger die Schuld trägt — nicht davon freisprechen, daß sie ein Organ leiden, in dem eine Sprache geführt wird, die ihren Interessen auf das strittigste entgegenläuft. Wenn der Seemannsverband wirklich die Interessen der Seeleute verfolgen will, so soll er hier zunächst einmal reformieren; denn, meine Herren, es muß dem Seemannsverband doch schließlich darauf ankommen, daß er Unbeteiligte, die Leute, die unbefangen außerhalb des Gewerbes stehen, zu sich herüberzieht. Wenn er gegen Schäden, die sich im Seemannsleben, die sich in der sozialen Stellung des Seemanns zeigen, auftritt, so wird er durch die jetzt beliebte rohe Sprache einen gebildeten Mann von der Berechtigung seiner Forderungen nicht überzeugen können. Wir haben das am eigenen Leibe gespürt. Der „Seemann“ hat sich nicht geschaut, den Verein für Socialpolitik — und ich muß das als eine unglaubliche Perfidie bezeichnen — als das Schrittmachertum der prozigen Seefapitalisten zu bezeichnen. Das finde ich ganz unerhört und das ist der beste Beweis dafür, daß der Schreiber der Zeilen und der Leiter des Blattes sich gar nicht des Ernstes ihrer Aufgabe bewußt sind und gerade das Gegenteil von dem erreichen müssen, was sie im Interesse der seemannischen Arbeiter zu erreichen suchen sollten. Allerdings darf man auf der anderen Seite auch unsere Hamburger Unternehmer nicht von Vorwurf freisprechen. Natürlich kann man sie nicht in Bausch und Bogen abtun. Sogar ein großer Teil ist von Schuld nicht freizusprechen — ich spreche da aus eigener Erfahrung. Warum hat der Verein Hamburger Reederei, als ich ihn bat, mich in meiner wissenschaftlichen Arbeit zu unterstützen, vollständig versagt? warum hat er

es nicht für der Mühe wert gehalten, auf meine Fragen zu antworten? Herr Generaldirektor Ballin hat eine rühmliche Ausnahme gemacht. Er hat mich in der zuvorkommendsten Weise in meiner Arbeit unterstützt und er hat mir gerade geraten, ich solle mich nicht an die Einzelnen wenden, sondern an die Gesamtheit, eben an den Verein Hamburger Reeder. Der Vollständigkeit halber muß ich auch hier hinzufügen, daß ich auf der anderen Seite, bei der Seeberufsgenossenschaft, das größte Entgegenkommen gefunden habe. Das kann ich gar nicht dankbar genug anerkennen. Der Verein Hamburger Reeder hat aber vollkommen versagt. Wie auf der einen Seite gesündigt wird, genau so also auch auf der anderen Seite. Ich denke mir, im Verein Hamburger Reeder werden auch widerstreitende Elemente sein — ich bin nicht unterrichtet über die Kämpfe in diesem Verein — jedenfalls aber steht ein Teil seiner Mitglieder — und man kann gleich einen Schritt weiter gehen —, ein Teil der Hamburger Handelskammer — allen sozialpolitischen Dingen schroff ablehnend gegenüber, und da, meine Herren, ist es undenkbar, daß die Leute sich jemals, wie unser allverehrter Herr Vorsitzender sagt, in der Mitte entgegenkommen. Das ist ganz ausgeschlossen. Da muß auf beiden Seiten Remedur geschaffen werden. Und, meine Herren, ich höre, ich habe es selbst nicht gelesen, es soll auch in den „Hamburger Nachrichten“ in der Form eines Begrüßungsartikels in einer ziemlich argen Weise von Sozialpolitik die Rede sein. Das würde ganz in den Kram und den Geist der Hamburger Handelskammer hineinpaffen. Die Hamburger Handelskammer, dieses Institut mit einem Weltruf, den sie mit Recht genießt, hat es abgelehnt, als ich sie dazu aufforderte, dem Ortsausschuß für unsere Generalversammlung beizutreten; sie hat es abgelehnt ohne Angabe von Gründen; sie hat es aber aus keinem anderen Grunde abgelehnt, als weil sie eben für unsere sozialpolitischen Bestrebungen nicht das geringste Verständnis hat und weil sie diese sozialpolitischen Bestrebungen nicht fördern will. Man kann es ja der Hamburger Handelskammer — ich muß da einen starken Ausdruck gebrauchen — überlassen, sich zu blamieren. Das braucht uns gar nicht aufzuregen, aber es muß einmal öffentlich ausgesprochen werden. Die Herren haben großmütig hinzugefügt, sie würden auf Wunsch jemand in die Versammlung senden. Wir haben diesen Wunsch nicht ausgesprochen.

Meine Herren! Wenn auf der Seite der Seeleute, auf der Seite ihres Verbandes böse gesündigt wird in der Art, wie die Leute für ihre Interessen kämpfen, so wird auch auf der andern Seite gesündigt. So lange die einen sich nicht bessern, werden sich auch die anderen nicht bessern. Unsere Aufgabe ist es, beiden Seiten es einmal tüchtig unter die Nase zu

reiben, wie sie's treiben; dann kann man die Hoffnung haben, daß sie sich befinnen werden.

Also, meine Herren, der Seemannsverband erfreut sich hier keiner guten Leitung. Ich bin aber prinzipiell der Meinung, daß ein Seemannsverband, wenn er gut geleitet wird, im Interesse der Schifffahrt liegt, sowohl der Reeder wie der Seeleute, und ich höre und habe das auch aus den Schriften gesehen, daß z. B. in Flensburg mit dem Seemannsverband durchaus gut auszukommen ist. Das zeigt, daß dort der Seemannsverband gut geleitet wird.

Um vorwärts zu kommen, glaube ich, muß eine alte Idee des bekannten Hamburger Reeders, des verstorbenen Laeisz, wieder aufgenommen werden; dieser hat, wie mir erzählt worden ist — er wird mit Unrecht als Anti-Sozialpolitiker verschrien — oft den Gedanken verteidigt, eine Beschwerdef Kommission zu schaffen aus Seeleuten und Reedern. Diesen Gedanken, meine Herren, sollte man wieder aufnehmen. Ich bin überzeugt, es gibt in Reederkreisen eine große Zahl Leute, die für derartige versöhnliche Bestrebungen Sympathien haben, die nicht glauben, daß allein der Kampf die Art ist, sich den sozialen Fragen entgegenzustellen. Hier sollte man wieder anknüpfen und mit dem Wunsche, daß sich diese Idee verwirklichen möge, will ich schließen.

(Lebhafter Beifall.)

Professor Tönnies (Gutin): Geehrte Versammlung! Zum Teil hat mein geehrter Herr Vorredner bereits Punkte berührt, die meinerseits auch ich in den Vordergrund der Erörterung zu rücken für notwendig halte. Und zwar möchte ich ganz allgemein betonen: die Kernfrage der Arbeiterfrage, der Arbeiterfragen innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung ist doch die Lohnfrage. Diese darf nicht nebenbei behandelt werden, sondern muß in den Mittelpunkt gestellt werden, wenn es sich um die Lage der Arbeiterklasse handelt. Und wenn der erste Herr Referent in seinem die Ergebnisse unserer Forschungen so trefflich reskapitulierenden Vortrage am Schlusse ausgesprochen hat, daß, wenn man die Summe ziehe, im allgemeinen im Laufe der letzten Jahrzehnte die Lage der Seeleute sich wesentlich gebessert hat, so muß ich dem doch auf Grund der von demselben Herrn Referenten mitgeteilten Auszüge aus der Lohnstatistik widersprechen. Es ergab sich aus den Mitteilungen des Herrn Professor Franke — was auch feststeht nach den Zusammenstellungen, die das Kaiserliche Statistische Amt alljährlich über die in den Häfen gezahlten Steuern bekannt macht — es ergab sich daraus, daß die Löhne der Matrosen in entsprechender Weise wie die

Löhne der übrigen Kategorien, ja zum Teil sich weniger günstig entwickelt haben, daß die Löhne der Matrosen ungefähr auf derselben Höhe stehen, wie vor 30 Jahren. Ich behaupte, daß diese Tatsache genügt, um festzustellen, daß die materielle Lage der Seeleute sich wesentlich verschlechtert hat; denn der gleiche Lohn hatte in jeder Beziehung einen größeren Wert vor 30 Jahren als heute, darüber kann nur eine Stimme sein, es ist das hundertfach ausgesprochen worden. Überall sind die Löhne der Beamten, auch der unteren Beamten, wenn auch nicht in entsprechendem Maße, auf Grund der Tatsache der Verteuerung des Lebensunterhalts im Laufe dieser Zeit erhöht, zum guten Teile sind die Löhne verdoppelt worden, nur die Löhne der Seeleute stehen im wesentlichen auf der gleichen Höhe. Diese Tatsache kann durch keine Verherrlichung der Wohlfahrts Einrichtungen, der mannigfachen Verbesserungen, die tatsächlich vorliegen, der Lage, soweit sie nicht durch den Geldlohn bestimmt ist, aus der Welt geschafft werden. Allerdings besteht ja eben der Lohn des Matrosen nur zum Teil in Geld, er besteht zum Teil noch in Naturalien, nämlich in dem Logis, das ihm geliefert wird, und in der Kost. Gleichwohl ist der Geldlohn der eigentliche Maßstab, den wir anzulegen haben; denn wenn auch Kost und Logis sich in diesen 30 Jahren verbessert haben, was ich im allgemeinen wohl glaube, so kann dies zwar das Behagen des Seemanns erhöht haben, aber seine gesamte soziale Lage ist doch im wesentlichen wie die jedes Arbeiters abhängig von dem Geldlohn, den er bezieht. Die Untersuchung, woher es kommt, daß im Unterschiede von fast allen übrigen Klassen der Arbeiter gerade die Lage des Seemanns sich nicht verbessert hat, ist gewiß eine sehr schwierige; aber ich meine, in der Hauptsache darf man wohl sagen, daß die Ursache in dem Umstande gelegen ist, der von den Herren Referenten ins rechte Licht gerückt ist, daß sich die gesamte Arbeit des Seemanns als solche, eben auch der Matrosen, sehr stark verändert hat, daß sie immer weniger eine qualifizierte Arbeit geworden ist, daß eben an seine Vorbildung, an seine Tüchtigkeit zu seinem Berufe geringere Anforderungen gestellt werden. Von selbst versteht es sich, daß dadurch das Angebot der Arbeitskräfte sich außerordentlich hat vermehren können, und das hängt ja eben damit zusammen, daß überhaupt der einheitliche handwerksmäßige Beruf des Seemanns, bei dem der Aufstieg vom Matrosen zum Steuermann und die Entwicklung vom Steuermann zum Kapitän die Regel war, in der Hauptsache aufgehört hat, daß das jetzt die Ausnahme geworden ist, was sich schon ganz von selbst ergibt aus der relativ geringeren Zahl der Schiffe, aus der Größe der Schiffe, die eben ein so viel geringeres Offiziers- und leitendes Personal im ganzen erfordern. Diese Veränderung ist nun aber

in der Tat eine für die Lage der Seeleute niederer Chargen entscheidende geworden und sie hat eben dahin geführt, daß in der Hauptsache diejenigen allgemeinen Arbeiter, die als Nicht=Seeleute an den Maschinen arbeiten, auf derselben Stufe behandelt werden wie das Deckpersonal. Die einen wie die anderen sind eben in der Hauptsache nicht mehr Seeleute. Es ist das kein so wesentlicher Unterschied, wie er von einer Seite wohl betont wurde, daß unter den Maschinisten minderwertiges Personal angestellt werden könnte, weil eben ihre Arbeit nicht seemännisch sei wie die des Deckpersonals. Herr Inspektor Polis sagte das, obgleich er ganz richtig vorher eben darauf hingewiesen hatte, daß die Arbeit des Deckpersonals zum größten Teil auch nicht mehr eine spezifisch seemännische ist. Die Seeleute, die ehemals Handwerksgefelln waren, sind eben jetzt Arbeiter geworden, die zufällig an Bord eines Schiffes statt in einer Fabrik oder Werft oder sonst einer Werkstatt arbeiten, und das hat eben diese Erniedrigung des Niveaus notwendigerweise mit sich gebracht, die sich auf der einen Seite darin ausspricht und die von den führenden Seeleuten, Kapitänen, scharf beklagt wird, daß es so wenig tüchtige Seeleute hier gebe, so wenig Leute, die eigentlich seemännische Arbeit an Bord eines Schiffes gelernt haben und sie verstehen; auf der andern Seite findet sie ihren Ausdruck darin, daß der Seemann sich fühlt als in einer gedrückten Lage befindlich, daß die Unzufriedenheit unter den Seeleuten trotz aller Verbesserungen, die sich vielfach auf neueren Schiffen finden, eine sehr weit verbreitete ist. Zum Teil spricht sich das Überangebot an Arbeitskräften speziell darin aus, daß verhältnismäßig reichlich jüngere Arbeitskräfte herangezogen werden, wie das mehr oder weniger in jeder Industrie der Fall ist. Es wird vielfach darüber geklagt, es wird wenigstens in dem Bereiche, den ich habe untersuchen können, von Kapitänen und anderen Sachverständigen selber nicht geleugnet, daß der Betrieb es ergebe, daß man vielfach mit einem Leichtmatrosen vorlieb nehme — das sind Leute, die nur einen Schiffsjungendienst und in der Regel nur auf Dampfschiffen durchgemacht haben —, wo eigentlich die Anstellung eines Vollmatrosen notwendig wäre. Ferner macht sich nun in dem Angebot an seemännischen Arbeitskräften bekanntlich ein sehr starker Wettbewerb von Ausländern geltend und ich glaube, es läßt sich sagen, wenigstens für das Ostseegebiet, ein zunehmender Wettbewerb, der nun zum Teil allerdings ja ausgeglichen wird durch den Umstand, daß auch deutsche Seeleute in den auswärtigen Handelsmarinen dienen, der aber doch dahin charakterisiert werden muß, daß er eine Tendenz hat, die Löhne zu drücken. Im allgemeinen ist der Geldwert, in Skandinavien namentlich, höher, die Löhne sind niedriger und folglich ist die Neigung, vorlieb zu nehmen mit einem

geringeren Lohn, bei diesen Leuten schon erheblich. Eine besondere Beschwerde aber wird in Seemannskreisen in der Regel nicht hiergegen geltend gemacht, obwohl die Seeleute wie alle Arbeiter recht wohl darauf hinweisen könnten, daß ja alle Waren einen Schutz genießen, durch Schutzzölle vor Konkurrenz geschützt sind, nur nicht die Ware „Arbeitskraft“. Hier herrscht schrankenloser Freihandel. Erst dann, wenn durch erhöhte Schutzzölle die Preise der Kulturmittel erhöht werden, so daß der kleine Lohn einen minderen Wert erhält, erst dann erhebt die Arbeiterklasse ihre Klagen gegen die Handelspolitik. Eine Klage gegen die freie Einfuhr von Arbeitskräften, die mit hohen Getreidezöllen so scharf kontrastiert, wird im allgemeinen nicht erhoben; auch von den Seeleuten nicht. Nein, eine besondere Klage wird nur — und dieser Klage ist von dem Herrn Referenten schon vorgebeugt worden — gegen die Verwendung farbiger Ausländer in den tropischen Gewässern erhoben. Es ist bekannt, daß als Grund dafür, vielleicht mit der Idee, daß es ein Entschuldigungsgrund sein soll, regelmäßig angeführt wird, die Arbeit der Feuerleute sei in den Tropen zu schwer für unsere einheimischen Heizer und Trimmer und es sei somit eine Wohltat für sie, wenn andere Leute eingestellt werden, die sich dafür besser eignen. Das ist ja gewiß ein lobenswerter humaner Gesichtspunkt, der sich dabei geltend macht. Es ist allerdings dabei auffallend, daß die viel mehr die Gesundheit angreifende Hitze auf den großen Schnelldampfern nicht als so schlimm gilt, daß da nicht einheimische Feuerleute eingestellt werden könnten. Die Hitze der Feuer ist gewiß eine viel, viel größere, als je in den Tropen die klimatische Hitze werden kann. Trotzdem will ich gern zugeben, daß die Sache einen Grund hat. Ich begreife nur nicht, warum dieser Grund, daß die Arbeit zu schwer ist, auch für das Deckpersonal gelten soll, und Tatsache ist, daß in der chinesischen Küstenfahrt beispielsweise auch das Deckpersonal ganz regelmäßig aus Kulis genommen wird, während diese selbstverständlich nicht als geeignet gelten, als Steuerleute den Dienst zu versehen. Unsere einheimischen Leute können als Steuerleute in den chinesischen Gewässern vollkommen ihren Dienst versehen, den Matrosen wird von vornherein abgesprochen, daß sie das können. Ich glaube, daß dafür kein Grund vorliegt; es kann auf keine Weise wahrscheinlich gemacht werden, daß die Reeder bei der Anstellung farbiger Heizer und Matrosen, insbesondere von Kulis durch andere Motive als finanzielle Motive geleitet werden, daß sie mit anderen Worten dabei sparen wollen. Das mag vom geschäftlichen Standpunkt und vom Konkurrenzstandpunkt berechtigt sein. Man muß sich aber nicht wundern, wenn dagegen das Bewußtsein der Arbeiter scharf reagiert, wenn es eben gleichsam als einen berechtigten Anspruch geltend macht, daß

sie in erster Linie berücksichtigt werden und der Arbeitsmarkt, der heimische Arbeitsmarkt nach Möglichkeit entlastet werde, damit eben nicht ein so starkes Verhältnis stattfinde in der Beschäftigung von farbigen Leuten, daß sie z. B. in der Bremer Handelsmarine 18—19 % *familiärer Beschäftigten* jetzt ausmachen und daß die Befürchtung ausgesprochen werden muß, daß dieser Prozentsatz noch erheblich steigen werde.

Was die Hauptergänzung des Geldlohnes betrifft, so ist in bezug auf das Logis bereits ausgesprochen worden, daß in neuerer Zeit vielfache Verbesserungen getroffen worden sind, daß namentlich auf den allergrößten Schiffen — und auf deren Verhältnis bezog sich ja hauptsächlich das Korreferat des Herrn Inspektor Polis — weit besser als ehemals in dieser Beziehung gesorgt sei. Leider wird dadurch die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß es noch viele Schiffe gibt und zwar auch solche, die noch keineswegs veraltet sind, die vielleicht 5—10 Jahre alt und fortwährend im Dienste sind, auf denen die Logisverhältnisse außerordentlich mangelhaft sind, was ja auch von dem Herrn anerkannt wurde. Ich möchte nur noch hervorheben, daß namentlich im Ostseebienst fortwährend auch ein Ankauf von ausländischen Schiffen stattfindet, bei denen natürlich bis jetzt auf die Beschaffenheit der Logis nicht viel gesehen wurde, wodurch die Sache oft verschlimmert wird. Es ist ja nun nach den uns mitgeteilten Bestrebungen der Seeberufsgenossenschaft zu hoffen, daß diese hier immer mehr mit Energie und Erfolg zu Gunsten der Seeleute eingreifen wird.

Auch in bezug auf die Kost ist zugegeben worden, daß diese zu vielen Klagen, zu vielen berechtigten Klagen Anlaß gibt. Es ist freilich dabei die mangelhafte Kunst der Köche und ihre geringe Ausbildung ausschließlich in den Vordergrund geschoben worden. Ich weiß wohl, daß die häufigsten Ursachen der Klagen über die Schiffskost in der unzulänglichen Zubereitung durch die Schiffsköche liegt; aber die alleinige Ursache ist sie nun eben nicht. Ich muß auf Grund meiner Forschungen in den Ostseehäfen es für sehr wahrscheinlich halten — und das wird bestätigt durch Forschungen anderer Herren, die ich aus den Berichten kennen lernte —, daß vielmehr die Methode der Versorgung, der Proviantversorgung hieran häufig mit Schuld trägt und zwar als eine Ursache, die man nur als in menschlicher Schwäche beruhend bezeichnen kann. Die Methode ist die, daß der Schiffsführer ein Figum erhält und dafür die Verproviantierung übernimmt. Er ist dabei vollständig freigestellt, er unterliegt gar keiner Kontrolle. Ich bezweifle nun gar nicht, daß der ehrenwerte Seemannsstand, unser ausgezeichnete Kapitänsstand sich auch hierin in den meisten Fällen bewährt und keinen Vorteil sucht, obgleich es bei der nicht hohen Befoldung dieser Herren, bei der

Tatsache, daß im großen Ganzen auch der Stand der Kapitäne herabgesunken ist im Laufe der modernen Entwicklung, menschlich begreiflich wäre. Der Kapitän ist von einem Mitunternehmer, zum Teil Agenten des Kaufmanns, als der er früher in den ausländischen Häfen die Beladung besorgte, gesunken, herabgestiegen zu einem Beamten, er ist nichts als ein nicht sehr gut bezahlter Beamter. Unter diesen Umständen ist nichts näher liegend, als daß der Kapitän die ihm von der Reederei gewährte Befugnis, gegen ein Fixum für den Proviant zu sorgen, dahin auslegt, daß damit eine kleine Aufbesserung seines Gehaltes gemeint sei, und daß das gemeint sei, wird in der Tat von Reedern offen ausgesprochen, wenn auch die Kapitäne es nicht gern zugeben und es gewiß sehr viele gibt, die davon durchaus keinen Gebrauch machen. Die Versuchung liegt aber allzu nahe und es gibt auch unter den Kapitänen Menschen von geringerem moralischen Werte. Es kommt gewiß recht häufig vor — ich muß das als sehr wahrscheinlich bezeichnen —, daß zum Schaden der Schiffsmannschaft der Kapitän ein Geschäft daraus macht, einen Gewinn aus dieser Verproviantierung sich vorzubehalten, und also auch darin, sich mangelhaft zu verproviantieren, zu viel auf einmal einzukaufen, wo er billig einkaufen kann, in der Meinung, es werde wohl für die Fahrt auf so und so lange ausreichen, wobei sich oft herausstellt, daß die Beschaffenheit nicht der Zubereitung, sondern der Materialien zu den schwersten Klagen Veranlassung gibt. Ich habe es in meinem Bericht hervorgehoben, daß die schwersten Klagen in Flensburg nicht aus dem Kreise der eigentlichen Seeleute, die den eigentlichen Gegenstand unserer Untersuchung bilden, sondern ganz speziell aus dem Stande der Maschinisten kommen, die doch nicht nach demselben Satze, sondern zu einem etwas erhöhten Satze wie die Seeleute gerechnet werden, nämlich zu Mark 1.50 gegenüber Mark 1.20 bei den Seeleuten. Diese Klagen haben sogar zu einem Streik der Maschinisten in Flensburg vor einigen Jahren Veranlassung gegeben und die Klagen sind seitdem verstummt. Ich glaube allerdings, daß diese Klagen auch von den Maschinisten oft mit Unrecht verallgemeinert werden. Immerhin handelt es sich doch um eine ziemlich hohe Zahl von Fällen, in denen diese Übelstände zu Tage getreten sind.

Wenn also auch in bezug auf den Geldlohn in den letzten Jahren eine wesentliche Erhöhung erzielt worden ist, die sich auch in den Ostseehäfen hat erhalten können und zwar, wie es scheint, hauptsächlich dank der jetzt bestehenden Organisation der Seeleute, so sind und bleiben die Verhältnisse doch unbefriedigend. Ich will damit nicht sagen, daß sie von heute auf morgen verbessert werden können. Ich will nicht den Antrag stellen, daß die Reeder die Heuern erhöhen sollen unter den jetzigen für sie selber

schlechten Konjunkturverhältnissen; aber die Tatsache ist schon von meinem Herrn Vorredner bezeichnet worden: es besteht der bedauerliche Zustand, daß die Lebenslage der Seeleute nicht ausreicht, um eine Familie zu begründen. Es gibt zahlreiche Seeleute, die in dem Alter, in dem der gewöhnliche Arbeiter verheiratet ist, nicht verheiratet sind, und zwar wirken dabei natürlich die Umstände des Berufes mit, die aber bei dem Ostseeverkehr, wo die Leute häufig in den Heimathafen kommen, nicht so gravierend sind. Die Hauptursache liegt in der Unzulänglichkeit ihrer gesamten Lebenslage. Dagegen wird eine Versorgung von Witwen und Waisen selbstverständlich nicht helfen, wo diese eben nicht vorhanden sind, weil von Matrosen nur 18 % verheiratet sind, von Vollmatrosen, die einige 20 Jahre alt und zu einem großen Teile erheblich älter sind.

Daß unter diesen Umständen bei den vielfach begründeten Klagen über Kost und Logis, wozu noch vielfach begründete Klagen über schlechte Behandlung kommen, Klagen, die im ganzen Schiffsdienst begründet sind, wo beim Zusammenleben im engen Raume Konflikte zwischen Vorgesetzten und Untergebenen unvermeidlich sind, daß unter diesen Umständen eine starke Agitation stattfindet, daß vielfach in leidenschaftlicher Weise sich die Klagen geltend machen, darüber dürfen wir uns nicht allzusehr verwundern und wir dürfen die Sache nicht allzu tragisch nehmen. Der Herr Vorredner hat in einer sehr accentuierten Weise die Leitung des Seemannsverbandes, die zugleich die Leitung des allgemeinen Seemannsverbandes für Deutschland ist, als eine schlechte bezeichnet. In den einzelnen Punkten, wo der Herr Vorredner die Angriffe gegen den Verein für Socialpolitik zurückgewiesen hat, war er vollkommen im Rechte, und ich unterschreibe jedes Wort, das er gesagt hat. Auch im übrigen billige ich die Sprache, die häufig in der Verbandszeitung geführt wird, nicht. Ich muß allerdings einige mildernde Umstände dabei geltend machen. Zum guten Teil liegt diese leidenschaftliche Sprache offenbar an einer einzigen Person, die in der Hauptsache diese Angelegenheit in Händen hat. Ich will diese Person nicht verteidigen, aber die Sprache, die er führt — das will ich im Vorbeigehen sagen — ist zwar nicht gerechtfertigt, sie ist aber fast eine sanfte Sprache zu nennen gegenüber der, die häufig in anderen Polemiken, z. B. unter Gelehrten gebraucht wird. Wie hat unser Martin Luther gegen den Antichrist, den Papst geeifert, der schlimmer sei als der Teufel und seine Großmutter. Was Luther frei stand, steht freilich Herrn Paul Müller deshalb nicht auch frei. Aber ich meine, wir dürfen in dieser Beziehung auch nicht allzu scharf urteilen. Es ist immerhin ein gutes Zeichen für den Geist, der in der organisierten Seemannschaft herrscht, daß gerade in deren engstem Kreise,

im Vorstande, die Sprache, die in der Zeitung geführt wird, am allerschärfsten kritisiert wird. In jeder Generalversammlung des Seemannsverbandes gibt es sehr starke Angriffe und auch hier wird eine sehr deutliche derbe Sprache gegen den Vorsitzenden des Verbandes von seinen eigenen Mitarbeitern geführt. Im allgemeinen halte ich diese Kritik, die aus dem Innern kommt, für wirkungsvoller, und ich bin überzeugt, daß man ihr mehr Erfolg zuschreiben kann, als wenn wir hier von unserem Podium aus solche Angriffe geltend machen, zumal, wie von meinem Herrn Vorredner mit Recht beklagt ist, die Leute hier nicht vertreten sind und daher ganz außer Stande sind, sich selbst zu verteidigen. Es wird gesagt, das sei ihre Schuld. Ja, das wird wohl mit Recht gesagt. Indessen möchte ich sie in dieser Beziehung wieder in Schutz nehmen. Es ist im allgemeinen keine sehr angenehme und dankbare Rolle für einen Arbeitervertreter, in einen Kreis, der aus ganz anderen Elementen zusammengesetzt ist, in einen überwiegend Gelehrtenkreis einzutreten und hier seine Sache zu führen; er wird selten dabei einen guten Erfolg haben. Entweder ist der betreffende Mann verlegen oder schüchtern — das kann sich sehr leicht einstellen (Zuruf: Müller?! Heiterkeit) —, dann wird er eben verlorenes Spiel haben. Es gibt sehr bescheidene und schüchterne Elemente unter den Arbeiterführern, die nicht gewohnt sind, sich in den Kreisen der besitzenden Klasse zu bewegen. Oder aber der Betreffende glaubt nun, hier so recht auftrumpfen zu müssen, nun recht scharf und energisch vorgehen zu sollen. Das ist ebensowenig dankbar, er wird dabei keinen guten Eindruck machen, und ich glaube, daß es im großen Ganzen ein richtiges Gefühl ist, wenn sie sich dahin aussprechen: wir gehören nicht dahin.

Ich muß nun meinerseits gestehen, daß ich in der Beziehung etwas anders denke als die Tradition des Vereins für Socialpolitik überhaupt. Soweit ich diese sonst so ausgezeichnete Tätigkeit des Vereins für Socialpolitik verfolgt habe, hat die sehr gut intendierte Idee einer Aussprache von beiden Interessenseiten im großen Ganzen wenig Wert. Ich meine, in der Hauptsache muß den Berichten, wenn sie einen richtigen wissenschaftlichen Charakter haben, schon gleichsam eine Verhandlung mit den Interessenten zu Grunde liegen. Der Forscher muß schon als Berichterstatter über den Parteien, außerhalb der Parteien stehen und sie verhören wie ein Richter, um sich auf Grund dessen ein Urteil zu bilden. Diese Aussprache der Parteien in den Verhandlungen, in den Generalversammlungen, meine ich, kann keinen sehr großen Wert haben. Wir sind doch eben gewillt, als Verein und die Mitglieder des Vereins, wenn sie nicht als Referenten bestellt sind, an der Diskussion teilzunehmen, wir wollen doch alle als Un-

parteiische urteilen und wollen uns nicht in den Parteikampf stellen. Es wird also in der Regel, wenn Referenten gestellt sind, von denen der eine den Standpunkt der Unternehmer, der andere den der Arbeitnehmer vertritt, beiden an Sekundanten fehlen, an Sekundanten, die durchaus in ihrem Sinne auch parteiisch urteilen und parteiisch urteilen wollen. Die Festhaltung des rein wissenschaftlichen Charakters ist von verschiedenen Seiten mit Nachdruck betont worden, und ich meine, daß auch diese Verhandlungen in der Hauptsache diesen Eindruck hinterlassen sollten, daß es uns, den Mitgliedern des Vereins für Socialpolitik darum zu tun ist, in erster Linie die Wahrheit zu ermitteln; in zweiter Linie dann allerdings wird es sich gar nicht vermeiden lassen, daß eine, ich will nun nicht sagen, Parteinahme, aber doch eine gewisse Sympathie mit der Arbeiterschaft sich bei Sozialpolitikern geltend macht. Sie folgen dabei nicht bloß Gefühlen allgemein menschlicher Art u. dergl., sondern sie verfolgen dabei ein hohes ausgesprochen politisches Interesse, und das politische Interesse ist eben die Hebung des Arbeiterstandes in seiner modernen Gestalt, in dieser modernen Gestalt, die eben die Seemannschaft mehr und mehr erst angenommen hat, die sie eben durch den vervollkommenen Dampferbetrieb annimmt. Ich glaube, daß unsere Forschungen ergeben haben, daß gerade die Seemannschaft doch eine Kategorie von Arbeitern ist, die der energischen Hilfe zur Erreichung des Zieles, das sie selber verfolgen, ihre materielle Hebung in erster Linie, ihre sittliche und kulturelle Hebung in zweiter und dritter Linie, bedarf, daß dieses Ziel von seiten der Männer der Wissenschaft in der nachdrücklichsten Weise unterstützt werden muß.

(Beifall.)

Direktor Schauseil (Hamburg): Meine verehrten Herren! Gestatten Sie mir zunächst, ganz kurz auf einen Punkt des ausgezeichneten Referats des Herrn Prof. Dr. Franke etwas näher einzugehen. Der Herr Referent hat die Durchschnittsheuern in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen, welche die Grundlage für die auf Grund des Seeunfallversicherungsgesetzes festzusetzenden Renten bilden, und hat deren Höhe bemängelt. Der Grund hierfür liegt hauptsächlich in den gesetzlichen Bestimmungen, nämlich darin, daß die Durchschnittsheuern immer für eine Periode von fünf Jahren, und zwar einheitlich für die gesamte deutsche Küste Geltung haben und daher Erhöhungen, welche die wirklich gezahlten Heuern während dieser Perioden erfahren, keine Berücksichtigung finden können. Ich kann aber mitteilen, daß gegenwärtig im Reichsamt des Innern Verhandlungen schweben, die dem Abschluß bereits nahe sind, und die eine neue Festsetzung der Heuern

herbeiführen werden. Die Durchschnittssätze werden ganz wesentlich steigen. Es wird außerdem eine anderweitige Gruppierung der einzelnen Klassen der Schiffsmannschaft erfolgen, die auf unsern Antrag vorgenommen und die ganz erhebliche Vorteile für die Seeleute im Gefolge haben wird. Die Durchschnittsheuer für Vollmatrosen wird voraussichtlich auf 60—65 Mark normiert werden. Das sind Sätze, die stellenweise, insbesondere in den Ostseehäfen, an effektiven Heuern überhaupt nicht bezahlt werden. Für die Seeberufsgenossenschaft werden die in Aussicht genommenen neuen Durchschnittsheuern eine Erhöhung ihrer Lasten um 200 000 Mark pro Jahr bedeuten.

In der Hauptsache habe ich mich zum Wort gemeldet, um einige wenige Punkte der unseren Beratungen als Grundlage dienenden vorbereitenden Abhandlungen etwas näher zu beleuchten. Ich greife in dieser Beziehung zunächst die auf S 547 des zweiten Bandes vorliegende Behauptung heraus, daß die Hilfe, die dem kranken oder verletzten Seemann durch Laien geleistet werde, in den meisten Fällen nicht als eine sachgemäße anzusehen sei. Meine verehrten Herren! Diese Behauptung, die einen Vorwurf gegen Kapitäne und Offiziere involviert, kann ich in dieser Allgemeinheit nicht als zutreffend anerkennen. Wir haben in der Seeberufsgenossenschaft gerade die gegenteilige Erfahrung gemacht, und mir persönlich ist von hervorragenden Chirurgen und besonders von den Leitern der Bremer und Hamburger Krankenhäuser bekundet worden, daß die Art der Behandlung, welche Kapitäne und Offiziere verletzten Seeleuten zu teil werden lassen, die Weise, mit der selbst schwierige chirurgische Operationen ausgeführt werden, in der Mehrzahl der Fälle eine durchaus sachgemäße, ja stellenweise sehr lobenswerte ist. Ich bin in der glücklichen Lage, den Beweis hierfür durch einige Zahlen zu erbringen. Waren doch von den 25 788 Verletzungen, welche bis zum 1. Januar 1903 bei der Seeberufsgenossenschaft zur Anmeldung gelangt sind, 22 559 oder nahezu 88 % vor Ablauf der Karenzzeit wieder geheilt, ein Erfolg, den außer uns nur noch zwei Berufs-genossenschaften aufzuweisen haben, und der um so erstaunlicher ist, als bei den anderen Genossenschaften fast stets ärztliche Hilfe zur Stelle und die Unterbringung in Krankenhäusern möglich ist, während dem gegenüber verletzte Seeleute wochen-, ja oft monatelang auf die Hilfe angewiesen sind, die ihr Kapitän, ihre Offiziere ihnen zu teil werden lassen können. Mängel haben gewiß auf diesem Gebiet auch zuweilen vorgelegen, aber wir sind bestrebt gewesen, auch hierin Abhilfe zu schaffen. Es wird Ihnen vielleicht bekannt sein, daß auf allen größeren Navigationschulen Kurse eingerichtet sind, in denen Unterricht in der ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen erteilt wird. Wir

haben nun, um diese fakultativen Kurse noch erfolgreicher zu gestalten, in unsere neuen Unfallverhütungsvorschriften eine Bestimmung aufgenommen, daß auf jedem Schiffe, das einen Schiffsarzt nicht an Bord führt, entweder der Kapitän oder einer der Offiziere ein Zeugnis über eine amtlich bewirkte erfolgreiche Prüfung in der Gesundheitspflege besitzen muß.

Der zweite Punkt, worauf ich näher eingehen möchte, ist bereits von Herrn Krogmann hervorgehoben worden. Ich habe in den vorbereitenden Abhandlungen wiederholt Zitate über angebliche mangelhafte Ausrüstung der Schiffe, über angeblich nicht befolgte Unfallverhütungsvorschriften gefunden und zwar mit der Bemerkung, diese Behauptungen seien in der Öffentlichkeit nicht widerlegt worden und seien deshalb als wahr anzusehen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Herr Krogmann hat Ihnen schon gesagt, daß wir uns bemühen, alle zu unserer Kenntnis gelangenden Einzelfälle sehr genau nachzuprüfen. Wir lassen uns allerdings nicht in Preßpolemiken ein, sondern berichten über das Resultat unserer Untersuchungen an die Reichsregierung. Wir sind deshalb auch unter anderm in der Lage gewesen, auf den in den Abhandlungen wiederholt zitierten „Rotschrei der seemannischen Bevölkerung Deutschlands“ drei Tage nach der Einreichung dieses Rotschreies beim Reichstage den Mitgliedern dieser Körperschaft eine Erwiderung zuzustellen, worin wir den Beweis führten, daß die meisten Behauptungen des Rotschreies nicht zutreffend waren. Sie werden es bei dieser Sachlage verstehen, daß infolge dessen auch der größte Teil der Zitate der vorbereitenden Abhandlungen nicht zutreffend ist und die aus ihnen gezogenen Schlußfolgerungen nicht richtig sind. Ich könnte das an einer ganzen Reihe von Beispielen vorführen, will aber, um Sie nicht zu ermüden, nur drei Beispiele herausgreifen.

Zunächst findet sich auf S. 549 ein Bericht, worin es heißt, daß auf einem Flensburger Dampfer absolut keine Bootsmanöver gemacht worden seien, daß ein Boot, dessen Boden auf einer Reise von London nach Bahia von einem Brecher eingeschlagen war, trotz mehrfachen längeren Aufenthaltes in den südamerikanischen Häfen nicht repariert worden, daß die Ausrüstung der Boote eine äußerst schlechte gewesen sei und die Vorrichtungen zum Aussetzen der Boote nicht funktioniert hätten. Dieser Fall ist auch in dem „Rotschrei“ mit aufgeführt, hat uns insolgedessen Veranlassung gegeben, die Sache eingehend zu untersuchen, und ich darf mir wohl gestatten, ganz kurz das mitzuteilen, was uns zunächst die Reederei geschrieben hat.

„Gemäß § 10 der Unfallverhütungsvorschriften für Dampfer muß der Gesamtbootraumgehalt unter Anrechnung von 0,285 cbm für jede erwachsene Person für alle an Bord befindlichen Personen ausreichen, wonach

für eine Mannschaft von 18 Mann, die S. S. „Merkur“ hatte, 5,13 cbm nötig waren. Nach § 16 der genannten Vorschriften gilt als Raumgehalt eines Bootes in Kubikmetern das mit 0,6 multiplizierte Produkt seiner in Metern ausgedrückten größten äußeren Länge, äußeren Breite und inneren Tiefe. S. S. „Merkur“ hatte zwei vollständig ausgerüstete Rettungsboote und ein Schiffsboot an Bord, von denen das eine Rettungsboot beschädigt wurde, während das andere unbeschädigte Rettungsboot folgende Dimensionen hatte: 6,40 m \times 2,00 m \times 0,76 m, deren Produkt mit 0,6 multipliziert einen Raumgehalt von 5,8 cbm ergibt, so daß also dies eine Boot vollkommen groß genug war, um vorschriftsmäßig als Rettungsboot für die 18 Mann starke Besatzung zu dienen. Das zweite unbeschädigte Boot hat folgende Dimensionen: 18 \times 5,6 \times 2,3“ und hätte mit leichter Mühe im Notfalle auf See mit den Ausrüstungsgegenständen des beschädigten Rettungsbootes in ein solches umgewandelt werden können. Die Rettungsgegenstände sind vorschriftsmäßig vorhanden gewesen.“

Wir haben außerdem den Kapitän zu einer verantwortlichen Äußerung aufgefordert. Dieser hat daraufhin einen Bericht eingereicht, der von sämtlichen Offizieren unterzeichnet ist. In demselben wird zunächst hervorgehoben, daß die Reparatur des beschädigten Bootes vorgenommen worden sei, sobald sich diese Reparatur habe ermöglichen lassen. Der Bericht sagt sodann weiter wörtlich folgendes:

„Die fernere Behauptung, daß die Boote schlecht ausgerüstet sind und daß der Davit in Swansea festgerostet war, ist eine unwahre Behauptung. Die Riemen waren in den Booten überzählig vorhanden und in gutem Zustand. Die Bootssegel, Kompass, Lampen, Beile liegen direkt neben den Booten im Kartenhaus immer klar zum Gebrauch.“

Der zweite Fall findet sich auf S. 573. Es wird hier die Bemannungsfrage behandelt und heißt es dort wörtlich: „Einzelne schwere Fälle von ungenügender Mannschaft wurden im Herbst 1900 aus Flensburg berichtet. Ein Schiff von 884,46 R.T. war mit nur 1 Matrosen, 4 Leichtmatrosen und Jungen bemannt; ein anderes von 796,48 R.T. war mit 1 Matrosen nebst 3 oder 4 Jungen bemannt.“

Meine Herren! Auch diese Behauptung hat im „Nottschrei“ gestanden. Als wir sie lasen, haben wir uns sofort an die entsprechenden Seemannsämter gewandt und amtliches Material eingefordert. Auf Grund dieses Materials — daselbe liegt der Reichsregierung vor — ergibt sich, daß das erste der angezogenen Schiffe, die „Elektra“, mit ihren 4 Vollmatrosen 1 Leichtmatrosen und 1 Jungen die vorschriftsmäßige Besatzung an Bord hatte. Dem zweiten Schiffe, der „Juno“, fehlte bei ihrem Abgange von

Flensburg allerdings ein Matrose, da ein solcher weder in Flensburg noch von den telegraphisch angefragten Feuerbureaus in Apenrade, Kiel und Hamburg beschafft werden konnte. Die Reederei wies aber die Kapitäne ihrer in Narva liegenden Schiffe „Mars“ und „Pallas“ an, sofort nach dem Eintreffen der „Juno“ einen Mann an dieselbe abzugeben.

Das ist das amtliche Material, wonach die Schiffe vollzählig bemannt waren und nur auf einem hat ein Matrose gefehlt, der im folgenden Hafen sofort besorgt worden ist.

Dann liegt ein sehr markanter Fall vor auf S. 597 unter dem Stichwort: „Mißhandlungen und kein Ende“. Ein Matrose soll an Bord gebracht und von dem Kapitän und dem Steuermann in bestialischer Weise mißhandelt worden sein. Auch hier haben wir nachgeforscht und ich habe hier den Bericht des Kapitäns und sämtlicher Offiziere, der schon im Januar dieses Jahres bei uns eingelaufen ist. In demselben wird der Vorgang wie folgt geschildert:

„Am ersten Abend nach Ankunft des Schiffes in Halmstad sind sämtliche Deckmannschaften an Land gegangen und erst am folgenden Morgen in betrunkenem Zustand zurückgekehrt. Ein Matrose, ein Norweger aus Borsgrund, fehlte und da er bis kurz vor Feierabend nicht an Bord zurückgekehrt war, ließ ihn der Kapitän durch Vermittlung des deutschen Konsuls von der Polizei suchen. Am selben Tage abends wurde der Norweger von der Polizei in betrunkenem Zustande aufgefunden. Er weigerte sich jedoch an Bord zu gehen und da er schon in der vorhergehenden Nacht gelegentlich einer Schlägerei an Land die Polizei tätlich angegriffen hat, so wurde er für die Nacht eingesperrt, um seinen Rausch auszuschlafen und am nächsten Morgen an Bord gebracht zu werden. An Bord angekommen, weigerte der Norweger sich, an die Arbeit zu gehen und war kurz darauf schon wieder total betrunken. Gegen 3 Uhr nachmittags kam er in die Kajüte und verlangte vom Kapitän Kr. 10, um am Lande Einkäufe zu machen. Der Kapitän verweigerte ihm dieses Geld und befahl ihm, sich nach vorn zu begeben, sich auszuschlafen und baldmöglichst seine Arbeit wieder aufzunehmen. Diesem Befehle leistete der Mann nicht Folge, versuchte vielmehr mit Gewalt vom Kapitän Geld zu erlangen und mußte von letzterm schließlich aus der Kajüte herausgebracht werden. Der Kapitän rief darauf dem ersten Steuermann zu, den Norweger von dem Brückendeck vor dem Kartenhaus nach dem Vordeck zu bringen, was auch nur durch Anwendung einer gewissen Gewalt möglich war, da Hansen sich einfach weigerte, das Brückendeck zu verlassen und unter anderem behauptete, er habe als Norweger nicht nötig, die Befehle eines deutschen Kapitäns und

Steuermanns zu befolgen. Die angeblichen Mißhandlungen des Matrosen sind direkt aus der Luft gegriffen.“

Meine Herren! Sie werden mir zugeben müssen, daß durch diesen Bericht der Schiffsleitung der Fall in einem ganz anderen Lichte erscheint. Ich könnte Ihnen nun tatsächlich — ich habe das Material hier bei mir — noch Hunderte derartiger Fälle anführen, die sich bald im „Seemann“, bald im „Notsschrei“ vorfinden, und bei denen ich Ihnen sofort die Unrichtigkeit oder mindestens Ungenauigkeit der Darstellung nachweisen könnte. Ich will aber Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen, zumal ich glaube, das, was ich Ihnen vorgetragen habe, wird allein schon genügen, um wiederum die Wahrheit des Wortes zu bestätigen: „Audiatur et altera pars.“

Gestatten Sie mir nun noch einige Bemerkungen mehr allgemeiner Natur. Es ist gewiß ein sehr erstrebenswertes Ziel, die sozialpolitische Lage der Seeleute zu verbessern, aber diesen Bestrebungen sind Schranken gezogen, die nicht überschritten werden dürfen, wenn man nicht das Fundament, auf welchem die ganze sozialpolitische Lage der Seeleute basiert, einfach von vornherein unterminieren will. Es ist das die Frage, ob und inwieweit unsere Reedereien zur Tragung weiterer sozialpolitischer Lasten in der Lage sind. Und in dieser Beziehung, meine Herren, kann ich Ihnen versichern — ich vermag die Verhältnisse einigermaßen zu überschauen —, ein großer Teil der deutschen Reederei ist an der Grenze des Möglichen angelangt. Unsere kleine Reederei, insbesondere die Ostseeschifffahrt, leidet gegenwärtig unter derartig traurigen Verhältnissen, daß auch eine Mehrbelastung, die sich nur nach Pfennigen beziffert, von ihr nicht mehr ertragen werden kann. Ich bin in der glücklichen Lage, auch hierfür Ihnen einige Belege zu liefern. Ich zitiere Ihnen zunächst einen Herrn aus dem Arbeitnehmerstand, den Vorsitzenden des Stettiner Seeschiffer-Vereins, welcher sich im April dieses Jahres folgendermaßen öffentlich ausgesprochen hat:

„Da die Lage unserer Reedereien, was Lebensfähigkeit anlangt, augenblicklich eine so ernste ist, so muß sich jeder denkende Mensch hüten, noch irgend welche Last auf die Schultern dieser Reedereien zu wälzen. Der Kampf um die Lebenshaltung unserer bestehenden Flotte erscheint uns so ernst, daß wir auch vor der kleinsten Belastung der Reedereien zurückschrecken, wenn dieselbe nicht absolut notwendig ist.“

Ich habe sodann, meine Herren, hier auch einen Notsschrei, den wir vor einigen Jahren bereits der Regierung unterbreitet haben, einen Notsschrei kleinerer Ostseereedereien über die schon jetzt auf ihnen ruhende sozialpolitische Belastung. Es findet sich in demselben eine Reihe von Briefen

kleiner Reeder zusammengestellt und greife ich gleich aus dem ersten folgenden charakteristischen Passus heraus:

„Auszuhalten ist es nicht mehr in Deutschland. Sie (d. i. die Seeberufsgenossenschaft) nähmen uns das Brod weg, das wir kein Brod mehr vor unsere Kinder haben. Meine Herren, ich werde mir an den Kaiser verwenden oder sonst ziehen wir raus aus Deutschland. Sie sollen da man vorsorgen, daß wir nicht mit unsere Schiffe zu Grunde gehen. Dann können wir auch alles anschaffen, auszuhalten ist jetzt nicht mehr, Sie zwiebeln uns zu viel. Die Schiffe, die wir haben sind ganz verschuldet, und verdienen können wir nichts mehr.“

Vor vier Tagen noch hat ein kleiner Reeder sich hilfesuchend an uns gewandt und ich bitte den Brief vorlesen zu dürfen, weil er wirklich charakteristisch ist. Es heißt darin:

„Ew. Hochwohlgeboren möchte ich an dieser Stelle nochmals inständigst ersuchen, einer vermehrten Belastung der kleinen Betriebe nach Möglichkeit vorzubeugen. Soll die Schifffahrt im kleinen Betriebe nicht vollständig zugrunde gehen, so ist es not, daß die sozialpolitischen Abgaben verringert werden. Wer die hiesigen Verhältnisse nicht kennt, kann sich kaum eine Vorstellung davon machen, wie drückend die Belastung der kleinen Schifffahrt durch Abgaben wie Beitrag für Seeunfall- und Krankenversicherung u. s. w. empfunden wird. Das Einkommen steht in gar keinem Verhältnis mehr zu den Ausgaben. Wenn mir z. B. im letzten Jahr ein Einkommen aus meinem Schiffergewerbe von Mk. 700 verblieb und ich davon über 70 Mk. für Versicherung meiner Leute zu entrichten hatte, so ist es gewiß nicht zu verwundern, wenn hier ein jeder der kleinen Reeder sehnfüchtig einer Abhilfe solcher Mißverhältnisse harret. Sollte Ew. Hochwohlgeboren irgend etwas in dieser Sache tun können, so ersuche ich sehr darum. Ich bin 65 Jahr alt und darf wohl daran denken, mein Schiff zu veräußern, würde dann ja schon von selber all der Kalamitäten enthoben sein, meine jungen Kollegen aber können ihren Beruf nicht ohne weiteres aufgeben. Wie sollen wir aber existieren, wenn die Lasten so drückend werden!“

Meine Herren! Das sind Worte, die ganze Bände sprechen und die ganz entschieden dazu auffordern, weises Maß zu halten. Trotz alledem dürfte aber gerade auf sozialpolitischem Gebiete die nächste Zukunft auf dem Wasser liegen. Wie Herr Prof. Franke Ihnen bereits mitgeteilt hat, steht das Zustandekommen der Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherungskasse der Seeberufsgenossenschaft im nächsten Jahre bestimmt bevor. Es wird dann ein sozialpolitischer Zustand erreicht, den kein anderer Beruf und keine andere Nation aufzuweisen hat; denn jede Witwe und jede Waise eines

deutschen Seemanns, mag derselbe nun durch Unfall zugrunde gegangen oder einer inneren Erkrankung erlegen sein, wird alsdann ihre Rente erhalten. Wir gedenken sogar, die Renten, die auf Grund dieser neuen Versicherungskasse zu zahlen sind, und diejenigen Renten, die wir auf Grund des Seeschiffunfallversicherungsgesetzes zur Zeit schon gewähren, auf dieselbe Höhe zu bringen, um hiermit den vielen verbitternden Streitigkeiten darüber, ob es sich um einen Betriebsunfall handelt oder nicht, ein Ende zu machen. Diese Erweiterung der sozialpolitischen Fürsorge ist ein freiwilliges Anerbieten der Reeder. Ich betone das gegenüber Angriffen, die dieserhalb noch in letzter Zeit gegen die Reeder gerichtet worden sind. Es ist unwahr, daß die Reeder, wie im „Seemann“ behauptet worden ist, ein gutes Geschäft mit dieser Kasse machen wollen; die Kasse wird vielmehr weitere Opfer von den Reedern fordern. Aber auch nach anderer Richtung hin wird sich das Zustandekommen dieser Kasse als ein sozialpolitischer Segen erweisen. Wenn wir mit der Invalidenversicherung befaßt sein werden, dann sind wir nicht nur befugt, sondern sogar direkt verpflichtet, auch dem bisher weniger beachteten Gebiet der Verhütung von Krankheiten unsere intensivste Aufmerksamkeit zu schenken. Wir werden infolgedessen eine Untersuchung aller anzumusternden Personen vor der Anmusterung in die Wege leiten. Kranke werden hierdurch von Bord ferngehalten und für die übrige Mannschaft wird die Ansteckungsgefahr verringert. Der Errichtung von Kochschulen zwecks Ausbildung von Schiffsköchen werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit schenken, und werden weiter in Erwägung ziehen, ob es sich nicht durch andere, insbesondere abwechslungsreichere Gestaltung der Speisenrolle für die in langer Fahrt beschäftigten Segelschiffe ermöglichen läßt, die alten Feinde des Seemanns, Skorbut und Beri-Beri wirksam zu bekämpfen. Ich will in dieser Hinsicht Ihre Aufmerksamkeit nicht länger in Anspruch nehmen. Sie werden mir aber zugeben, das alles sind Perspektiven, die auf sozialpolitischem Gebiet nicht nur reiche Arbeit, sondern auch schöne Erfolge versprechen. Sie werden hierin aber außerdem den Beweis dafür erblicken, daß die deutsche Reederei es nicht nötig hat, von außen her einen Anstoß zu sozialpolitischen Maßnahmen zu erhalten. Die deutschen Reeder tun auf sozialpolitischem Gebiete voll und ganz ihre Pflicht und Schuldigkeit; sie setzen ihren Stolz darein auf diesem Gebiete, wie das bisher tatsächlich der Fall gewesen ist und auch vom Reichsversicherungsamt anerkannt worden ist, an der Spitze aller anderen Berufszweige zu marschieren und sie werden diese ihre Pflicht erfüllen, obgleich ihre Schaffensfreude auf sozialpolitischem Gebiet durch unablässige, ebenso gehässige wie unzutreffende Angriffe nicht gerade vermehrt wird.

(Beifall.)

Kapitän Freyer, Vorsitzender des Vereins deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine Hamburg (Hamburg): Sehr geehrte Herren! Es ist mir ein Vergnügen, daß ich die Gelegenheit habe, in der Generalversammlung dieses Vereins das Wort zu ergreifen. Es war allerdings nicht meine Absicht, hier zu sprechen; jedoch sehe ich mich veranlaßt dazu durch die Ausführungen einiger der Herren Vorredner. Im Anschlusse an die Worte der Herren Vorredner erlaube ich mir, einige Zeilen aus dem 2. Bande der 1. Abteilung des Werkes: „Die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter“ zu verlesen. Es heißt darin: „Für die Stellung des Vereins der Kapitäne und Schiffsoffiziere Hamburgs zum Seemannsverbande ist von charakteristischer Bedeutung, daß der erstere das Transportunternehmen des letzteren unterstützt.“

Ich muß gestehen, es ist mir eine völlig dunkle Sache, was damit gemeint sein kann. Unter dem Transportunternehmen ist wahrscheinlich der Effekientransport von Bord oder umgekehrt durch die Beförderungsmittel des Seemannsverbandes gemeint. Was der Verein, dem ich als Vorsitzender anzugehören die Ehre habe, damit zu tun hat, ist mir schleierhaft. Mein Verein hält sich selbst eine Barkasse und befördert damit die Effekten seiner Mitglieder und solcher Personen, die den Wunsch danach aussprechen und Offiziersrang an Bord bekleiden. Inwiefern wir damit die Effektenbeförderung des Seemannsverbandes unterstützen und damit ein Zeichen für unseren Charakter ablegen, ist mir unverständlich.

Ferner steht in dem Buche: „Ferner hat der Offiziersverein während des Streiks der Seeleute im Jahre 1897 zu dem Lohnkampfe öffentlich Stellung zu nehmen mit der Motivierung abgelehnt, daß sonst der Glaube erweckt werden könne, der Verein ergreife Partei gegen die Streikenden, was aber nicht in seiner Absicht läge, als ja auch die Lage der Schiffsoffiziere gewiß keine rosige zu nennen sei.“

Die letzten Worte sind mir erklärlich, meine Herren, und diejenigen von Ihnen, die unsere Organisation kennen, werden zugeben, es ist damit nicht gesagt, daß wir gegen gewisse Kreise Klage führen wollen, wie uns vorgeworfen wird, gegen die Kreise der Reeder. Die Reeder können nichts dafür, es ist unsere eigene Schuld, wenn unsere Lage nicht rosig zu nennen ist. Aber daß wir auf Grund dieser nicht rosigen Lage es abgelehnt haben sollten, gegen die Streikenden Partei zu ergreifen, daß ist eine Behauptung, die mir, einfach gesagt, dunkel erscheint. Wenn sie mir nicht dunkel erschiene, würde sie manchem von uns Anlaß geben, andere Schritte zu ergreifen. Wir beschränken uns darauf anzunehmen, daß sie auf falscher Beurteilung beruht.

Ferner sehe ich mich veranlaßt hier zu sprechen durch die Ausführungen des Herrn Prof. Tönnies. Dieser sagte, es erscheine ihm als eine gewisse Ungerechtigkeit, daß in den Tropen die Mannschaften durch Farbige, Chinesen oder dergleichen in ihrer Arbeit abgelöst würden, daß dagegen die Schiffsoffiziere in ihrem Dienste nicht durch derartige Hilfskräfte abgelöst würden. Von meinem Standpunkte aus und vom Standpunkte von weit über 1000 Kapitänen und Offizieren, die ich hier verrete, ist es wohl ziemlich selbstverständlich, daß eine Vertretung unserer Dienste an Bord durch Chinesen, Neger u. s. w. völlig ausgeschlossen ist. Wir müssen uns energisch dagegen verwahren, daß uns eine Erleichterung im Dienst dadurch zu teil wird, daß wir unseren Dienst Leuten in die Hände drücken, die dazu nicht kompetent sind und es auch nie sein werden.

Sodann muß ich zurückkommen auf die Worte, die der Korreferent, Herr Polis, ausgeführt hat. Herr Kapitän Polis sprach von dem Dreiwachensystem und bemerkte sehr richtig, was auch wir zugeben müssen und nicht bestreiten können, daß von dem finanziellen Standpunkt des Reeders aus die obligatorische Einführung des Dreiwachensystems kolossal schwierig ist. Ferner sprach er davon, daß die Einführung der drei Wachen auf große Hindernisse stoßen würde, da man genötigt sein würde, jüngere Offiziere zu selbständiger Übernahme einer Wache auf See heranzuziehen. Wie ich schon sagte, der finanzielle Standpunkt ist selbstverständlich der Standpunkt des Reeders. Wir erkennen an, daß er große Schwierigkeiten bietet. Es ist aber ausgeschlossen meines Erachtens, daß wir nur deshalb unseren Standpunkt fallen lassen. Wie Herr Polis selbst zugegeben hat, ist das Doppelte-Wache-gehen bei der heutigen, modernen Seeschifffahrt eine äußerst große Anstrengung der physischen und geistigen Kräfte des Offiziers. Damit gibt er zu, daß die Sache abänderungsbedürftig ist. Nur den finanziellen Standpunkt als Hinderungsgrund für die Abänderung dieses Zweiwachensystems ins Feld zu führen, dürfte insolge dessen nicht angebracht sein. Der andere Punkt, daß jüngere Offiziere mit der selbständigen Übernahme der Wache betraut werden müßten, ist doch hinfällig. Erstens gibt es unzählige deutsche Schiffsoffiziere, die, frisch von den Navigationschulen kommend, direkt zur See gehen und die Wache übernehmen. Allerdings kann ich zur Ehre unserer Kapitäne wohl sagen, daß sie auf See es für ihre selbstverständliche Pflicht halten, diesen jungen, unerfahrenen Offizieren zur Seite zu stehen und in Gewässern, wo sie Gefahr anrichten könnten, die Wache selbst für einige Zeit zu übernehmen. Ferner sind auch viele unter diesen neuen und unerfahrenen Offizieren, die außerordentlich befähigt dazu sind, die sich in kürzester Zeit die Fähigkeit erwerben, die ein Wachoffizier

haben muß. Bleibt man am alten Grundsatz kleben, daß ein junger Schiffsoffizier keine Wache übernimmt, so bleibt es immer daselbe: er bekommt schließlich eine Wache, hat aber nie gelernt, Wache zu gehen; so ist er dann trotzdem neu in der Sache und unbeholfen und muß sich erst die Eigenschaften angewöhnen, die ein erfahrener Offizier haben muß. Mit mehr Geschicklichkeit und Anpassungsvermögen wird er sich diese Eigenschaften angewöhnen, wenn er als junger Offizier dazu kommt. Das ist der Standpunkt meines Vereins.

Nun komme ich zu den Worten, die Herr Kapitän Schrödter namens seines Vereins, des Vereins der deutschen Seeschiffer hier gesprochen hat. Er sprach davon, daß unsere Ansichten, d. h. die Ansichten meines Vereins, der sich zusammensetzt aus deutschen Kapitänen und Schiffsoffizieren, etwas abweicht von den Ansichten, die die deutschen Kapitäne als Stand für sich zu vertreten hätten. Es handelt sich hier um den Wunsch einer staatlichen Beaufsichtigung der Schifffahrt. Es ist wohl ohne Zweifel ein *testimonium paupertatis*, wenn wir sagen, wir wünschen eine staatliche Beaufsichtigung. Wir würden diese auch nicht wünschen, wenn wir auf der Höhe der Zeit wären, wenn wir ein Stand wären, wie er wahrscheinlich noch einmal sein wird. Es ist ein *testimonium paupertatis*, daß die Interessen der Kapitäne so sehr von den Interessen der Schiffsoffiziere abweichen. Das kommt vielleicht davon, daß die Kapitäne heutzutage aus einer anderen Periode, aus anderen Gesellschaftsklassen stammen, weil sie älter sind. Die jüngeren Offiziere rekrutieren sich aus allen Gesellschaftskreisen. Dadurch entsteht schon ein Unterschied in den Interessen. Der Stand hat keine Einheit, er ist zersplittert. Wenn dieser Stand aus Leuten mit gleicher Vorbildung, gleichen Ansprüchen, gleichen Vorkenntnissen sich rekrutierte, würde er keine Staatshilfe verlangen, würde er selbst imstande sein, seinen Wünschen Geltung zu verschaffen, selbst eine Behörde einzurichten, wie es die Reederkreise getan haben durch die Seeverbände. Aus diesem Grunde kann ich den Worten des Herrn Kapitän Schroedter auch nicht im Namen meines Vereins beistimmen, sondern muß ihnen widersprechen. Wir streben an mit einer staatlichen Beaufsichtigung die Durchführung unserer Wünsche, wozu nicht zum wenigsten gehört die Einführung des Dreiwachensystems, weil wir augenblicklich nicht imstande sind, unsere Forderungen selbst durchzuführen und so zu vertreten, um das, was wir wünschen, zu erreichen.

Es ist jedenfalls trotzdem die Tatsache bedauerlich und unbestreitbar, daß unsere Interessen, die Interessen des Vereins deutscher Seeschiffer und die des Vereins deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere, auseinandergehen. In jüngster Zeit ist dort sogar die Meinung geäußert worden, das Drei-

wachensystem sei ungeeignet und würde zu Unzufriedenheit und Unzuträglichkeiten führen, weil der betreffende Schiffsoffizier mehr freie Zeit genießt und nicht mehr wissen würde, was er in seiner freien Zeit anfangen sollte. Sieht man von all diesen Ansichten ab, so ist es nicht unerklärlich, daß der Stand so getrennt ist. Im Namen meines Vereins habe ich dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß durch Verbesserungen in der Ausbildung und andere von einsichtsvollen Reedern angestrebte Verbesserungen der Stand zu der Höhe kommt, daß es für den Schiffsoffizier stets eine Ehre sein wird zu sagen, er gehöre dem Schiffsoffiziersstande an, und daß er es nicht für erforderlich hält zu betonen, er habe den Stand der Schiffsoffiziere verlassen und sich dem Stande der Kapitäne angeschlossen.

(Beifall.)

Direktor Dr. Böhmert (Bremen): Meine Herren! Ich bin leider von den Referenten des Vereins für Socialpolitik, die bis jetzt zu Worte gekommen sind, derjenige, der das längste Referat erstattet hat. Aber ich will Sie sogleich dahin beruhigen, daß ich mich gerade deshalb in meinen mündlichen Ausführungen um so kürzer fassen kann. Ich bin hierher gekommen, nicht um Reden zu halten, sondern um aus der Diskussion selbst etwas zu lernen. Auch bin ich selbst in der Besprechung nicht angegriffen worden. Ich kann also kurz sein und will zunächst nur quittieren über die verhältnismäßig gute Note, die uns laienhaften Mitarbeitern von dem Herrn Vorsitzenden der Seeberufsgenossenschaft ausgestellt worden ist.

Gestatten Sie mir zunächst eine persönliche Bemerkung. Herr Dr. Hefschler hat sich über das mangelnde Entgegenkommen, das er auf seiten der Hamburger Reeder und auf seiten der hiesigen Handelskammer gefunden hat, in sehr scharfer Weise beklagen müssen. Es ist mir ein Bedürfnis, hier festzustellen, daß ich in Bremen überall auf das größte Entgegenkommen gestoßen bin, sowohl bei den Reedern wie bei der Handelskammer (Bravo!), und ich erlaube mir an dieser Stelle meinen verbindlichsten Dank dafür auszusprechen. Ich will keineswegs Bremen auf Kosten Hamburgs herausstreichen, glaubte aber doch, das hier konstatieren zu müssen.

Als früherer Jurist möchte ich hauptsächlich zu einigen mir näher liegenden Punkten einige Worte bemerken. Ich muß zunächst hervorheben, daß die Seemannsordnung wohl nicht allen berechtigten Wünschen der Seeleute gerecht geworden ist. Wir müssen wünschen, daß das, was geleistet werden kann und noch fehlt, ihnen bald gewährt wird. Zu diesen Forderungen rechne ich, um einiges hier ganz kurz anzuführen, die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf 26 Wochen, ferner das Recht auf unbedingte

Repatriierung, daß also der Seemann an den Ort zurückgeführt werden muß, von dem aus er angemustert worden ist. Diese berechnigte Forderung ist nicht allgemein durchgeführt. Auch in Deutschland besteht jetzt noch der Zustand, daß der Seemann unter Umständen auf seine Kosten nach seiner Heimat zurückkehren muß. Dies ist besonders zu bedauern, wenn er Familie hat, was leider nicht sehr häufig der Fall ist. Die Effektenversicherung muß auf Kosten der Reeder obligatorisch eingeführt werden. Die meisten Reedereien haben sie an der Weser auch bereits eingeführt. Der Seemann vertraut sein wertvolles und für ihn absolut notwendiges Handwerkzeug gewissermaßen dem Schiffe des Reeders an und hat dadurch ein Unrecht darauf, daß er gegen den schweren Verlust geschützt werde. Noch auf einen anderen Punkt muß ich hier zurückkommen, auf die Unterbringung der Seeleute. Ich gebe ohne weiteres zu — darauf haben mich alle meine Untersuchungen hingeführt —, daß in den kleinen Schiffen, in Dampfern sowohl wie Seglern, ganz bedeutende Verbesserungen eingetreten sind; aber diese Verbesserungen haben einer Verschlechterung Platz gemacht auf den großen Passagierdampfern. Wer sich die Unterbringung der Heizer, Stewards usw. hier ansieht, muß zugeben, daß Bedenken besonders in gesundheitlicher Beziehung vorliegen. Wir müssen die Reeder dringend auffordern, auf diesem Gebiete bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit mit Verbesserungen vorzugehen.

Ich bin Herrn Dr. Heckscher für die schönen Ausführungen, die er über die Seeschöffengerichte gemacht hat, dankbar. Seine Ansichten decken sich mit den meinigen. Dasselbe Bedürfnis, das der Seemann für eine prompte sichere Straffjustiz hat, besteht aber auch für die Ziviljustiz. Wenn der Seemann z. B. jetzt Klage erheben will wegen der Art, wie ihm sein Lohn gezahlt wird, so steht ihm nur der Weg offen, sich an das Gericht zu wenden. Hier kommt dann genau derselbe Fall, wie ihn Herr Dr. Heckscher dargelegt hat. Der Seemann kann wegen der paar Groschen, um die es sich häufig handeln wird, unmöglich eine Chance aufgeben und an Ort und Stelle bleiben, um seinen Prozeß durchzuführen. Die Folge ist, daß er sein vermeintliches Unrecht einsteckt und daß dadurch nutzlose Erbitterung erzeugt wird. Ich habe das auch in meinem Referat ausgeführt. Es würde im eigenen Interesse des Reeders liegen, wenn diese Quelle des Mißvergnügens verstopft würde.

Nun noch einige Worte über das Reichsschiffahrtsamt. In meinem Referat habe ich bereits angeführt, daß die Entwicklung über kurz oder lang ein solches Amt bringen wird, und ich muß gestehen, daß ich durch das, was gegen eine solche Reichsbehörde eingewendet worden ist, mich nicht eines anderen habe überzeugen können. Ich möchte darauf hinweisen, daß jetzt

schon ein Anfaß zu einem solchen Amt in dem Kommissar für das Auswanderungswesen besteht. Es kann nach meiner Ansicht nichts Ernstliches dagegen eingewendet werden, daß ein solcher Kommissar auch für die anderen Schiffe eingerichtet wird. Wir dürfen nicht vergessen, daß in den gewerblichen Betrieben am Lande der Gewerbeinspektor und die Polizei einschreiten können. Die Seeberufsgenossenschaft dagegen ist gewissermaßen Angeklagter, Kläger und Richter in einer Person. Die Beamten, durch die die Seeberufsgenossenschaft die Anlage vertreten läßt, sind durchweg abhängig. Ich glaube, daß entschieden gewisse Bedenken gegen ein solches Verfahren vorliegen, denn ich bin gewohnt, mit der Unvollkommenheit der menschlichen Natur zu rechnen. Daran ändert es nichts, daß die Seeberufsgenossenschaft, was ich anerkenne, die allergrößten Verdienste um die Ausbildung der Sicherheit im Schifffahrtsbetriebe hat.

In diesem Zusammenhang will ich noch auf zwei Punkte aufmerksam machen. Es ist in sehr scharfen Worten von seiten des Herrn Dr. Gedtscher über die Vertretung der Seeleute gesprochen worden. Ich möchte gerade wünschen, daß wir, wenn, was der Fall zu sein scheint, die Seeberufsgenossenschaft in der jetzigen Form beibehalten wird — denn die Reichsregierung scheint vorläufig nicht die Absicht zu haben, zu einem weiteren Ausbau der Reichsämtler zu schreiten — daß wir dann gerade in Anbetracht der Unvollkommenheit der menschlichen Einrichtungen der Kritik möglichst viel Spielraum lassen. Man sollte nicht allzu nervös werden, wenn die Kritik der Arbeiter sich in einer Weise bemerkbar macht, die uns unbequem erscheint. Ich unterschreibe manches, was gesagt worden ist, möchte aber darauf hinweisen, daß gerade das Organ „Der Seemann“ sich in der letzten Zeit wesentlich in seinem Tone gebessert hat.

Dann möchte ich noch einem anderen Gedanken Ausdruck geben. Es würde sich vielleicht empfehlen, wenn die Seeberufsgenossenschaft die Strafen, die sie verhängt hat, veröffentlicht. Dadurch würde auch die Öffentlichkeit beruhigt werden über die Tätigkeit, die die Seeberufsgenossenschaft auf diesem Gebiete leistet.

Meine Herren! Ich habe die Arbeit mit großen Bedenken übernommen, weil ich mir sagen mußte, daß ich selbst Laie sei und mir kaum ein Urteil über viele der aufgeworfenen Fragen gestatten könne, zumal sich die Anschauungen der Needer und Seeleute so schroff gegenüberstehen. Aber ich leide an einem unverwundlichen Optimismus und ich hoffe, daß wir doch schließlich zu einer Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelangen können und müssen. In dieser Überzeugung bin ich gerade bei

dieser Arbeit bekräftigt worden und deshalb kann ich sagen, daß mir diese Arbeit Freude gemacht hat.

(Beifall.)

Seemannspastor Thun (Leith=Schottland): Meine sehr geehrten Herren! Gestatten Sie auch einem Berufsarbeiter der deutschen evangelischen Seemannsmission einige kurze Bemerkungen zu den gehaltenen Referaten. Ich möchte zunächst das Bedauern teilen, dem Herr Dr. Heckscher Ausdruck gegeben hat, daß es nicht gelungen ist, einen Arbeiter zu einem Referat zu veranlassen. Ich bin der festen Überzeugung, daß das Bild auch in mancher Beziehung ein anderes geworden wäre und auch der Eindruck, den Sie mitnehmen. In den fast zwei Jahren, in denen ich nun fast täglich auf Schiffen aller Art tätig gewesen bin, vorn im Logis oder hinten in der Kajüte, bei Bootsteuten oder unter den Stewards, habe ich doch den Eindruck gewonnen, daß bei aller Anerkennung der Fortschritte der letzten Jahre es in manchen Punkten immer noch recht schlecht steht. Es sind z. B. die Logisverhältnisse lange nicht überall so wie sie sein müßten; feuchte, dumpfe und enge Räume sind für den Aufenthalt von Menschen nicht nur unwürdig, sondern direkt schädlich; auch die Kost entspricht in vielen Fällen nicht den berechtigten Anforderungen. Es ist z. B. doch nicht zu rechtfertigen, wenn Mannschaften, die nach wochenlanger Seefahrt in den Hafen kommen, nun auch während der ganzen Zeit, wenn sie an Land sind, auf ihrem Schiffe kein frisches Fleisch bekommen, sondern sich mit Konserven begnügen müssen.

Die Sonntagsruhe, gesetzlich festgelegt, ist in der Praxis vielfach illusorisch; den wenigsten Seeleuten kommt sie wirklich zugute. Ich erinnere Sie an die vielen Schiffe, die Woche für Woche am Sonnabend den Hafen verlassen müssen und deren Besatzung infolgedessen nur in wenigen Ausnahmefällen am Sonntag einmal nicht auf See ist; daß Kohlendampfer, die am Sonntagmorgen in den Hafen einlaufen, während des Feiertages gelöscht werden und am Abend wieder in See gehen; von einer Sonntagsruhe für Offiziere und Besatzung kann da natürlich keine Rede sein; aber es ist Notarbeit!

Mit großer Freude haben wir das neue Heuerbasgesetz begrüßt. Traten doch gerade auf diesem Gebiete eine Reihe von Mißständen zu Tage, die den Seeleuten zu großem Nachteil gereichten. Aber es ist doch auch hier wieder ein Punkt, auf den ich gern die Aufmerksamkeit lenken möchte, es ist eine Hintertür offen geblieben; nämlich bei der Verheuerung, der Anstellung der Schiffsjungen. Das ist eine Frage, die nicht nur die seemannische Bevölkerung angeht, sondern weite Kreise Deutschlands, die ihren

Schatten bis tief in den Süden unseres Vaterlandes hineinwirft. Besonders von Hamburg aus wird durch Anzeigen in mittel- und süddeutschen Blättern unter hochtönenden Phrasen wie „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“, „wer Schiffskapitän werden will, muß als Schiffsjunge anfangen“, das Anerbieten gemacht, Knaben als Schiffsjungen unterzubringen; auf eine Anfrage wird dann ein Prospekt versandt mit Preisverzeichnis. Für 3—600 Mark wird vollkommene Ausrüstung, Unterkunft, solange die Jungen am Lande sind, und Unterbringung auf einem Schiff in Aussicht stellt. Nun ist eine allen Anforderungen genügende Ausrüstung, wie mir von sachverständiger Seite gesagt wurde, für 150—200 Mk. zu haben; die Feuergebühr beträgt für Schiffsjungen 3 Mk., wovon die Hälfte noch die Reeder zu zahlen haben; die Gebühr, die der Herr Vermittler für sich in Anspruch nimmt, ist also recht bedeutend. Das Schlimmste ist aber, daß die Jungen hier nach Hamburg gelockt werden, um dann oft weiter ins Ausland geschafft und damit dem Schutze des deutschen Gesetzes entnommen zu werden. Vor allem Liverpool ist der Hafen, wohin die jungen Leute verschickt werden und wo sie dann der Gnade eines Helfershelfers oft auf Wochen überliefert sind, ohne ein Gegengewicht zu haben, und dadurch in die größten Gefahren des Leibes und der Seele geraten. Diese Vermittler schädigen einmal den Geldbeutel der Eltern; sodann aber auch das Vaterland, denn eine ganze Anzahl der Jungen geht verloren, oder entzieht sich der Wehrpflicht und kehrt nicht wieder ins Elternhaus zurück; sie schädigen vor allem die Jungen selbst, die den mit langem Müßiggang verbundenen Versuchungen der großen Hafenstädte nur zu leicht unterliegen, oder bisweilen an Bord Willkür und rohe Behandlung, wenn nicht Schlimmeres, einfach ertragen müssen. Eine Reihe von Fällen ist außerdem zu unserer Kenntnis gekommen, wo die Knaben für ihr vieles Geld nicht einmal auf erstklassige, sondern auf durchaus minderwertige Schiffe fremder Nationen verkauft wurden.

Durch die Seemannsordnung ist die Krankenversicherung weiter ausgedehnt worden. Zweifellos ist den Reedern dadurch wieder eine große neue Last auferlegt worden, vor allem den kleinen Reedern. Diese klagen oft sehr über die Ausgaben, die dieses Gesetz von ihnen fordert. Besonders ein Paragraph ist es, gegen den sie sich als einen ungerechten wenden, nach dem sie auch die Behandlung der Geschlechtskranken zu tragen haben. Das mag geschehen sein, um Ansteckungen zu verhindern und der Vertuschung entgegenzuarbeiten; nach meinen bisherigen Erfahrungen kommt aber der Paragraph in erster Linie den Leichtsinrigen und Lumpen zugute. (Widerspruch.)

Herr Professor Franke hat auch auf die Wohlfahrtseinrichtungen der Seemannsmission hingewiesen. Ich möchte dazu bemerken, daß wir jetzt in

100 Häfen in irgend einer Weise Fürsorge getroffen haben; in Großbritannien sind allein 18 Stationen mit 13 Arbeitern im Hauptamt. Wenn unser Ziel auch ein anderes ist als das des Vereins für Socialpolitik, nämlich die kirchliche Versorgung der deutschen Seeleute im In- und Auslande, so greift doch wohl auf keinem Gebiete der Inneren Mission die soziale Seite so in die ganze Arbeit ein wie bei der Seemannsmission. Wir haben z. B. Rochschulen eingerichtet, um die Verpflegung der Seeleute zu verbessern; wir veranstalten Kurse, um die Krankenpflege zu lehren; wir versehen die Schiffe mit Lesestoff; unser Heuerbureau in Geestmünde bedient über 50 Fischdampfer. Im vergangenen Jahr wurden etwa 250 000 Mk. als Spareinlagen angenommen oder nach Hause gesandt; in unseren 26 Seemannsheimen wohnten 1902 über 6000 Seeleute an ca. 50 000 Logistagen.

Aus alledem werden Sie den Eindruck gewinnen, daß unsere Arbeit auch auf sozialem Gebiete nicht ganz umsonst sein wird. Es liegt im übrigen in ihrer Natur, daß sie nicht an Zahlen zu messen ist; daß sie aber nicht vergeblich ist, dürfen wir immer wieder erfahren. Und auch Sie, meine Herren, werden mit uns der Überzeugung sein, daß eine soziale Hebung wertlos ist, wenn nicht eine innere Gesundung des Menschen damit Hand in Hand geht. Auch für diese, die eigentliche, die innere Seite unserer großen Arbeit, möchte ich um Ihr Interesse und Ihre Unterstützung bitten. Die Seemannsmission ist ein vaterländisches Werk christlicher Liebe zur Hebung, Bewahrung und Förderung unseres tüchtigen deutschen Seemannsstandes!

(Beifall.)

Physikus Dr. Nocht (Hamburg): Meine Herren! Ich möchte mich zuerst mit den Ausführungen des Herrn Vorredners beschäftigen. Ich glaube, daß die Mehrzahl der hier anwesenden Herren nicht mit dem Vorredner darin übereinstimmt, daß die neue Bestimmung, nach der auch die an geschlechtlichen Krankheiten leidenden Seeleute der geschlechtlichen Krankenfürsorge durch die Reeder teilhaftig werden, eine schlechte Maßregel ist. Wir haben großen Schaden an unserem Volkswohl dadurch erlitten, daß wir bisher die Augen vor diesen Dingen verschlossen haben, und überall beginnt die Überzeugung sich Bahn zu brechen, daß man diese Schäden durch ernsthafte Maßregeln und nicht bloß mit Moralpredigten bekämpfen muß. Gerade für die Seeleute ist dies von außerordentlicher Wichtigkeit. Das bisherige System hat vielfach dazu geführt, daß die geschlechtskranken Seeleute ihr Leiden an Bord verheimlichten, sich nicht behandeln ließen. Diese vernachlässigten Fälle führten oft zu den schwersten Krankheitszuständen und wurden

bei dem engen Zusammenleben an Bord auch den gesunden Kameraden, die mit den Kranken denselben engen Wohnraum, dieselbe Waschgelegenheit u. s. w. teilen mußten, gefährlich. Es ist ein großes Verdienst des verstorbenen Vorsitzenden der Seeberufsgenossenschaft, des Herrn Laeisz, daß er zuerst dafür gewirkt und es auch durchgesetzt hat, daß in der neuen Seemannsordnung die Krankenfürsorge auch auf die geschlechtskranken Seeleute ausgedehnt worden ist.

Ich möchte dann nur noch einige kurze Worte Herrn Direktor Schauseil erwidern auf seine Bemerkungen über die Krankenpflege im allgemeinen. Sie haben ja eben gesehen, daß ich — und ich möchte es hier nochmals aussprechen — der letzte bin, der den Bestrebungen der Seeberufsgenossenschaft in bezug auf die Absicht, die Krankenpflege immer weiter auszudehnen und immer besser einzurichten, nicht Anerkennung zollt; im Gegenteil, ich bin ganz außerordentlich erfreut darüber. Aber man muß nun auch die Dinge nicht zu rosig darstellen, nicht besser, als sie tatsächlich sind. Herr Direktor Schauseil sagte, er hätte von einer ganzen Reihe Chirurgen gehört, daß sie mit den Leistungen der Kapitäne an Bord ganz zufrieden wären. Gewiß, meine Herren, das ist in manchen Fällen ganz richtig. Ich könnte Ihnen aber ebensoviele Beispiele anführen, wo entschieden grobe Nachlässigkeiten denen, die sich um das Wohl der Kranken zu kümmern hatten, zur Last fielen.

Was die statistischen Ergebnisse anbelangt, wonach die Summe der an Bord geheilten verhältnismäßig größer ist als in anderen Berufskreisen, so muß man die Verhältnisse dabei berücksichtigen. Wir haben es an Bord mit einer ganz eigenen Art von Unfallverletzungen zu tun: es fehlt nämlich die Mittelforte von Verletzungen. Entweder liegen ganz schwere Verletzungen vor, an denen die Leute sterben, oder leichtere, die günstige Heilresultate auch ohne ärztliches Eingreifen ergeben. Auf die Statistik möchte ich deshalb wenig Wert legen. Wer selbst als Schiffsarzt gefahren ist, wird mit mir darin übereinstimmen, daß auch unter den allerbesten Einrichtungen an Bord selbst bei der Anwesenheit eines Arztes doch nicht so günstige Verhältnisse für die Behandlung und Unterkunft von Kranken vorhanden sind wie in einem Krankenhaus. Wir vereinigen uns, glaube ich, darauf, daß wir anerkennen, was die Seeberufsgenossenschaft auf dem Gebiet der Krankenpflege geleistet hat, und ich will hinzufügen, wie gewissenhaft die Reeder selbst die vorhandenen Vorschriften erfüllen. Ferner will ich gern anerkennen, daß eine ganze Reihe von Kapitänen in Ermangelung von Schiffsärzten wohl im stande ist, soweit es ihre laienhaften Kenntnisse erlauben, Anerkennenswertes in der Krankenbehandlung und -pflege zu leisten. Auf

der anderen Seite aber dürfen wir die Augen nicht vor den noch bestehenden Mängeln verschließen und müssen nach wie vor den Kapitänen die allergrößte Sorgfalt ans Herz legen.

(Beifall.)

Professor Tönnies (Gutin): Meine Herren! Ich bin genötigt, gegenüber den Ausführungen des Herrn Direktors der Seeberufsgenossenschaft in einigen Punkten, die von ihm der Berichterstattung zur Last gelegt sind, die aber nur mich betreffen, mich zu verteidigen. Der Herr Direktor erklärte, es gebe Hunderte solcher Fälle, wo die Berichte Unbegründetes und Übertriebenes enthalten. Ich überlasse dem Herrn, den Beweis dafür zu führen; bis ihm das gelungen ist, muß ich die sehr schwere Anklage als aus der Luft gegriffen bezeichnen. Es sind von ihm nur drei Fälle aus meinem Bericht entnommen und als besonders schwere bezeichnet worden. Von diesen Fällen betrifft nur einer eine Mitteilung, die ich aus Arbeiterkreisen empfangen habe, diese bezieht sich auf den Zustand eines Rettungsbootes. Der Herr Direktor hat auf Grund dieses Berichtes, wenn ich ihn recht verstanden habe, den Tatbestand ermittelt, und es ist dann eine Aussage dagegen gemacht worden, wonach die Behauptung, daß der Davit in seinen Angeln festgerostet war, unrichtig war. Ich will gern anerkennen, daß diese Berichtigung wohl begründet ist, und ich nehme davon Akt; aber ich muß bemerken, daß dieses nur ein unwesentlicher Punkt des Ganzen ist. Die Hauptklage, die hier geführt wurde, ist die, daß ein Boot, dessen Boden von einem „Brecher“ eingeschlagen war, trotz mehrfachen längeren Aufenthalts in den südamerikanischen Häfen nicht repariert wurde. Diesen Punkt habe ich in den Ausführungen des Herrn Direktors nicht widerlegt gefunden. Ich halte ihn deshalb bis jetzt noch für bestätigt.

Der zweite Fall befindet sich auf S. 573 meines Berichtes, und soweit ich die Darlegungen verstanden habe, ergibt sich aus den Akten resp. aus den Mitteilungen der Reederei, die ich nun als bewahrheitet annehmen will, daß in dem einen Falle die Nachricht unrichtig und ungenau gewesen ist. Ich bedauere das sehr. Im anderen Falle wird ausdrücklich zugegeben, es habe an einem Matrosen für die normale Bemannung gefehlt, das Schiff sei trotzdem aus dem Hafen ausgegangen. Ich würde auch diesen Fall nicht angeführt haben, wenn mir nicht von seiten eines Arbeiters allein, sondern von durchaus den seemännischen Arbeitern fernstehenden, aber sachkundigen Personen in Flensburg, von denen sogar einzelne die Koalition der Arbeiter sehr scharf beklagen und verurteilen, angeführt worden wäre, daß öfter im Laufe der Jahre solche Fälle vorgekommen seien. Gleich-

wohl habe ich ausdrücklich gesagt, daß solche Fälle selten seien, und ich habe sie als einzelne schwere Fälle dieser Art bezeichnet, als Argumente sehr geringen Gewichts. Es ist auffällig, daß bei diesen Kritiken, die von seiten der Unternehmer gegen wissenschaftliche Darstellungen der Lage der Arbeiter geübt werden, man sich immer an solche einzelne unwesentliche Fälle hängt. Die allgemeine Kritik, die ich ausgesprochen habe auf Grund meiner persönlichen unzulänglichen Kenntniß, die sich aber bemüht hat, die Wahrheit zu ermitteln, behauptet eine regelmäßige Unterbemanning der Schiffe, die auf der Ostsee fahren. Diese Behauptung halte ich aufrecht, bis ich eines Besseren belehrt worden bin. Diese Minderbemanning wird von einem Herrn, der den Bestrebungen der Arbeiter durchaus feindlich entgegensteht, in dem Sinne zugegeben, daß er sagt, es sei zwar im allgemeinen die Bemanning wohl genügend, bei schwerem Wetter aber, bei Nebel u. s. w. werde der Mangel zuweilen fühlbar, um den Ausguck und das notwendig werdende Loten auszuführen. Ich habe verschiedene Seeamtserkenntnisse angeführt, die in den letzten Jahren gesprochen worden sind, wonach aber immer wieder das mangelnde Loten als Ursache von Strandungen vor den Seeämtern und dem Reichsoberseeamt angeführt wird, und es ist unter den Sachkundigen nur eine Stimme darüber, daß eben die regelmäßig zu schwache Bemanning, die normale Bemanning als eine zu schwache, an diesem Übelstande schuld sei.

Der dritte Fall, den mein verehrter Kritiker mir zur Last gelegt hat, betrifft Mißhandlungen. Was diesen Fall angeht, so habe ich, soweit ich den Worten des geehrten Herrn gefolgt bin, nicht gefunden, daß die Tatsache der geschehenen Mißhandlungen, der rohen Behandlung in Abrede gestellt wurde. Sollte ich da nicht genau genug zugehört haben, so würde ich das außerordentlich bedauern. Wiederum muß ich da bemerken, daß ich diesen Fall mit den Worten angeführt habe (§ 596): „Daß auch willkürliche Mißhandlungen brutaler Art und mit gefährlichen Instrumenten ausgeführt nicht völlig unerhört sind, lehrt folgende Mitteilung aus jüngster Zeit, wenn auch für deren Einzelheiten nicht eingestanden werden kann.“ Dagegen verwahre ich mich also ausdrücklich. Ich sage dann über den Bericht: „Berichtigung oder andere Folgen hat sie — die Mitteilung — bisher im Laufe von ca. sechs Monaten, wie es scheint, nicht gefunden.“ Ich habe mich also sehr vorsichtig ausgedrückt. Ich habe noch hinzugefügt, dies möge zugleich von der Art der Berichterstattung ein Beispiel geben, und zwar wollte ich damit darauf hinweisen, daß der Berichtersteller in dem Arbeiterblatt am Schlusse seines Berichts, worin er über diese Mißhandlung an dem trunkenen Norweger seine Erzählung macht,

sagt: „Wir können die Bummelerei des Matrosen in trunkenem Zustande während der Dienstzeit nicht dulden,“ und vorher sagt, er lasse die Maßnahme des Kapitäns gelten; es sei nicht zu billigen, „daß einer der Matrosen (eben jener mißhandelte) im Rausche abends nicht an Bord zurückkehrte und auch noch den nächsten Tag ausblieb.“

In dieser Beziehung also — und es gibt viele solcher Fälle, wo die Berichterstattung in der Zeitschrift „Seemann“ nicht eine so sehr einseitige ist, wo sie sich vielmehr bemüht, nach Billigkeit und Vernunft auch der anderen Seite ihr Recht zu lassen — kann ich eine erhebliche Bedeutung, die den Wert meiner Arbeit herabsetzte, der ganzen Kritik des Herrn Direktors der Seeberufsgenossenschaft nicht beimeessen.

(Beifall.)

Vorsitzender Staatsminister Dr. v. Berlepsch: Meine Herren! Es ist jetzt 5^{1/2} Uhr. Wir haben noch drei Redner auf der Liste und dann haben noch die Herren Referenten das Wort. Ich möchte die Frage an die Versammlung richten, ob sie damit einverstanden ist, daß wir die Rednerliste schließen, den gemeldeten Herren also das Wort verstatten, neue Meldungen aber nicht mehr annehmen.

(Zustimmung.)

Da kein Widerspruch gegen diesen Vorschlag erfolgt, gilt er als angenommen.

Ich erlaube mir jetzt noch, die Bitte an die Redner zu richten, daß sie ihre Ausführungen in möglichster Kürze geben.

Rechtsanwalt Dr. Heckscher (Hamburg): Meine Herren! Vor allem haben mir die Ausführungen des Vertreters des Vereins deutscher Kapitäne und Schiffs-offiziere Veranlassung gegeben, noch einmal das Wort zu ergreifen. Der Herr Vertreter zitierte einen Satz aus meiner Arbeit, der damit schloß, daß dieser Verein im Jahre 1897 erklärt habe, er wolle keine Partei gegen die Streikenden ergreifen, als ja auch die Lage der Schiffs-offiziere gewiß keine rosig zu nennen sei. Dazu bemerkte der Herr Vorredner, das sei ihm dunkel. Nun nehme ich das dem Herrn Vorredner gar nicht so sehr übel. Soweit ich unterrichtet bin, ist der Herr erst seit kurzer Zeit Vertreter dieses Vereins und er hat vermutlich noch nicht die Zeit gefunden, sich eingehend genug in die Geschichte des Vereins vertiefen zu können. Ich habe nämlich diesen Satz wörtlich zitiert aus einer Rundgebung seines Vereins. Ich bin selbstverständlich bereit, aus meinen Akten, die ich leider nicht zur Hand habe, dem Herrn zu zeigen, daß der Satz in der Tat wörtlich wiedergegeben ist. Ich hoffe, damit das Dunkel erhellt zu haben.

Sodann möchte ich nicht gern eine Bemerkung des Herrn Direktor Schaufeil unwidersprochen lassen. Herr Direktor Schaufeil hat mit großer Emphase von der Belastung der kleinen Reedereien gesprochen, und ich kann ihm in diesem Punkte nicht ganz Unrecht geben. Es ist zutreffend, daß durch die Entwicklung der Seeberufsgenossenschaft, infolge des Ausbaues der Unfallverhütungsvorschriften, die kleinen Reedereien ganz besonders belastet werden. Aber, meine Herren, es ist sehr bedenklich, wenn man nun immer diese Belastung der kleinen Reedereien betont, um daraus auch Schlüsse für die großen Reedereien zu ziehen. Dadurch wird ja das Bild vollkommen verschoben. Dann soll man lieber die kleinen Reedereien von den großen vollständig trennen. Man will doch nicht etwa sagen, daß, weil der kleine Reeder, der mit seiner Frau und seinem Sohne selbst zum Fischfang ausfährt, zu sehr belastet ist, deshalb die Weiterentwicklung der Sozialreform für die deutsche Schifffahrt bedenklich sei. Diese Verhältnisse haben mit denen der großen Reedereien nichts gemein. Wenn man daher folgerichtig vorgehen will, soll man lieber die kleinen Reedereien aus der Seeberufsgenossenschaft ganz fortlassen und gesondert behandeln und ihre Leiden nicht immer gegen den weiteren Ausbau der Unfallverhütungsvorschriften ins Feld führen.

Herrn Dr. Böhmert aus Bremen muß ich darin vollkommen beipflichten, daß das Dunkel über die von der Seeberufsgenossenschaft verhängten Strafen etwas mehr gelichtet werden muß. Ich gehe darin sogar einen Schritt weiter. Ich kann der Seeberufsgenossenschaft den Vorwurf nicht ersparen, daß sie wenigstens in der Vergangenheit es an scharfer Bestrafung hat fehlen lassen, ein Vorwurf, den bekanntlich auch der ehemalige Reichstagsabgeordnete Raab erhoben hat. Diesen Vorwurf halte ich für durchaus berechtigt. Ich höre aber zu meiner lebhaften Freude, daß die Seeberufsgenossenschaft selbst diesen Fehler erkannt hat und daß sie Remedur schaffen will. Ich glaube mit Herrn Dr. Böhmert, daß damit eine Reihe unberechtigter Vorwürfe gegen die Seeberufsgenossenschaft gleichzeitig mit verschwinden wird.

Dann möchte ich zum Schluß an eine Äußerung anknüpfen, die der Herr Vertreter des Vereins deutscher Kapitäne und Seeoffiziere, Herr Freyer, ausgesprochen hat. Er sprach von dem Verhältnis des Kapitäns zu den Schiffsoffizieren und setzte seine große Hoffnung auf die Entwicklung in der Zukunft; er glaubt, daß, wenn der Seeoffizier mehr aus anderen Ständen, das soll wohl heißen, aus den besser situierten Ständen hervorgeht, eine Einigung, ein besseres soziales Verstehen daraus hervorgehen wird. Ich kann nicht unterlassen, meine Bedenken gegenüber dieser Zukunftsmusik auszusprechen. In einer solchen Entwicklung steckt der Kern einer großen Gefahr. Wir haben einen alten, einen ganz vortrefflichen Seemannsstand, bei

dem es nicht zum mindesten der „alte Kapitän“ ist, von dem auch Herr Freyer sprach, der in erster Linie den großen Ruf, den unsere Handelsmarine genießt, aufrecht erhält, der den guten Ruf, den unser Seemann im Auslande und bei uns genießt, verteidigt. Dieser alte Kapitän ist ein ganz eckiger und zugleich ein weltmännisch vollkommen ungebildeter Herr, tüchtig zur See, der sich sonst aber nur schlecht und ungeschickt bewegen kann. Die Entwicklung der Schifffahrt, ihre Benutzung zu Vergnügungsfahrten, wie dies heutzutage in immer größerem Umfange erfolgt, bringen es mit sich, daß man an den Kapitän nun auch vielfach gesellschaftliche Anforderungen stellt, und das ist meines Erachtens eine ganz gefährliche Entwicklung. Dahinein spielt besonders auch die Frage des Reserveoffiziers. Da soll plötzlich der Kapitän, der Reserveoffizier ist — das ist eine Tendenz, die gar nicht zu bestreiten ist —, etwas anderes sein als der andere Schiffs-offizier. Das ist grundverkehrt, das ist eine Richtung, der man mit aller Schärfe entgegentreten muß. Wenn man mit Recht sagen kann — ich will die Frage nicht beantworten —, daß ein Mann, der Reserveoffizier ist, ein ganz anderer Kerl ist als der, der es nicht ist, dann will ich schweigen (Bravo!), dann mag man diese Entwicklung unterstützen; sonst aber muß man sich ihr mit aller Entschiedenheit entgegenstellen. Deshalb habe ich große prinzipielle Bedenken gegen dieses sogenannte Kadettenschulschiff des Bremer Lloyd. Dort wird nämlich von vornherein schon ein Kastengeist großgezogen, da werden die jungen Leute, wie es früher nie gewesen ist, darauf dressiert, werden von der übrigen Mannschaft getrennt gehalten, während bei dem großen Aufschwung der deutschen Marine der tüchtige hervorragende Kapitän von unten auf, von der Pike gebient hat. Hier haben wir noch einen der wenigen Fälle in unserem Erwerbsleben vor uns, wo wirklich der Mensch sich von unten herauf emporarbeiten kann, und es wäre auf das tiefste zu bedauern, wenn man dieser Entwicklung durch ganz gleichgültige Rücksichten auf Manieren und Äußerlichkeiten ins Rad fällt. Dagegen möchte ich ganz besonders meine Stimme erheben, und deshalb habe ich auch in meiner Schrift zum Ausdruck gebracht, daß ich die Ver-ordnung, wonach, wenn ein Schiffs-offizier oder der Kapitän Reserveoffizier ist, die Flagge ein besonderes Kreuz erhält, nicht gutheißen kann, daß ich sie im Interesse einer gesunden Entwicklung nicht begrüßen kann. Und ich muß es als sehr erfreulich bezeichnen — es handelt sich zwar um eine Ver-ordnung, die auf die Initiative unseres Kaisers zurückzuführen ist —, daß es in Hamburg eine große Reederei gibt — und Sie können überzeugt sein, daß diese Reederei seemannisch und kaisertreu bis auf die Knochen ist —, die dennoch verbietet, ein derartiges Kreuz zu führen, um dadurch die

Differenzierung, die mit der Tüchtigkeit des Mannes nichts zu tun hat, zu verhindern. Gegen diese Tendenz wollte ich also zum Schluß noch eine Stimme erheben.

(Lebhafter Beifall.)

Rat Dr. Bötzow (Hamburg): Ich möchte mir nur eine kurze allgemeine Bemerkung erlauben. Es will mir scheinen, als wenn die heutige Versammlung zu einem nicht besonders günstigen Zeitpunkt stattgefunden hat. Hierin liegt kein Vorwurf gegen die Leitung des Vereins für Socialpolitik; ist doch die heutige Versammlung lediglich eine Konsequenz des schon im Frühjahr 1901 gefaßten Beschlusses, die Untersuchung über die Lage der Seeleute zu veranstalten. Es ist aber eine wohl zu beachtende Tatsache, daß inzwischen sich eine große Veränderung in der Gesetzgebung für die Seeleute vollzogen hat und die neuen Gesetze erst am 1. April 1903 in Wirksamkeit getreten sind. Wir können heute die Wirkung der letzteren, insbesondere der neuen Seemannsordnung nicht übersehen. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß dem Verein Fernstehende es als ein Unglück angesehen haben, daß die Verhältnisse der seemannischen Arbeiter zu ihren Arbeitgebern von neuem diskutiert werden sollten, nachdem soeben die Seemannsordnung verabschiedet war. Und darauf ist es vielleicht zurückzuführen, daß, wie Herr Dr. Heckscher ausgeführt hat, seitens der Kreise unserer Handelskammer eine vollständig ablehnende Haltung beobachtet worden ist.

Der Umstand, daß wir gerade jetzt über die Lage der Seeleute verhandeln, hat ferner zur Folge gehabt, daß in der Diskussion Postulate aufgestellt worden sind, an deren Erfüllung augenblicklich schon gearbeitet wird. Dahin gehören die Vorschriften über das Logis. Von den verschiedensten Seiten ist hier gesagt worden, die Logisverhältnisse seien ungenügend. Sehr wenig haben wir darüber gehört, wie sie heute beschaffen sind, noch weniger darüber, wie sie eingerichtet werden sollen. Nach der Richtung müssen wir also das Vertrauen haben, daß die Regierungen der Seeuferstaaten, die sich mit der Sache beschäftigen, und später der Bundesrat das Richtige treffen werden. Seitens der Herren der Seeberufsgenossenschaft ist hervorgehoben worden, daß die bezügliche Vorlage des Kaiserlichen Gesundheitsamts so weit gehe, daß sie unmöglich durchgeführt werden könne und daß sie Lasten auferlegen würde, die gar nicht getragen werden könnten. Wir hoffen, daß, wenn eine Besserung der Logisverhältnisse erforderlich ist, dies auch zu erreichen sein wird.

Ein anderer Punkt ist die Krankenfürsorge. Sie haben gehört, daß

sie verbessert worden ist. Es ist heute das Postulat gestellt worden, daß sie auf 26 Wochen ausgedehnt werde. Auch nach dieser Richtung sind im Reichstage schon bestimmte Erklärungen abgegeben worden und sind Vorbereitungen im Gange. Die Schwierigkeiten liegen hier besonders bei der Kleinschiffahrt, von der es fraglich ist, ob man ihr neue Lasten auferlegen kann.

Dann bleiben noch einige Punkte übrig, die hier mit Wärme vertreten worden sind, die aber nicht besonders dringlich zu sein scheinen. Zunächst die Frage der Bemannung. Bei dieser haben wir uns aus den Ausführungen der Sachverständigen überzeugen können, daß allgemeine Vorschriften nicht zu treffen sind, sondern daß stets für den Einzelfall die Entscheidung getroffen werden muß. Wir haben ferner die Beruhigung erlangt, die sich auch schon aus den Referaten ergab, daß unsere Vorschriften sich mit dem decken, was in England besteht, und daß wir auf diesem Gebiete jedenfalls nicht rückständig sind.

Endlich sind wieder Seeschöffengerichte gefordert worden. Hierbei wird meines Erachtens nicht genügend beachtet, daß unsere Seemannsämter eine verschiedene Tätigkeit haben, einerseits gewisse Entscheidungen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten zu treffen, andererseits vorläufige Entscheidungen bei Disziplinarvergehen abzugeben haben. In ersterer Hinsicht sind Klagen nie laut geworden, in letzterer Hinsicht sollen exorbitant hohe Strafen von Einzelpersonen, insbesondere hier in Hamburg gegen Seeleute festgesetzt worden sein. Auch in diesem Punkte ist inzwischen eine wesentliche Änderung eingetreten. Nach der neuen Seemannsordnung entscheidet jetzt wie überall im Reiche so auch in Hamburg ein rechtsgelehrter Verwaltungsbeamter unter Zuziehung von zwei schiffahrtkundigen Personen. Die Wirkung der neuen Organisation wird zunächst abgewartet werden müssen. Ob man, wie Herr Dr. Heckscher vorschlägt, einen Eingriff in unsere Strafrechtspflege machen und für einen Stand Sondergerichte schaffen soll, das ist eine Frage, die sehr überlegt sein muß und deren Entscheidung ich heute ebenfalls nicht als besonders dringlich bezeichnen kann.

Ich habe deshalb im allgemeinen den Eindruck gewonnen, daß durch die veränderte Rechtslage, durch die neue Seemannsordnung, durch die verwandten Gesetze und die Ausführungsbestimmungen, die wir noch zu erwarten haben, eine Basis geschaffen ist bzw. geschaffen werden wird für das Verhältnis des Seemanns zu seinem Arbeitgeber, welche die richtige Mitte zwischen den Wünschen beider Teile innehält und auf der sich das Verhältnis in befriedigender Weise weiter entwickeln wird. Was uns im Augenblick vor allem not tut gerade bei der schlechten Lage der Reederei,

ist aber, daß Ruhe wieder eintritt, damit in ersprießlicher Weise fortgearbeitet werden kann und man sich aus den schlechten Zeiten wieder heraushilft. Und da berühren wir uns mit der Lohnfrage, die von Herrn Prof. Tönnies behandelt worden ist. Nur wenn es wieder aufwärts geht, wird den Seeleuten auch in der Lohnfrage geholfen werden können.

(Beifall.)

Direktor Schaufeil (Hamburg): Nur einige ganz wenige Worte persönlicher Natur. Ich will mich hier absolut nicht in eine meiner Überzeugung nach doch nutzlose Polemik mit Herrn Professor Tönnies einlassen, aber ich muß mit vollster Entschiedenheit gegen die mir von ihm gemachte Unterstellung protestieren, ich hätte hier aus der Luft gegriffene Behauptungen aufgestellt. Ob es taktvoll war, Derartiges hier zur sagen, überlasse ich Ihrem Urteil. Unvorsichtig war diese Äußerung unter allen Umständen. Die Akten über 83 der von Herrn Prof. Tönnies angezwifelten Fälle habe ich zufällig bei mir; sie sind seinerzeit dem Reichstage und der Regierung unterbreitet worden, und bin ich, falls nähere Einsichtnahme gewünscht wird, bereit, dieselben auf den Tisch dieser Versammlung niederzulegen; weitere 100 Fälle bin ich erbötig, innerhalb einer Stunde vom Bureau der Seeberufsgenossenschaft zu beschaffen.

Vorsitzender Staatsminister Dr. v. Berlepsch: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich gebe das Schlußwort den Referenten, zunächst Herrn Prof. Dr. Francke.

Professor Dr. Francke (Berlin): Meine sehr geehrten Herren! Unser verehrter Herr Vorsitzender hat mir heute vormittag eine leise Rüge wegen der Länge meines Referats ausgesprochen; ich werde das dadurch wieder gut zu machen suchen, daß ich mich in meinem Schlußwort recht kurz fasse.

Es ist mehrfach hervorgehoben worden, daß die Debatte über die Lage der Seeleute zu einem verkehrten Zeitpunkte vorgenommen worden sei. Meine Herren! Wir haben selbst Bedenken genug gehabt, ob wir das Thema auf die Tagesordnung setzen sollten. Ich glaube aber doch, der Verlauf der heutigen Verhandlung hat den Beweis erbracht, daß es ganz gut war, wenn wir auf Grund unserer Untersuchungen hier die Sache an die Öffentlichkeit gebracht haben.

Auf der einen Seite sind von sehr sachverständiger Seite unseren Berichten, Referaten und Untersuchungen sehr freundliche Worte der Anerkennung gezollt worden, auf der anderen Seite sind von derselben sach-

verständigen Instanz äußerst wertvolle Nachträge, Berichtigungen und positive Mitteilungen gegeben worden, die für uns alle vom höchsten Werte sind. Ich halte diese Verhandlungen, die heute stattgefunden haben, doch für von bleibendem Wert, einmal weil sie klärend gewirkt haben und zweitens weil sie uns gezeigt haben, daß, mögen auch noch so viele Mängel vorhanden sein — ich bin der letzte, der das leugnet, und ich glaube auch in meinem Referat darauf hingewiesen zu haben —, doch vielfache Ansätze zur Besserung bestehen und ernste Versuche gemacht worden sind, die Lage der Seeleute zu heben, vor allem durch die neue Seemannsordnung, dann durch das Gesetz über die Stellenvermittlung und schließlich durch das Wirken der Seeberufsgenossenschaft, die heute auf den verschiedensten Gebieten ihrer Tätigkeit den Nachweis erbracht hat — und ich glaube, die überwiegende Mehrheit der Versammlung wird mir darin beistimmen —, den großen Aufgaben gerecht zu werden. Wenn ich das sage, liegt mir eine Schönfärberei fern. Ich glaube, es ist nicht richtig, den Blick nur auf den Schattenseiten weilen zu lassen; man soll auch nicht vergessen, die getroffenen Verbesserungen zu betonen. Es ist das vielleicht eine Sache des Temperaments, vielleicht auch der Weltanschauung, ich kann mir aber nicht helfen, ich muß auf meinem Standpunkt stehen bleiben: mag auch noch so viel in Logis, Lohn, Kost verbesserungsbedürftig sein, wir haben in den letzten 10, 20 Jahren und namentlich seit 5 Jahren ganz gewaltige Fortschritte gemacht und es sind heute Mitteilungen von seiten der Leiter der Seeberufsgenossenschaft gemacht worden, die uns weitere Fortschritte in der nächsten Zeit erhoffen lassen.

Ich glaube, wir können unser Urteil vielleicht dahin zusammenfassen: Wenn auch noch viel zu bessern ist, es ist viel geschehen und es wird mehr geschehen.

Auf die Einzelheiten näher einzugehen, hieße nur Vorgebrachtes nochmals wiederholen. Die Meinungsverschiedenheiten sind doch im großen Ganzen zum Austrag gebracht, die Standpunkte sind von beiden Seiten mit Schärfe betont worden und jeder von Ihnen war, glaube ich, imstande, sich selbst ein Urteil zu bilden.

(Beifall.)

Inspektor Kapitän Polz (Hamburg): Meine Herren! An die Bemerkungen meines geehrten Herrn Vorredners möchte ich einige Worte des Dankes anschließen dafür, daß Sie meine Ausführungen so günstig aufgenommen haben.

Ich fühle mich nach den Worten des Herrn Dr. Sedßcher verpflichtet,

die Frage des Führens der Flagge mit dem Eisernen Kreuz für die Reserveoffiziere der Handelsmarine noch einmal zu berühren, weil es mir scheint, daß die Anwesenden nach dem soeben Gehörten der Meinung sein könnten, als wenn die Mehrzahl der Hamburger Reedereien eine den Ausführungen des Herrn Dr. Heckscher entgegengesetzte Stellung in dieser Frage einnähme.

Die Hamburg-Amerika-Linie, unter deren Kapitänen und Offizieren eine ganze Anzahl Reserveoffiziere sich befinden, hat niemals die Bedingung gestellt, obwohl sie solche Leute gern in die Reihe ihrer Angestellten aufnimmt, daß die Kapitäne ihrer Dampfer Reserveoffiziere sein müssen, noch gibt sie den Kapitänen, die zum Führen der Kreuzflagge berechtigt, einen Vorzug vor den anderen Kapitänen. So z. B. haben die beiden Führer der „Deutschland“, der leider verstorbene Kapitän Albers und der jetzige Führer Kapitän Barends nicht die Berechtigung; auch die Kapitäne der übrigen Schnelldampfer und großen Postdampfer — mit Ausnahme einiger wenigen — dürfen keine Kreuzflagge führen, weil sie keine Reserveoffiziere sind. Das Kreuz in der Flagge allein ist nicht der Maßstab für die Tüchtigkeit eines Kapitäns, wir stellen weitergehende Anforderungen, deren gewissenhafte Erfüllung allein den Weg zu einer Kapitänsstelle öffnet, wissen es aber auch zu schätzen, wenn unsere Kapitäne und Offiziere mit den Verhältnissen der Kaiserlichen Marine durch eigene Erfahrung vertraut sind.

Im übrigen möchte ich der hochgeehrten Versammlung meinen herzlichsten Dank aussprechen, daß sie mein Referat mit Beifall aufgenommen, und daß man mir von mehreren Seiten das Zeugnis ausgestellt hat, daß ich in meinen Darlegungen trotz meiner Stellung objektiv geblieben bin. Ich möchte Sie nun zum Schluß bitten, bei der Beurteilung meine Stellung außer acht zu lassen und nur meine 20 jährigen praktischen Erfahrungen im Seeberufe zu berücksichtigen, die allein mich bei meinem Referat geleitet haben.

(Beifall.)

Vorsitzender Staatsminister Dr. v. Berlepsch: Ich habe die Beforgnis gehabt, daß die Beteiligung an der Diskussion zurückstehen würde gegen den Umfang und den Inhalt, der ihr sonst gelegentlich der Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik gegeben wird, weil das Thema nicht vielen Mitgliedern des Vereins geläufig ist. Ich bin in dieser meiner Beforgnis angenehm enttäuscht worden. Unsere Diskussion hat einen Umfang angenommen, der der Wichtigkeit des Gegenstandes wohl entspricht. Es liegt in der Natur der Dinge, daß sich die heutige Diskussion einigermaßen

8*

ihrem Inhalte nach unterschied von den Diskussionen, wie sie der Verein für Socialpolitik sonst zu halten pflegt. Es fehlte die wissenschaftliche Beweisführung, der wissenschaftliche Schluß. Ganz naturgemäß beschränkte sich die Diskussion auf die Anführung von Tatsachen und deren Würdigung für die Lage der in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter. Aber, meine Herren, das haben wir jedenfalls erreicht, daß über diese Tatsachen selbst ein so klares Licht verbreitet worden ist, daß jeder in der Lage ist, unter gleichzeitiger Benutzung der Arbeiten, die der Verein über die Frage veröffentlicht hat, sich ein klares Bild über die Lage unserer seemannischen Bevölkerung zu bilden, sowohl über die bisherige Lage wie über die Änderung, die durch die neue Seemannsordnung herbeigeführt worden ist, über die eingetretene Besserung sowie über die Mängel, die heute geblieben sind. Die Lage des Seemanns ist in allen Richtungen auf das ausführlichste erörtert worden und im großen Ganzen kann ich als das Resultat der Besprechung doch das konstatieren, daß anerkannt ist, daß sich eine Besserung in der Lage des Seemanns vollzogen hat und daß die neue Seemannsordnung einen erheblichen Teil an der Verbesserung in Anspruch nehmen darf. Als verbliebene Mängel wurden angeführt, daß die Lohnfrage auch heute noch nicht in allen Punkten zufriedenstellend geregelt sei, daß Kost und Logis noch ungenügend seien, daß Institute, die für das Leben des Seemanns von größter Bedeutung seien, wie die Seeschöffengerichte, noch immer fehlen. Auch die Frage der Beaufsichtigung der Ausführung der gegebenen Vorschriften, ob der Staat oder die Seeberufsgenossenschaft berufen sein sollen, diese Aufsicht zu führen, wurde erörtert. Übrigens kann ich die Anerkennung, die der letzteren in ihrem Streben, die Lage der Seeleute zu verbessern, geworden ist, als eine weitgehende bezeichnen und können an diesem Gesamturteil hier und da gezogene Erinnerungen keine Änderung herbeiführen.

Naturgemäß war es, daß in der Diskussion auf der einen Seite mehr gesucht wurde, die Haltung der Reeder in der Erfüllung ihrer Aufgaben zu verteidigen, auf der andern Seite die Interessen der Arbeiter ins rechte Licht zu rücken. Ich habe es dankbar anzuerkennen, daß die Herren, die in der Praxis des Lebens stehen, uns ihre Erfahrungen mitgeteilt haben, und ich habe es ganz besonders erfreulich gefunden, daß die Vertreter zweier Berufsarten, deren Ausübung einen besonders intimen Einblick in die Verhältnisse der Arbeiter gestattet, ein Arzt und ein Geistlicher, heute in unserer Mitte das Wort ergriffen haben. Ich kann nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß, wenn wir in andere Fragen der Sozialpolitik einzudringen suchen, wir von den Vertretern dieser beiden Berufsarten in gleicher Weise unterstützt werden.

Einer der Herren Redner, meine Herren, hat uns darauf hingewiesen, daß sowohl von seiten der Vertretung der Arbeiterschaft wie auch von seiten der Vertretung der Unternehmer dem Verein für Socialpolitik in Hamburg nicht gerade ein freundliches Entgegenkommen bewiesen wurde. Wir können aus eigener Erfahrung über die Gründe der ja wohl zweifellos vorhandenen Tatsache nicht urteilen; wir wundern uns aber über diese Tatsache nicht und können ihren Grund leicht erraten. Es ist unser Schicksal, daß wir die extremen Kämpfer auf seiten der Unternehmer wie auf seiten der Arbeitnehmer nicht befriedigen. Unser verehrter Herr Vorsitzender ist oft in der Lage gewesen, das hervorzuheben und zu betonen, daß wir uns durch Angriffe, durch Verweigerung der Mitarbeit nicht abbringen lassen können von dem Versuch, Klarheit über wirtschaftliche Verhältnisse zu verbreiten. Angriffe oder Verweigerung der Mitarbeit, wie sie uns auch hier zuteil geworden sind, gereichen weniger uns als denen zum Schaden, die uns die erbetene Hilfe zur Aufklärung der Wahrheit verweigern. Manche von uns, auch ich, haben erfahren, daß man bei den Bemühungen, die soziale Reform zu fördern, ungemein schnell zu dem Rufe kommt, ein Sozialdemokrat oder ein Agent des Unternehmertums zu sein. — An derartige Angriffe gewöhnt man sich und tut seine Pflicht nach bestem Ermessen.

Anknüpfend an den gefallenen Ausdruck des Bedauerns über die Nichtbeteiligung der Arbeiter an unseren Verhandlungen hat einer der Herren das Verhalten der Vertreter der Arbeiterschaft doch nicht für unberechtigt halten können. Ich glaube behaupten zu dürfen, daß im allgemeinen die Mitglieder des Vereins auf einem anderen Standpunkt stehen; das dürfte schon daraus hervorgehen, daß wir uns große Mühe gegeben, einen Arbeiterreferenten für die heute verhandelte Frage zu finden. Wenn es wahr wäre, daß die Vertreter der Arbeiterschaft an einer solchen Schüchternheit litten, daß sie in einer Versammlung von Gelehrten nicht das Wort ergriffen, dann könnte ich mich den Ausführungen des Herrn Redners vielleicht anschließen. Meine Erfahrungen lehren mich das aber nicht. Ich bin der Ansicht, daß die Arbeitervertreter eine hervorragende Zahl fähiger Personen in ihren Reihen haben, daß sie sehr wohl imstande sind, sich auch an den Verhandlungen eines wissenschaftlichen Vereins mit vollem Erfolge zu beteiligen, und die reichen Erfahrungen, die ihnen das Leben gebracht hat, in einer klaren und eindrucksvollen Weise darzustellen. Ich glaube, wir werden doch bei unserem Wunsche stehen bleiben müssen, in Zukunft auch Vertreter der Arbeiter bei uns zu sehen, die dann die Überzeugung gewinnen werden, daß wir sachlich, objektiv und gründlich ans Werk gehen.

Nun, meine Herren, ist noch die Bitte ausgesprochen worden, wir

sollten bei unseren Anforderungen an die Leistungen der Unternehmer zu Gunsten der Arbeiter eine gewisse Grenze beachten. Das ist gewiß ein berechtigtes Verlangen. Die große Frage ist nur: wo liegt diese Grenze? Wenn wir die Geschichte der Arbeiterschutzesgesetzgebung aller Zeiten und Länder uns vergegenwärtigen, so werden wir stets finden, daß bei jeder neuen Maßregel behauptet worden ist: hier steht ihr an der Grenze, weiter dürft ihr nicht gehen, sonst steht die Existenz der Industrie auf dem Spiel. Ich will nicht sagen, daß der Fall nicht eintreten kann, daß in der Tat der Gesetzgeber zu schnell vorgeht und Leistungen verlangt, die bedenklich sind. In Deutschland kenne ich einen solchen Fall nicht. Man hat wiederholt an den Gesetzen und Verwaltungsvorschriften herbe Kritik geübt, wiederholt behauptet, es sei unmöglich, gegebene Vorschriften zur Ausführung zu bringen, ohne die Existenz der betroffenen Industrie zu gefährden. Solchen Einwürfen ist nicht stattgegeben worden und die Erfahrung hat gelehrt, daß nach einigen Jahren die Einwürfe zum Schweigen gelangten. Die Vorschriften blieben bestehen, ohne daß die Existenz der Industrie gefährdet war. Diese Erfahrung werden wir nicht übersehen dürfen, wenn wir darüber diskutieren: bis zu welchen Grenzen können von der Reederei Einrichtungen verlangt werden, um die Arbeiter vor den Unbilden des Berufes zu schützen. Wie gesagt, ich gebe zu, die Grenze der Existenzfähigkeit muß unbedingt beachtet werden, und man wird bestrebt sein müssen, sie richtig abzustechen. Hierzu werden die Verhandlungen, wie wir sie am heutigen Tage gepflogen haben, einen reichen Beitrag liefern. Ich kann deshalb nur denjenigen, die sich an unserer Diskussion beteiligt haben, Dank aussprechen, daß sie dazu beigetragen haben, das richtige Maß des erforderlichen Schutzes für die in der Seeschifffahrt beschäftigten Arbeiter zu finden.

(Lebhafter Beifall.)

Professor Dr. Schmoller übernimmt den Vorsitz und bespricht die Tagesordnung, die Wahlgeschäfte und die zeitweise Einteilung der zwei folgenden Tage. Es knüpft sich daran eine kleine Geschäftsordnungsdebatte, deren Mitteilung überflüssig erscheint.

(Schluß 6 Uhr 18 Min.)

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 15. September 1903.

(Beginn vormittags 9 Uhr.)

Professor Dr. Schmoller: Ich eröffne die heutige Sitzung unserer Generalversammlung. Was die Geschäfte betrifft, so habe ich gestern schon bemerkt, daß nach dem ersten Referat die Stimmzettel für die Wahl des Ausschusses ausgeteilt werden sollen. Die als Gäste in der Versammlung weilenden Damen und Herren berührt das natürlich nicht. Die Mitglieder des Vereins werden gebeten, während des zweiten Referats die Stimmzettel auszufüllen. Hierüber werde ich Ihnen nachher noch nähere Mitteilungen machen.

Die Leitung der heutigen Verhandlungen hat Herr Ministerialdirektor Dr. Thiel die Güte zu übernehmen.

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Ehe ich dem Herrn Referenten das Wort gebe, erbitte ich für einen kurzen Augenblick Ihr Gehör. Es ist von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen worden, daß an dem heutigen Festmahl auch Damen teilnehmen möchten. Natürlich wird es uns freuen, Damen an der Tafel zu erblicken. Da aber bei der bekannten Schüchternheit der Damen sie sich nicht wohl fühlen werden, wenn sie zu vereinzelt erscheinen, ist eine zahlreichere Beteiligung sehr erwünscht. Es liegt eine Liste auf, in die ich die Herren sich einzutragen bitte, die ihre Damen mitbringen wollen.

Professor Dr. Schmoller: Ich habe noch eine geschäftliche Bemerkung zu machen. Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, der ja allen mit sozialpolitischen Dingen vertrauten Anwesenden im ganzen

bekannt sein wird, schreibt an den Verein, er sei sehr gern bereit, den Mitgliedern des Vereins, wenn sie es wünschen, seine Einrichtungen, seine Bauten 2c. (sechs Wohnhäuser u. a.) zu zeigen.

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein und ich erteile das Wort Herrn Professor Sombart.

Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff.

I. Referat

von

Professor Dr. Sombart (Breslau).

Meine Herren und Damen! Bei der Kürze der Zeit, die mir zur Verfügung steht, ist es ausgeschlossen, daß ich auf irgend etwas Tatsächliches in meinem Referat eingehe. Sie besitzen ja die Bände, die Sie zwar wahrscheinlich nicht gelesen haben (Heiterkeit), aber in denen Sie, wie Sie sich vorstellen können, außerordentlich viele Tatsachen finden. Zweitens ist es ausgeschlossen, zu meinem Bedauern, daß ich in meinem Referat auf Auffassungen näher eingehe, die von der meinigen abweichen. Ich werde Ihnen eine bestimmte Ansicht von dem Krisenverlauf entwickeln, das, was man gemeinhin eine Krisentheorie nennt, die ich aber ebenfalls nur ganz aphoristisch Ihnen vortragen kann. Ich werde viel behaupten und nicht alles beweisen können. Ich behalte mir vor, in einer ausführlichen Weise in literarischer Form die Ausführung dessen zu bringen, was ich heute im wesentlichen als eine kurze Skizze Ihnen vorführe¹.

Als wir vor einigen Jahren den Entschluß im Verein für Socialpolitik faßten, Untersuchungen über, wie wir uns vorsichtig ausdrückten, die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben anzustellen, waren wir uns nicht alle darüber einig, ob diese Störungen dasjenige seien, was man als Krise zu bezeichnen pflegt. Ich glaube, es haben die Ereignisse der letzten Jahre, die tatsächlichen Verläufe des Wirtschaftslebens, aber auch die literarische Bearbeitung

¹ Im „Archiv für Socialwissenschaft und Socialpolitik“, herausgegeben von Prof. Weber, Dr. Jaffé und mir, das als N. F. des „Archivs für social. Gesetzgebung“ 2c. vom Frühjahr 1904 an bei J. C. B. Mohr (Siebeck) in Tübingen und Leipzig erscheint.

und nicht zuletzt auch unsere Enquete den Beweis erbracht, daß es sich tatsächlich bei diesen sogenannten Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff. — das ist der offizielle Titel unserer Untersuchungen — gehandelt hat um einen reinen Typus einer wirtschaftlichen „Krisis“, einen Typus, den man als allgemeine Wirtschaftskrisis zu bezeichnen gewohnt ist, den ich lieber bezeichnen will als Expansions- oder Aufschwungskrisis, resp. wenn Sie lieber wollen, als Kontraktions- oder Niedergangskrisis, um damit sofort anzudeuten, daß es eine Krisis ist, die deshalb da ist, weil ein wirtschaftlicher Aufschwung vorangegangen ist. Ist das der Fall, so ergibt sich damit die Aufgabe für denjenigen, der über die Krisis sprechen will, von selbst: er muß nämlich anknüpfen an den wirtschaftlichen Aufschwung der Jahre 1895 ff., und man kann mit einigem Rechte sagen, die Theorie der Krisis ist die Theorie des wirtschaftlichen Aufschwungs.

Von einem wirtschaftlichen Aufschwung sprechen wir, wenn in irgend einer Wirtschaftsgemeinschaft mehr gearbeitet wird als gewöhnlich, wenn in extensiver wie intensiver Weise die gesellschaftlichen produktiven Kräfte stärker angespannt sind als sonst. Ein solcher Aufschwung, eine solche Ausweitung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers findet in unserer Wirtschaftsordnung immer nur durch ein bestimmtes Mittel statt, das ist die Preishaulse. Die Preishaulse, die eine Zeitlang andauert, wirkt wie die Wärme auf die Körper sonst, sie weitet den gesellschaftlichen Körper aus und diese Ausweitung des Gesellschaftskörpers nennen wir einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Preishaulse ist die exoterische Form des wirtschaftlichen Aufschwungs, genau wie die Ausdehnung der Arbeit die esoterische Form ist, in der sich der Aufschwung vollzieht. Eine Erklärung des Aufschwungs muß deshalb diese beiden Punkte ins Auge fassen: Preisbewegung und Bewegung der gesellschaftlichen Arbeitsleistung.

Zunächst: warum, wodurch ist seit 1895 ff. eine Preishaulse entstanden? So viel ich sehe, gibt es nur ein einziges Mittel in unserer Wirtschaftsordnung, eine dauernde Preishaulse herbeizuführen; das ist die starke und anhaltende Vermehrung der Goldproduktion resp. desjenigen Metalls, welches die Stelle des Geldes vertritt. Es ist nun bekannt, daß eine solche außerordentliche Steigerung der Goldproduktion das charakteristische Moment des Anfangs der 90er Jahre gewesen ist. Die Zahlen, die ich im allgemeinen als bekannt voraussetze, will ich Ihnen noch einmal vor Augen führen. Während in den Jahren 1886—1890 durchschnittlich 170 000 kg, wurden im Durchschnitt des folgenden Jahrzehnts 245 000 kg, im Jahre 1895 304 000 kg, im folgenden Jahre 355 000 kg, im folgenden 431 000 kg, im folgenden 461 000 kg gewonnen gegenüber einem Durchschnitt von

170 000 kg in 1886—90. Das ist eine Steigerung der Goldproduktion, wie sie verhältnismäßig nur einmal in der Weltgeschichte bis dahin stattgefunden hat, in den 1850er Jahren. Ich halte diese Tatsache für die entscheidend wichtige zur Erklärung dessen, was sich nunmehr auf dem Markt vollzogen hat. Machen wir uns einen Moment klar, wodurch diese Goldproduktion das bewirken kann, was wir im Auge haben: die Steigerung der Preise.

Offenbar hat die Steigerung der Preise zur Voraussetzung eine Steigerung der Nachfrage nach Waren. Diese Nachfrage nach Waren oder die Steigerung dieser Nachfrage nach Waren wird zunächst, wie nicht ausgeführt zu werden braucht, durch die ersten Goldbesitzer ausgeübt. Ich glaube, daß wir vor allem den Anstoß, den das Wirtschaftsleben über England erfahren hat in den 90er Jahren, auf diese Tatsache zurückführen dürfen. Ich darf Sie daran erinnern, daß England auf den europäischen Markt durch seine vermehrte Einfuhr einen starken Einfluß ausgeübt hat. Die englische Einfuhr steigt von 7 Millionen im Jahre 1893 auf $9\frac{1}{2}$ Millionen im Jahre 1900, also annähernd um $33\frac{1}{3}\%$.

Aber viel bedeutsamer sind diejenigen Wirkungen der vermehrten Goldproduktion, die man als indirekte bezeichnen kann; sie wirken zunächst Produktionsvermögen bildend. Hier möchte ich auf einen Punkt hinweisen, der mir nicht immer genügend beachtet zu sein scheint. Vermehrte Goldproduktion bedeutet vermehrte Geldflüssigkeit; vermehrte Geldflüssigkeit bedeutet zunächst für alle Anleihe suchenden Körper eine Erleichterung, die Anleihe aufzunehmen. Ich möchte als ein erstes Stadium in dem Aufschwungsprozesse, wie er sich typisch in den 90er Jahren vollzieht, die Tatsache festlegen, daß in diesem ersten Stadium eine außerordentlich starke Forzierung der Anleihen öffentlicher Körper stattgefunden hat. Diese Anleihen öffentlicher Körper sind die zusammengeballten Fonds, mit denen nunmehr die produktiven Kräfte des Landes in Bewegung gesetzt werden. Ich darf Sie an ein paar Ziffern erinnern. Rußland, das bei unserer Aufschwungsbewegung eine sehr große Rolle gespielt hat, hat durch den Ankauf von 509 Millionen Rubeln den Übergang zur Goldwährung vollzogen und gleichzeitig in den letzten zehn Jahren Anleihen im Betrage von 2 Milliarden Rubeln aufgenommen, die ihm die Mittel geboten haben, zum Teil die Sibirische Eisenbahn zu bauen und sonstige produktive Anlagen zu betreiben. Auch bei uns in Deutschland spielt dieses Moment eine nicht unbeträchtliche Rolle. Ich denke vor allem an den außerordentlich reichen städtischen Anleiheverkehr. Die deutschen Städte haben in den Jahren 1890—96 — ich habe es für 38 deutsche Städte ausgerechnet — Anleihen im Betrage von 830 Millionen aufgenommen,

mit deren Hilfe sie sich in den verschiedensten Richtungen, Straßenbahnen, Beleuchtungen, Wasserwerke, Schlachthöfe und was sonst in Betracht kommt, ausgestattet haben. Das ist also ein erstes Zentrum, von dem aus ein Anstoß zur Steigerung der produktiven Kräfte erfolgte. Nachfrage auf seiten öffentlicher Körper, hervorgerufen durch die Leichtigkeit der Anleiheanfnahmen.

Es tritt nunmehr die Entwicklung in ihr zweites Stadium ein, wo es die Privatvermögen sind, die eine Zusammenballung erfahren. Da darf ein Moment vor allem in den Vordergrund gestellt werden. In dem Maße, wie sich die Preise entwickeln, steigt die Neigung des Publikums, von fest verzinslichen Papieren zu Dividendenpapieren überzugehen; gleichzeitig aber steigt in dem Maße, wie die Geldflüssigkeit sich erhält, oder solange sie sich erhält, bei den öffentlichen Körpern der Wunsch, entweder ihre Anleihen zu konvertieren oder aber sie zurückzuzahlen. Infolgedessen strömen in dieser zweiten Periode von den öffentlichen Körpern her Gelbbeträge weg in die Hände privater Gelbbesitzer zurück. Ich erinnere Sie an die deutsche Konversion, die im Jahre 1896/97 im Betrage von 5¹/₂ Milliarden ausgeführt wurde; ich erinnere Sie an die wichtige Tatsache, daß in der zweiten Hälfte der 90er Jahre Amerika seine Schulden zurückzuzahlen begonnen hat. Dieses Zurückgeben oder Zurückströmen öffentlicher Anleihen bedeutet die Zusammenballung von Privatvermögen oder Anhäufung privater, nach Anlage suchender Vermögen in den Händen von einzelnen Personen. Der deutlichste Fall für diese Entwicklungsreihe sind ja die Vorgänge in Deutschland nach dem Kriege 1870/71, wo durch das plötzliche Zurückzahlen der öffentlichen Schulden eine Summe von Kapitalien sich ansammelte, die à tout prix angelegt werden mußten. Ich nenne diese Wirkung der gesteigerten Goldproduktion, auf die diese ganze Entwicklungsreihe zurückzuführen ist, die Produktionsvermögenbildung, während die zweite wichtige Funktion nun die kreditbildende ist. Hier brauche ich nicht länger zu verweilen. Es liegt in jedermanns Anschauungskreise, was damit gemeint ist: in dem Maße wie die metallene Basis verbreitert wird, vergrößert sich der Kreditbau, der auf ihr aufgeführt ist. Ich erinnere Sie an die außerordentliche Steigerung der Metallreserven in unseren großen Zentralnotenbanken. Wahrscheinlich wird der zweite Herr Korreferent auf diese Punkte näher eingehen. Ich erinnere Sie an die Steigerung der Mittel, die unseren großen Kreditbanken zufließen in den verschiedensten Formen als Aktien-, als Deposititenkapital, als Finanzwechsel. Es genügt, eine einzige Zahl zu nennen: im Jahre 1900 hatte die Deutsche Bank allein für 141 Millionen Mk. Akzepte in Portefeuilles.

Was so entsteht, können wir effektive Nachfrage nennen. Denn ich

brauche nicht auszuführen, daß diese Anlage suchenden öffentlichen Gelder, daß diese Anlage suchenden Privatvermögen, daß diese gesteigerten Kredite nunmehr eine weitere Wirkung auf den Warenmarkt ausüben, sofern die eine Industrie zur Bestellerin für die andere wird, sofern die Arbeiter stärker herangezogen werden, mehr verdienen, in ihrer Konsumtionskraft gesteigert werden. In der zweiten Periode des Aufschwungs pflegt nun dieser effektiven die fiktive Nachfrage zu folgen, die wir auch als Spekulationsnachfrage bezeichnen können. In dem Maße nämlich, wie die Hauffe der Preise anhält, entwickelt sich der Glaube an ihre ewige Dauer. Das vollzieht sich scheinbar mit einer gesetzmäßigen Regelmäßigkeit. Man glaubt, daß die Preishauffe eine dauernde sein werde, und man will so viel wie möglich von dieser Dauer in Zukunft profitieren. Wir nennen diese auf solche Chancen und die Ausnutzung solcher Chancen gerichtete Tätigkeit Spekulation. Mich interessiert sie hier unter dem Gesichtspunkte, daß auch sie produktionssteigernd, anregend wirkt und damit abermals durch sie ein Moment geschaffen wird, die Nachfrage zu steigern, die Hauffe zu vermehren. Ich nehme an, daß auch hierüber Herr Dr. Hecht sich eingehender auslassen wird. Ich will nur kurz andeuten, in welchen Richtungen wir diese produktionssteigernde Wirkung der Spekulation zu suchen haben. Mir scheint zunächst hierfür das Jahr 1899 in unserer Periode charakteristisch zu sein. In dieser Periode setzen die Spekulationskäufe ein, die Garnkäufe in der Wollindustrie, die Eisenkäufe in der Eisenindustrie, spekulative Käufe, denen zunächst keine Deckung entspricht, die lediglich gemacht werden in der Erwartung der späteren Abnahme und der noch weiter gesteigerten Intensität der Nachfrage. Das zweite ist die Wertespekulation, die Effektspekulation, die uns deshalb interessiert, weil durch das Herauffschrauben der Kurse die Notwendigkeit der hohen Dividenden entsteht und durch die Notwendigkeit der hohen Dividenden die Nötigung für die Direktionen, die Produktion abermals zu forcieren. Die Dividende muß herausgewirtschaftet werden und deshalb darf die Produktion nicht eingeschränkt werden. Endlich ist als die dritte Form zu nennen die Gründungsspekulation, bei der die Neuanlagen als Käufer, als Besteller, als Konsumenten auf dem Markt erscheinen, also abermals eine Steigerung der Nachfrage.

Worauf es mir ankommt oder angekommen ist in diesen kurzen Ausführungen, ist dieses, meine Herren, Ihnen zu zeigen, daß unter der Voraussetzung, die wir gemacht haben, einer Steigerung der Goldproduktion, die kapitalistische Wirtschaft aus sich heraus den großen Markt erzeugt. Wir können folgendes zusammenfassend über diesen Teil aussagen: Ist eine Steigerung der Goldproduktion nicht vorhanden oder, was dasselbe ist, ist

die Einführung einer vermehrten Goldproduktion an einen Punkt, wodurch dann von einem anderen Lande sie abgezogen wurde, — das ist der Fall bei unserem Aufschwung in den 70er Jahren — nicht vorhanden, so nützen alle sogenannten Anstöße nicht, um einen Aufschwung herbeizuführen. Wir ist kein großer wirtschaftlicher Aufschwung bekannt, der nicht auf eine vermehrte Goldproduktion zurückzuführen ist. Ist aber eine vermehrte Goldproduktion oder — ich wiederhole — was dasselbe ist, die Zusammenballung der vorhandenen Geldmasse an einem Punkte, in einem Lande gegeben, so ergeben sich die Anstöße von selbst. Sie sind dann Zufälligkeiten, wie bei uns die elektrische Industrie, die Kleinbahnen oder sonst etwas anderes. Wir können uns auch so ausdrücken: Ist eine Steigerung der Goldproduktion in der bezeichneten starken, intensiven Weise vorhanden gewesen, so haben wir bisher meines Wissens in der Geschichte des Kapitalismus noch keinen Fall erlebt, daß ihr nicht ein wirtschaftlicher Aufschwung gefolgt wäre. Das letztere bedarf nun allerdings einer bestimmten Einschränkung und mit dieser Einschränkung komme ich zur Betrachtung der zweiten Seite des Aufschwunges, der Arbeiterseite.

Die Einschränkung ist nämlich die, daß trotz der goldenen Voraussetzung doch kein wirtschaftlicher Aufschwung erfolgt wäre, wenn nicht die für den Aufschwung erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung gestanden hätten. Damit jenes Gold seine Wirkung ausüben könne in der bezeichneten Weise, muß es ein Material finden, mit dem es arbeiten kann, das sind die Arbeitskräfte. Unseren letzten Aufschwung erklären heißt also vor allem auch die Frage beantworten: woher sind die ungeheuren Mengen zuschüssiger Arbeitskräfte gekommen, die seit 1895 unsere deutsche, namentlich aber auch anderer Staaten Industrien betrieben haben. Da handelt es sich zunächst darum, daß das zuschüssige Maß von Arbeit erzeugt wird aus den Arbeitern selber, die schon eingestellt sind, durch Ausdehnung der Arbeitstage, Intensivierung der Arbeit. Dazu kommt nun der Zustrom von neuen Arbeitern. Diese neuen Arbeiter rekrutieren sich 1. aus der sogenannten Reservearmee, die immer da ist, — ich schätze diese Quote nicht sehr hoch ein; 2. aus sonstigen Zuschußelementen — ich denke beispielsweise an Frauen, die in der Aufschwungsperiode zu Arbeiten herangezogen werden, zu denen sie sonst nicht kommen — und es gehört 3. hierher die außerordentliche Menge von Arbeitskräften, die uns das Land geliefert hat durch seinen Abzug. Nach unserer neuesten Statistik sind vom Jahre 1895—1900 über 2 Millionen Menschen in Deutschland vom Lande abgewandert; endlich 4. rechne ich zu diesen Zuschußelementen die von auswärts gekommenen. Zum ersten Male seit Bestehen des Deutschen Reiches ist in der Aufschwungsperiode der Überschuß

durch Zuwanderung, den Deutschland erfahren hat, größer als die Abwanderung, es ist ein Plus von 94 000 Personen eingetreten im Jahre 1895—1900, während bis dahin stets ein Minus von $\frac{1}{2}$ bis 1 Million sich ergab, die durch Überschuß der Auswanderung über die Einwanderung verloren gingen. Dazu kommen vorübergehend Anwesende, z. B. die polnischen Elemente, die im Jahre 1898 mit 98 000 Personen ermittelt wurden. Alle diese Zuschubelemente, glaube ich, würden aber noch nicht die außerordentliche Ausweitung des nationalen Arbeitskörpers erklären, wenn wir nicht eine Tatsache noch in Betracht zögen, die Tatsache nämlich, daß in der Aufschwungsperiode eine außerordentlich starke Besetzung der arbeitsfähigen Altersklassen unserer Bevölkerung stattgefunden hat. Ich bin durch Zufall auf diese Konstatierung gekommen, an die man ja zunächst nicht zu denken veranlaßt ist. Unsere neueste Statistik ergibt, daß im Jahre 1890 die Altersklassen zwischen 10 und 20 Jahren, die also im Jahre 1895—1900 15—25 Jahre alt wurden, mit 207 ‰ besetzt waren, während sie in allen früheren Perioden mit 196—200 ‰ besetzt waren; d. h. durch die gesteigerte, hier nicht weiter zu erklärende Geburtsfrequenz vor 10 bzw. 20 Jahren, in dem Jahrzehnt 1875—1885, hat sich für die Zeit und die Mitte der 90er Jahre ein Plus von 4—500 000 besonders arbeitskräftiger und leistungsfähiger Personen angesammelt, die nunmehr einrangiert werden konnten, und die Möglichkeit dieser außerordentlichen Aufschwungsbewegung meines Erachtens allein erklärlich machen.

Ich komme nun zu einer Betrachtung der Rehrseite, des Umschwungs in der Krisis. Ich möchte meinen Ausgangspunkt nehmen von einem Worte, das den meisten bekannt ist, dem Worte Juglars: *on pourrait dire l'unique cause des crises, c'est l'arrêt de la hausse des prix.* — „Die einzige Ursache der Krise, könnte man sagen, ist das Stoden der Preishausse“. Dieser Satz ist insofern richtig, als man ihn zum Gesichtspunkt wählen kann, unter dem man die verschiedenen Probleme, um die es sich hier handelt, gruppiert. In der Tat läßt sich dieses aussagen, daß ein Aufhören der Preishausse oder gar ein Umbiegen der Preise ebenso zerstörend wirken muß wie das Aufsteigen der Preise aufbauend wirkt. Das Sinken oder Stehenbleiben der Preise bedeutet zunächst den Zusammenbruch der Spekulation und schon dadurch eine starke Verminderung der Nachfrage. Es bedeutet ferner das Entstehen von Schwierigkeiten für alle auf nicht ganz solider und nicht sehr rentabler Basis in der Blütezeit aufgebauten Unternehmungen. Es bedeutet das Stehenbleiben und Nichtweitergehen oder gar Umbiegen der Preise eine Einschränkung des Kredits, ein Unsicherwerden, ein Nichtmehrmitgehen seitens der Banken in der Kreditgewährung, dadurch abermals eine

Einschränkung der Produktion oder Konsumtion und damit abermals eine Einschränkung der Nachfrage und damit abermals eine Gefahr, den gesamten Bau zum Zusammenbrechen zu bringen. Es entsteht die Frage: Läßt sich der Umschwung der Preise nun erklären und zwar so erklären, daß die Erklärung unserem theoretischen Gemüte genügt? Selbstverständlich haben in der letzten Wirtschaftsepoche viele nebensächliche Umstände den Preisfall oder das Aufhalten der Preishausse bewirkt. In den Jahren 1899 oder 1900 sind es beispielsweise die Chinawirren, die Transvaalwirren und ähnliche Ereignisse gewesen, die hier eine Störung hervorgerufen haben. Ich will sie im einzelnen nicht aufzählen, sie interessieren auch gar nicht. Es würde uns die ganze Entwicklung nicht interessieren, wenn es irgend welche zufällige Momente wären, die die Bewegung erzeugten. Das Interesse wird für uns erst rege, wenn sich gleichsam aus dem Aufschwunge heraus, aus der hohen Entwicklung heraus mit Notwendigkeit — wir pflegen dann zu sagen: mit Gesetzmäßigkeit — die Gründe ergeben, die zu einem Zusammenbruch führen. Wenn wir die Frage so stellen, so liegt es nahe, anzuknüpfen an die Gründe, welche den Aufschwung herbeigeführt haben. Diese Gründe waren Gold- oder Geldüberfluß und Arbeiterüberfluß. Also werden wir die Gründe der Krisis, des Zusammenbruchs, des Niederganges in einer Veränderung dieser beiden Faktoren suchen müssen, und ich glaube in der Tat, es läßt sich die Krisis erklären aus der Umänderung dieser Faktoren in ihr Gegenteil: aus Geldknappheit und Arbeiterknappheit.

Woher die Geldknappheit zunächst? Die Geldknappheit ist hervorgerufen, wie Ihnen allen ja ebenfalls bekannt ist, durch die außerordentliche Steigerung der Produktion und damit des Warenumsatzes. Trotz der sehr starken Goldproduktionsvermehrung, die in den 90er Jahren noch anhält, ist doch gegen das Ende dieses Jahrzehnts die Golddecke zu knapp geworden. Es sind eben die Produktionsmengen und die Umsatzmengen noch viel rascher gestiegen, die Umsatzmengen und auch gleichzeitig die Preise. Die Entwicklung des Totalindex des Economist ist die, daß die Ziffer im Jahre 1898 1890 betrug, im folgenden Jahre 1918 und am 1. April 1900 2240. Entsprechend steigen die Umsätze der Waren außerordentlich. Um Ihnen ein paar Ziffern nur anzuführen — wir können hier nur nach Symptomen urteilen, eine eigentliche Konstatierung der Tatsachen fehlt ja —, so stiegen die Wechselumsätze im Oberpostdirektionsbezirk Köln im Jahre 1899/1900 um 25 %; es stiegen die Umsätze an den deutschen Umrechnungsstellen im Jahre 1895 von 18 auf 30 Milliarden Mark im Jahre 1900, d. h. sie verdoppelten sich annähernd. Es ist denn auch keine Frage und wird wohl von niemand bestritten, daß seit dem Jahre 1899 etwa eine Geldknappheit sich bemerkbar

macht. Die ersten Anzeichen sind die, daß die deutschen Banken ihre Auslandswechsel nicht mehr unterzubringen vermögen. Das deutlichste, das markanteste Anzeichen ist dann das Steigen des Diskontosatzes, der ja, wie Sie wissen, am 19. Dezember 1899 bei der Reichsbank die berühmten 7 % erreicht. Diese Einschränkung oder diese Verteuerung des Geldes — ich spreche absichtlich nicht von Kapital, ich möchte das Wort Kapital vermeiden bei seiner außerordentlichen Vieldeutigkeit; es ist kein Zweifel, daß jeder Anwesende eine andere Auffassung vom Wesen des Kapitals hat —, diese zunehmende Geldknappheit wirkt, wie ich auszuführen versucht habe, außerordentlich störend auf den Kredit, damit auf die Produktion, auf die Nachfrage, auf den Markt überhaupt.

Es ist nun aber wohl anzunehmen, daß lediglich eine derartige Einschränkung, wie sie durch die Verteuerung des Geldes hervorgerufen ist, nicht zu dem großen Niedergange geführt haben würde, wie wir ihn erlebt haben. Es würde sich denken lassen, daß das Wirtschaftsleben nur nicht weiter sich ausdehnt als die vorhandene Geldmasse es gestattet, aber nicht eigentlich zusammenschrumpft, wie es nun seit 1900 wiederum geschehen ist. Wir müssen deshalb nach anderen Gründen suchen und diese Gründe liegen dort, wo wir bemerken, daß an der Grundlage des Kredits gerüttelt wird, mit anderen Worten, daß die Preisentung ihren Grund hat — damit komme ich nun zu dem Zentralproblem — in einer Überfüllung des Warenmarktes. Also, werden Sie sagen, doch Überproduktion. Darauf antworte ich: Nein in dem Sinne einer allgemeinen, ja in dem Sinne einer partiellen Überproduktion. Das Wort Überproduktion braucht man heutzutage in unseren Kreisen nicht mehr gern, es klingt etwas antiquiert, von Überproduktion zu sprechen. Ich spreche deshalb auch lieber von Unterproduktion, was, wie wir gleich sehen werden, auf dasselbe hinausläuft. (Weiterkeit.) Es hat nämlich insofern eine „Überproduktion“ auf einer Seite des Wirtschaftslebens stattgefunden, als hier Warenmassen angehäuft sind, die nach den anderen Seiten nicht abgeschoben werden konnten, weil dort nicht genügend Gegenwerte produziert worden sind, also „Unterproduktion“ herrschte, oder sofern nun die Unterproduktion auf ein nicht genügendes Vorhandensein von Arbeitskräften zurückzuführen ist, so würden wir diese vorhandene Unterproduktion nunmehr als einen Mangel gesellschaftlicher Arbeitskraft feststellen können, der sich insofern ergibt, als das vorhandene Maß gesellschaftlicher Arbeitskraft an den Stellen, wo die hauptsächlich starke Produktion von Waren stattgefunden hat, so aufgebraucht ist, daß es für die Besetzung anderer Stellen nicht mehr ausreicht. Sie wissen alle, welches diese Stellen mit der starken, oder sagen wir der Überproduktion gewesen

sind: es sind die Montan- und Eisenindustrie, die elektrotechnische Industrie, es ist zum Teil das Baugewerbe.

Diese Auffassung gipfelt also in der Annahme, daß die eigentliche Ursache unserer Krisis in der Entwicklung einer Disproportionalität der Produktion beruht. Diese Idee einer Disproportionalität der Produktion als der eigentlichen Krisenursache führt zurück auf den ausgezeichneten russischen Gelehrten Tugan-Baranowski, dessen Namen ich hier ausdrücklich erwähnen möchte als den — ich darf wohl sagen — Vater der neueren Krisentheorie. Denn diese Annahme einer Disproportionalität der Produktion als Krisenursache ist im wesentlichen auch von denjenigen — herübergenommen worden will ich nicht sagen — vielleicht auch gefunden worden, die in neuerer Zeit Bemerkenswertes über Krisen geschrieben haben, wie Dr. Gulenburg, Dr. Pohle, Dr. Spiethoff. Der Grundgedanke dieser Disproportionalitätstheorie ist der, daß sich an denjenigen Stellen, wo Produktionsmittel erzeugt werden, eine besonders starke Anhäufung der Kapitalien bzw. der Arbeitskräfte vollzieht aus dem Grunde, weil die Reproduktion der Produktionsmittel nicht in einem stetigen, sondern in einem stark wechselnden Tempo erfolgt oder in einem nicht gleichen, sondern stark ausgesetzenden Rhythmus sich vollzieht. Es werden an diese Stellen Kapitalien und Arbeitskräfte in Übermenge hingezogen, die die Produktionsmittel neu erzeugen, die Maschinen herstellen und in dem Momente nun arbeitslos oder überflüssig werden, wenn die erforderlichen Produktionsmittel neu reproduziert sind und nicht nur reproduziert, fertiggestellt sind, sondern nunmehr als eigene Produzenten auf dem Markte erscheinen. Ich halte im ganzen diese Disproportionalitätstheorie für einen außerordentlichen Fortschritt und bezweifle nicht, daß es die höchste Form der Krisentheorie im Augenblick ist. Trotzdem halte ich diese Theorie in dieser Form nicht für richtig. Ich möchte wenigstens einige Korrekturen anbringen. Es ist zunächst nicht richtig, daß — ich sehe leider keinen derjenigen Herren hier, die die Theorie vertreten — doch — da ist Herr Spiethoff — es in Produktionsmittelindustrien sind, in denen jene Steigerung der Produktion stattfindet. Wenn wir die Industrien in Betracht ziehen, in denen die Steigerung erfolgt ist, so sehen wir eine ganze Menge, die nicht Produktionsmittel herstellen. Ich denke hier beispielsweise an die Beleuchtungsanlagen in den Städten, an die Telephonanlagen, an die Straßenbahnen, an Wohnhäuser, an Passagierschiffe, an Fahrräder, an Kleinbahnlinien zc. Alles das sind keine Produktionsmittel. Folglich sind auch diejenigen Industrien, die sie herstellen oder die die Stoffe zu ihrer Herstellung erzeugen, keine Produktionsmittelindustrien, also auch nicht die Montan- und Eisenindustrie, soweit sie

die Stoffe für diese Industrien erzeugt; denn wäre sie dann schon eine Produktionsmittelindustrie, so würde ja auch die Spinnerei und Müllerei eine Produktionsmittelindustrie sein, was nicht der Fall ist. Produktionsmittelindustrien können immer nur diejenigen sein, die Produktionsmittel oder deren Materialien herstellen, und Produktionsmittel können immer nur, soweit ich zu sehen vermag, Güter sein, welche zur Weiterverarbeitung oder zum Weitertransport von Gütern verwendet werden. Wenn es aber tatsächlich nicht Produktionsmittelindustrien sind — das ganze Baugewerbe gehört hierher, soweit es Wohnhäuser herstellt —, dann entfallen auch die Gründe, weshalb die Anspannung erfolgt.

Es fragt sich nun: gibt es vielleicht ein anderes Kriterium, um diejenigen Industrien abzugrenzen, in denen ein Übermaß von Produktion tatsächlich erfolgt und durch deren Forcierung die Disproportionalität sich ergibt? Um dieses zu finden, gehe ich von folgendem Gedanken aus: In einer Aufschwungsperiode, wenn der Strom des Kapitals zu fließen anfängt, wird es selbstverständlich an denjenigen Punkten sich sammeln, wo es am leichtesten glaubt, Profit machen zu können. Es fragt sich nur: lassen sich diese Punkte bestimmen? Wenn ich die Güterkategorien mir ansehe, um deren Erzeugung sich vor allem das Kapital bemüht in den Aufschwungsperioden, so sind es zunächst solche, welche einen außerordentlichen Bedarf befriedigen — Sie sehen, es handelt sich im wesentlichen nur um eine Korrektur der Produktionsmittelindustrie-Theorie —, es sind dies nicht nur Güter, welche Produktionsmittel sind, sondern alle, welche einen außerordentlichen Bedarf befriedigen; denn selbstverständlich wird der außerordentliche Bedarf sich leichter ausdehnen und forcieren lassen als der regelmäßige Bedarf an Kleidung, an Nahrung etc. In Zeiten des Aufschwunges werden diejenigen Gegenstände erzeugt, die für eine längere Periode benutzt werden sollen, die also, wie wir es aus der Finanzwissenschaft zu bezeichnen gewohnt sind, einen außerordentlichen, d. h. länger als eine Wirtschaftsperiode andauernden Bedarf decken sollen. Aber auch diese Güter nur unter einer bestimmten Voraussetzung, daß sie nämlich beliebig vermehrbare Güter in dem Sinne sind, daß ihre Produktion zu annähernd gleichen Kosten ausgedehnt werden kann. Wenn wir nun diese beiden Kriterien zusammenhalten und sehen, welcher Art diese Güterkategorie ist, so finden wir, daß es die Güter sind, welche im wesentlichen der anorganischen Natur angehören, hauptsächlich also dem Eisengebiete, in dem Maße selbstverständlich, wie der außerordentliche Bedarf in unserem Wirtschaftsleben immer mehr von Gegenständen aus anorganischer Materie hergestellt wird. Den wesentlichen Unterschied oder die Disproportionalität der Entwicklung erblicke ich also in dem verschiedenen Aus-

maße, welches die Produktion erfährt im Gebiete der organischen Industrien, derjenigen, die organische Stoffe verarbeiten, und der anorganischen Industrien. Diejenigen, die organische Stoffe verarbeiten, werden bei einer raschen Ausdehnung der Produktion außerordentlich früh an eine Grenze stoßen, die sie nicht überschreiten können, und das ist die Verteuerung ihres Rohstoffes. Alles, was wir z. B. heute über die Leder- und Holzindustrie, also organische Industrien, hören, ist, daß sie im besten Aufschwunge durch die Verteuerung des Rohstoffes gestoppt werden. Schließlich verteuert sich ja natürlich auch der anorganische Rohstoff, aber in einem viel späteren Stadium und nicht mit derselben Notwendigkeit. Vor allem aber ist die organische Industrie — und hier denke ich in erster Linie an die Textilindustrie — abhängig in ihrem ganzen Ergehen von dem Ernteausschlag. Das Hauptergebnis unserer Krisenenquête ist meiner Ansicht nach die Einsicht in den unterschiedlichen Entwicklungsgang organischer und anorganischer Industrien. Band 106 ist es, der die Textilindustrie enthält: er hebt sich ganz und gar von allen übrigen Bänden ab. Das A und O der Woll-, Leinen-, der Baumwollindustrie ist heutzutage die Frage nach dem, sagen wir mal zufälligen Preise des Rohstoffes, wie er durch die Zufälligkeiten der Ernte geboten wird. Sie wissen, daß heute die Baumwollindustrie vor der vollständigen Sperrung ihres Rohstoffes steht, eine Entwicklung, die durch spekulative Momente, Corners u. noch gesteigert wird. Sie finden deshalb auch in den genannten Industrien nicht die typischen Erscheinungen des Aufschwunges im Sinne einer stetigen Steigerung der Produktion und einer unausgesetzten schrittweisen Vermehrung der Produktmenge, wie in den Gebieten der anorganischen Industrien. Man kann sagen, in den organischen Industrien wird die Konjunktur durch die Ernte bestimmt; in den anorganischen bestimmt die Konjunktur die Rohstoffproduktion. Rechnen wir nun die Landwirtschaft zu den organischen Industrien, so ergibt sich uns deutlich folgendes Bild: die moderne Krise, die auf den Aufschwung folgt, ist im wesentlichen das Resultat der Tatsache, daß sich das Tempo und der Rhythmus der Produktion auf dem Gebiete der organischen Welt anders vollzieht als auf dem der anorganischen, daß in die Sphäre der anorganischen Produktion aus dem bezeichneten Grunde größere Massen von Kapitalien und Arbeitskräften hineinströmen, denen gegenüber die Entwicklung der organischen nicht gleichen Schritt zu halten vermag. Ich möchte auch darauf noch hinweisen, daß auch die Eisenindustrie eine eigentliche Aufschwungsindustrie erst geworden ist in dem Maße, wie sie zum Roßverfahren überging — ich habe speziell über die Entwicklung der englischen und deutschen Aufschwungsperiode in der Richtung eingehende Studien gemacht

und habe den Eindruck gewonnen, daß, solange die Eisenindustrie mit dem Bande der Holzfohlenfeuerung an die organische Welt geknüpft ist, keine Expansion in dem Maße möglich gewesen ist, wie sie heute erfolgt — erst, nachdem sie vollständig anorganisiert war, zu ihrer heutigen Bedeutung gelangt ist. So viel, meine Herren, über das, was man als typisch, wie mir scheint, in dem Verlaufe des Aufschwunges und der Krise der letzten Jahre ansehen kann.

Ich will jetzt mit wenigen Worten noch darauf eingehen, was ich die Spezifika der letzten Vorgänge nenne, dasjenige, was sie unterscheidet von anderen, nicht was sie mit anderen verbindet. Ich nehme an, daß gerade diese Spezifika besonders von Herrn Dr. Hecht behandelt werden. Sie liegen zu einem großen Teil auf dem Gebiete des Geld-, des Kreditmarktes, des Banken- und Börsenwesens u. s. w. Im allgemeinen wird sich als Spezifikum feststellen lassen, daß trotz der ungeheuren, intensiven und ertensiven Anspannung und Einschränkung des Wirtschaftslebens, wie sie in den 90er Jahren erfolgt ist, doch die unmittelbar zerstörenden Wirkungen viel geringer gewesen sind als in irgend einer früheren Krisis. Die Zusammenbrüche, die Vernichtungen von Werten sind zwar ja vorhanden, aber — einen sicheren Maßstab zum Messen dafür gibt es nicht — außerordentlich viel geringer als früher. Es hängt das wohl zusammen zunächst mit der günstigen Organisation unseres Notenwesens, mit der auch im wesentlichen bewährten Politik unserer großen Banken u. dergl. m. Als ein weiteres Spezifikum wird sich dann auf diesem Gebiete die vielfach gelungene Art des Samariterdienstes in dem Kriege, der sich hier entsponnen hat, nennen lassen; ich denke an die sog. „Sanierungsbestrebungen“. Ferner hat die letzte Aufschwungsperiode zahlreiche neue Methoden zur rascheren Aufblasung des Kreditballons entwickelt: ich denke hier an das System der Vertrustung, das System der Tochtergesellschaften zc. Ich will darauf nicht eingehen, ich nehme, wie gesagt, an, daß noch darüber gesprochen werden wird. Ich darf nur an einem Spezifikum nicht vorübergehen, ohne mich dem Vorwurf auszusetzen, etwas Wesentliches übergangen zu haben: das ist die Bedeutung der Kartelle für die Entwicklung des Krisenverlaufes. Ich spreche kurz darüber, meine Herren, und zwar vor allem deshalb, weil ich es vermeiden möchte, daß wir statt einer Krisendiskussion eine Kartelldiskussion bekommen, eine Gefahr, die nicht ganz ausgeschlossen ist.

Was sich über die Bedeutung der Kartelle für den jüngsten Verlauf des Wirtschaftslebens sagen läßt, ist zunächst einmal dieses, daß ihre Wirkungen nach beiden Seiten hin, nach der günstigen wie ungünstigen, meines Erachtens außerordentlich überschätzt worden sind. Was sie geleistet

haben, und zwar in ihren kräftigsten Vertretern, wird sich etwa durch folgendes ausdrücken lassen. (Wenn ich sage: in ihren kräftigsten Vertretern, so denke ich beispielsweise an das Kohlen- und Koks syndikat.) Sie haben erstens nicht die Preishaulfe zu verhindern vermocht, aber auch natürlich nicht die Absicht gehabt. Vielleicht ist die Preishaulfe weniger sprunghaft erfolgt, vielleicht sind auch allerleyte Ausmücherungen der Preishaulfe, wie wir sie beispielsweise in der belgischen Montanindustrie erlebt haben, vermieden. Im allgemeinen sind die Preise unter dem Regime der Kartelle genau so in die Höhe gegangen, wie sie anderswo in die Höhe gegangen sind, und würden auch ohne Kartelle in die Höhe gegangen sein, weil die Gründe dafür ganz allgemeine sind. Die Kartelle haben zweitens nicht vermocht, eine Ausdehnung der Produktion zu verhindern, ein wesentliches Moment, um ihre Wirksamkeit zu beurteilen. Wie sollten sie auch? Dasjenige, was sich außerhalb ihres Rahmens neu entwickelt, ist außerhalb ihres Machtbereichs. Ist es einmal da, ist ein Schacht erst einmal abgetäuft oder ein Kokssofen neu errichtet, so steht für das Kartell nur in Frage, es in sich aufzunehmen oder als Outsider neben sich bestehen zu lassen. Die Verhinderung einer Ausdehnung der Produktion ist dem Kartell nicht möglich. Dagegen haben die Kartelle — darüber ist wohl kein Zweifel — beim Ausbruch der Krisis insofern einen bestimmten Einfluß auf die Preisgestaltung ausgeübt, als die Preise nicht in dem Maße heruntergegangen sind, nicht so rasch heruntergegangen sind, wie sie es sein würden ohne das Vorhandensein der Kartelle. Es fragt sich nun aber, was ist mit diesen ihren Leistungen bewirkt für den Ablauf des Wirtschaftslebens? Sind durch diese Leistungen, ist insbesondere durch den letzten Umstand des Hochhaltens der Preise über das sogenannte natürliche Preismaß hinaus — Herr Kollege Gothein hat es genannt: „die Kartelle haben die natürliche Preisbildung verhindert“ — ein wesentlich krisenförderndes Element erzeugt worden? Ich glaube, das mit nein beantworten zu sollen. Nehmen wir an, die Kartelle — und es handelt sich hier ja im wesentlichen um die Kartelle der ersten Produktionsstoffe — wären früher in ihren Preisen heruntergegangen, so wäre wahrscheinlich eine Reihe von Bestellungen, die auf der Verarbeitung dieser Stoffe (Kohlen, Eisen) beruhten, noch eingelaufen und ausgeführt. Ich sehe aber nicht die Möglichkeit, daß durch diese Vermehrung der Bestellungen die schließliche Überfüllung des Marktes verhindert worden wäre, sie wäre nur aufgeschoben worden; es würden schließlich doch von diesen aus Kohle und Eisen hergestellten Gütern zu viele dagewesen sein. Selbst wenn noch ein paar Straßenbahnen mehr gebaut wären, noch ein paar Maschinen neu eingestellt, ein paar Schiffe mehr vom Stapel gelaufen wären, was möglich

und denkbar ist unter der Voraussetzung, daß die Kohlenpreise nachgelassen hätten, der Markt wäre doch überfüllt worden. Es würde aber diese gleichsam Verlängerung des Sterbeprozesses mit einem außerordentlich hohen Preise erkauft sein, nämlich mit dem raschen Niederbruch der Montan- und Eisenindustrie. Ich glaube, daß darin der Ausdruck von Herrn Generaldirektor Kirdorf richtig ist, als er sagte, wenn die Kartelle die Preise nicht gehalten hätten in der Montanindustrie, so würde diese einen Zusammenbruch und eine Krisis erlitten haben, wie sie noch niemals im Wirtschaftsleben vorhanden gewesen wäre, und das würde meiner Ansicht nach ein mindestens ebenso schwerwiegender Schaden gewesen sein als die Verkürzung jenes Absterbeprozesses. Man kann die Wirkung der Preispolitik der Kartelle in dem Satze zusammenfassen: es ist durch sie die Last auf andere Schultern geschoben worden. Die Kartelle der Rohstoffindustrien haben es ermöglicht, die ungünstige Konjunktur von sich ab auf die Fertigungsindustrien abzuschieben.

Etwas anders liegt die Frage, sobald es sich um die Exportindustrien handelt. Bei den Exportindustrien ist es nicht notwendig, daß bei einer Weiterproduktion eine Überfüllung eingetreten wäre, wenigstens nicht, solange das Ausland noch aufnahmefähig gewesen wäre. Hier mußte also eine preis haltende Politik notwendig eine Hinderung des natürlichen Abflusses der überproduzierten Waren bedeuten, gleichsam eine Schließung des Ventils. Nun Sie wissen ja, die Kartellindustrien haben diese Situation richtig erkannt und haben infolgedessen ihre Politik ergänzt durch Exportbonifikationen für ausgeführte Güter, die zum Kartellpreise erworben sind bzw. durch einen unter den Produktionskosten oder zu dem Produktionskostenpreise bewirkten Verkauf im Auslande. Welche Bedeutung nun diese Politik für unser Wirtschaftsleben gehabt, zu untersuchen, liegt außerhalb des Bereiches meiner Aufgabe. Ich will nur das feststellen, daß jedenfalls die Politik der Kartelle eine außerordentliche Steigerung der Ausfuhr nicht verhindert hat, namentlich nicht in den Gebieten, in denen eine Überfüllung der Produktion stattgefunden hat. Insbesondere wiederum ist die Ausfuhr der Eisenindustrie außerordentlich gestiegen. Allein in den Jahren 1901 bis 1903 ist der Anteil des Exportes an der Roheisenproduktion, die Exportquote, wie ich sie nenne, von 25 auf 37½ % gestiegen. Es ist also tatsächlich die Ausfuhr forciert worden, und es ist dadurch — und damit komme ich zu dem letzten Punkte meiner Erörterungen — das notwendige Gleichgewicht wieder hergestellt worden zwischen Angebot und Nachfrage.

Ich sage, ich komme damit zum letzten Punkte, zu der Frage: welches ist im Augenblick die Situation, welches ist die voraussichtliche Entwicklung der nächsten Zeit? Die Krisis ist vorbei, in dem Sinne der akuten Störung

des Wirtschaftslebens. Es haben sich Angebot und Nachfrage annähernd wiederum in ein gleiches Verhältnis gesetzt, allerdings mit nicht unwesentlichen Opfern seitens der Produzenten. Die Opfer bestehen in Produktions-einschränkungen, wie sie auch die Kartelle dekretieren, bestehen vor allem in außerordentlich niedrigen Preisen. Diese Situation, wie sie jetzt geschaffen, können wir mit dem Namen der Depression oder der Stagnation bezeichnen. Es finden keine Störungen mehr statt, aber der Fluß des Wirtschaftslebens fließt in einer dicken, zähen Masse dahin: Schwierigkeiten, die Waren los zu werden; Notwendigkeit, die Produktion aller Augenblicke wieder einzuschränken; niedrige Preise, die, soweit sie insbesondere den Export anlangen, direkt unlohnende Preise sind. Ich glaube auch, daß diese Signatur die Signatur der nächsten Jahre sein wird, vor allem deshalb, weil keine Aussicht vorhanden ist, daß eine Einschränkung des Angebots eintritt. Auf den entscheidenden Gebieten ist im Gegenteil für die nächste Zeit noch eine Steigerung der Produktion zu erwarten. Bedenken wir, daß noch voriges Jahr 34 neue Schächte im Ruhrgebiete im Abtäufen begriffen waren mit einer Produktion von 4 Millionen Tons, bedenken wir, daß die neuen mächtigen Eisenwerke, vielleicht die größten, die Deutschland überhaupt hat, in Lothringen, Luxemburg, erst jetzt ihre Tätigkeit recht beginnen, bedenken wir, daß im vorigen Jahre und noch in diesem Jahre eine Menge großer Schiffe vom Stapel gelaufen ist, zum Teil sogar noch im Bau begriffen ist, bedenken wir, daß endlich auch auf dem Gebiete des Baugewerbes in den letzten Jahren eine Überfüllung des Marktes sich wieder bemerkbar gemacht hat, so dürfen wir mit einiger Sicherheit schließen, daß die nächsten Jahre keine Erleichterung des Druckes bringen werden, der auf dem Wirtschaftsleben lastet. Was insbesondere das Baugewerbe anlangt, so möchte ich bemerken — und das wird Herr Dr. Hecht vermutlich auch noch ausführen —, daß dieses in der Zeit des allerhöchsten Aufschwunges stagnierte, dann aber in den ersten Krisenjahren einen Aufschwung wieder erlebte. So betrug in Dresden 1902 die Zahl der Neubauten 133, 1903 284. In Mannheim stieg die Zahl der leerstehenden Wohnungen von 1,8 % im Jahre 1900 auf 6,5 % im Jahre 1901. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unter dem Einfluß der Krisis die größeren Städte einen Sättigungspunkt erreicht haben und nicht mehr in dem Maße sich vermehren, wie es in den vorhergehenden Jahren der Fall gewesen ist.

Ganz anders wird natürlich die Situation werden in dem Momente, wo sich die vorhandene Nachfrage verringert, insbesondere wo die Ausfuhr, auf der allein heutzutage das Weiterbestehen wichtiger Industrien beruht, besonders der Eisenindustrie, Einschränkungen erleben sollte. Die Gefahr

einer solchen Einschränkung ist nicht ausgeschlossen. Sie wissen, daß ein Teil unserer Ausfuhr, insbesondere nach Amerika, zusammenhängt mit den Aufschwungszuständen jener Länder. Wenn wir beispielsweise große Mengen Materialien für den Eisenbahnbau nach Amerika geworfen haben, Schienen u. s. w., so ist es sicher, daß das ein Export ist, der nicht lange andauern kann. Wenn also diese Länder etwa ihren Bedarf nach unseren Waren einschränken sollten, so wird eine vollständig neue Situation geschaffen werden. Damit aber ist eine neue Perspektive der Betrachtung eröffnet. Fragen sind damit angeknüpft, die zu diskutieren hier nicht der Raum ist.

Ich verzichte auch darauf, meine Herren — ich sehe, daß ich tatsächlich nur eine Stunde gesprochen habe und möchte mein Verdienst nicht selbst dadurch schmälern, daß ich noch länger rede — Ihnen irgendwelche Krisenheilmittel anzugeben, überhaupt auf die Frage der Therapie der Krisen einzugehen. Sollte im Laufe der Diskussion der Wunsch danach laut werden, so bin ich gern bereit, auch einige Rezepte Ihnen aus meiner Hausapotheke zur Verfügung zu stellen. Einstweilen war mir vor allem darum zu tun, die tatsächlichen Verhältnisse aufzuklären, die Erkenntnis dessen, was ist, zu fördern, und ich hoffe, daß mir das bis zu einem gewissen Grade gelungen ist. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Verehrter Herr Professor! Der Beifall, der Ihnen soeben gezollt ist, und noch mehr die gespannte Aufmerksamkeit, mit der Ihr Referat angehört worden ist, wird Ihnen gezeigt haben, wie sehr Sie mit Ihrem Referat die Gesellschaft interessiert und damit zu Dank verpflichtet haben. Wie man auch zu den einzelnen Punkten Ihres Vortrages stehen mag, das eine steht für uns alle fest: es war ein Referat, wie es sein muß, es verlor sich nicht in Einzelheiten, sondern ging von weitgehenden allgemeinen Anschauungen aus.

(Zustimmung.)

Gehe wir weiter gehen, gebe ich Herrn Prof. Schmoller das Wort zu einigen Bemerkungen über die jetzt vorzunehmenden Wahlen.

Prof. Dr. Schmoller spricht in diesem Sinne.

Dr. Heckscher (Hamburg) macht ebenfalls einige geschäftliche Mitteilungen.

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Ich erteile jetzt das Wort Herrn Geh. Hofrat Dr. Hecht.

II. Referat

von

Geh. Hofrat Dr. **Secht** (Mannheim).

(Geldmarkt und Bankwesen.)

Geehrte Versammlung! Interessant ist es für diejenigen Zuhörer, die nicht Nationalökonomen von Fach sind, wenn sie darüber belehrt werden, was man unter Störungen in der Zirkulationsphäre und in der Produktionsphäre begreift, wenn eine Theorie der Krisen und die Ursachen der jetzigen Krisis ihnen klargelegt werden; interessanter wäre es für alle Zuhörer, wenn man ihnen mitteilen könnte, wie denn Krisen, Störungen im Wirtschaftsleben zu mildern sind, am interessantesten wäre es für diejenigen, die infolge der eingetretenen Störungen im deutschen Wirtschaftsleben Verluste erlitten haben, wenn man ihnen sagte, wie diese Verluste wieder einbringlich sind. (Heiterkeit.) Der Ausschuß des Vereins für Socialpolitik hat aber beschlossen, daß das einzelne Referat nur dreiviertel Stunden dauern möge, daher muß ich die dritte Frage, wie die erlittenen Verluste wieder einbringlich sind, aus meinem Referate ausscheiden, denn nach meiner Disposition des Vortrags würde mit der Erörterung dieser Frage die ohnehin knapp zugemessene Zeit überschritten werden. (Heiterkeit.) Sombart hat eine Diagnose der Krisen, insbesondere der jetzigen Krisis gegeben, ich will der Therapie näher treten, einer immerhin recht schwierigen Aufgabe, eine Art Heilserum konstruieren. Das Heilserum verhindert nicht die Entstehung der Krankheit, sondern verhindert oder mildert eine schädigende Wirkung. Es gibt kein Universalmittel, um die Störungen im Wirtschaftsleben dauernd zu verhindern, aber es gibt Mittel, um die eintretenden Störungen im Wirtschaftsleben früher zu erkennen, als dies jetzt gemeinhin der Fall ist, und um ihre verheerenden Wirkungen abzuschwächen. Mit diesem therapeutischen Erfolg müssen wir uns eventuell zunächst zufrieden geben.

In erster Reihe steht meines Erachtens die Frage einer rationellen Organisation des industriellen Kredits. Unsere industriellen Unternehmungen nehmen den kurzfristigen Bankkredit in Anspruch und den langfristigen in der Form der Ausgabe von Obligationen, auch teilweise in der Form der Privathypothek. Auf diese letztere Form ist des näheren nicht einzugehen. Wenn der kurzfristige Kredit da in Anspruch genommen wird, wo der langfristige einzig und allein am Platze ist: für Meliorationen, Umbauten oder Neubauten oder für Vermögensauseinandersetzungen, so ist dieser Kredit für den Industriellen ruinös, denn in allen diesen Fällen bedürfte er des stehenden Kredits. Diese Folge ist vielfach eingetreten. Der unrichtig begehrte und vielfach von Banken unrichtig gewährte industrielle Kredit ist des öfteren in den letzten Jahren ruinös gewesen, nicht nur für den Industriellen, sondern auch für die Bank, die ihn gewährte. Die Grundsätze für die Gewährung industriellen Kredits, überhaupt für die Beziehungen zwischen Banken und der Industrie sind noch nicht genügend herausgebildet. Aus den eingetretenen Katastrophen aber haben sich zwei Lehren ergeben:

Einmal kein Bankinstitut darf mit dem Schicksale eines industriellen Unternehmens seine eigene Existenz verknüpfen. Durch die Nichtbeachtung dieses Gesichtspunkts ist wesentlich mit die Katastrophe der Leipziger Bank und die Katastrophe der Kreditanstalt für Handel und Industrie in Dresden eingetreten. Mit anderen Worten, jede Bank muß auf eine richtige Verteilung ihres Risikos achten. Wenn sie in dieser Richtung unrichtige Finanzdispositionen getroffen hat, so muß sie dies rechtzeitig ihren Aktionären mitteilen, sich rechtzeitig decouvrieren. Wäre dies geschehen, so würde die Katastrophe der genannten beiden Institute gar nicht eingetreten sein oder doch in sehr abgeschwächter Form. Die betreffenden industriellen Unternehmungen, mit denen die betreffenden Banken ihr Schicksal verknüpft haben, wären vielleicht doch zu Grunde gegangen. Aber auch bei ihnen wäre die Schädigung, die weitere Kreise betroffen hat, erheblich geringer gewesen.

Unseren industriellen Unternehmungen ist vielfach in den Zeiten der Hochkonjunktur das Geld nachgeworfen worden. Man hatte es einzelnen Unternehmungen geradezu oktroyiert. Das scheint mir namentlich bei einzelnen industriellen Unternehmungen geschehen zu sein, in denen einerseits Bankiers und Banken das große Agio bei Neuemissionen und Obligationen lukrieren wollten, während andererseits die Vorstände dieser industriellen Unternehmungen in einem Taumel der Unternehmungslust sich befanden, der in den Zeiten der Hochkonjunktur einzutreten pflegt.

Eine weitere Lehre ist:

Jede Bank, die einem industriellen Unternehmen Kredit gewährt, muß vollen Einblick in die Gesamtheit seiner bankmäßigen geschäftlichen Operationen haben. Sie darf nicht zulassen, daß der Industrielle mit verschiedenen Banken oder Bankhäusern arbeitet. „Beim Zusammenbruch Terlinden haben 14 deutsche Banken und Bankiers Verluste erlitten, ein buntes Durcheinander von Provinzial- und Berliner Banken, großen und kleinen Instituten der verschiedensten Art.“ Hecht, Die Mannheimer Banken S. 45, Weber, Die Rheinisch-Westfälischen Provinzialbanken, Druckschriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 110, S. 344. Trotz der verbrecherischen Manipulationen von Terlinden war das nur möglich, weil eine krankhaft gesteigerte Konkurrenz der Banken untereinander und eine krankhaft gesteigerte Sucht nach Geschäften im Taumel der Hochkonjunktur eingetreten war.

Wenn der von einem industriellen Unternehmen geforderte Gesamtkredit die Kraft des einzelnen Bankhauses übersteigt oder dem Grundsatz der Verteilung des Risikos entgegen ist, so kann dieser Kredit auch von einer Gruppe von Banken gegeben werden — bei Warenhäusern ist dieser Fall des öfteren praktisch geworden —, aber dann ist dieser Kredit unter einheitlicher Leitung zu organisieren. Der einzelne Industrielle hat dann nicht das Rezept der Kreditgewährung zu entwerfen, sondern die den Gesamtkredit gewährende Gruppe.

Ich knüpfe hieran noch folgende Thesen:

Die Unterstützung und Förderung des Handels durch Banken ist risikoloser als diejenige der Industrie. Die Technik des Handelskredits ist mit derjenigen des industriellen Kredits nicht identisch. Im Fall der Gewährung industriellen Kredits hat der Kreditgeber sich jeweils darüber zu orientieren, daß der Kredit in dem von ihm angegebenen Sinn verwendet wird, daß also beispielsweise nicht der kurzfristige Umschlagskredit dauernd festgelegt wird. Jrgend erhebliche Teile des Bankkapitals sollen nicht dauernd festgelegt werden. Die Teilhaberschaft an industriellen Unternehmungen ist dem regulären Bankgeschäft nicht homogen. Ist eine Bank freiwillig oder unfreiwillig Teilhaberin eines industriellen Unternehmens geworden, so muß sie bei der Bilanzierung die betreffenden Posten in besonders vorsichtiger Weise einstellen. Vorstand und Aufsichtsrat einer Bank haben jeweils das Gesamtrisiko ins Auge zu fassen, durch das die Bank mit einem industriellen Unternehmen verknüpft ist, sowohl die kommanditarische Beteiligung oder die Beteiligung durch Aktien oder Obligationen, wie den Kredit, einerlei in welcher Form er gewährt ist.

Ich wende mich zum langfristigen Kredit, der durch die Ausgabe von

Obligationen erfolgt. Es handelt sich für die Regel um indoffable Obligationen mit Blankoindoffament. Sie sind entweder hypothekarisch fundiert oder ohne hypothekarische Sicherheit ausgegeben. Die hypothekarische Sicherheit ist eine ersttellige oder sie rangiert an anderer Stelle. Zur Ausgabe von Inhaberoobligationen sind, jedoch nicht ausnahmslos, insbesondere Verkehrsunternehmungen ermächtigt worden, z. B. Schiffahrtsunternehmungen wie der Norddeutsche Lloyd, die Hamburger Paket-Schiffahrtsgesellschaft, die Levante-Linie. In Bezug auf die Ausgabe von Obligationen mit Blankoindoffament bestehen keinerlei beschränkende Normen. In der That sind sie nur mit äußerster Vorsicht aufzustellen. Man möge sich erinnern, daß beispielsweise die Kohlenindustrie in Westfalen im Jahre 1877 zusammengebrochen wäre, wenn die Möglichkeit der Ausgabe von Obligationen mit Blankoindoffament nicht bestanden hätte. Damals hat Grillo den Gedanken gehabt, die erforderlichen Zubeßen durch Partialobligationen zu mobilisieren. Ohne die hierdurch geschaffene Zufuhr fremden Kapitals wären die besten Bechen zu Grunde gegangen. Die ersten Bergwerksobligationen wurden zu 6 % zum Kurs von 92 % begeben. Nur ganz ausnahmsweise sind Obligationen von Bechen notleidend geworden. Aber die eingetragenen Bergwerksobligationen sind etwas ganz anderes als z. B. die unfundierten Obligationen eines Elektrizitätswerks.

Die Obligationen mit Blankoindoffament sind wirtschaftlich ungemein verschiedener Natur. Sie variieren von solchen, die so sicher sind, wie irgend eine pupillarische Anlage ersten Ranges bis zu solchen, die nicht so hoch zu veranschlagen sind, wie eine gewöhnliche Kontokorrentforderung. Zweifellos ist die Ausgabe von Obligationen vielfach mißbräuchlich erfolgt, d. h. bei gewissenhafter Prüfung hätten die Emittenten den langfristigen Kredit nicht beanspruchen dürfen, entweder überhaupt nicht oder nicht in dem Maße, in dem es geschehen ist. Der Erwerb solcher Obligationen erfolgt von Kapitalisten, die nicht eine ausgesprochen spekulative Anlage machen wollen. Sie wollen lediglich einen etwas höheren als den landesüblichen Zins. Wenn solche Obligationen notleidend werden, werden mittlere und kleinste Kapitalistenkreise tangiert, welche die Höhe des übernommenen Risikos nicht ermaßen konnten und meist durch Bankiers zum Erwerb veranlaßt wurden, zuweilen durch solche, welche die Güte der von ihnen vertriebenen Papiere nach der Höhe ihrer Vertriebsprovision bemessen.

Es entsteht daher die Frage, ob nicht, wenn auch mit der größten Zurückhaltung, gewisse Normen für die Ausgabe von Obligationen findbar sind, und auch, ob nicht gewisse gesetzgeberische Rautelen geschaffen werden können. Z. B. könnte meines Erachtens bestimmt werden, daß reine Terrain-

gesellschaften keine Obligationen emittieren dürfen. Die Ausgabe von Obligationen dürfte Terraingesellschaften nur gestattet sein, wenn der Obligationendienst unabhängig von spekulativen Konjunkturen durch ertragbringenden Grundbesitz und durch aktive Hypotheken sichergestellt ist. S. meine Abhandlung in Band 111 der Druckschriften des Vereins für Socialpolitik S. 322. Dieser Gedanke ist vielleicht einer erweiterten Verwendung und Anwendung fähig. Auch Verkehrsunternehmungen sollen nur dann Obligationen ausgeben, wenn durch die Erträgnisse der Unterlagen die Verzinsung und Amortisation der zu kontrahierenden Schuld gesichert ist. Damit ist aber auch gesagt, daß ein einzelnes erst im Bau begriffenes Unternehmen Obligationen noch nicht emittieren sollte. Das Unternehmen sollte in Bezug auf seine industrielle Tätigkeit wenigstens insoweit fundiert sein, daß es fertig gestellt und in Betrieb ist.

Ich unterscheide ferner ganz bestimmt zwischen Obligationen, die von einem einzelnen individualisierten industriellen Unternehmen begeben werden, und den Obligationen von Finanzgesellschaften, also zwischen Obligationen, die eine und dieselbe Unterlage dauernd haben, und solchen Obligationen, denen wechselnde Werte als Unterlage gegeben sind. Für die letzteren sind Kautelen möglich und denkbar, die für die ersteren nicht nötig sind. Ja, es ist die Frage, ob rein spekulativen Unternehmungen, wie sie mehrfach solche Finanzgesellschaften sind, die Ausgabe von Obligationen überhaupt gestattet sein solle. Die Frage ist durch bekannte Katastrophen der letzten Krisis immerhin nahe gelegt.

Generell empfehle ich die Bestimmung, daß alle Gesellschaften m. b. H., die Obligationen ausgeben oder ausgegeben haben, ihre Bilanzen sollten veröffentlichen müssen, genau so wie die Aktiengesellschaften. In dieser Hinsicht besteht eine Lücke der Gesetzgebung. Generell empfehle ich, daß jede Gesellschaft, die Obligationen ausgibt, gleichzeitig mit der Ausgabe von Obligationen im Sinne des Schuldverschreibungsgesetzes einen Vertreter der Obligationeninhaber bestelle, ferner daß die Unterlagen, die dem Obligationendienst gewidmet sind, einem Treuhänder übergeben werden müssen.

Generell ist darauf zu achten, daß das Rechtsverhältnis zwischen dem industriellen Unternehmen und den Obligationeninhabern aus den Obligationen in aller und jeder Richtung klar und präzise hervorgehe. Der Text industrieller Obligationen ist vielfach mangelhaft. Es muß tunlichst klar aus dem Mantel der Obligationen hervorgehen, ob die Obligation hypothekarisch fundiert ist, ob zur ersten Stelle, oder zu einer anderen, ob und in welchem Umfange und unter welchen Voraussetzungen die emittierende

Gesellschaft berechtigt ist, weitere Obligationsschulden zu kontrahieren, ob die Gesellschaft etwa berechtigt ist, Besitzobjekte für schwebende Verpflichtungen zu verpfänden, so daß unter Umständen die Bankiers Vorzugsrechte für gewisse Vermögensteile vor den Anleihegläubigern erhalten können. Es sollen wesentliche Kriterien für die Beurteilung der inneren Güte einer Gesellschaft nicht übergangen sein, wie z. B. wie lange eine Gesellschaft konzessioniert ist. Bei gewissen Verkehrsunternehmungen ist die Dauer der Konzessionen von der größten Wichtigkeit für die Beurteilung der zu erwartenden Prosperität des Unternehmens.

Scheinbar am nächsten liegt der Vorschlag, daß ein bestimmtes Verhältnis zwischen Obligationen- und Aktien-, bzw. Stammkapital fixiert werde. In dieser Hinsicht sind unzweifelhaft gewisse dispositive Fehler während der Krisis zu Tage getreten. Eine Immobiliengesellschaft mit einem Kapital von 1¹/₂ Millionen Mark hat beispielsweise versucht, 6 Millionen Obligationen zu emittieren. In den meisten Fällen wird es gewiß den Grundsätzen der Solidität entsprechen, daß das Obligationenkapital nicht höher sei als das Aktienkapital oder darunter bleibe. Aber generell wird sich diese Norm nicht aufstellen lassen. Vielleicht kann nach Kategorien unterschieden werden. In meiner Abhandlung über die Magdeburger Bau- und Kreditbank in Band 111 der Druckschriften des Vereins habe ich beispielsweise zeigen wollen, daß die generelle Bestimmung eines Verhältnisses zwischen Obligationen- und Aktienkapital in Anwendung auf diese Gesellschaft bedenklich wäre. Wenn ferner ein Bergwerksunternehmen, das jahrelang 50 % Dividende verteilt hat und jetzt immer noch 30 % gibt, gerade weil es ein geringes Aktienkapital hat, Obligationen ausgeben wollte, warum sollte es dann nicht über den Betrag des Aktienkapitals hinaus Obligationen emittieren dürfen? Wenn ein Hüttenwerk, dessen ganzes Aktivum mit einer Mark zu Buch steht, Obligationen emittieren will, warum sollte es an die Grenzen des Aktienkapitals gebunden sein? Wir haben Bergwerksunternehmungen, deren Aktien 600 stehen; wenn das eingezahlte Aktienkapital als Maximum des Obligationenumlaufs maßgebend sein soll, soll dann der Aktienkurs gar nicht berücksichtigt werden? Beschränkt man die Ausgabe von Obligationen so, daß ein bestimmtes Verhältnis zum Aktienkapital generell eingehalten werden muß, so reizt man zur Kreierung ungefund großer Aktienkapitalien.

Indem ich mich auf diese Anregungen heute beschränke, verhehle ich nicht, daß mich die prinzipielle Frage beschäftigt, ob nicht in Bezug auf den industriellen Kredit eine Lücke in unserer derzeitigen Kreditorganisation überhaupt vorhanden ist? Die Frage des industriellen Kredits ist bisher wesent-

lich vom Standpunkt der Kreditgeber betrachtet worden, aber nicht vom Standpunkt der kreditbedürftigen Industrie. Wenn Industrielle vielfach den teuren kurzfristigen Kredit statt des langfristigen genommen haben und nehmen, so geschieht das nicht immer aus Unkenntnis der Gefahren des kurzfristigen Kredits, sondern es geschieht oft aus Not und in Ermangelung einer anderen Kreditquelle, denn die Ausgabe von Obligationen ist ein nicht immer gangbarer Weg. Die Umwandlung bestehender gewerblicher Privatunternehmungen in die Aktienform oder die sofortige Gründung solcher Unternehmungen in der Form von Aktiengesellschaften geschieht sehr oft nur deshalb, weil es dem einzelnen Privaten nicht möglich ist, in anderer Weise die gesunde Fundierung des Geschäfts zu erreichen. Diese Verwendung der Aktienform für kleinere und mittlere Etablissements beklage ich. Ich glaube, daß es möglich ist, eine bessere Organisation des industriellen Kredits herzustellen, als sie derzeit vorhanden ist, und ich will darüber an anderer Stelle mich tunlichst bald aussprechen. Gelingt es, den Gedanken praktisch auszugestalten, so wäre damit ein neuer Faktor vorhanden für die Hebung der deutschen Industrie.

Meine weiteren prophylaktischen Vorschläge in Rücksicht auf die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben gehen aus der Beobachtung der Tatsache hervor, daß die meisten industriellen und Bankunternehmungen, die von der Krisis mehr oder minder schwer heimgesucht wurden, in die Form der Aktiengesellschaft eingekleidet sind. Soweit sie in andere Gesellschaftsformen eingekleidet sind, können meine Vorschläge auch für diese anderen Gesellschaftsformen als meist zutreffend und verwendbar in Betracht gezogen werden. Der Einfachheit wegen sei von diesen anderen Gesellschaftsformen abgesehen. Auf dem Gebiete des Aktiengesellschaftswesens sind Mißstände vorhanden, die dem Aktiengesellschaftswesen als solchem nicht immanent sind, deren Beseitigung nicht eine Schwächung des Aktiengesellschaftswesens veranlaßt, vielmehr eine Gesundung und Kräftigung, deren Fortbestand aber eine Diskreditierung des Aktiengesellschaftswesens in weiteren Kreisen veranlassen muß und veranlaßt hat, und mit der Gesundung des Aktiengesellschaftswesens würden auch die Unternehmungen, die in sie eingekleidet sind, wesentlich gesunder sich gestalten. Die Form, in die ein industrielles oder Bankunternehmen eingekleidet ist, ist eben nichts Äußerliches, nicht etwas, was willkürlich abgestreift werden könnte, sondern sie ist wesentlich und mitbestimmend für das Unternehmen, und wenn auch die Behauptung zu weit geht, daß nur in einem gesunden Körper ein gesunder Geist wohnt, so enthält sie doch viel Richtiges.

Wir gelangen hiermit gleichzeitig zu wichtigen sozialpolitischen Erwägungen. Solange in Aktiengesellschaften nur ein relativ kleiner Teil des Volksvermögens investiert war, mochte man mit den Mißständen des Aktiengesellschaftswesens sich leichter abfinden. Seitdem aber eine sehr erhebliche Quote des Volksvermögens in Aktiengesellschaften investiert ist, besteht ein unverkennbares, unabweisbares öffentliches Interesse, diesen Mißständen nach Tunlichkeit entgegenzuwirken, zumal es sich bei dem Wohl und Wehe der Aktiengesellschaften keineswegs lediglich um die Aktionäre, sondern vor allem um die Gläubiger und insbesondere auch um die Inhaber von Obligationen handelt. Wir sind nicht in der Lage, dem großen Konzentrationsprozeß auf dem Gebiete des Bankwesens entgegenzuwirken, obgleich dadurch unzweifelhaft auch manche Schädigung eintritt; wir sind nicht in der Lage, auf dem Gebiete der Industrie der Bildung von Kartellen, Syndikaten, Trusts prohibitiv entgegenzutreten, wozu eine prinzipielle Veranlassung auch keineswegs vorhanden ist, aber wir müssen alle diese Erscheinungen unter sozialpolitischen Gesichtspunkten prüfen.

Unter allen organischen Einrichtungen des Aktiengesellschaftswesens hat keine so wenig die auf sie gesetzten Hoffnungen und Erwartungen gerechtfertigt, wie die Institution des Aufsichtsrats. Obwohl das notorisch ist, sind doch die diskutablen Vorschläge für die Reform des Aufsichtsratswesens nur ganz vereinzelt zu Tage getreten. Es sollen die einzelnen Vorschläge hier nicht kritisiert werden, es besteht die Notwendigkeit, die Funktion des Aufsichtsrats als Körperschaft und der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder sachgemäß zu präzisieren und damit gleichzeitig die pekuniäre und strafrechtliche Verantwortlichkeit richtig zu formulieren. Dabei muß vermieden werden, die Flucht der kapitalkräftigeren und besseren Elemente aus dem Aufsichtsrat zu veranlassen, um etwa ein Strohmannertum groß zu ziehen, wobei die einzelnen Strohleute wie Drahtpuppen von unverantwortlichen Großaktionären geleitet werden.

Eine dringliche Aufgabe der Gesetzgebung besteht darin, die Individualrechte der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder herauszubilden. Diese Individualrechte sind das Korrelat ihrer Haftpflicht. Es ist weiteren Kreisen unbekannt, ja selbst vielen Mitgliedern von Aufsichtsräten ist es nicht zum Bewußtsein gekommen, daß das Aufsichtsratskollegium zwar Rechte und Pflichten hat, daß aber das einzelne Mitglied des Aufsichtsrats nur Pflichten, aber keine Rechte hat. Das einzelne Mitglied des Aufsichtsrats hat nur im Kollegium Rechte, nicht darüber hinaus. Wohl aber hat es als einzelnes Mitglied des Aufsichtsrats eine pekuniäre Verantwortlichkeit, die eben aus der Solidarhaft folgt — zu einer Abänderung der Solidarhaft werden die gesetzgebenden

Organe sich niemals verstehen — und es hat eine strafrechtliche Verantwortlichkeit. Im Kollegium entscheidet die Mehrheit. Rechte hat das einzelne Mitglied des Aufsichtsrats nur etwa durch die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats, die ja dem Ermessen der Mehrheit des Kollegiums wieder anheim gegeben ist. Das einzelne Mitglied des Aufsichtsrats als solches hat geringere Rechte als ein einzelner Aktionär. Ein Mitglied des Aufsichtsrats braucht ja nicht Aktionär zu sein. Es ist die Aufgabe der Gesetzgebung, in wohl erwogenen Grenzen die Individualrechte der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder herauszubilden und zwar derart, daß die bezüglichlichen Vorschriften zwingender Natur, also durch Geschäftsordnung nicht abänderlich sind.

Ich spreche hier auf Grund meiner gegen meinen Willen ziemlich ausgedehnten konsultativen Praxis auf dem Gebiet des Aktienwesens und ich werfe Fragen auf, die in Aufsichtsratsgremien für die Regel nicht entstehen, so lange alles wirklich oder scheinbar gut geht. Nichts ist friedlicher als die Sitzungen von Aufsichtsratskollegien es sind, so lange eine Gesellschaft prosperiert. Nichts ist stürmischer und aufgeregter, als die Sitzungen derselben Persönlichkeiten, die einer hereinbrechenden Katastrophe vorausgehen. Eine vollständige Aufzählung der gesetzlich festzustellenden Minimalrechte des einzelnen Aufsichtsratsmitgliedes ist hier nicht beabsichtigt. Es ist aber beispielsweise unzweifelhaft gesetzlich zu statuieren, daß jedes Mitglied des Aufsichtsrats das Recht hat, Einsicht in die Protokollbücher des Aufsichtsrats zu nehmen und zwar nicht nur in diejenigen Protokolle, die seit seiner Wahl in den Aufsichtsrat zustande gekommen sind, sondern auch uneingeschränkt in alle früheren Protokolle.

Jedem Mitglied des Aufsichtsrats sollte zum mindesten das Recht zustehen, Abschriften der einzelnen Aufsichtsratsprotokolle jeweils zu verlangen, sofern es verhindert war, der Sitzung des Aufsichtsrats anzumohnen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats sollte eine Monatsbilanz erhalten. Es sollten ihm diejenigen Druckfachen von der Direktion zugestellt werden müssen, die in der Form von Zirkularen und Annoncen oder wie sonst immer hinausgehen, sonach weiteren Kreisen ohnehin zugänglich sind. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats sollten tunlichst gleichmäßig über den internen Geschäftsgang insoweit unterrichtet sein, als dies ohne Schädigung der Gesellschaft irgend möglich ist. Von diesem Prinzip ausgehend sind die Einzelbestimmungen zu fassen. Das entspricht dem gesetzlich statuierten Prinzip der Solidarhaft. Man darf nicht einen Rechtszustand dauernd aufrecht erhalten, bei dem das einzelne Mitglied des Aufsichtsrats für den Fall zivilrechtlicher Regreßklagen und im Strafverfahren auf seine vollkommene

Unkenntnis wichtigster Vorgänge mit einigem Recht sich berufen kann, wie das bekanntlich tatsächlich geschehen ist.

Wenn ein Ausschuß des Aufsichtsrats oder wenn mehrere Ausschüsse unter irgend welchen Benennungen bestehen, sollen die Mitglieder des Aufsichtsrats, die dem Ausschusse nicht angehören, das Recht haben, in die Protokolle des Ausschusses Einsicht zu nehmen? oder sollen sie gar das Recht haben, einzelnen Sitzungen des Ausschusses anzuwohnen? Es steht nichts im Wege, die Frage prinzipiell zu bejahen. Mit dieser prinzipiellen Stellungnahme läßt es sich vollkommen vereinbaren, daß jede berechnete Diskretion vollkommene Berücksichtigung finden könnte. Es ist damit nicht ausgeschlossen, daß zum Beispiel die Kreditlisten, die in einem Kreditausschuß festgestellt werden, den einzelnen Aufsichtsräten unzugänglich sind, daß in Bezug auf schwebende Konfunktionalgeschäfte, geplante Anlehensoperationen mit Staaten und Gemeinden u. s. w. das berechnete Geschäftsgeheimnis vollkommen gewahrt bleibe und dergleichen mehr.

Wo immer ein Ausschuß aus dem Aufsichtsrat besteht, hat dieser Ausschuß über seine Tätigkeit seit der letzten Sitzung des Aufsichtsrats in der nachfolgenden Aufsichtsratsitzung dem Plenum Bericht zu erstatten. Wie der Geschäftsbericht der Direktion, so hat der Bericht des Ausschusses ein regelmäßiger Gegenstand der Tagesordnung in der Plenarsitzung des Aufsichtsrats zu sein. Auf Verlangen sind die Protokolle der Ausschusssitzungen in den Plenarsitzungen des Aufsichtsrats zu verlesen. Die organische Eingliederung der Ausschüsse in den Aufsichtsrat, ihre Stellung einerseits zur Direktion, andererseits zum Plenum des Aufsichtsrats ist vielfach in Geschäftsordnungen nicht klar präzisiert und diese klare Präzisierung durch Geschäftsordnungen ist unentbehrlich. Die Geschäftsordnungen der einzelnen Verwaltungsorgane einer Gesellschaft gelten heute als ein Internum dieser Verwaltungsorgane. Es ist fraglich, ob die Beibehaltung dieser Praxis rätlich ist. In vielen Statuten ist vorgesehen, daß der Aufsichtsrat sich eine Geschäftsordnung zu geben hat. Liegt das im Interesse der Aktionäre, so liegt es auch in ihrem Interesse zu wissen, wie diese Geschäftsordnung beschaffen sei. Die aufgezählten Protokolle gewähren den instruktivsten Einblick in die Tätigkeit der Ausschüsse und vielfach auch der Direktion für die Zeit, in der eine Aufsichtsratsitzung nicht gewesen ist. Durch die Einbeziehung des reichen Stoffs, der Gegenstand der Beratungen in Ausschüssen gewesen ist, würden die Plenarsitzungen des Aufsichtsrats einen belehrenden und orientierenden Inhalt gewinnen, während jetzt viele Plenarsitzungen so inhaltslos sind, wie die Generalversammlungen.

Einer besonderen Erwägung bedarf die Frage, ob bei einer mehr-

gliederigen oder vielgliederigen Direktion die Protokolle der Direktions-sitzungen dem einzelnen Mitglied des Aufsichtsrats zugänglich sein sollen und können, ob sie insbesondere dann zugänglich sein sollen, wenn mindestens drei Mitglieder des Aufsichtsrats die Vorlage der Protokolle verlangen? Daß die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats in den laufenden Geschäftsgang der Direktion nicht störend eingreifen dürfen, ist selbstverständlich. Aber das Verantwortlichkeitsgefühl wird erhöht, wenn das einzelne Mitglied des Aufsichtsrats das Recht hat, innerhalb gewisser wohlermogener Grenzen Einsicht in den inneren Geschäftsgang zu nehmen, die Verantwortlichkeit wird gesteigert, wenn derjenige, der das Recht des Einblicks hat, dieses Recht nicht ausübt. Die Haftbarkeit wird gerechtfertigt, wenn man zu tun unterläßt, was man zu tun befugt war. Derzeit beruht die ganze Verfassung des Aufsichtsrats auf dem, was man „Vertrauen“ nennt. Das ist kein für die juristische Konstruktion verwertbares Moment. Die Verfassung des Aufsichtsrats ist aus jener Zeit herübergenommen, in der das Rechtsbewußtsein noch nicht bestand, daß für die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrats eine unter Umständen für sie ruinöse, pekuniäre Haftpflicht und eine ihre ganze bürgerliche Existenz möglicherweise untergrabende kriminelle Haftbarkeit bestehe. Der einzelne Aufsichtsrat hat auch heute eine Vertrauensstellung wie der ganze Aufsichtsrat, aber eine bezahlte Vertrauensstellung. Aber auch wenn man die Stellung des Aufsichtsrats im Gesamtorganismus und die Stellung der einzelnen Aufsichtsräte sowie der Ausschüsse in der angegebenen Richtung juristisch besser formuliert, wenn man insoweit die Vertrauensfrage objektiviert, bleibt noch immer ein reiches Feld des Vertrauens übrig.

Nach einer Richtung sind die Verpflichtungen, die im Handelsgesetzbuch dem Aufsichtsrat zugewiesen sind, viel zu weitgehend. Die gesamte rechnerische Revisionstätigkeit ist aus dem Pflichtkreis des Gesamtaufsichtsrats loszulösen. Es ist töricht, wenn die Gesetzgebung einem Gesellschaftsorgan Verpflichtungen auferlegt, von denen sie weiß oder bei einiger Orientierung wissen muß, daß dieses Gesellschaftsorgan diese Verpflichtungen nicht erfüllen kann. Weder der Gesamtaufsichtsrat noch einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder können die Bücher und Schriften einer Gesellschaft von einigem Umfang einsehen und prüfen. Sie können wohl den Bestand an Wertpapieren und Waren untersuchen, aber nur durch Stichproben und Stichproben sind nahezu gänzlich wertlos. Ein Recht der Untersuchung aber ist illusorisch, wenn die Unmöglichkeit der Ausübung dieses Rechts zweifellos ist. Der Bestand der Gesellschaftskasse läßt sich periodisch prüfen, aber dieser Prüfung kann ein erheblicher Wert nicht bei-

gemessen werden. Die Prüfung der Jahresrechnungen und der Bilanzen ist für den Gesamtaufsichtsrat oder für einzelne von ihm zu bestimmende Mitglieder für die Regel unmöglich. Hier bedarf es einer tief eingreifenden organischen Neugestaltung. Schon der oberflächlichsten Laienbetrachtung muß es auffallen, daß bei einer Reihe notleidender Gesellschaften die der Katastrophe unmittelbar vorausgegangene Bilanz mit der Bescheinigung von Bücherrevisoren versehen gewesen ist, wonach die Bilanz mit den Büchern übereinstimmend befunden wurde. Wir haben aber erfahren, daß jahrelang unrichtige oder gefälschte Bilanzen aufgestellt werden können, ohne daß dies entdeckt wurde. Den einzig richtigen Weg der Reform weist die englische Aktiennovelle vom 8. August 1900 (siehe die Ausgabe von Schirrmester, Berlin 1901, S. 112 ff.). In England hat man in dem Institute of Chartered Accountance eine musterhafte Institution der Bücherrevision. Es erhielt durch Royal Charter vom 11. Mai 1880 Korporationsrechte und hat seinen Sitz in London. Der Erwerb der Mitgliedschaft ist an strenge Vorbedingungen geknüpft, die zu bestehenden Examina sind im einzelnen vorgeschrieben. Die Bestellung eines ständigen Bücherrevisors ist seit der genannten Aktiennovelle obligatorisch. Sie ist eine Zwangseinrichtung, am ersten vergleichbar mit der seit dem Reichsgesetz vom 1. Mai 1889 § 51 ff. gesetzlich angeordneten Revision, der die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in regelmäßiger Wiederkehr unterliegen. Dem ständigen Bücherrevisor stehen zu jeder Zeit die sämtlichen Bücher, Rechnungen und Belege der Gesellschaft zur Einsicht offen. Der Aufsichtsrat und die Beamten der Gesellschaft sind verpflichtet, ihm jede gewünschte Auskunft und Aufklärung zu erteilen. Über jede vorgenommene Revision hat der Revisor einen Revisionsbericht zu verfassen, der der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen ist. Seine Pflicht erstreckt sich unbeschränkt darauf, die wahre finanzielle Lage der Gesellschaft zur Zeit der Revision zu erfunden und anzugeben. Die Nichterfüllung seiner Pflichten kann schwere pekuniäre Nachteile für ihn haben. Schirrmester bemerkt, dieser Bücherrevisor kommt seiner Pflicht nicht dadurch nach, daß er lediglich Einsicht von den Büchern nimmt, ohne weitere Nachforschungen anzustellen und ohne sich die Mühe zu geben und zu sehen, ob die Bücher selbst die wahre Finanzlage der Gesellschaft zum Ausdruck bringen. Vielmehr muß er eine angemessene Sorgfalt auf die Feststellung verwenden, ob die Bücher ein wahrheitsgemäßes Bild gewähren oder nicht. Schirrmester erwähnt einen konkreten Fall: Es hatte der ständige Bücherrevisor einer Bank einige Posten auf der Kreditseite einer vom Aufsichtsrat aufgestellten Jahresbilanz bemängelt und in einem besonderen Schreiben an den Auf-

sichtsrat auf die Mängel aufmerksam gemacht und ihm geraten, keine Dividende zur Auszahlung gelangen zu lassen. Auf Bitte des Aufsichtsrats ließ er sich dazu verleiten, eine diesbezügliche Bemerkung in seinem Zertifikate zur Bilanz zu unterdrücken. In der darauf folgenden Generalversammlung wurde die unabgeänderte Bilanz des Aufsichtsrats den Aktionären vorgelegt und von diesen genehmigt und gemäß dem Vorschlag des Aufsichtsrats die Verteilung einer Dividende beschlossen. Das Gericht erkannte, daß der Bücherrevisor seine Pflicht gegenüber den Aktionären vernachlässigt habe. Er wurde verurteilt, aus eigener Tasche den Gesamtbetrag der zur Auszahlung gelangten Dividende an die Gesellschaft zurückzuerstatten. Die Mitglieder des genannten Bücherrevisionsinstituts sind freilich sehr solvente Leute, Handelsfirmen, Kaufleute, die sich einen Stamm von tüchtigen, praktisch herangebildeten kaufmännischen Hilfskräften halten. Zahlreiche Aktiengesellschaften pflegen Mitglieder dieser Institution zu Bücherrevisoren zu bestellen. In einem anderen Fall, über den mir berichtet wurde, lehnte der Revisor die Anerkennung der Bilanz ab, weil ihm die Bilanzen der Tochtergesellschaften nicht vorgelegt wurden. Man fügte sich und gab ihm Einblick in die Bilanzen der Tochtergesellschaften. Es stellte sich heraus, daß in den Tochtergesellschaften die Mitglieder des Aufsichtsrats bereits Tantiemen bekamen und die Erträgnisse dieser Gesellschaften gingen nochmals durch die Tantiempflicht bei der Muttergesellschaft. Der Revisor setzte durch, daß in einer Fußnote bei der Bilanz der Muttergesellschaft dies bemerkt wurde.

Wie ganz anders ist die Stellung eines solchen englischen Bücherrevisors als diejenige eines deutschen Bücherrevisors. Die ganze Institution steht in England außerordentlich viel höher als bei uns. Sie bietet viel größere Garantien gemäß der vorhandenen Spezialbildung, gemäß dem dahinterstehenden Garantiekapital, kraft den Anforderungen des Gesetzes und einer rigorosen Rechtsprechung. In Deutschland haben wir jetzt einen Bücherrevisor auf Aktien, die deutsche Treuhand-Gesellschaft in Berlin. Nach ihrem Vorbild sind derartige Gesellschaften zu organisieren. Die systematische Ausbildung von Bücherrevisoren, namentlich für Aktiengesellschaften, könnte unter Anlehnung an unsere Handelshochschulen sich erfolgreich vollziehen. Aber schon jetzt sollte man einen starken Druck ausüben, daß jene lakonischen Bemerkungen, es sei die Bilanz geprüft und mit den Büchern übereinstimmend befunden, als nicht genügend erachtet wird. Es sollen die Bücherrevisoren angeben, in welchem Umfang sie die Bilanz geprüft haben, ob sie beispielsweise bei Banken die Übereinstimmung der Bücher mit der Korrespondenz konstatiert haben, ob sie alle Posten der

Bank addiert haben, ob sämtliche Bankauszüge mit den Büchern verglichen worden sind. Kurz, es sollen die einzelnen Richtungen angegeben werden, in denen ihre Revisionsstätigkeit sich geltend gemacht hat derart, daß sie die Überzeugung gewonnen haben, es sei die wahre finanzielle Lage der Gesellschaft zur Zeit der Revision von ihnen erkundet worden. Es ist Tatsache, daß manche Direktoren als Revisoren „Nichtrevisoren“ haben. Manche Gesellschaft wählt den Revisor, der ihr bequem ist. Unbequeme Revisoren werden abgeschüttelt. Unbequeme Revisoren sind diejenigen, die viele Monita ziehen. Das trifft natürlich keineswegs durchweg zu. Vielen Gesellschaften ist ein findiger Bücherrevisor überaus angenehm und wertvoll.

Wenn die Einführung des Systems der englischen Bücherrevision in Deutschland erfolgt, so ist damit eine sachgemäße Entlastung des Aufsichtsrats hergestellt. Die Verantwortlichkeit des Aufsichtsrats bewegt sich dann in den Grenzen, die ihr gesteckt werden können. Die Bücherrevision gibt dann die Überzeugung von der richtig verstandenen „formellen Richtigkeit“ der Bilanz. Die Haftung für die materielle Richtigkeit der Bilanz bleibt dem Aufsichtsrat nebst dem Vorstand. Die Tätigkeit des Aufsichtsrats fängt da an, wo diejenige der Bücherrevisoren aufhört. In dem nunmehr sich ergebenden Sinn hat der Aufsichtsrat die Jahresrechnungen, die Bilanzen und die Vorschläge zur Gewinnverteilung zu prüfen. Der Aufsichtsrat hat Sorge zu tragen, daß die vom Vorstand ihm vorgelegte, der Generalversammlung zu unterbreitende Bilanz klar und wahr sei. Bilanzwahrheit ist das durchweg zu erstrebende Ziel. Jedes Mitglied des Aufsichtsrats muß persönlich die Überzeugung haben, daß die Bilanz wahr sei, daß sie materiell richtig ist. Diese Überzeugung soll objektiv begründet, nicht etwa lediglich durch das Vertrauen auf Mitglieder des Vorstands oder auf einzelne Mitglieder des Aufsichtsrats fundiert sein. In die Aufsichtsräte sollten demgemäß nur solche Persönlichkeiten eintreten, die geeignet sind, eine solche objektive Überzeugung sich zu bilden. Selbst außerordentlich tüchtige Kaufleute sind unter Umständen nicht in der Lage, die Bilanz einer Aktiengesellschaft selbst zu ziehen, aber sie sollen befähigt sein, über die Methode der Bilanzierung sich schlüssig zu machen und über die materielle Richtigkeit der Bilanz sich ein Urteil bilden zu können. Wenn im Hinblick auf die große pekuniäre, unter Umständen auch kriminelle Verantwortlichkeit das Bewußtsein dieser ihnen obliegenden Pflicht in die Kreise eindringt, aus denen die Aufsichtsratsmitglieder gewählt zu werden pflegen, dann ist ein wesentlicher Schritt zur Gesundung der Aktiengesellschaftsbilanzen geschehen, dann wird die Jagd nach Aufsichtsratsstellen sich mindern, die Zahl der dekorativen Aufsichtsräte wird sich verringern und

wer eine Aufsichtsratsstelle annimmt, ohne die Befähigung, die eben als unentbehrlich bezeichnet worden ist, darf sich nicht beklagen, wenn er unter Umständen schweren pekuniären Schaden tragen muß.

Es ist bemerkt worden, daß der Aufsichtsrat die Pflicht habe, sich darüber zu vergewissern, ob nach richtigen kaufmännischen Grundsätzen die Bilanz gezogen ist, ob also die Bilanzmethode, die angewendet wurde, richtig ist. Dafür herrscht in soliden und erfahrenen kaufmännischen Kreisen ein ungemein feines Gefühl. Hervorragende wissenschaftliche Arbeiten über die Bilanzierung namentlich der Aktiengesellschaften sind seltenerweise nicht von Nationalökonomien, sondern von Juristen geliefert worden. Ich verweise auf das Werk von Simon über die Bilanzen der Aktiengesellschaften und auf das in diesen Tagen erschienene Werk von Rehm. Jede Art von Aktiengesellschaften bietet Eigenarten der Bilanzierung und über zahlreiche Einzelfragen besteht noch nicht Übereinstimmung.

Mit summarischen Gesichtspunkten ist auf diesem Gebiet der Buchungen und Bilanzmethoden nichts getan. Man muß alle Arten der Aktiengesellschaften in ihrer Besonderheit erfassen und für jede Gattung der Aktiengesellschaften die richtige Buchungs- und Bilanzmethode festzustellen versuchen. Selbstverständlich gibt es auch eine große Zahl allgemeiner Gesichtspunkte, über die Übereinstimmung besteht. Das Gesagte möge an einzelnen Beispielen erhärtet werden: Vor kurzem hat sich in der Presse eine lebhafte Fehde in Betreff der Bilanzen der Hamburg-Amerika-Paketschiffahrtsgesellschaft und des Norddeutschen Lloyd entsponnen. Das Verständnis von Schiffahrtsbilanzen ist ohnehin nicht ganz leicht. Schon die Frage, was unter Gewinn bei Schiffahrtsbilanzen zu verstehen ist, bedarf einer gewissen Orientierung. Man unterscheidet bei Schiffahrtsbilanzen den Betriebsgewinn, d. i. der Gewinn, der lediglich aus dem Schiffahrtsbetrieb ohne Abrechnung der jährlichen Unkosten und Steuern sich ergibt, den Bruttogewinn, d. i. der Gewinn nach Abzug aller Unkosten und einen Reingewinn: der Gewinn nach den Abschreibungen. Manche schlagen auf die Kosten eines Schiffes die Bauzinsen, andere nicht.

Es hat sich nun bei der erwähnten Fehde herausgestellt, daß es ein großer Mißstand ist, wenn die Art der Buchungen bei den großen Dampfschiffahrtsgesellschaften nicht tunlichst einheitlich erfolgt. Es ist der Wunsch laut georden, daß die beiden großen Gesellschaften über die Grundsätze der Bilanzierung sich verständigen möchten, damit eine zutreffende Vergleichung für das geschäftliche Wirken der beiden Unternehmungen möglich sei. Dieser Wunsch ist nicht unberechtigt und bei einigem guten Willen kann ihm wohl entgegengekommen werden. Es handelt sich eben nicht nur um die Aktionäre,

sondern um die Gläubiger. Gesellschaften, die Inhaberpapiere ausgeben, haben noch mehr als andere alle Ursache, durchsichtige, vergleichbare Bilanzen zu veröffentlichen. Man hat des weiteren auch gesagt, daß die Veröffentlichung der Höhe der Abschreibungen unerlässlich sei, die Aktionäre seien berechtigt, über die Höhe der vorgenommenen Abschreibungen Mitteilung zu erhalten. Die Frage ist z. B. in Rücksicht auf die deutsche Levante-Linie in Hamburg zur Erörterung gekommen. Diese Forderung geht meines Erachtens zu weit.

In der Regel geben die Schiffahrtsgesellschaften nur die gesamten Abschreibungen en bloc, weil sie fürchten, durch eine Spezifikation der Abschreibungen ihre geschäftlichen Interessen zu schädigen. Nicht mit Unrecht glauben sie insbesondere bei eventuellem Verkauf von Schiffen geschädigt zu werden, wenn die Abschreibungen für jedes einzelne Schiff angegeben sind. Wenn ein Schiff sehr niedrig zu Buch steht, so wird naturgemäß der Käufer entsprechend dem niedrigen Buchpreis ein niedriges Gebot machen. Es ist auch nicht angezeigt, für den Fall eines erzielten hohen Bruttogewinns die Konkurrenz auf die Rentabilität einer Linie aufmerksam zu machen. Man darf wohl diese Erwägung in Rücksicht auf die Schiffahrtsgesellschaften als berechtigt anerkennen, während allerdings im allgemeinen Abschreibungen nicht in einer Summe angegeben werden sollten. Prinzipiell sollte jeweils ersichtlich sein, worauf Abschreibungen erfolgt sind. Doch läßt sich dieser Grundsatz beispielsweise auch bei Immobiliengesellschaften nicht streng durchführen. Unter allen Umständen sollten die Abschreibungen über Gewinn- und Verlustkonto gehen. Leider bestehen in Bezug auf den Gewinn- und Verlustkonto keine gesetzlichen Bestimmungen. Aber dem Aufsichtsrat muß selbstverständlich die Spezifikation der Abschreibungen zugänglich sein. Der Aufsichtsrat würde in diesem Falle in seinem Bericht an die Generalversammlung zu bestätigen haben, daß ihm die Spezifikation der Abschreibungen vorgelegen habe und daß die Abschreibungen von ihm für genügend erachtet worden sind. Die gesamten Werte der Schiffe dürfen in der Bilanz keinesfalls höher angegeben werden, als sie tatsächlich sind. Es ist aber nicht gerade nötig, jährlich für jedes Schiff eine besondere Bewertung zu machen.

Um die Abschreibungen für die einzelnen Schiffe intern richtig zu bemessen, ist eine weitgehende Individualisierung und Spezialisierung nötig. Man hat zu unterscheiden zwischen Frachtdampfern und Personendampfern. Die Lebensdauer eines gut gebauten Frachtdampfers ist auf 20—25 Jahre zu schätzen. Auf den Erstehungspreis wird man bei einem Frachtdampfer 5 % bis 6 1/2 % abschreiben müssen. Ein Personendampfer ist schwer auf seinen Wert zu prüfen, besonders deshalb, weil er einen speziellen Wert in

der Linie als solcher hat. Die Abschreibungen können auch nicht gleichmäßig sein. Infolge der starken Schwankungen der Frachtraten müssen die Gesellschaften bestrebt sein, in guten Jahren die Abschreibungen möglichst hoch zu bemessen, um in schlechten sparen zu können. Bei der Beurteilung der Schiffe ist darauf Rücksicht zu nehmen, daß durch neue Erfindungen der Wertmaßstab für die Beurteilung eines Schiffes verschoben werden kann. Bei Personendampfern sind einer besonderen Beurteilung die sogenannten Reklameschiffe, also die großen überseeischen Luxusdampfer zu unterwerfen¹.

Ungleich schwieriger ist die Beurteilung von Bilanzen der Gewerkschaften und der Bergwerks-Aktiengesellschaften. Sie ist für das große Publikum einfach unmöglich. Weder nach Gewinnausweisungen, noch nach Dividenden kann da eine Orientierung gefunden werden.

Die Art der Bilanzierung ist bei den Gewerkschaften auch keine übereinstimmende. Die alte Methode der Bilanzierung gibt den Gewerken keine Übersicht über das Kapitalkonto. Insbesondere sind die Methoden der Abschreibung durchaus verschieden. Was man aber aus den Bilanzen in keinem Fall ersehen kann, ist die Beantwortung der Frage, welche Arbeiten auf Betriebe genommen sind, die unter Umständen den Charakter von Neuanlagen haben. Einzelne Zechen betrachten das weitere Niederbringen verschiedener Schächte, um neue Sohlen aufzuschließen, als eine Neuanlage, andere Zechen dagegen nehmen derartige Arbeiten völlig auf den Betrieb. Daher muß man, um eine Gewerkschaftsbilanz richtig beurteilen zu können, sich von Fall zu Fall über die Praxis der Bilanzierung belehren lassen. Diese Unterschiede in der Abschreibung bzw. Buchung von Neuanlagen bestehen auch bei den Bergwerks-Aktiengesellschaften und der gleiche Prozentsatz der Abschreibungen bei der einen Gesellschaft ist durchaus nicht gleichbedeutend mit demjenigen bei einer anderen.

Man kann diesen Fragen auch von einem anderen Gesichtspunkte aus nähertreten. Die Kardinalfrage ist: Was ist wirklich der Ertrag bei einem Bergwerk? Sind die Kosten, die künftigen Gewinn vorbereiten durch Ausrichtung, durch Anlage neuer Schächte usw. als „Ertrag“ zu betrachten, bzw. dem Ertrag zuzuschreiben oder nicht?

Sind diejenigen Ausrichtungskosten, die dazu dienen, den zukünftigen Gewinn vorzubereiten, auf die Selbstkosten der jetzigen Produktion zu nehmen oder qualifizieren sie sich als Herstellung eines neuen Wertes, einer Kapital-

¹) Finanz-Herald vom 20. Februar 1903 Seite 96.

anlage, die dazu dient, künftige Produkte, z. B. Kohlen, zu gewinnen? Einzelne Gruben rechnen das, was sie ausgeben, auf die jetzigen Selbstkosten, andere nicht.

Es gibt Bergwerke, die Wert darauf legen, mit großen Abschreibungen zu prunken. Um das zu können, rechnen sie die Kosten für neue Anlagen zum Ertrag: die ganze Ausrichtung, die Vorrichtungen usw. Auf diese Weise rechnen sie große Gewinne heraus und davon können sie große Abschreibungen machen. Das imponiert dem Publikum. Das Publikum kennt nicht die Umstände, auf denen die Möglichkeit solcher Abschreibungen ruht. Andere Gruben schreiben das alles schon vormweg von dem Gewinn ab, sie nehmen alle Kosten auf die Selbstkosten.

Unter allen Umständen ist darauf zu achten, daß Mittel vorhanden sind und aufgewendet werden, um das Bergwerk abzuschreiben. Man kann bei Bergwerken nicht vorsichtig genug sein. Der Bergbau ist ein riskantes Geschäft und verlangt mehr Reserven als jedes andere Geschäft.

Von größter Bedeutung für die Solidität der Bilanzen von Bergwerksgesellschaften ist die Bewertung des Bergwerks, des ganzen und der einzelnen Teile, wie hoch man die Materialien, die Produkte, die Maschinen bewerten will? Bei Maschinen kommt es auf die Art der Maschinen an: Fördermaschinen, Wassermaschinen, Landmaschinen usw. Bei Maschinen von Hüttenwerken kann man weniger abschreiben, bei Grubenmaschinen muß man hoch abschreiben.

Sehr genau untersuchen sollte man auch die Ursache der Kapitalerhöhung bei Bergwerken. Die Fehler früherer Bilanzen werden des öfteren „saniert“ durch Aufnahme von neuem Kapital. Der vorhandene Fehlbetrag wird durch neues Kapital saniert. Solches neues Kapital ist eigentlich Ersatz des alten. Man läßt das alte Kapital stillschweigend bestehen, das neue soll die Rentabilität des alten und neuen Kapitals herstellen. Man kann keine Dividende mehr auf das alte Kapital bezahlen und bezahlt oder will bezahlen aus dem neuen Kapital Dividende für das alte und neue Kapital. Die Dividenden sind bei Bergwerken vielfach zu hoch.

Für alle industriellen Unternehmungen ist die Frage der Berechnung der Selbstkosten von außerordentlicher Bedeutung. Der Grundsatz, daß die Selbstkosten in die Bilanz eingesetzt werden dürfen, ist so zu verstehen, daß die sich rechnerisch ergebenden Selbstkosten als Maximum der einzusetzenden Summe zu betrachten sind. Es kann aber sein, daß die Einsetzung der Selbstkosten in die Bilanz durchaus ungerechtfertigt ist, z. B. wenn eine

Anlage unverhältnismäßig teuer gebaut worden ist. In diesem Fall sollte sie niedriger bilanziert werden. Die Frage, ob eine Anlage unverhältnismäßig teuer gebaut worden sei, ist aber keineswegs immer leicht zu entscheiden. Unverhältnismäßig teuer gebaut ist anscheinend eine Anlage, die im Verhältnis zum Selbstkostenpreis zu gering rentiert. Aber anzuerkennen ist, daß nicht immer die augenblicklich niedrige Rentabilität entscheidend ist, namentlich bei Anlagen, die auf viele Jahre gebaut worden sind und bei denen nach allgemeinen Erfahrungen eine Steigerung der Rentabilität erwartet werden kann, wie z. B. bei Bauanlagen.

Bei industriellen Gesellschaften sind die Wertansätze des Inventarkontos von außerordentlicher Bedeutung. Es ist festzustellen, inwieweit sie rechnerisch fundiert sind. Sie beruhen vielfach auf Schätzungen und das läßt sich in vielen Fällen nicht umgehen, aber es gibt auch Fälle, in denen ein besseres Fundament gefunden werden kann. Bei fertigen Waren ist der Herstellungspreis zu ermitteln. Es ist namentlich zu prüfen, ob in dem angesetzten Preis schon ein Gewinn enthalten ist, wozu vielfach bei Vorständen Neigung besteht. Stets hat der Aufsichtsrat darauf sein Augenmerk zu richten, daß die Warenlager nicht zu hoch in die Bilanz eingesetzt werden und in dieser Richtung geeignete Recherchen anzustellen, eventuell unter Hinzuziehung geeigneter Sachverständiger.

Für die Bilanzen aller industriellen Unternehmungen spielt die Frage der Abschreibungen eine große Rolle. In der Vornahme der Abschreibungen liegt zuweilen des öfteren eine intensive materielle Verfügung, da die Abschreibungen den Gewinnausweis ganz erheblich beeinflussen können. Die Dividendenpolitik und die Abschreibungspolitik stehen im engen Zusammenhang. Die richtige Dividendenpolitik deckt sich namentlich bei industriellen Unternehmungen vielfach mit der richtigen Methode der Bilanzierung. Aber die richtige Bilanzierungsmethode ausfindig zu machen, ist namentlich für neue Kategorien gewerblicher Unternehmungen überaus schwierig. Man vergegenwärtige sich nur, wie z. B. bei den Hypothekenbanken, dem jüngsten Zweig des Bankwesens, erst sehr allmählich und bis zum heutigen Tage noch nicht ganz übereinstimmend, die Methode der Bilanzierung ausgebildet worden ist. Ganz andere Probleme aber entstanden für die Elektrizitätsgesellschaften. Hier entstand in Rücksicht auf die Bilanzierung nicht nur die Frage des richtigen Abschreibungssystems, sondern auch beispielsweise die Frage des Zeitpunkts, mit dem die Abschreibungen zu beginnen hatten, des Prozentsatzes der Abschreibungen, der selbstverständlich, je nach dem Objekt, verschieden ist und vor allem das Problem der Berechnung der

Selbstkosten. Diese Berechnung ist keineswegs so einfach, wie der Laie dies gemeinhin voraussetzt.

Die Grundsätze, nach denen die Transportversicherungsgesellschaften ihre Bilanzen aufstellen, sind hinsichtlich der Bemessung der Prämien- und Schadenreserven nicht übereinstimmend und für die Beurteilung der Bilanzen, die ohnehin von jedem Außenstehenden nur schwer beurteilt werden können, ist die Kenntnis dieser Tatsache wichtig.

Bei einer Reform des Aktiengesellschaftsrechts sollte die Befugnis und die Verpflichtung zur Aufstellung von Bilanzschemata für die Hauptarten der Aktiengesellschaften dem Bundesrat übertragen werden. Soweit dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherungen diese Aufgabe zugewiesen ist, bedarf es keiner weiteren Gesetzesbestimmungen. Für Hypothekenbanken könnte eine größere Einheit der Bilanzierung noch erreicht werden. Die Aufstellung von Bilanzschemata würde der jetzt herrschenden Willkür und Zersplitterung der Bilanzmethoden gewisse Schranken setzen und die richtigen Bilanzmethoden üben wiederum ihre zwingende Rückwirkung auf die Buchungsmethoden. Das würde größere Klarheit und größere Durchsichtigkeit der Bilanzen schaffen. In den Bänden 110, 111 der Druckschriften des Vereins ist ein reiches Material und sind reichliche Belege dafür gegeben, daß größere Einheitlichkeit der Buchungs- und Bilanzmethoden nicht länger entbehrt werden kann. Die Mißstände sind schreiend, die Willkür ist grenzenlos. Es haben sich eben Buchungs- und Bilanzmethoden forterhalten aus Zeiten, in denen die betreffenden Bankinstitute noch kleiner waren, in denen sie höchstens eine provinzielle, keine nationale, am allerwenigsten eine internationale Rolle spielten. Man hat öfter den Eindruck, daß in den beliebten Buchungs- und Bilanzmethoden ein kleiner Buchhaltergeist mehr gewaltet hat als die schöpferische Kraft der Männer, die die Größe unseres deutschen Bankwesens begründet haben. Und die Willkür der Bilanzierungen bei industriellen Gesellschaften ist nicht minder groß.

Wie das Erfordernis einer klareren und durchsichtigeren Gestaltung der Bilanzen unabweisbar ist, so ist auch eine wesentliche Umgestaltung der Geschäftsberichte unabweisbar. Im § 260 Abs. 2 des Handelsgesetzbuches ist neben der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ein den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnder Bericht des Vorstandes nebst den Bemerkungen des Aufsichtsrates verlangt. In welcher Weise ist man in der Praxis des Aktiengesellschaftswesens dieser Gesetzesvorschrift nachgekommen? Heute sind die meisten Geschäftsberichte eine Dekoration der Bilanz, ein mehr oder minder wortreiches Beiwerk. Ich habe Hunderte, vielleicht Tausende von Geschäftsberichten gelesen, ohne daraus

irgendwelche Belehrungen schöpfen zu können. Dabei denke man, daß die Geschäftsberichte doch eigentlich für sachkundige Aktionäre bestimmt sind. Ein Institut sagt zur Erläuterung seines Effektenkontos: Der Bestand an Wertpapieren setzt sich zusammen aus 16 verschiedenen Wertpapiergattungen, zu denen unter anderen $3\frac{1}{2}\%$ ige Deutsche Reichsanleihe, Anteilscheine der dauernden Gewerbeausstellung (der Sitz der Gewerbeausstellung ist nicht angegeben) und Auffig-Teplitzer Eisenbahn-Prioritäten gehören. Ein anderes Institut bringt zur Kenntnis der Aktionäre, daß der Effektenbesitz fast ausschließlich aus festverzinslichen Anlagewerten bestehe, ohne mitzuteilen, ob die Papiere wenigstens börsengängig sind. Eine Bank teilt mit, das Effektenkonto bestehe aus 13 Millionen nicht börsengängiger Effekten und 20 Millionen börsengängiger Effekten und unter börsengängige Effekten sind wieder zusammengefaßt Reichsanleihe, Konfols, industrielle Obligationen in einer Summe von neun Millionen. Einzelne Institute vermeiden es, die Umsätze auf einzelnen Konten anzugeben, die Stückzahl der eingegangenen und ausgegangenen Wechsel nach ihrem Durchschnittsbetrag, die Zahl der geführten Konten zu nennen, andere geben diese Zahlen. Einzelne geben bei Debitoren und Kreditoren an, auf wieviele Konten sich dieselben verteilen, andere unterlassen das, einzelne berichten über die Tätigkeit der Filialen eingehend, andere geben den Geschäftsgang der Filialen nicht an. Eine Bank gibt keine Rechenschaft über die Höhe der kommanditarischen Beteiligungen, eine andere trägt nicht das geringste Bedenken, diese Angaben zu machen. Daß durch diese Geschäftsberichte nicht dem Geist und dem Sinn des Handelsgesetzbuches entsprochen wird, ist mir unzweifelhaft. Ich fordere nicht mehr und nicht weniger, als daß dem Geist und Sinn des Gesetzes entsprochen werde. An Stelle der Scheinberichte in schablonenhafter Fassung mit nichtsagendem Inhalt sollen durchweg für alle Aktiengesellschaften solche Berichte treten, die wirklich den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickeln. Hierzu gehört in erster Reihe, daß in dem Geschäftsbericht in präziser, prägnanter Form die Grundsätze angegeben sind, nach denen die Bilanz aufgemacht worden ist und zwar sollen diese Grundsätze in jedem Geschäftsbericht wiederholt werden, so daß der Aktionär und der Gläubiger, insbesondere auch der Obligationeninhaber ohne auf frühere Geschäftsberichte zurückgreifen zu müssen, das Material der Beurteilung der Bilanzgrundsätze aus dem Bericht selbst entnehmen kann. Außer der Darlegung der Bilanzmethode soll in dem Geschäftsberichte eine Erläuterung jeder einzelnen Position gemeinverständlich gegeben sein. In den meisten Bilanzen wird z. B. unterschieden zwischen Reports, Lombards, gedeckten und ungedeckten Debitoren. Welches Kriterium aber die Banken für die

Buchung eines Postens unter Reports oder unter Lombards oder unter gedeckten Debitoren anwenden, sollte in den Geschäftsberichten nicht verschwiegen werden dürfen. Auch nicht, wenn sie von Lombards sprechen, ob es sich um Warenlombards oder um Effektenlombards handelt.

Die Bilanz soll klar und durchsichtig sein, der Geschäftsbericht soll die Wahrheit der Bilanz erhärten. In letzter Linie handelt es sich um Bilanzwahrheit. Ich lasse vorläufig dahingestellt, ob und inwieweit bei einer Reform der Gesetzgebung gewisse zwingende Normen der Bilanzierung für die einzelnen Arten der Aktiengesellschaften aufgestellt werden mögen — die Gefundung und Läuterung des Aktiengesellschaftswesens muß in erster Reihe von innen heraus erfolgen, aber ich wünsche z. B. aus dem Bericht einer Immobiliengesellschaft zu ersehen, ob die Immobilien zum Kaufpreis in die Bilanz eingesetzt sind, oder was dem Kaufpreis zugeschlagen worden ist, ob etwa die Zinsen der auf den Immobilien noch ruhenden Hypotheken oder gar 5 % des Gesamtkaufpreises, oder ob etwa gar Tagwerte in die Bilanz eingesetzt sind. Ich wünsche bei einer Bergwerksbilanz aus dem Geschäftsbericht jeweils zu ersehen, welche Arbeiten auf den Betrieb und welche auf Neuanlage-Konto genommen sind und dergleichen mehr. Ich will aus dem Geschäftsbericht die Überzeugung entnehmen können, daß nur realisierte Gewinne, nicht kalkulatorische Gewinne im Gewinn- und Verlustkonto evident gemacht und zur Verteilung vorgeschlagen werden, daß nicht gestundete Gewinne als bereits realisierte Gewinne behandelt werden: Alle diese Vorkommnisse sind in den letzten Jahren zu verzeichnen gewesen.

Für die Regel wünsche ich, daß die Abschreibungen spezifiziert werden. Wo aber in der Tat aus der Spezifikation ein Nachteil erwachsen kann, wie z. B. unter Umständen bei Schiffahrtsgesellschaften, auch bei Immobiliengesellschaften, kann man zulassen, daß die Abschreibungen in einer Summe, ohne weitere Erläuterung, im Geschäftsbericht erfolgen, allerdings mit der ausdrücklichen Erklärung im Bericht des Aufsichtsrats, daß die Spezifikation der Abschreibungen ihm vorgelegen habe und von ihm angemessen befunden worden ist.

Ich will zunächst, kurz gesagt, den einzelnen Gesellschaften große Freiheit in der Aufstellung ihrer Bilanzen gewähren. Sie mögen tun, was sie öffentlich rechtfertigen können, aber, was sie tun, sollen sie öffentlich rechtfertigen. Sie mögen den Mut haben, Farbe zu bekennen. Und dafür muß der Aufsichtsrat mit dem Vorstand eintreten. Dann wird vorübergehend die eine und andere Gesellschaft weniger hohe Dividenden geben, fiktive Kurse werden auf das richtige Maß reduziert, die Börsenagiotage wird vermindert, aber geheime Schäden werden dann nicht mehr von einem Jahr

auf das andere fortgepflanzt, rechtzeitig wird das Operationsmesser angefeßt und die Summe der schweren Enttäuschungen wird verringert. Das Vertrauen der Aktionäre wird rüchhaltloser und nachhaltiger, denn die Aktionäre wissen, daß die Geschäftsjahre sich nicht gleichen.

Im einzelnen möchte ich noch folgendes hinzufügen:

Während der jüngsten Krisis hat sich ergeben, daß vielfach das Verhältnis der Muttergesellschaft zu Tochtergesellschaften weder in den Bilanzen noch viel weniger in den Geschäftsberichten in pflichtmäßiger Form zum Ausdruck gekommen ist. Ja es ist vorgekommen, daß die Tatsache, ob und welche engere Beziehungen zwischen den einzelnen Gesellschaften bestanden haben, verschwiegen wurde. Die absolute Inkorrektheit dieses Verfahrens ist leicht ersichtlich.

Von einer Muttergesellschaft wurden die Zinsen der Obligationen-anleihe einer Tochtergesellschaft garantiert. Diese Garantiepflicht hat weder in der Bilanz noch im Geschäftsbericht rechtzeitig Erwähnung gefunden. Übernommene Garantien sind auch von Banken verschwiegen worden. In Bezug auf die Leipziger Bank ist das aus meiner Abhandlung in Band 110 der Druckschriften ersichtlich.

Es hat sich insbesondere während der Krisis herausgestellt, daß eine Gesellschaft einen erheblichen Teil des Aktien- oder Stammkapitals einer anderen Gesellschaft besaß derart, daß das Schicksal, zum mindesten aber die Jahresdividende der besitzenden Gesellschaft abhängig war von dem Schicksal oder Jahresresultat der anderen Gesellschaft. Aber weder aus früheren Bilanzen noch aus früheren Geschäftsberichten kannte man die Intimität der gegenseitigen Beziehungen. Es entsteht hier die interessante Frage, unter welchen Voraussetzungen gesetzlich die Verpflichtung zu statuieren ist, daß beispielsweise eine Muttergesellschaft neben der eigenen Bilanz auch die Bilanz der Tochtergesellschaft publizieren muß. Es ist ferner vielfach unabweisbar, daß neben der Revision der Bilanz einer Muttergesellschaft auch die Revision der Bilanz der Tochtergesellschaft erfolgen muß, um die wirtschaftliche Vermögenslage der Muttergesellschaft wahrheitsgetreu darlegen zu können. Auch kann unter Umständen nicht die Bilanz einer Tochtergesellschaft verstanden und gewürdigt werden, wenn nicht neben ihr auch die Bilanz der Muttergesellschaft herangezogen wird. Mit anderen Worten: Es kann die Bilanz einer Muttergesellschaft materiell unrichtig sein, weil man die Bilanz der einen oder der mehreren Tochtergesellschaften nicht berücksichtigte und umgekehrt. Und es braucht sich selbstverständlich nicht um Beziehungen zu handeln, die in dem Ausdruck von Mutter- und

Tochtergesellschaften charakterisiert sind. Das materielle Band, das verschiedene Gesellschaften umschlingt, äußert Einwirkungen auf die Buchungsmanipulationen dieser verschiedenen Gesellschaften und diese Buchungsmanipulationen äußern mit zwingender Notwendigkeit ihren Einfluß auf die Gestaltung gewisser Bilanzziffern und diese Bilanzziffern müssen in irgend einer befriedigenden Form im Geschäftsbericht ihre Klarstellung und Erläuterung finden.

Man hat die Unklarheit, die Undurchsichtigkeit der Bilanzen und Geschäftsberichte und schließlich die Bilanzunwahrheit damit gerechtfertigt, daß man auf das zu wahrende Geschäftsgeheimnis, auf die eventuell eintretende Schädigung der Aktionäre sich berufen hat. Als ob nicht gerade durch die unklaren und undurchsichtigen Bilanzen die schwersten Schädigungen der Aktionäre und Gläubiger eingetreten wären. Ich will durchweg die Wahrung des berechtigten Geschäftsgeheimnisses, aber man darf mit dieser Berufung auf Geschäftsgeheimnisse keinen Mißbrauch treiben. Ich habe gefunden, daß man vielfach als Geschäftsgeheimnis ausgegeben hat, was der Konkurrenz bereits ganz bekannt war, nur gerade den Aktionären, allenfalls noch Aufsichtsräten war es unbekannt. In den Jahren 1901, 1902 haben viele Gesellschaften erheblich ausführlicher ihre Bilanzen aufgemacht, eingehender sie erläutert, um dem tief eingewurzelten Mißtrauen zu begegnen. Das beweist am besten, daß es sich bei der früheren mangelhaften Art der Bilanzierung und der noch mangelhafteren Berichterstattung um Wahrung berechtigter Geschäftsgeheimnisse nicht handelte.

Man wird nun die Frage stellen, welche Rolle ich dann der ordentlichen Generalversammlung zuweise? Diesem angeblich obersten Organ der Aktiengesellschaft? Die ordentliche Generalversammlung ist tatsächlich vorhanden zur Erledigung gewisser Formalitäten: Es wird die Dividende festgesetzt, die vorher schon als Vorschlag des Aufsichtsrats bekannt gegeben wurde und auch bereits im Kurs der Aktien diskontiert ist. Es wird Decharge an die Gesellschaftsorgane erteilt, für deren Erteilung schon vorher die Majorität gesichert ist. In meiner Abhandlung über die Mecklenburg-Strelitzsche Hypothekenbank ist dafür ein drastischer Beleg geliefert. Ob die jährliche Dechargeerteilung an die Gesellschaftsorgane beizubehalten sei, ist übrigens eine keineswegs über allen Zweifel erhabene Frage. Es werden die ausscheidenden Aufsichtsräte ganz oder teilweise gemäß dem vorher schon feststehenden Beschluß des Aufsichtsrats und auf Grund der schon vorher gesicherten Majorität gewählt und es werden neue Aufsichtsräte formell gewählt kraft des tatsächlich bestehenden verhüllten Kooptationsrechts des Aufsichtsrats. Von einer Reihe unbequemer Rechtsakte, die unter Um-

ständen den Aufsichtsrat verantwortlich machen und belasten könnten, wird der Aufsichtsrat durch die Institution der Generalversammlung entlastet. Einen entscheidenden Einfluß auf die Gesundung des Aktiengesellschaftswesens kann die ordentliche Generalversammlung niemals ausüben. Niemals wird es der Gesetzgebung gelingen, die ordentliche Generalversammlung zu beleben. Niemals wird der warmherzigste Appell an die Aktionäre, daß es ihre Pflicht sei, die ordentliche Generalversammlung zu besuchen, bei den Aktionären Widerhall finden. Ganz ungerechtfertigt ist es, den Aktionären vorzuwerfen, daß sie selbst schuldig sind, wenn sie schwere Enttäuschungen erleben, weil sie nicht rechtzeitig die Generalversammlung besucht haben. Man stelle sich doch die hilflosen Aktionäre vor, mit ihrem zersplitterten Aktienbesitz, die da in eine Generalversammlung kommen und einer geschlossenen relativen oder absoluten Mehrheit von Aktien gegenüberstehen. Ihre mühsam, im Laufe der Jahrzehnte errungenen Individualrechte können ihnen unter Umständen eine gewisse Stütze gewähren. Für die ordentliche Generalversammlung ist das nahezu bedeutungslos. Auch eine Steigerung der Individualrechte, die ja vielfach angestrebt wird, nützt wenig und schließlich ist eine erhebliche Steigerung auch nicht ganz ungefährlich und nicht ganz unbedenklich. Der einzelne Aktionär ist in der ordentlichen Generalversammlung machtlos, ja er ist auch nicht genügend orientiert. Die zur Ermöglichung dieser Orientierung gesetzlich vorgeschriebenen Rautelen sind, auch wenn sie noch weiter erstreckt würden, nicht geeignet, die Orientierung zu gewähren. Mit der ganzen juristischen Deduktion, daß ich durch den Erwerb einer Aktie Gesellschafter werde und damit bestimmte Verpflichtungen übernehme, namentlich auch die Verpflichtung, die Generalversammlung zu besuchen, ist nichts anzufangen. Indem ich eine Aktie erwerbe, liegt es mir ganz fern, auch Verpflichtungen gegen die Gesellschaft übernehmen zu wollen. Ich übernehme mit Bewußtsein ein Risiko; nichts anderes und nichts weiteres. Die Durchschnittsrentabilität der Aktie ist auch viel zu gering, als daß ich irgend welchen besonderen Bemühungen mich unterziehen könnte und wollte. Im günstigsten Fall prüft man, wer Aufsichtsrat der Gesellschaft ist und wer Mitglied der Direktion ist, meist sieht man nach dem Kurszettel und nach der Höhe der bisher verteilten Dividenden. Man erwirbt Aktien, um einen höheren Gewinn zu erzielen, als er mit einem zinstragenden Papier in der Regel erzielt wird. Die meisten Kapitalisten erwerben Aktien, weil ihr Bankier diesen Erwerb ihnen empfiehlt. Unser Wirtschaftsleben und unsere wirtschaftlichen Anschauungen sind noch viel zu sehr durchsetzt von juristischen Deduktionen und Fiktionen. Die Tatsachen des wirklichen Lebens sind noch nicht genügend erfaßt.

Aus der Geschichte des Aktiengesellschaftswesens, insbesondere aus einer historisch-kritischen Untersuchung über das Organ der Generalversammlung ergibt sich, daß die Generalversammlung in der Zeit, in der eine Tagespresse und täglich erscheinende Handelszeitungen wie heute noch nicht bestanden, gedacht war als die Institution zur Erlangung einer klaren, durchsichtigen Rechenschaftsablage über die Situation der einzelnen Gesellschaften. Lange sträubten sich die Vorstände der Aktiengesellschaften gegen diese Rechenschaftsablage. Schließlich haben sie dieses Organ acceptiert, von dessen Macht- und Inhaltslosigkeit sie von vornherein überzeugt waren. Und dieses Organ hat sich von einer Generation der Aktionäre zur anderen Generation forterhalten, denn nicht nur Gesetz und Recht, sondern auch wirtschaftliche Institutionen erben sich wie eine ewige Krankheit fort, namentlich wenn sie geschickt zu Scheininstitutionen herausgebildet worden sind.

Das Scheinorgan der Rechenschaftsablage — die Generalversammlung — hat man gepflegt, über seine Bervollkommnung angeblich nachgedacht. Die Rechenschaftsablage selbst ist dabei in den Hintergrund getreten, vielfach illusorisch gemacht worden. Der Schwerpunkt der Rechenschaftsablage liegt nicht mehr wie in jenen entfernten Zeiten, in denen das Organ der Generalversammlung erdacht und erfunden wurde, in öffentlichen Versammlungen der Interessenten, sondern in unserem Zeitalter des Drucks in dem Rechenschaftsbericht mit Einschluß der Bilanz und des Gewinn- und Verlustkontos. Den Rechenschaftsbericht kann man beleben, die Generalversammlung kann man nicht beleben. Sie steht unter dem Einfluß von Machtfaktoren, sie dekretiert im geschlossenen Raum. Sie bringt tatsächlich keine Öffentlichkeit, sondern umkleidet mit dem Mantel des Rechts die Heimlichkeit des Verfahrens.

Es fragt sich aber, welche Mittel besitzen wir, um zu veranlassen, daß der Gesetzesvorschrift, es sei ein den Vermögensstand und die Verhältnisse der Gesellschaft entwickelnder Bericht herzustellen, mehr als bisher entsprochen wird? Schemata auch für Rechenschaftsberichte sind konstruierbar. Das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung hat das mit Erfolg getan. Die beste Korrektur der heutigen Mißstände auf diesem Gebiete kann schließlich aber vielleicht nur auf einem Wege erfolgen: durch eine auf der Höhe ihrer Aufgabe stehende unbestechliche Fachpresse. Und die Gesetzgebung muß der Kritik wohlwollender gegenüberstehen als bisher. Der Schutz des Art. 193 des Strafgesetzbuchs müßte in liberaler Weise der Presse zugestanden werden. Die Fachpresse darf sich nicht umgeben sehen von Fußangeln und Fallstricken, wenn sie mit ihren sachlich begründeten, einer beleidigenden Absicht nicht

entspringenden und in beleidigender Form nicht vorgetragenen Bedenken hervortritt. Eine große Summe von Intelligenz, Mühe und Arbeit ist erforderlich, um gegen ein anscheinend blühendes, mit aller Kunst der Reklame gepriesenes, innerlich morsches Unternehmen das schlüssige Aktienmaterial zu sammeln. Je früher ein derartiges Unternehmen fällt, desto kleiner ist der Kreis derjenigen, die Verluste erleiden. Diesen vielleicht höchsten Beruf der Fachpresse: rechtzeitig zu warnen und damit vor unabsehbaren Verlusten zahlreiche Interessenten zu schützen, darf man nicht allzusehr erschweren. Um so strenger mögen die Strafen für frivole Angriffe der Revolverpresse sein. Aus unseren volkswirtschaftlichen Seminaren an den Universitäten und aus den Handelshochschulen kann im Laufe der Zeit eine Anzahl junger Kräfte hervorgehen, die wissenschaftlich gut fundiert, dann in der Praxis des kaufmännischen Lebens geschult, der Fachpresse für die gesteigerten Anforderungen geeignete Mitarbeiter liefern. Am besten würde an eine der Handelshochschulen eine wirkliche Journalistenhochschule sich angliedern und insbesondere diejenige Abteilung, die hier ins Auge gefaßt ist, die Abteilung, in der die jüngeren Kräfte die überaus vielseitige, unentbehrliche Vorbildung für die Redaktion des Handelsteils angesehenen Zeitungen erhalten. Zu geeigneten Lehrern, namentlich für seminaristische Übungen der Handelsabteilung einer solchen Journalistenhochschule eignen sich erfahrene Redakteure großer Handelszeitungen.

Das sind in äußerster Prägnanz und unter Weglassung aller Details die Lehren, die sich aus den jüngsten Störungen des deutschen Wirtschaftslebens für mich ergeben haben. Immer wird es Zeiten der Überproduktion, der Überspannung des Kredits geben. Direkte Heilmittel gibt es in kleiner Zahl. Ich habe tunlichst auf sie hingewiesen, aber Wetter- und Warnungssignale können in größerer Zahl aufgestellt werden. Sie sind in meinen Vorschlägen konstruiert. Unsere wirtschaftlichen Organisationsformen müssen durchdrungen sein von größerer Klarheit, Durchsichtigkeit und Wahrheit. Unsere deutsche Volkswirtschaft hat einen erheblichen Teil der Störungen bereits überwunden. Sie wird purifiziert aus diesen Störungen hervorgehen. Ich weiß aus Beobachtung und Erfahrung, daß es zahlreiche Aktiengesellschaften und Unternehmungen in anderer Gesellschaftsform gibt, die tadellos arbeiten, einerlei, unter welchen Gesetzenormen sie tätig sind. Aber das darf uns nicht zur Untätigkeit veranlassen. Nachdem ein erheblicher Teil des Volksvermögens in der Form der Aktiengesellschaft und in verwandten Formen angelegt ist, sind der Öffentlichkeit gegenüber Pflichten erwachsen, die nicht ignoriert werden können. Die großen Zentralisationsprozesse für Bank- und für industrielle Unternehmungen schaffen neue Machtfaktoren und

neue Pflichten. Die einzelnen Gesellschaften können nicht mehr auf den rein manchesterlichen Standpunkt der Individualisierung sich stellen. Die zahlreichen juristischen Persönlichkeiten haben sozialpolitische Pflichten, wie solche für alle physischen Personen unbestrittenermaßen bestehen. Wer diese Pflichten nicht übernehmen will oder nach der Natur seines Geschäftsbetriebs nicht übernehmen zu können glaubt, muß auf die Form der Aktiengesellschaft verzichten. Die Verluste der jetzigen Krisis wird man mit der Annahme, daß sie 2 Milliarden betragen haben, nicht zu hoch veranschlagen. Ich kenne eine einzige Stadt mittlerer Größe, in der die Verluste auf 250 Millionen veranschlagt werden. Können wir auch die Wiederkehr solcher Krisen nicht verhindern, so können wir vielleicht doch eine Verlangsamung und eine Abschwächung ihrer verheerenden Wirkung erreichen. In diesem Sinne zu wirken, ist die Aufgabe des Vereins für Socialpolitik.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Ich habe die angenehme Pflicht, dem Herrn Vortragenden für sein erschöpfendes Referat zu danken. Es ist immer das Bestreben des Vereins für Socialpolitik gewesen, neben den Männern der Wissenschaft zu Berichterstattern und Mitarbeitern auch die Männer der Praxis zu gewinnen, und es hat gewiß Ihnen allen einen eigenen Reiz bereitet, zu sehen, wie derselbe Gegenstand zuerst von einem Manne der Wissenschaft und dann ganz verschieden davon von einem Manne der Praxis hier behandelt worden ist. Wenn es im letzten Teile der Ausführungen des zweiten Herrn Referenten geschienen hat, als entferne er sich etwas von der Tagesordnung und gehe zu sehr auf Details der Verfassung der Aktiengesellschaften und deren Verbesserung ein, so habe ich doch keine Veranlassung gehabt, ihn irgendwie zu unterbrechen, weil sein Gedankengang so aufgefaßt werden mußte, daß die geschäftlichen Krisen, mit deren Ursachen und Verhütung wir es hier zu tun haben, durch schwindelhaftes Gebaren von Aktiengesellschaften verschärft, vielleicht sogar herbeigeführt worden, während ich den ersten Herrn Referenten dahin verstanden habe, daß er mehr der Ansicht huldigt, daß selbst bei dem solidesten Geschäftsbetriebe in der Art unserer modernen Produktion die Veranlassung zur Überproduktion und damit zur Krise gegeben sei. Es wird gewiß unserer Verhandlung nur zum Vorteil gereichen, daß wir diese beiden Auffassungen hier vertreten gesehen haben, und ich danke Herrn Geh. Hofrat Dr. Hecht nochmals im Namen des Vereins.

Wir werden jetzt eine kleine Pause von zehn Minuten eintreten lassen, einmal um Vorbereitungen zu treffen für das Referat des Herrn Dr. Jastrow

und um inzwischen die Wahlhandlung vorzunehmen. Ich bitte die Herren vom Bureau die Wahlzettel einzusammeln und ersuche die Anwesenden, daß kein Wahlberechtigter den Saal verläßt, bevor er seine Stimme abgegeben hat.
(Kurze Pause.)

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Ich bitte nochmals, etwa ausstehende Wahlzettel sogleich abzugeben, und erteile nunmehr das Wort dem dritten Herrn Referenten, Herrn Dr. Jastrow.

III.

Referat

von

Privatdozent Dr. **Jastrow**=Berlin.

(Arbeitsmarkt.)

Meine Damen und Herren! Die Ergebnisse, die Ihnen in den heutigen Referaten vorgeführt werden, sind die Ausbeute, die aus einem reichen literarischen Feldzuge heimgebracht worden sind. Der Generalissimus dieses Feldzuges, Herr Kollege Sombart, hat Ihnen bereits das erste Armee-korps — die Krisis in der Produktions-sphäre — in einem Parademarsch vorgeführt, der auf uns alle einen glänzenden Eindruck gemacht hat. Auch das zweite Armee-korps, die Zirkulations-sphäre, ist bereits an Ihnen — die Generalversammlung ist der oberste Kriegsherr — vorbeidefilirt. Fürchten Sie nun nicht, daß dieses Schauspiel sich ein drittes Mal wiederholte. Ich glaube, es wird Ihren Wünschen etwas mehr entsprechen, wenn Sie jetzt, um bei demselben Bilde zu bleiben, auch einen Einblick in den Exerzier- und Kleindienst bekommen. Es ist meine Absicht, Ihnen einen Einblick in die Methode der Arbeit zu gewähren und dabei gleichzeitig einen Arbeits-bericht zu erstatten. Der Band 109, der die Ergebnisse bringen soll, wird erst im Oktober fertig werden, und bis dahin haben Sie einen Anspruch darauf, zu erfahren, in welcher Art wir gearbeitet haben.

Drei Aufgaben waren, im Grunde genommen in gleicher Weise, in jeder dieser Sphären gestellt. Es handelte sich in der Beschreibung darum, den Gang der Krisis festzustellen, ihre Ursachen, ihre Wirkungen. Erst wenn diese drei beschreibenden Aufgaben erledigt sind, können wir meinen, einer Therapie die Grundlagen geliefert zu haben, die zu beschaffen unsere Aufgabe war.

Der „Gang der Krisis auf dem Arbeitsmarkt“ betrifft dasselbe Problem wie die Berichterstattung über den Arbeitsmarkt überhaupt. Die Bericht-

erstattung über einen Markt ist, solange es einen solchen gibt, seit Jahrhunderten beständig eine Berichterstattung über die Preise gewesen. Man sagt: die Waren sind teuer oder billig; je nachdem, ist die Lage gut oder schlecht. Es hätte nun sehr nahe gelegen, eine Berichterstattung über den Arbeitsmarkt, die noch nicht bestand, nach derselben Art zu entwerfen, die sich auf allen anderen Märkten bewährt hat, indem man die Löhne verfolgt und, je nachdem die Löhne hoch oder niedrig stehen, die Lage als günstig oder als ungünstig bezeichnet. Das scheiterte daran, daß es völlig unmöglich war, eine Art der Lohnermittlung zu bekommen, die von Monat zu Monat sich genau verfolgen ließ. Man mußte daher, und darin lag die Hauptschwierigkeit, die Berichterstattung über den Arbeitsmarkt an einem Punkte ansetzen, den alle anderen Märkte vernachlässigt hatten: nämlich an der Berichterstattung über die an den Markt gebrachten Mengen. Wenn ich sage, daß für irgend eine Ware heute 100 bezahlt werden und morgen 102, so hat das an sich ja gar keine Bedeutung, solange ich nicht weiß, wieviel zu 100 und wieviel zu 102 verkauft wurde; denn wenn sich das eine auf eine große, das andere nur auf eine ganz geringe Quantität bezieht, so kann ich daraus gar nichts folgern. Unter allen Sachkennern ist nur eine Stimme darüber, daß, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in unserer Berichterstattung über die Märkte das der Hauptnachteil ist, daß man gar nicht erfährt, welche Mengen umgesetzt sind. Es war kein geringes Wagnis, als ich in den Jahren 1896/97 daran ging, über diesen bisher noch nicht behandelten Markt eine Berichterstattung auf die Daten zu begründen, die auch die beste Berichterstattung in den Waren- und Effektenmärkten in Jahrhunderte langer Arbeit nicht hatte zustande bringen können. Ich ging daran zu ermitteln, wieviel von der Ware „Arbeit“ an den Markt gebracht wird, um sie anzubieten, und wieviel nachgefragt wird, um aus dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage die Lage des Marktes festzustellen. Mir standen damals nur eine geringe Anzahl öffentlicher Arbeitsnachweise zur Verfügung, die sich zwar in der Zwischenzeit ganz bedeutend vermehrt haben, die aber auch in ihrer Vermehrung selbstverständlich nur einen kleinen, symptomatisch zu fassenden, Ausschnitt des gesamten Arbeitsmarktes darstellen. Die Methode, die ich seit damals befolgt habe, und die auch diesen Arbeiten zu Grunde gelegt ist, ist die folgende: Ich rechne aus, wie viele Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen kommen. Wenn also in einem Monat auf 100 Stellen 125,3 Arbeitsuchende kommen, während es in dem entsprechenden Monat des Vorjahres nur 111,8 gewesen waren, so hat sich die Lage des Arbeitsmarktes gebessert, im entgegengesetzten Falle verschlechtert. Infolge dieser seit 1896 fortgesetzten Arbeiten war ich

in der angenehmen Lage, diesen Teil ganz kurz in dem Bande 109 erlebigen zu können, da sämtliche Ziffern vorlagen und nur noch darauf geprüft zu werden brauchten: wie hat sich dieser Andrang in der Krisis gestellt? Sie sehen dieses Ergebnis auf dieser Tafel¹. Die unterste schwarze Linie bezeichnet unseren Ausgangspunkt, es ist die Kurve des Jahres 1899. Von dieser gehen wir aus. Wie hat sich nun das Verhältnis im Jahre 1900 gestellt? Verfolgen Sie die grüne Linie. Sie sehen, der Anfang dieser Linie wickelt sich um die schwarze Linie herum. Es tritt eine entschiedene Wendung dann ein vom April zum Mai, und seit dieser Wendung bleibt die Andrangskurve über der vorjährigen, d. h. von hier an ist der Andrang in jedem Monat größer als in dem entsprechenden Monate des Vorjahres, während schon vorher sich Schwankungen gezeigt haben. Die dritte Linie ist die des Jahres 1901. Vergleichen Sie diese blaue Linie mit der grünen. Sie sehen, sie ist beständig höher als die vorangegangene Linie, d. h. der Andrang ist in jedem Monat wiederum größer, als er in dem ohnedies schon ungünstigen Monat des Vorjahres gewesen war. Es folgt das Jahr 1902, das durch die rote Linie bezeichnet ist. Diese rote Linie liegt wiederum beständig über der blauen Linie bis zum August. So lange ist also jeder Monat schlimmer, als der entsprechende Monat des Vorjahres. Jetzt tritt eine Wendung ein, vom August zum September. Die rote Linie geht nach unten und sie bleibt jetzt unter der vorjährigen bis zum Dezember. Inzwischen hat sich seit Abschluß der Arbeiten die Entwicklung im Jahre 1903 fortgesetzt. Auch in diesem Jahre ist in jedem Monat der Andrang geringer gewesen, als er in dem entsprechenden Monat des Vorjahres war, bis zum Juli. Während die Karte gezeichnet wurde, sind auch die Ziffern für August zusammengestellt worden, und sie bestätigen dieses Ergebnis. Sie können also an einer solchen Kurve ganz klar ablesen, wie die Krisis in besonderer Schärfe in einem Monat erkennbar wird, wie die Besserung in derselben Schärfe in einem anderen Monat klar und deutlich in die Erscheinung tritt. — Diese Erscheinungen stellen sich aber verschieden, wenn man zwischen den männlichen und den weiblichen Arbeitsuchenden unterscheidet. Diese Unterscheidungen finden sich in einer anderen Kurve dargestellt, in welcher die fünf Jahre nicht übereinander, sondern nebeneinander dargestellt sind, und zwar bedeutet hier rot

¹ Von einer Drucklegung der Kurven-Tafeln ist abgesehen worden, da auch ohne eine solche die Ausführungen in sich verständlich sind. Zur Arbeitsnachweiskurve kann die Zeichnung in dem Buche des Referenten „Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft“ (Berlin 1902), S. 197, und in „Der Arbeitsmarkt“, Jahrg. 7, Nr. 7 und 8 verglichen werden.

die männliche Linie, während die grüne Linie den weiblichen Arbeitsmarkt darstellt. Der männliche Arbeitsmarkt wird im großen ganzen dadurch charakterisiert, daß auf 100 offene Stellen mehr als 100 Arbeitsuchende kommen. Der weibliche wird ebenso durchgehend dadurch charakterisiert, daß in der Regel auf 100 offene Stellen weniger als 100 Arbeitsuchende kommen, d. h. also: in der Regel ist bei den männlichen Überfluß, bei den weiblichen Mangel an Arbeitskräften. Das Merkwürdige ist nun, daß auch in der Zeit, wo die Krisis eintrat, der weibliche Arbeitsmarkt im großen ganzen dieses Verhältnis bewahrte. Eine Arbeitslosigkeit hat auf dem weiblichen Arbeitsmarkt nicht entfernt in dem Maße existiert wie auf dem männlichen, ja es hat sogar vielfach — nicht durchgehend, Sie müssen immer bedenken, unsere Arbeitsnachweise stellen nur einen Ausschnitt dar — noch ein Mangel an weiblichen Arbeitskräften bestanden; dieses Ergebnis war eine Entdeckung durch die Beobachtungen während der Krisis. Man stellte sich sonst die Arbeitslosigkeit als ein unterschiedslos über die Bevölkerung hereindringendes Verhängnis vor. Schon der Unterschied zwischen dem weiblichen und dem männlichen Teil zeigt, daß wir es hier mit äußerst verschiedenartigen Vorgängen zu tun haben. Ich sage, die Entdeckung war neu, aber die Tatsache keineswegs, sondern bei genauerem Erforschen sah man, daß diese Unterschiede zwischen dem weiblichen und dem männlichen Arbeitsmarkt sich schon früher geltend gemacht hatten. Z. B. findet man regelmäßig eine Ablösung zwischen weiblichen und männlichen Arbeitern bei Saisonarbeitern. In der Textilindustrie in Zittau und Chemnitz gilt es als etwas ganz Alltägliches, daß Frauen von Bauarbeitern bei Beginn der Winterszeit, wo der Mann seine Arbeit verliert, anfangen, in die Fabrik zu gehen, und die Fabriken darauf eingerichtet sind, in diesen Zeiten weibliche Arbeiter zu suchen. Es ist mir berichtet, daß hier in Hamburg ganz ähnliche Erscheinungen beobachtet worden sind, daß nämlich, wenn der Mann arbeitslos ist, eine gute Saison für die weibliche Arbeit beginnt. In manchen Gegenden Deutschlands geht dies so weit, daß die Frau die Familie durch ihre Arbeit zu ernähren sucht, und der Mann, um ihr das zu ermöglichen — nämlich die günstige Konjunktur auf dem weiblichen Arbeitsmarkte auszunutzen, wo die billigen Arbeitskräfte beliebt werden, namentlich beim Beginne der Krise — die Führung der Wirtschaft übernimmt und an den Kochtopf tritt. Hier haben Sie ein Beispiel dafür, zu welchen Zuständen es führt, wenn man meint, man brauche in diesen Dingen überhaupt nichts zu tun, weil sich ja alles ganz von selber ausgleicht. Sie sehen: hat der Mann keine Arbeit, so kann immer noch die Frau Arbeit finden; führt die Frau nicht die Wirtschaft, so führt sie der

Mann, und es ist nur noch eine Frage der gesteigerten Technik, wann wir soweit kommen, daß der Mann in solchen Fällen auch noch das Kinderkriegen übernehmen kann. (Heiterkeit.)

Der zweite große Grundpfeiler der Berichterstattung sind die Krankenkassen. Die Berichterstattung hierüber hatte ich erst später in die Hand genommen. Wir fanden daher das Material der letzten Jahre nicht in einem solchen Zustande vor, daß wir darauf bestimmte Folgerungen begründen konnten. Es ist dies ein überaus schwieriges Kapitel, und es bildet den weitaus größten Teil der für den Band 109 zusammengetragenen Arbeit. Aus 100 Städten haben die Magistrate uns durch Einlieferung der Krankenkassenziffern unterstützt, und auf Grund dieser Zahlen ist der Versuch gemacht worden, ähnliche Monatskurven festzustellen, und zwar in der Art, daß wir den 1. Januar gleich 100 setzten und die Zunahme der Krankenkassenmitglieder durch alle Monate des Jahres verfolgten. Ihnen das hier vorzuführen, würde nicht die richtige Übersicht bieten; die zu bekommen, muß dem Studium des Buches überlassen bleiben. — Ein zweiter Versuch ist gemacht worden, die Zahlen in übersichtlicher Art zusammenzustellen, indem man nämlich von den Jahren seit 1895 den 1. Januar 1895 gleich 100 setzt und dann den Jahresbeginn aller folgenden Jahre danach berechnete. Selbstverständlich kann dies für sich noch kein richtiges Ergebnis geben, da ja inzwischen die Bevölkerung selbst in den Städten sich geändert hat. Zu diesem Zwecke wurde der Bevölkerungszuwachs nach den Volkszählungen ermittelt und auf dem Wege der geometrischen Reihe berücksichtigt. Wenn wir dem entsprechend den 1. Januar 1895 gleich 100 setzen, so geht die männliche Linie in beständiger Steigung bis zum Jahre 1899, dann hört die Steigerung auf von 1899—1900, und am 1. Januar 1902, also im Laufe des Jahres 1901 geht die Linie abwärts. Prozentual hat sich also die Zahl der männlichen Mitglieder vermindert. Sehen Sie nun die weibliche Linie an, so sehen Sie, daß die Prozentzahl der weiblichen Mitglieder sich in beständiger Steigerung bewegt, ja, um dieselbe Zeit, wo es anfängt, den Männern sehr schlecht zu gehen, geht diese Kurve besonders bemerkbar aufwärts, und sie hat im Jahre 1902, wo es den Männern am miserabelsten geht, die besten Zeiten. — Man kann dieses Ergebnis auf mathematische und andere Art anschaulich darstellen. Wenn nämlich die Entwicklung der Geschlechter so verschieden ist, wie sie sich hier darstellt, so muß selbstverständlich der prozentuale Anteil der Frau an der gesamten Arbeiterschaft beständig größer werden. Wir können also dasselbe Ergebnis noch einfacher durch eine Linie darstellen. Diese Linie bringt zur Anschauung den Anteil der weiblichen Mitglieder an der gesamten

Arbeiterschaft, und da sehen wir ihren Anteil von 1895 auf 1896 steigen; während der guten Zeit sinkt der Anteil der weiblichen Arbeiter; sowie aber die Zeiten schlechter werden, geht diese Linie gewaltig in die Höhe. Diese Karte ist in größerem Maßstabe gezeichnet, weil dieses Ergebnis an einer Linie mit voller Deutlichkeit in die Augen fallen soll.

Wenn also die Aufgabe gestellt worden ist, einmal zu versuchen, was man ja eigentlich bei allen Arbeiten über eine Krisis versuchen soll, aus dem allgemeinen Urteil über gute und schlechte Zeiten herauszukommen dadurch, daß man anfängt, korrekt zu messen, so dürfen wir sagen, in einem gewissen bescheidenen Umfange ist es uns gelungen, unser allgemeines Urteil bis zur zahlenmäßigen Feststellung zu verdichten.

Nun handelte es sich für die Untersuchung ferner darum, neues Material herbeizuschaffen. Da wurden zunächst andere Arbeiterinstitutionen, wie die Invalidenversicherung, berücksichtigt. Je mehr oder weniger Marken verkauft werden, desto mehr oder weniger ist auch gearbeitet worden. Dabei traf es sich unglücklich, daß am 1. Januar 1900 die Invalidenversicherungs-Novelle in Kraft getreten war, die an sich eine Vermehrung des Markenerlöses infolge erhöhter Sätze herbeigeführt hat. Auch 1900 und 1901 konnte man nicht unbedingt vergleichen, weil sich herausstellte — und das war erst ein Ergebnis der Untersuchungen — daß diese Reform in der Praxis gar nicht auf einmal, sondern erst allmählich durchgeführt wurde. Daraus also, daß im großen ganzen auch in Zeiten der Krisis der Markenerlös zugenommen hat, läßt sich selbstverständlich nicht der Schluß ziehen, daß es gar keine Krisis gegeben habe, sondern man muß dies höchstwahrscheinlich auf die veränderte Gesetzgebung schieben. Trotzdem halte ich diese Ziffern aus dem Markenerlös, auf die zuerst von dem Vorsitzenden der Berliner Versicherungsanstalt, Dr. Freund, aufmerksam gemacht ist, nicht für wertlos. Sie haben ihre Bedeutung nach zwei Seiten. Erstens geben sie uns ein gewisses Korrektiv. Während wir auf der einen Seite bedrückende Symptome haben, müssen wir doch sagen: wenn die Krisis zum Verzweifeln gewesen wäre, so hätten wir in dem Markenerlös einen Rückgang merken müssen. Wir müssen immerhin Kenntnis davon nehmen: die Krisis war doch nicht so groß, daß die Wirkungen der gesetzlichen Reform dadurch aufgehoben worden wären. Es gibt unter den Versicherungsanstalten eine, die eine Sonderstellung einnimmt, insofern als sie keine landwirtschaftliche Bevölkerung einschließt. Das ist die Landesversicherungsanstalt Berlin, und bei Berlin ist in der Tat ein Rückgang eingetreten; wo es sich um rein städtische Gewerbe handelte, war die Krisis so stark, daß

sie trotz der erhöhten geistlichen Leistungen zeitweise einen Mindererlös verursachte.

Während das Material der Invalidenversicherung in Bausch und Bogen sehr leicht zu verarbeiten ist, und während auch hier die Berichterstattung schon früher eingesetzt hatte, bevor wir die Arbeiten für den Verein begannen, lag das ganz anders bei den Berufsgenossenschaften. Diese besitzen ein im höchsten Grade wertvolles Material für die Verfolgung der Krisis und zwar nicht bloß auf dem Arbeitsmarkte, sondern für die Verfolgung der Verhältnisse im geschäftlichen Leben überhaupt. Wir sind daran gegangen, durch Rundschreiben uns das Material der Berufsgenossenschaften zu verschaffen. Es ist in der gestrigen Debatte über die Berufsgenossenschaften manches harte Wort gefallen, und darunter auch manches Urteil, das ich mit unterschreiben mußte. Die Gerechtigkeit erfordert, heute hervorzuheben, daß die Berufsgenossenschaften diesem unserem Unternehmen sich höchst sympathisch gegenübergestellt haben, daß sie in reichem Umfange — und ich hoffe, Sie werden das, sobald der Band vorliegt, mit Ihrem Urteil bestätigen — uns mit Material unterstützt haben. Sie finden in dem betreffenden Bande ein langes Verzeichnis der Berufsgenossenschaften, die uns alles Material, das wir wünschten, zur Verfügung gestellt haben. Und noch darüber hinaus: die Berufsgenossenschaften, die uns das Material nicht geschickt und die Fragebogen nicht beantwortet haben, sind nicht ohne weiteres als solche zu betrachten, denen es an Verständnis für diese Sache fehlt; sie haben zum Teil ihre Mitwirkung an bestimmte Bedingungen geknüpft, die sachlich durchaus berechtigt waren, sie wollten eine sehr subtile Bearbeitung der Ziffern haben, worauf wir auch, wenn die Mittel ausgereicht hätten, eingegangen wären. Wenn wir mehr Mittel gehabt hätten, würden wir wahrscheinlich von den Berufsgenossenschaften ein noch viel ausführlicheres Bild haben geben können. Jedenfalls hat es also an Entgegenkommen auf dieser Seite — bis auf eine kleine verschwindende Ausnahme — nicht gefehlt. Aber hier stellte sich der Sache ein anderes sehr schwer wiegendes Hindernis entgegen. Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz hat die Grundlagen der ganzen berufsgenossenschaftlichen Statistik geändert. Hier hätten wir einmal eine Möglichkeit gehabt, eine historische Lohnreihe zu bekommen, da ja der Lohn die Unterlage der Unfallversicherung bildet. Wie Sie wissen, wird aber nicht der gesamte Lohn der Unfallversicherung zu Grunde gelegt, sondern nur der sogenannte anrechnungsfähige, und was über die Grenze von 1200 Mark hinausgeht, nur noch mit einem Drittel; jene Ziffer ist durch die Novelle geändert worden in 1500 Mark. Dadurch hört nun die Möglichkeit auf, zu vergleichen, weil

es keine mathematische Formel gibt, die derartige verschiedene Überschuß-Anrechnungen redressieren kann. Trotzdem hätten wir noch versucht, uns hindurch zu winden; aber hier hat die Gesetzgebung einen Einschnitt begangen, den wir, soweit wir Statistiker sind, ihr niemals verzeihen sollten. Sie hat diese gesetzliche Änderung mitten in einem Kalenderjahre eintreten lassen, am 1. Oktober 1901. Wenn unzivilisierte Länder Statistiken hätten, so würde man dies eine Barbarei nennen dürfen. Dadurch ist durch alle möglichen Berechnungen ein Schnitt gemacht worden, wir können uns auf keine Art heraushelfen. Es ist dies aber nicht vorbei, nachdem wir dieses Jahr überwunden haben, sondern die Reihe ist so lange nicht wieder in Ordnung zu bekommen, bis wir in späterer Zeit wieder auf eine ausreichende Zahl von Jahren zurückblicken können. — Diejenigen von Ihnen, die diesen Dingen näher getreten sind, werden wissen, auf wie viele Schwierigkeiten man bei der Konstruktion des sogenannten Vollarbeiters trifft. Trotz aller dieser Schwierigkeiten ist es doch gelungen, einige Resultate wirklich zu erzielen. Z. B. werden Sie in dem Buche den deutlichen Nachweis finden, daß schon 1900 Erschütterungen in den Industrien stattgefunden haben, die man sonst nicht vermutete. Das Hauptgewicht aber legen wir in diesem Abschnitt nicht auf die Ergebnisse, sondern auf die methodischen Fingerzeige für die Zukunft. Wenn diese in richtiger Weise berücksichtigt werden, so wird es möglich sein, hierauf später einmal eine ganz vorzügliche Diagnose zu begründen. Wir sind bemüht gewesen, diesen methodologischen Teil so auszuarbeiten, daß das Kaiserliche Statistische Amt, das diese Arbeiten übernommen hat, das Rezept sofort in die Apotheke schicken kann. Das haben wir als eine unserer Hauptaufgaben betrachtet.

Ich stehe in dieser Beziehung nicht ganz auf dem Standpunkte, den der oberste Leiter unserer Arbeiten, Herr Professor Sombart, einnimmt, der in der Vorrede sagt, man werde sich hoffentlich merken, wie man das nächste Mal zu machen habe. Ich bin der Meinung, daß man Beobachtungen über Krisen überhaupt nicht schaffen kann. Ich meine, wenn wir das „nächste Mal“ eine bessere Erkenntnis der Krise haben wollen, so muß in ruhigen Zeiten dafür gesorgt werden. Wir müssen eine ruhige fortlaufende Berichterstattung haben, und hierfür können die Berufsgenossenschaften ganz außerordentlich viel tun.

In der Gewerbeinspektion, die die Zählung der Arbeiter vornimmt, hat eine ganz bedeutende Verbesserung der Zählung stattgefunden, eine Verbesserung, die wir vom sozialpolitischen Standpunkte voll anerkennen werden. Aber sie trifft nun leider gerade in das Jahr 1901, und so sind diese Zahlen unvergleichbar.

Das viele Material für Einzelbeobachtungen, das wir zusammengestellt haben, wird die Möglichkeit geben, auch über die geographische Verbreitung der Krisis ein Urteil zu fällen, wenn es, was wir nicht versucht haben, an der Hand anderer ortskundiger Berichte gelingen sollte, die Spreu von dem Weizen zu sondern. In bezug auf die geographische Verbreitung will ich nicht dasselbe Maß von Sicherheit in Anspruch nehmen, wie für die zeitliche Aufeinanderfolge. Ich möchte hier nur das Bild, wie es sich mir vorstellt, in großen Zügen charakterisieren.

Es gibt eine Linie, die von der Krisis ziemlich verschont geblieben ist, das ist die Linie, an der wir uns befinden: die Waterkant. Die ganze Linie der Nord- und Ostsee hat im großen ganzen unter der Krisis überhaupt nicht gelitten. Es hängt das jedenfalls damit zusammen, daß wir es nicht mit einer Weltkrisis zu tun hatten. Dann gibt es in Deutschland eine Ecke, die zwar von der Krisis berührt ist, aber nur in geringem Maße. Das ist der allerräupferste südwestliche Winkel des Reiches (Südbaden und seine Nachbarschaft). Von der Küste einerseits und von Südwesten andererseits zieht sich die Krisis nach dem Innern des Landes zusammen und erreicht ihren Höhepunkt, soweit ich beobachten konnte, in der Reichshauptstadt.

Dieses über das Zeitliche und Räumliche. Nun zu der Frage nach der Ursache der Krisis. Hier bin ich nicht der Meinung, daß diese Frage an sich in mein Gebiet gehört. Ich will nicht behaupten, daß es keine Krisis geben kann, die auf dem Arbeitsmarkt ihre Ursache hätte. Wenn z. B. in einem Lande die Ernte nicht eingebracht werden kann, weil keine Arbeiter da sind, so entsteht eine Krisis, die ihre Ursache auf dem Arbeitsmarkte hat. Wenn eine Industrie plötzlich aufhört und sich Massen von Arbeitern auf andere Industrien stürzen, so entsteht eine Krisis, die wiederum ihre Ursache auf dem Arbeitsmarkte hat und weite Konsequenzen haben kann. Es gibt vielleicht auch Beispiele, bei denen man zu so weitgehenden Fiktionen nicht zu greifen braucht. Die Krisis aber, die wir durchlebt haben, war keine Arbeitsmarktkrisis, sondern eine Produktionskrisis, deren Wirkungen auf dem Arbeitsmarkte liegen. Wenn ich trotzdem sage, daß ich hier über die Ursachen der Krisis sprechen will, so meine ich nicht sowohl die Ursachen der Störungen, sondern die Ursachen davon, daß diese Störungen sich auch auf den Arbeitsmarkt erstreckten. Oder anders ausgedrückt: ich suche nicht die Quelle, sondern den Kanal, durch den das anderswo herausgequollene Wasser in dieses unser Beobachtungsgebiet hineinkam. Trotzdem müssen wir die allgemeinen ätiologischen Grundsätze auch hier zur Anwendung bringen. Wenn man eine Krankheit wissenschaftlich

erklären will, so ist das Problem nicht früher gelöst, als bis man die Ursache, die nicht, wie der oberflächliche Beurteiler meint, in dem kranken, sondern in dem gesunden Menschen zu suchen ist, gefunden hat; denn sonst können wir nie wissen, wie der Mensch krank geworden ist. In der Tat ist im Mai 1899 die erste Arbeitslosigkeit auf dem Arbeitsmarkte zu beobachten, und zwar ist diese Arbeitslosigkeit nicht trotz des guten Geschäftsganges, sondern gerade infolge des guten Geschäftsganges entstanden. In Massen von Werken werden Arbeiter arbeitslos, weil man keine Kohlen bekommen kann, da die Kohlenwerke nicht so viel fördern können, wie erforderlich ist. Wir haben die Zeit der „Kohlennot“. Dasselbe Bild, das Ihnen der erste Herr Referent unter seinen Gesichtspunkten gezeichnet hat, haben wir jetzt zu zeichnen unter dem Gesichtspunkte des Arbeitsmarktes. Woher kam diese Abnormität auf dem Arbeitsmarkte? Sie kam daher, daß es keine Veranstaltung gab, die den Arbeiterüberfluß auf der einen Seite und den Arbeitermangel auf der anderen Seite ausgleichen konnte. Selbstverständlich meine ich nicht, daß man jeden Arbeiter in jede beliebige Arbeitsstelle transportieren sollte — wie man mir wohl in den Mund zu legen versucht hat — sondern ich meine allgemein: es müßte doch irgend welche Veranstaltungen geben, um, soweit es ausführbar ist, Arbeitermangel an der einen Stelle und Arbeiterüberfluß an der anderen auszugleichen. Diese mangelnde Organisation war die Schuld, weswegen in der Zeit der Kohlennot Arbeitslosigkeit eintrat, und diese mangelnde Organisation ist der Kanal gewesen, durch den die Wirkungen der allgemeinen Krisis auf den Arbeitsmarkt abströmten. Nach Eintreten der Krisis setzte sich genau dasselbe fort. Es ist ja gar nicht richtig, daß nach Eintreten der Krisis überall Arbeiterüberfluß war. Auch nach Eintreten der Krisis hatten wir weite Gebiete der nationalen Tätigkeit, die die Finger ausstreckten nach Arbeitern und sie nicht bekommen konnten, nämlich alle landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Hier fehlte es an der ausreichenden Organisation, die herzustellen man sich damals Mühe gab, die aber natürlich nicht so wirken konnte, als wenn sie von Anfang an vorhanden und eingelebt gewesen wäre.

Ich will aber das, was ich gesagt habe, ein wenig einschränken. Ich meine nicht, daß eine solche Organisation ganz und gar fehlte. Es ist anzuerkennen, daß in dieser Beziehung auch in den Zeiten der Krisis manches geleistet worden ist, und gerade der Hamburger Arbeitsnachweis hat nicht nur für sich nach dem Lande vermittelt, sondern Herr Rat Dr. Raumann ist auch bemüht gewesen, festzustellen, wie viele Personen in den Zeiten der Krisis durch die deutschen öffentlichen Arbeitsnachweise auf das Land vermittelt worden sind. Da stellte sich heraus: die Vermittelungen der Arbeits-

nachweise, soweit dies festzustellen war, haben in den drei Jahren zugenommen von 10 000 auf 23 000 und 56 000, d. h. also in bescheidenem Umfange sind doch die Arbeitsnachweise mit steigendem Erfolge bemüht gewesen. Allerdings ist das eigentlich nicht mehr gewesen als ausreichend, um uns den Mangel der Organisation deutlich zur Empfindung zu bringen. Im übrigen hat sich etwas ganz Merkwürdiges ereignet. Infolge der mangelnden Organisation sind nach einigen menschendürftigen Stellen so viele landwirtschaftliche Arbeiter gebracht worden, daß auch da ein Arbeiterüberfluß entstand, während an anderer Stelle Mangel war. Wenn wir uns nun fragen, woher kommt es, daß, wenn überhaupt eine Krisis in der Produktion ausbricht, sie den Arbeitsmarkt so widerstandslos findet, daß sie sich darüber ergießt, wie eine Überschwemmung, so brauchen wir uns nur an dieses Bild zu halten: die Überschwemmung findet ein widerstandsloses Gebiet vor, wenn in ruhigen Zeiten keine Deiche gebaut worden sind. Das ist die Antwort, die wir — nicht auf die Frage nach der Ursache der Krisis, sondern auf die nach der Ursache der Einwirkung der Krisis auf den Arbeitsmarkt — zu geben haben.

Nun die Wirkungen der Krisis. Der Versuch, die Wirkungen einer Krisis auf die Arbeiterbevölkerung und auf die Bevölkerung überhaupt zu untersuchen, ist in Band 109 zum ersten Male gemacht worden. Zunächst sind Verschiebungen in der Bevölkerung zu beobachten gewesen, deren Ergebnisse ich bereits in meine Zusammenstellungen habe hineinnehmen können. Es haben viele Wanderungen auf das Land stattgefunden, die Auswanderung nach dem Auslande hat zugenommen. Es zeigt sich aber auch in unseren Untersuchungen, daß eine Verminderung der Eheschließungen stattgefunden hat. Die beiden Hauptuntersuchungen in bezug auf Ernährung und Behausung stießen auf Schwierigkeiten, da gleichzeitig eine Teuerung und ein auf andere Ursachen zurückgehender Wohnungsmangel vorhanden waren. Wir haben uns auch deswegen hier eine gewisse Beschränkung auferlegen können, da gleichzeitig über die Preisentwicklung auf der deutschen Städteausstellung in Dresden einige ganz vorzügliche graphische Darstellungen geliefert worden sind. Dennoch ist gar kein Zweifel, daß trotz dieser entgegenstehenden Argumente sich nachweisen läßt, daß die Ernährung der Bevölkerung gelitten hat, und daß auch ihre Behausung schlechter geworden ist unter ihrer verminderten Konsumtionsfähigkeit. Ein Einfluß auf die Armenpflege hat sich ebenfalls in unseren Untersuchungen gezeigt und auch eine teilweise erschreckende Zunahme in der Verstrafung des Bettelns, wo einige Staaten ihre Publikationen auf dieses Gebiet erstreckten, wie Bayern und ganz besonders die hessische Regierung,

die hierfür vorzügliches Material lieferte. Inzwischen ist die Reichs-kriminalstatistik (die diese Delikte nicht behandelt) erschienen, und sie zeigt, daß auch die allgemeine Kriminalität im Jahre 1901 eine Zunahme aufzuweisen hat.

Nun würden wir uns darüber schlüssig zu machen haben, was wir denn mit allen unseren Untersuchungen erreicht haben, namentlich mit Bezug auf den Punkt, auf den ich das Hauptgewicht lege, mit Bezug auf den Zeitpunkt des Beginnes der Krisis und ihres tiefsten Standes. Hier ist die Lage eines Beobachters, der ein neues Beobachtungsmittel herbeibringt, etwas schwierig. Kommt er zu demselben Ergebnis, wie die bisherigen, so erklärt man sein neues Mittel für überflüssig. Kommt er zu einem anderen, so sagt man: Seht ihr, es stimmt nicht. Diese Argumentation erinnert ein wenig an das Märchen von dem Kalifen, der die große Bibliothek verbrannte; denn entweder stände in den Büchern dasselbe wie im Koran, dann seien sie überflüssig; oder es stände etwas anderes darin, dann seien sie schädlich. (Geisterzeit.) Ganz so schlimm liegt die Sache hier aber nicht; sondern wenn wir diesen ersten Versuch, eine Krisis in einen zeitlichen Rahmen, sozusagen in historisch markante Punkte einzuspannen, vergleichen mit dem, was man sonst angenommen hat, so sehen wir z. B., daß noch der große Kurssturz an der Berliner Börse im Juni 1900 von den Börsenbesuchern keineswegs als das unbedingte Signal für die Abwärtsbewegung angesehen wurde, daß die Meinungen vielmehr auseinandergingen. Im ganzen übrigen Rest des Jahres sind mächtige Kräfte an der Börse bemüht gewesen, um den Kurssturz zu einem vorübergehenden Ereignis zu machen. Wenn wir die schwankende Entwicklung der Kurse darstellen und daneben die konstante Richtung unserer Linie sehen, so können wir sagen: wir haben darin den Vorteil einer Stetigkeit und Sicherheit unserer Ergebnisse, die auch in der Berichterstattung über den Arbeitsmarkt mit vollem Bewußtsein angewendet worden ist. Zweitens, selbst wenn man den 7. und 8. Juni 1900 als Beginn einer entschiedenen Ernüchterung an der Börse annehmen wollte, liegt unser Anfangspunkt bedeutend früher. Wenn wir an Stelle der hier gezeichneten Kurven detaillierte Darstellungen bringen könnten, wenn Sie die älteren Nummern des „Arbeitsmarkt“ nachlesen, so werden Sie sehen, wie der Kurssturz sofort von uns als endgültiger Wendepunkt nachgewiesen werden konnte, und wie wir aus unseren Ziffern heraus schon vorher beständig gewarnt haben.

Für die ganze Frage, wo wir die Symptome der wirtschaftlichen Entwicklung zu suchen haben, ist eine mehr grundsätzliche Stellungnahme erforderlich. Die Börsenkurse geben überhaupt nicht, wie die meisten es sich vor-

stellen, einen jeweils augenblicklichen Wert an, sondern sie bringen die Meinung zum Ausdruck, die man über die Zukunft hat. Je feiner also eine Börse organisiert ist, je sicherer eine Börse die Bewegungen, die später kommen, voraussieht und eskomptiert, destoweniger werden die Änderungen der Kurse mit den Änderungen der Zeitverhältnisse genau zusammenfallen. Weit entfernt davon, unsere Arbeitsmarktkurven überflüssig zu machen, wird vielmehr die Kursentwicklung an ihr erst eine Unterlage finden, und es ist kein Zufall, daß der erste Interessentenkreis, der überhaupt die Ziffern des „Arbeitsmarkt“ zu praktischen Geschäftszwecken verwertet hat, die Börsenkaufleute gewesen sind.

Was läßt sich nun über die Therapie sagen? Vielleicht werden manche erwarten, daß ich mich über die Arbeitslosenversicherung verbreite. Aber wenn man als das zu heilende Übel die Arbeitslosigkeit betrachtet, — die Arbeitslosenversicherung will diese ja gar nicht beseitigen. Noch viel weniger kann natürlich davon die Rede sein, daß das Almosengeben ein Mittel sei, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Arbeitsgewährung von Öffentlichkeits wegen ist ein solches Mittel. Aber wenn man ansieht, was darüber geschrieben wird, auch in den amtlichen Verhandlungen, so herrscht vollständige Konfusion. Auf der einen Seite meint einer, wenn man Almosen gebe und dafür Arbeitsleistung verlange, so habe man die Arbeitslosigkeit beseitigt. Auf der anderen Seite posaunt jemand aus: hier hat man 400 000 Mark für Notstandsarbeiten bewilligt, folglich hat man 400 000 Mark zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit verwendet. Wenn wir eine Klarheit da hinein bringen wollen, so müssen wir unterscheiden: 1. Arbeitsgewährung als Akt der Armenpflege, 2. Arbeitsgewährung zur Verhütung eines Anheimfallens an die Armenpflege, und 3. allgemeine gewerbliche Arbeitsbeschaffung, die an sich kein Akt der Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist, da sie den Arbeitgebern als Lieferanten genau ebenso gilt und nur die Folge hat, daß die Arbeiter beschäftigt werden. Wenn Sie diese Trennung durchführen, wird eine Unsumme von Einwänden wegfallen, die heute noch gegen die Arbeitsbeschaffung von Öffentlichkeits wegen vorgebracht werden. Namentlich wird sich der einzelne Dezernent nicht mehr sträuben, Notstandsarbeiten ausführen zu lassen, weil sie seinen Etat belasten, sondern er wird gern zu diesem Mittel greifen und den dadurch entstehenden Teil der Mehrkosten wird man auf einen Etatstitel Arbeitslosenfürsorge schreiben. An diesen Beispielen kann man einmal ganz deutlich sehen, daß die Art, wie man sich in der modernen Literatur vielfach aus sogenannten praktischen Gründen über korrekte begriffliche Unterscheidung hinwegsetzt, gerade praktisch nicht berechtigt ist. Solange wir nicht eine feste, klare begriffliche Unter-

scheidung haben, werden wir in diesen Dingen auch zu praktischen Erfolgen nicht kommen. Ich berufe mich auch darauf, daß namentlich in der Gegend Deutschlands, in der man in dieser Beziehung am weitesten vorgeschritten ist, in den Städten des Rhein-Main-Verbandes, Frankfurt, Mannheim usw. jene strenge begriffliche Unterscheidung durchgeführt worden ist.

Wir kommen also zu dem Ergebnis, daß eigentlich die Spezialmittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit keine große Bedeutung haben, sondern daß es sich darum handelt, gewisse Arbeiten zu beschaffen, die den Lieferanten, der gesamten gewerbetreibenden Bevölkerung ebenso zu gute kommen, die eigentlich eine Verhütung der Arbeitslosigkeit herbeiführen. Die Quintessenz aller der Forderungen, die wir zu erheben hätten, würde dahingehen: daß die Rücksicht auf den Arbeitsmarkt ein Bestandteil der allgemeinen gewerblichen Politik werden soll. Die Forderung, daß öffentliche Arbeiten gemacht werden sollen, gerade wenn eine Krisis eintritt, ist heutzutage leichter zu erfüllen, weil die Verhältnisse des öffentlichen Kredits im Laufe der letzten Generationen sich bedeutend geändert haben. Jetzt, wo vermöge der anerkannten Solidität unserer öffentlichen Gemeinwesen das Vertrauen nach dieser Seite nicht mehr erschüttert wird, jetzt pflegen die Gelder beim Einbrechen einer Krisis sich mit Vorliebe den öffentlichen Veranstaltungen zuzuwenden. Es besteht hierin ein scheinbarer Widerspruch gegenüber den Ausführungen des ersten Herrn Referenten. Ich bin aber überzeugt, daß in Wirklichkeit dieser Widerspruch nicht vorhanden ist, daß wir vielmehr übereinstimmen. Wenn wir sagen, gerade wenn kritische Zeiten kommen, sollen die öffentlichen Gewalten mit Arbeiten anfangen, so sehen Sie, daß wir wieder gewissermaßen an demselben Punkte angelangt sind. Produktion und Arbeitsmarkt treffen hier zusammen. Die Banken, d. h. die Zirkulationsphäre soll das Kapital beschaffen, das in der Produktionsphäre zur Geltung kommt, und das ist auch das einzige, was auf dem Arbeitsmarkt zur Geltung kommt.

Das freilich steht in vollem Widerspruch gegen eine noch immer herrschende Auffassung, die in dem Augenblick, wo die Steuern knapper werden, es als höchste Finanzweisheit predigt: sparen, sparen! Sie können dies, meine Herren, deutlich sehen in den Verhandlungen eines Parlaments, dessen Verhandlungen wahrscheinlich keiner von Ihnen — doch, ich sehe, es sind einige Mitglieder des Herrenhauses anwesend — verfolgt. Es sind die Verhandlungen des Herrenhauses vom 2. April 1902, in denen der Minister des Innern auch den Ruf zu sparen erhoben hat; Prof. Löning ist ihm mit vollem Recht entgegengetreten, und zwar ist dieser Gesichtspunkt hier mehr betont worden, als im preußischen Abgeordneten-

haufe. Das Merkwürdigste ist, daß auch Prof. Löning doch immer nur gesagt hat, der Minister dürfe das nicht behaupten, sondern es müsse auch gebaut werden, wenn die Zeiten schlechter werden. Vom Standpunkte des Arbeitsmarktes würde Herr Löning noch viel kräftigere Worte haben brauchen können, indem er sagen konnte: gerade dann muß gebaut werden. Wir wollen uns zu nütze machen, was unsere Organe an Konsolidierung gewonnen haben. Daß Staat und Gemeinden ein Vertrauen genießen, das durch rein geschäftliche Krisen nicht erschüttert werden kann, soll dem Arbeitsmarkte zugute kommen. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, die Wirkungen einer Krisis auf den Arbeitsmarkt zwar nicht vollständig zu beseitigen, aber doch, wie ich überzeugt bin, in ganz bedeutendem Maße abzufschwächen.

Wenn wir einen Rückblick auf unsere Ergebnisse im ganzen werfen, so haben wir zunächst die Frage, ob eine wirkliche Krisis stattgefunden hat, zu bejahen. Es war dies sehr viel bestritten worden. Aber wir haben doch gesehen, daß diese Krisis nur mäßig gewesen ist. Diejenigen von uns, die, wenn auch nur in jungen Jahren, die Krisis von 1873 erlebt haben, werden mir darin zustimmen, daß eine schwer auf dem Lande lastende Krisis ganz anders aussieht, als die Krisis, die wir hier zu besprechen haben. Wenn wir also, meine Herren, zu dem Ergebnis kommen, daß diese Krisis vorhanden, aber nur mäßig war, dann weiß ich nicht, ob wir Anlaß haben, das Eintreten dieser Krisis zu bedauern. Unter allem, was der zweite Herr Referent hervorgehoben hat, hat nichts einen solchen Eindruck auf mich gemacht, wie die Bestätigung der Tatsache, daß die Banken in dem allgemeinen Taumel den Kredit geradezu aufgenötigt haben. Unsere Produktion war in Bahnen gekommen, die eilends auf gefährliche Höhe führten, und es mußte eine Ernüchterung eintreten. Seien wir froh, daß sie in einem Zeitpunkte kam, wo sie noch mäßig sein konnte. Wir sind in den letzten 30 Jahren überhaupt in merkwürdiger Weise vom Glücke begünstigt worden, und auch das Eintreten dieser mäßigen Krisis ist ein solcher Glücksfall für uns gewesen. An uns hat sich erfüllt das Gebet des Propheten: „Züchtige mich, Herr, doch mit Maßen, und nicht in deinem Grimm, auf daß du mich nicht aufreibe!“

Und wie der einzelne aus Schicksalsschlägen eine Lehre zieht, so hoffe ich, daß auch wir eine Folgerung daraus mitnehmen werden. Die erste und wichtigste Folgerung, die der einzelne aus schweren und selbst verschuldeten Schicksalsschlägen entnimmt, ist die, daß er in sich geht und an seiner Selbsterkenntnis arbeitet. Die Selbsterkenntnis der Gemeinwesen ist ihre Statistik. Nur vermöge der Statistik lernen sie

sich selbst kennen. Ein Gemeinwesen, das keine Statistik hat, verfällt ebenso in Fehler wie ein Mann, der an einem Mangel an Selbsterkenntnis leidet. Schon heute läßt sich sagen, daß die Krisis diese Wirkung gehabt hat. Weite Teile der Statistik sind neu in Angriff genommen und werden noch in Angriff genommen werden. — Die zweite Folgerung ist, daß das Gewissen geschärft werde, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, so sind wir in dieser Krisis mehr als vorher auf dem Wege, an die Lösung der Probleme der Krisenbekämpfung und Krisenverhütung mit Energie und auch mit Zuversicht heranzutreten.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Ich darf wohl in Ihrer aller Namen dem Herrn Referenten für die ausgezeichnete Behandlung seines Spezialteiles unseres Themas den herzlichsten Dank der Versammlung aussprechen.

(Der Vorsitzende stellt sodann fest, daß der Wunsch vorhanden ist, entgegen der ursprünglichen Absicht die Verhandlungen am Nachmittag fortzusetzen.)

Professor Dr. Schmoller übernimmt den Vorsitz und teilt das Ergebnis der inzwischen vollzogenen Wahl der Ausschußmitglieder mit. Es sind gewählt worden die Herren Dr. von Boehm-Bawerk — Dr. Brenzano — Frhr. von Cetto — Dr. Cohn — Dr. Conrad — Dr. Geibel — Dr. Gierke — Dr. Frhr. von Roggenbach — Dr. von Schönberg.

Ich bitte die Herren vom Ausschuß, sogleich hier zusammenzutreten und die übliche Kooptation vorzunehmen. Es ist dies notwendig, um unsere Geschäfte in gewohnter Weise fortführen zu können.

(Schluß 1 Uhr 15. Min.)

Nachmittags 3 Uhr.

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Wir treten jetzt in die Diskussion über die Frage ein, die uns heute beschäftigt. Auf der Rednerliste steht zunächst Herr Professor Kindermann. Derselbe ist nicht anwesend. Dann möchte ich Herrn Professor Dr. Herkner bitten, das Wort zu nehmen.

Professor Dr. Herkner (Zürich): Sehr geehrte Anwesende! Niemand kann mehr als ich die bestrickende Eleganz, die ungewöhnliche Klarheit und Tiefe der theoretischen Auseinandersetzungen bewundern, die Herr Professor Sombart uns heute Vormittag geboten hat. Oberflächliche Gedanken in eleganter Form zu äußern, ist nicht allzuschwer, das beweisen unsere

Nachbarn jenseits der Vogesen. Tiefe mit mystischem Dunkel zu paaren, verstehen wir selbst sehr gut; das wissen auch Russen und Engländer zu stande zu bringen. Aber diese bis auf die letzten Gründe zurückgehende, die Phänomene bis in die tiefsten Wurzeln ergründende Darlegung des Herrn Sombart wird uns nicht so leicht wieder begegnen. Sie scheint das glückliche Ergebnis der Mischung von gallischem und deutschem Blute zu sein, die bekanntlich in seinen Adern rollt. Trotzdem kann ich ihm doch nicht in allen Punkten beistimmen und mich nicht ganz gefangen geben.

Er ist ausgegangen von der außerordentlichen Steigerung der internationalen Goldproduktion und er hat damit ohne Zweifel ein Phänomen berührt, das für die Entwicklung des Wirtschaftslebens von tiefgehender Bedeutung gewesen ist. Aber wir fragen uns, warum hat denn diese Steigerung der Goldproduktion nicht auch außerhalb Deutschlands einen ähnlich großen Aufschwung hervorgerufen wie in Deutschland selbst? (Sehr richtig!) In England, Belgien, Holland, Frankreich, in der Schweiz, Österreich, Italien hat es ja auch wohl gute Zeiten gegeben, aber mit dem außerordentlichen Aufschwung des deutschen Wirtschaftslebens kann die Entwicklung dieser Länder einen Vergleich nicht aushalten. Ich glaube deshalb, daß für uns die Notwendigkeit sich ergibt, auch nach einigen Erklärungsgründen zu forschen, welche spezifisch deutscher Natur sind, und ich möchte hier wenigstens diejenigen hervorheben, die einen sozialen Charakter haben, um zwischen den allgemeinen theoretischen Erörterungen und den Bestrebungen des Vereins für Socialpolitik die Beziehungen einigermaßen wieder herzustellen.

Da glaube ich, müssen wir ausgehen davon, daß vom Beginn der 90 er Jahre an in Deutschland eine sehr günstige Beeinflussung der Kaufkraft der arbeitenden Klasse eingetreten ist durch eine ganze Reihe von Ereignissen: es haben Steuerreformen stattgefunden, es hat eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten sich Bahn gebrochen, die Einkommensverhältnisse der Angestellten des Staates und der Gemeinde sind gerade in der ersten Hälfte der 90 er Jahre wesentlich verbessert worden; es hat seit Aufhebung des Sozialistengesetzes auch die gewerkschaftliche Bewegung stattliche Fortschritte aufzuweisen gehabt, erfolgreiche Lohnbewegungen sind durchgeführt worden, die zur Verbesserung und Stärkung der Kaufkraft der arbeitenden Klassen geführt haben; vorübergehend hat auch die Verbilligung des Brotgetreides dahin gewirkt, daß von dieser Seite eine größere Kaufkraft nach Industrieprodukten geäußert werden konnte. Auch diese Momente sind in Betracht zu ziehen, wenn wir von der Preissteigerung in der zweiten Hälfte der 90 er Jahre sprechen. Diese ist ferner beeinflusst worden durch die Lohnsteigerungen, welche Hand in Hand eingetreten sind mit der günstigen Konjunktur der mehrfach ge-

nannten bestimmten Industrien. Nun hat die aus dieser Entwicklung hervorgehende Steigerung der Nachfrage nach Massengütern freilich auch wieder einen Teil der sozialen Errungenschaften in Frage gestellt. Der Geldwert ist gesunken. Die Kaufkraft hat damit wieder abgenommen und darauf wird ein Teil des Niederganges zurückzuführen sein. Immerhin hat aber, wie ich meine, auch der Niedergang eine Milderung erfahren durch die sozialen Fortschritte, welche wir in Deutschland gemacht haben. Ich will durchaus nicht die Leiden unterschätzen, welche die Krisis verhängt hat über die Arbeiterklasse Deutschlands, aber ich muß doch sagen, daß die Arbeiterentlassungen, die Lohnreduktionen, so viel ich sehe, wenigstens im Verhältnis zu dem außerordentlichen Aufschwung, bescheidene Dimensionen aufzuweisen haben. Ich meine deshalb, daß wir dem sozialpolitischen Fortschritt nicht nur eine relativ lange Dauer des Aufschwunges verdanken, sondern daß der sozialpolitische Fortschritt auch anderseits den Niedergang abgeschwächt hat.

Zu demselben Ergebnisse gelange ich auch noch auf Grund anderer Erwägungen. Auch da drängt sich mir die Überzeugung auf, daß der soziale Gedanke volkswirtschaftlich segensreich gewirkt hat.

Herr Professor Sombart hat Ihnen die Disproportionalitätstheorie auseinandergesetzt. — Ich darf vielleicht an Stelle dieses zungenbrecherischen Wortes des beliebt gewordene Wort von der „Unstimmigkeit“ gebrauchen, wenigstens für den mündlichen Ausdruck, für literarische Zwecke möchte ich das natürlich nicht empfehlen. — Heute ist der Name von Tugan-Baranowsky mit dieser Theorie in Verbindung gebracht worden. Es ist aber bekannt, daß er nur angeknüpft hat an die älteren Theoretiker, an James Mill und Say, und ich glaube, auch Malthus wird seine Verdienste dabei haben. Ich kenne wenigstens keinen Nationalökonom, bei dem die Lehre in dem Maße vorherrscht, daß alles auf die richtige Proportionalität ankommt. Ich möchte nun auch von dieser Unstimmigkeitstheorie eine Brücke zu sozialpolitischen Erwägungen schlagen. Warum tritt in unserem Wirtschaftsleben so leicht eine Störung der Proportionen zwischen der Entwicklung der Produktionsmittelgewerbe und den anderen Industrien ein? Ich meine, wir dürfen hier die Bezugnahme auf die Verhältnisse der Einkommensbildung nicht vergessen. Die Industrien, welche für den unmittelbaren Massenbedarf arbeiten, werden immer einigermaßen darunter zu leiden haben, daß die Erhöhung des Arbeitereinkommens sich relativ sehr schwer vollzieht. Der Arbeitslohn fällt privatwirtschaftlich unter die Produktionskosten, seine Erhöhung erscheint also als eine Störung der aufsteigenden Produktionsentwicklung, der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Und deshalb werden wir ja als so

unliebsame Störenfriede angesehen, indem wir derartige Entwicklungen zu begünstigen suchen. Vom privatwirtschaftlichen Standpunkt des Unternehmers muß ja alles, was die Erhöhung der Löhne begünstigt, als ein Attentat auf die Blüte seiner Industrie erscheinen, als ein Attentat, dem er sich mit allen Mitteln widersetzen wird und muß. Die Folge ist, daß die beträchtlichen, Jahr für Jahr von den besitzenden Schichten des Volkes ersparten Geldsummen vorzugsweise in den Produktionsmittel herstellenden Gewerben die erhoffte Rentabilität zu erringen hoffen. Hier macht sich, zunächst wenigstens, die Beschränkung der Aufnahmefähigkeit des nationalen Marktes, insofern sie vom Massenkonsum abhängt, in geringerem Maße geltend, hier sind auch die Exportchancen sehr viel größer; da gibt es noch ungeahnte Gebiete, welche wir mit Eisenbahnen versorgen können, mit Maschinen, mit elektrischen Anlagen usw. Der Einfuhr derartiger Artikel stellen sich auch die schutzzöllnerischen Staaten nicht mit derselben Intensität entgegen, schon weil ihre natürliche Ausstattung ihnen oft gar nicht gestattet, sich ihr entgegenzustellen; z. B. die Schweiz, die kein Eisen besitzt, ist unter allen Umständen genötigt, von Deutschland das Eisen zu beziehen. Da nun aber die Produktionsmittelindustrien ihre Produkte doch nicht immer in dem erhofften Umfange exportieren können, führen sie schließlich wieder zu einer Steigerung der Ge- und Verbrauchsgüterproduktion. Somit können wir im Verlauf des Wirtschaftslebens auch ohne eine Erweiterung des Massenbedarfs nicht auskommen. Bleibt diese Steigerung des Massenbedarfs aus, dann muß diese in unseren Verhältnissen vorbereitete Unstimmigkeit wesentlich verschärft werden und zu krisenartigen Erscheinungen führen. Das privatwirtschaftliche Interesse, das unsere Volkswirtschaft regelt, tritt aber gegen die Lohnerhöhungen, d. h. gegen die Steigerung des Massenkonsums ein und deshalb ist es absolut notwendig, daß andere Kräfte mobil gemacht werden, daß die soziale Bewegung eintritt, um zu dieser Erweiterung des Massenbedarfs zu führen. Wenn ein großer Teil der Mitglieder unseres Vereins die soziale Bewegung unterstützt, so wirkt er tatsächlich als Anwalt, als Agent des nationalen Massenbedarfs und Konsums und ich meine, daß wir in dieser Rolle bei den Vertretern der Hamburger Reederei und Kaufmannschaft auf einige Sympathie stoßen sollten. Hamburg ist ja nicht nur ein Ausfuhrhafen, der die Produkte der deutschen Industrie auf den Weltmarkt bringt und insofern lebhaft an der internationalen Konkurrenzfähigkeit Deutschlands interessiert ist, sondern es ist auch der wichtigste Importhafen und je größer der Anteil der arbeitenden Klassen an dem Reinertrag der nationalen Produktion ausfällt, desto größer wird auch die Nachfrage für alle Teile des Hamburger Imports werden, des Hamburger Imports von Kaffee, Tabak,

anderen Kolonialwaren, von Rohprodukten, Getreide usw. Der gestern von unserem verehrten Herrn Vorsitzenden mit Recht gefeierte Roesicke hat immer mit ganz besonderer Vorliebe die günstige Einwirkung dieser Verbesserungen auf die nationale Nachfrage nach Waren hervorgehoben, und da er Vertreter der Brauindustrie war, so lag ihm ja, wie ich gern zugebe, dieser Gedanke ganz besonders nahe. Eine Lohnerhöhung der Berliner Arbeiter mußte sich selbstverständlich sehr bald in der Rentabilität der Schultheißbrauerei bemerkbar machen. Dieser Zusammenhang ist aber auch anderwärts vorhanden und ganz besonders gilt er auch für die Interessen des Hamburger Importhandels und der wieder auf diesen Interessen basierenden Reedereien. Ich meine deshalb, wir sollten von der Hamburger Unternehmerwelt, der Hamburger Handelskammer, nicht bloß als Störenfriede in dem Verhältnis zwischen Prinzipalen und Arbeitnehmern angesehen und beurteilt werden, sondern auch als Leute, welche durch die Betonung des sozialen Gedankens und die Förderung der sozialen Bestrebungen sich bemühen, die aus der zögernden Entwicklung des Massenkonsums hervorgehenden Unstimmigkeiten im Wirtschaftsleben möglichst zu verhüten, eine möglichst krisenfreie Entwicklung anzubahnen und, soweit dies nicht gelingen kann, den Niedergang möglichst abzufchwächen. Wir werden durch diese Bestrebungen tatsächlich ja doch auch der Hamburger Kaufmannschaft einen immer größeren Absatz im Reiche schaffen, und wenn gestern der Herr Vorsitzende mit Recht hervorgehoben hat, daß die Blüte Hamburgs die Voraussetzung bilde für das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft, so meine ich, kann man mit demselben Recht doch wohl auch sagen, daß eine weiter aufsteigende Entwicklung und Blüte Hamburgs nicht denkbar ist ohne eine stetige Erweiterung, eine stetige Erhöhung des Massenabfahes im Reiche selbst, d. h. ohne eine aufsteigende Bewegung unserer Arbeiterklasse.

(Beifall.)

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Da Herr Prof. Rindermann den Wunsch hat, erst morgen zu reden, erteile ich jetzt das Wort Herrn Bergrat Gothein.

Bergrat Gothein (Breslau): Meine Herren! Der Umstand, daß der erste Herr Referent speziell auf mich repliziert hat, gibt mir den Mut, in dieser Versammlung, wo die an Redegewandtheit und Tiefe der Kenntnisse uns weit überlegenen Gelehrten vor allen Dingen berufen sind, das Wort zu ergreifen, meinerseits einige Worte zu sprechen.

Es hat mich im höchsten Grade interessiert, daß der Herr Referent einen Gedanken an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat, nämlich den

des segensreichen Einflusses des Stromes von Gold durch die vermehrte Goldproduktion für den industriellen Aufschwung, der meines Wissens — wenigstens ich habe ihn von ihm zuerst gehört — von einem Manne kommt, der sonst im allgemeinen im Verein für Socialpolitik nicht immer besonders Anerkennung gefunden hat, von meinem vereinigten Freunde Ludwig Bamberger, der immer dieser Auffassung bereiten Ausdruck gegeben hat, und ich glaube, daß er zu einem guten Teile damit Recht gehabt hat. War er doch ein Mann, der gerade durch seine Studien, durch seinen früheren Beruf die Bedeutung der Metallzufuhr für den industriellen Verkehr wie wenige zu beurteilen befähigt war. Aber so wenig ich geneigt bin, diesen Faktor irgendwie zu unterschätzen, so glaube ich anderseits doch, daß noch wesentlich andere Momente mit in Frage kommen für die wirtschaftliche Auf- und Abwärtsbewegung, vor allem für den wirtschaftlichen Aufschwung. Der erste Herr Referent hat ausgeführt, daß es im wesentlichen die Preishaulse sei, welche den Anstoß zum wirtschaftlichen Aufschwung gab. Aber die Preishaulse ist doch immer erst das Resultat einer gesteigerten Nachfrage. Ohne diese wird die Preishaulse nicht wohl eintreten können. Woher stammt denn die gesteigerte Nachfrage? Doch wohl nicht ausschließlich, wie das wohl der Vortragende gemeint hat, aus der Vermehrung des Goldumlaufs, sondern aus den verschiedenen neuen Bedürfnissen, die aufsteigen, nicht zum wenigsten aus der gestiegenen Bevölkerung. Der erste sowie der letzte Herr Referent haben ja an anderer Stelle darauf hingewiesen, in welcher Weise eine Zunahme unserer Bevölkerung gerade in jener Zeit stattgefunden hat. Nun bin ich nicht der Meinung des Herrn Professor Sombart, daß es die gestiegene Geburtenziffer in der Zeit vor 15 und 20 Jahren vor Eintritt dieser Konjunktur gewesen ist, die dafür maßgebend war, sondern ich meine, daß es im wesentlichen der außerordentliche Rückgang der Sterblichkeit gewesen ist, der zu einer vermehrten Lebensdauer und damit zu diesem raschen Anwachsen der Bevölkerung geführt hat, wie wir es in Deutschland noch niemals erlebt haben. Ist doch diese Periode die der stärksten Bevölkerungszunahme, die wir jemals gehabt haben; das beruht aber nicht auf einer Vermehrung der Geburten, sondern auf der Verminderung der Sterblichkeit, denn die Geburten sind gleichzeitig zurückgegangen. Das mußte mit Notwendigkeit dahin führen, daß ein stärkerer Anteil der erwachsenen, also der mehr konsumierenden älteren Bevölkerungsschichten in der Gesamtschicht vorhanden ist. Meine Herren! Diese gesteigerte Zahl der Konsumenten mußte natürlich die Nachfrage nach Produkten steigern und, da diese bei den zum großen Teil stabil gebliebenen Produktionswerkstätten nicht befriedigt werden konnten — denn wir hatten un-

mittelbar vorher eine Zeit schwerster Stagnation, in der die Industrie nicht wagen konnte, ihre Produktionsstätten wesentlich zu erweitern — dazu führen, die Nachfrage auch nach Produktionsmitteln wesentlich zu steigern.

Es kam hinzu, daß gleichzeitig wichtige Erfindungen eine außerordentliche Belebung des Marktes und neue Bedürfnisse schufen. Mit vollem Recht hat Herr Professor Sombart darauf hingewiesen, daß gewisse Waren gar nicht Produktionsmittel seien, wie Telephon, Fahrräder, elektrische Beleuchtung, und daß wir darin den wesentlichsten Aufschwung mit zu verzeichnen haben, ebenso später einen Rückgang. Hier handelt es sich eben im wesentlichen um die Vermwertung neuer Erfindungen, die teilweise schon früher gemacht waren, die aber erst in dieser Zeit so weit technisch entwickelt wurden, daß sie in großem Umfange Bedarfsartikel werden konnten, daß damit neue Bedürfnisse in der Bevölkerung entstanden.

Es kommt weiter hinzu die Belebung des Bahnbaues, der zunächst auch keine Produktionsmittelindustrie ist. Meines Wissens hat auch schon Tugan-Baranowsky darauf hingewiesen, wie es gerade der vermehrte Bahnbau gewesen ist, der mit den großen Anleihen, die England anderen, ärmeren Ländern gewährte, ausgeführt wurde, wiederholt den industriellen Aufschwung gezeitigt hat. Bei uns in Deutschland, speziell in Preußen, hat das Kleinbahnengesetz zu einer ganz außerordentlichen Entwicklung des Bahnbaues geführt und manche alte Unterlassungssünden in der Entwicklung unseres Bahnnetzes, auch des Staatsbahnnetzes konnten in dieser Zeit endlich getilgt werden.

Meine Herren! Alle diese Momente wirkten zusammen auf einen gesteigerten Bedarf hin und es kam noch ein Moment hinzu, das meines Wissens heute noch von niemand hervorgehoben ist, welches gleichzeitig einen erweiterten Bedarf schuf, wenn auch nicht zunächst im Inland: das war die Sicherung unseres Ausfuhrhandels durch die Handelsverträge, wie sie allerdings erst durch den Handelsvertrag mit Rußland im Jahre 1894 gekrönt wurde. Meine Herren! Wenn Sie genau die für den industriellen Aufschwung maßgebenden Ziffern verfolgen, so werden Sie finden, daß erst mit dem Jahre 1894 die Anzeichen eines solchen einsetzten; denn erst damals war der deutschen Exportindustrie die Sicherung gegeben, daß sie nicht bloß wie bisher von der Hand in den Mund leben konnte, sondern daß sie auf eine längere Reihe von Jahren mit Sicherheit den auswärtigen Markt bearbeiten konnte.

Meine Herren! Wenn man in den einzelnen Industrien alle die Aufschwungserrscheinungen verfolgt, so ergibt sich — ich bin ja ganz unabhängig von Tugan-Baranowsky und früher als ich sein Buch gelesen habe, selbst

zu dem Resultat gekommen —, daß es in erster Linie doch immer die Industrien der Produktionsmittel sind, in denen sich der wirtschaftliche Aufschwung und die Wellenbewegungen des Wirtschaftslebens am deutlichsten aussprechen. Das ist auch vollständig natürlich, es kann nicht anders sein; denn wenn zuerst die Nachfrage nach den einzelnen Artikeln steigt, so wird das Bedürfnis in den Industrien rege, sich zu erweitern. Das mögen zunächst nicht einmal die Produktionsmittelindustrien sein, aber schon, wenn die anderen eine steigende Nachfrage haben oder steigenden Export, sind sie genötigt, sich zu erweitern, zu bauen, neue Maschinen einzustellen und das wichtigste Baumaterial ist ja heute das Eisen. Es steigt also gerade die Nachfrage nach Eisen und damit auch nach den zur Eisenherstellung notwendigen Rohmaterialien, Kohle und Erzen, aber gleichzeitig auch nach Kohlen für die vermehrte Tätigkeit der Maschinen. In dem Maße, wie diese Nachfrage steigt, steigen selbstverständlich auch die Preise. Also nicht ist die Preishöhe die Ursache der Belebung, sondern eine Folgeerscheinung derselben. Gegenüber der gestiegenen Nachfrage müssen dann auch alle die Produktionsstätten der Produktionsmittel, die Kohlengruben, die Eisengruben, die Eisenhüttenwerke, die Maschinenwerkstätten ihre Betriebe erweitern; und solange sie in dem Stadium der Erweiterung ihres Betriebes sind, solange sind sie gleichzeitig auch in erheblichem Maße Konsumenten aller dieser Materialien. Meine Herren! Das setzt sich in steigender Progression so lange fort, bis ein erheblicher Teil dieser neuen Produktionsstätten bezw. der Produktionsstättenenerweiterungen selbst zur Produktion übergeht und aus der Rolle der Konsumenten ausscheidet und zu Produzenten wird; in dem Moment ist der Augenblick der Überproduktion gekommen. Hand in Hand muß mit der stetig steigenden Nachfrage ja natürlich eine sprungweise Steigerung auch des Preisniveaus eintreten: denn je größer die Nachfrage für die Neuherstellung von Produktionsmittelwerkstätten, um so geringer natürlich das Quantum, das im übrigen für den Verbrauch zur Verfügung steht, und um so größer der Anreiz, neue Produktionswerkstätten zu schaffen. Im Gefolge davon tritt dann ein, was Herr Geheimrat Hecht mit Recht hervorgehoben hat — die Neigung der Banken, den Kredit diesen Werken gewissermaßen aufzudrängen; denn sie glauben bei der steigenden Nachfrage, der Rentabilität, der Warenknappheit an die weitere Dauer der Konjunktur, und auch damit wird weit über den Bedarf hinaus die Tätigkeit gesteigert. Das sind meines Erachtens die wesentlichen Momente, die mit Naturnotwendigkeit immer, wenn einmal der Anstoß gegeben ist, zu einem Kulminationspunkt führen müssen, der, wenn dann die Überproduktion gegeben ist, wieder in sein Gegenteil umschlagen muß.

Meine Herren! Etwas anders liegt die Sache ja bei allen reinen Konsumartikeln im Gegensatz zu den Produktionsmitteln und wenn heute Herr Professor Sombart den Unterschied zwischen anorganischen und organischen Stoffen ziehen will, so erscheint mir der andere früher gegebene Unterschied als der plausiblere; bei einer sehr wichtigen organischen Industrie z. B., bei der Holzindustrie spricht der Ausfall der Ernte sehr wenig mit, die Gewinnung von Holz läßt sich verhältnismäßig sehr erheblich steigern — mit gewissen Einschränkungen, das weiß ich sehr wohl — es ist nicht immer leicht, sofort die Verkehrsmittel überall hin zu schaffen. Es tritt auch bei der Holzindustrie, die eben unabhängig von der Ernte ist, genau dieselbe Erscheinung wie bei den anorganischen Stoffen ein, nämlich die ganz außergewöhnliche Steigerung der Preise. Und diese gehen eben gar nicht parallel mit den Preisen der organischen Waren, welche dem Ernteergebnis unterworfen sind; die Holzpreise sind eben abhängig von der Nachfrage und nicht von der Ernte.

Herr Professor Sombart hat dann auf die Kartelle hingewiesen und gerade hierbei speziell meinen Namen genannt. Ich habe allerdings das Wort ausgesprochen, daß durch die Kartelle, speziell durch das Kohlsyndikat und das Koks syndikat bei dem wirtschaftlichen Rückgang eine Verhinderung der natürlichen Preisbildung eingetreten und damit der Rückgang in den Kohle verbrauchenden Industrien verschärft worden sei, und ich bin der Meinung, daß dieser Ausspruch vollständig gerechtfertigt war; denn die natürliche Preisbildung, wo durch Angebot von mehreren Seiten und die Nachfrage von anderen Seiten sich ein natürlicher Preis entwickeln kann, war durch das vollständig konzentrierte Angebot verhindert; es bestanden Monopolpreise, die zwar einigermaßen eingeschränkt waren, aber in ihrem Wesen doch Monopolpreise blieben. Nun bin ich kein prinzipieller Gegner der Kartelle, wie mir vorgeworfen wird; aber ich bin ein Gegner jener Preispolitik der Kartelle, welche in den Zeiten eines wirtschaftlichen Abstieges der Konjunktur absolut nicht Rechnung tragen will und welche im Inland die Preise hochhielt in einer Weise, die der ganzen wirtschaftlichen Lage nicht mehr entsprach, und gleichzeitig dem Auslande zu Schleuderpreisen lieferte, wie es das Kohlsyndikat in beschränktem, das Koks syndikat in sehr erheblichem Maße getan hat, indem das letztere den Koks nach den konkurrierenden Industrieländern zu 11 Mk., ja 8—10 Mk. lieferte, während es im Inlande mit 17 und 18 Mk. verkaufte. Wenn Herr Professor Sombart die Meinung des Herrn Geheimrat Rirdorf hier wiedergegeben hat, daß, wenn dieses Kartell diese Preispolitik nicht befolgt hätte — das war der Sinn der Ausführungen des Herrn Rirdorf —, dann über die deutsche Montan-

industrie ein Notstand hereingebrochen sein würde, wie er kaum jemals dagewesen ist, so teile ich nach meiner vielleicht mangelhaften Kenntnis der Verhältnisse — aber ich bin doch auf diesem Gebiete auch Fachmann — diese Befürchtung nicht. Unmittelbar nach dieser Konjunktur war die Möglichkeit einer solchen Steigerung der Produktion nicht gegeben; denn gerade in diesen Zeiten hatten die Kohlenwerke, um die Kohlen beschaffen zu können, die Aus- und Vorrichtungsarbeiten in weitgehendem Maße vernachlässigt, sie mußten die folgende Zeit dazu benützen, um in erweitertem Maße an die Neuausrichtung und Neuordnung der Kohlenlagerstätten zu gehen. Es war also nicht anzunehmen, daß ohne weiteres der Rückschlag hier in so kolossalem Maße eintreten würde. Daß es vor allen Dingen nicht notwendig war, diese Preispolitik zu führen, das beweist der Umstand der Weiterzahlung der gesteigerten Dividenden derjenigen Hochofenwerke, welche im Besitze eigener Kohlen und Koks waren, während auf der anderen Seite die Weiterverarbeiter in schwerwiegendstem Maße darunter litten. Herr Professor Sombart ist der Meinung, daß unsere Ausfuhr darunter nicht gelitten habe, denn, führte er an, die Ausfuhr gerade unserer Eisenindustrie zeigt in dieser Zeit des Rückganges unserer Wirtschaftsverhältnisse eine außerordentliche Steigerung. Das ist zweifellos richtig, aber ich hätte bloß gewünscht, er hätte in weitergehendem Maße auch einmal nachgewiesen, auf welche Artikel denn sich diese Steigerung der Ausfuhr verteilt. Wenn man das prüft, so kommt man zu dem Resultat, daß es lediglich die ganz groben Halbfabrikate, Roheisen, Halbzeug, Träger, Eck- und Winkelisen usw. sind, bei denen die Ausfuhr zugenommen hat, und daß die Ausfuhr der weiterverarbeiteten verfeinerten Fabrikate nur in ganz verschwindendem, in ganz ungenügendem Maße zugenommen hat, und für jeden von uns wird es klar sein, daß, je verfeinerter ein Gegenstand ist, um so mehr menschliche Arbeit fleht daran, also um so mehr Beschäftigung im Inlande ist vorhanden. An der Tonne Kohle, Roheisen fleht verhältnismäßig wenig menschliche Arbeit. Das sind bei der Kohle vielfach kaum 45—50, bei Roheisen vielleicht 60%, soweit ausländische Erze dafür verwandt werden, noch weniger. Je verfeinerter die Ware ist, um so mehr menschliche Arbeit ist dafür erforderlich. Trotz aller Exportprämien, welche gezahlt sind, hat die weiterverarbeitende Industrie unter dem Hochhalten der Materialpreise im Inland und durch die Schleuderei nach dem Auslande aufs schwerste gelitten.

Ich komme gerade von dem Verbandstag des deutsch-österreichisch-ungarischen Kanalvereins in Mannheim; dort wurde uns von einer dortigen Schiffswerft eine Broschüre unterbreitet, in der ziffernmäßig nachgewiesen

wurde, in welch außerordentlichem Maße dem Schiffbau das Material durch den deutschen Trägerverband und den deutschen Grobblechverband verteuert wird dadurch, daß dieselben Werke, welche den holländischen Werken zu billigem Preise liefern, im Inlande hohe Preise fordern, und daß der Bau eines deutschen Rheinschiffes — bloßer Schleppkahn — durch die Kartelle gegenüber der holländischen Produktion, die genau dieselben deutschen Materialien verarbeitet, um nicht weniger als 6000 Mark verteuert wird.

Wie weit kann man denn überhaupt mit der Exportprämie, welche die verschiedenen Kartelle und Syndikate geben, gehen? Diese kann das Rost- und das Kohlsyndikat, das Roheisensyndikat und der Halbzeugverband, der Grobblechverband, das Trägersyndikat, der Walzdrahtverband je den anderen kartellierten Eisenverarbeitern geben; aber schon, wenn die Maschinenwerkstätten das Blech zu Kesseln verarbeiten, da hört diese Exportvergütung auf; sie geht beim Draht bis zum Drahtstift herab, weiter ist sie nicht möglich. Wir haben gerade in einem Organ, das auf diesem Gebiete gewiß auch vom kartellfreundlichen Standpunkte nicht zu irgend einem Verdacht Anlaß gibt, in der „Deutschen Industrie-Zeitung“, einen hochinteressanten Aufsatz gehabt, wonach der deutsche Lokomotivbau in seiner Exportfähigkeit aufs schwerste geschädigt wurde durch die hohen Materialpreise im Inlande und unser Lokomotiv-, Lokomobil- und Kesselbau längst dem englischen ebenbürtig im Export geworden wäre, wenn wir nicht durch die Zölle auf Roheisen, Schmiedeeisen und Bleche künstlich die Produktion so verteuerten. Diese Politik der Kartelle hat allerdings den Schaden, wie Herr Prof. Sombart ganz richtig bemerkt hat, von sich abgewälzt zunächst auf die weiterverarbeitenden Industrien; aber ich glaube, daß sie schließlich sich selbst damit schädigen. Je mehr weiterverarbeitende Industrien wir im Inlande haben, statt daß wir dieselben im Auslande groß züchten, um so mehr haben wir auch im Inlande Konsumenten, auch Absatz für den Neubau von Produktionsstätten verschiedenster Art, nicht bloß für Produktionsmittel, und gerade dieser immer weiter befruchtender Tätigkeit verschließen sich die Kartelle, die eine Preispolitik führen, die nach dem Inland teuer, nach dem Auslande billig verkauft.

Es ist bisher noch gar nicht berücksichtigt worden, in welcher Weise auch die Unsicherheit unserer Handelspolitik in der Zukunft einen nachhaltigen Wiederaufschwung bisher hintangehalten hat, und das ist nicht so unbedeutend, wie viele meinen. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit sehr vielen Produzenten zu sprechen, die nach dem Auslande arbeiten, und sie haben mir wiederholt erklärt, daß es für sie sehr schwierig sei, unter den jetzigen unsicheren Verhältnissen den Absatz nach dem Auslande aufrecht zu

erhalten, und viele haben mir gesagt, solange sie nicht die Sicherheit hätten, daß sie einen auswärtigen Markt unter bestimmten, gewissen Bedingungen auf eine Reihe von Jahren besichern könnten, solange würden sie sich wohl hüten, die großen Kosten der erstmaligen Auffuchung eines derartigen Marktes aufzumenden, und das wirkt auf unsere ganze Volkswirtschaft zurück.

Ich muß ehrlich gestehen, wenn einige der Herren Referenten heute der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß wir diese Krisis, die Gott sei Dank nicht so schwer geworden sei wie diejenige im Jahre 1873, bereits im wesentlichen überwunden haben und jetzt im Stadium der Ruhe, der Stagnation uns befinden, darüber für mich noch gar nicht das letzte Wort gesprochen ist, ob sich nicht aus diesem Stadium der Stagnation ein weiteres Stadium des Herabsinkens entwickeln kann. Mit vollem Recht ist von einem der Herren Referenten betont worden, daß die Entwicklung der nordamerikanischen wirtschaftlichen Verhältnisse sehr einflußreich für unsere eigene werden kann. Wir haben zwar vor wenigen Wochen im „Deutschen Handelsarchiv“ einen Bericht unseres Handelsattachés in New York gelesen, worin dargelegt wird, daß die amerikanische Eisenindustrie nicht in der Lage sein würde, auf dem deutschen Markte aufzutreten und uns Konkurrenz zu machen, daß sie in erster Linie die Möglichkeit habe, durch Herabsetzung ihrer Kosten den einheimischen Markt zu beleben. Ich habe nie zu denjenigen gehört, die die amerikanische Gefahr für eine so übertrieben große erachtet haben. Bereits vor vier Jahren habe ich in dem „Zentralblatt für Walzwerke“ das Wort ausgesprochen, daß die amerikanische Konkurrenz wohl ernst, aber nicht tragisch zu nehmen sei, ein Wort, das vor wenigen Wochen ein hervorragender Eisenindustrieller, Geheimrat Lurg, vollständig unabhängig von meinen Darlegungen, auch ausgesprochen hat. Wir müssen uns aber klar werden, daß gerade die außerordentliche Vertrufung der amerikanischen Eisenindustrie wiederum dazu führt, daß man im Inlande die Preise einigermaßen hochhalten kann und mit der dadurch ermöglichten Exportprämie auf dem Weltmarkt schleudert, und bei den gewaltigen Dimensionen, welche unsere Ausfuhr von Eisen- und Halbfabrikaten angenommen hat, kann in dieser Beziehung der amerikanische, mit Exportprämien künstlich forcierte Export unserem Export sehr gefährlich werden, und wir stehen deshalb im vollständigen Dunkel darüber, ob sich denn in Zukunft aus dieser Stagnation die aufsteigende oder erst recht die absteigende Linie entwickeln wird. Trotz aller vorzüglichen Darstellungen des Herrn Dr. Jastrow ist meines Erachtens für die Beurteilung dieser Frage die Entwicklung der Arbeitslosenkurve und der anderen Kurven in keiner Weise maßgebend oder gibt sie uns einen Fingerzeig.

Meine Herren! Ich muß auch sagen, selbst das, was Herr Prof. Sombart als einen wesentlichen Vorzug des Kohlenyndikats bezeichnet hat, daß bei diesem ein Zusammenbruch vollständig hinausgeschoben sein soll, auch das können wir ja noch gar nicht wissen; denn die Verhandlungen über das Fortbestehen des Kohlenyndikats haben bis heute noch zu keinem Ergebnis geführt und niemand kann wissen, ob es über die Vertragsdauer hinaus bestehen bleiben wird oder nicht. Aber das ist die Gefahr eines jeden Syndikats, welches eine Preispolitik mit zu hohen Preisen verfolgt, daß es den Anreiz liefert, neue Produktionsstätten über den Bedarf hinaus entstehen zu lassen und so die Möglichkeit der Überproduktion herbeizuführen.

Nun, meine Herren, noch wenige Worte zu den Ausführungen des Herrn Geheimrat Hecht. Im großen und ganzen bin ich in der Lage, das zu unterschreiben, was er ausgeführt hat, wenngleich ich mich nicht dahin binden möchte, daß ich jeden seiner Vorschläge als Leitsatz nehmen könnte, denn in dieser Beziehung können Leitsätze mit dem „t“ leicht zu „Leitsätzen“ mit dem „d“ werden. Aber einen Punkt möchte ich doch anführen. Herr Hecht hat mit Recht hervorgehoben, was alles der Titel einer Schuldverschreibung enthalten sollte. Das ist sehr schön für die Prüfung durch die Zulassungsstelle; aber ein so erfahrener Bankier wie Herr Hecht weiß am besten, daß der Käufer dieser Sachen sich höllisch wenig um das kümmert, was auf der Obligation gedruckt ist. Und das ist eben das Leiden dabei, der Käufer kauft nach dem Kurs und der Verzinsung, und es ist ihm ganz gleichgültig, was auf der Urkunde steht.

Herr Hecht hat sodann feste Normen über Abschreibungen für industrielle Gesellschaften verlangt. Gewiß, wenn es technisch durchführbar wäre, würde ich ihm vollständig zustimmen; aber ich möchte meine bescheidenen Zweifel erheben, ob dies technisch durchführbar sein wird. Nehmen wir an: eine Flußschiffahrtsgesellschaft hat verschiedene Frachtkähne, welche einer erheblichen Reparatur bedürfen. Die Reparatur wird vorgenommen; sie bedeutet gegenüber dem Buchwert, den die Kähne vorher hatten, eine ganz außerordentliche Wertvermehrung. Nun ist die Frage, wieviel von dieser Wertvermehrung bucht man auf Neubaufonto und wie viel auf Reparaturkonto. Das ist in jedem Fall eine so komplizierte Frage, daß sie nicht durch irgend welche Vorschriften geregelt, sondern nur durch das sachverständige und gewissenhafte Ermessen der Leiter eines derartigen Betriebes, bestenfalls wenn alle sachverständig sein sollten, was leider nur in seltenen Fällen der Fall ist, mit Hilfe des Aufsichtsrates beantwortet werden kann. Was bedeutet dem gegenüber eine feste Norm für Abschreibungen? Man kann sie sehr hoch nehmen und statt auf Reparaturkonto setzt man alles auf Neubau=

konto. Die Bilanz ist genau so unübersichtlich wie vorher und es ist mit den Normen über Abschreibungen nicht das geringste geholfen.

Ein gewisses Bedenken habe ich auch gegen den Vorschlag des Herrn Geheimrat Hecht über die Nutzbarmachung des § 193 für die Fachpresse, so daß sie sich auf diesen soll berufen können. Es gibt unter der sogenannten Börsenfachpresse auch eine ganz gefährliche Presse, die durch ihre Tätigkeit geeignet ist, auch die Arbeit der solidesten Gesellschaft in der schwersten Weise zu gefährden, schwere Erschütterungen auf dem Kredit- und Effektenmarkt herbeizuführen. Wenn wir ein derartiges Privilegium für eine Presse schaffen wollten, die sich Fachpresse nennt, so fürchte ich, daß wir damit Revolverblätter schlimmster Art schaffen würden, und ich möchte meine bescheidenen Zweifel an der Zweckmäßigkeit derartiger Vorschläge äußern.

Nun zum Schluß ein ganz kurzes Wort über das Referat des Herrn Dr. Jastrow. Er hat darauf hingewiesen, daß mehr im Herrenhaus als im preußischen Abgeordnetenhaus der Standpunkt wahrgenommen worden ist, daß es gerade in der Zeit des wirtschaftlichen Daniederliegens notwendig sei, daß die Gemeinden und der Staat mit ihren Unternehmungen vorgehen. Ich glaube, wenn Herr Dr. Jastrow in den parlamentarischen Berichten noch etwas weiter zurückgegangen wäre und nicht bloß die des preußischen Abgeordnetenhauses, sondern auch die des Deutschen Reichstags verfolgt hätte, so würde er gefunden haben, daß das von unserer Seite immer gefordert ist und daß wir stets den Standpunkt vertreten haben, daß es grundfalsch ist, wenn man sich darauf beruft, daß die schlechte Finanzlage, die ja immer in denjenigen Zeiten eintritt, in denen die Wirtschaftslage schlecht ist, Neubauten und Neuanschaffungen nicht gestattet, daß diese vielmehr werbendes Kapitalvermögen seien, und daß gerade in diesen Zeiten Staat und Gemeinden die Verpflichtung haben, ihre produktiven Anlagen zu erweitern und zu vervollständigen. Was hätte in dieser Zeit des ersten Niederganges die preußische Staatseisenbahnverwaltung leisten können, wenn sie mit ihren Bestellungen von Schienen, Lokomotiven sehr viel rascher herausgekommen wäre. Allerdings hieß es, man werde sie herausgeben, und die Submission wurde auch ausgeschrieben, es dauerte aber über ein halbes Jahr, bis die definitiven Aufträge erteilt wurden. Ein wesentlicher Teil jener Krisis ist auf diese Versäumnis mit zurückzuführen, und deshalb habe ich mich ganz besonders gefreut, daß auch von dieser Seite speziell im Arbeiterinteresse hervorgehoben ist, wie vorteilhaft es für den Staat und die Gemeinde ist, in dieser Zeit zu bauen, wo Baumaterialien und alles andere verhältnismäßig am billigsten ist. Einen Haken hat ja die Sache immer. Auch die Notstandsarbeiten können bloß über einen verhältnismäßig be-

beschränkten Zeitpunkt hinweghelfen, sie können nicht in infinitum ausgedehnt werden, und deshalb ist es die Aufgabe einer jeden Staatsregierung und aller gesetzgebenden Körperschaften, eine Politik zu führen, die wenigstens das ihrige tut, daß dem Wirtschaftsleben Ruhe, Sicherheit und Stetigkeit gegeben wird und es nicht den erheblichen Schwankungen durch die Unsicherheit der ganzen Lage ausgesetzt wird, daß diese mindestens durch die Politik nicht vermehrt werde.

(Beifall.)

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Bevor ich dem folgenden Redner das Wort gebe, wird Herr Prof. Schmoller uns einige geschäftliche Mitteilungen machen.

Professor Dr. Schmoller: Ich möchte mitteilen, daß der Ausschuß sich neu konstituiert und das bisherige Bureau wiedergewählt hat. Die sämtlichen bisher kooptierten Herren sind ebenfalls wieder berufen worden. Weitere Beschlüsse wollte der so sehr kleine Ausschuß nicht fassen, ehe die kooptierten Herren wieder beigetreten sind. Es besteht aber der Wunsch, daß möglichst heute noch mit den kooptierten Herren eine relativ kurze, aber nicht unwichtige Ausschußsitzung stattfinde. Wir glauben, daß die heutige Verhandlung bis etwa 4¹/₂ Uhr dauern wird und daß dann der Ausschuß hier zusammentreten könnte. Zunächst gebe ich mich der Hoffnung hin, daß wir gegen 4³/₄ Uhr mit dieser Sitzung beginnen können. Diejenigen Herren, die in der heutigen Versammlung etwa nicht mehr zum Worte kommen, können das ja morgen nachholen. Die Namen der jetzt zum Ausschuß gehörenden Herren brauche ich wohl nicht zu verlesen. Wer bisher kooptiert war, weiß es und ist eingeladen, nachher mit uns eine kurze Sitzung abzuhalten.

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Ich gebe nun das Wort Herrn Geheimrat Prof. Dr. Loening.

Geheimrat Prof. Dr. C. Loening (Halle): Meine Herren! Als ich heute morgen diesen Saal betrat, lag mir nichts ferner, als in dieser hochwichtigen Verhandlung das Wort zu nehmen. Weiß ich doch sehr gut, daß ein so außerordentlich wichtiges und verwickeltes Verhältnis, wie es die wirtschaftliche Krisis ist, ganz andere Sachkenntnis erfordert, als ich sie besitze, um in dieser Debatte das Wort zu ergreifen. Wenn ich trotzdem mich entschlossen habe, für kurze Augenblicke mir Ihre Aufmerksamkeit zu erbitten, so ist es geschehen infolge einer überaus freundlichen Äußerung, welche von

Herrn Dr. Jastrow in seinem Referate gemacht worden ist in bezug auf eine kleine Rede, die ich vor etwa einem halben Jahre gehalten habe. Ich fürchte, daß aus seinen Äußerungen doch ein Mißverständnis entstehen kann über den Sinn, in dem ich diese Äußerung getan, und über die Ansicht, welche ich in dieser Beziehung hege.

Eine bedauernswerte und eine der unheilvollsten Folgen einer wirtschaftlichen Krisis ist zweifellos die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit ist eine soziale Krankheit, von der ich fürchte, daß sie in der Zukunft in einem noch viel größeren und unheilvolleren Maße auftreten wird, als dies in der letzten Zeit geschehen ist. Meine Überzeugung geht nun dahin, daß dieser schweren und unheilvollen sozialen Krankheit nicht abgeholfen werden kann durch öffentliche Arbeiten, welche von dem Staat und der Gemeinde unternommen werden. Es ist dies ein Mittel, das kleine Schäden beseitigen, aber ein Heilmittel für die große und schwere Krankheit der Arbeitslosigkeit allein nicht darbieten wird. Meine Äußerungen, auf welche Bezug genommen wurde, beziehen sich nicht auf die sogenannten Notstandsarbeiten des Staates, und ich will deshalb auch hier nicht darauf eingehen, sondern ausschließlich auf die Aufgaben, welche den Gemeinden in solchen Zeiten der Not obliegen. Mit vollem Recht hat Herr Dr. Jastrow ausgeführt — ich stimme ihm hier vollständig bei —, daß wohl zu unterscheiden sind solche Arbeiten, welche nur veranlaßt werden, um den notleidenden Arbeitern, den arbeitslosen Arbeitern eine Beschäftigung zu geben, Arbeiten, welche also im wesentlichen den Charakter von Beschäftigungen Verarmter an sich tragen, und diejenigen Unternehmungen, welche im öffentlichen Interesse an sich vorgenommen werden müssen und welche gerade in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit vor allem in Angriff zu nehmen sind. Auch soweit stimme ich vollständig Herrn Dr. Jastrow bei. Aber wenn ich ihn richtig verstanden habe, ging seine Ansicht dahin — es ist möglich, daß ich mich irre —, daß es die Pflicht der Gemeinde, die Pflicht der großen Städte, auch der Industriestädte sei, in solchen Zeiten der Notlage auch solche Unternehmungen ins Werk zu rufen, welche nicht unbedingt notwendig sind. Hier scheiden sich, wie ich glaube, unsere Wege. Die Veranlassung, welche jene Äußerung hervorrief, auf die er Bezug nahm, war die, daß der Minister des Innern in Preußen den Städten zurief, sie sollten möglichst sparsam sein, soviel wie möglich den Daumen auf den Geldbeutel halten und keine Arbeiten, die nicht ganz unbedingt durch das Gesetz geboten sind, vornehmen. Dagegen habe ich mich allerdings mit Entschiedenheit ausgesprochen, und der Minister des Innern hat später Gelegenheit genommen, sich mit mir einverstanden zu erklären. Ich machte darauf aufmerksam, daß dies keine

richtige Kommunalpolitik sei, sondern daß diejenigen Unternehmungen, die durch das öffentliche Interesse geboten sind, z. B. Schulbauten, von der Gemeinde vorgenommen werden müssen ohne Rücksicht darauf, ob dadurch die Steuern erhöht werden oder nicht. Das sind allgemeine soziale Pflichten und politische Pflichten, welche der Gemeinde obliegen, wie ich das hier nicht weiter auszuführen brauche. Aber so entschieden ich der Ansicht bin, daß ohne Rücksicht darauf, ob die Steuern erhöht werden müssen oder nicht, diejenigen Unternehmungen von der Gemeinde ausgeführt werden müssen, die als ein dringendes Erfordernis geboten sind, so bin ich doch der Ansicht, daß diejenigen Arbeiter, welche nicht unbedingt notwendig sind im Interesse der Gesamtheit, im Interesse auch der arbeitenden Klasse, nur mit größter Vorsicht ins Werk gesetzt werden sollen, wenn die Stadt schon mit Steuern überlastet ist. Die Organe der Städte haben alle Ursache, auch die Steuerverhältnisse und finanziellen Verhältnisse ihrer Gemeindeangehörigen zu berücksichtigen. Es ist nicht eine allgemeine Aufgabe der Städte, jedem Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Ein Recht auf Arbeit erkenne ich von meinem Standpunkt aus nicht an. Die Anerkennung dieses Rechtes führt uns direkt in den sozialistischen Staat hinein. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß weder die Gemeinde noch der Staat die Pflicht hat, den Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen, soweit es sich nicht um die öffentliche Armenpflege handelt. Die liegt auf einem anderen Gebiete, davon ist hier nicht die Rede. Aber bloß Unternehmungen deshalb ins Leben zu rufen, um den Arbeitslosen Beschäftigung zu geben, halte ich an sich nicht für richtig, sondern ich glaube, daß hier die finanziellen Interessen der Bevölkerung sehr wohl ins Auge zu fassen sind. Es handelt sich hier nicht bloß um reiche Leute — die reichen Leute können noch mehr Steuern zahlen als bisher — sondern um eine gleichmäßige gerechte Verteilung der Steuern, und die Steuern sind für die mittleren Klassen unserer Bevölkerung vielfach in ganz hohem Maße drückend. Ich kenne die Verhältnisse in Hamburg nicht, wohl aber in den preussischen Städten, und weiß, daß wir in Preußen zahlreiche Städte haben, wo gerade die mittlere Bevölkerung ganz außerordentlich leidet, und ich möchte davor warnen, daß man immer bloß die eine Seite ins Auge faßt, nicht aber auch die andere. Ich glaube nicht, daß in solchen Notstandszeiten eine Stadt öffentliche Unternehmungen, die mit großen Kosten verbunden sind, ins Leben rufen darf, nur um den Arbeitslosen Arbeit zu schaffen. Das Problem ist ein sehr schwieriges. Ich erkenne keineswegs die Bedeutung desselben. Das angeführte Mittel reicht aber nicht aus, führt jedoch Nachteile mit sich, die im Sinne der Gerechtigkeit vermieden werden müssen. Ich hoffe, daß ich im wesentlichen mit Herrn Dr. Jastrow

übereinstimme und nur die Ausdrucksweise eine andere war. Ich glaubte aber mich verpflichtet, mich gegen eine Mißdeutung meiner Worte zu verwahren, und bitte zu entschuldigen, wenn ich diese hochwichtige Debatte, die sich mit dem sehr wichtigen Problem der Wirtschaftskrise beschäftigt, durch diese kurzen Bemerkungen unterbrochen habe.

(Beifall.)

Dr. E. Loeb (Berlin): Sehr geehrte Damen und Herren! Sie werden es einem Manne, der im praktischen Leben steht, nicht übel nehmen, wenn er bei einem Punkte der heutigen Debatte eingreift, der für das praktische Leben von intensivster Bedeutung ist. Ich bin der Ansicht, daß die Anschauung, die von den Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft hier über die wirtschaftliche Lage geäußert worden ist, auf die Gestaltung der Verhältnisse in Deutschland von Einfluß ist, und deshalb halte ich es für angezeigt, wenn auch ein Praktiker gegenüber den sehr pessimistischen Äußerungen, die heute gefallen sind, ein paar Worte sagt. Ich halte das um so mehr für meine Pflicht, als vor drei Jahren, als der Eintritt der Krisis von Praktikern erkannt wurde, von Vertretern der Wissenschaft die Befürchtung einer Krisis für unbegründet erklärt wurde.

Ich möchte bei meinen Ausführungen anknüpfen an die Theorie, die Herr Professor Sombart entwickelt hat. Ich werde mich dabei aber sehr kurz fassen. Herr Professor Sombart hat in seiner Theorie, bei der ich die Frage, ob wirklich die Vermehrung der Goldproduktion die einzige Ursache des Aufschwunges war, außer Acht lassen möchte nicht nur im Interesse der Verhandlung, sondern auch weil ich mich nicht für berufen erachte, darüber zu sprechen, erklärt, daß die erste Stufe des Aufschwungs gekennzeichnet sei im wesentlichen durch zwei Faktoren: 1. durch die Nachfrage öffentlicher Körperschaften, die ermöglicht werde durch die Leichtigkeit der Beschaffung des öffentlichen Kredits im Anleihewege, 2. durch die Konversionen, die einen Rückfluß des Kapitals von seiten der öffentlichen Organe in Privatbesitz ermöglichen. Ich halte dieses letzte Moment nicht für richtig, daß die Konversion einen Rückfluß des Kapitals aus Händen von juristischen Personen in Privathände bringe; denn eine Konversion würde ja gar nicht möglich sein, wenn die Mehrzahl oder überwiegende Zahl der Anleihebesitzer sich das Kapital zurückzahlen ließe und nicht in die Zinsfußermäßigung einwilligte. Aber ich möchte gerade bei diesem Moment der Nachfrage der öffentlichen Körperschaften und der Möglichkeit resp. der Leichtigkeit des öffentlichen Kredits einsetzen, und gegen die heute hier geltend gemachten Ansichten den Standpunkt vertreten, daß wir wahrscheinlich den Tiefpunkt im Wirtschafts-

leben in Deutschland erreicht, wenn nicht bereits ziemlich erheblich überschritten haben; denn im vorigen Jahre sowohl wie in diesem Jahre ist es den Staaten und Kommunen in sehr erheblichem Maße möglich gewesen, Anleihen unterzubringen, die indirekt produktiven Zwecken dienen. Ich verkenne allerdings nicht, daß 1895/96 Anleihen placiert wurden zum Bau von Elektrizitätswerken, zum Bau von Straßenbahnen und nicht, wie es jetzt der Fall war, daß die Städte Anleihen kontrahieren konnten, um in Privatbesitz befindliche Werke und Betriebe zu übernehmen. Gewiß liegt darin ein Unterschied. Aber auch die letzte Form, die jetzt die herrschende war, hat den Privaten ermöglicht, die durch die Verstaatlichung der Straßenbahnen und Elektrizitätswerke frei werdenden Kapitalien in anderer Weise anzulegen. Ein dritter Punkt ist der: Herr Professor Sombart hat nach einem französischen Autor zitiert, daß der einzige Grund der Krise das Aufhören der Preisbauffe sei. Wenn das richtig ist, und man kann dies als Tatsache nicht bestreiten, dann kann man auch mit dem *argumentum a contrario* behaupten, daß das Aufhören der Preisbauffe ein Moment des Aufschwunges ist. Nun, dieses Aufhören der Preisbauffe ist meines Erachtens in Deutschland unverkennbar. Daß die Kurve an der Börse schon seit zwei Jahren nach oben zeigt, daß wir ungefähr 2 Monate nach dem Fall der Leipziger Bank den Tiefpunkt an der Börse hatten, ist authentisch. Außerdem aber haben wir auch in den Warenpreisen den tiefsten Punkt erreicht. In den beiden Industrien, in denen die Krisis am wahrnehmbarsten war, in der Eisenindustrie und in der Elektrizitätsindustrie, haben die Preise seit einigen Monaten angezogen. Das ist ein drittes Moment, das dafür spricht, daß die wirtschaftliche Lage in Deutschland nicht mehr so trostlos ist, wie es nach den heutigen Ausführungen scheinen müßte. Das entscheidende Moment scheint mir aber darin zu liegen, daß bei uns die Kreditverhältnisse — und ich bin im Gegensatz zu anderen der Auffassung, daß die Krisis nicht so sehr eine Produktionskrisis, als eine Kreditkrisis war —, daß die Kreditverhältnisse in der Gesundung begriffen sind. Unsere Werke sind in den letzten Jahren in der Lage gewesen, ihre größten Bankschulden abzustossen; unsere Banken aber sind liquider geworden und deshalb ist Kapital für neue Unternehmungen und zur Ausdehnung alter Unternehmungen leichter erhältlich.

Wenn man nach dem Grund fragt, warum denn diese Krisis vielleicht schneller überwunden werden kann als die früheren Krisen, dann glaube ich, muß man da anknüpfen an einen Punkt, den Herr Professor Herkner berührt hat. Ich glaube in der Tat, daß es ein unterscheidendes Merkmal der letzten von den anderen Krisen war, daß die Verhältnisse der arbeitenden

Bevölkerung von der Krisis lange nicht so sehr in Mitleidenschaft gezogen worden sind wie früher. Unsere Großindustriellen, besonders in der Eisenindustrie, sind bestrebt gewesen, die Arbeiterschaft zu erhalten, und ihre Produktion aufrecht zu erhalten, selbst wenn sie mit Verlust nach dem Auslande haben arbeiten müssen. Die Arbeitslosigkeit und die Verminderung der Arbeitszeit waren in dieser Krisis lange nicht so intensiv wie 1873, oder auch nur in den kleinen Depressionsperioden, geschweige denn von der 1857er Krise zu sprechen. Wenn man den Grund der schnellen Überwindung der Krise in der besseren Situierung der Arbeiter in der jetzigen Krise sieht, dann erklärt sich auch meines Erachtens eine Erscheinung, die wieder ein Beweis für die Überwindung der Krisis ist: die Besserung der Textilindustrie. Herr Professor Sombart hat meines Erachtens zum erstenmal in national-ökonomischer Beziehung auf die Sonderstellung hingewiesen, die die Textilindustrie aufweist. Und es ist in der Tat eine Beobachtung, die von Praktikern wiederholt gemacht worden ist, ohne daß wir uns über die Gründe klar werden konnten, daß als Zeichen der Beendigung einer Krisis meistens eine Besserung in der Textilindustrie zu betrachten ist. Diese Besserung, ja geradezu ein Aufschwung in der Textilindustrie wird auch von Pessimisten keineswegs geleugnet. Wenn ich nach dem Grunde frage, warum diese Besserung in der Textilindustrie eintreten konnte, da erscheint mir die Beantwortung in dem Moment der Arbeiterverhältnisse zu liegen. In der Textilindustrie kommt das besonders in Betracht. Herr Professor Sombart nannte das Gegenteil vom effektiven Bedarf den fiktiven Bedarf. Der effektive Bedarf der Bevölkerung kommt naturgemäß am ersten in der Textilindustrie zur Geltung, denn nach der Nahrung ist die Kleidung für den Menschen das Unentbehrlichste, was er zum Leben gebraucht. Diese verhältnismäßige Gesunderhaltung des Arbeitsmarktes war meines Erachtens die Voraussetzung für die Besserung der Textilindustrie und ich bin der Ansicht, daß die Arbeitsnachweise des Herrn Dr. Jastrow, die von Leuten der Praxis sehr geschätzt werden, nicht ganz die Unwahrheit zu sprechen scheinen, wenn sie seit sechs Monaten ununterbrochen günstig lauten.

Ich möchte dann noch mit einem Wort zurückkommen auf die Ausführungen des Herrn Bergrat Gothein bezüglich der sogenannten amerikanischen Gefahr. Herr Gothein hat selbst gesagt, daß er dieselbe nicht überschätze, er hat aber doch wieder das Gespenst an die Wand gemalt, daß die amerikanischen Trusts, die im Inlande die Preise hoch halten, nach dem Ausland zu Schundpreisen verkaufen. Demgegenüber ist zweierlei nicht außer acht zu lassen; erstens, die sozialpolitischen Rücksichten, die wir in Deutsch-

land der arbeitenden Bevölkerung gegenüber wahrgenommen haben und stets wahrnehmen, kennt der Amerikaner nicht. Wenn der Amerikaner an der Produktion nichts mehr verdienen kann, schließt er seine Betriebe und wir haben an dem Vorgehen des Stahltrusts gesehen, daß dieses Mal genau so vorgegangen wird. Der Befürchtung der amerikanischen Invasion ist noch eine zweite Tatsache entgegenzustellen. Wenn die Amerikaner seinerzeit, im Jahre 1900, als wir Hochkonjunkturpreise hatten, die um 50 und 75 % höher waren als die jetzigen, nur minimale Mengen nach Europa schaffen konnten, dann scheint die Befürchtung nicht so begründet, daß sie jetzt, wo unsere Preise um 50 % und mehr reduziert sind, Europa mit Güternprodukten überschwemmen.

Ich hielt es für die Verpflichtung eines Praktikers, diese Ausführungen zu machen, weil in der Tat das Wirtschaftsleben sehr beherrscht wird von Stimmungen und Meinungen; und wenn die deutsche Kaufmannschaft bei der Lektüre des Berichts über die Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik lauter pessimistische Urteile liest, in denen eine jahrelange Depression, ein Zurückfallen aus der Stagnation in noch niedrigere Preise angekündigt wird, dann mußte ich auch einmal auf die Lichtseiten der deutschen Wirtschaftslage hinweisen.

Ich hatte mir dann vorgenommen, im Anschluß an die Ausführungen des Herrn Geheimrat Hecht über die Bilanzierung der Aktiengesellschaften noch einige Worte zu sprechen. Es ist vorhin ein Zweifel darüber aufgetaucht, ob die Ausführungen des Herrn Hecht über unsere Aktiengesellschaften im innigen Zusammenhang stehen mit den Zielen des Vereins für Socialpolitik und mit der Krisis. Die Frage ist unzweifelhaft zu bejahen und zwar deshalb, weil unsere Aktiengesellschaften heute das Wirtschaftsleben beherrschen und besonders weil die Führer der Produktion — und das sind bei der heutigen Arbeitsteilung die Banken —, weil unsere Banken als Aktiengesellschaften organisiert sind und die Aktienbanken tatsächlich maßgebend sind für die wirtschaftliche Konsumtion und Produktion, für das Wohl und Wehe der Bevölkerung bis hinab zu den arbeitenden Klassen. Aus dieser Erwägung heraus scheint mir die Frage, die Herr Geheimrat Hecht in so hervorragender Weise behandelt hat, die Frage der Bilanzierung, eine außerordentlich wichtige. Auch ich glaube, daß man notwendigerweise dahin kommen wird, eine Spezialgesetzgebung zu schaffen — ich will nicht sagen, für die Bilanzierung von Aktiengesellschaften, soweit kann ich Herrn Hecht vorläufig nicht folgen — jedenfalls für die Aktienbanken, die nicht Hypothekenbanken sind, also für Kreditbanken in Aktienform. Und zwar ist das für Aktienbanken aus dreierlei Gründen wichtig, aus Gründen, die auch

der Gesetzgeber nicht von der Hand weisen kann, da er im Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht die ersten Prinzipien dafür aufgestellt hat, daß Gesellschaften, die Bankgeschäfte betreiben, verpflichtet sind, ihre Bilanzen zu veröffentlichen. Die Bilanz hat bei Aktiengesellschaften aus drei Gründen eine ganz besondere Bedeutung, erstens einmal, weil entgegen den Industriegesellschaften in Aktienbanken ein weit größerer Teil des deutschen Nationalvermögens investiert ist und von ihnen verwaltet wird. Es handelt sich nicht nur um das große eigene Kapital, das sich nach Milliarden beziffert, sondern auch um das noch größere fremde Kapital, das ihnen anvertraut ist. Von diesem Kapital und von der Art der Verwendung des Kapitals ist die wirtschaftliche Tätigkeit unserer Banken abhängig. Und daß die Banken dann genauen Bilanzierungsvorschriften unterworfen sind, ist deshalb notwendig, weil nach den heute bestehenden Bilanzen es ganz unmöglich ist, die wahre Lage einer Bank zu erkennen und zu beurteilen. Gerade von dem heute vertretenen Standpunkt der Krisenprophylaxe aus ist ein Bilanzierungsrecht unserer Banken erforderlich; denn nur wenn unseren Aktienbanken ein bestimmtes Schema der Bilanzierung vorgeschrieben wird, dann wird, wenn auch nicht das große Publikum, so doch jedenfalls die Fachpresse und die Fachgenossen in der Lage sein, sich ein Urteil über den Status einer Bank zu bilden. Wenn im Jahre 1900 die Bilanzen unserer Banken detailliert gewesen wären und man aus den für das Jahr 1900 gezogenen Bilanzen hätte ersehen können, wie kolossal unsere Banken mit festverzinslichen Werten festlagen, wie kolossal ihre Engagements waren, wie hoch die ungedeckten Debitoren und wie hoch das bei Elektrizitätsgesellschaften engagierte Kapital war, dann wäre wahrscheinlich auch von einem weit größeren Teile der wirtschaftlich Tätigen und der Gelehrtenwelt in Deutschland das Herannahen der Krise erkannt worden. Wichtiger noch als die prophylaktischen Maßnahmen, die man aus sozialpolitischen Rücksichten und allgemeinen Rücksichten treffen kann, scheint es mir, darauf hinzuweisen, daß der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben sein muß, sich über die wahren Verhältnisse zu unterrichten, und das ist nur möglich, wenn die Unternehmungen auf die öffentliche Kontrolle zugeschnitten sind. Speziell ist das notwendig bei unseren großen Banken. Bedenken Sie, daß allein eine Bank wie die Deutsche Bank mehr als eine Milliarde deutschen Vermögens verwaltet und daß ihr andere Banken, wie die Diskontogesellschaft, nicht nachstehen und daß vielleicht zusammen von ihnen 25 Milliarden verwaltet werden unter Berücksichtigung der Depositen und fremden Gelder, dann erscheint es notwendig, daß hierbei die Öffentlichkeit klaren Wein eingeschenkt bekommt. Es dürfte unschwer sein, diesbezügliche Maßnahmen zu treffen —

es ist das eine Frage de lege ferenda —, die natürlich heute hier nicht erörtert werden kann. Nur möchte ich meinen Standpunkt dahin kennzeichnen, daß die Bilanzierungsvorschriften für Aktiengesellschaften im allgemeinen mir nicht so notwendig und unmittelbar wünschenswert erscheinen wie Bilanzierungsvorschriften für Aktienbanken im besonderen. Die Deutsche Bank hat diesbezüglich ein gutes Vorbild gegeben. Die Bilanzen der Deutschen Bank sind gegenüber den Bilanzen der meisten anderen Banken so, daß der Gesetzgeber, wenn er ein Schema entwerfen will, sehr viel nach dem Schema der Deutschen Bank machen kann. Leider ist es bisher nicht gelungen, selbst unsere größten Institute zu einer Nachahmung dieser rühmlichen Praxis der Deutschen Bank zu bewegen.

(Beifall.)

Regierungsrat Dr. Wiedenfeld (Berlin): Meine Herren! Es sind nur ganz wenige Worte, die ich noch gerne an Sie richten möchte, eins der Praxis entnommen, eins mehr theoretischer Art. Herr Prof. Sombart hat am Schluß seines Referats darauf hingewiesen, Herr Bergtrat Gothein hat dies aufgegriffen, daß wir nicht recht sehen können, wie die amerikanische Gefahr verlaufen wird. Ich möchte nun gegen eine Auffassung hier Stellung nehmen, die zwar nicht in Interessentenkreisen, wohl aber in der Presse, in der öffentlichen Meinung der letzten Zeit einen gewissen Raum eingenommen hat und die meines Erachtens falsch ist. Es ist wiederholt auseinander-gesetzt worden, die amerikanische Gefahr könne man deshalb nicht hoch einschätzen, weil der Schiffahrtstrust zerfallen ist, weil die Aktien des Stahltrusts so stark herabgegangen sind usw. Meine Herren! Den Nationalökonomem sage ich nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, daß gerade das Umgekehrte richtig ist. Solange die großen Trusts ihre Kapitalien angemessen verzinsen, solange ist die Gefahr nicht so groß, daß sie unserer Industrie eine ruinöse Konkurrenz machen. Wenn sie aber in die Lage kommen, nur geringe Dividenden zu erzielen oder ganz darauf verzichten müssen, dann werden sie beginnen, zu schleudern. Und es sagt gar nichts, wenn z. B. der Schiffahrtstrust zerfallen ist; nehmen wir an, eine Mietskaserne des Berliner Westens sei dem zweiten Konkurs verfallen — sie verschwindet dadurch doch nicht vom Wohnungsmarkt, und ebenso würde der Schiffahrtstrust, wenn er dem Konkurs verfallen sollte, durchaus nicht vom Weltmarkte verschwinden. Darauf hinzuweisen, hielt ich für wichtig genug, um das Wort zu erbitten.

Nun noch ein zweites. Ich war eigentlich erstaunt — und ich glaube, daß dieses Gefühl eine größere Reihe der Mitglieder geteilt haben —, daß Herr Professor Sombart am Schlusse seines Referats uns nur in Aussicht

stellte, auf Verlangen einige kleine Mittelchen aus seiner Hausapotheke zur Verfügung zu stellen. Ich vermag nicht seinen grundsätzlichen Standpunkt zu teilen, daß in der Vermehrung der Goldproduktion das einzige Agens zu erblicken sei, das den Aufschwung herbeigeführt habe, und will nur ganz kurz darauf hinweisen, daß ganz unverkennbar den letzten Aufschwung der Jahre 1895—1900 auch eine meines Erachtens verfehlte Maßregel der preußischen Regierung mit herbeigeführt hat. Aus der Geschichte der Eisenbahnen wissen wir, daß jedesmal, wenn ein Staat sich entschlossen hat, mit Hilfe öffentlicher Gelder das Entstehen privater Bahnunternehmungen zu befördern, eine Hausse im Bahnbau eingetreten ist, die das Maß des Berechtigten weit hinter sich ließ; und dies haben wir auch im Kleinbahnbau erlebt, seitdem die preußische Regierung im Jahre 1895 mit dem Plan an die Öffentlichkeit trat, staatliche Gelder für den Privatbau von Kleinbahnen zur Verfügung zu stellen. Ganz unmittelbar darauf setzte ein Aufschwung in diesem Bahnbau ein: im Durchschnitt der Jahre 1892/96 sind nur je 564 km Kleinbahnen in Preußen konzessioniert worden, in den Jahren 1896/1900 dagegen 1198 km. Das bedeutet praeter propter eine Investition von jährlich 100 Millionen Mark in diesem einen Zweige der Volkswirtschaft, und ganz gegen das Ende des Jahrhunderts erst finden wir einen Rückgang. Es bedeutet daher nur einen gewissen Ausgleich — darauf möchte ich in Erwägung dessen, was namentlich Herr Dr. Jastrow gesagt hat, hinweisen —, daß die preußische Eisenbahnverwaltung wenigstens für ihre Hauptbahnen in den letzten Jahren besonders große Bestellungen bei der deutschen Industrie gemacht hat, um etwas den Mangel sonstiger Bestellungen auszugleichen. Aber wenn ich grundsätzlich dem nicht zustimmen kann, was Herr Professor Sombart als Ursache des Aufschwunges dargestellt hat, so war ich doch enttäuscht, daß er nicht einen andern Schluß aus seinen Ausführungen gezogen hat. Denn wenn man auf dem Standpunkt steht, die Vermehrung der Goldproduktion und zwar — was Herr Professor Sombart ausdrücklich gesagt hat —, der Produktion von Gold als Währungsmetall, sei der alleinige Grund der Hausse, dann hat man auch ein Allheilmittel gegen jeden wirtschaftlichen Kräfteanachlaß, nicht nur kleine Mittelchen in seiner Apotheke; dann könnte ja mit Hilfe des Bimetallismus, und wenn das nicht reicht, mit Hilfe noch anderer Metalle bis zum leichten Eisenblech herunter, jedesmal, wenn es uns paßt, eine neue Aufwärtsbewegung inszeniert werden, eine wundervolle, leider wohl trügerische Aussicht.

(Beifall.)

Vorsitzender Ministerialdirektor Dr. Thiel: Ich glaube, wir haben heute fast einen Normalarbeitstag hinter uns. Ich möchte daher vorschlagen, die Diskussion zu vertagen, damit wir morgen mit frischen Kräften die Arbeit wieder aufnehmen können. (Zustimmung.) Die Rednerliste bleibt bestehen.

Ich bitte dann den Ausschuß, sich hier zu einer kurzen Sitzung zu versammeln.

(Schluß 4 Uhr 50 Minuten.)

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 16. September 1903.

(Vormittags 9 Uhr.)

Professor v. Philippovich (Wien) übernimmt den Vorsitz und bemerkt: Meine Herren! Es sind für heute zum Worte gemeldet die folgenden Herren: Spiethoff, Kindermann, Goldscheid, Eschenbach, Leibig, May, Oldenberg und Viefmann, also acht Redner. Es haben dann die drei Referenten noch das Schlußwort zu sprechen. Das gibt elf Redner. Ich glaube, wir müssen mit Rücksicht auf diese stattliche Zahl von rednerischen Kräften, die uns schon zur Verfügung stehen, eine gewisse Zeiteinteilung treffen. Es ist zu fürchten, daß wir nicht mehr den ganzen Tag zur Verfügung haben. Nicht nur ist die Ermüdung ziemlich vorgeschritten, sondern viele Herren sind auch genötigt, mit den Zügen gegen 4 Uhr abzureisen. Es bleibt nichts übrig, als die Diskussion ohne Pause fortzuführen, aber auch vor dem Frühstück zu Ende zu führen, sodaß wir also vielleicht um 1¹/₂ Uhr mit den Verhandlungen fertig sind. Um das erreichen zu können, muß ich mir aber von der Versammlung die Zustimmung dazu erbitten, daß die einzelnen Redner nicht über eine halbe Stunde sprechen. Auch damit kommen wir in diesem Zeitraum nicht aus. Es ist aber anzunehmen, daß manche Herren dieses Maximum nicht in Anspruch nehmen werden. Es ist ein Maximum, von dem ich hoffe, daß die Herren Redner es nicht ausnützen werden. Es erhebt sich kein Widerspruch gegen diese Zeitbemessung, mein Vorschlag ist daher angenommen.

Ich erteile nunmehr Herrn Spiethoff das Wort.

A. Spiethoff (Berlin): Wenn wir im Fluß der Konjunkturschwankungen die Stadien Hauße mit anschließender Überspekulation, die diese zum Abbruch bringende Krisis und endlich die darauf folgende, langdauernde Depressiön auseinanderhalten, so werden wir sagen können, daß

uns bei dem jüngsten Konjunkturwechsel eine ausgesprochene Krisis erspart geblieben ist. Im Juni 1901 stellten sich im Anschluß an den Zusammenbruch der Dresdener Kreditanstalt und der Leipziger Bank zwar gewisse Erscheinungen ein, die sich zu einer ausgesprochenen Krisis hätten auswachsen können, aber es ist nicht dazu gekommen. Wenn die allgemeine Situation, die, wie man nicht bezweifeln kann, für eine Krisis reif war, sich nicht so weit zuspitzte, so wird man das in der Hauptsache auf zwei Momente zurückführen müssen: auf unser zentralistisches erstarbtes Bankwesen und auf den glücklichen Umstand, daß im Juni 1901 die Liquidation der Börsenspekulation bereits beendet war. Wäre der im April 1900 einsetzende Kursrückgang mittelst wahnsinniger Kreditüberspannung bis Mitte 1901 hinausgezogen, oder wäre der Zusammenbruch der Leipziger Bank ein Jahr früher erfolgt, d. h. wären zu irgend einem Zeitpunkt beide Ereignisse zusammengefallen, so hätten uns alle Anstrengungen, die unser Bankwesen und insbesondere unsere Reichsbank mit so großem Erfolg machte, vor einem panikartigen Zusammenbruch nicht bewahren können. Daß die Börsenspekulation zu frühzeitiger und rechtzeitiger Liquidation kam, dazu scheinen mir unsere Großbanken in verdienstvollster Weise mitgewirkt zu haben.

Die Mitte 1901 drohende akute Krisis war aber für die Frage: ob Fortdauer der Hauffe oder Eintritt der Depression nicht mehr von Belang; das Schicksal der Hauffe war bereits $1\frac{1}{2}$ bis $\frac{5}{4}$ Jahre vorher zur Entscheidung gekommen, die Überproduktion hatte ihr bereits um die Wende 1899/1900 das Todesurteil gesprochen. Die Überproduktion scheint mir deshalb das eigentlich Entscheidende für den jüngsten großen Konjunkturwechsel. Bevor ich an den Versuch ihrer Erklärung herantrete, muß ich zunächst kurz auf die Entstehung der Hauffe eingehen.

Herr Prof. Sombart führt die Entstehung der Hauffe im wesentlichen auf die Vermehrung der Edelmetallproduktion zurück. Ich möchte mich dieser Auffassung nicht anschließen. Zunächst kann ich die von Prof. Sombart behauptete historische Tatsache, wonach jede Hauffe bisher durch eine Vermehrung der Edelmetallproduktion hervorgerufen gewesen sei, nicht als solche anerkennen. Ich habe zwar keine planvolle Vergleichung der Hauffeperioden mit denen der Edelmetallproduktion angestellt, ich kann auch im Augenblick keinerlei zahlenmäßige Angaben machen, aber aus meiner Kenntnis der Krisengeschichte möchte ich einen wesentlichen Einfluß der Edelmetallproduktion nur für die Entstehung der Hauffe der 1850er Jahre zu geben, und auch für diese Periode betonen Tooke und Newmarch immer wieder, daß das neue Gold nur eine unter mehreren Ursachen war. Die deutsche Hauffe der 1870er Jahre kann meines Erachtens nicht für die

Sombartsche Hauffetheorie herangezogen werden, denn es ist etwas wesentlich anderes, ob im Verlauf von Monaten in ein Land von praeter propter 40 Millionen Menschen 4 Milliarden Mark neues Kapital einströmen, oder ob die ganze Welt im Verlauf von vier Jahren um den gleichen Betrag ihre Goldvorräte vermehrt, wie das während der jüngsten Hauffe 1896 bis 1899 der Fall war. Für die Zeit von 1870 bis zur Gegenwart darf ich auf Helfferichs Berliner akademische Antrittsvorlesung verweisen, in der er für diese Periode eine Vergleichung der wirtschaftlichen Konjunkturen mit den Schwankungen der Edelmetallproduktion vornimmt. Er hat hier, soweit meine Erinnerung reicht in einwandfreier Weise, dargetan, daß kein Ursachverhältnis zwischen beiden Erscheinungen besteht, vielfach nicht einmal eine zeitliche Übereinstimmung, sondern vielmehr entgegengesetzte Bewegungstendenzen herrschen, namentlich hat er gezeigt, daß das neue Gold nicht den alten Goldwährungsländern zugeflossen ist, sondern dazu gebient hat, das Gebiet der Goldwährung zu erweitern. Ich brauche in diesem Kreise nicht auszuführen, daß für alle Länder, die zur Goldwährung, also zu einer hochwertigen Valuta übergehen, dies an sich viel mehr eine Depressions- als eine Hauffetendenz bedingt. Was die jüngste Hauffeperiode betrifft, so hat die steigende Goldproduktion ihr sicherlich gute Dienste geleistet, aber außer den schon von Helfferich in den Untersuchungen unseres Vereins angegebenen Einzelheiten sollten schon die äußeren Erscheinungen davon abhalten, sie absolut in den Vordergrund zu stellen. Die 1891—1894 gegenüber 1886—1890 von 473 auf 631 Millionen gestiegene Goldproduktion hat die Verschärfung der Depression in diesem Zeitabschnitt nicht verhindert, und ebenso trat 1900 die Depression ein, obwohl die Goldproduktion nur von 1,3 auf 1,1 Milliarden Mark gesunken war, und jene dauert fort, obwohl die Goldproduktion sich wieder vermehrt.

Ganz allgemein möchte ich folgendes anführen. Gegen die Sombartsche Theorie spricht, daß die Verhältnisse der Edelmetallproduktion im Rahmen einer weiteren Krisentheorie versagen, daß sie namentlich nicht zur Erklärung der Depression zu verwerten sind. In den letzten Dezennien haben sich zwar in jeder Depression Bimetallisten gefunden, die in der Demonetisierung des Silbers und der zu geringen Goldproduktion die Ursache sahen, wie auch die sinkende Edelmetallproduktion in den Jahren 1815—1840 zu ähnlichen Theorien führte; aber wer soll einer solchen Erklärung beipflichten, solange die Depressionen von einer Zunahme der Barbestände der Banken begleitet sind, also doch schlechterdings nicht die Rede davon sein kann, daß Mangel an Währungsgeld herrscht. Erst wenn die Depressionen sich durch leere Bankkassen charakterisieren, wird jener bimetalлистischen Erklärung näher ge-

treten werden können. — Die Edelmetallproduktion hat ihre Bedeutung, aber es kommt ihr keine universelle bei. Für die Hauffe spielt sie in der Hauptsache eine spezielle Rolle insofern, als sie einen speziellen äußeren Anlaß für die Bewegung bilden kann; sie wirkt hier aber weniger aus den im Gedankenkreis der strikten Quantitätstheoretiker Rikardoscher Observanz liegenden Gründen als vielmehr durch die steigende Warennachfrage der Edelmetallstätten. Für die 1850er Jahre haben dies Tooke und Newmarch im einzelnen gezeigt. Eine allgemeine Bedeutung kommt der Edelmetallproduktion nur insofern für die Hauffe zu, als die Ausdehnung des zirkulierenden Mediums davon abhängt. Bekanntlich herrscht hier aber eine weitgehende und stetig wachsende Unabhängigkeit. Dieser Faktor scheint mir, worauf ich noch zurückkomme, bei der Erklärung des Zusammenbruchs der Hauffe, des Ausbruchs der Überproduktion und auch der Krisis stärker in Betracht zu kommen als für die Erklärung der Entstehung der Hauffe. Die Inaugurierung einer Hauffe dürfte schwerlich je an der Unmöglichkeit scheitern, das zirkulierende Medium auszudehnen, da die Geldkapitalansammlungen der Depression stets für die ersten Jahre ein breites Fundament liefern werden; anders steht es hingegen zum Schluß der Hauffe, wo diese Vorräte gelichtet sind und für eine gesteigerte Surrogatenmasse als Unterlage dienen.

Ich stelle mir die Entstehung der Hauffe anders vor. Sie scheint mir daraus hervorzugehen, daß Kapital, welches bisher der Produktion vor-enthalten war, dieser zugeführt wird. Die Veranlassung zu dieser Kapitalbeschäftigung entspringt aus einer Differenz, die sich bildet zwischen der Gewinnrate des in gewissen Unternehmungen oder Branchen in der Produktion tätigen Kapitals und der anderer Anlagen. Es waren diesmal besonders die Elektrizitätsunternehmungen und das Kleinbahnwesen, die eine Steigerung des Kapitalgewinnes in Aussicht stellten, und die als Schrittmacher der Kapitalbeschäftigung dienten. Die Errichtung neuer und Erweiterung bestehender Unternehmungen in besonders chancenreichen Branchen führt dann zu einer Ausdehnung der Produktionsmittelindustrien schlechthin, in der die Hauffe gipfelt. Ein besonders hübsches und schlagendes Schrittmacherbeispiel bietet die jüngste Hauffe in der Auerischen Glühlichtgesellschaft. Das Auer-Patent konnte nur schwer eine Finanzierung finden, es war einer beträchtlichen Zahl von Banken und Bankiers angeboten, bis eine verhältnismäßig kleine Firma sich seiner annahm. Der Erfolg war ein erheblicher: in kurzer Zeit wurden 100 % Dividende und ein Kurs von 1300 % erreicht. Entsprechend der Größe des Erfolges war der Ärger derjenigen, die vorher die Finanzierung abgelehnt hatten, und es entstand nun eine förm-

liche Suche nach ähnlichen Objekten. Ich weiß aus der Unterhaltung mit zahlreichen Bankiers aus den Jahren 1896 und 1897, daß ihnen bei neuen Unternehmungen der Auererfolg als Beispiel vorschwebte; in dem Kriminalprozeß gegen die Direktoren der Leipziger Bank wurde bekannt, daß sie gehofft hatten, in dem Bergmann-Patent der Trebergesellschaft ein ähnliches Objekt zu besitzen wie das Auer-Patent. Dies ein kleiner Beitrag zur Psychologie der Hauffe und zur Erklärung des Wanderprozesses des Kapitals aus müßigen Formen in solche, die eine Beschäftigung in der Produktion darstellen.

Es ist nunmehr meine Aufgabe zu zeigen, in welchen Formen sich das Kapital befindet, das bei Beginn der Hauffe zu deren Inaugurierung zur Verfügung steht. Es erwächst mir dies um so mehr als Pflicht, als Herr Prof. Oldenberg mir im letzten Heft von Schmollers Jahrbuch die Ehre erwiesen hat, meine Theorie zu erörtern, und dabei bezüglich der Vorräte müßigen Kapitals, um es für mich milde auszudrücken, Bedenken angemeldet hat. Ich gehe aus von den beiden dem Nationalökonomem geläufigen Kapitalkategorien. Einerseits den Produkten, die der ferneren Produktion dienen sollen, oder wie andere sagen, den naturalen Kapitalgütern, dem Kapital als wirtschaftlicher Kategorie; ich spreche hiervon als Sozialkapital. Auf der anderen Seite steht derjenige Teil des individuellen Vermögensbesitzes, der als Mittel des Gütererwerbs dient, die Eigentumsrechte an naturalen Kapitalgütern, das Kapital als historisch rechtliche Kategorie; ich spreche hiervon als Privatkapital. Für die Fachleute brauche ich nicht zu sagen, daß die verschiedenen Erklärungen des Sozial- und Privatkapitals, die ich anführte, sich nicht genau decken; ich habe das aber hier nicht zu erörtern. Ich bemerke nur, daß ich das Sozialkapital etwas weiter fasse als manche andere, und namentlich die Arbeitskraft einbeziehe. Ich glaube, daß dies für unsere Aufgabe zweckmäßig und erlaubt ist.

Zunächst gebe ich ein Schema der Formen, in denen das während der Depression angesammelte Sozialkapital frei, zu beliebiger Verwendung zu Beginn der Hauffe zur Verfügung steht:

- Geld im Besitz Privater;
- Geld im Besitz von Banken;
- Sachgüter im Besitz ihrer Produzenten oder Händler;
- eventuell vorläufige Ausfuhr, gleichviel in welcher Form, ins Ausland, um in der Hauffe wieder hereingezogen zu werden.

Es kommen hierzu noch zwei weitere Formen, in denen das Kapital nicht frei und zu beliebiger Verwendung, sondern fest angelegt müßig ist:

Arbeitskraft, die unausgenutzt bleibt;

Produktionskraft von Produktionsanlagen, die unausgenutzt bleibt.

Wenn ich zunächst auf das angesammelte Geldkapital eingehe, so entsteht die Frage, welche Bedeutung hat das Geld für den Produktionsprozeß. Das zusätzlich in den Verkehr einströmende Geld kauft überschüssige Sachgüter und Arbeitskraft und regt damit schließlich zu vermehrter Produktion an. Diese Wirkung ist nur da möglich, wo unbenuzte Sachgüter und Kräfte vorhanden sind, zu deren Ausbeutung es nur eines Anstoßes bedarf. Strömte das Geld in ein Land ein, in dem alle Arbeitskräfte bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt, oder die nötigen Sachgüter fehlen, damit freie Arbeitskraft sich betätigen kann, so bewirkte es weder eine Produktions- noch eine Verbrauchsvergrößerung, sondern lediglich eine Preisrevolution. Derselbe Erfolg, die Inertaktivitätssetzung müßiger Sachgüter und Arbeitskräfte, kann auch erreicht werden durch die Schaffung von Geldsurrogaten, Noten, Wechseln, Zahlungsdépôts u. s. w. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Geldkapitalvorräte überflüssig sind, denn in einem auf Geld basierten Zahlungswesen müssen die aus den Surrogaten Verpflichteten in einem gewissen Umfange Geldkapital vorrätig halten. Je größer die Geldkapitalvorräte, je mehr Geldsurrogate können ausgegeben werden. Sind die Geldkapitalvorräte prinzipiell ohne alle Bedeutung für die Inertaktivitätssetzung des Sozialkapitals, so praktisch unter der Herrschaft eines gegebenen, auf Geld basierten Zahlungswesens um so mehr. Da eine Eigenart, ja Bedingung der Hauffe in der Vermehrung, und zwar einer nicht unbeträchtlichen, der Zirkulationsmittel besteht, so ist sie sowohl in ihrer Entstehung wie ihrer fernerer Ausdehnung abhängig von müßigen Geldkapitalvorräten, die entweder selbst als Geld als Umlaufmittel in die Zirkulation treten oder als Unterlage für kreditmäßige Zirkulationsmittel dienen. Jedoch besteht zwischen der Größe der Geldmenge und der Ausdehnung der Hauffe kein festes oder gar starres Abhängigkeitsverhältnis, vielmehr ist eine gegebene Geldkapitalmenge einer sehr verschieden großen Ausbeutung fähig, je nachdem sie allein durch Eintritt in das Umlaufmedium die Zirkulationsmittelvermehrung vornimmt, oder dies durch ein auf ihr ruhendes primitives oder ausgebildetes Kreditssystem geschieht. Eine Hauffebewegung bestimmter Größe ist möglich mit einem großen oder kleinen Vorrat disponiblen Geldes, je nach der Art des Zahlungswesens und der Kreditorganisation. Auch von hier aus komme ich also zu einem Gegensatz zur Hauffetheorie von Prof. Sombart.

Neben der Geldkapitalansammlung findet eine erhebliche Aufstapelung von Sozialkapital in Sachgüterform statt. Es kommen hier namentlich die Lagervorräte in Betracht, die während der Depression in steigendem

Maße sich bilden, und die man in ihrer Gesamtheit für die Volkswirtschaft nicht leicht zu groß anschlagen kann. Es ist keine Seltenheit, daß in ganzen Branchen die Vorräte während der Depression so anschwellen, daß alle Lagerräume überfüllt sind, und die vorhandenen Platzverhältnisse nicht ausreichen. Mit Beginn der hausse und ihrer weiteren Entwicklung werden diese Lagerbestände immer geringer, bis sie schließlich ganz verschwinden.

In denselben Formen, in denen das Sozialkapital in der eigenen Volkswirtschaft müßig gestellt wird, kann es auch ausgeführt und im Auslande zur Beschäftigung gebracht werden, um später in der hausse wieder eingeführt zu werden. Um allgemeine Urteile über eine regelmäßige Kapital-, Aus- und Einwanderung und ihre ursächliche Bedeutung für die Konjunkturschwankungen aussprechen zu können, dazu dürften die Materialien noch nicht ausreichen, jedoch glaube ich für Deutschland einiges angeben zu können. Das allgemein interessanteste Resultat aus den Produktions- und Konsumtionsberechnungen, die ich für unseren Verein für seine Geschichte der deutschen Wirtschaftskrisen anstellen durfte, ist wohl die, daß der deutsche Verbrauch sehr viel stärker schwankt als die Erzeugung. In den Jahren 1896 und folgenden ist von Jahn, Sombart und anderen als einer besonderen Eigentümlichkeit auf die steigende Bedeutung des inneren Marktes aufmerksam gemacht worden. Es war das keine Eigenart der jüngst verflossenen Jahre, sondern eine ganz allgemeine deutsche hausseerscheinung. Seit 1840 ist bisher in Deutschland in jeder hausse die außerordentliche Konsumsteigerung mit Hilfe vermehrter Einfuhr erfolgt, und in jeder Depression der starke Abstrich am Konsum für unsere Produktion durch erhöhte Ausfuhr gemildert, d. h. die großen Schwankungen in Konsum zwischen Depression und hausse sind in erheblichem Maße von unserer heimischen Produktion auf das Ausland abgewälzt. Die Hauptbedeutung dieser Tatsache scheint mir zwar auf dem Gebiete der Agrar- und Industriestaatsfrage zu liegen, aber für das Krisenproblem geht daraus doch auch hervor, daß in der Depression in erheblichem Maße Sozialkapital ins Ausland geführt und damit für die heimische Volkswirtschaft müßig gestellt, das in der hausse wieder hereingebracht und beschäftigt wird.

Die an letzter Stelle angeführten müßigen Arbeits- und Produktionskräfte pflegen im Verlauf der Depression nicht unbeträchtlich zuzunehmen. Die Beschäftigungslosigkeit sehr vieler und die nicht völlige Ausnutzung der Produktionskraft zahlreicher oder der meisten Produktionsanlagen, sowie die Arbeitslosigkeit sind Erscheinungen, die jeder Depression ihr Zeichen aufdrücken.

Daß die Gesamtheit des auf all' diese Darstellungsformen verteilten

Sozialkapitals seiner Menge nach nicht unbeträchtlich ist, dürfte offenbar sein, wenn auch eine exakte quantitative Erfassung nicht möglich ist. Jede der verschiedenen Formen hat ihre Aufgabe und trägt dazu bei, die Hauße zu alimentieren.

Indem ich jetzt zum Privatkapital übergehe, beginne ich wieder mit einem kurzen Schema.

Formen, in denen das während der Depression angesammelte und bei Beginn der Hauße zu deren Inaugurierung zur Verfügung stehende Privatkapital sich befindet:

Sozialkapital, das müßig liegt;

Bankdepósitos;

Darlehen an Unternehmer, denen es dadurch möglich ist, ihre unabsehbaren Vorräte zu halten;

Darlehen an Unternehmer, die damit ihre Betriebsdefizits decken;

Darlehen, die im Konsumtivkredit an andere Klassen ausgegeben sind;

Anlage in Effekten aller Art, die abgestoßen werden können (Kapital-schiebung).

Für die Form des Sozialkapitals kommt zunächst das Geld in Betracht. Die Akkumulation von Privatkapital, die sogenannte Ersparung, findet heute ganz überwiegend, um nicht zu sagen beinahe ausschließlich, in Geldform statt. Auch derjenige, der sein Kapital müßig läßt, sammelt es in Geldform an, aber es ist nicht nötig, daß es durch dieses Müßigsein in der Geldform festgehalten wird, und deshalb ist das Geld nicht die einzige Gelegenheit, das Kapital müßig zu stellen. Aber zum Teil wird diese Form doch benutzt, und so entstehen die bei Besprechung des Sozialkapitals schon angeführten Bestände. Wie kommen sie zustande? Ich erkläre mir das anders, als Herr Professor Oldenberg es von mir anzunehmen scheint, denn ich stelle mir nicht vor, daß irgendwelche Kapitalisten ihr Kapital z. B. 1892 unter Verzicht auf jeden Ertrag in Geldform in einen feuerfesten Geldschrank legten, um es 1896 herauszunehmen und zur Beschäftigung zu bringen, sondern ich erkläre diese Vorräte vielmehr so, daß in der Depression für die Gesamtheit des neu gebildeten Kapitals die Erlangung geeigneter anderer Anlageformen immer schwieriger wird und immer längere Zeit erfordert, so daß ein stets wachsender Kapitalteil in der Geldform weilt, ehe er in andere Anlagen übertreten kann. — Neben dem Geld kommt für die Anlage in Sozialkapital auch die in Sachgütern in Betracht. Die Produzenten, die während der Depression auf Verkaufsschwierigkeiten stoßen, und bei denen sich steigende Lagervorräte ansammeln, werden, soweit sie im Besitze eigener Vermögensmacht sind, einen Teil ihres Privatkapitals in

diesen ihren Vorräten anlegen, indem sie es dadurch vermeiden, Darlehen aufnehmen zu müssen, die ihnen sonst allein die im Interesse der Preispolitik und des Betriebes erwünschte Lagerhaltung ermöglichen könnten. Diese Anlagen in Sozialkapital sind ungünstig, da sie keinen Ertrag bringen, und es werden deshalb lieber Formen gewählt, die diesen Vorzug haben.

Die Niederlegung von im Augenblick nicht verwertbarem Privatkapital bei einer Bank als Depositum stellt ebenfalls zum großen Teil nur eine Durchgangsform dar, ähnlich wie die Geldform. Namentlich gilt dies für Depositen bei Instituten, die keine Zinsen gewähren. Ganz allgemein gilt jedoch für die Bankdepositen und den Standpunkt des Bankiers, was für das Privatkapital und den Standpunkt des Kapitalisten gilt. Indem letzterer sein Kapital einem Bankier übergibt, vertraut er nur einen anderen, der dafür geschickter ist, mit dessen Verwertung. Die Frage, wie das Kapital selbst verwertet wird, findet durch die Niederlegung als Bankdepositum keine Beantwortung, vielmehr kommen für die Bankdepositen all' diejenigen Darstellungsformen gleicherweise in Betracht, die für das Privatkapital aufgewiesen werden.

Eine nicht zu unterschätzende Ertragsgelegenheit für das Privatkapital sind Darlehen an das Unternehmertum, welche dieses aufnehmen muß auf die nicht verkauften Produkte. Die während der Depression sich anstauenden Lagervorräte, von denen schon bei Besprechung des Sozialkapitals und eben beim Privatkapital die Rede war, übersteigen in der Regel die Vermögensmacht der Produzenten, so daß diese nicht ohne Hilfe fremden Privatkapitals die Aufstapelung vornehmen können. Das Normale wäre, wenn das Privatkapital diese Produkte behufs neuer weiterer Produktionsausdehnung kaufte. Da die Unternehmer das Privatkapital aber auf diesem Wege nicht für sich gewinnen können, so müssen sie es leihweise an sich zu ziehen suchen.

Ganz ähnlich folgen die zur Deckung von Betriebsdefizits und im Konsumtivkredit aufgenommenen Kapitalien aus der Eigenart der Depression. Beiden Formen ist gemeinsam, daß sie eine Vernichtung, einen Verzehr von Sozialkapital darstellen; häufig ist ihnen ein Verzehr eigenen Privatkapitals vorangegangen, und damit eine Freisetzung von Ertragsgelegenheiten für anderes neues Privatkapital. Insgesamt dürfte es sich hierbei um für die einzelnen Volkswirtschaften nicht unbeträchtliche Quanten handeln. Dieser Prozeß, wie überhaupt die beiden hier in Rede stehenden Anlageformen, spielen keine Rolle bei Beantwortung der Frage: wo ist das bei Beginn der Hauße zu deren Inaugurierung zur Verfügung

stehende Kapital, wohl aber für die andere: wo bleibt das während der Depression akkumulierte Privatkapital.

Die letzte von Herrn Professor Oldenberg neuerdings als Kapital-schiebung bezeichnete Darstellungsform kommt nur in Betracht, wenn man sich auf den Standpunkt einer bestimmten Volkswirtschaft stellt, sie ist aber irrelevant bei allgemeiner und weltwirtschaftlicher Betrachtungsweise. Es ist möglich, daß eine Volkswirtschaft während der Depression Kapital in Geld oder Sachgüterform ausführt und dafür Effekten aller Art oder auch Eigentumsrechte an ausländischen Unternehmungen erwirbt, daß sie diese Titel in der Hauffe veräußert und das Kapital wieder einführt. Eine so große Rolle diese Kapital-schiebungen spielen können, so darf doch ihre ursächliche Bedeutung nicht überschätzt werden, wie mir das Herr Professor Oldenberg zu tun scheint. Abgesehen davon, daß die Erscheinung bei der Erklärung von Weltkonjunkturen versagt, dürfte sie auch vom Standpunkt einer einzelnen Volkswirtschaft vielmehr als Folge, denn als Ursache der Konjunktur anzusehen sein. Die Kapitalausfuhr in der Depression findet statt, weil in der heimischen Volkswirtschaft keine Verwendung oder wenigstens keine günstige vorhanden ist; die Kapitaleinfuhr in der Hauffe erfolgt, wenn und weil sich die Gewinnmöglichkeiten vorteilhaft anlassen. Die Verhältnisse des Auslandes spielen daneben gewiß auch eine Rolle, aber das Entscheidende ist die Inlandslage, da das Kapital naturgemäß zunächst in der Heimat Beschäftigung sucht.

Bei weiterer genauerer Untersuchung werden sich gewiß noch andere Formen ergeben. Es sei jedoch betont, daß nur solche Anlagearten uns bei unserer Aufgabe helfen können, die mit dem Wechsel der Konjunktur wirklich verschwinden und anderen Platz machen; solche, die nur dann Kapital frei geben, wenn anderes Kapital in sie eintritt, kommen nicht in Betracht. Alle von mir vorgestellten Formen sind mit der Depression gegeben, erwachsen aus ihr und vergehen mit ihr und setzen das Kapital mit Beginn und im Verlauf der Hauffe für andere Formen frei, die es zu einer Beschäftigung in der Produktion bringen. Dieser Wanderprozeß des Kapitals aus volkswirtschaftlich müßigen in volkswirtschaftlich Beschäftigung bedeutende Anlagen, die eventuell beide dem Privatkapital Ertrag bringen, bildet den Ausgangspunkt und einen ganz wesentlichen Faktor für das Zustandekommen der Hauffe. — Auf weitere für die Hauffeentstehung wichtige Momente kann ich leider nicht eingehen, da die Zeit drängt; ich eile vielmehr zur Erklärung des Abbruchs der Hauffe und des Ausbruchs der Überproduktion.

Die Erklärung der Überproduktion muß meines Erachtens davon ausgehen, daß es nicht irgend welche, sondern ganz bestimmte Güter

sind, bei denen der Prozeß ausbricht. Ich habe gesucht, diese Güter zu umfassen durch den Terminus: Güter des reproduktiven Konsums. Zwei Eigenschaften sind es, die ich damit treffen wollte: die lange Dauer ihrer Nutzung, während deren sie entweder neue Sachgüter oder dauernde Leistungen hervorbringen, und des weiteren die Eigenart, daß sie mit Kapital gekauft werden, nicht mit Einkommen schlechthin, sondern mit kapitalisiertem Einkommen. Ich empfinde es selbst als Mangel, daß der Terminus nicht ohne weiteres erkennen läßt, was er bezeichnen soll, aber ich habe keinen besseren finden können; wenn mir ein treffenderer vorgeschlagen wird, bin ich sofort bereit, den meinigen aufzugeben; bis dahin benutze ich ihn. Zu den Gütern des reproduktiven Konsums gehören also alle Produktionsmittel, aber ferner auch die mit Kapital gekauften langdauernden Gebrauchsgüter. Wenn Herr Professor Sombart betont, daß es bei der Erklärung der Überproduktion nicht genüge, in erster Linie allein auf die Produktionsmittel hinzuweisen, daß vielmehr auch Beleuchtungs- und Wohnungsanlagen auf gleicher Stufe in Betracht kämen, so glaube ich, daß diese Feststellung mich nicht trifft, denn diese Güter sind in meinen Begriff des reproduktiven Konsums eingeschlossen.

Weshalb läßt in einem bestimmten Augenblick die Nachfrage nach diesen Gütern nach? Wie mir scheint, kommen an erster Stelle zwei Ursachen in Betracht, von denen bei jeder konkreten Überproduktion festgestellt werden muß, welche zuerst wirksam und im Übergewicht war. Die lange Dauer der Güter des reproduktiven Konsums bewirkt, daß sie die auf sie angewiesenen Bedürfnisse auf lange Zeit befriedigen, wenn erst einmal ein gewisser Sättigungspunkt eingetreten ist; diese Güter haben es nicht mit einem gleichmäßig fortdauernden und schnell sich erneuernden Bedarf zu tun, sondern mit einem für geraume Zeit nur einmalig zu befriedigenden, und deshalb handelt es sich bei ihnen zum großen Teil um eine für absehbare Zeit einmalige Nachfrage. Die zweite Hauptursache ihrer Überproduktion folgt daraus, daß sie mit Kapital gekauft werden, und daß ihr Absatz deshalb von dessen disponiblen Vorräten abhängig ist, sowie von dem Maß der Neubildung. Lassen Sie mich an die eben vorgetragene Darstellung der Kapitalverhältnisse zu Anfang der Haufe eine ganz kurze Analyse ihres Zustandes bei Ausbruch der Überproduktion anschließen. Ich gehe wieder aus von dem Unterschiede von Sozial- und Privatkapital und beginne mit dem ersteren.

Hier beim Sozialkapital fällt als sichtbarste Erscheinung der Überfluß an technischen Produktionsmitteln und an den gekennzeichneten Gebrauchsgütern, also den Gütern des reproduktiven Konsums ins Auge. Insofern

scheint also kein Mangel an Kapital zu herrschen, der die Fortsetzung der Hauffe unmöglich macht, vielmehr könnte Mangel im Recht sein, wenn er überhaupt, die Wirtschaft erstickt im Kapitalüberfluß. Sehen wir aber zunächst zu, ob es mit den anderen Kapitalarten ebenso sich verhält. Schon das ist unsicher, ob all' die Sachgüter, die zu den Gütern des reproduktiven Konsums im Verhältnis der Komplementärgüter stehen, nicht gewisse Lücken aufweisen, die eine Verwertung aller Güter des reproduktiven Konsums unmöglich machen, und des weiteren, ob diese letzteren selbst untereinander so proportional sind, daß keine als fehlend gelten müssen. Bevor nicht die einzelnen historischen Überproduktionen genauer untersucht sind, dürfte eine allgemeingültigere Antwort auszufallen sein. Für die jüngste Periode sei nur kurz auf die Kohlennot hingewiesen, die an vielen Stellen der Volkswirtschaft Störungen hervorrief. — Klarer liegen die Verhältnisse des Arbeitsmarktes. In jeder Hauffe tritt eine Knappheit an spezifischen Arbeitskräften ein, und wenn auch die weitere Ausdehnung des Aufschwunges in der Regel nicht unmittelbar hieran, sondern an anderen Faktoren scheitert, so kann es doch nicht zweifelhaft sein, daß bei Verzögerung dieser anderen Faktoren über kurz oder lang durch die fehlende spezifische Arbeitskraft ein Halt geboten werden könnte und würde. Aus dem gestern gehörten kristallinen Referat von Herrn Dr. Jastrow, das uns das erste Mal eine genauere Analyse der Verhältnisse des Arbeitsmarktes bot, darf ich den in diesen Zusammenhang gehörigen, außerordentlich interessanten Nachweis reproduzieren, daß die jüngste Kohlennot ihren ausgesprochenen Grund in einem Mangel an spezifischen Arbeitskräften hatte. — Noch viel zweifelloser ist der Mangel an einem anderen Kapitalgute, dem Geldkapital, worin ein jedesmal ausschlaggebender Faktor erwächst. Zu weiterer Ausdehnung der Hauffe, worauf die Verwertung der Produktion der Güter des reproduktiven Konsums hinausläuft, ist eine weitere Ausdehnung des zirkulierenden Mediums erforderlich, und dies ist von einem bestimmten Augenblick an das Geldkapital gebunden. Das Verhältnis zwischen Surrogaten und dem ihm als Deckung dienenden Gelde ist zwar ein dehnbares und wird in jeder Hauffe auch erheblich gedehnt, aber eine Grenze gibt es doch, sei es, daß bei herrschender Besonnenheit die maßgebenden Stellen, namentlich die Banken, eine Grenze freiwillig ziehen, sei es, daß bei fehlendem Maßhalten die Grenze gewaltsam durch eine Kreditkrisis herbeigeführt wird. Die Erschöpfung der Geldkapitalbestände, die durch ihren Übergang in die Zirkulation oder ihre Ausnutzung durch darauf gegründete Surrogate erfolgt, hat Schwierigkeiten für die weitere Ausdehnung des zirkulierenden Mediums im Gefolge, die eine ganz regelmäßige Erscheinung am Ende jeder Hauffe sind. Sie ist

so in die Augen fallend und so einfach zu würdigen, daß sie seit lange, namentlich in kaufmännischen Kreisen, als „Krisen“-Ursache erkannt ist. Auch die Tooke'sche Krisentheorie scheint mir, worauf ich leider heute nicht mehr eingehen darf, auf diese Schwierigkeiten zurückzugehen.

Gehen wir jetzt über zum Privatkapital, so haben wir drei Prozesse zu unterscheiden: 1. die Erzeugung der konkreten Kapitalgüter, 2. die Akkumulation oder Ersparung von Privatkapital und 3. den Erwerb der Kapitalgüter durch das Privatkapital. Die Akkumulation von Privatkapital steht unabhängig neben der Produktion der konkreten Kapitalgüter, ja die Produzenten der letzteren wissen von dem Akkumulationsprozeß nicht einmal etwas. Des weiteren ist es unsicher, ob das neu akkumulierte Kapital nun tatsächlich in der Produktion beschäftigt, d. h. zum Ankauf von Kapitalgütern benutzt wird. Wollten die Produzenten der konkreten Kapitalgüter hinsichtlich der Verwertung, d. h. des Verkaufs ihrer Erzeugnisse ganz sicher gehen, so müßten sie genau wissen, wieviel Privatkapital gleichzeitig neu akkumuliert und wieviel hiervon zum Ankauf ihrer Produkte verwendet werden wird. Geht ihnen diese Kenntnis ab, so besteht immer die Gefahr, daß ein Teil der Produktion unverkauft bleibt, sei es, daß zu wenig Kapital gebildet, sei es, daß das tatsächlich akkumulierte nicht beschäftigt wird. Letzteres bildet in der Depression den Konflikt; es wird hier weniger Privatkapital zum Erwerb von Kapitalgütern verwendet, als Privatkapital akkumuliert und Kapitalgüter hergestellt werden. Das müßig gestellte Privatkapital tritt, wie vorhin angedeutet, zum Teil in Anlagen über, die es später wieder verlassen kann, um in der Produktion beschäftigt zu werden, und so entstehen größere, für die spätere Hausse zur Verfügung stehende Vorräte. — In der Hausse besteht dieser Konflikt nicht, hier strebt vielmehr soviel neu akkumuliertes und außerdem noch das aus der Depression müßig überkommene Privatkapital nach dem Erwerb von Gütern des reproduktiven Konsums, daß die Erzeugung dieser letzteren dahinter zurückbleibt. Durch dieses anfängliche Zurückbleiben wird die Produktion dieser Güter angefeuert, und eines Tages ist sie größer, als das neugebildete und die etwaigen Reste der Depressionsvorräte kaufen können. Die Akkumulation von Privatkapital ist in der Hausse zwar eine außerordentliche und gegenüber der Depression erheblich gesteigerte, aber die Erzeugung von Gütern des reproduktiven Konsums dehnt sich noch schneller aus und absorbiert sogar noch die Depressionsvorräte, so daß dadurch ein Teil der Produktion zur Unverkäuflichkeit verurteilt wird.

Überblicken wir die Konstellation der Kapitalverhältnisse beim Abbruch der Hausse, so stellen sich im Bereich des Sozialkapitals die Güter des reproduktiven Konsums als im Übermaß vorhanden dar, ge-

wisse sachliche Komplementärgüter fehlen aber vielleicht, und zweifellos herrscht ein Mangel an spezifischer Arbeitskraft und an Geldkapital. Also schon die Unproportionalität des Sozialkapitals, und zwar nicht eine beliebige, sondern in einer typischen Form, macht die weitere Hauße unmöglich und bedingt die Überproduktion. Es tritt hinzu eine Unproportionalität zwischen den auf den Erwerb durch Privatkapital angewiesenen Gütern und dem für diesen Zweck zur Verfügung stehenden Privatkapital, das hierzu nicht ausreicht, so daß entsprechende Gütermengen unverkauft bleiben müssen.

Vorsitzender. Ich bitte den Herrn Redner, zum Schluß zu kommen; die festgesetzte Redezeit ist längst überschritten.

A. Spiethoff fortfahrend. Ich bitte, nur noch wenige Minuten sprechen zu dürfen. Ich will auf weitere Überproduktionsursachen nicht weiter eingehen, sondern bitte nur, ganz kurz noch einige Punkte des Referats von Herrn Prof. Sombart berühren zu dürfen.

Mit einem Wort wenigstens muß ich Stellung nehmen zu der von Herrn Prof. Sombart angeregten Frage, ob Tugan-Baranowsky der Vater meiner Krisentheorie ist. Ich glaube, schon jeder, der meine beiden, bis jetzt allein vorliegenden kleinen Arbeiten kennt, wird sehen müssen, daß es sich bei mir um wesentlich andere Ausgangspunkte, um eine andere und sehr viel weitergehende Analyse und auch um andere Begründungen handelt als bei Tugan. Es liegt mir nichts ferner, als Tugan herabsetzen zu wollen; im Gegenteil, ich halte seine Vereinigung der Ansichten der Gleichgewichtstheoretiker mit der Marxschen Analyse der Reproduktion des Kapitals auf erweiterter Stufenleiter für eine glänzende und erstklassige Leistung. Man tritt ihm aber auch, glaube ich, andererseits nicht zu nahe, wenn man sagt, die konkreten Fragen des Krisenproblems hat er nicht besonders gefördert. Eine Haußetheorie fehlt bei Tugan, die Analyse der Krise selbst und die von ihm aufgestellten Krisentypen sind in hohem Grade unvollständig und irrtümlich, das Problem der Depression existiert kaum für ihn. Was die Überproduktionstheorie betrifft, so hat schon Herr Prof. Sombart selbst die Unzulänglichkeit eines Hinweises lediglich auf die Produktionsmittel betont; von der langen Nutzungsdauer und der Bedeutung des einmaligen Bedarfs weiß Tugan gar nichts; über die Kapitalverhältnisse und ihre verursachende Bedeutung ist er völlig im Unklaren, was nicht nur in der fehlenden Analyse, sondern auch in einem Doppelspiel von zwei sich widersprechenden Theorien zum Ausdruck kommt. Die Bedeutung der Preisverhältnisse und der Einkommensverschiebungen fallen bei ihm gänzlich unter

den Tisch. Die doppelte für die Überproduktionstheorie in Betracht kommende Aufgabe der Erklärung des Zusammenbruchs der Hauffe und der Erklärung der Depression kennt Tugan nicht. Ich kann aber auch nicht einmal zugeben, daß er der Vater einer auf die Produktionsmittelindustrien den Schwerpunkt legenden Überproduktionstheorie ist, denn abgesehen davon, daß die Wurzeln dieser Theorie bei Marx liegen und von Tugan, wie er selbst hervorhebt, dort gefunden sind, vertritt er gar keine strikte auf die Produktionsmittel hinauslaufende Theorie. Seine Unproportionalitätstheorie läßt ein Zwielf in den Genußmitteln sowohl wie auch in den Produktionsmitteln zu, und er sucht sogar beide Möglichkeiten, als im 19. Jahrhundert tatsächlich vorkommend, nachzuweisen. — Ich bin auf die prinzipielle Bedeutung des reproduktiven Konsums geradezu hingestoßen, als ich 1897 bei meinen geschichtlichen Studien über die deutschen Wirtschaftskrisen gelegentlich einer Untersuchung der Periode 1839—1848 sah, daß eine ausgesprochene Hauffe möglich ist bei ausgesprochenem Rückgang des unmittelbaren Verbrauchs, und daß allein schon der steigende reproduktive Konsum als Hauffehalt genügt. Ich brauchte also nicht erst 1901 durch die Übersetzung des Tuganschen Buches aufgeklärt zu werden. Eigenartig ist es übrigens und bezeichnend für die Rolle, die die Produktionsmittel in seinem Buche spielen, wo sie in der geschichtlichen Darstellung alternativ und schwankend und im theoretischen Teil nur in einem Kapitel über die Periodizität zur konkreten Erklärung herangezogen werden, ich sage, es ist bezeichnend, daß, wie ich nachweisen kann, verschiedene Nationalökonomien aus dem Tuganschen Buche die diesbezüglichen Gesichtspunkte zuerst nicht herausgelesen haben, sondern erst durch mich auf diese aufmerksam wurden. Auch E. von Bergmann, der in seiner 1895 erschienenen Geschichte der nationalökonomischen Krisentheorien anhangsweise auf die russische Ausgabe des Buches schon eingeht, berichtet nicht über eine neue auf die Produktionsmittelindustrien hinauslaufende Überproduktionstheorie. — Diese ganze Auseinandersetzung ist mir in hohem Grade unsympathisch, und ich bringe all' dies nur vor, weil die Äußerung von Herrn Prof. Sombart mich dazu zwingt. Ich möchte nochmal betonen, daß ich nicht die Absicht habe, Tugan herabzusetzen; in meiner Besprechung seines Buches im Schmollerschen Jahrbuch glaube ich das bewiesen zu haben. Aber nachdem Herr Prof. Sombart alle anderen neueren Theoretiker als Kinder Tugans bezeichnet hat, müssen sich natürlich die Anforderungen, die man an ihn zu stellen berechtigt ist, erhöhen.

Nur streifen darf ich noch, was Herr Prof. Sombart über den Einfluß der Preisbewegung ausführte. Wenn er im Anschluß und unter Be-

rufung auf Clément Juglar sagte, das Stocken der Preishausse ist der Grund der Krisis, so gilt dies nur unter Voraussetzung der strikten Juglarschen Terminologie, wonach als Krisis lediglich der akute Zusammenbruch bezeichnet wird. Nur wenn eine Überspekulation sich der Preisbildung bemächtigt hat, und ein unnatürlicher Preisstand durch Überspannung des Kredites zu halten gesucht, und deshalb eine ruhige und allmähliche Rückwärtsentwicklung unmöglich gemacht ist, nur dann ist das Stocken und der Rückgang der Preishausse Grund der Krisis. Liegt aber kein Zustand der Überspekulation vor, droht deshalb auch keine akute Krisis, sondern steht lediglich ein Abbruch der Hausse durch eine Überproduktion bevor, so wirkt im Gegenteil das Stocken der Preishausse und der Preisrückgang wohlthätig, ja kann der Überproduktion bis zu einem gewissen Grade ein Paroli bieten. Man kann, worauf ich hier nicht mehr eingehen darf, was ich aber früher schon versucht habe, im einzelnen nachweisen, wie gegen Ende der Hausse ein nicht zu zaghaftes Herabgehen mit den Preisen auf den Absatz der allermeisten Waren belebend einwirkt.

Was die Scheidung von Herrn Prof. Sombart in organische und anorganische Produktion betrifft, so hat er sich hier wieder einmal als künstlerischer Münzer bewährt, der zwei Termini geprägt hat, die sich sicherlich als umlaufsfähig erweisen werden. Ich vermiße aber, daß er uns praktische Perspektiven eröffnet hat für die kausale Verwertung dieser Kategoriebildung. Er hätte uns z. B. zeigen müssen, daß bei Abbruch der Hausse die Überproduktion aus einer Unproportionalität zwischen organischer und anorganischer Produktion entsteht, aus einem Zurückbleiben der ersteren hinter der letzteren. Soweit ich sehe, kommt dies nur für die spezifische Arbeitskraft in Betracht, die ja wohl als ein Erzeugnis der organischen Produktion zu gelten hat. Was die landwirtschaftliche Produktion betrifft, so spielen ihre Schwankungen bei den meisten Konjunkturwechseln mit, aber abgesehen von den napoleonischen Kriegen sind mir im Augenblick nur zwei Fälle gegenwärtig, in denen sie im 19. Jahrhundert eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben, allerdings wie mir scheint eine andere, als daß sie in die Sombartsche Argumentation hineinpaßte. 1847 wurde durch die westeuropäische Mißernte zweifellos die Überproduktion befördert, diese war aber auch ohnedem fällig, und der Haupteinfluß des Naturereignisses bestand in der Anfachung einer wüsten Getreidespekulation, die zu einer heftigen Krisis führte. 1857 kamen die Ernteverhältnisse ebenfalls wesentlich in Betracht und zwar in der Hauptsache für das Nachlassen der amerikanischen Kaufkraft, aber der Grund war weniger ein Zurückbleiben der organischen Produktion, d. h. der amerikanischen Getreideerzeugung, als vielmehr sehr gute europäische

Ernten, die den Getreidepreis drückten und die amerikanischen Zufuhren entbehrlich machten. — Die Unterscheidung zwischen organischer und anorganischer, oder was wohl wesentlich gemeint ist, zwischen einer der Willkür des Menschen in höherem oder geringerem Maße unterliegenden Produktion scheint mir mehr für die Entwicklungsgeschichte der Krisentypen in Betracht zu kommen; sie scheint mir neben anderen ein nützliches Erklärungsmittel für die Tatsache zu sein, daß je länger je mehr die akuten Krisen die Tendenz bekunden, in den Hintergrund zu treten vor derjenigen Art des Haußeabbruchs, die überwiegend durch eine Überproduktion herbeigeführt wird.

Hinsichtlich unserer Zukunftsaussichten möchte ich mich ganz auf die Seite von Prof. Sombart stellen. Ich sehe nicht, wo die großen Anlässe sind, die zu einer neuen Hauße führen könnten, die ihrer Mächtigkeit nach als Fortsetzung der jüngst abgelaufenen gelten kann. Es sei denn, wir gehen ganz energisch an die wirtschaftliche Aufschließung Ostasiens oder bauen in großem Umfange elektrische Schnellbahnen. Aber selbst wenn große Anlässe sich jetzt einstellten, wäre es mir sehr zweifelhaft, ob unsere Kapitalverhältnisse schon so erstarrt sind, daß sie als Fundament für eine Hauße dienen könnten, die an Wichtigkeit eine Fortsetzung der jüngst verfloßenen bilden würde.

(Beifall.)

Prof. Kindermann (Heidelberg): Sie erlauben mir, auf die Mittel zur Milderung und Heilung wirtschaftlicher Schwankungen in etwas systematischer Form einzugehen. — Die vorzüglichen Ausführungen des ersten Herrn Referenten haben sich, wie es die Aufgabe vorschrieb, vorwiegend der wirtschaftlichen Pathologie zugewendet und weniger die wirtschaftliche Hygiene und Therapie ins Auge gefaßt. Die hochbedeutsamen Erörterungen der beiden anderen Herren Referenten sind auf wichtige Einzelpunkte der Therapie, besonders auf die Kreditorganisation und den Arbeitsnachweis eingegangen; sie haben aber keine Systematik gegeben. — Der sozialwissenschaftliche Arzt ist so groß, die Schwierigkeiten, sich darin zurechtzufinden, sind so außerordentlich, und die Griffe mancher hinein so kühn, daß eine geordnete Übersicht über die Hauptmittel wohl am Platze ist.

Wir wollen zuerst die wirtschaftlichen Schwankungen in ihren Hauptcharakterzügen würdigen. Dann kommen wir auf wichtige Gesamtumstände und Prinzipien, welche aus jenen für die Ausgestaltung der heilenden Mittel sich ergeben. Auf Grund der vorigen Erörterungen versuchen wir endlich eine systematische Darlegung der Hauptgruppen der Mittel.

Diese Ausführungen geben nur die knappsten Umrissse wegen der kurz bemessenen Zeit; eine besondere Arbeit wird diese Gedanken weiter ausführen.

Die wirtschaftlichen Schwankungen. Nach dem örtlichen Auftreten sondern sich lokale und allgemeine Schwankungen. Die ersteren verlaufen vorwiegend in einem speziellen Wirtschaftszweige, wie in der Landwirtschaft oder den Gewerben oder dem Verkehrswesen oder dem Zahlungswesen. Die letzteren — gewöhnlich die schwereren — dehnen sich auf das ganze Wirtschaftsleben und womöglich das ganze Volksleben aus. — Die anzuwendenden Mittel haben diesen Unterschied zu berücksichtigen, wenn auch nicht in erster Linie. — Die Schwankungen zerfallen ferner in zwei Hauptgruppen. Die erste besteht in übermäßiger Rückbildung oder zu geringer Ausbildung eines Berufs resp. seiner Funktionen; sie ist mehr passiven Charakters. Ein solcher Fall liegt z. B. vor, wenn eine Landwirtschaft durch große klimatische Schwankungen oder übermäßige Konkurrenz oder zu geringe Entwicklung der Technik zurückbleibt und in materielle und autoritative Bedrängnis verfällt. Manche dieser Momente liegen bei der gegenwärtigen Depression der Landwirtschaft vor. Die zweite besteht in übermäßiger Ausbildung oder Wucherung eines Standes resp. seiner Funktionen; sie ist mehr aktiven Charakters. Ein solcher Fall lag z. B. Anfang der 70er Jahre vor, als die Industrie in Deutschland treibhausartig infolge des Kapitalüberschusses und anderer Momente anwuchs und in eine Überproduktion — in relativem Sinne — verfiel. Beide Gruppen von Schwankungen gehen vielfach ineinander über; die jetzige in Deutschland zeigt beide Erscheinungen nacheinander.

Neben jenen Momenten innerhalb des Objekts sind weiter die jeweiligen Gesamtumstände für die systematische Ausgestaltung der Mittel entscheidend. Wichtige Prinzipien ergeben sich besonders auf Grund zweier Generalfaktoren: der Gesamtentwicklung und der Art der Verteilung von Zwang und Freiheit oder des Parteiwesens.

Die Gesamtentwicklung der Völker charakterisiert sich im allgemeinen durch drei Hauptmomente: durch ein Fortschreiten in Quantität, in Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung und im Rhythmus der Funktionen; das letzte Moment ist hier das wichtigste. Die Völker gehen immer über von Funktionen, welche die Gefahr abwarten und dann durch räumliche und zeitliche Konzentration der Kräfte zu überwinden suchen, zu solchen, welche die Gefahr voraussehen und durch gleichmäßige Verteilung der Kräfte in Raum und Zeit zu verhindern trachten. Ältere Perioden z. B. kennen keine oder nur wenig Versicherung; die neueren haben gewaltig diesen Zweig ausgebildet und schwächen die Schäden aus Krankheiten, Unfällen, Feuer 2c. wesentlich ab. Der Staat im Mittelalter kennt nur repressive Mittel; der

moderne hat im Gegensatz dazu viele präventive ausgebildet. Ähnlich unterscheiden sich die ältere Naturalwirtschaft und die neuere Geld- und Kreditwirtschaft; letztere erlaubt eine viel größere Verteilung der Produktion räumlich und zeitlich. Die Medizin sucht immer mehr die Prophylaxis neben der Therapie im engeren Sinne auszubauen. — Danach haben wir unter den heilenden Mitteln die verteilenden, präventiven von den konzentrierten, repressiven zu sondern und erstere voranzustellen.

Bei der Verteilung von Zwang und Freiheit lassen sich drei große Gesamttendenzen unterscheiden: die strenge oder exklusive, die freiheitliche oder individualisierende und die kombinierende, welche Zwang und Freiheit vorurteilslos und in inniger Verbindung verwendet. Die exklusive tritt vor allem in älteren Perioden und auch noch im Merkantilismus stärker hervor. Sie bringt Stabilität in die Völker. Im internationalen Leben ist man hier für strengen Abschluß. Im Innern stehen Staat und Kirche stark im Vordergrund und ziehen wenig die Initiative der wirtschaftlichen Kreise heran. Die freiheitliche Gesamttendenz erscheint mit größerer Mächtigkeit besonders im 19. Jahrhundert bis in die 70er Jahre hinein und geht in erster Linie von England aus. Sie erzeugt Beweglichkeit, Flüssigkeit in den Völkern. Im internationalen Leben ist man für Aufschluß, Freihandel. Im Innern werden Staat und Kirche erheblich zurückgedrängt und wird das Hauptgewicht auf die Selbsthilfe in Vereinen, Genossenschaften, Parlamenten und ähnlichen Gebilden gelegt. Die dritte Gesamttendenz tritt hauptsächlich seit den 70er Jahren und in Deutschland in den Vordergrund. Sie erzeugt Elastizität in den Völkern, Festigkeit und Beweglichkeit zugleich. Im internationalen Leben werden Schutzoll und Freihandel vorurteilslos nach Maßgabe der jeweiligen Lage verwertet. Staat und Kirche erhalten im Innern ein relatives Primat und gelangen im Verein mit einer breiten Selbsthilfe zur Verwendung. Freiere und strengere wirtschaftliche Organisationen ergänzen sich nach Maßgabe der mehr lokalen oder mehr generellen Interessen. Die Arbeiterversicherung kombiniert in feinsten Weise Zwang und Selbstverwaltung. Der Verein für Socialpolitik bringt neben der Selbsthilfe der Arbeiter Staat und Wissenschaft zur Hebung der einfacheren Schichten in Tätigkeit. — Danach haben wir unter den teilenden Mitteln die, welche Staats- und Selbsthilfe mehr gleichmäßig berücksichtigen, denen voranzusetzen, welche einseitig an die Staatsallmacht oder an die Selbsthilfe sich wenden.

Wir kommen zur Systematik. Die Mittel zerfallen in entwickelnde oder stärkende und in rückbildende oder schwächende, je nachdem das Objekt eine zu geringe oder eine übermäßige Funktion zeigt. Beide Gruppen

gliedern sich dann jedesmal in mildere Mittel, welche räumlich und zeitlich sich mehr verteilen und Staats- und Selbsthilfe kombinieren, und in schärfere, welche konzentriert wirken und einseitig Staats- oder Selbsthilfe in Anspruch nehmen. Wir unterscheiden endlich jedesmal materielle und autoritative Mittel, je nachdem sie mehr die Güter oder die Personen zu beeinflussen suchen.

Mildere entwickelnde Mittel. Vermehrung der Nachfrage nach einem Gut oder einer Arbeit besonders seitens des Staats und der Kommunen, Nothstandsarbeiten und mehr. Kleinere Transporterleichterungen; Bau neuer Bahnlinsen, kleine Begünstigungen im Tarifwesen. Geringe materielle Beiträge und Darbietung billigen Kredits an Genossenschaften zc. seitens des Staats. Materielle Wohlfahrtseinrichtungen; so speziell im Wohnungswesen. Allmähliche Ausbildung der Versicherung, so der Arbeitslosenversicherung. Private und staatliche Wohltätigkeit; dies Mittel steht wegen der ehrendernden Wirkung schon auf der Grenze zu den schärferen. — Besondere Belehrung seitens des Staats und der Wissenschaft durch Enqueten zc. über die hohe Bedeutung und Kraft eines Standes; Enquete über die landwirtschaftliche Verschuldung in Deutschland zur Hebung des Selbstbewusstseins der Landwirtschaft. Gesetze zur Entwicklung von Einigungsämtern und anderer größerer Formen der Selbsthilfe. Geistige Wohlfahrtseinrichtungen; Errichtung von Bibliotheken zc. Besserer Arbeitsnachweis.

Schärfere entwickelnde Mittel. Größerer Ankauf von Grund und Boden durch Staat oder Kommunen wie im Nordosten, und Abgabe zu den Selbstkosten in Erbpacht u. dergl. Erhebliche Steuererleichterungen und Begünstigungen durch mittlere Schutzzölle; Hochschutzzölle kommen wegen ihrer zu großen Strenge nur wenig noch in Betracht. Auch die Bildung größerer gesetzlicher Schutzmonopole — Antrag Kanitz —, große Schuldmoratorien und Vorschüsse seitens des Staats, gesetzliche Garantie von Minimalpreisen gehören im wesentlichen der Vergangenheit an; sie enthalten einseitige Begünstigungen eines Standes, fäen Zwietracht und halten zu wenig zur Selbsthilfe an. — Besonderer Schutz durch Polizei und Militär; nur mit allgemeinen Reformen zu verwerten. Die Beschränkung der Freizügigkeit gehört fast ganz älteren Perioden an, da das freiheitliche Moment hier außerordentlich zurücktritt; bei jugendlichen Personen käme es eventuell in Betracht.

Mildere rückbildende Mittel. Verminderung der Nachfrage seitens des Staats oder der Kommunen; so gegenüber einseitigen Kartellen oder in einer starken Hauffe. Geringe Transporterschwerungen; so durch besondere Kontrollen gegenüber dem Ausland. Geringe Krediterschwerungen seitens der Banken, speziell der Reichsbank in Deutschland. — Besondere Belehrung

seitens des Staats und der Wissenschaft über den Unwert bestimmter Funktionen; so bei den Handwerkern Schlesiens. Geringe Erschwerung von Organisationen durch gesetzliche Kontrollmaßregeln; z. B. durch ein Kartellgesetz.

Schärfere rückbildende Mittel. Erhebliche Steuererhöhungen und Zollverringerungen; z. B. eine bedeutend progressive Erbschaftssteuer gegen übermäßige Kapitalanhäufungen, Zollherabsetzungen gegen einseitige Kartelle. Stärkere Krediterschwerungen durch den Staat; so das Verbot, gewisse fremde Papiere an den einheimischen Börsen zu handeln. Starke Erschwerungen des Grunderwerbs, Bestimmung von Maximallöhnen und Maximalpreisen, das gesetzliche Verbot von Berufen: diese Mittel gehören in Deutschland im wesentlichen der Vergangenheit an. — Verweigerung der staatlichen Rechtshilfe; so bei gewissen Differenzgeschäften an der Börse in Deutschland. Unterdrückung eines Aufstandes durch Polizei und Militär; dies nur ein vorläufiges Mittel, dem Reformen folgen müssen. Verschärfung des Strafrechts durch Ausnahmegesetze, Budgetverweigerung im Parlament, Generalstreike u. dergl. sind nur Mittel der höchsten Not, da der einseitige Zwang resp. die einseitige Selbsthilfe zu heftigen Gegenbewegungen führen.

Damit haben wir die Systematik der heilenden Mittel und ihre Grundlagen kurz dargelegt. Wir gingen von einer Sonderung der Hauptcharakterzüge des Objekts aus. Hierauf behandelten wir Prinzipien für die Ausgestaltung der Mittel und leiteten diese aus dem Charakter der modernen Gesamtentwicklung und Gesamttenenz auf dem Gebiete des Parteiwesens ab. Auf dieser Grundlage bauten wir die Hauptgruppen der heilenden Mittel auf. Die milderen, welche räumlich und zeitlich sich verteilen und Staats- und Selbsthilfe kombinieren, stehen den gewöhnlichen Mitteln am nächsten und kommen in erster Linie in Betracht. Die schärferen finden bei großen Schwankungen ihre Stelle. In solchen Momenten sind sie voll begründet; sie sollen aber mit besonderer Vorsicht gehandhabt und mit allgemeinen Reformen verbunden werden, damit heftige Reaktionen möglichst vermieden werden. — Die Anwendung aller heilenden Mittel muß vom Satz der Relativität der Wahrheit getragen sein. Die milderen und die schärferen haben je nach den Gesamt- und Einzelumständen ihre Bedeutung. Wir haben sie nach Maßgabe dieser vorurteilslos, sine ira et studio zu benutzen.

Rudolph Goldscheid (Wien): Hochgeehrte Anwesende! Ich möchte mir erlauben, einige etwas allgemeinere sozialphilosophische Ausführungen, die der Kürze der Zeit wegen nur ganz aphoristisch gehalten sein können,

an das Verhandlungsthema anzuknüpfen. Die Referate der einzelnen Herren Vortragenden hatten ja scheinbar nur einen losen Zusammenhang. Aber einige Bemerkungen aus den verschiedenen Reden möchte ich herausgreifen, um zu zeigen, was sich wie ein roter Faden durch alle Darlegungen zieht. Herr Prof. Sombart hat mit als eine Ursache des großen wirtschaftlichen Aufschwunges des verflossenen Jahrzehnts die stärkere Besetzung der tüchtigsten Arbeitskräfte, nämlich der Arbeitskräfte im Lebensalter zwischen 15 und 25 Jahren, hervorgehoben und dabei bemerkt, daß diese Besetzung von 196 auf 209 ‰ gestiegen ist. Herr Bergrat Gothein hat im Anschluß an Brentano, der nicht müde wird, dies in seinen Darlegungen hervorzuheben, betont, daß die starke Bevölkerungszunahme, die doch eine wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Aufschwunges war, nicht in der gestiegenen Geburtenziffer zu suchen sei, sondern in der gesunkenen Mortalität. Herr Prof. Herfner weiters hat erklärt, daß die wirtschaftliche Krisis wesentlich gemildert wurde durch die staatlichen Arbeiterwohlfahrts Einrichtungen und durch den sozialen Geist, der in den letzten Jahren immer mehr die Gesetzgebung zu beherrschen beginne. Und endlich hat Herr Dr. Jastrow in seinen überaus lichtvollen Ausführungen direkt darauf hingewiesen, wie die Arbeitskraft und die Zusammensetzung der Arbeitskraft auf das wirtschaftliche Leben einwirkt, und er hat in seiner Methode, wie mir scheint, direkt die Grundlage oder mit die Grundlage zum Ausbau für eine exakte Ethik geboten.

Halten Sie jetzt neben diesem Gedankengang Folgendes: Alle Industrien, sowohl die organischen als auch die anorganischen, arbeiten schließlich direkt oder indirekt für den Massenkonsum. Die Lage aller Industriellen und aller Industrien hängt daher von dem jeweiligen Zustande der Massen ab. Vergewärtigen Sie sich aber diesem Gedankengang gegenüber, der den Hauptwert und den Hauptton auf die Lage der Menschen legt: das durch die Verhältnisse notwendige Vorgehen der einzelnen Unternehmungen. Bei allen Unternehmungen werden die Einrichtungsgegenstände und wird das gesamte Gütermaterial beständig so behandelt, daß man jährlich daran Abschreibungen vornimmt, weil sich alle materiellen Güter mit der Zeit amortisieren. Aber auch der Mensch amortisiert sich, vergebens jedoch sucht man in den Bilanzen der einzelnen Industrien diese Amortisation in irgend einer Weise berücksichtigt. Ob der Mensch in einem Jahre vollständig aufgebraucht ist, oder früher oder später, das kommt nirgends in Betracht. Die Amortisation des Menschenmaterials braucht innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung nicht berücksichtigt zu werden. Ich betone dabei, daß in den letzten Jahrzehnten dafür gesorgt worden ist, daß auf direktem Wege eine Berücksichtigung zustande kommt; aber der einzelne Unternehmer braucht für

die rasche Amortisation des einzelnen Menschen keine Amortisationsquote in seiner Bilanz einzustellen. Und das scheint mir ein sehr wesentlicher Mißstand zu sein.

Meine Herren! Auf allen Gebieten spricht man von Schutzzöllen. Die Industrie soll durch Schutzzölle gehoben werden, die Landwirtschaft soll durch Schutzzölle gehoben werden, das einzige, was durchaus utopisch klingen würde und was innerhalb der heutigen Ordnung vielleicht auch nicht geht, wäre ein Schutz Zoll für Menschen, damit nicht durch Menschen, die geringere Bedürfnisse haben, die Lohnforderungen unterboten und damit die Arbeitskräfte weit unter ihrem Werte verkauft werden.

Nun, meine Herren, es hat ja immer etwas Bedenkliches, wenn man ethische Postulate aufstellt. Den ethischen Postulaten haftet leider heutzutage, so sehr sie auch im gewissen Sinne geehrt werden, eine gewisse Lächerlichkeit an, man wird leicht Utopist genannt zc., und insbesondere wird allen ethischen Forderungen immer das Gespenst der Konkurrenzfähigkeit gegenüber gestellt. Alle Ethik muß sich bisher vorerst daran kehren, ob sie nicht etwa mit ihrem ethischen Appell die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Wirtschaft unterbindet. Daß nun mit diesem Gespenst der Konkurrenzfähigkeit auch sehr viel Unfug getrieben wird, daß es weit über das gebührende Maß benützt wird, um vor ethischen Reformen abzuschrecken, das muß ich jedoch entschieden hervorheben. Aber, wenn wir die Konkurrenzfähigkeit der anorganischen Industrien und die Konkurrenzfähigkeit der organischen Industrien in Betracht ziehen, dann müssen wir auch die Konkurrenzfähigkeit des Menschen Schlages ins Auge fassen. Es muß betont werden, daß ein notwendiger Zusammenhang zwischen Imperialismus und Sozialpolitik besteht. Die Sozialpolitik ist nicht etwas, was von außen an den Imperialismus herankommt. Die Sozialpolitik und noch mehr die soziale Ethik ist ein notwendiges Korrelat des Imperialismus, weil sonst gegenüber der Konkurrenzfähigkeit der Industrie, gegenüber der Konkurrenzfähigkeit der Arbeitsprodukte, die Konkurrenzfähigkeit des Menschen Schlages aufhört.

Meine Herren! Bei der Betonung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit ist ja eines sehr erfreulich. Es zeigt sich, daß wir gegenüber dem früher vielfach rein formal abstrakten Denken gelernt haben, wirtschaftlich real zu denken; aber das wirtschaftlich reale Denken muß uns dazu führen, daß wir uns auch sagen: Gerade so wie alle ethischen Fragen letzten Endes nur wirtschaftlich gelöst werden können, so können auch alle ethischen Fragen schließlich nur international gelöst werden. Die Zudergesetzgebung bietet uns dafür ein

ganz deutliches Symptom. Es ist gegenüber der heutigen Verengung des Raumes, wie er durch die rascheren Kommunikationsmittel erzeugt worden ist, nicht mehr möglich, die früheren Anschauungen über nationale Eigenart zu behalten, d. h. wir müssen mit Weltanschauungen brechen, denen überwundene Raumananschauungen zugrunde liegen. Gerade durch eine steigende Internationalisierung würde eine weitgehende Stabilisierung der Produktion zustande kommen. Nur durch eine Internationalisierung, nur durch internationalen Schutz der nationalen Eigenart und des nationalen Fleißes, durch ein organisatorisches Zusammenwirken der einzelnen Nationen, nur dadurch kann überhaupt in weitgehendstem Maße Sozialpolitik getrieben werden. Wenn keine steigende Internationalisierung erfolgt, dann sind wir in unserer ethischen Praxis abhängig von dem jeweiligen Stande des Menschenkurses am Weltmarkt. Wir Deutschen können unsere Menschen nicht so werten, wie es unserer nationalen Eigenart entspricht, wenn die internationale Regelung der ganzen Produktions- und Konsumtionsverhältnisse nicht einer organisatorischen weitgehenden Veränderung entgegengeht. Im allgemeinen gehen ja viele Sozialphilosophen von der Anschauung aus, daß der menschliche Wille den realen Faktoren gegenüber ziemlich machtlos ist, und diese Anschauung ist zum Teil aus der organischen Auffassung der Nationalökonomie entsprungen. Ich glaube aber, unser Wille hat einen ganz wesentlichen Einfluß auf die Gestaltung aller Produktion, wie des gesamten Wirtschaftslebens, ja ich glaube direkt, daß unser konzentrierter Wille imstande ist, das Größte zu schaffen und möchte darum der organischen Auffassung des ganzen Wirtschaftslebens die organisatorische gegenüberstellen.

Aus meinen ganzen Ausführungen haben Sie, meine Herren, gesehen, daß ich sehr gut begreife, daß nicht nur die Kunst, sondern auch die Moral nach Brot geht. Das ist aber hauptsächlich eine Folge der Lebenstätigkeit des rentabilitäristischen Kapitals, die notwendig auch zu den Krisen führt, d. h. zur Disproportionalität von Produktionskraft und Kaufkraft; ein Mißstand, der nur international behoben werden könnte. Das ist nun freilich ein Prozeß, der viele Jahrzehnte brauchte, jedoch in dieser Richtung allein müssen wir wirken. (Stenogramm lückenhaft.)

Dazu ist es vor allem notwendig, daß eine Ethisierung des Gesamtwillens sich vollzieht. Mit der sittlichen Wiedergeburt des einzelnen ist es nicht getan; wenn nicht eine sitt-

liche Wiedergeburt der die Gesamtheit vertretenden Repräsentanten zustande kommt, ist alles vergebens. Innerhalb des Bestehenden sind einzelne wie auch juristische Personen geradezu gezwungen, den kategorischen Imperativ zu unterdrücken. Der kategorische Imperativ muß aber den höchsten sozialen Rang in der Gesellschaft einnehmen, sonst kann es nicht besser werden. Und auch in der Gesetzgebung scheint mir der kategorische Imperativ noch bei weitem nicht genügend zum Durchbruch gelangt zu sein.

Ich muß hier einen kleinen Exkurs machen. Es wird immer darauf hingewiesen, daß mit der Annahme der Unfreiheit des Willens alle sittliche Verantwortlichkeit des einzelnen aufhört. Aber das Gegenbild berücksichtigt man nicht. Wenn wir, wie das die ganze Gesetzgebung heute tut, einen freien Willen annehmen, dann erlischt die Verantwortlichkeit der Gesellschaft allen Mißständen gegenüber, denn der freie Wille kann ja ethisch handeln, in welchem Milieu er auch aufgewachsen ist. Also ich behaupte gegenüber den heutigen Anschauungen: Nicht die Annahme der Freiheit des Willens hebt die Verantwortung des einzelnen auf, sondern im Gegenteil: die Annahme der Indetermination hebt jegliche sittliche Verantwortung der Gesellschaft auf.

Ich werde vom Herrn Präsidenten ersucht, mich mehr an das Thema der heutigen Debatte zu halten. Ich glaubte aber, in meinen bisherigen Darlegungen einige allgemeine Ausführungen geben zu sollen, welche darauf hinwiesen, daß die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben sehr wesentlich auch nach der Hinsicht betrachtet werden müssen, ob sie Störungen im einzelnen Wirtschaftsleben hervorrufen und wie diese Störungen in der Einzelwirtschaft, in den allerkleinsten Einzelwirtschaften auf die allgemeine Krise zurückwirken.

Ich will jetzt nur noch einige allgemeine Bemerkungen machen, welche ich ganz aphoristisch halten werde, um nicht das Thema zu sehr zu verlassen. Wir müssen uns dazu erheben, daß wir im ganzen sozialen Wirtschaftsleben darauf hinwirken, daß nicht die Devise unserer Zeit lauten darf: Alle für wenige und diese wenigen für sich selber. Nur so sind Krisen zu beseitigen. Soziale Schwierigkeiten werden überall im Wege stehen, aber wie wir der großen technischen Schwierigkeiten Herr geworden sind, so werden wir auch die sozialen Hindernisse zu beseitigen wissen, wenn wir nur ernstlich wollen. Besonders dürfen wir uns in allen unseren Handlungen nicht allein an das historisch Gewesene halten, wenn wir im Geiste des historisch Ge-

wordenen zu wirken beabsichtigen, und wenn wir uns erheben wollen vom Kampfe ums Dasein zum Kampfe ums Recht.

Aus dem Verhältnis der geschlossenen Naturkausalität zu der in unseren Gefühlen wurzelnden menschlichen Teleologie bestimmen sich notwendig die Möglichkeiten und Aufgaben der Sozialpolitik. Krisen werden wir nur vermeiden, wenn wir kraftvoll die Konsequenzen der erkannten Ursachen ziehen und den Tatsachen ernst ins Auge zu schauen wagen. Es gibt viele, deren Weltanschauung eine solche ist, daß sie, wie ich mich wohl ausdrücken könnte, der Wissenschaft zurufen möchten: *La recherche de la causalité est interdite*. Aber, meine Herren, den Kampf gegen die Kausalität dürfen wir nicht übergreifen lassen, und unbestreitbaren Tatsachen dürfen wir unsere Anerkennung nicht versagen. Wenn es auch heute die öffentliche Meinung nicht zugeben will, die geheime allgemeine Meinung kommt nicht darüber hinweg: Die Deutschen haben allen Grund stolz zu sein auf die kulturelle Höhe ihres Arbeiterstandes. Und was insbesondere der Verein für Socialpolitik geleistet hat, das konnte er nur leisten, weil hinter ihm das organisierte Proletariat stand, das ihn als das geringere Übel erscheinen ließ. Im Verein mit dem Unternehmergeist ist wohl erst die deutsche Größe zustande gekommen, aber nur, wenn wir die Schaffenskraft, die physische und psychische Konfurrenzfähigkeit des Arbeiterstandes nicht vor der Zeit zu rascher Amortisation bringen und durch die bis ans moralische und psychische Leben greifenden Störungen in den einzelnen Hauswirtschaften schwächen, werden wir Krisen relativ leicht überwinden.

Meine Herren! Kant hat einmal gesagt, und ich glaube, daß darin die tiefste Einsicht seiner Zeit lag: Alle Dinge auf Erden haben einen Preis, einen Marktpreis, der Mensch allein Würde. Nun, dieser Unterschied vor allen übrigen Gütern hat sich einstweilen nicht zu des Menschen Vorteil erwiesen. Nur wenn darum dereinst die Würde des Menschen in einem Minimalpreis der menschlichen Arbeitskraft zum Ausdruck käme, würde es zu vermeiden sein, daß die Krisen der Wirtschaft nicht zu Krisen der Lebenskraft werden.

Ich konnte mich mit allen hier vorgebrachten Punkten nur sprunghaft beschäftigen, weil ich allerdings anerkennen muß, daß sie auf dem Grenzgebiete unserer Diskussion liegen. In meinem Werke: „Zur Ethik des Gesamtwillens“, habe ich mich lang und breit darüber ausgesprochen. Aber das eine möchte ich noch hervorheben: Derartige Prinzipien sind die Basis aller Sozialpolitik und dürften dereinst vielleicht auf die Aufgaben eines Vereins für Socialethik hinweisen, wenn einer zustande kommt;

denn schließlich muß aller wissenschaftliche Geist anstreben, ein genossenschaftlicher Geist zu werden. Lassen Sie mich meine Ausführungen schließen mit dem schönen Wort eines alten Buddhisten: „Das Leiden nicht kennen, Freund, die Entstehung des Leidens nicht kennen, die Aufhebung des Leidens nicht kennen: das, oh Freund, wird Nichtwissen genannt.“

(Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. v. Philippovich (Wien): Ich will Sie darauf aufmerksam machen, daß, wenn wir an unserem Plane festhalten wollen, eine Reduktion der Redezeit durchgeführt werden muß. Ich möchte aber nicht unbedingt dazu raten. Ich glaube, daß gerade, nachdem die Ausführungen des Vorredners ein neues Thema angeschnitten haben, es notwendig sein wird, daß darauf geantwortet wird, und es wird sich fragen, ob damit nicht neue Gesichtspunkte von anderer Seite wieder hervorgerufen werden. Ich möchte vorschlagen, daß wir um 1 Uhr eine Pause eintreten lassen.

(Zustimmung.)

Rechtsanwalt am Königl. Kammergericht Eschenbach (Berlin)¹: Sehr geehrte Herren! Sie werden gewiß alle mit mir bedauert haben, daß die außerordentlich wertvollen Publikationen uns verhältnismäßig so spät zugegangen sind, daß es uns kaum möglich gewesen ist, auch nur einen summarischen Überblick zu gewinnen, geschweige denn in Einzelheiten einzudringen. Ich beklage das außerordentlich und habe tatsächlich auch nur Gelegenheit nehmen können, den sechsten Band „Geldmarkt und Kreditwesen“ durchzuarbeiten, und möchte mir erlauben, kurz die Gedanken, die mir bei dem Durchlesen desselben durch den Kopf gegangen sind, Ihnen zu unterbreiten. Ich bedauere aber auf der einen Seite aber auch noch eines, nämlich daß, wenn schon überhaupt die Störungen im Wirtschaftsleben zur Erörterung kommen sollten, man den Kreis nicht noch etwas weiter gezogen und nicht auch die landwirtschaftlichen Gewerbe mit einbezogen hat. Denn

¹ Meine Rede ist leider durch den Stenographen so außerordentlich lückenhaft aufgenommen, daß das Manuskript vollständig verstümmelt war. Da ich nun völlig frei gesprochen hatte, ergab sich die Notwendigkeit einer Neuredaktion in erheblichen Teilen, die ich jedoch auf das allerbeschränkteste Maß reduziert habe. Da nun inzwischen eine ausführlichere Darlegung meines Standpunktes im Sinne der wirklich gehaltenen Rede im Aprilheft von 1904 der „Preussischen Jahrbücher“ unter dem Titel: „Zur Revision des Börsengesetzes“ erschienen ist, gestatte ich mir auf diese Abhandlung zu verweisen.

es kann absolut kein Zweifel darüber möglich sein, daß die Landwirtschaft als solche an diesen Vorkommnissen, die wir zu erörtern haben, in ganz besonderer Weise beteiligt ist. Die Zeit ist zu weit vorgeschritten, als daß ich das hier so ausführlich auseinandersetzen könnte wie es die Bedeutung des Gegenstandes erheischen würde. Ich will es deshalb wenigstens in aller Kürze zu tun versuchen.

Diese Beteiligung der Landwirtschaft an den Störungen im Wirtschaftsleben ist eine doppelte, erstens die Arbeiterfrage, zweitens den landwirtschaftlichen Kredit anlangend. Herr Dr. Jastrow hat gestern seine Darlegungen betreffs der Arbeiterfrage gegeben, und ich habe darin nur eins vermißt: Ich hätte gewünscht, er hätte sich auch darüber ausgelassen, ob nicht Präventivmaßnahmen sich schaffen lassen, namentlich in dem Sinne, wie ich schon in München vor zwei Jahren zu erörtern versucht habe: Ist denn diese Landflucht, dieses ungemessene und unbefchränkte Heranziehen der ungeschulten Arbeitskräfte vom Lande in die Industrie nicht eine Erscheinung, die von so außerordentlich grundsätzlicher Bedeutung ist, daß sie der eingehendsten Erörterung wert erscheint? Es ist statistisch die Tatsache unwiderleglich nachgewiesen worden, daß allein aus der Provinz Ostpreußen nicht weniger als rund 450 000 Leute in die Städte und Industriebezirke abgewandert sind. Meine Herren! Diese 450 000 Personen, die auf dem Lande groß geworden und dann in die Industriegegenden abgegangen sind, repräsentieren tatsächlich ein Kapital von Milliarden, welches der deutschen Landwirtschaft entzogen, und der Industrie zur Verfügung gestellt und zugute gekommen sind. Nach den bekannten Berechnungen kostet der erwachsene Mensch bis zum etwa 20. Lebensjahre, d. h. bis zu relativer ökonomischer Selbständigkeit, der Familie resp. Gemeinde 1000 bis 1500 Taler; setzen Sie diese Summe ein, so erhalten Sie einen Tribut allein der Provinz Ostpreußen an die industrielle Entwicklung von weit über 500 000 000 Taler oder eine und eine halbe Milliarde Mark! Ich glaube, die Schlussfolgerungen über diesen Aberlaß auf der einen und die entsprechende Hypertrophie auf der anderen Seite ergeben sich von selbst und wie erst, wenn Sie die übrigen östlichen Provinzen ebenfalls in dies Exempel einsetzen: es ergeben sich da Summen, welche in die Milliarden und Abermilliarden gehen als der Landwirtschaft entzogen und auf deren Kosten der Industrie und dem Handel zugute gekommen. Das Allerwichtigste aber ist die damit eintretende Entvölkerung des platten Landes. Diese Folgen werden sich erst zeigen, wenn die geometrische Progression in dem zukünftigen Fortfall der jungen Familien auf dem Lande in die Erscheinung getreten sein wird.

Dann wird sich dieses Reservoir, aus dem die Industrie ihre ungeschulten Arbeitskräfte bezog, nicht mehr so ergiebig zeigen wie bisher. Diese Erscheinung ist für die Landwirtschaft nicht nur die bedeutungs-, sondern leider auch verhängnisvollste. Mit den gleichfalls außerordentlichen sozialpolitischen Lasten werden die Landwirte eventuell vermöge der gesteigerten Technik noch fertig, schließlich auch noch mit den niedrigen Preisen, aber mit der Arbeiterfrage werden sie nicht fertig. Sie sagen: gebt uns nur unsere zu Euch herübergezogenen Arbeiter wieder, dann werden wir uns aus dieser Kalamität herausreißen. Diese Erscheinungen sind aber so wichtig, daß sie auch diesen Verein sicherlich noch einmal beschäftigen werden, voraussichtlich aber bei dem allgemeinen Industrietaumel, der selbst weite Kreise ergriffen hat.

Nun ein weiteres Moment — und ich habe mich gefreut, von einzelnen Rednern Beweismaterial dafür erhalten zu haben — proportionell mit der Überspannung des Kredits in der industriell bankmäßigen Entwicklung unserer Volkswirtschaft geht die Schwierigkeit für die Landwirtschaft, notwendigen Realkredit zu erlangen. Genau mit dem Steigen der Dividendenpapiere — es ist ein großes Verdienst von Helfferich, das nachgewiesen zu haben — geht Hand in Hand ein ständiges Sinken der Standard- und sonstigen, fest verzinslichen Papiere, vor allem der Pfandbriefe und Staatsanleihen. Herr Prof. Helfferich hat, wie auch ich dies schon wiederholt getan habe, erneut darauf aufmerksam gemacht, daß im Jahre 1895, als wir ruhige Verhältnisse hatten, die 3 % Anleihe über 100 notierte, während sie zu der Zeit, als alles auf die Dividendenpapiere, die inzwischen geschaffen waren, hingewiesen wurde — Herr Loeb bezeichnet die näheren diesbezüglichen Vorgänge als „wahnsinnige Kurstreiberei“ — die fest verzinslichen Papiere auf 84 und 85 % heruntergingen, der Staatskredit also um etwa 16 % geschädigt, bezw. erschüttert war. Das sind Erscheinungen, die allerdings in hohem Grade zu denken geben und zwar umsomehr, als an der Richtigkeit der fernerer Tatsache nicht gezweifelt werden kann, daß wir mit dem Nachlassen der Schaffung von Dividendenpapieren wieder ein entsprechendes Steigen der Anlagewerte sehen.

Noch auf einem anderen Gebiete ist die Landwirtschaft lebhaft an unseren Erörterungen interessiert. Ich selbst bin vom Tage ihrer Entstehung an Direktor einer der größten landwirtschaftlichen Genossenschaften, der von der brandenburgischen Landwirtschaftskammer ins Leben gerufenen brandenburgischen Provinzialgenossenschaftskasse. Von dem Augenblick an, wo die Krisis einsetzte, hat sich der Zufluß von Kapitalien und dadurch die Ermöglichung, anderen landwirtschaftlichen Kreisen Kapital zur Verfügung zu

stellen, in einem so kolossalen Maßstabe vermehrt, daß der Umsatz in dieser einen Zentrale im Jahre 1901 von 22 auf 33 Millionen, also um 50 %, gestiegen ist. Also mit anderen Worten: wir sehen, sowie die Überspannung in den wirtschaftlichen Verhältnissen, vor allen Dingen die Überspannung der Spekulation, des Börsen- und Bankkredits auf den verschiedenen Gebieten nachläßt, überall, einmal, daß die fest verzinslichen Papiere, die soliden Anlagewerte im Kurse steigen und andererseits daß für wirklich produktive Zwecke ungleich größere Mittel flüssig werden, als es sonst der Fall ist.

Nun möchte ich noch eins erwähnen. Es ist bekanntlich seit einer Reihe von Jahren, seit Beginn der Krise unermüdlich dem Börsengesetz der Vorwurf gemacht worden, daß es in erster Linie zur Verschärfung der Krise, wenn nicht gar zur Krise selbst geführt habe. Angesichts dieser jahrelangen Agitation erscheint es mir doch außerordentlich wichtig und auch angesichts der trefflichen Ausführungen Helfferichs und Loebbs absolut nötig, in Verfolg einiger in der Debatte gefallenem Äußerungen auf diese Frage kurz einzugehen.

Meine Herren! Als das Börsengesetz geschaffen worden war, prophezeite man selbstverständlich — ich komme darauf noch zurück — einen vollständigen Zusammenbruch des ganzen Wirtschaftslebens, insonderheit aber auch der Landwirtschaft, vor allem durch das Verbot des Terminhandels. Ich bin selbstverständlich kein Freund dieses Verbots, halte dasselbe vielmehr für einen juristischen und nationalökonomischen Irrtum, den man begangen hat, und habe bis zuletzt davor gewarnt, nicht weil ich dem Terminhandel besonders wohlwollend gesonnen bin, sondern weil ich es auf diesem Wege nicht für möglich halte, seine Schäden zu beseitigen. Sie werden mir zugeben, um speziell auf den Getreideterminhandel zu kommen, daß die Behauptungen, weil der Terminhandel fortgefallen sei, werde der notwendige Import an Brotfrüchten zc. nicht stattfinden und die Produzenten andererseits würden ihre Produkte nicht absetzen können, sich als vollständig irrig erwiesen haben. Eins aber ist eingetroffen: Wir haben auf dem Markte des Brotgetreides eine ungleich ruhigere Preisbildung als früher. All die bösen Erscheinungen, die von der Börse selbst sehr scharf beklagt worden sind, sind seitdem fortgefallen. Man hat das Lieferungsgeschäft geschaffen, das — wohlgemerkt auch in seiner jetzigen Form und ohne daß irgend welche weitere Maßnahmen nötig sind — vollständig genügt, um die berechtigten Spekulation ihres Amtes walten zu lassen. Nun noch etwas über den Einfluß der Fondsbörse auf die Krise. Da finden Sie gleich eine Anknüpfung in den Ausführungen des Herrn Dr. Jastrow. Die Krise des Arbeitsmarktes

schwächt sich ganz proportionell ab, je nachdem die Entfernung von Westen nach Osten wächst. Man kann daraus mit Sicherheit schließen: je weniger die Bevölkerungskreise, die Industrien, die ganze gewerbliche Tätigkeit in den Bannkreis einer Fondsbörse hineingezogen wird, um so ruhiger vollzieht sich die Entwicklung. Dagegen wird nicht so sehr viel zu sagen sein und der Beweis für die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung liegt in der Tatsache selbst, auch nach der Ansicht des Herrn Dr. Jastrow. Auf die gestrigen Ausführungen des Herrn Geheimrat Hecht, der zutreffend einige juristische Bemerkungen einfließen ließ, möchte ich, wenn ich auch vor einem national-ökonomischen Publikum spreche, zunächst einige Bemerkungen mir erlauben. Es ist notwendig, daß sich auch alle Volkswirte mit den juristischen Formen genau vertraut machen, in denen sich diese Geschäfte und Ereignisse vollziehen. Meine Herren! Es ist der Begriff des Rechtslebens, in dem sich das Wirtschaftsleben vollzieht, und Sie können diesen Begriff vom Wirtschaftsleben nicht trennen, und deshalb flechte ich folgende Bemerkungen ein: Im Jahre 1870 wurde bekanntlich ein neues Aktiengesetz geschaffen, von dem kein Geringerer als Ring selbst sagte, es wäre ein total übereiltes Gesetz gewesen. Dieses Gesetz von 1870 hatte den kolossalen Krach von 1873 zur Folge, indem in jener Gründungs- und Spekulationsperiode eben dieses Aktiengesetz gemißbraucht wurde. Ich stimme deshalb auch den Herren Vorrednern vollständig bei, wenn sie sagen, die Krisen und wirtschaftlichen Erscheinungen, die Extreme haben sich in den letzten Jahren gemildert. Das ist absolut richtig. Wer sich mit der Wirtschaftskrise des Jahres 1873 beschäftigt hat und mit ihr die gegenwärtige vergleicht, der muß dazu kommen, daß sie ihr nicht im entferntesten gleicht. Woher kommt das? Das kommt daher, daß die Gesetzgebung dann, wenn derartige akute Geschehnisse eingetreten waren, eingriff und sagte: „Hier haben sich Schäden im Wirtschaftsleben gezeigt, hier muß die Gesetzgebung ihrerseits eingreifen.“ Das ist auch nach dem Krach von 1873 der Fall gewesen. Wir bekamen das abgeänderte Aktiengesetz von 1884, in dem ein außerordentlich scharfer Eingriff in die sogenannte wirtschaftliche Freiheit des manchesterlichen Gründertums stattfand. Damals wurde denn auch prophezeit, die Welt müsse untergehen. Das ist nämlich immer des ceterum censeo, wenn dem Kapital und vor allem der Börse, sei es auch nur im allerbescheidensten Maße, auf die Finger geklopft wird. Die Aktiennovelle von 1884 hatte zur Folge, daß die Mißstände, die 1873 sich auf Grund des früheren Gesetzes gezeigt hatten, aus dem Wirtschaftsleben verschwanden. Wir sehen nun vielmehr aber, Dank der Findigkeit der Herren an der Börse, etwas

anderes an deren Stelle treten, nämlich an Stelle der in sich zusammengebrochenen Gründungen eine kolossale Agiotage, die getrieben wurde, und diese führte zu dem Zusammenbruch des Jahres 1890/91. Und da, meine Herren, setzte der weise Gesetzgeber abermals ein und sagte: Nun will ich, und eventuell der Fortentwicklung des Verkehr entsprechend, ein besonderes Börsengesetz schaffen und die Börsenrente einsetzen. Das Börsengesetz hatte dann auch tatsächlich in erster Linie die Aufgabe, die schweren Schäden, die 1890 zu Tage getreten waren, zu beseitigen, und ich weiß nicht, in welchem Maße das gelungen ist. Die Ansichten gehen darüber sehr auseinander. Aber zweifellos ist für mich, daß wir ohne dieses Börsengesetz zweifellos eine viel, viel schärfere Krise bekommen haben würden, als wir sie tatsächlich gehabt haben. Daraus folgt, daß der Gesetzgeber — und darin stimme ich Herrn Geheimrat Hecht abermals durchaus bei — die Aufgaben vorzubereiten hat, durch die wissenschaftlichen Autoritäten nunmehr die Normen finden zu lassen, die nötig sind, um derartige Vorkommnisse gleichfalls nicht mehr eintreten zu lassen. Wir haben ja wiederholt in der Debatte gehört und zwar auch von Seiten, von denen es im höchsten Grade erfreulich und auch befremdend gewesen ist, von den Herren Dr. Jastrow, Gothein usw., daß den Industrien seitens der Börse geradezu der Kredit aufgedrängt worden sei. (Zuruf: Nicht von der Börse, von der Bankwelt!) Die Bankwelt ist in dieser Beziehung wohl ziemlich identisch mit der Börse. Ich werde den Beweis dafür zu erbringen suchen und bitte Sie, mich eventuell zu belehren. Dieser Zusammenhang zwischen Börse und Industrie einerseits und Börse und Publikum andererseits erscheint mir als ein Hauptsatz dieser ganzen Krisenfrage. Denn darüber kann kein Zweifel möglich sein, wenn man die Ausführungen von Loeb liest, daß eben die Börse tatsächlich in erster Linie alle industriellen Unternehmungen zu Spekulationswerten umzuschaffen versucht. Hierfür hat auch Helfferich ebenfalls schlagende Beweise geliefert, indem er auf S. 23 nachweist, daß von 1894—1902 nicht weniger als 1888 Aktiengesellschaften gegründet worden sind mit über 27 Milliarden Kapital. Das sind samt und sonders Spekulationswerte, die auf das allerengste mit dieser Kreditkrise zusammenhängen. Meine Herren! Das Gleiche ist der Fall bei Börse und Publikum. Und hier, glaube ich, kann auch heute durch die Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik eine wesentliche Klärung geschaffen werden. Daß die Börse und die Börseninteressenten, die Banken, wie Herr Loeb gestern zutreffend ausführte, heute die Güterproduktion, sowie einen sehr erheblichen Teil, den überwiegenden Teil des mobilen Kapitals beherrschen, darüber ist ein Zweifel nicht möglich. Und die große Frage

ist meines Erachtens jetzt folgende: Welche Aufgaben hat die Börse? Soll sie für das sparende Publikum ein Anlagemarkt sein oder soll sie neben der durchaus nötigen Spekulation des berufsmäßigen Börsenkaufmanns zugleich die große Spielgelegenheit für die gesamte Bevölkerung sein unter Inanspruchnahme des Bankierkredits? So klar ist die Frage meines Wissens bis jetzt wohl nur selten formuliert worden. Je nachdem man sie so oder so beantwortet, ergeben sich die Konsequenzen von selbst. Wer auf dem Standpunkt steht, daß die Börse möglichst viel Spekulations- und Spielwerte schaffen soll, deren Kurswert sie beständig in der Hand hat, nebst Kurskontrolle und Kursregulierung, wer der Ansicht ist, daß das Börsenspiel für das deutsche Volk heilsam und der Volkswirtschaft nützlich ist, der muß sagen: man befreie die Börse von jeder Beschränkung. Wer jedoch auf dem anderen Standpunkt steht und sagt: Die Börse soll sein nur Anlagemarkt für das Publikum, wohl aber auch Spekulationsgelegenheit für die börsenmäßige Kaufmannschaft als solche, der muß sagen: es muß diese Scheidung getroffen werden, die das Börsengesetz ausgesprochen hat. Ich will mich im übrigen auf dieses Gebiet bei der Kürze der Zeit nicht weiter einlassen. Es ist weiter gesagt worden, daß das Börsengesetz als solches geradezu verheerend auf die gesamte Volkswirtschaft eingewirkt hat, und nicht nur das, sondern tatsächlich die gegenwärtige Krise durch das Börsengesetz hervorgerufen ist. (Zuruf: Wer hat das gesagt?) Das ist in der ganzen Tagespresse dauernd ventiliert worden, ich will gern die Beweise dafür verlesen, wenn Sie es wünschen. Vielleicht sind auch hier Herren anwesend, die das gar nicht bestreiten, so daß es sich nur darum handelt, wer den Beweis für seine Behauptung liefern kann. Nach der von Helfferich auf S. 19 zum Ausdruck gebrachten Ansicht hat sich tatsächlich die gerandioseste Entwicklung unserer ganzen Volkswirtschaft seit Bestehen unseres Reiches unter dem Börsengesetz vollzogen. Ebenso sagt, wie schon erwähnt, Dr. Loeb: „es haben geradezu wahnsinnige Kursstrebereien der Börsen stattgefunden.“ Das alles hat sich unter dem Börsengesetz abgespielt, und Sie werden zugeben, wenn derartiges möglich ist, so wird man von einer vernichtenden Einwirkung auf die ganze Volkswirtschaft kaum sprechen können. Ich will aber weiter den Beweis liefern, daß es mit der Zerstörung der Börsen, mit der Unterbindung ihrer Aufgaben denn doch nicht ganz so schlimm steht, wie es bisher sehr häufig gesagt worden ist. Dank der Initiative des Herrn Prof. Schmoller sind in der Börsenenquete statistische Arbeiten und Erhebungen angefangen, leider aber, so dankenswert diese Anregung war, von der Regierung nicht fortgesetzt worden. Das Börsenleben bietet aber auch jetzt so wichtige Materialien, daß ich dringend empfehlen möchte,

diesen statistischen Materialien wieder Aufmerksamkeit zu schenken. Erlauben Sie mir, folgendes zu bemerken: Der Kurszettel der Berliner Börse beispielsweise wies am 31. Dezember 1892 an Papieren 1213 Werte auf, die gestrige Abendausgabe der Vossischen Zeitung aber 1801. Die Werte haben sich also unter dem Börsengesetz um 600 oder um volle 33 % vermehrt. Zeugt das von Niedergang der Börse und nicht etwa von einem wachsenden Umfang und Einfluß, der zweifellos der ernstesten Beachtung wert ist?

Meine Herren! Das Kapital der Banken — ich komme darauf zurück — betrug, wie Herr Dr. Loeb in so dankenswerter Weise mitgeteilt hat, 1894 — also vor dem Börsengesetz — 616 Millionen, 1899 1080 Millionen. Das fremde Kapital, das die Banken hatten, belief sich vor dem Börsengesetz auf 1250, 1899, also nach fünfjähriger Wirksamkeit des Gesetzes, auf 1219 Millionen. Auch die Emissionstätigkeit als solche, welche die Börse hat ausüben können, hat in erster Linie des Kredits bedurft. Die Überspannung des Kredits spielt aber ebenfalls eine außerordentliche Rolle. Die Mitteilungen hierüber finden sich ebenfalls bei Helfferich auf S. 22—24 in ausgezeichnete Weise zusammengestellt, und ich will mich darauf beschränken, Sie darauf zu verweisen. Meine Herren! Ebenso steht es mit der Börse als solcher, die jetzt so daniederlegen soll, daß kaum der Bankier sein tägliches Brot hat. Die Sache muß doch wohl etwas anders sein. Nach einer authentischen Zusammenstellung betrug die Zahl der Mitglieder der Berliner Korporation — es werden Börsenkarten ausgegeben — im Jahre 1898, mitten unter der Wirkung des Börsengesetzes 2219, im Jahre 1902 aber 2647. Wie man angesichts dieser Zahlen von einem vollständigen Daniederliegen des Börsenverkehrs, von einer erschreckenden Situation der Börse reden kann, ist mir nicht ganz klar, und ich glaube, die Sache ist insofern etwas anders, als die Herren von der Börse tatsächlich von dem Begriff des Verdienens teilweise eine so vollständig andere Auffassung haben als jeder andere Gewerbetreibende, der sich von seiner Hände, von seines Kopfes Arbeit ernährt, daß hier jeder Berührungspunkt fehlt und jede Möglichkeit, sie einschlägig zu vergleichen. Erlauben Sie mir, einige Beispiele dafür anzuführen. Es wird jetzt $\frac{1}{8}$ bis $\frac{1}{10}$ % Kommissionsgebühr berechnet. Wenn ein Börsenmann täglich nur drei Spekulations-, Kauf- oder Spielgeschäfte vermittelt, à 15 000 Mark Nominal, er geht an die Börse und schreibt dann zu Hause drei Briefe, so hat er 3 × mindestens 15, das sind 45 Mark, täglich verdient, während in Wirklichkeit diese Summe sich wegen des bei der Berechnung der Kommissionsgebühr zu grunde gelegten nicht Nominal-, sondern Effektivbetrages

sich verdoppeln, ja verdreifachen wird. Die Unkosten, die auf diesem Geschäft liegen, sind nicht sehr groß, und ich will hierauf, wie auf alle weiteren einschlägigen Dinge nicht eingehen, um auf das vorsorglichste zu vermeiden, als wenn ich irgendwie ein Gegner der Börse wäre. (Heiterkeit.) Im Gegenteil, ich bin ihr bester, wärmster und intimster Freund, Sie können sich wirklich darauf verlassen. (Heiterkeit.) Das erinnert mich an die Geschichte vom Arzt. Es gibt viele Kranke, die vom Arzte nichts wissen wollen. Ich möchte die Börse vor den Angriffen, denen sie ausgesetzt ist, schützen. (Erneute Heiterkeit.) Ich gehe mit den Herren von der Börse ganz konform, indem auch ich die Mißstände beseitigen möchte, und bitte sie freundlichst, mir auch die Möglichkeit dazu zu geben. Es ist nur schade, daß die Herren zumeist davon nichts wissen wollen. Nach diesem kleinen Exkurs auf das Gebiet der Heiterkeit will ich zu der ernsten Seite der Sache, die doch eine nur allzu bedeutsame ist, zurückkommen. Die Begriffe des „Danniederliegens der Börse“ sind so vollständig verschoben, daß darüber gar nicht zu sprechen ist. Was soll man sagen, wenn ein einziger Bankdirektor allein als Tantieme in einem Jahre 1 100 000 Mark bekommt? Es war dies Herr von Hansemann von der Diskontogesellschaft, und in welchem Lichte erscheinen diese Summen erst, wenn man sich die wirtschaftliche Tätigkeit der Diskontogesellschaft ansieht? So ist z. B. nachgewiesen, daß an einem einzigen Werk, wie der Dortmunder Union, einem Unternehmen, das bei der hier zu behandelnden Krisenfrage in erster Linie mit in Betracht kommt, allein durch die verschiedenen „Zusammenlegungen“ des Aktienkapitals, 70 Millionen von dem Publikum verloren worden sind, daß nach Lindbergs Aufstellung das Publikum bei Industriewerken eben dieser selben Diskontogesellschaft im Betrage von 513 Millionen, sage und schreibe 148 Millionen verloren hat, dann steht man nicht vor einem Rätsel, wenn man fragt: woher kommt denn die Plutokratie auf der einen und die Schwächung unseres Mittelstandes auf der anderen Seite? Bei jedem Börsenmillionär, der seine Millionen durch Gründerei oder Selbsteintritt beim Kommissionsgeschäft „erworben“ hat, gehören zu jeder Million — und an diesem Exempel ist nichts zu ändern — auch bei der größten Freundschaft für die Börse und vollster Würdigung ihrer Bedeutung, tausend Gewinne à 1000 Mark aus tausend Taschen. Die Börse schafft doch nicht Werte, sondern günstigsten Falles ist sie hier und da ein stimulierender, oft genug leider ein nur allzustimulierender Faktor; ihre Hauptaufgabe sieht sie darin, immobile Produktionsfaktoren in mobile umzuwandeln und zu Spekulationswerten zu machen, bei denen sie vermöge der Konstruktion der Börseneinrichtungen in Verbindung mit dem Kommissions- und Aktienrecht des

Handelsgesetzbuchs die ihr so ausgeantworteten Wirtschaftsbetriebe vollständig in der Hand hat¹.

Ich komme nun weiter auf die oft gehörte Behauptung zurück, daß durch das Börsengesetz auch der Handel schwer getroffen sei. Ich will nur kurze Zahlen geben, die ich zusammengestellt habe. Der deutsche Außenhandel betrug (in Millionen Mark):

1893 die Einfuhr	4246,	die Ausfuhr	3424,	insgesamt	8311,
1900 " "	5805,	" "	4812,	" "	10 618.

Ja, meine Herren, wie man angesichts eines so kolossalen Aufschwungs von einem vollständigen Daniederliegen des Verkehrs sprechen kann, erscheint mir rätselhaft. Hamburgs Verkehr ist Weltverkehr, und da habe ich gestern zufällig in den „Hamburger Nachrichten“ eine Zusammenstellung über Hamburgs Schifffahrt und sonstige Handelsentwicklung gefunden, die ähnliche Ziffern aufweist, die aber den Unterschied noch größer angibt.

Ich möchte zum Schluß kommen. Die Behauptung, daß die Börse vollständig daniederliegt, wie ich wenigstens in aller Kürze nachgewiesen zu haben glaube, ist ein Irrtum. Es ist auch ein Irrtum, daß die gefunden und notwendigen Funktionen, die die Börse ausüben muß und die niemand unbedingter anerkennt als ich, heute nicht gerade so gut von der Börse wahrgenommen werden können, wie früher. Nach einer Notiz der „Vossischen Zeitung“ — ich muß bemerken, ich beziehe mich immer am liebsten auf authentisches Material aus gegnerischen Zeitungen — hat trotz der ruinös wirkenden angeblich reaktionären allgemeinen Wirtschaftspolitik und speziell des Urias derselben, des Börsengesetzes, allein im Jahre 1902 das preussische Nationalvermögen um 5½ Milliarden zugenommen. Wenn das unter dem Börsengesetz tatsächlich der Fall gewesen ist und hat sein können, dann sind — das werden Sie alle mir gewiß zugeben — die Verhältnisse sicherlich nicht so traurig, wie sie geschildert werden.

Meine feste Überzeugung ist — ich bin aber jeder Belehrung zugänglich und die Ruhe und Mäßigung, mit der ich meinen Standpunkt dargelegt habe, bieten Ihnen die Garantie, daß ich mich gern belehren lasse —: Sie mögen die ersten wissenschaftlichen Autoritäten ins Feld führen, um den wirtschaftlichen Krisen auf die Spur zu kommen, Sie mögen Enqueten und Untersuchungen anstellen, soviel Sie wollen, und die glänzendsten Reden

¹ Ich hatte in meiner Rede ausdrücklich und auf das wärmste auf die Schrift Dr. Otto Lindenberg's hingewiesen: „50 Jahre Geschichte einer Spekulationsbank.“ Auch diese Empfehlung steht in dem Stenogramm seltsamerweise vollständig. Ich empfehle diese mutige und kenntnisreiche Arbeit hiermit allen Lesern nochmals auf das angelegentlichste.

halten, wenn Sie dem Kapital und der Börse nach der Richtung hin nicht klar die Wege vorschreiben, nicht klar die notwendigen Beschränkungen auferlegen, dann werden Sie nichts weiter bekommen als noch schärfere Krisen. Es ist ja ein vollkommenes Unding, von den Börseninteressenten irgendwie Altruismus zu verlangen, oder das ist nicht auch die Auffassung unserer Wissenschaft, die zu der Börse von dem hohen Rothurn des moralischen Gesetzgebers spricht, sondern die Börse ist meines Erachtens durchaus berechtigterweise eine Interessentengruppe, die mit aller Energie auch ihre Interessen vertreten soll. Die Frage ist einzig und allein nun die: wie weit dürfen diese Interessen gehen, wenn sie auf die allgemeine Volkswirtschaft übergreifen? Um diese Frage zu beantworten, ist allerdings nicht allein die Börse ausschließlich kompetent, wohl aber hat sie das Recht, gehört zu werden. An sich wird in erster Linie zuständig sein die Wissenschaft und in zweiter Linie die Gesetzgebung. Es würde für Sie vielleicht nicht uninteressant sein — aber die Zeit ist dazu leider zu weit fortgeschritten —, ich könnte Ihnen aus den Ausschnitten, die mir vorliegen, aus Börsenkreisen ein Bild geben, wonach an den Börsen, wo kein Börsengesetz besteht, in Wien, Paris, viel, viel schlimmere Zustände herrschen als bei uns, und ich will mich einschlägig, weil ja meine 30 Minuten Redezeit bereits um sind, auf nur einige beschränken.

Die „Börsische Zeitung“ schreibt in Nr. 29: „An allen Börsenplätzen führt die Spekulation Klage über das nämliche Symptom. Ihr wird von dem Außenpublikum die erhoffte Gefolgschaft verweigert, auf welche hin sie die Kurse zu Beginn des Jahres in die Höhe getrieben hatte. Das hat sicherlich bei uns ebenso gute Berechtigung wie in London und New-York“ usw.

Erlauben Sie mir dann, Ihnen einen Brief aus einer Wiener Zeitschrift von der Wiener Börse — veröffentlicht im Handelsteil des „Kleinen Journals“ — zur Kenntnis zu bringen:

„Wie gearbeitet wird, das beweisen die Tatsachen, gegen die es keinen Widerspruch gibt. Auf der einen Seite stehen die glücklichen Wissenden und Dirigenten, um sie nun unsere Bank-, unsere Transportunternehmungen oder unsere Eisenindustrie, und das Vermögen der einzelnen wird nach vielen Milliarden gezählt. Auf der anderen Seite liegt die arme Börse am Boden, die man mißbrauchte, solange sie zu gebrauchen war, und die auf dem Irrwege, auf den man sie führte, die Gefolgschaft des Publikums einbüßte. In das große Anlagebuch, welches unsere Börse verfassen könnte, gehören neben den Namen jener, die aus Böswilligkeit und mit der Absicht, ein politisches Geschäft zu machen und Untreue gegen den Markt richteten, auch

manche Namen hinein, deren Träger sich heute noch gern rühmen, ihre Vergangenheit dem finanziellen Fortschritt gewidmet zu haben."

Meine Herren! Österreich hat bekanntlich kein „zerstörendes“ Börsengesetz. Es heißt aber in dem zitierten Aufsatz weiter:

„Berlin ist auch in der tiefsten Depression ein Weltmarkt geblieben (!). Es ist der maßgebende Platz für alle Papiere des mächtigen Deutschen Reichs; auf dem Berliner Markt vereinigen sich auch die Interessen zahlreicher auswärtiger Effekten, die ihm stets und immer die Bedeutung eines internationalen Platzes mit allen ihren vielfachen Anregungen, die einem solchen zu Gebote stehen, geben!“ usw.

Meine Herren! Das sind nur einige ganz kleine Proben, ich könnte sie um zahllose aus Blättern aller Parteirichtungen erweitern, will aber vielmehr schließen und Ihnen nur noch zum Schlusse sagen, was in einem Wiener Journal gesagt ist:

„Es hat sich aber in der letzten Zeit eine scharfe Scheidung zwischen der Börsentendenz und den wirtschaftlichen Vorgängen herausgebildet, eine Scheidung, die sich allein zum offenbaren Widerspruch steigert, die vielfach die Vermutung wachruft, daß hinter den Kulissen geheime Drahtzieher tätig wären und die Börse nach ihrem Willen lenkten. Das ist auch vielleicht bisher der Fall gewesen“ usw.

(Heiterkeit, Zuruf: Sache der Bank!)

Ich mache aufmerksam auf den Zwischenruf, der eben gemacht ist. Daß die Bank etwas mit der Börse zu tun hat, wird mir doch wohl selbst der geehrte Herr Urheber des Zwischenrufs nicht bestreiten.

Nun, meine Herren, die Nutzenwendungen aus unseren Verhandlungen und den Materialien, die der Kongreß zu Tage gefördert hat, wird sich von selbst ergeben, und ich verabschiede mich damit, daß ich meinen Wunsch, den wahren und berechtigten Interessen der Herren von der Börse, soweit diese mit dem Allgemeinwohl irgend verträglich sind und nicht etwa demselben entgegenstehen, wie dies nur leider allzu oft und allzu sehr der Fall ist, nach Möglichkeit zu dienen, hiermit öffentlich wiederhole.

(Lebhafter Beifall.)

Regierungsrat a. D. Dr. Leidig (Berlin): Meine geehrten Herren! Ich befinde mich insoweit in einer ähnlichen Lage wie der Herr Vorredner, als auch ich wohl in meinen Anschauungen zu der Minderheit gehöre, die hier im Saale vertreten ist. Nun, meine Herren, das an sich macht mir keine große Angst; aber es ist etwas anderes, was es mir heute etwas schwer macht, hier wieder das Wort zu nehmen. Es ist das, daß unser

hochverehrter Herr Vorsitzender in seiner Eröffnungsrede einen Ausdruck gebrauchte, der bisher sich wesentlich, soweit ich weiß, nur in der politischen Tagespresse und in dem Jargon der Durchschnittsparlamentarier fand, und der nun durch unseren verehrten Herrn Vorsitzenden eingeführt ist auch in die wissenschaftliche Sprache und Terminologie. Ich meine den Ausdruck „Scharfmacher“, ein Ausdruck, der ja in der politischen Tagespresse mit Vorliebe gebraucht wird für denjenigen Verband, in dessen Leitung ich stehe. Ich möchte nicht glauben, daß es besonders glücklich war, diesen Ausdruck in die wissenschaftliche Terminologie einzuführen, schon aus dem Grunde, weil er doch der wünschenswerten Bestimmtheit gar sehr entbehrt. Vor allem wollte ich aber nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß es zu Schärfen führen kann, wenn man Ausdrücke, die der politischen Agitation entnommen sind, auch in diese wissenschaftliche Debatte hineinträgt.

Nun, meine Herren, unser erster Herr Referent Prof. Sombart hat ja ein glänzendes Gebäude in einfachen Konstruktionslinien aufgebaut, das die Ursachen der Krisis anzeigen soll. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß es sich um ein Gebäude handelt, das völlig auf Sand gebaut ist und daß so einfach, wie Herr Prof. Sombart die Ursachen der Krisis und des Aufschwunges konstruiert hat, sie sich nicht entwickeln. Ich möchte Herrn Prof. Sombart darauf aufmerksam machen, daß es sich nach der einen Richtung um einen internationalen Grund handelt, den er angeführt hat: die vermehrte Goldproduktion, und nach der anderen Richtung um eine nur für Deutschland gültige Ursache, den vermehrten Arbeiterzufluß, und daß er trotzdem nicht nachgewiesen hat, wie dies die Herren Prof. Herkner und Wiedenfeld schon festgestellt haben, weshalb wir lediglich in Deutschland diese Krise gehabt haben, während in Amerika und England die Verhältnisse sich anders entwickelt haben.

Aber nicht das ist die Ursache, weshalb ich das Wort genommen habe. Ich wollte mir erlauben, auf einige Bemerkungen einzugehen, die Herr Gothein gemacht hat. Herr Gothein kam ja auf die Lage der Kartelle und die Stellung der Kartelle in der Krisis und im Laufe der letzten Jahre im wirtschaftlichen Leben überhaupt, und er erklärte von vornherein, daß er ein Freund der Kartelle sei. Ich möchte glauben, daß Herr Gothein in demselben Sinne ein Freund der Kartelle ist, wie mein Herr Vorredner ein Freund der Börse. (Heiterkeit. Gothein ruft: Ich habe gesagt: kein Gegner der Kartelle!) Alles, was Herr Gothein angeführt hat, ergab, daß er eine gute Seite an den Kartellen nicht gefunden hat. Nun möchte ich auf zweierlei eingehen, einmal auf die Frage: was wollen denn unsere Kartelle eigentlich? Es ist ja ungemein bedauerlich, daß derjenige Herr, der Ihrem

Ausfluß angehört und den ich für einen der bedeutendsten praktischen Kenner halte, nicht hier ist, Herr Landesrat Simons. Aber auch ich habe einige praktische Kenntnisse des Kartellwesens und ich möchte darauf hinweisen, daß alle Kartelle sich deshalb gegründet haben, um eine Gleichmäßigkeit der Preise herbeizuführen. Sie wollen dafür sorgen, soweit es möglich ist, daß die Preise in der Hochflut nicht so hinaufgehen, wie sie voraussichtlich in der freien Konkurrenz hinaufgehen würden, und als Gegengewicht wollen sie auch verhindern, daß die Preise in der Depression nicht so weit heruntergehen, wie sie in der freien Konkurrenz heruntergehen würden. Nun ist es eigentümlich: alle nehmen es gern mit, daß in der Hochflut ein mäßigender Einfluß eintritt, und ich kann Sie versichern, daß tatsächlich dieser mäßigende Einfluß in den Sitzungen der Kartelle ausgeübt wird. Wenn nun die zweite Seite, die im Wesen der Kartelle liegende Seite in die Praxis tritt, daß die Kartelle die Preise nun auch in der Depression nicht übermäßig sinken lassen, dann ist auf einmal vergessen, was vorher geschehen ist, daß man in der Hochflut die Preise nicht hat so hoch gehen lassen. Wenn Sie auf die letzten Jahre zurückblicken und wenn Sie die Bände der Kartell-enquete durchsehen, werden Sie finden, daß diese Frage von den verschiedensten Seiten erörtert worden ist und von den Leitern der Kartelle immer wieder darauf hingewiesen ist, daß die Herren nicht vergessen mögen, wie das Kartell während der Preishausse ganz zweifellos nicht so weit gegangen ist in seiner Preisanziehung, als es hätte gehen können. Das sehen Sie namentlich daraus, daß die Outsider ganz andere, höhere Preise erzielten als die Syndikate. Auf diesen einzelnen Fall wollte ich gegenüber Herrn Gothein hinweisen. (Gothein ruft: Das habe ich wiederholt anerkannt!) Aber nicht in Ihrer Rede.

Dann noch eins. Herr Rechtsanwalt Eschenbach hob hervor, daß der Zufluß der Arbeiter in der Industrie für die Landwirtschaft ganz ungemein große Schwierigkeiten hervorruft und daß schließlich auch die Industrie vielleicht im Laufe der Jahrzehnte leiden werde unter dem Mangel der Familien auf dem platten Lande. Gewiß ist das ein ungemein schwieriges Problem. Ich weiß nur nicht, wie dieses Problem von seiten der Industrie gelöst werden soll; es kann meines Erachtens nur gelöst werden durch eine andere Besitzverteilung auf dem Lande und diese Lösung liegt ganz außerhalb der industriellen Verhältnisse. Versuche sind ja bereits gemacht worden, ich erinnere Sie an das Rentengutsgegesetz, an die Ansiedelungs-gesetzgebung. Nach dieser Richtung hin kann der Industrie aber gewiß kein Vorwurf gemacht werden.

Noch einen Punkt möchte ich hervorheben. Herr Gothein betonte, daß

die Kartelle an die Stelle der natürlichen Preisbildung eine Monopolpreisbildung setzen. Ghe ich mich mit Herrn Gothein darüber verständige, wäre es notwendig, daß wir uns darüber einigen, was unter seiner Behauptung zu verstehen ist. Ich muß sagen, in der Praxis kenne ich eine natürliche Preisbildung überhaupt nicht. Wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen, kann es sich nur um graduelle Unterschiede handeln. Vielleicht kann man sagen, im einzelnen Fall liegt eine Überschreitung der Mäßigung vor; aber das hat mit der Werthschätzung der Kartelle als solcher gar nichts zu tun. Ich möchte damit schließen, ich wollte nur diese wenigen tatsächlichen Behauptungen, die von Herrn Gothein ausgesprochen waren, nicht ganz unwiderprochen lassen.

(Beifall.)

R. E. May (Hamburg): Werte Herren! Das Krisenproblem ist ein so verwickeltes, es sprechen hier so viele Faktoren mit, daß ich keines der angeführten Momente als unrichtig verwerfen möchte. Wenn ich hier und da anderer Ansicht bin, so ist das nur graduell aufzufassen. Andererseits scheinen mir einige wichtige Momente nicht, oder nicht genügend betont.

Ein Moment, das ich wesentlich geringer einschätze, ist der Einfluß der Goldproduktion; ein Moment, das mir nicht genügend gewürdigt scheint, ist die steigende Produktivität der Arbeit. An meine Ausführungen möchte ich dann einige praktische Vorschläge anschließen, wenn auch auf anderem Gebiete, wie sie gestern in dankenswerter Weise von den Herren Hecht und Jastrow vorgeschlagen worden sind. Herr Prof. Sombart sagte: „Mir ist kein wirtschaftlicher Aufschwung ohne vermehrte Goldproduktion bekannt.“ Wir haben in den Jahren 1851—1889, also in 40 Jahren, eine Goldproduktion von 20 Milliarden, wir haben in den 10 Jahren 1890—1899 eine Goldproduktion von 8,3 Milliarden. Die Produktion an sich kann doch nicht sowohl maßgebend sein, wie die Zunahme, die prozentuale Zunahme zum monetären Goldvorrat. Wenn ich die Haussejahre des Jahrhunderts durchgehe, so finde ich 1822—1825 eine Hausse ohne eine vorangehende, irgendwie wesentliche Steigerung der Goldproduktion. Wenn auch die Statistiken über die damalige Zeit nicht so zuverlässig sind, wissen wir doch, daß eine wesentliche Steigerung der Goldproduktion damals nicht stattgefunden hat; ebensowenig vor den dann folgenden Haussejahren 1834—1836 und 1837 bis 1840. In Kalifornien werden die Goldfelder erst 1848 entdeckt, und wir haben 1843—1847, also vor der großen Goldvermehrung, eine große Hausse. Die Goldproduktion von 1871—1875 beträgt 173 904 kg, in den Jahren 1866—1870 war sie 195 000 kg, also größer, und in den vorangegangenen

Jahren 1861—1865 wieder etwas kleiner, 1856—1860 über 200 000 kg. Ich kann da eine Steigerung der Goldproduktion in den, den Hauſſejahren Anfang der 70er Jahre vorangegangenen Jahren nicht finden; im Gegenteil war die Goldproduktion von 200 569 kg im Durchschnitt der Jahre 1851 bis 1860 auf 190 066 kg im Durchschnitt der Jahre 1861—1870 und 173 904 kg im Durchschnitt der Jahre 1871—1875 gefallen. Aber, ſagt Herr Profeſſor Sombart: Damals, nach 1870/71, ſind die fünf Milliarden nach Deutſchland hineingeſtrömt. Das iſt richtig. Wenn das die Urſache der Hauſſe geweſen ſein ſoll, dann verſtehe ich aber nicht, wieſo wir gleichzeitig in England die koloffale Hauſſe hatten, und das war nicht nur in England, das war in der ganzen Welt ſo. Was hatte z. B. Öſterreich, von wo damals die Kriſis ausgegangen iſt, von den fünf Milliarden?! Wenn wir betrachten, um wie viel Prozent die Goldproduktion den monetären Goldvorrat vermehrt hat, ſo finden wir ſelbſt für die letzten Jahre einer verhältnismäßig ſtarke Steigerung nur eine Steigerung von 3—4 %. Nun muß man dieſe Steigerung doch, wenn der Vergleich im Geiſte von Prof. Sombart geſchehen ſoll, in Verhältnis ſetzen zu den ungefähren Umſchlägen, zu den ungefähren Produktionsquantitäten, und da glaube ich denn doch, daß, wenn es darüber auch keine zuverlässigen Zahlen gibt, wohl alle mit mir darin einverſtanden ſind, daß in den letzten Jahrzehnten die Produktion, ſelbſt unter Berücksichtigung der Geldſurrogierung, die auf die Goldproduktion aufgebaut worden iſt, eine weſentlich größere Steigerung erfahren hat, als die Steigerung der Goldproduktion. Ich kann alſo ein weſentliches Moment der Hauſſe in der zunehmenden Goldproduktion nicht finden.

Aber eine andere tatſächliche Regelmäßigkeit gibt mir zu denken. Herr Prof. Sombart hat in dem Werke über die Störungen im deutſchen Wirtschaftsleben ein Buch von mir zitiert, das ich im Vorjahre herausgegeben habe: „Das Grundgeſetz der Wirtschaftskriſen und ihr Vorbeugemittel im Zeitalter des Monopols“. Sie finden dort angeſchloſſen eine graphiſche Darſtellung über die Sauerbeckſchen Indezahlen. Wir haben leider für Deutſchland keine ſolche Statiſtik, die uns ermöglicht, darauf eine graphiſche Darſtellung aufzubauen. Wenn ich die ganze graphiſche Darſtellung der Preisbewegung des vergangenen Jahrhunderts ohne irgend welche Abſicht überblicke, dann fällt mir unwillkürlich auf, daß im Jahre 1818, wo ſie beginnt, die Sauerbeckſche Zahl 142 war, und daß ſie jetzt — ſie endet Mitte vorigen Jahres — 70 geweſen iſt, alſo nicht einmal die Hälfte. Sie ſehen, daß auf der Tabelle fortwährend den Bergen immer tiefere Täler folgen, und daß die ganze Tendenz auf eine Preiſermäßigung hinausläuft.

Da ist auch nicht eine einzige bedeutendere Hauffe, der nicht eine Krisis gefolgt ist. Wenn ich daraus einen Schluß ziehen soll, und ich sehe darin eine unbedingte Gesetzmäßigkeit, dann ist es der, daß der Störenfried des wirtschaftlichen Gleichgewichts nicht die Baisse, sondern die Hauffe ist, daß das Naturgemäße die Baisse ist. Nun sagte mein geehrter Herr Vorredner, eine naturgemäße Preisbildung gebe es nicht. Darüber, was naturgemäß ist, kann man ja streiten; aber wenn ich sehe, daß durch ein ganzes Jahrhundert eine gewisse Tendenz geht, dann muß ich mir sagen, dem muß eine natürliche Ursache zu Grunde liegen, und diese natürliche Ursache sehe ich in der steigenden Produktivität der Arbeit. Und tatsächlich sehen wir allemal eine Hauffe entstehen und eine Baisse folgen, wenn wir, aufgebaut auf große neue Erfindungen, auf technische Vervollkommnungen, eine neue Produktion sehen; und die Erfindungen und Vervollkommnungen haben doch nur die Absicht, die Produktivität der Arbeit zu vermehren. Wie soll nun aber die gesteigerte Produktivität der Arbeit, die eine vergrößerte Produktion erzeugt, resp. wie soll diese vergrößerte Produktion ihren Ausgleich finden in einem vergrößerten Konsum, wenn nicht durch eine, der vermehrten Produktivität der Arbeit entsprechende Preisbaisse, den Massen ermöglicht wird, denselben Massen, für die diese neuen Produktionsstätten errichtet sind, die vermehrte Produktion aufzunehmen?!

Es ist nun eine landläufige Ansicht, von der ich hier abweiche, daß es für die Krisenfrage mehr oder weniger gleichgültig sei, ob die gesteigerte Produktivität dem Unternehmergewinn oder dem Arbeitslohn zugute kommt, denn — so wird argumentiert — auch der Unternehmergewinn setzt sich in Produktion oder Dienstleistungen um. Da möchte ich an eine kleine Geschichte, die ich vor ein paar Tagen gelesen habe, anknüpfen, die auch Sie vielleicht gelesen haben. Morgan hat einen Herrn durch die Welt geschickt, um eine Vase zu suchen, die einmal in Japan existiert haben soll. Bekannt ist Ihnen wohl, daß Morgan nicht allein nach dieser Vase Jagd macht, sondern daß er seine Reisenden hat, um überall Kunstgegenstände aufzusuchen. Meine Herren! Ich bin in ziemlichem Kontakt mit den Diamanten- und Perlenhändlern, und ich kann Ihnen bestätigen, was Herr Dr. Loeb hier ausgeführt hat, daß wir uns bereits in einer Besserung befinden, weil ich weiß, daß in letzter Zeit in Rheinland und Westfalen Diamanten und Perlen wieder kolossal gekauft werden. Nun frage ich Sie, wohin geht denn der Hauptwert für Diamanten und Perlen? Wir wissen, er geht nach England u. c. Die deutschen Arbeiter haben bitter wenig davon. Nun wird ja nicht aller Unternehmergewinn in Diamanten und Perlen angelegt, das geschieht auch in anderen Dingen. Wir wissen, daß große schöne Villen ent-

stehen; die allgemeine landläufige Meinung ist, daß damit nun Arbeiter beschäftigt werden. Gewiß ist das der Fall. Wenn aber die Arbeiter damit beschäftigt würden, daß ihnen menschenwürdige Wohnungen gebaut werden — und die könnten und würden ihnen gebaut werden, wenn sie am Produktionsgewinn einen größeren Anteil hätten —, dann würden sich doch die Arbeiter, die Massen, wesentlich besser dabei stehen, als bei den Villen der wenigen Reichen, die für die Augen und Gesellschaften weniger Leute errichtet werden. Wir haben auch nicht einmal eine Gewähr dafür, daß der Unternehmergeinn in inländischer Produktion angelegt wird; wahrscheinlich wird er sogar in schlechten Zeiten im Auslande angelegt und davon haben die einheimischen Arbeiter bitter wenig. Es handelt sich ja hier um die deutsche Krisis; bei einer internationalen Betrachtung würde ich das natürlich weniger in den Vordergrund stellen. Der Arbeitslohn wird aber sicher bald im Inland in Produktion umgesetzt und beschäftigt dadurch gerade die Neuanlagen, die für den Massenkonsum errichtet worden sind. Ob er das in dem Maße kann, wie zur Verhinderung einer Krisis erforderlich ist, hängt davon ab, ob die Löhne in dem Maße gestiegen, oder die Preise in dem Maße gefallen sind, daß die Massen — eine vernünftige Produktionseinteilung vorausgesetzt — die gesteigerte Produktion aufzunehmen imstande sind.

Herr Dr. Jastrow hat die Wichtigkeit der Ausbildung der Statistik betont. Ich möchte hieran in bestimmter Beziehung einen Wunsch knüpfen. England hat, wie Ihnen bekannt, die Sauerbedschen Indizes. Uns fehlt für Deutschland eine Warenpreisindexzahl. Sie müßte geschaffen werden, und zwar mit Berücksichtigung der umgesetzten Quantitäten, so daß jeder Artikel nach seiner Bedeutung darin zum Ausdruck gelangt. In Amerika haben wir für die letzten Jahre — es sind fast zehn Jahre — eine solche Statistik und eine solche Indexzahl, und sie ist höchst lehrreich. Ich war imstande, im Vorjahre an der Hand dieser Indexzahlen auf der einen Seite, und der Indexzahl der Arbeitslöhne auf der anderen Seite, den Niedergang, den wir jetzt in Amerika haben, den Krach, vorauszusagen.

Andererseits ist eine Statistik des gesamten Lohn Einkommens anzustreben. Ich bin mir bewußt, und sage Ihnen damit nichts Unbekanntes, daß das eine der schwierigsten Aufgaben ist, aber sie kann gelöst werden. Auch diese Zahlen (Redner zeigt auf die von Herrn Dr. Jastrow zu seinem Referat an die Wand gehefteten graphischen Darstellungen) sind, wie schon Herr Dr. Jastrow betont hat, nur ein Anfang, und ich glaube, einen solchen Anfang können wir machen auf der Basis der Angaben von Gewerkschaften und der Versicherungsanstalten, und bei der Wichtigkeit der Sache sollte

man je eher je lieber daran gehen. Aber die Löhne spielen keine so bedeutende Rolle wie die Preise. Ich habe im letzten Aprilheft des Schmollerschen Jahrbuches (S. 521/173 ff.) Berechnungen darüber angestellt. „Nur 54—59 % der Erwerbstätigen können von Lohnsteigerungen beeinflusst werden, und diese Erwerbstätigen bilden mit ihren Angehörigen erst 47 bis 50 % der Bevölkerung, die gar nur 40—42 % des Volkseinkommens beeinflussen. Von Preisermäßigungen wird hingegen der Konsum von einem 50—52 % betragenden Teil der Bevölkerung beeinflusst, auf den Lohnsteigerungen ohne irgend welchen — günstigen — Einfluß sind. Und auf diesen Teil der Bevölkerung entfallen 60 % des Volkseinkommens resp. des Konsums. Von Preisbewegungen wird, außer dem Konsum der Arbeiter, noch der Konsum einer Bevölkerung beeinflusst, die an sich schon um drei Millionen Köpfe größer ist als die Arbeiterbevölkerung und deren Einkommen um sechs Milliarden Mark oder 50 % größer ist als dasjenige der Arbeiter. Wenn daher selbst alle 27 Millionen Köpfe der Arbeiterklasse mit ihrem $12\frac{1}{2}$ Milliarden-Einkommen von einer bedeutenden Lohnerhöhung betroffen werden, so vermag dies doch oft den Schaden nicht auszugleichen, den die Gesamtwirtschaft durch eine anscheinend geringe Preissteigerung erleidet. Eine Lohnerhöhung von 10 %, die noch nicht $1\frac{1}{3}$ Milliarden Mark ausmacht, wird mehr als ausgeglichen durch eine Preiserhöhung von nur 5 %, weil letztere ca. $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark absorbieren würde. Das Gesamteinkommen wird weder durch Lohn- noch durch Preisbewegungen innerhalb derselben Volkswirtschaft verändert. Lohnerhöhung wie Preisermäßigung sind nur eine Verteilung des Arbeitsproduktes.“

Wie entsteht nun die Flaute? Gewiß, die Flaute geht hervor aus der Nachfrage. Wie ist aber ihr Verdegang? Auf Basis mäßiger Preise entwickelt sich ein größerer Verbrauch, auf ihm basiert der Insider seine Käufe, die er in größerem Maße, d. h. auf längere Zeit, vornimmt, um die heranahende Konjunktur mitzunehmen. Die dadurch gesteigerten Preise erregen auch die Aufmerksamkeit und Kauflust der Outsider, kurz die Spekulation setzt ein und treibt nochmals die Preise. Zu den gesteigerten Preisen schränkt der Konsum sich ein, die Produktion läßt nach und wir haben Absatzstörung und Arbeitslosigkeit.

Wie bereits große Konsumvereine in Teuerungsjahren durch billigen Verkauf die Lebensmittelpreise ganzer Städte unter Druck gehalten haben, so könnten die großen Produzentenorganisationen wahrscheinlich heute schon die Preise unter Druck halten — wenn sie wollten — obgleich sie noch nicht die ganze Produktion beherrschen. Sie tun aber das Gegenteil. Da wo eine Tendenz zum Niedergang vorhanden ist, halten sie sie auf.

Wohin das führt, ist hier ja bereits mehrfach ausgeführt worden. Ich will nur ein kleines, aber charakteristisches Beispiel hinzufügen. Mir schickt ein Berliner Haus folgendes Zirkular, das aus Wien stammt und von der Firma C. S. Rosenthals Erben, Rollbalken- und Sonnenplanchenfabrik, Wien, an die deutschen Produzenten verschickt worden ist. Es heißt darin:

„Durch besonders günstige Abschlüsse mit dem österreichisch-ungarischen Eisenkartell, sowie durch rationelle Massenfabrikation sind wir in der Lage, trotz des dortigen Einfuhrzolles unsere seit mehr als 30 Jahren als Spezialartikel aus Ia. steirischem Stahlblech erzeugten Rolladen noch um ca. 20 % **billiger** als unsere dortige Konkurrenz nach Ihrem Lande zu liefern.

„Wir versenden unsere Rolladen . . . und zwar: Panzer laut Zeichnung B . . . , zoll- und frachtfrei dort per m² Mark 6.60. Rolladen . . . laut Zeichnung C . . . , zoll- und frachtfrei dort per m² Mark 8.50.“

Dieselbe Firma annonciert unter dem 5. ds. Mts. in der „Deutschen Bau-Zeitung“ und in der „Deutschen Schlosser-Zeitung“. Die betr. Berliner Firma, der ich die Übersendung des Zirkulars verdanke, teilt mir ihre Preise mit, die ich verglichen habe, und ich habe festgestellt, daß die Behauptung der Wiener Firma, sie könne trotz Fracht und Zoll billiger liefern, richtig ist. Nun bitte ich Sie, was ist nun die Folge, wenn wir unsere eigenen Rohmaterialien verarbeitet ins Inland bekommen und die inländische Produktion nicht damit konkurrieren kann, weil die Preise der inländischen Rohstoffe und Halbfabrikate für uns zu hoch angesetzt werden? Zunächst die, daß die Produzenten, die existieren und leben wollen, trotzdem zu konkurrieren versuchen werden. Und auf wessen Kosten geschieht das? Der Arbeiter muß herhalten. Da man das Material zu billigerem Preise nicht bekommen kann, wird versucht, die Arbeitslöhne zu drücken. Da haben wir dann das Mißverhältnis zwischen Unternehmergewinn und Arbeitslohn ausgebrochen in Arbeitslosigkeit. Dasselbe könnte ich mit Rücksicht auf unsere vorgestrige Debatte darlegen. Von einem bekannten Fachmann ist der Wert des Fahrparfes einer ersten deutschen Reederei um 60 % niedriger als der Anschaffungswert taxiert worden. Was heißt das? Es müssen, um Dividenden zahlen zu können, niedrigere Löhne bezahlt werden, denn bei den hohen Abschreibungen, die erforderlich sind, weil man zu teuer eingekauft hat, könnten sonst Dividenden nicht gezahlt werden und die sollen doch gezahlt werden. Wenn man also sagt, die Exportprämien hätten den Markt entlastet, dann sage ich: ja, sie mögen ihn ein wenig entlastet haben, aber sie haben ihn, wie gestern auch schon ausgeführt wurde, von Rohmaterial entlastet, nicht aber von Fabrikaten. Ich habe in meinem „Grundgesetz der

Wirtschaftskrisen“ berechnet, daß durch den Mehrexport vom Jahre 1901 gegen das Jahr 1900, durch den stärkeren Export von Rohmaterial und Halbfabrikaten ganze 25 000 Arbeiter mehr beschäftigt worden sind, und dabei haben wir jährlich einen Zuwachs von 100 000 Arbeitern durch die Bevölkerungsvermehrung. Was wollen da 25 000 mehr Beschäftigte besagen? Die sind auch nur beschäftigt unter Voraussetzung einer Einbildung, nämlich wenn man nicht berücksichtigt, was an Fabrikaten weniger exportiert wurde. Ich kann also die Meinung nicht teilen, daß es unseren Markt entlastet, wenn wir auf Kosten des einheimischen Konsumenten eine Exportprämie zahlen, um den Markt, d. h. den Rohmaterialienmarkt zu entlasten. Wenn wir billigere Preise hätten, wenn wir, anstatt die Exportprämien zu zahlen, dieses Geld verwenden würden für die Verbilligung der einheimischen Produktion, dann würde der einheimische Fertigwarenfabrikant, würde die Fertigungsindustrie, die viel mehr Arbeiter beschäftigt, als die Rohmaterialienindustrie, konkurrieren können gegen das Ausland. Es würde dann nicht der Fall eintreten, daß diese mit verschränkten Armen zusehen muß, wie der ausländische Fabrikant seine Waren ins Inland liefert, angefertigt aus deutschen Rohmaterialien.

Ich komme zum Schluß. Wie ich in meinem „Grundgesetz der Wirtschaftskrisen“ nachweise, hat die Preissteigerung des deutschen Kohlen- und Roheisenverbrauches ab Wert — ohne Berücksichtigung der Verteuerung bis zum Konsum — von 1886—1900 1260 Millionen Mark für den Jahreskonsum betragen. Die erste Frage müßte lauten: Welche Summe zahlt das Volk für seinen Konsum? Die zweite: Wie groß ist der Prozentsatz des Volkskonsums, der durch die Preissteigerung absorbiert worden ist? Dann erst gewinnt man ein Urteil darüber, in welchem Umfange der Volkskonsum durch die Preissteigerung eingeschränkt werden mußte, in welchem Umfange also die Preissteigerung die Ursache der Krisis war, und welche Preissteigerung nicht überschritten werden darf, wenn sie vermieden werden soll. Ganz allgemein überschätzen die Arbeiter die Höhe der Gesamtsumme des Unternehmergewinnes und daher die Wirkung, die eine Verteilung desselben auf die Arbeiter haben würde. Ebenföwenig aber haben die Unternehmer eine Vorstellung von der Wirkung zu hohen Unternehmergewinnes. Bei Verteilung des Gesamtergebnisses der Wirtschaft gibt es eine mittlere Linie, die nicht wesentlich unterschritten werden darf, wenn der Unternehmer bestehen soll, die aber auch nicht wesentlich überschritten werden darf, wenn den Massen so viel zukommen soll, wie erforderlich ist, um ihnen zu ermöglichen, die fernere Produktion aufzunehmen. Im Zeitalter der Monopolentwicklung, wo das freie Spiel der Kräfte zum Teil auf-

gehoben ist, müssen wir — so weit dies der Fall ist — zu einer Begrenzung des Unternehmergewinnes gelangen. Bewußt oder unbewußt führen dahin auch alle Maßnahmen, die, ohne die an sich wohlthätige Organisationsentwicklung zu hemmen, in bezug auf dieselbe unternommen werden. Inwieweit man aber noch durch besondere Maßnahmen, durch Gesetze dahin gelangen kann, das auszuführen, würde die mir gegebene Zeit überschreiten; aber daß man dahin gelangen kann, unterliegt für mich — andere mögen anders darüber denken — keinem Zweifel. Wenn Sie sich darüber informieren wollen, wie ich die Zweifel, die bezüglich der Durchführbarkeit gehegt werden könnten, beseitige, dann mögen Sie das bei mir nachlesen im „Grundgesetz der Wirtschaftskrisen“. Ich bin überzeugt, wir werden dahin gelangen, daß für diese Monopolbetriebe eine Begrenzung des Unternehmergewinnes festgesetzt wird. Wir werden dahin gelangen, weil wir dahin gelangen müssen.

(Beifall.)

Professor Dr. R. Oldenberg (Greifswald): Meine Damen und Herren! Es war nicht meine Absicht, hier das Wort zu ergreifen, nachdem ich vor einigen Wochen das, was ich zum Thema zu sagen hatte, in einem Aufsatze in Schmollers Jahrbuch dargelegt habe. Allein einige Bemerkungen des Herrn Spiethoff, die an diesen Aufsatz anknüpfen, verlangen eine Antwort, die ich aber so kurz wie möglich halten werde.

Der Zweck meiner Ausführungen in jenem Aufsatz war ein rein theoretischer. Sie beschäftigen sich nicht mit den Ursachen der augenblicklichen Wirtschaftskrise, sondern mit den allgemeinen Möglichkeiten von Ursachen von Wirtschaftskrisen, und ich glaube, der Gegensatz, in dem ich in einigen Punkten zu Herrn Spiethoff und anderen Autoren, die neuerdings über das Thema geschrieben haben, stehe, ist von Herrn Spiethoff überschätzt worden, vielleicht durch meine Schuld infolge der unfertigen Formulierung meiner Thesen, die ich hier richtig stellen möchte. Ich gebe nur eine Ergänzung zu denjenigen krisentheoretischen Versuchen, die in letzter Zeit vor mir gemacht worden sind, insbesondere zu der Unproportionalitätstheorie, die von Spiethoff, Bohle u. a. vertreten wird.

Ich muß kurz sagen, worauf ich hinaus wollte. Unter Wirtschaftskrise kann man zweierlei verstehen. Entweder eine subjektive Tatsache, eine Verstimmung der Unternehmer, eine Verstimmung, die sich in der Tendenz zur Einschränkung der Produktion äußert, eine Art Depression, deren Ursachen vielleicht schwer zu erkennen sind, die nur psychologisch zu verstehen ist. Es kann sich aber zweitens auch um objektive Verhältnisse handeln. In dem

ersteren, subjektiven Fall kann unter den deprimierenden psychologischen Momenten dasjenige, auf welches Herr Spiethoff Wert legt, mitwirken, nämlich die größere oder geringere Geldflüssigkeit. Nur möchte ich diesem Moment kein so großes Gewicht beimessen wie Herr Spiethoff. Gleichviel ob man nur an die eigentlich untätigen sogen. totgelegten Kapitalien denkt, die in den Geldschränken der Banken liegen, oder an die tätigen Kapitalien, aber mit schlechterer Rentabilität, die sozusagen auch müßig sind, keinesfalls kann ich der Quantität dieser müßigen Gelder ein entscheidendes Gewicht im Kausalnexus beilegen, denn im Verhältnis zu früheren Menschenaltern ist seit 30—40 Jahren unser Kapitalreichtum so außerordentlich gewachsen, der Zinsfuß so stark gesunken, daß, wenn hier eine wesentliche Ursache läge, wir uns in den letzten Jahrzehnten in einer ständigen Hausse befinden müßten, was nicht der Fall ist.

Nun zu den objektiven Ursachen einer Wirtschaftskrisis. Es handelt sich hier immer um eine Überproduktion, d. h. ein Mißverhältnis zwischen dem Angebot, der Produktion, und der Nachfrage, der Kaufkraft. Es gibt keine objektive Wirtschaftskrisis ohne Überproduktion in diesem Sinne, ohne ein Hinausragen der Produktion über die Kaufkraft. So lange die Waren schlank absetzbar sind, liegt eben keine Krisis vor. Nun kann dieses Mißverhältnis ein doppeltes sein: ein qualitatives und ein quantitatives. Ein qualitatives ist es dann, wenn die Richtung der Produktion sich der Richtung der Kaufkraft nur unvollkommen angepaßt hat; dann haben wir jenen Fall der Unproportionalität, der von Herrn Spiethoff u. a. so stark in den Vordergrund gestellt worden ist. Es ist aber daneben der andere Fall nicht zu übersehen, das ist der, auf den ich hinaus wollte, der Fall eines quantitativen Mißverhältnisses zwischen Produktion und Kaufkraft, eine sogen. allgemeine Überproduktion; nicht eine falsche Richtung der Produktion, nicht eine Lenkung der Produktion auf Waren, die nicht nachgefragt werden, sondern ein Zuviel an Produktion überhaupt. Der Einfachheit halber setze ich voraus, daß eine unproportionelle Produktion daneben nicht auch noch stattfindet, sondern daß die Unternehmer wissen, was produziert werden muß.

Ist eine allgemeine Überproduktion überhaupt denkbar? Eine altbekannte nationalökonomische Theorie, von der ich in meinem Aufsatze ausgegangen bin, sagt: nein; sie sagt: wenn in der richtigen Richtung produziert wird, so ist es undenkbar, logisch unmöglich, daß der Produktion nicht die gleiche Kaufkraft entspreche, denn die Kaufkraft wird eben durch nichts anderes bestimmt als durch den Wert, den Verkaufswert der Produktion; es sind das durchaus identische Größen. Der Verdienst der verschiedenen

an der Produktion beteiligten Faktoren entspricht genau den Produktionskosten; es entspricht darum die gesamte Kaufkraft genau der Wertsumme der produzierten Waren. Diese Lehre ist im allgemeinen richtig. Es ist insbesondere nicht denkbar, daß eine noch so große Steigerung der Produktion, wenn sie nicht in falscher Richtung erfolgt, zu einem Übermaß führt, denn die Kaufkraft wächst ja in gleichem Maße. Allein eine Verschiebung des Gleichgewichts ist von der anderen Seite her möglich: nicht ein Zuviel von Produktion, sondern ein Zuwenig von Kaufkraft, weil ein Teil der Kaufkraft, der vorhanden war, nicht seiner Bestimmung zugeführt, sondern in anderer Weise absorbiert worden ist. Hier entspringt die Quelle der allgemeinen Überproduktion, und hier wurzeln die Ursachen der Wirtschaftskrisen, die nicht so an die Oberfläche treten, die aber von dem Theoretiker beachtet werden müssen und auch eine wesentliche praktische Bedeutung für die Wahl der Heilmittel haben. Die vorhandene Kaufkraft kann ausgeschaltet werden, kann zum Teil anderweitig beschlagnahmt werden auf verschiedene Weise. Ich deute nur kurz einige der Möglichkeiten an. Es kann sich darum handeln, daß eine Kontraktion des Kredits stattfindet — Kredit ist ja auch Kaufkraft — und in dem entsprechenden Maße muß natürlich die Nachfrage abnehmen. Es kann sich weiter um eine Reihe Faktoren handeln, die unter den Begriff zusammengefaßt werden können: Störung der volkswirtschaftlichen Bilanz, der volkswirtschaftlichen Zahlungsbilanz, sofern nämlich ein Teil der Kaufkraft, die vorhanden war, ehe sie zur Betätigung gelangt, aus dem Lande herausgeht. Etwas Ähnliches kann in indirekter Weise bewirkt werden, wenn der Zufluß von Gold aus dem Auslande, wie er eine Reihe von Jahren stattfand, infolge verminderter Goldproduktion aufhört. Ich glaube in der Tat, daß da ein mitwirkender Faktor liegt, wenn er auch nicht so hoch einzuschätzen ist, wie der erste Herr Referent es tat. Ich weiß auch nicht, ob er mit dieser meiner Deutung des Kausalnexus übereinstimmt. Nach seinen Büchern glaube ich, daß er den Goldimport mehr würdigt in seiner stimulierenden Wirkung auf die Produktion als auf die Kaufkraft. Allein ich kann mich darin irren. — Dann wirkt natürlich ebenso stark eine jede Verbesserung der Handelsbilanz; eine Zunahme der Ausfuhr bei Abnahme der Einfuhr bedeutet in jedem Falle ein Plus an Geld, eine Steigerung der Kaufkraft und damit ein Moment, das der Überproduktion entgegenwirkt.

Endlich aber — ich komme da auf einen Punkt, der von Herrn Spiethoff berührt worden ist in polemischer Weise — wir haben gerade in den letzten Jahrzehnten in starkem Maße Verluste an Kaufkraft erlebt, teils scheinbar und teils wirklich, durch den Export von Kapitalien. Der Export von Kapitalien ist ja eine relativ neue Erscheinung, die mit der weltwirtschaft-

lichen Entwicklung zusammenhängt. Zum Teil dienen die aus der Volkswirtschaft abfließenden Kapitalien freilich dazu, wieder inländische Waren zu kaufen, also den Warenexport zu steigern, aber nur zum Teil. Zum anderen Teil gehen sie zweifellos unserer nationalen Bilanz und unserer Kaufkraft verloren. Wie weit dieser Faktor in der Vergangenheit gewirkt hat, ist noch nicht untersucht worden. Ich glaube, er hat stark gewirkt, aber die hauptsächlichste Gefahr einer solchen Schwächung der Kaufkraft sehe ich in der Zukunft, weil in der Art des Kapitalienexports sich eine Verschiebung im Laufe der Jahrzehnte anzubahnen begonnen hat von bedeutungsvoller Art. Früher erfolgten Kapitalienexporte in der Form des Einkaufs fremder Staatspapiere, dann wurden Eisenbahn-papiere, dann Industriewerte gekauft. Aber in neuerer Zeit legt man vielfach — das ist gerade in Hamburger Kreisen sehr wohl bekannt — die auswandernden Kapitalien nicht in der Form des Kredits an, es handelt sich nicht um Darlehen ans Ausland, sondern vielmehr um Gründungen im Ausland von seiten deutscher Unternehmer, etwa um die Gründung von Fabriken. Ein solcher Kapitalexport ist insofern für die deutsche Volkswirtschaft von anderer Bedeutung, als einmal der Rückfluß dieses Kapitals erschwert ist, zweitens keineswegs gesagt ist, daß die Zinsen zurückfließen und die Kaufkraft wieder stärken, vielmehr eher als Regel anzusehen ist, daß ein Etablissement im Auslande, wenn es gedeiht, aus seinen eigenen Erträgen vergrößert wird. Endlich aber drängt eine solche Kapitalanlage in eigener Unternehmung, wenn sie nicht in tropischen Ländern erfolgt, sondern in solchen, wo Europäer leben können, dahin, daß mit dem Kapital schließlich auch die Kapitalisten, einzelne Mitglieder der Kapitalistenfamilien übersiedeln, und dann ist der Verlust jener Kapitalien, jenes gewaltigen Betrages von Kaufkraft definitiv besiegelt.

Das waren einige Gesichtspunkte, die ich hervorgehoben habe. Speziell von diesem Kapitalienexport meint Herr Spiethoff, er sei nicht die Ursache der geschwächten Kaufkraft, sondern gerade die Folge einer solchen. Wenn die Anlage im Inlande erschwert sei, gehe eben das Kapital ins Ausland. Das eine schließt aber das andere nicht aus. Es kann sehr wohl sein, daß schon eine Depression im Inlande vorherging, daß sie aber durch den Kapitalexport noch ganz wesentlich gesteigert wurde. Es kann aber auch sein, daß der Kapitalienexport aus anderen Gründen erfolgt. Ich glaube mich auch hier nicht in eigentlichem Widerspruch mit Herrn Spiethoff zu befinden.

Von den praktischen Konsequenzen dieses Versuchs einer Analyse will ich wenigstens eine hervorheben. Wenn jenes alte nationalökonomische Gesetz richtig ist, daß eine Steigerung der Produktion eine Steigerung der

Kaufkraft nach sich zieht, so ist offenbar das moderne Heilmittel gegen partielle Überproduktion, gegen Unproportionalität in der Produktion, nämlich eine planmäßige Einschränkung der Produktion, von einer Gefahr begleitet. Die modernen Kartelle sind leichter und früher in der Lage als die vereinzelter Produzenten, solche Einschränkungen herbeizuführen. Im Falle einer solchen unproportionalen Produktion liegt nun die Gefahr nahe, daß jeder kartellierte Zweig der Industrie seine Produktion einschränkt, indem er dadurch die Konjunktur für sein Produkt verbessert, gleichzeitig aber durch dieselbe Einschränkung der Produktion, worauf diese einzelne Branche nicht sieht, die Kaufkraft der gesamten Volkswirtschaft schwächt, denn diese hängt ab von der gesamten Konsumtion und Nachfrage. Es wird verringert die Nachfrage nach Produkten anderer Art, indem die Produzenten der einen Art durch die planmäßige Produktionseinschränkung zum Teil arbeitslos werden. Diese Gefahr ist zweifellos für die Zukunft vorhanden, sie wird im Augenblick noch nicht sehr groß sein, weil die Kartelle die Produktion noch nicht so vollkommen beherrschen. Allein wenn ein weiterer Ausblick in die Zukunft erlaubt ist, so könnte gerade aus dieser Gefahr die Anregung zu einem Heilmittel entspringen gegen die Wirtschaftskrisen eben jener erstgenannten partiellen Art. Wenn die Kartelle sich untereinander zusammenschließen und jener Gefahr einer Verschärfung der partiellen Wirtschaftskrisis sich bewußt sind, so können sie planmäßig darauf hinwirken, daß eine Einschränkung der Produktion in den einzelnen Branchen über eine gewisse durch die Proportionalität gezogene Linie hinaus nicht stattfindet. Also die Kartelle sind nach dieser Richtung, wie mir scheint, nur vorübergehend eine Gefahr, für die Zukunft aber können sie zu einer wertvollen Garantie für die Stetigkeit des Ganges der Volkswirtschaft werden. Im übrigen kann natürlich je nach der Diagnose der Ursache der Krisis eine prophylaktische Wirtschaftspolitik sich in den verschiedensten Bahnen bewegen. Es sind eine Reihe von Möglichkeiten da, wie z. B. auf eine Erschwerung des Kapitalienexports hingewirkt werden kann. Allerdings steht ja dieser Kapitalexport im allerinnigsten Zusammenhang mit unserer Wirtschaftspolitik, mit der industriestaatlichen Entwicklung. Die Tatsachen zeigen, daß der Kapitalexport aufs engste Hand in Hand geht mit dem Wareneport, daß er relativ zurücktritt in denjenigen Ländern, welche weniger Waren exportieren, auch wenn es wirtschaftlich fortgeschrittene Länder sind wie Frankreich.

Schließlich noch ein kurzes Wort über die Anwendung der Theorie auf die gegenwärtige Krisis. Wie weit eine der genannten Ursachen bei der gegenwärtigen Krisis beteiligt ist, bleibt eine offene Frage, die ich nicht beantworten möchte. Ich möchte nur einen Beitrag dazu durch eine Andeutung

geben. Wenn solche Erscheinungen wie Störung der volkswirtschaftlichen Zahlungsbilanz durch übermäßigen Kapitalexport u. dergl. Ursache einer Krisis sein sollten, so müßte die Krisis nicht eine internationale, sondern eine nationale sein. Es müßte in den Ländern, wo die Zahlungsbilanz sich in komplementärer Weise umgekehrt gestaltet, eine Steigerung der Kaufkraft und eine Wirtschaftshauffe eintreten. In der Tat zeigt sich eine solche gegensätzliche Entwicklung in der Konjunktur für die deutsche Volkswirtschaft und eine Reihe europäischer Länder im Vergleich mit der amerikanischen, indem in den letzten Jahren, wo bei uns die Baisse eintrat, in den Vereinigten Staaten die Hauffe ihren Höhepunkt erreicht hat, und diese gegensätzliche Entwicklung fällt ziemlich genau zeitlich zusammen. Die Vereinigten Staaten haben ihren ungeheueren Geldüberschuß bekanntlich Ende der 90er Jahre in unglaublichen Mengen dazu verwendet, ihre Anleihen an Europa zurückzuzahlen; sie haben in dieser Form in großen Massen Kapitalien nach Europa exportiert. Dieser Kapitalienexport aus den Vereinigten Staaten hat nachgelassen in den letzten Jahren, und eben diese letzten Jahre sind es, die den Aufschwung in der Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten gezeigt haben, bei gleichzeitiger Krisis in Europa. Es bedeutet diese Verminderung des Kapitalienexports eine Steigerung der Kaufkraft des inneren Marktes der Vereinigten Staaten. Die Anwendung auf den deutschen Markt liegt nahe.

Mit diesen kurzen Bemerkungen möchte ich mich begnügen. Es ist immer schwierig, mündlich solche theoretische Fragen zu erörtern, im allgemeinen eignen sie sich mehr zu einer schriftlichen Bearbeitung.

(Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. v. Philippovich (Wien): Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, jetzt eine Pause eintreten zu lassen. Ich bitte Sie, sich um 2 Uhr pünktlich hier wieder einzufinden.

(Pause.)

Nachmittagsitzung (2 Uhr).

Privatdozent Dr. Liefmann (Gießen): Verehrte Anwesende! Es ist mir infolge der beschränkten Redezeit leider nicht möglich, hier zu den verschiedenen Krisentheorien Stellung zu nehmen, die heute und zum Teil schon früher in der Literatur der letzten Zeit vertreten worden sind. Ich will mir daher nur einige Bemerkungen über zwei Fragen erlauben, die eine Beobachtung der letzten Aufschwungsperiode und der gegenwärtigen Depression mir nahe gelegt hat. Das eine ist die Frage: Warum hat

die vergangene Periode günstiger Konjunktur solange angehalten; das andere ist die: Warum ist die gegenwärtige Krisis so verhältnismäßig milde verlaufen?

Was den ersten Punkt betrifft, so ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Jahre 1895—1900 die längste Aufschwungsperiode gewesen sind, die Deutschland je gehabt hat. Der verhältnismäßig milde Verlauf der gegenwärtigen Krisis aber ist von vielen zugegeben worden und kann m. E. bei der Beobachtung derselben und ihrer Vergleichung mit früheren Krisenzeiten nicht geleugnet werden. Zwar ist gestern auch der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß der tiefste Stand noch nicht erreicht sei; dem wurde aber von anderer Seite widersprochen und darauf hingewiesen, daß sich gerade jetzt in gewisser Beziehung eine Besserung an der Börse bemerkbar mache. Ich möchte nun zu diesem Punkt mir die Bemerkung erlauben, daß ein schneller Aufschwung m. E. gar nicht erwünscht und eher eine volkswirtschaftliche Gefahr zu sein scheint. Ich glaube, gerade der Umstand, daß gegenwärtig nur an der Börse wieder ein erheblicher Aufschwung sich bemerkbar macht, dürfte dafür sprechen, daß diese Aufschwungsbewegung in der Hauptsache spekulativen Charakter hat, allein von der Börse ausgeht und diese etwaige geringe Anzeichen der Besserung in der Industrie schon eskomptiert. Einem solchen spekulativen Aufschwung aber müßte ein rascher Zusammenbruch folgen, wenn er noch weitergeführt werden würde. Es scheint mir jedoch wahrscheinlicher, daß wir einer Zeit sog. Stagnation entgegengehen; ich glaube aber, daß die Volkswirtschaftslehre bei der Beurteilung einer solchen noch zu sehr von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgeht. Der Unternehmer spricht von Stagnation, wenn die Geschäfte verhältnismäßig gering sind, wenn er keine großen Gewinne erzielt, und denkt dabei immer an die Zeiten der Hochkonjunktur, nimmt diese als Norm an, vergißt aber, daß dieser Zeit immer ein Umschwung mit Notwendigkeit folgen muß. Mir scheint, daß die sog. Zeit der Stagnation eigentlich der normale Zustand der Volkswirtschaft und nationalökonomisch nicht so ungünstig zu beurteilen ist. Es ist diejenige Zeit, in welcher zwar keine besonders hohen Gewinne erzielt werden, aber auch keine erheblichen Verluste, Bankrotte eintreten, in der die Kapitalbildung sich ruhig und nicht überstürzt vollzieht und bei der das Wirtschaftsleben im größten Umfange sich im Gleichgewicht befindet. Doch ich will nicht näher darauf eingehen, sondern mich zu der Frage wenden, warum die Krisis solange angehalten hat. In erster Linie liegt das zweifellos in dem stark gestiegenen Kapitalreichtum des deutschen Volkes. Auf Einzelheiten will ich hier nicht eingehen, ich müßte mich dann mit den verschiedenen Theorien der Krisen beschäftigen und den

Zusammenhang derselben mit der Kapitalbildung und den verschiedenen Formen der Kapitalverwendung erörtern, das würde aber bei der beschränkten Zeit zu weit führen. Es ist zweifellos, daß, je reicher an Kapital ein Volk ist, dasselbe die Preiserhöhungen, die sich vollziehen, desto länger aushalten kann, und daß, je größer der Kapitalvorrat ist, in um so größerem Umfange Neugründungen und Erweiterungen vorgenommen werden können, ohne daß Kapitalmangel eintritt.

Eine zweite Erscheinung, die die lange Dauer der letzten Aufschwungsperiode erklärt, scheinen mir dann die Kartelle zu sein. Ich will nicht allgemein die Kartellfrage aufrollen — dazu ist die Zeit zu beschränkt — und ich bin deshalb leider auch nicht in der Lage, auf die Fragen einzugehen, die Herr Gothein und Herr May hier behandelt haben. Ich kann daher das schwierige Problem der billigeren Auslandsverkäufe nicht besprechen, will mich vielmehr streng an den Gegenstand dieser Verhandlung über die gegenwärtige Krisis resp. die vorausgehende Aufschwungsperiode halten. Auch ich bin kein unbedingter Kartellfreund, verteidige nicht die Kartelle überhaupt und nicht alle Preisfestsetzungen derselben. Vielmehr beurteile ich die Kartelle günstig in der Hauptsache *sub specie futuri*, unter dem Gesichtspunkt, was sie in Zukunft leisten können und voraussichtlich leisten werden, aber ich gestehe gern zu, daß in der letzten Aufschwungsperiode erst schwache Anfänge in dieser Richtung zu verzeichnen waren. Die Art und Weise, in welcher nun die Kartelle auf eine Verlängerung des Aufschwunges hinwirken können und gewirkt haben, ist die, daß sie alle Abnehmer auf die gleiche Basis stellen. Vergewärtigen wir uns die Zeit der Kohlennot: Es ist anzunehmen, daß im Zustand der freien Konkurrenz die Preise auch im Durchschnitt höher gewesen wären. Das wird schon dadurch erwiesen, daß die Werke in Belgien viel höhere Preise erzielt haben, als das Koks syndikat forderte. Es ist zweifellos, daß, wenn auch nicht alle Unternehmer höhere Preise zu zahlen gehabt hätten, im Zustand der freien Konkurrenz eine Anzahl derselben das hätte tun müssen. Die Folge wäre eine außerordentliche Ungleichheit in den Produktionskosten gewesen. Dieser Unternehmer hätte das Glück gehabt, billiger einzukaufen, jener hätte für die Rohstoffe viel höhere Preise bezahlen müssen. Diese Ungleichheit wird durch die Kartelle verhindert, die alle Abnehmer auf dieselbe Basis stellen. Ich bin auch der Meinung, daß die Preisfestsetzungen auf lange Zeit durchaus nicht unbedingt als verwerflich zu bezeichnen sind, verwerflich ist nur der Zwang zu Abschlüssen auf lange Zeit. Dagegen scheint mir die Festsetzung von Preisen auf längere Zeit im voraus nicht nachteilig zu sein. Ich glaube auch, daß, wenn es

einmal zu einer gesetzlichen Regelung der Kartelle kommt, eine der ersten Bestimmungen die sein wird, die verhindert, daß Abschlüsse auf sehr lange Zeit im voraus betätigt werden, und die namentlich gewisse dabei in Betracht kommende Zwangsmaßregeln verbietet. Jedenfalls scheint mir, daß die Kartelle dadurch, daß sie alle Abnehmer auf die gleiche Basis stellen, eine größere Sicherheit der Abnehmer in ihrer Geschäftstätigkeit herbeiführen können und in gewissem Umfange auch in der letzten Krisis herbeigeführt haben.

Und damit komme ich zu dem zweiten Punkt, zu der Frage, weshalb die gegenwärtige Depression so verhältnismäßig milde verlaufen ist. Es ist klar, daß ein Kartell einer einzelnen Industrie die Disproportionalität in der Beschäftigung verschiedener Produktionsstadien nicht beseitigen kann; etwas derartiges wird erst möglich sein, wenn ein Zusammenschluß, eine Organisation durch den ganzen Wirtschaftskörper hindurchgeht, alle voneinander abhängigen Industrien gleichzeitig umfaßt; davon sind wir heute noch weit entfernt. Wohl aber können die Kartelle meines Erachtens — und sie haben es auch heute schon in gewissem Umfange getan — die Plötzlichkeit des Umschwungs verhindern, und das geschieht zunächst dadurch, daß sie Produktionseinschränkungen dekretieren, wobei die Last der Produktionseinschränkung auf alle Schultern gleichmäßig verteilt wird. Im Zustande der freien Konkurrenz zeigt sich ja die eintretende Disproportionalität in der Produktion verschiedener Industrien in der Weise, daß bei einigen Industrien die Aufträge nicht mehr in dem bisherigen Umfange eingehen; die Unternehmer werden unruhig, die Börse erfährt davon, die Eingeweihten verkaufen ihre Wertpapiere, es entstehen Kursrückgänge, die Unternehmer beginnen mit Preisherabsetzungen, einer unterbietet den andern, und in unglaublich kurzer Zeit sinkt die Industrie von der höchsten Höhe des Aufschwunges herab in den tiefsten Graben des Krachs. Bei den Kartellen vollzieht sich die Entwicklung ganz anders, indem sie die Produktion der Nachfrage anpassen und die Einschränkung der Produktion auf alle Schultern gleichmäßig verteilen. Der Vorteil, der dadurch für die Produzenten selbst erwächst, ist klar; aber auch für die Abnehmer liegt ein großer Vorteil darin, daß die Kartelle das sofortige Sinken der Preise vom höchsten Standpunkt bis zum tiefsten verhindern; sie tragen dadurch zu einer größeren Gleichmäßigkeit der Produktionskosten für die Abnehmer bei. Diese werden zwar auch dann noch verschieden sein, schon weil der eine größere Vorräte von Rohstoffen hat, der andere geringere; aber indem die Preisschwankungen der Rohstoffe unter dem Einfluß der Kartelle geringer werden, bewirken dieselben eine größere Gleichmäßigkeit in den Produktionskosten der Ab-

nehmer und eine größere Sicherheit in deren ganzer Geschäftstätigkeit, die geeignet ist, das Wirtschaftsleben überhaupt ruhiger zu gestalten, also die Schärfe des Umschwungs zu mildern. Im Zustande der freien Konkurrenz würde der eine Unternehmer zu hohen Preisen gekaufte Vorräte aufarbeiten müssen, während der andere schon mit den Preisen des Tiefstandes rechnen könnte, und schon diese Verschiedenheit ist imstande, einen immer schnelleren Preisrückgang für alle Produkte zu veranlassen und die Krisis immer länger hinauszuziehen. Die Kartelle verhindern diesen plötzlichen starken Rückgang, halten die Preise aufrecht, lassen sie langsam und allmählich sinken und stellen dadurch die Abnehmer sicherer und ermöglichen auch bei ihnen gleichmäßigere Preise, und das selbst dann, wenn diese Abnehmer kein Kartell zu schließen imstande sind.

Durchbrochen wird diese Wirkung der Kartelle aber durch die Bildung kombinierter Unternehmungen, wie wir sie in der Eisenindustrie sehen. Daher ist auch die Lage der reinen Walzwerke besonders ungünstig. Ich glaube jedoch, daß man diese ungünstige Lage nicht als Krisis in dem Sinne, den wir hier darunter verstehen, als ein Auf und Ab im Wirtschaftsleben bezeichnen kann. Was die Lage der reinen Walzwerke so ungünstig macht, sind Organisationsänderungen in der Volkswirtschaft, die man nicht als Krisis bezeichnen kann, sondern die eben eine unvollkommene Produktionsform ersetzen wollen durch eine vollkommenere und ebensowenig Krisis genannt werden können, wie die Verdrängung zahlreicher Zweige des Handwerks durch die Großindustrie. Es handelt sich um einen langsamen Entwicklungsprozeß, der mit vollständiger oder teilweiser Vernichtung der überlebten Produktionsformen endigt und die Schaffung vollkommenerer Formen bezweckt. —

Diese Betrachtung zeigt auch den Weg, auf welchem wir zu einer Verminderung der Nachteile der Krisen gelangen können. Dieser Weg besteht in der Weiterführung des engeren Zusammenschlusses der verschiedenen Unternehmungszweige, nicht nur der einzelnen Unternehmungen, und zwar denke ich hierbei nicht allein an die Trusts, sondern es gibt schon in der heutigen Volkswirtschaft eine ganze Anzahl von Entwicklungstendenzen, die auf eine Verminderung der Krisen und ihrer Nachteile hinzuwirken scheinen. Ich kann auf Einzelheiten jetzt nicht eingehen, ich will nur andeuten, daß neben den Kartellen auch die Entwicklung zu Kombinationen, ferner die immer stärker zunehmende Beteiligung verschiedener Unternehmungszweige an anderen, die Beteiligung des Großkapitals, z. B. der Banken, an den verschiedensten Industrien, die langen Lieferungsverträge, wie sie neuerdings zwischen voneinander abhängigen Unter-

nehmungen verschiedentlich abgeschlossen wurden, darauf hinwirken, und es ist zweifellos, daß bei der Schnelligkeit der modernen volkswirtschaftlichen Entwicklung sehr bald wieder neue Erscheinungen hervortreten werden. Die Tendenzen zur Bekämpfung der Nachteile der Krisen sind auch nicht auf die Produktion beschränkt; es gehören dahin auf dem Gebiete des Handels vielleicht auch die Warenhäuser, indem sie in Krisenzeiten größere Mengen Waren abzunehmen vermögen, und so, ein Gedanke von Herrn Prof. Biermer, imstande sind, mit ihrer Kapitalkraft die Industrie zu stützen. Namentlich aber gehören dahin auch die Versuche zur Bekämpfung der Spekulation auf verschiedenen Gebieten, die ja ebenfalls in den Anfängen zu beobachten sind. Ich denke dabei nicht nur an die Börsenspekulationen, sondern vor allem an die Bodenspekulation, die auf das Baugewerbe und die verschiedensten Industrien von größtem Einfluß ist. Wenn es gelingt, auf eine Beschränkung der Bodenspekulation hinzuwirken, so könnte das auf eine große Zahl von Industrien günstig einwirken. So scheinen mir mancherlei Entwicklungstendenzen vorhanden zu sein, die einen Fortschritt auf diesem Gebiete wahrscheinlich machen. Jedenfalls glaube ich, daß die sozialistische, aber auch von manchen bürgerlichen Autoren vertretene Ansicht, daß sich die Krisen immer schärfer gestalten, nicht richtig ist und daß sie durch die gegenwärtige Krisis als unhaltbar erwiesen ist. Wir wachsen vielmehr offenbar in einen Zustand größerer Gleichmäßigkeit des Wirtschaftslebens hinein. Die Erkenntnis von der Unrichtigkeit dieses sozialistischen Gedankens scheint mir eines der wichtigsten Ergebnisse zu sein, die wir aus der Betrachtung der letzten Krisis ziehen dürfen.

(Beifall.)

Privatdozent Dr. Alfred Weber (Charlottenburg): Meine Damen und Herren! Nachdem Sie heute unter den zahlreichen Diskussionsrednern nur recht wenige Theoretiker zu verdauen gehabt haben, kann man Ihnen wohl zumuten, daß Sie noch einen Theoretiker zu ertragen versuchen, besonders dann, wenn dieser Theoretiker sich nicht der Illusion hingibt, daß er Theorie großen Stils machen könnte, sondern wenn er sich ausschließlich zur Aufgabe stellt, zu den entwickelten Theorien Stellung zu nehmen und die eine und andere Tatsache, die die eine oder die andere Theorie zu stützen vermöchte, vorzubringen.

Um das zu können, gehe ich den üblichen Weg des Theoretikers, den er zunächst einmal einschlagen muß, um zu irgend einem Resultat zu kommen: Ich gruppiere, und ich gruppiere diesmal nicht die Sachen, sondern die Per-

sonen, die gesprochen haben. Ich gruppiere sie nach den Theorien, die sie entwickelt haben, und ich unterscheide da zwei große Gruppen von Theorien, die wir heute gehört haben, über den Aufschwung und den Abstieg. Ich lehne mich an berühmte Muster von gestern an, organische und anorganische. Zu den Leuten, die anorganische Theorien hier vertreten haben, gehören in erster Linie unser geistvoller erster Referent, Herr Prof. Sombart; zu ihnen gehört aber auch, soweit ich habe sehen können, Herr Prof. Oldenberg, während auf der anderen Seite als Hauptvertreter einer organischen Hauffe- und Krisentheorie Herr Spiethoff aufgetreten ist. Ich muß Ihnen erklären, was ich unter diesem mythischen Unterschied verstehe. Ich verstehe unter einer anorganischen Auffassung der Hauffe- und Baiffentwicklung, daß man die Elemente, die die Hauffe- oder Baiffbewegung in das Wirtschaftsleben hineinbringen, nicht in der wirtschaftlichen Entwicklung selbst sucht, sondern außerhalb des regulären Verlaufs des Wirtschaftslebens, so daß sie dann, vom Wirtschaftsleben aus gesehen, wie Fremdkörper erscheinen, die in dasselbe hineindringen und da plötzlich eine Veränderung hervorrufen, eine Veränderung, die in diesem selber zu einer Hauffe oder Baiffe führt. So bei Sombart für die Hauffe die Goldproduktionsvermehrung, ein rein historisch zufälliger Umstand, der mit unserer regulären Entwicklung gar nichts zu tun hat, der hineinfällt wie ein Meteor und eine Veränderung hervorruft. Das ist anorganische Hauffeauffassung, während die organische die ist, die uns Herr Spiethoff vorgetragen hat, daß sich innerhalb des Wirtschaftslebens Kräfte befinden, die sich verschieben und dadurch eine Hauffe auslösen.

Wie sollen wir uns nun zu diesen vollständig verschiedenen Auffassungen stellen, zunächst der der Hauffe? Wenn ich dazu Stellung nehmen will, muß ich an eine Tatsache hauptsächlich denken, die mir bei allen Krisenbetrachtungen immer als das vorwiegendste Phänomen der ganzen Entwicklung aufgestoßen ist, ein Phänomen, das für mich stets am meisten der Erklärung bedurft hat, das der Periodizität der Hauffen und Krisen. Seitdem wir die Ausgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft haben, besitzen wir hier einen Zyklus, den man sogar beinahe in Zahlen festlegen kann und von dem man sagen kann, in 10, 11, 12 Jahren spielt sich das Drama immer wieder von neuem ab. Fangen wir einmal 1847 an mit der Baiffe, 1852 Hauffe, 1857 Baiffe, 1862 Hauffe; dann kommen die kriegerischen Bewegungen und damit in Zusammenhang stehende „anorganische“ Ereignisse, wie die Baumwollnot der 60er Jahre dazwischen, die die vollständige Entwicklung des Zyklus verschieben; 1869 haben wir wieder einen Hauffeansatz; eine Verstärkung dieses Hauffeansatzes erfolgt bei uns durch den Milliardenfegen nach dem Kriege, 1873 die darauf folgende Krise, Ende

der 70 Jahre wieder Aufwärtsbewegung. Diese Dinge sind Ihnen allen geläufig, nachdem Prof. Hertner sie im Handwörterbuch der Staatswissenschaften vorgeführt hat. Anfang der 80er Jahre ist wieder Baiffe, 1889 Hauffe, 1894 Baiffe, 1899 Hauffe. Man kann es beinahe im Schlaf ausrechnen. Man möchte fortfahren und sagen, 1909 haben wir wieder eine Hauffe — ich will es nicht auf das Jahr behaupten, ich möchte nicht darauf gehenkt werden, aber man ist dazu versucht, es zu sagen. Wenn man diese Dinge als Tatsachen anerkennt, so wird man sagen, es ist unmöglich, eine anorganische Theorie zu akzeptieren; denn wie sollte es kommen, daß diese Meteorsteine, die von draußen her in die Wirtschaft hineinfliegen, wie die vermehrte Goldproduktion, mit dieser merkwürdigen Regelmäßigkeit herumwandeln und diesen Umschlag eintreten lassen. Ich sage mir also, man kann über diese Dinge denken, wie man will, über Goldproduktion zc., es ist unmöglich, daß da der Hase im Pfeffer liegt. Jrgendwo innerhalb unseres Wirtschaftslebens, wie es, abgesehen von solchen historischen Zufälligkeiten, sich darstellt, muß die Sache liegen. Und da komme ich dann dazu, zu sagen: ich gebe damit einfach eine — nicht einmal ganz neue — Formulierung bekannter Dinge; in diesen Periodizitäten liegen offenbar Entwicklungsreihen vor, und wenn ich den Schlüssel finden will zu diesen Entwicklungsreihen, dann werde ich wohl von der Vorstellung ausgehen müssen, daß unsere Volkswirtschaft ein Entwicklungskörper ist, daß sie sich verändert, daß sie sich umgestaltet, daß sie in sich etwas absolut anderes ist als die chinesische, als die mittelalterliche Wirtschaft. Diese beiden entwickelten bzw. entwickeln sich auch, aber langsam, recht langsam, während wir schnelle Entwicklung, etwas wie eine Art von permanenter Umwälzung, haben, hiervon gehe ich aus. — Ich frage dann, wo gehen die großen Veränderungen vor sich? Um weiter zu untersuchen, von wo vielleicht die Anstöße kommen können, die die Bewegungen hervorrufen.

Da hat nun Prof. Pohle auf dem evangelischsozialen Kongreß auf die Bevölkerungsvermehrung hingewiesen, als einen der wichtigsten Veränderungsfaktoren in unserer Wirtschaft. Ich habe das an anderer Stelle meinerseits früher auch getan. Und sicherlich haben wir in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eine stärker wachsende Bevölkerung als frühere Zeiten und andere Völker. Trotzdem würde ich diesen Veränderungsfaktor nicht in den Vordergrund stellen. Ich würde ihn weniger deswegen nicht für den entscheidenden halten, weil der industrielle Zyklus sich in unserer kapitalistischen Wirtschaft ja auch dort abspielt, wo wir eine stagnierende Bevölkerung haben, wie in Frankreich; ein Moment, auf das Prof. Adolph Wagner auf dem genannten Kongreß Gewicht gelegt hat. Das kommt vielleicht daher, daß auch solche

Gebiete, wie Frankreich, mit in der allgemeinen Weltwirtschaft hängen, daß es für sie daher heißen könnte „mitgefangen, mitgehangen“, nämlich durch die Schwierigkeiten, die die Bevölkerungsvermehrung in der Weltwirtschaft im ganzen hervorruft. Ich halte diese Schwierigkeiten aber nur für einen und nicht den entscheidenden Faktor; denn die Bevölkerungsvermehrung ist mit geringen Schwankungen etwas ziemlich Gleichmäßiges, und auch die Einstellung der neuen Bevölkerungsklassen in verschiedene Arbeitsgebiete geht im ganzen gleichmäßig vor sich. Die Weltwirtschaft kann sich dabei „verhauen“, und das kann gelegentliche Krisenerscheinungen erklären, für sich allein aber vermag es den industriellen Zyklus, und insbesondere das in gewissen Absätzen immer wieder erfolgende stoßweise Auftreten der *Hausse* nicht zu erklären. Es kann das nicht der erste Veränderungsfaktor sein, der die heutige Gesamtbewegung beherrscht.

Wenn ich nun in der systematischen Gruppierung der Verschiebungsvorgänge weiter fortfahre, stoße ich auf zwei andere Dinge: die Kapitalentwicklung, die ja sehr häufig als solcher Veränderungsfaktor hervorgehoben ist, und eine andere weniger hervorgehobene — ich glaube, es ist das Verdienst Spiethoffs, ihr zu ihrem Recht verholten zu haben —, die technische Entwicklung als solche. Beides sind Dinge, die sich in unserer Volkswirtschaft in einer außerordentlich starken Bewegung befinden, in einer Bewegung, die gestört werden kann bei der Kapitalentwicklung durch Depressionen, die aber bei den Tatsachen der heutigen Kapitalbesitzverteilung auch hier nie vollständig sistiert werden kann. Der Kapitalbesitz in der Nation liegt heute bei so eng begrenzten oberen Schichten der Bevölkerungsmassen, daß heute auch in den schlechtesten Zeiten immer noch sehr große Teile der gemachten Profite freies Einkommen bleiben und sich daher fortgesetzt nicht in Konsum metamorphosieren, sondern in zunehmendes Leihkapital. Das Kapital akkumuliert sich weiter, auch wenn wir *Baisse* haben. Und auf der anderen Seite — was ebenso wichtig ist — die technischen Erfindungen gehen bei uns weiter, auch wenn wir *Baisse* haben. Denn der Prozeß der technischen Erfindungen ist heute herausgelöst aus dem regulären wirtschaftlichen Prozeß, er ist übertragen an die Wissenschaft, an besondere Körper, an technische Institute. Der Techniker dort arbeitet weiter, er bekommt sein Gehalt, ob *Baisse* oder *Hausse* ist, er macht seine Erfindungen weiter.

Da sind also Kräfte, die ebenfalls fortlaufend auf Veränderung hinarbeiten, wie die Bevölkerungsvermehrung, die aber in ihrem Verhältnis zum Wirtschaftsprozess sich von dieser dadurch unterscheiden, daß ihre Einfügung in das Wirtschaftsleben, ihre Verwertung immer zeitweise sistiert ist, dann

nämlich, wenn das vorliegt, was wir als Baïsse- oder Depressionsperioden bezeichnen. Sie ringen aber in dieser Zeit gerade so gut nach Verwertung, danach, die Veränderungen im Wirtschaftsleben hervorzurufen, die ihrem Zuwachs entsprechen, wie zu irgend einer anderen. Sie müssen dadurch einen Druck ausüben, ein Druck, der zunehmen muß, je länger sie unverwertet bleiben. Und wenn nun — hier komme ich zu der Bedeutung, die die Bevölkerungsvermehrung in dem Prozeß hat — die Bevölkerung, die diese Kräfte auffaugen müßte, einige Zeit weiter gewachsen ist, wenn die Nachfrage nach Kapitalien gewissermaßen latent weiter gewachsen ist, die Verwertungsmöglichkeit für technische Erfindungen weiter gestiegen ist, wenn aber die Investition der Erfindungen und Kapitalien im ganzen sistiert war, wenn die Bevölkerung inzwischen hineingeschoben ist in die Produktion von letzten Konsumartikeln, die wenig Sachkapitalien erfordern, wenn man dabei unterlassen hat, die Gebiete, die Rohprodukte und Produktionsmittel herstellen, entsprechend weiter auszubauen, weil das die Gebiete sind, die in unserer Volkswirtschaft nur durch große Kapitalinvestition, nur durch Einfügung neuer Erfindungen ausgebaut werden können; wenn das alles vorliegt, dann muß ein Moment eintreten, in dem die Diskrepanz zwischen tatsächlichen Investitionen und wirtschaftlich möglichen Investitionen, zwischen neuen Fabriken, die man für Rohprodukte und Maschinen gebrauchen könnte, und solchen, die man dafür hat, außerordentlich groß wird. Und hierin kann dann das Auslösungsmoment vorliegen zu dem stoßweisen Umschwung im wirtschaftlichen Leben, das man in der Goldproduktion und ähnlichen Dingen gesehen hat. Es treten langsam zunehmende Preissteigerungen ein für die Produkte der vernachlässigten Gebiete der Erfindungs- und Kapitalsinvestition; und damit tritt, wenn man die Sache noch weiter analysieren will, der Anreiz ein, versuchsweise die eine oder andere Erfindung, die in der Zwischenzeit gemacht worden ist, mit Hilfe des einen oder anderen akkumulierten Kapitalteils in den Wirtschaftskörper hineinzubringen. Es sind häufig sehr nebenliegende Dinge, die hierbei den Anfang machen. Es ist heute morgen eine derartige Erfindung, das Auerlicht, genannt worden. Dieser Versuchsballen fliegt hinaus, man sieht ihn an, fragt sich, wann er explodieren wird; fliegt er lange, sagt man: Ah! erleichtert atmet alles auf, es geht wieder. Und nun strömen die Erfindungen einerseits und die Kapitalien andererseits, über deren Unterbringung in der Zwischenzeit heute morgen auch ausführlich gesprochen worden ist, u. a. von Herrn Spiethoff, und deren Unterbringung man auch so bezeichnen könnte, daß sie sich in der Zwischenzeit viel langsamer umgesetzt haben und nun in eine stärkere Zirkulation kommen, Kapitalien, die in-

folgebessern gar nicht mehr zu sein brauchten, um mehr zu leisten, — sie geraten in schnellere Bewegung, führen zur Schaffung von Sachkapitalien, von Produktionsmitteln, und die Hausse tritt ein. Stoßweise natürlich, denn es werden gewissermaßen Schleusen und zwar nicht von vorsichtig leitender Hand, sondern auf der Grundlage eines Stimmungsumschlags, also hastig geöffnet. Und lang aufgestaute Wasser brechen hervor und ergießen sich über die bisher beinahe still gelegten Teile des volkswirtschaftlichen Räderwerks, die die technischen Hilfsmittel der Produktion und die Hilfsprodukte ihrer Ausweitung herstellen. Es ist sicher sehr wichtig, für den ganzen weiteren Verlauf, daß wir die Gewinnung aller dieser Hilfsprodukte heute mit Hilfe willkürlicher Prozesse aus aufgespeicherten Naturstoffen vornehmen und nicht mehr an irgend ein organisches Wachstum dabei gebunden sind. Dadurch wird erst die stoßweise Auswirkung der Hausse, so wie heute, möglich. Ich sehe eines der wesentlichsten Verdienste unseres ersten Referenten in der Aufdeckung dieses Punktes. Er selbst aber wird darin wohl nichts mehr als die Feststellung einer der vielen Bedingungen unserer heutigen Hausse-entwicklungen sehen. Diese selbst stellt sich mir ungefähr so dar, wie ich sie vorzuführen versuchte.

Wenn ich nun auch hinsichtlich der Baisse eine Gruppierung der Vortragenden vornehmen will, so muß ich das in anderer Weise tun. Während vorher Prof. Sombart und Oldenberg anorganisch, Spiethoff organisch waren, tritt merkwürdigerweise Herr Sombart hier in das andere Lager über aus Gründen, die ich nicht ganz zu erklären vermag. Es bleibt also, da ich auf Seite der Organischen stehe, für meine Kritik Prof. Oldenberg allein. Er sagt, die Baisse geht hervor aus Kapitalauswanderung. — Ich habe mit die allergrößte Anregung — ich übertreibe nicht —, die ich überhaupt wissenschaftlich erfahren habe, gerade von meinem Freunde Oldenberg erfahren, aber ich kann nicht sagen, daß ich sie immer gerade dadurch erfahren habe, daß ich mit ihm übereinstimme, sondern sehr häufig dadurch, daß ich zur Ausbildung einer entgegengesetzten Ansicht veranlaßt wurde. Ähnlich liegt es hier. Wie kann Herr Prof. Oldenberg sagen, der Kapitalexport sei die Ursache der Baisse, während man sich doch sagen muß, der Kapitalexport kann nur die Folge oder das Symptom der Baisse sein. Ich kann nicht einsehen, wie das Kapital aus Deutschland, wo es sich großartig verzinst, fabelhafte Dividenden bekommt — wir haben zum Teil ja auch davon profitiert (Heiterkeit) —, wie das Kapital, das Oldenberg als eine Art Ochs mit störrischen Eigenschaften anzusehen scheint, ich sehe es nicht als ganz so dumm an —, ich kann also nicht verstehen, wie dieses Kapital dazu kommen soll, sich von diesem wohlgedeckten Tisch wegzubegeben und auszuwandern.

Diese Wegwanderung kann nicht die Ursache, sondern höchstens ein Symptom oder eine Folge sein. Wovon? Da sage ich nicht, die Folge von Baïsse oder Hauffe, sondern die Folge der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung. Wenn das Kapital in andere Länder auswandert, dann hängt das mit dem Aufsteigen und Absteigen anderer Völker zusammen, damit, daß andere Länder Attraktionszentren werden. Ich bin nicht der Ansicht, daß es immer zu unserem Unheil ausschlägt, wenn sich solche Verhältnisse entwickeln. Ich bin der Ansicht, daß solche Veränderungen infolge des stärkeren Stoffwechsels auch uns zugute kommen. Das gehört aber in einen ganz anderen Rahmen, in den wir, Oldenberg und ich, nach unserer bisherigen Auseinandersetzung, gehören, den des Industriestaatsproblems. Und da kann ich durchaus zugeben, daß wir Kapitalerportentwicklung gehabt haben, die für verschiedene europäische Völker die Bedeutung gehabt hat, daß sie aus der Reihe der starken Attraktionszentren unter die weniger starken Attraktionszentren eingerückt sind, ihnen nur ein geringes Maß des Aufschwunges möglich war und daraus eine stärkere Depression hervorging. Wir gehören aber nicht zu diesen Völkern und damit komme ich zu dem letzten, was ich hervorheben wollte.

Wenn hier davon gesprochen worden ist, auch von dem letzten Redner, warum die Hauffe bei uns so lange gewesen ist und die Depression so wenig stark war, dann muß man sich aus der Theorie herausbegeben in die Anschauung der wirtschaftlichen Entwicklung im ganzen und muß sich fragen, was nehmen wir als Deutsches Reich in der allgemeinen Entwicklung augenblicklich für eine Stellung ein? Und da ist zu sagen, wir nehmen die Stellung eines aufsteigenden Kapital- und Industriezentrums ein gegenüber ganz nahe daneben sitzenden absteigenden derartigen Zentren. Und das ist meines Erachtens der Grund, warum die Hauffe bei uns so groß und warum die Baïsse nicht so schlimm geworden ist. Weil wir ein fortschreitendes Industrievolk sind, haben wir von der Zuwanderung des Kapitals, von der Belebung des Wirtschaftslebens das meiste geschluckt, und darum lastet auch die Verflauung, die eingetreten ist, am wenigsten stark auf uns.

Daraus ergibt sich auch, welche Bedeutung ich den Formationen, den Kartellen nur einzuräumen vermag: ich kann ihnen keine ausschlaggebende Bedeutung beimessen. Ich gebe zu, sie können vielleicht gewisse Exzesse verhindern. Möglicherweise. Nachgewiesen ist mir das nicht. Ich kann nicht wissen, wie hoch die Preise gestiegen wären, wenn sie nicht dagewesen wären. Ein Vergleich der Preissteigerung von heute und von vor zehn Jahren ist für mich kein entscheidender Beweis, denn es können sicher viele andere Faktoren dabei tätig sein, die die Differenz erklären. Möglich ist aber

auch — und das sage ich vielleicht mit mehr Sicherheit —, daß die Kartelle in der Krise nicht günstig gewirkt haben, wenn sie auch nicht das Karnickel sind, das die Krise gemacht hat. Aber sie haben insofern nicht günstig gewirkt, als sie durch die Produktionseinschränkung eine Kontraktion des Wirtschaftslebens hervorgerufen und, indem sie durch diese Kontraktion gewisse Industriezweige konservierten, andere geschädigt haben. Prof. Sombart hat das ganz richtig als eine Verschiebung der Krisennachteile von einer Produktion auf die andere bezeichnet. Sie haben gerade diejenigen Industriezweige bei uns geschädigt, die für uns die wichtigsten, die zukunftsreichsten sind. Und in diesem ganz konkreten Umstand sehe ich den Hauptschaden, den uns die Kartelle zugefügt haben. Aber die Kartelle sind ein „weites Feld“, und wir sind der Kürze der Zeit wegen nicht mehr in der Lage, uns auf dieses Gebiet zu begeben. Ich danke Ihnen, daß Sie mir solange Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.

(Beifall.)

Dr. C. Loeb (Berlin): Verehrte Anwesende! Ich würde es nicht gewagt haben, Ihre Geduld nochmals in Anspruch zu nehmen, wenn ich mich nicht verpflichtet hielte, die Ausführungen des Herrn Eschenbach nicht unerwidert ins Land gehen zu lassen. Ich möchte vorausschicken, daß ich es nicht unternehmen will, über die Frage der Börsenreform, der Reform der Stempelsteuer, über die wohlthätigen Wirkungen der Börse u. zu sprechen, selbst auf die Gefahr hin, daß mir ein derartiger Heiterkeitserfolg nicht beschieden sein sollte. Ich halte mich nur für verpflichtet, die tatsächlichen Unrichtigkeiten, die Herrn Eschenbach unterlaufen sind, richtig zu stellen, und zwar deshalb, weil Herr Eschenbach die von mir ausgearbeitete Statistik zu einem Zwecke zu verwenden suchte, der ihr überhaupt nicht gegeben werden kann. Herr Eschenbach hat — ich habe seine Ausführungen leider nur zum Teil gehört — hier zu beweisen gesucht, daß die Börse sich unter dem Börsengesetz sehr wohl befinde, einen sehr großen Aufschwung gehabt habe u. dergl. mehr. Ich will auf diese Fragen nicht näher eingehen, sondern nur auf die Beweisgründe, die Herr Eschenbach dafür angeführt hat. Er nannte als einen der Beweisgründe die von ihm behauptete Tatsache, daß die Bankiers in der Zeit von 1896—1902 sehr stark zugenommen haben, und zitierte aus meiner Arbeit. Diese Angaben, die Herr Eschenbach gemacht hat, sind jedoch irrig. Die Statistik in meiner Arbeit weist nach, daß die Zahl der im Bankfach Tätigen, also der Bankiers als solchen, nämlich der Aktienbanken, der Genossenschaften, die Börsengeschäfte betreiben, sehr stark zugenommen hat, daß dagegen die Zahl der Privatbankiers teil-

weise sehr stark abgenommen hat, teilweise jedoch nur stabil geblieben ist. Ich möchte mir erlauben, diese Statistik, die nur eine Minute in Anspruch nimmt, Ihnen vorzulesen:

„Nach dieser Zusammenstellung haben die Haupt- und Nebenstellen der Reichsbank und der anderen Notenbanken sich von 222 in 1892 auf 317 im Jahre 1902 vermehrt, die Zahl der Aktienbanken oder Bankkommanditgesellschaften auf Aktien von 379 auf 616, die Filialen von Aktienbanken unter Ausschluß der Filialen der Berliner Banken von 73 auf 264, die Filialen der Berliner Banken von 4 auf 17, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, welche Bankgeschäfte betreiben von 4 auf 141, die Genossenschaften von 146 auf 280, die Zahl der Privatbankiers dagegen von 2180 nur auf 2564.“

Berehrte Anwesende! Wie man aus diesen nackten Zahlen, für die die Tabelle beweist, wie sie gewonnen sind, herauslesen will, daß es dem Privatbankierstande unter dem Börsengesetz gut ergangen ist, ist mir unersichtlich, und ich möchte nicht versuchen, die Bemerkung weiter zu widerlegen.

Herr Eschenbach hat weiter angeführt, daß die Kapitalien, die in unseren Banken angelegt sind, speziell die Aktienkapitalien seit dem Börsengesetz eine erhebliche Zunahme erfahren haben. Ja, diese Tatsache kann von einem Sachkenner überhaupt nicht bestritten werden. Gerade die Banken sind eben unter dem Börsengesetz auf Kosten des Privatbankierstandes gewachsen, und für den Verein für Socialpolitik ist dies von sozialpolitischem Interesse, als in der Wissenschaft unbestritten ist, daß gerade durch die neuere Börsengesetzgebung der Dezentralisationsprozeß im Bankwesen und damit die Zunahme der Großbetriebe eben außerordentlich begünstigt worden ist. (Zuruf: Wodurch?) Durch das Börsengesetz und die Börsensteuer! (Zuruf.) Ich möchte auf die vorhandenen Drucksachen hinweisen und es vermeiden, mit einer längeren Darlegung die Versammlung zu belästigen.

Das Dritte, was Herr Eschenbach behauptet hat und was beweisen soll, in wie günstiger Lage die Börse sich befindet, ist, daß die Zahl der an der Börse notierten Papiere zugenommen hat. Diese Behauptung ist richtig, sie beweist aber gar nichts, da sie nur die Zahl der neugegründeten Aktiengesellschaften widerspiegelt. Dann hat Herr Eschenbach angeführt, daß die Zahl der Börsenbesucher gerade unter der Herrschaft des Börsengesetzes sehr erheblich zugenommen hat. Diese Aufstellung ist nicht richtig, denn Herr Eschenbach hat übersehen, daß gerade in diesem Zeitraum die Produktenbörse wieder in die Börsen eingewandert ist und gerade dadurch eine Zunahme der Börsenbesucher erfolgt ist. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Kontrolle des Börsenbesuchs verschärft worden ist, und infolge dessen

eine Anzahl von Personen, die früher keine Karten hatten, jetzt gezwungen wurden, sich Karten zu nehmen. Wohl kann die Behauptung aufgestellt werden, daß selbst die Börsengesetzgebung den großen Aufschwung in Deutschland nicht zu verhindern vermocht hat. Das muß ich auch zugeben. Dagegen können die von Herrn Eschenbach angeführten Daten nicht dafür verwertet werden, um zu beweisen, daß die Börse sich in einer günstigen Lage befindet. Banken und Börse sind konträre Begriffe. Die Banken stellen eine Börse für sich selbst dar, und je mächtiger die Banken werden, um so ohnmächtiger werden die Börsen. Tatsache ist, daß seit der neueren Börsengesetzgebung der Wohltätigkeitsfonds, der an der Berliner Börse besteht, sehr in Anspruch genommen wird und ihm jährlich mehr als 20 000 Mark haben entnommen werden müssen, um einzelnen das Existenzminimum zu gewähren.

Eine fernere Unrichtigkeit in den Ausführungen des Herrn Eschenbach, die wohl von allen Anwesenden bemerkt worden ist, war die Behauptung, daß es in Österreich kein Börsengesetz gebe. In Österreich existiert ein Börsengesetz.

Ich möchte meine Ausführungen damit schließen, daß nach der Auffassung, die Herr Eschenbach von den Bankiers hat, ich ein sehr unfähiger Bankier sein muß, denn ich habe es bisher nicht verstanden, durch Schreiben von drei Briefen täglich 90 Mark 50 Pfennige zu verdienen, und ich würde Herrn Eschenbach dankbar sein, wenn er aus seiner gut installierten Hausapotheke ein Rezept dafür mir geben wollte.

(Heiterkeit und Beifall.)

Berggrat Gothein (Breslau): Meine Herren! Nur einige wenige Worte, die ich wahrscheinlich auch im Rahmen einer persönlichen Bemerkung hätte abmachen können. Zunächst möchte ich feststellen, daß Herr Dr. Loeb mich gestern wohl mißverstanden hat, wenn er angenommen hat, ich hätte der Meinung Ausdruck gegeben, daß bei Fortschreiten der wirtschaftlichen Ungunst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die dortige Eisenindustrie dazu übergehen könnte, Eisen nach Deutschland zu exportieren und damit unsere wirtschaftliche Lage zu gefährden. Das zu sagen, ist mir nicht eingefallen. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß die Vereinigten Staaten infolge ihrer Vertrufung dann imstande sein würden, mit Exportprämien zu exportieren und damit unserem Eisenelexport auf dem Weltmarkte eine empfindliche Konkurrenz bereiten könnten. Und ich bin allerdings der Meinung, daß das sehr wohl möglich ist; denn wenn auch bei der dortigen Art und Weise des Wirtschaftens man zu starker Einschränkung kommen wird, so dürfte das doch nicht in allen Fällen gehen,

und um das volle Arbeitsquantum für die Werke herauszubekommen, wird man auch Auslandsaufträge übernehmen zu Preisen, die nur dadurch so niedrig sein können, daß man unter dem Schutz der Zölle und Trusts vom Inlande höhere Preise nimmt und nach dem Auslande schleudert.

Meine Herren! Nun mit einem Wort zu Herrn Regierungsrat Dr. Leidig. Er hat gemeint, ich hätte kein gutes Haar an den Kartellen gelassen. Ich habe mich zwar nicht als ihr Freund bezeichnet, aber schon durch einen Zwischenruf erklärt, daß ich kein Gegner der Kartelle bin. Ich bin überhaupt der Meinung, man solle nicht unnütz in die wirtschaftlichen Vorgänge mit der Klinker der Gesetzgebung eingreifen; denn im Gegensatz zu manchen Anwesenden glaube ich, daß diese Klinker der Gesetzgebung oft recht täppisch gehandhabt wird. Ich habe allerdings — ich weiß nicht, ob auch in meiner gestrigen Rede — wiederholt anerkannt, daß in den Zeiten des Aufschwungs die Kartelle zum Teil mäßigend gewirkt haben. Was ich ihnen zum Vorwurf gemacht habe, ist lediglich ihre Preispolitik in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges und daß sie es da nicht verstanden haben, den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Ich möchte Herrn Dr. Leidig darauf aufmerksam machen, daß selbst der Hauptverteidiger des Kohlen- und des Koks syndikats in der Kartellenquetekommission, Herr Geheimrat Kirdorff, ganz unumwunden zugegeben hat, daß in dieser Beziehung schwere Fehler begangen worden sind, und er hat dieselben lediglich mit der Zusammenfassung des Kartells erklärt und dadurch, daß die obersten Leiter nicht immer in der Lage sind, die Preispolitik zu führen, die sie für die beste halten, sondern daß sie entgegengesetzten Wünschen und Ansprüchen Rechnung tragen müssen. Da muß ich allerdings sagen, daß eine Politik, die nach dem Auslande zu außerordentlich billigen Preisen liefert und nach dem Inlande gerade in der Zeit des Absteigens Rohstoffe und Halbfabrikate zu außerordentlich teuren Preisen, eine Gefährdung der Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes durch die Verteuerung einerseits und vor allen Dingen eine Gefährdung unserer Exportindustrie der Fertigfabrikate bedeutet; wie denn der Schiffbau in Rheinschiffen durch die Preispolitik unserer Eisenindustrie zum größten Teil nach Holland gedrängt worden ist, wie wir die Drahtstiftfabrikation in Belgien künstlich großgezogen haben, und ich könnte noch eine ganze Reihe von Beispielen nennen.

Einer der späteren Herren Redner hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß durch ein Zusammenschließen der Kartelle ein Mittel entstehen könnte, die Krisen zu verhindern. Das würde voraussetzen, daß es möglich sei, alle Erwerbszweige zu kartellieren. Aber niemand, der die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse kennt, kann sich darüber ein x für ein u machen,

daß eine Kartellierung nur bei konzentrierten Großbetrieben möglich ist, und daß überall da, wo es sich um Hunderte und Tausende von Unternehmungen handelt, es einfach unmöglich ist, sie zu einer dauernden Kartellierung zusammenzubringen, und daß selbst, wenn dies gelänge, in den zersplitterten Industrien, wo kein großes Anlagekapital erforderlich ist, in kurzer Zeit neue Outsider auftreten würden. Wir haben in der Binnenschifffahrt wiederholte Versuche zur Bildung derartiger Kartelle gehabt, die stets nach kurzer Zeit zu einem vollen Mißerfolg geführt haben, ohne daß sie irgend etwas für sich erreicht hätten. Ich bin überzeugt, daß das auch in Zukunft so sein wird, weil in der Binnenschifffahrt die großen Reedereien nur einen Bruchteil der eigentlichen Betriebe ausmachen, ihr Schiffsmaterial nur einen Teil des gesamten Schiffsparks bildet und der ganz überwiegende Teil in den Händen der kleinen Schiffer liegt.

Meine Herren! Die große Schädigung, die darin gelegen hat, daß die hohen Preise auch in den absteigenden Zeiten aufrecht erhalten worden sind, daß eine natürliche Preisbildung ausgeschlossen war, ist doch für die weiterverarbeitenden Industrien in hohem Maße eingetreten.

Herr Dr. Liefmann gab freilich der Ansicht Ausdruck, daß es sich z. B. bei den reinen Walzwerken lediglich um einen Entwicklungsprozeß handle, indem ein in seiner Vereinzelnung überlebter Betriebszweig durch die Konzentration der Betriebe verdrängt werde, was ein wirtschaftlicher Fortschritt sei. Das ist doch wohl nur da der Fall, wo es sich um die Herstellung solcher Produkte handelt, die am zweckmäßigsten in einer Hitze hergestellt werden, wo es das technisch allein Richtige ist, nachdem es flüssig im Roheisenmischer gemischt ist, sofort im Converter zu verblasen oder im Martinofen zu frischen, das aus dem Hochofen kommende flüssige Eisen und in derselben Hitze das Material fertig zu walzen. Das wird aber im wesentlichen bloß bei der Trägerschienen- und Schwellenfabrikation, den Grobblechen usw. gehen. Bei allen verfeinerten Artikeln, mit denen sich die Feinwalzwerke zum größten Teile beschäftigen, geht das nicht. Da ist das erneute Anwärmen notwendig, auch im Großbetriebe der gemischten Werke, die für die großen Massenartikel den Vorteil der Kohlenersparnis haben, und wir sehen doch auch, daß in einem Lande, von dem man sehr mit Unrecht behauptet, daß es sich auf einem wirtschaftlich absteigenden Ast befindet, in England, diese Arbeitsteilung immer noch durchaus möglich und auch rentabel ist. Die Wirkung der Syndikate geht aber dahin, daß schließlich auch in die großen Werke alle Betriebszweige hineingenommen werden, welche gar nicht dorthin gehören und welche in solchen kolossalen Werken zweckmäßig gar nicht ausgeführt werden können. Wenn schließlich die Eisen-

hütten dazu übergehen, außer Kohlen- und Roßswerken, ihre eigenen Konstruktionswerkstätten und Maschinenwerkstätten zu bauen, so ist das meines Erachtens kein wirtschaftlicher Vorteil, weil die Persönlichkeiten, die ein derartiges kolossales Werk mit den verschiedenartigsten Betriebszweigen übersehen und zweckmäßig verwalten können, höchst selten, vielleicht niemals zu finden sind; hier ist eben die Spezialisierung tatsächlich das wirtschaftlich Höhere. Und wenn die größeren Werke es dennoch tun, so tun sie es nicht aus einem technischen Grunde, sondern lediglich aus dem Grunde, weil sie, da die Kartelle die Preise der Halbfabrikate so erhöht haben, daß sie gegenüber den Fertigfabrikatenindustrien im Vorteil sind, indem sie die Halbfabrikate, da sie sie selber herstellen, viel billiger haben als jene, und trotzdem für sie die technische Weiterverarbeitung sich teurer stellt, lediglich durch den so viel billigeren Bezug des Materials billiger verkaufen können als jene. Darin liegt auch ein sozialer Mißstand, indem die mittleren Werke der Fertigfabrikate arbeitenden Industrien zugunsten dieser riesigen Werke geschädigt werden, daß jene den wirtschaftlichen Störungen vielmehr ausgesetzt und dadurch benachteiligt sind, daß damit das enorme Anwachsen der Betriebe in einer Hand begünstigt wird. Da nun einmal der Schwerpunkt unserer Ausfuhr in den Erzeugnissen der Verfeinerungsindustrie beruht, so ist es meines Erachtens ein nicht richtiges Erfassen der Situation, wenn diese großen Halbfabrikat- und Rohstoffindustrien alles in sich hineinziehen wollen, denn sie vermindern damit den Unternehmungsgeist, sie verhindern das Neuentstehen von anderen industriellen Anlagen. Tatsächlich kommen die Schutzzölle und Kartelle immer nur den Großen zu gute und schädigen die kleineren. Ein wirtschaftlicher Fortschritt ist meines Erachtens darin nicht zu ersehen.

Meine Herren! Herr Prof. Oldenberg hat der Meinung Ausdruck gegeben, daß früher die Auswanderung des Kapitals wesentlich im Ankauf von Wertpapieren bestanden habe. Nun, ich glaube, gerade die Untersuchungen, die seiner Zeit das Reichsamt des Innern oder der Reichskanzler veranlaßt hat über die Investierung deutschen Kapitals im Auslande — die „Interessen Deutschlands“ war diese Zusammenstellung wohl überschrieben, die von Herrn Dr. v. Halle seiner Zeit im Reichsmarineamt verfaßt worden ist —, haben gezeigt, daß wir seit sehr langer Zeit unendlich viele Produktionsstätten und Handelsniederlassungen mit großen Kapitalien im Auslande besitzen. Wenn zurzeit das Kapital vielleicht in stärkerer Weise als bisher auswandert, so liegt das an einem Punkte, der hier bisher sehr wenig gestreift worden ist, an der Schutzollpolitik. Unsere eigenen Werke sind durch die Schutzollpolitik des Auslandes zum großen Teil gezwungen,

Filialniederlassungen im Auslande zu etablieren. Schon vor mehreren Jahren waren allein in Bodenbach 47 Zweigniederlassungen deutscher Fabriken, und es ist ganz klar, daß unsere Anilinwerke in Rußland und überall in den Staaten, wo hohe Zölle bestehen, Filialwerke errichten und damit die Zollschranken umgehen. Gerade wir hätten deshalb das größte Interesse daran, diese Auswanderung deutschen Kapitals nicht so zu fördern, indem wir ein schlechtes Beispiel geben, sondern durch eine günstige Vertragspolitik dahin zu wirken, daß diese Zollschranken, die diese Auswanderung des Kapitals bewirken, nicht erhöht werden. Das ist für das Kapital freilich nicht schlimm, denn schließlich kommen doch die Zinsen und Gewinne, die dort verdient werden, mit wenigen Ausnahmen nach Deutschland zurück und steigern unseren Kapitalreichtum. Für unsere Arbeiter aber ist das eine andere Sache. Den Arbeiter würden wir damit — und das geschieht — zur Auswanderung zwingen. Unsere Arbeiter lernen zunächst zwar die ausländischen Arbeiter an, bald aber dominieren in den Fabriken die Ausländer und unsere Arbeiter kommen zurück oder mancher nimmt eine Meisterstellung im Auslande an und geht so dem Vaterland verloren. Gerade wenn wir im Interesse unserer Arbeiterschaft wahre soziale und nationale Politik treiben wollen, haben wir alle Ursache, darauf zu achten, daß wir im Inlande produzieren und statt der Menschen die Waren exportieren.

Meine Herren! In der Frage des Kapitalexports stimme ich, wenn ich Herrn Dr. Weber richtig verstanden habe, mit ihm überein. Der Kapital-export hat seine Ursache darin, daß das Kapital im Inlande nicht eine so nutzbringende, gewinnbringende Anlage findet wie vielleicht im Auslande. Als bei uns die Kapitalanlage nicht mehr so vorteilhaft war, da strömte das deutsche Kapital, auch das englische Kapital in erster Linie nach Amerika, weil es bei der aufsteigenden Konjunktur dort eine günstigere Anlage fand. Die günstigere Konjunktur eines Landes ist die Ursache des Zufließens der Kapitalien, nicht umgekehrt.

Nun noch mit einem kurzen Wort zu Herrn Dr. Eschenbach. Ich glaube nicht, daß es nötig ist, auf alle seine Ausführungen einzugehen; denn wenn der Beifall, den er fand, auch recht lebhaft war, so war er doch nicht sehr zahlreich. Herr Eschenbach hat gesagt, je weiter vom Börsenplatz entfernt, um so geringer sei die Krise gewesen, das habe sich aus den graphischen Darstellungen des Herrn Dr. Jastrow ergeben. Ich möchte Herrn Eschenbach fragen, ob ihm denn von dem Bestehen einer Frankfurter, einer Hamburger Börse nichts bekannt ist. Das sind doch auch recht bedeutende Börsenplätze, und trotz der Hamburger Börse hat sich die Krise hier so viel weniger gezeigt als in der Mitte Deutschlands, und trotz der

Frankfurter und Münchener Börse auch im Süden Deutschlands verhältnismäßig weniger. Außerdem handeln die großen Zentralbörsen doch nicht allein diejenigen industriellen Werte, die in der Nähe von Berlin vorhanden sind, sondern gehen an die Peripherie des Reiches und handeln mit Werten aus allen Gegenden Deutschlands. Dieser Schluß des Herrn Eschenbach ist also in keiner Weise begründet.

Ich habe nicht gesagt, daß die Börsen den Kredit aufgedrängt haben, sondern die Banken, und wenn Herr Eschenbach einen Unterschied zwischen Börse und Banken nicht finden kann, so bedauere ich, daß mir die Zeit fehlt, diesen leicht begreiflichen Unterschied hier auseinanderzusetzen zu können. (Heiterkeit.) Gerade das Börsengesetz und in Verbindung damit die Börsensteuer ist es ja gewesen, die dazu geführt hat, daß das Geschäft in den großen Banken vereinigt wurde, was den Börsenverkehr verödet hat. Und da möchte ich Herrn Eschenbach bitten, nicht nur die letzten Jahre anzusehen, sondern auch die Jahre vor dem ersten Börsengesetz, dann wird er erfahren, was für ein Börsenbesuch damals bestand. Die Kulisse ist eine absolut notwendige Sache, um einen regulären Börsenverkehr zu haben. Hätten wir eine Kulisse gehabt wie in früheren Jahren, so würden wir nicht derartige Schwankungen in den Reichsanleihen erleben, da würde der Ausgleich vorhanden sein. Ich möchte auch Verwahrung dagegen einlegen, daß die Börsenfreise sich in jeder Weise gegen ein Aktiengesetz und gegen eine Regelung dieser Verhältnisse gewahrt hätten. Schließlich werden die Börsen doch vertreten durch die Handelskammern, und gerade die Kammern, die die großen Börsen vertreten, sind durchaus bereit gewesen, den Mißständen, die sich gezeigt haben, abzuhelpen und dabei in jeder Weise mitzuarbeiten. Es ist mir nicht bekannt, daß diese Mitarbeit jemals versagt hat, wenn es sich um die Abhilfe wirklicher Mißstände gehandelt hat. Daß das Börsengesetz neue Mißstände gezeitigt hat, die vielleicht schlimmer sind als die, die beseitigt werden sollten, wird selbst heute von einem Organ, wie den „Hamburger Nachrichten“, zugegeben, die in einem lezenswerten Artikel vor wenigen Tagen ausgesprochen haben, daß gerade durch das Börsengesetz die Unsolidität in den Börsenverkehr hineingetragen worden ist durch Einführung des Differenzzinwandes.

Ich muß sagen, gerade auch nach dem, was Herr Hecht uns vorgetragen hat, so dankenswert es war, es erfüllt mich stets mit einer gewissen Beforgnis, wenn ich sehe, daß alle diese Anregungen nicht bloß in die Hand der Regierung, sondern auch in die Hand der unsachverständigen gesetzgebenden Körperschaften kommen; denn dort entscheidet nicht das Bestreben, durchaus sachgemäß zu sein, sondern vielfach Leidenschaft und Unkenntnis, und ich,

der ich selbst das zweifelhafte Vergnügen habe, zwei gesetzgebenden Körperschaften anzugehören, weiß aus langjähriger Erfahrung, daß nicht immer rein sachliche Momente maßgebend gewesen sind. Mit einem gewissen Bangen sieht deshalb die Handelswelt jedem neuen Vorschlag entgegen und befürchtet, daß man nicht die wirklichen Interessen der deutschen Volkswirtschaft, des deutschen soliden Kaufmannsstandes und der deutschen Industrie fördert, sondern daß man ihr Bleigewichte anhängt. Tatsächlich ist die Krise durch die Börsengesetzgebung verschärft worden, nämlich durch die Aufhebung des Terminhandels in Industriewerten, indem durch das dadurch notwendig gewordene vermehrte Kassageschäft unendlich viel mehr Varmittel bei den einzelnen Banken festgelegt worden sind, die dadurch der Zirkulation entzogen sind und die Geldknappheit erzeugt haben. Herr Eschenbach hat gesagt, daß es notwendig sei, wenn eine Krankheit vorhanden wäre, den Arzt zu rufen. Ich bin nun im allgemeinen in keiner Weise ein Freund des Befähigungsnachweises, wenigstens nicht im Handwerk; aber wo es sich um die ärztliche Tätigkeit handelt, halte ich allerdings den Befähigungsnachweis für dringend notwendig, aber ich bin ein entschiedener Gegner des Kurpfuschertums im ärztlichen Stande auch dann, wenn er sich auf die Börse bezieht.

(Heiterkeit und Beifall.)

Regierungsrat Dr. Leidig (Berlin): Meine Herren! Ganz wenige Worte! Es kann mir selbstverständlich nicht einfallen — und ich meine, es gehört auch nicht recht in diese Debatte hinein —, über jede einzelne Frage der Preispolitik der Kartelle während der Baixe und der Hauxe zu debattieren, und ich beabsichtige auch gar nicht, die Preispolitik jedes einzelnen Kartells zu rechtfertigen. Es ist etwas Zufälliges, was für unsere wirtschaftliche Erkenntnis gar nichts bietet, ob das Koks syndikat beschlossen hat, zu einer gegebenen Zeit den Preis zu erhöhen oder herabzusetzen, und ob dieser Beschluß den damaligen Verhältnissen entsprochen hat. Ebenso wie bei der freien Konkurrenz, wird es auch bei den Kartellen immer wieder vorkommen, daß sie sich täuschen, und daß nicht objektive Gesichtspunkte allein mitwirken, sondern auch die Absicht eines spekulativen Gewinns. Das hat aber doch mit der Frage, ob die Kartelle als wirtschaftliche Erscheinung für die Krise eine Bedeutung haben, nichts Rechtes zu tun. Wer kein Gegner der Kartelle ist — mein verehrter Nachbar (auf Herrn Berggrat Gothein deutend) ist es ja nicht —, muß sagen: Das Wesen der Kartelle liegt darin, daß sie eine gewisse Gleichmäßigkeit der Preise durchführen wollen. Und in diesem Wesen liegt es, daß sie in denjenigen Zeiten, in denen an sich, also ohne das Vorhandensein von Kartellen, eine größere Senkung der

Preise eintreten würde, die Preise etwas höher halten. Wer das nicht mitnehmen will, darf sich weder Freund noch Nichtgegner der Kartelle nennen, sondern muß sagen: Ich will sie nicht haben, ich betrachte sie als schädlich.

Nun, meine Herren, ein Zweites. Es wird hier immer von der Preis-schleuderung der Auslandsverkäufe und von den Exportprämien gesprochen. Ich möchte doch, wenn ich auch nichts Neues damit sage, darauf aufmerksam machen, daß wir unter dem Begriff „Exportprämien“ zwei ganz verschiedene Dinge in demselben Worte zusammenfassen: einmal diejenigen Exportprämien, die beispielsweise das Kohlsyndikat an die die Materialien dieses Syndikats brauchenden, die weiter verarbeitenden Industrien zahlt. Das ist die Hauptsache für unsere deutsche Exportindustrie. Wir haben nur sehr wenig Kartelle, die Exportprämien an ihre eigenen Mitglieder zahlen, beispielsweise das am 1. September untergegangene Zuckerkartell zahlte Exportprämien an seine eigenen Mitglieder. Darin sind wir doch einig, daß diese beiden Exportprämien etwas ganz verschiedenes sind. Ich möchte nun darauf hinweisen, daß es keine Industrie gibt, auch keine Fertigindustrie, die nicht im Auslande zu anderen Preisen verkauft als im Inlande. Das liegt in den Verhältnissen, und ich stimme Ihnen vollkommen bei, daß es absolut wünschenswert wäre, daß wir unsere Auslandsverkäufe möglichst weit hinausschieben in der Entwicklung unserer Industrie, daß wir also möglichst nur Fertigfabrikate an das Ausland verkaufen. Dazu gehören aber zwei Leute, denn es gehören auch die Käufer dazu. Das Ausland will nun einmal Halbfabrikate, es braucht Rohfabrikate nach seinen eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen. Wir können doch dem Auslande nicht sagen: Wir geben Euch die Halbfabrikate, die Ihr haben wollt, nicht; aber wir geben Euch dafür Maschinen. Das Ausland will eben vielfach nicht diese Maschinen, sondern die Materialien, um sie selbst herstellen zu können. Das ist für uns schmerzlich, aber eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen.

Ich stimme dem durchaus bei, was mein Herr Nachbar ausgeführt hat und was auch von Herrn Prof. Oldenberg angedeutet worden ist, daß ein Problem, das uns in der Zukunft nach manchen Richtungen Kopfschmerzen machen wird, die Internationalisierung der Industrie ist, der Export von Kapitalien, um damit neue Betriebsstätten im Auslande zu schaffen. Augenblicklich ist die Sache für uns in Deutschland noch nicht von erheblicher Bedeutung. Immerhin liegen solche Verhältnisse vor. Ich stimme auch darin bei, daß diese Internationalisierung zum Teil hervorgerufen worden ist durch die Zollgesetzgebung, das heißt, durch die Schutzzölle der anderen Staaten. Ich kann aber nicht dem beistimmen, daß es nun notwendig sei,

den anderen Staaten mit gutem Beispiel voranzugehen und zu sagen, wir wollen unseren Zollschutz wegräumen. (Zuruf des Herrn Gothein: Handelsvertragspolitik!) Darin stimmen wir überein, dann brauche ich darauf nicht näher einzugehen.

Einige Fragen möchte ich noch an Herrn Prof. Sombart richten. Ich möchte ihn bitten, mich darüber aufzuklären, wie er mit seiner Theorie einige wenige Tatsachen in Einklang bringen will. Es wird den meisten von Ihnen bekannt sein, daß in der Zeit, in der wir in Deutschland auf fast allen Gebieten der Industrie einen sehr günstigen Stand aufzuweisen hatten, die Lederindustrie sich in geradezu trauriger Lage befand. Wie kommt es nun, daß in der Zeit, in der andere Industrien günstig dastanden, sich die Lederindustrie ganz anders entwickelte? Ferner bitte ich ihn, mich darüber aufzuklären, wie er mit seiner Theorie in Einklang zu bringen weiß, daß in diesem Sommer zwar die Maschinenindustrie sich in einer geradezu kläglichen Lage befindet, dagegen die landwirtschaftliche Maschinenindustrie augenblicklich eine Hausse zu verzeichnen hat. Beides sind doch anorganische Industrien. Dann möchte ich wissen, wie er sich die verschiedenartige Stellung des Baugewerbes gerade jetzt in der Baissé erklären will. Ich darf daran erinnern, daß, abgesehen von Schleswig-Holstein und Hamburg, sich die Ziegelei seit längerer Zeit in einer ungemein ungünstigen Situation befindet. Das Baugewerbe aber entwickelt sich in einer großen Reihe von Städten ganz ungemein lebhaft und zwar in engem Zusammenhange mit dieser schlechten Lage der Ziegeleien. Die Ziegeleien, die das Bedürfnis haben, ihre Ziegel abzusetzen, bieten den Bauunternehmern die Ziegel zu jedem Preise an und geben ihnen außerdem die Hypothekencapitalien. Aus diesen Verhältnissen entwickelt sich an vielen Orten ein Blühen der Industrie des Baugewerbes und der damit in Zusammenhang stehenden Industrie. Ich kann mir nicht den Zusammenhang zwischen der Vermehrung der Goldproduktion und diesem Blühen des Baugewerbes an einzelnen Orten erklären.

Nun zu Herrn Dr. Liefmann. Ich glaube, daß ein Teil der Herren sich doch darüber nicht ganz klar ist, wie sich in der freien Konkurrenz die Verkaufstätigkeit entwickelt. Es ist klar, daß diese nicht lediglich nach logischen Erwägungen vorgeht. Weder an der Börse, noch in der Industrie findet eine Überlegung nach rein wirtschaftlichen Verhältnissen statt, sondern wesentlich wirken auch Stimmungen, Meinungen, wie man es an der Börse nennt, mit. Das ist überall der Fall, wo, wie z. B. in der Zuckerindustrie, durch Agenten verkauft wird; da entscheidet vielfach eine gänzlich außerhalb der wirtschaftlichen Verhältnisse liegende gegenseitige Konkurrenz und Unter-

bietung der einzelnen Konkurrenten. Andererseits haben die Fabriken, namentlich die größeren, das dringende Bedürfnis, in bestimmtem Umfange dauernd weiter zu arbeiten. Sobald nun die Meinung auftritt, daß das Material knapp am Markt ist, tritt ein gegenseitiges Steigern des Preises ein, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, lediglich aus dem Grunde, um die notwendigen Rohstoffe zu erhalten, um das ununterbrochene Weiterarbeiten der einzelnen Fabriken möglich zu machen. Ein ungemein wichtiger Gesichtspunkt, der aus den rein wirtschaftlichen Verhältnissen vollkommen herausfällt, der aber beweist, daß die Preisstellung sich viel verwickelter darstellt, als man in der rein theoretischen Darstellung anzunehmen geneigt ist.

Dr. Eschenbach (Berlin)¹: Ich würde Ihre Zeit nicht nochmals in Anspruch nehmen, wenn ich nicht persönlichen Angriffen ausgesetzt gewesen wäre. Aus dem Ton, der gegen mich angeschlagen ist, und zwar speziell seitens des Herrn Gothein, ergibt sich, daß es nicht ganz ungefährlich ist, die Börse mit einem kritischen Blicke auch nur zu streifen. Wer nun gar auch nur teilweise andere Ansichten ausspricht als diejenigen, welche die extremsten und einseitigsten Börseninteressen vertreten, wird es, wie ich, am eigenen Leibe erfahren, daß man nicht ungestraft die Wahrheit sagt. Ich sage das namentlich anläßlich der Bemerkungen, die, wie gesagt, mein Voredner Herr Gothein hier geäußert hat und die sehr lebhaft an schon andere Erlebnisse, die ich mit Herrn Gothein einschlägig gehabt habe, erinnern. Was dagegen Herr Dr. Loeb gesagt hat, dafür bin ich ihm dankbar; denn es gibt mir Gelegenheit, auf meine Äußerungen vom Vormittag mit einem Wort zurückzukommen. Ich wollte meinen Vortrag gleich darauf einrichten, bin aber nicht dazu gekommen, weil meine Redezeit abgelaufen war. Die ungeheuere Schwächung des bürgerlichen Mittelstandes durch die Verluste an Börsenspekulationen ist ein ganz wesentlich ins Gewicht fallender Faktor für den mangelnden Konsum. Meine Herren! Wenn im Jahre 1890 in der Börsenenquete von mir nachgewiesen worden ist, unwidersprochen, daß an einigen ausländischen Papieren rund 1000 Millionen — also eine Milliarde — verloren wurden, so ist das ein Faktor, der wohl ins Gewicht fällt. Denn diese Millionen sind einzig nur aus dem sparenden Mittelstande herausgenommen und die Revenuen desselben können nicht mehr konsumiert werden. Ich kann Ihnen versichern, daß gerade wir Anwälte es in den Zeitläufen wie den jetzigen täglich erfahren, daß Leute zu uns

¹ Vergl. betreffs des Textes und der Vollständigkeit der Rede die Anmerkung auf Seite 235.

kommen und klagen: Wir haben doch alles an der Börse verloren, man hat uns zu allen möglichen Spekulationen veranlaßt, wir sind aus wohlhabenden Leuten Proletarier geworden. (Zuruf: Warum sind sie denn hingegangen?) Auf den Zwischenruf antworte ich, daß dem betreffenden Herrn die Mittel, mit denen die Bevölkerung zum Börsenspiel herangezogen wird, offensichtlich absolut nicht bekannt sind, er kennt augenscheinlich weder den Einfluß in Gestalt der Benutzung der Presse hierzu, noch die Agenten, Remisiers, noch die Zirkulare, Wechselstuben usw. usw. Wenn man diese Mittel ebenfalls billigt, so ist das ein manchesterlicher Standpunkt, den ich nicht unterschreiben kann. Denn das ist nichts als das krasseste *laissez faire*, d. h. daß es dem Staat absolut nichts angehe, wozu die Börsen ge- resp. mißbraucht werden, — gleichviel ob die vitalsten Interessen staatlicher Ordnung dadurch gefährdet werden, ob der Mittelstand dauernd zur Ader gelassen wird und das ihm abgezapfte wirtschaftliche Lebensblut eine Plutokratie großzieht, die ihrem eigensten Wesen nach die größten Gefahren mit sich bringt, für innere wie äußere Politik; ich kann einen solchen Standpunkt nicht teilen; der Doutsider wird in 90 von 100 Fällen zum Spiel verführt, und zwar zu einem Spiel, bei dem nicht, wie sonst bei anderem Spiel, der Zufall den Erfolg entscheidet, sondern zu einer Operation, bei der die Kurse „reguliert“ werden durch die betreffenden Bankhäuser; denn die Kurse sind keine objektiven, sondern sehr subjektive Größen. Vielleicht haben die hier anwesenden Herren, die in Aufsichtsräten sitzen und zugleich Bank- und Börsenkommissionsgeschäfte haben, die Güte, das Genauere darüber mitzuteilen, wie die Kurse heute gemacht werden, es wird das gewiß für viele der Anwesenden sehr lehrreich sein.

Ich verweise meinen ersten Kritiker bezüglich des angeblichen Rückganges des Bankierstandes auf die ausgezeichnete Arbeit des Herrn Dr. Loeb in den Publikationen des Vereins im sechsten Bande, in der die Verhältnisse des kleinen und mittleren Bankierstandes dargelegt werden. Ich unterschreibe jede Zeile, die dort geschrieben ist, so zutreffend sind jene Ausführungen. Nicht das Schwinden, sondern die relative Schwächung des kleinen und mittleren Bankierstandes begann schon zu Anfang der 70er Jahre und verstärkte sich dann besonders seit 1890, als nämlich die kolossalen Vertrauensbrüche und Bankenkrisen kamen. Damals gingen bereits die Fundamente zu grunde, und zwar mit Recht, weil das Vertrauen auf das schwerste erschüttert war.

Auf S. 326 heißt es dann weiter, daß alle die rheinisch-westfälischen Provinzbanken ihr Kapital von ultimo 1893 bis ultimo 1900 um 324 % vermehrten, während die sechs größten Berliner Banken ihr Kapital in derselben Zeit nur um 64 % erhöhten. Und weiter wird an einer anderen

Stelle ausgeführt, daß schon im Jahre 1895 die Berliner Großbanken über die Hälfte des ganzen Bankgeschäfts an sich gezogen hätten. So liegen in Wirklichkeit die Tatsachen. Das Börsengesetz hat mit diesen Dingen wenig zu tun. Ein so objektiver Kritiker wie Herr Dr. Loeb wird mir hierin nicht widersprechen können. Und wie bewußt geradezu mit positiv falschen Zahlen und Tatsachen operiert wird, um die öffentliche Meinung irrezuführen, dürfte unwiderleglich daraus hervorgehen, daß in Wirklichkeit der Provinzialbankierstand, d. h. also auch der kleine und mittlere Bankierstand nicht nur nicht abgenommen, sondern in Deutschland gerade unter dem Börsengesetz von 2180 im Jahre 1892 auf 2564 im Jahre 1902, also fast um ein volles Fünftel sich vermehrt hat! Das ergeben die Zusammenstellungen des Herrn Dr. Loeb aus seinen eigenen Zahlen!

Noch ein Moment muß ich erwähnen, was er mit Recht in einem anderen trefflichen Artikel in Conrads Jahrbüchern, III. Folge des näheren beleuchtet hat. Um ganz sachlich zu bleiben, bemerke ich, daß dort ausgeführt ist, daß ein wesentliches Moment für das Zurücktreten des Provinzialbankierstandes in der durch das Börsengesetz herbeigeführten Erschwerung des Schneidens beim Kurse liegt, wie diese Manipulation im Börsensprachgebrauch genannt wird, d. h. einer, auch nach Loeb, einfach ganz gemeinen betrügerischen Handlungsweise, die durch das Börsengesetz zwar nichts weniger wie beseitigt, jedoch um ein geringes erschwert ist. Ich begrüße diese Offenheit und Ehrlichkeit des Herrn Dr. Loeb aufs wärmste, denn bekanntlich soll nach neueren Behauptungen die Börse geradezu ein Tugendtempel von höchster Treue und Redlichkeit sein, woran diejenigen, die ihn kennen, allerdings, wie schon Lasfer, Ihering usw., einige gelinde Zweifel hegen. Denn die Sachen liegen nicht so, wie sie vor Außenstehenden sich abspielen.

Ich will auf die anderen Fragen nicht weiter eingehen und nur bemerken, daß ich allerdings eine ungleich weitergehende Widerlegung erwartet hätte. Ich glaube auch, daß sehr vieles sich gegen meine Ausführungen in Wirklichkeit nicht sagen lassen dürfte.

Nun zu meinem letzten Kritiker, Herrn Gothein. Da kann ich nur sagen, daß dieser sich die Kritik doch etwas zu leicht gemacht hat. Herr Abg. Gothein hat damit angefangen, ob mir denn bekannt sei, daß es in Frankfurt und Hamburg Börsen gebe. Darauf kann ich ihm erwidern, daß ich die Darstellung der Verhältnisse dieser Börsen selbst für die Börsenenquête bearbeitet habe, und erlaube mir hier nur noch darauf aufmerksam zu machen, daß zwischen einer Hamburger Börse, wo vor allem Kaufmann und Kaufmann miteinander sowohl im Effektiv- wie im Spekulationsverkehr zu tun haben, und der Berliner Fondsbörse, die zum größten Teil zu einer Spielgelegenheit für die außenstehende Bevölkerung

geworden ist, ein himmelweiter Unterschied besteht, und ich weise darauf hin, daß in den eigenen Publikationen des Vereins gesagt worden ist, auch in Frankfurt liegen die Verhältnisse ganz anders als in Berlin, weil dort die guten alten traditionellen Grundsätze noch ihren Einfluß ausübten, die man in Berlin nicht hat. Das ist durchaus zutreffend: Wenn Sie die Verhandlungen der Börsenenquête lesen, werden Sie von den vornehmen dort gehörten Bankiers hören: Was können wir gegen die Mißstände und Mißbräuche machen? Was für ein jammervolles Menschenmaterial haben wir vielfach an der Börse? Lesen Sie diese Äußerungen über die Zulassung zum Börsenbesuch, die Frage der Ehrengerichte, die Verleitung zum Börsenspiel, der Bestechung usw. usw., bitte, nach, dann wird Ihnen manches verständlich werden und Sie werden sich den Herren Gothein und Loeb gegenüber außerordentlich kritisch verhalten. Daß die Hamburger Börse auch einmal gründlich gesündigt hat, erwähne ich der Vollständigkeit halber nur nebenbei: es genügt hier, auf den berühmten Kaffeecorner vom Jahre 1889 hinzuweisen. Dann muß ich noch antworten bezüglich des Wortes „Kulisse“. Soweit meine Börsenkenntnisse reichen, gibt es in Deutschland keine Kulisse, wohl aber in Paris. Ich weiß nicht, was darunter verstanden sein soll? Ich würde erfreut gewesen sein, wenn mir eine Antwort auf meine Anfrage gegeben würde. (Zuruf: Outsider!) Das ist aber doch etwas anderes, darunter versteht man das außenstehende Spielerpublikum. Herr Gothein aber hat mit dem Wort „Kulisse“ einen Ausdruck gebraucht, der in Deutschland so wenig bekannt ist, daß er in hohem Grade mißverständlich ist; wird aber tatsächlich das Wort „Kulisse“ mit dem Begriff „Outsider“ identifiziert, so wird die Sache noch ungleich bedenklicher. Herr Gothein hat nun selbst weiter darauf hingewiesen, daß er dem Landtage und Reichstage angehört, und ausgeführt, es wäre das Ungeheuerliche geschehen, daß durch das Börsengesetz der Differenzeinwand eingeführt worden sei. Es wundert mich von einem solchen doppelten Gesetzgeber allerdings in hohem Grade, daß er eine so geradezu stupende Gesetzesunkunde an den Tag legt. Es frappiert mich das um so mehr, als das Börsengesetz gerade umgekehrt die Sicherheit geben sollte, daß die reelle und solide Börsenwelt vor dem durch das gemeine Recht nicht nur, sondern auch Allgemeine Landrecht begründeten Differenzeinwand geschützt werden sollte. Und die Börse hat nur von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht! Herr Gothein hat als Reichs- und preussischer Landtagsabgeordneter also tatsächlich auch nicht die leiseste Ahnung von den Verhältnissen sowohl in tatsächlicher wie rechtlicher Beziehung. Wenn nun aber die Herren von der Börse sagen: wir sind stärker als das Gesetz, wir machen doch, was wir wollen, so ist das ja auch ein Standpunkt;

natürlich kann man ihn vertreten. Es fragt sich aber, ob er von diesem wissenschaftlichen Areopag gebilligt werden dürfte. Ich möchte das vorläufig noch verneinen.

Weiter soll das Verbot des Terminhandels den Geldstand verteuert haben. Das ist eine ebenfalls vielfach gehörte Behauptung! Nun habe ich ja meine Stellung zu dem Verbot des Terminhandels bereits charakterisiert, und zwar dahin, daß ich das Verbot für wirtschaftlich und juristisch nicht richtig halte. Aber wie kann man sagen, daß dadurch der Geldstand verteuert wird, weil ungeheure Summen nun im Kassageschäft festgelegt werden müssen? Das ist deshalb absolut unzutreffend, weil von dem angeblichen „Verbot“ im ganzen überhaupt nur acht Papiere betroffen sind, während die Sache so dargestellt wird, als ob Hunderte von Papieren an der Börse auf Termin gehandelt worden sind. Acht sind es gewesen, und wie Herr Dr. Loeb treffend ausgeführt hat, hat man in Gestalt des Lieferungs- und Kassafontokurrentgeschäfts juristische Formen gefunden, die genau denselben wirtschaftlichen Zweck erfüllen wie der sogenannte Terminhandel, einzig, daß nur der Name ein anderer ist.

Dies wäre, wenigstens in den allergrößten Zügen, das, was ich zu entgegnen hätte. Wäre die Zeit nicht so weit vorgeschritten, würde ich mich mit meinen Herren Kritikern allerdings ungleich eingehender auseinandergesetzt haben. Herr Gothein hat damit geschlossen, daß er der Börse den guten Rat gab, sich nicht von einem Kurpfuscher in Behandlung nehmen zu lassen. Ich will bezüglich dieses Ausdrucks über die Ansprüche an den guten Geschmack und die Vornehmheit in der Debatte mich mit Herrn Gothein in einen Streit nicht einlassen und verzichte hierauf gern, da ich glaube, daß mich von demselben in jeder Beziehung nicht mehr und nicht minder wie eine Kluft trennt; ich beschränke mich deshalb darauf, ihm nur dieselbe Münze zurückzugeben. Ich meinerseits bin nur ein Jurist, an den fast täglich Fragen des Handels- und Börsenrechts herantreten, Herr Gothein aber ist Bergtrat, er dürfte deshalb vielleicht ein noch bedenklicherer „Kurpfuscher“ sein als meine Wenigkeit.

Vorsitzender Prof. Dr. v. Philippovich: Der Spar- und Bauverein ladet diejenigen aus der Versammlung, die morgen die Fahrt nach den Auswandererhallen mitmachen wollen, ein, sich vorher die Bauten anzusehen, die er im Sanierungsgebiete errichtet hat. Sie liegen in der Rambaixstraße, von wo aus die Abfahrt stattfinden wird. Wer sich diese Baulichkeiten ansehen will, hat Gelegenheit, dort den Geschäftsführer dieses Vereins vorzufinden.

Ferner bitte ich jene Herren, die den Konsumverein „Produktion“ be-
sichtigen wollen, nach Schluß der heutigen Sitzung sich in der Nähe des
Präsidiums zu versammeln.

Dr. Hedfcher (Hamburg) macht ebenfalls noch einige geschäftliche
Mitteilungen.

Vorsitzender Prof. Dr. v. Philippovich: Wir hören nun noch die
Schlußworte der Referenten und ich erteile zunächst Herrn Dr. Jastrow
das Wort.

Dr. Jastrow (Berlin): Meine Damen und Herren! Es ist ein
alter Brauch, daß die Referenten sich an der Debatte nicht beteiligen,
wenigstens nicht ohne besonderen Notfall. Dadurch kommt das, was die
einzelnen Referenten von dem Standpunkte ihres Referatsgebietes aus zu
den vorgebrachten Meinungen denken, während der Debatte nicht zum Aus-
druck. Teils in der Debatte selbst, teils namentlich auch in privaten Ge-
sprächen werden sie nun darum angegangen, sich dazu zu äußern, da sie doch
diejenigen sind, die sich am meisten mit der Materie beschäftigt haben. Das
ist im Rahmen des Schlußwortes in vollem Umfange nicht möglich. Man
muß sich die Beschränkung auferlegen, die das Schlußwort deswegen fordert,
weil es keinem der Debatterendner möglich ist, darauf noch zu erwidern.
Es kann sich also nur darum handeln, in der Hauptsache zu sagen: von
den vorgetragenen Meinungen stimme ich der zu, und jener nicht. Hierbei
sind Wiederholungen unvermeidlich, ja diese Wiederholungen sind sogar zum
Teil der Zweck des Schlußwortes.

Über das Wesen der Krisis im allgemeinen sind uns zwei verschiedene
Ansichten und Gedankengänge vorgetragen worden, von Herrn Prof. Sombart
und von Herrn Spiethoff. Ich kann auf eine Auseinandersetzung, wie ich
mich zu den Sombartschen Ausführungen im einzelnen vom Standpunkte
des Arbeitsmarktes stelle, verzichten, weil ich unter einem viel weiteren
Gesichtspunkte dazu Stellung zu nehmen habe. Bei der Sombartschen Auf-
fassung handelt es sich nach meinem Eindruck im wesentlichen um die Frage,
wie weit man dem Gesichtspunkte künstlerischer Darstellung in erster Linie
bei wissenschaftlichen Darstellungen Raum geben soll. Herr Prof. Sombart
führt einen Kampf zu Gunsten der künstlerischen Darstellung, er führt diesen
Kampf mehr noch mit guten Taten als mit schönen Worten. Mit Rücksicht
darauf, daß wir in Deutschland unter einem bedauerlichen Mangel an Sinn
für die künstlerische Seite wissenschaftlicher Darstellung leiden, bin ich in
dieser Beziehung sein Kampfgenosse, und er wird mich, wo die grundsätzliche

Wertschätzung angegriffen wird, jederzeit an seiner Seite finden. Ich freue mich, daß wir einen so wirkungsvollen Vorkämpfer für diese Sache haben. Allein so weit, wie er in seinem Referate, gehe ich nicht. Den künstlerischen Aufbau kann ich nicht als die Hauptsache anerkennen. Ich kann in keiner Weise zugeben, daß seine Theorie — auch nicht einmal die Teilung in organische und anorganische Industrien — bis jetzt wissenschaftlich irgend wie fundiert sei; was uns dabei anzieht, ist nur der künstlerische Gesamtcharakter, bis jetzt aber noch nicht die wissenschaftliche Fundierung.

Hingegen schließe ich mich sehr gern und ausdrücklich den Ausführungen des Herrn Spiethoff an, soweit ich sie von meinem Platze aus verfolgen konnte. Wegen der Notwendigkeit dieser Einschränkung kann ich nicht gerade sagen, daß ich alle seine Ansichten unterschreibe, denn ich habe sie nicht vollständig gehört. Ich glaube aber, mich mit ihm in Übereinstimmung zu befinden in bezug auf die Linie der Untersuchung, die er gezeichnet hat. Ich glaube fest, daß, wenn an unsere heutige Debatte sich weitere Untersuchungen über die Krise anknüpfen, sie im wesentlichen den Linien zu folgen haben werden, die Herr Spiethoff gezeichnet hat. Ich hoffe, daß späterhin auf Grund solcher Untersuchungen dann wieder einmal eine Zeit kommen wird, in der eine künstlerisch abgerundete Darstellung der Krisentheorie möglich sein wird.

Von Einzelheiten der Debatte hebe ich die Auffassung hervor, der meine Bemerkungen über das Aufdringen des Kredits begegnet sind. Ich hatte gesagt: großen Eindruck hat die Bemerkung von Herrn Hecht auf mich gemacht, daß die Banken der Industrie den Kredit geradezu aufgedrängt haben. Herr Eschenbach hat dies als meine Meinung zitiert, und ich bin privatim gefragt worden, ob das wirklich meine Meinung sei, oder ob ich nur zitiert hätte. Ich nehme keinen Anstand zu konstatieren, daß Herr Eschenbach mich richtig interpretiert hat. Ich habe in der Tat gemeint, daß es großen Eindruck auf mich gemacht hat, wie ein solcher Kenner des praktischen Bankwesens uns das hier bestätigt hat, was ohnedies auch meinen, mehr vereinzelt, Beobachtungen entspricht: daß ein allzu reichlich dargebotener Kredit die Ausdehnung der Produktion beschleunige und damit den Umschlag vorbereitet hat. Hingegen muß ich in einer anderen Bemerkung, die Herr Eschenbach auch mit bezug auf meine Ausführungen hieran angeknüpft hat, ein doch ganz sonderbares Mißverständnis erblicken. Folglich, fuhr Herr Eschenbach fort, hätte ich nun auch gesagt, die Börsen seien Schuld an dieser kritischen Entwicklung des gewerblichen Lebens. Meine Herren! In der Logik nennt man das eine *quaternio terminorum*, wenn man in dem Obersatz von „Banken“ spricht und in dem Untersatz statt dessen „Börsen“ setzt. In dieser Sache hat Herr Dr. Loeb

in der Debatte bereits alles gesagt, was in sachlicher Beziehung zu sagen war. Ebenso hat Herr Gothein schon behandelt, was in bezug auf die angeblich lokale Wirkung der Berliner Börse auf die Krisis Herr Eschenbach zu meiner Darstellung bemerkt hat. Ich habe Ihnen — übrigens mit Vorbehalt — vorgeführt, daß in gewissen Gegenden die Krisis schwach oder gar nicht vorhanden war, und daß sie in Berlin ihren Höhepunkt erreichte. Daraus hat Herr Eschenbach gefolgert: wo also die Einwirkung einer großen Börse vorhanden war, da war die Krisis besonders stark. Ich frage mich vergebens, was ich in meinem Leben verbrochen habe, daß mir jemand einen derartigen unmöglichen Gedanken zutrauen kann. — Übrigens liegt hier am Orte ein besonderer Einwand nahe. Ich habe Ihnen ja eine Gegend genannt, in der die Krise gar nicht zu spüren war, und an dieser findet sich eine Börse, die zu den ersten der Welt gehört. Hier in Hamburg ist die Krise verhältnismäßig am wenigsten gewesen; und hätte sich ein Großkaufmann der Hamburger Börse an der Debatte beteiligt, so würde er hier Gelegenheit gefunden haben, dies mit Nachdruck geltend zu machen.

Ich bin auch genötigt, mich dazu auszusprechen, wie ich mich zu der Börsengesetzgebung im allgemeinen stelle unter dem Gesichtspunkte des Arbeitsmarktes. Ich nehme keinen Anstand zu erklären — und ich behauere, daß ich die gute Meinung, die Herr Eschenbach von mir zu haben schien, nicht rechtfertigen kann —, daß ich zu den Gründen, welche auf dem deutschen Wirtschaftsmarkte und also auch auf dem deutschen Arbeitsmarkte zu einer Verschärfung der Krise beigetragen haben, auch die Börsengesetzgebung zähle, die ein Ventil, das wir früher besaßen, verschlossen hat.

Viel schwieriger ist es, vom Standpunkte des Arbeitsmarktes die Kartellfrage zu erörtern. Die Gefahr, eine Kartelldebatte heraufzubeschwören, ist im Schlußwort nicht mehr vorhanden. Ich lege dieser Frage eine sehr große Bedeutung bei, so daß ich es sehr anerkennenswert finden würde, wenn der Verein für Socialpolitik sich einmal ganz direkt mit der Frage beschäftigen würde: welchen Einfluß haben die Kartelle auf die Bewegung im deutschen Wirtschaftsleben überhaupt gehabt? Eine möglichst historische Auseinandersetzung hierüber wäre wertvoll. Ich glaube, daß die große Rolle, die die Kartelle in unserer Debatte gespielt haben, dem wenig präjudiziert hat. — Wir sind gewohnt zu verlangen, man solle sich als Freund oder als Gegner der Kartelle bekennen. Wer unter uns hat denn in den letzten 20 Jahren seine Meinung über die Kartelle nicht geändert? Wir alle waren, als das Kleinwächtersche Buch erschien, geradezu erschrocken und haben im Laufe der Zeit uns daran gewöhnt, die Sache historisch zu betrachten und die Kartelle nach ihren Leistungen zu beurteilen. Deshalb

darf die Frage nicht lauten: Haben die Kartelle auf die Krise, insbesondere auf den Arbeitsmarkt, verschärfend gewirkt? sondern: Welche Kartelle haben günstig, und welche ungünstig gewirkt? Ich kann im Schlußwort nicht die einzelnen Kartelle nennen, die nach meiner Meinung günstig oder ungünstig gewirkt haben; denn sie würden nicht die Möglichkeit haben, sich zu verteidigen. Aber ich darf darauf hinweisen, daß ich diese Frage verfolgt und im „Arbeitsmarkt“ auf die Einwirkungen, die die Politik der einzelnen Kartelle ausübte, stets aufmerksam gemacht habe. Das, meine Herren, scheint mir das punctum saliens zu sein. Auch auf dem Arbeitsmarkt können die Kartelle einen sehr heilsamen, aber auch einen sehr unheilvollen Einfluß ausüben, je nachdem sie unter den Gesichtspunkten eines weitblickenden Kaufmannes geleitet, oder von dem kleinlichen Gedanken einer augenblicklichen Profitmacherei beherrscht sind. An die Spitze derartiger Organisationen gehören Leute, die auch volkswirtschaftlich geschult sind und das volle Bewußtsein von der ungeheuer weitreichenden Verantwortlichkeit haben, die mit ihren Maßregeln verbunden ist. Speziell in bezug auf die Exportprämien der Kartelle unterschreibe ich vom Standpunkte des Arbeitsmarktes alles das, was Herr Gothein ausgeführt hat. Vom Standpunkte des Arbeitsmarktes bedeutet in den Zeiten einer Krisis die Exportprämie, die auf Rohstoffe und Halbfabrikate gelegt wird, die im Auslande also — z. B. in der niederländischen Industrie — weiter verarbeitet werden, eine Unterstützung des ausländischen Arbeiters gegenüber den heimischen Arbeitern, und unter den Gründen, weswegen die Krise auf dem Arbeitsmarkte der Eisenindustrie verhältnismäßig so schwer gelastet hat, ist auch der Grund anzuführen, daß die Exportprämien den ausländischen Arbeiter unterstützt haben zu ungunsten des inländischen.

Endlich sind meine Kurven besprochen worden unter dem Gesichtspunkte der zukünftigen Handelsverträge, und es ist gesagt worden, meine Kurven sähen so aus, als ob die Krise zu Ende sei, aber man müsse doch erst die Handelsverträge abwarten, um zu wissen, was daraus werden wird. Diejenigen, die in dieser Beziehung die geringe Beweisraft meiner Kurven behauptet haben, haben meine Meinung ausgesprochen. Ich bin in der Tat der Ansicht, daß diese Kurven nicht die Zukunft prophezeien, sondern nur Entwicklungstendenzen der Gegenwart angeben. Was aus ihnen werden kann, können wir nicht wissen, weil wir nicht wissen, welche Ereignisse inzwischen eintreten werden. Falls es aber einige unter den Anwesenden interessiert, meine Meinung über den mutmaßlichen Einfluß des Zustandekommens oder Nichtzustandekommens der Handelsverträge auf das weitere Abflauen der Krise auf dem Arbeitsmarkte zu hören, so rechne

ich dies zu den Punkten, in denen ich unvorbereitet meine Meinung sagen kann. Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn es Deutschland nicht gelingt, Handelsverträge zu bekommen, wie wir sie gegenwärtig anstreben, dann meine sämtlichen Kurven mit ihren gesamten Entwicklungstendenzen unbrauchbar sind, daß sie hinweggeschwemmt werden. Wir ständen dann gegenüber einem nationalen Unglück, wie wir es noch nicht erlebt haben. Das Nichtzustandekommen von Handelsverträgen würde in meinen Augen für den deutschen Arbeitsmarkt bedeuten: die Verhängung von Arbeitslosigkeit über weite Distrikte unseres Vaterlandes (Zuruf: Sehr richtig!). Aber aus diesem Grunde bin ich ganz sorglos und blicke ganz hoffnungsfroh in die Zukunft. Eine Regierung, die Deutschland ohne Handelsverträge regieren kann, gibt es nicht, und dieser befürchtete Fall wird auch nicht eintreten. Die Interessen des Arbeitsmarktes werden ebenfalls nach der Seite hin drücken, daß wir eine Entwicklung bekommen, die das weitere Abflauen der Krise befördert oder doch nicht hindert.

Wenn ich nun, von diesen Einzelheiten abgesehen, mich frage, welchen Verlauf die Debatte im ganzen genommen hat, so kann ich mit großer Genugtuung konstatieren, daß weitaus die große Mehrzahl der Redner in der Tat auf die einzelnen Symptome, die ich in meinem Referat berührt habe, in der einen oder anderen Weise eingegangen ist. Namentlich ist von mehreren Seiten betont worden, wir brauchten eine bessere Statistik, wenn wir in Zukunft Krisen bekämpfen wollen. Ich habe nur die Befürchtung, ob nicht dem jetzigen Zustande der Arbeitsmarktstatistik zu viel Ehre erwiesen ist, wiewohl Sie mir eine gewisse Freude darüber nicht verargen werden, wenn in der Debatte gesagt wurde, daß die praktischen Geschäftsleute seit längerer Zeit Gewicht auf diese Statistik legen, und andererseits, daß man sogar eine Grundlage für eine exakte Ausübung ethischer Pflichten in Zukunft daran würde finden können.

Worauf es mir ankam, war, zu zeigen, daß der Arbeitsmarkt kein isoliertes Dasein führt, daß es falsch ist, aus dem Arbeitsmarkt allein ein Spezialstudium zu machen, daß aber andererseits jeder, der den Wirtschaftsmarkt überhaupt studieren will, auch genötigt ist, auf den Arbeitsmarkt einzugehen. In der Debatte hat nun in der Tat der Arbeitsmarkt für sich keine große Rolle gespielt, ist aber an den verschiedensten Stellen einer Beachtung gewürdigt worden. Und so dürfte in dieser Beziehung die Debatte das Ergebnis, das von ihr erwartet werden konnte, in erfreulich hohem Maße gezeitigt haben.

(Beifall.)

Herr Hofrat Dr. Hecht (Mannheim): Meine verehrten Anwesenden! Ich bin in der sehr unangenehmen Lage, daß gegen meine Ausführungen gar kein Widerspruch erfolgt ist. (Heiterkeit.) Insofern kann ich also mich außerordentlich kurz fassen. Wenn ich sage, es ist kein Widerspruch erhoben worden, so folgere ich weiter: qui tacet consentit, und das begrüße ich mit großer Freude. Nur eigentlich mein verehrter Freund Gothein hat einige Anregungen gegeben, und dafür muß ich aus dem schon Vorausgeschickten sehr dankbar sein. Er hat die prinzipielle Frage angeregt, die ich mir natürlich längst vorgelegt habe, ob es überhaupt zweckmäßig ist, die gesetzgebenden Organe auf irgend etwas aufmerksam zu machen, was Handel und Industrie betrifft, da in dieser Hinsicht ein freundlicher Resonanzboden in den gesetzgebenden Körperschaften nicht vorhanden sei. Nun muß ich aber sagen, wenn Sie den Wortlaut meines Vortrages lesen werden, so werden Sie finden, daß ich diesem Gesichtspunkt eine gewisse Rechnung getragen habe. Ich wünsche nur die äußerst notwendigen Anregungen für die Gesetzgebung zu geben. Im ganzen stehe ich überhaupt auf dem Standpunkt, daß auch das Aktiengesellschaftswesen aus sich heraus sich reformieren möge. Indessen in der Richtung habe ich ein sehr großes Vertrauen zu den betreffenden Kreisen auch nicht. Aber ich muß ferner bemerken: Ich gebe zu die bedauerliche Tatsache, daß Handel und Industrie auch im jetzigen Reichstag nicht so vertreten sind wie andere wirtschaftliche Interessen des Deutschen Reiches. Es ist das sehr bedauerlich. Aber daran tragen vielleicht auch zum Teil die Betreffenden selbst doch eine gewisse Mitschuld. Ich kann aber doch deshalb, weil eine gewisse Unfähigkeit bei den gesetzgebenden Körperschaften des Deutschen Reiches vorhanden ist zur vollen Erfassung des Wirtschaftslebens, zur Formulierung der richtigen Grundsätze, mich doch nicht enthalten, anzugeben, nach welchen Richtungen hin eben die Gesundung des Wirtschaftslebens sich bewegen muß. Nun, meine Herren, in erster Reihe möchte ich doch auch wünschen, daß eine geeignete Vertretung der Interessen von Handel und Industrie mehr als es derzeit der Fall ist, wieder im Reichstag und namentlich auch in gewissen anderen Körperschaften vorhanden sein oder freiert werden möge.

Was die Einzelausführungen des Herrn Gothein betrifft — er war der einzige, der meinen Einzelausführungen näher getreten ist —, so habe ich eigentlich nur zwei Punkte zu erwähnen. Er sagte: es ist einerlei, wie der Text der Industrieobligationen gefaßt ist, die Leute lesen es doch nicht. Darauf kommt es nicht an. Es ist ja selbstverständlich, wer wird das auch lesen? Aber die Haftpflicht wird dauernd festgestellt wesentlich durch den Text der Obligationen. Herr Gothein hätte ja noch sagen können, „wir

haben den Prospektzwang. Wer liest denn diese Prospekte?" In dem Augenblick, wo sie erscheinen, werden sie wohl gelesen. Die Prospekte sind ja überhaupt später schwer erhältlich. Wie oft suche ich später danach, und es ist sehr schwer, wenn man sie nicht in Zeitungsarchiven nachlesen kann, sie wieder zu Gesicht zu bekommen. Und besonders bei Industrieobligationen kommt noch in Betracht, daß eine gewisse Minimalhöhe der Emission vorhanden sein muß. Wenn Obligationen ausgegeben werden unter einer Million Mark, so werden sie nicht notiert, und wenn sie nicht notiert werden, findet kein Prospektzwang statt, und gerade diese Obligationen unter einer Million sind sehr zahlreich. Dafür sind die von mir präzisierten Gesichtspunkte sehr maßgebend. Bei den industriellen Obligationen gerade lege ich Wert darauf, daß scharf die Rechtsverhältnisse formuliert werden.

Zweitens ist hervorgehoben, es sei bedenklich, feste Normen der Abschreibungen zu verlangen. Darin stimme ich mit Herrn Gothein überein. Ich verlange auch keine festen Normen der Abschreibungen, ich verlange nur, daß die Abschreibungen in den Geschäftsberichten spezifiziert werden. Ich habe aber ausdrücklich erklärt: Es gibt auch gewisse Unternehmungen, bei denen diese Abschreibungen aus Erwägungen, die im Interesse dieser Gesellschaft angestellt werden müssen, nicht zu spezifizieren sind, also z. B. bei Schiffahrtsgesellschaften überhaupt kann man die Abschreibungen nicht spezifizieren, weil, wenn sie ihre Schiffe wieder verkaufen, naturgemäß die Reflektanten für diese Schiffe nur den Buchpreis zahlen wollen, ebensowenig bei Brauereien und Immobiliengesellschaften. Aber, meine Herren, die Sache liegt doch so: dem Aufsichtsrat soll die Spezifikation vorgelegt werden, und der Aufsichtsrat soll erklären, uns hat sie vorgelegen und wir haben sie für richtig befunden, wie ich überhaupt die jetzige Erklärung der Aufsichtsräte unter den Geschäftsberichten nicht für ausreichend halte und meine, daß sie etwas sachgemäßer gefaßt sein müssen. Ich habe das auch schon in der generellen Rede angedeutet.

Ferner ist noch zu bemerken — ich bin mir der Gefahr bewußt —, wir müssen bis zu einem gewissen Grade der Fachpresse einen Schutz gewähren im Sinne des Art. 193 des Strafgesetzbuches. Aber um so schärfere Bestrafung wünsche ich für die Revolverpresse. Diese sehe ich nicht als Fachpresse an; wenigstens ist das ein sehr eigentümliches Fach. (Heiterkeit.)

Was die Ursachen der Krise angeht, so sind die Herren Professoren in genügendem Maß gegeneinander vorgegangen; ich hoffe, es wird noch weiter gehen. (Heiterkeit.) An der Theorie unseres verehrten Freundes Sombart will ich hier keine Kritik üben, dazu ist der Zeitraum zu kurz gewesen, wir

müssen seine Ausführungen erst in einem Buch, das er wahrscheinlich schreibt, noch einmal lesen und dann prüfen.

Was die Heilmittel betrifft — und danach fragen doch recht viele Leute — so sind außer den meinigen Vorschläge nicht gemacht worden. Ich werde die meinigen nun auch leider zu einem Buch vereinigen müssen. (Weiterkeit.)

Ich möchte nun noch folgendes bemerken: Es ist eine ganze Anzahl von Themata überhaupt nicht behandelt worden, z. B. die Katastrophe der Hypothekendarlehen, was mir natürlich sehr schmerzhaft ist, denn darüber hätte ich so gern gesprochen. Nicht besprochen sind ferner die ganzen städtischen Immobilienverhältnisse, die Einflüsse der Krise auf das Baugewerbe und, was ich hier ebenfalls bemerken möchte, auch in den Druckschriften ist die Einwirkung der Weltlage auf die Krisis nicht genügend gewürdigt worden; denn vollkommen lokalisiert gibt's ja keine Krisen und der Einfluß des Weltmarktes auf die Gestaltung der Krise in Deutschland ist einer speziellen Betrachtung zu unterziehen.

In bezug auf einen Punkt möchte ich mir erlauben, noch eine Bemerkung zu machen, vom Standpunkt der Praxis aus. Die Ausschreitungen der Haussperperiode sind zum Teil dadurch veranlaßt, daß die unrichtigen Persönlichkeiten an der Spitze gewisser großer Unternehmungen gestanden haben. (Sehr richtig.) Man muß den rechten Mann an die rechte Stelle setzen. Das ist von der größten Wichtigkeit, das ist überhaupt die größte Weisheit, die in der Praxis des Aktienwesens betätigt werden kann. Die Herren Professoren haben nach meiner Ansicht die Ursachen der Krisis zu sehr objektiviert dargestellt. Die Macht der Persönlichkeiten spielt für diese Perioden der Hausse und der Baasse eine ganz enorme Rolle.

Was den großen Konzentrationsprozeß im Bankwesen und auf dem Gebiete der Industrie betrifft, so darf man eins doch nicht übersehen. Bis zu einem gewissen Grade hat dieser Konzentrationsprozeß auch die Krisis gemildert, und wenn wir beispielsweise nicht so große und mächtige Banken gehabt hätten und gar unsere Reichsbank nicht, so wäre die Krisis in viel schärferer Form hervorgetreten. Es ist das bei der Beurteilung dieses großen Konzentrationsprozesses sehr zu beachten. Ich habe ja in meiner gestrigen Rede schon darauf hingewiesen, daß diese Konzentrationsprozesse ihren Gang weiter gehen, daß sie nicht mehr aufzuhalten sind. Es gibt aber gewisse Heilmittel der Krisen, direkte und indirekte, dazu gehört in erster Reihe die Ausgestaltung des industriellen Kredits vom Standpunkte der Industrie. Wie das nun im einzelnen vielleicht gemacht werden könnte, soll von mir noch an anderer Stelle dargestellt werden. Die Untersuchungen einzelner

Industriezweige liefern über die Ursachen der Krisis manche Winke. Wenn man z. B. die Ursachen der Elektrizitätskatastrophe sehr genau und sachkundig studiert, so ergeben sich aus diesen Ursachen auch wiederum gewisse Winke, die als Heilmittel dienen können. Im allgemeinen aber stehe ich auf dem Standpunkt: die Reform des Aktiengesellschaftswesens ist eins der wichtigsten Mittel, um Krisen künftighin abzuschwächen, denn die meisten Unternehmungen kleiden sich ja nun einmal in diese Form, und wenn diese Form in ihrer heutigen gesetzgeberischen Gestaltung antiquiert und zum Teil lediglich ein Konglomerat historischer Reminiszenzen ist, so muß man diese Aktiengesellschaften aus sich heraus, und soweit das unerreichbar ist, mit Hilfe einer Gesetzgebung, welche auf energisch erfaßter Kenntnis des modernen Wirtschaftslebens basiert, zur Gesundung bringen.

(Beifall.)

Professor Dr. Sombart (Breslau): Sehr geehrte Herren! Ich befinde mich ebenfalls in einer sehr unangenehmen Lage, wie mein verehrter Herr Vorredner, aber nicht, weil ich zu wenig angegriffen bin, sondern weil ich etwas sehr viel und von den verschiedensten Seiten angegriffen worden bin. Sie merken, wie erschöpft ich bin. Führen Sie das bitte auf die zahlreichen Angriffe zurück, die im Laufe dieser Stunden auf mich niedergeprasselt sind. Aber meine Lage ist noch aus einem anderen Grunde peinlich. Die meisten der Herren Kritiker, die auf meine Ausführungen eingegangen sind, haben mit dem Kompliment begonnen, daß es sehr schön gewesen sei, was ich Ihnen vorgeführt habe (Heiterkeit), aber es stimme nicht (Heiterkeit); sie haben das Gebäude, das ich aufgerichtet habe, zwar ganz nett gefunden, aber der eine Redner hat gesagt, es sei auf Sand gebaut, und die anderen haben zwar nicht gesagt, aber doch angedeutet, daß die ganze Konstruktion eine so schwächliche sei, daß derjenige, der etwa hineinziehen wolle, über kurz oder lang erleben könne, daß ihm die Decke über dem Kopfe zusammenfalle.

Ich müßte nun eigentlich Sie an der Hand nehmen und in diesem Gebäude herumführen, im Kellergeschoß anfangend, um Ihnen zu zeigen, wie die Fundamentmauern gefügt sind, und dann durch die verschiedenen Geschosse hindurch bis auf den Boden hinauf führen, um zu zeigen, daß man doch ganz leidlich in diesem Gebäude wohnen kann. Das ist eine Aufgabe, der selbstverständlich der Raum eines Schlußwortes nicht genügen kann. Ich muß mich auf ganz wenige Bemerkungen beschränken, die immerhin doch den Zweck haben, Ihnen zu zeigen oder wahrscheinlich zu machen, daß die Behauptungen, die ich aufgestellt habe, auch unter wissenschaftlichen

Gefichtspunkten nicht so unberechtigt sind, wie Sie alle hier anzunehmen scheinen. Vor allem ist die Recherche de la causalité keineswegs von mir interdite, sondern im Gegenteil durchaus erwünscht.

Die Haupteinwände sind ja gegen meine Goldproduktionstheorie gerichtet, die — ich weiß nicht, ob ich sagen soll, zu meiner Freude oder zu meinem Bedauern —, wie hier nachgewiesen worden ist, schon von anderen aufgestellt worden ist. Ich kenne diese Schrift von Bamberger nicht, ich werde sie daraufhin nachprüfen. Was die Sache selbst anbetrifft, so sind im wesentlichen folgende Einwände erhoben worden:

Zunächst ist gesagt worden, historisch stimmten meine Behauptungen nicht, es seien Aufschwungsperioden vorgekommen, denen keine starke Goldproduktion, Vermehrung der Goldmenge vorausgegangen sei, oder aber, wie ich hinzugefügt hatte, starke Verschiebungen auf dem internationalen Goldmarkte, was auf dasselbe hinausläuft. Demgegenüber muß ich Sie bitten, das einstweilen als richtig anzunehmen, was ich behauptet habe; denn der betr. Herr hat keinerlei Beweise dagegen beigebracht. Ich habe die Vorgänge ziemlich genau daraufhin geprüft und kann es beispielsweise für die 25er, 36er, 37er, 57er, 73er, 89er und für die 95er Krisis nachweisen, und das sind ja die hauptsächlichsten in diesem Jahrhundert. Weshalb es in früherer Zeit nicht zu beobachten ist, hat Gründe, die hier nicht zu erörtern sind. Hier steht einstweilen Behauptung gegen Behauptung, und ich darf Sie bitten, zunächst die meinige als die richtige anzunehmen.

Der zweite Punkt, der gegen diesen Teil meiner Ausführungen eingewendet worden ist, ist der, daß hingewiesen ist auf den Zeitpunkt der Goldvermehrung, der nicht mit der Aufschwungszeit zusammentrifft. Ein Einwand, dessen Nichtberechtigung augenscheinlich ist. Selbstverständlich muß erst eine Zeitlang die Goldproduktion stattgefunden haben, ehe sie wirken kann. Es wäre falsch anzunehmen, daß dies gleich eintreten sollte. Gerade der Nachweis, daß von Ende der 80er Jahre an die Goldproduktion so stark gestiegen ist, und Mitte der 90er Jahre der Aufschwung einsetzt, beweist die Zustimmung und Einstimmigkeit meiner Auffassung.

Der dritte Einwand ist der, daß die Goldproduktion doch offenbar viel zu gering ist im Verhältnis zu der Produktenmenge oder der umgesetzten Waren, um eine Wirkung ausüben zu können. Ich glaube, daß der betr. Herr doch die weiteren Wirkungen, die dynamischen Wirkungen des internationalen Goldvorrates unterschätzt. Ich habe darauf hingewiesen, in welcher Weise ich mir die weitere Wirkung denke. Es handelt sich vor allem darum, daß durch die Vermehrung der Edelmetalle sich nicht nur die Geldsurrogate vermehren, sondern vor allem der Kreditbau eine ganz außerordentliche Ver-

größerung erfährt. Eine solche Kreditentwicklung, wie wir sie in den 90er Jahren in unseren Zentralnotenbanken, aber auch in unseren großen Kreditbanken erlebt haben, ist ohne Vermehrung der Metallreserven gar nicht denkbar gewesen. Das ist eine ganz sichere Tatsache (sehr richtig!), und diese Vermehrung ist eben in einer starken Progression zu denken; sie weitet sich sofort über der Metallbasis, auf der sie sich erhebt, aus. Ich kann das im einzelnen nicht ausführen, aber ich glaube, dieser Punkt muß beachtet werden, daß die dynamische Wirkung der Edelmetallvermehrung die eigentliche Erklärung für ihren Einfluß darstellt.

Ich komme zum vierten Einwand. Es ist gesagt worden, wenn die Edelmetallproduktion diese Wirkung ausübe, so müsse sie sie auch außerhalb Deutschlands ausgeübt haben. Die Edelmetallproduktion sei ein internationales Phänomen. Der Einwand scheint mir unberechtigt. Daß selbstverständlich im Innern Afrikas eine Aufschwungsperiode nicht eintritt, wenn eine Goldvermehrung auftritt, ist selbstverständlich. Es müssen die Vorbedingungen vorhanden sein, um eine solche Aufschwungsbewegung herbeizuführen, und ich habe auf eine Reihe solcher Bedingungen hingewiesen. Darauf möchte ich noch einmal mit aller Entschiedenheit und auch auf das, was Herr Jastrow darüber gesagt hat, Ihre Aufmerksamkeit lenken, daß nur in der eigenartigen Gestaltung unserer Bevölkerungsverhältnisse, wie sie durch bestimmte Umstände hervorgerufen ist, die Erklärung zu finden ist, weshalb wir eine so gewaltige Expansion hatten, denn man muß auch die Quantität in Rücksicht nehmen. Ich würde also nie die Ereignisse der Jahre 1889—1890, die auch einen sogenannten Aufschwung darstellen, mit den kolossalen Ereignissen in Vergleich stellen, die wir zuletzt sich haben abspielen sehen. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß dieses große Ereignis nur durch eine eigentümliche populationistische Konstellation möglich gewesen ist. So könnte man auch noch andere Vorbedingungen anführen, die erfüllt sein mußten. Im Bilde gesprochen: es muß eine Braut da sein, die des Bräutigams harrt. Wenn die Braut nicht da ist, so wird die Ehe mit ihren Folgen nicht einzutreten vermögen.

Der fünfte Einwand ist der: die Auffassung, wie ich sie hier vertrete, bedeute den Verzicht — ich referiere hier nach den Mitteilungen, die mir der Herr Vorsitzende über das, was Herr Kollege Weber ausgeführt, gemacht hat — auf die Auffassung eines periodischen Verlaufes der Krisen. Allerdings bedeutet diese Auffassung das. Ich habe sogar in meinem Referat diesen Punkt vergessen. Ich glaube nicht an irgend eine Periodizität des wirtschaftlichen Lebens. Ich glaube nicht an eine notwendige Wiederkehr

eines Aufschwunges, sondern nur an die Krisis als notwendige Folge eines Aufschwunges.

Wenn Herr Kollege Weber einen Unterschied zwischen organischen und anorganischen machte, so bin ich organisch für die Krisis, anorganisch für den Aufschwung. Damit ist nicht sehr viel gewonnen. Ob wir überhaupt noch jemals wieder einen Aufschwung auf dieser Erde haben werden, dafür ist nicht die geringste Garantie gegeben. Es müssen die Sterne noch einmal so stehen, wie sie 1873 oder 1895 gestanden haben, um diesen Aufschwung wieder zu erleben, um zu erleben, daß dieser Prinz noch einmal zu dem Dornröschen kommt, um es zu erwecken. Der sogenannte natürliche Zustand des modernen Wirtschaftslebens ist die Depression. Ob auf diese Depression eine weitere Aufschwungsperiode wieder folgen kann, halte ich, wie gesagt, für möglich, wenn Sie wollen, sogar für wahrscheinlich, aber keineswegs für durch irgend etwas gewährleistet. Insofern allerdings besteht keine Periodizität, und wenn man früher aus den zehnjährigen Perioden, die dann zu zwölfjährigen und vierzehnjährigen geworden sind, gefolgert hat, es müsse eine Periodizität bestehen, so sehe ich hierfür keinen Grund. Es ist interessant zu beobachten, wie die Anhänger dieser Theorie, wie z. B. Sevons, sich geradezu abquälen, um die 10^{2/3} Jahre herauszurechnen, auf denen sie die Periodizität aufbauen. (Zuruf des Herrn Weber: Die sind mir wurscht! Geiterkeit.) Hierin äußert sich die Schwäche der Periodizitätstheoretiker, daß sie à tout prix einen Zeitraum feststellen müssen; denn wenn sie sagen, der Zeitraum ist nicht festgesetzt, dann ziehen sie ja die Basis weg, dann können es ja 15, 20, 50 oder 95 Jahre sein. (Zuruf: Es hat sich in einem bestimmten Rhythmus vollzogen!) Das ist hier aber kein Rhythmus. Rechnen Sie doch aus: 1825, 1836, 1847, 1857, 1873; dann haben Sie 16 Jahre Zwischenraum, bisher waren es 10 Jahre, dann nur 5 Jahre. Also von einer regelmäßigen Wiederkehr scheint mir nichts vorhanden zu sein. Soviel über die Einwände gegen diesen ersten Teil meiner Ausführungen.

Ich komme nun zu der Frage der Krisentheorie. Da möchte ich zunächst Herrn Prof. Oldenberg gegenüber bemerken, daß ich — und ich glaube, mit Herrn Spiethoff darin übereinzustimmen — scharf unterscheide zwischen einer Theorie der Krisis und einer Theorie der Depression. Was Herr Prof. Oldenberg angeführt hat als Gründe für eine mögliche Überproduktion durch Nichtanlage oder Nichtverwendung von Einkommensteilen zu konsumtiven Zwecken, ist meines Erachtens eine richtige Bemerkung und Beobachtung, führt aber zu einer Depressionstheorie, die eine ganz selbständige Sache für sich ist. Ich bin sogar weitergehend, als Herr Prof. Oldenberg, der Meinung,

daß es eine allgemeine Überproduktion gibt. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß sich unter der Voraussetzung, daß alle Einkommensteile verwandt werden, die Produktions- und Absatzverhältnisse decken müssen. Aber ich glaube nicht, daß diese Fragen hierher gehören. Wir haben es hier mit einem anderen Problem zu tun. Ich frage: Warum brach in einem bestimmten Monat, im April oder Juni, diese kolossale Welle, die sich aufwärts bewegte, zusammen? Warum entstand hier ein Abbruch — Abbruch der Preise habe ich es genannt — Rückgang der Produktion? Dieses Phänomen heißt andere Momente zur Erklärung, als das Phänomen des normalen Zustandes der Volkswirtschaft, die Depression, die in die Oldenbergsche Argumentation hineingehört. Man pflegt auch von akuten Krisen in diesem Falle zu sprechen, obwohl das Wort nicht sehr glücklich gewählt ist.

Was meine weiteren Ausführungen anbetrifft, so ist gegen meine Auffassung in dieser Hinsicht nichts vorgebracht worden. Vielleicht haben die meisten Herren das nicht für nötig gehalten oder sie haben nur ausdrücken wollen, daß ihnen die Sache etwas kompliziert erscheint, und daß man in der Erörterung dieser Frage sehr vorsichtig sein müsse. (Zuruf: Ich habe zugestimmt!) Ich möchte nun mit einigen Worten nicht auf die Einwände eingehen, sondern zur Rechtfertigung meiner Auffassung einiges sagen. Was zunächst die Frage der Disproportionalität anlangt, so habe ich im Gegensatz zu Tugan-Baranowski, und wie ich glaube, auch zu Herrn Spiethoff eine andere Teilung der Industrie, ein anderes Kriterium für die Teilung der Industrien gewählt. Herr Spiethoff hat eingewendet, er behaupte nicht mit Tugan, daß es Produktionsmittelindustrien seien, sondern er gebe zu, es seien auch andere Industrien als Produktionsmittelindustrien, und er fasse sie zusammen unter dem Sammelbegriff der Industrien für den reproduktiven Konsum. Ich muß nun sagen, daß ich mir darunter nichts Rechtes vorstellen kann. Entweder verstehen wir hierunter die Produktionsmittelindustrien oder nicht, dann aber sehe ich kein scharfes Kriterium, welches den reproduktiven Konsum von dem anderen abgrenzt. Ich habe angeführt, welche Kriterien nach meiner Ansicht die entscheidenden sind. Nennen wir diese Industrien Anlegegüterindustrien, um dem Kinde einen Namen zu geben. Darin scheine ich mit Herrn Spiethoff sachlich übereinzustimmen. Ich sage also, Güter, welche einen außerordentlichen Bedarf befriedigen — nun aber meine Zutat dazu — und welche zweitens der anorganischen Welt angehören. Und damit komme ich zu einigen Bemerkungen, die einer der letzten Redner gemacht hat und die mir willkommen gewesen sind. Herr Regierungsrat Leibig hat mich gefragt, was ich zu der Lederindustrie sage;

diese sei nicht recht zur Entwicklung gelangt, und er fragt mich, wie ich das erkläre. Einfach damit, daß wir auf dem Häutemarkt Knappheit erlebt haben, die tellurischen Einflüssen zuzuschreiben ist, Knappheit auf dem Häutemarkt Indiens durch die Futterverhältnisse Indiens, Knappheit auf dem Häutemarkt Deutschlands während der Jahre der Futternot etc. Kurz, es sind hier tatsächlich Einflüsse bemerkbar gewesen, die ganz außerhalb der Konjunkturentwicklung liegen, die aus der natürlichen Bedingtheit dieser Produktionsverhältnisse herausstammen und gar keine andere Erklärung finden können. Dann ist hinsichtlich der Maschinenindustrie gefragt worden, warum die eine floriert und die andere daniederliegt. Da muß ich erwidern: man kann nicht für jede Branche ein allgemeines Gesetz aufstellen, es können hier irgendwelche lokale Momente mitsprechen, die den einen Zweig zur Blüte bringen, auf den anderen aber ohne Einwirkung bleiben. Dagegen ist das, was über das Baugewerbe zu sagen ist, von allgemeiner Bedeutung. Die eigentümliche Lage im Baugewerbe — ich bedauere mit Herrn Geh. Hofrat Hecht, daß diese Frage nicht ausführlich behandelt worden ist — hängt eng zusammen mit der Beschaffung des Kapitals für das Baugewerbe. Es ist das eine Beobachtung, die ziemlich allgemein gemacht worden ist. Eine Hausse hielt bis etwa 1898—1899 an, dann bricht sie aus einem ganz speziellen Grunde, nämlich weil die Gelder für die Beschaffung der Hypotheken zu teuer werden, zusammen; das Geld ist für die Industrie zu stark herangezogen, so daß Pfandbriefe nicht mehr unterzubringen sind, und deshalb fängt es an, dem Baugewerbe an Kapital zu fehlen.

Was dann endlich die Frage des Eintritts der Krise anbetrifft, so will ich hier mit Herrn Spiethoff nicht in das außerordentlich difizile Gebiet eintreten nach der Frage der Geldknappheit, des Kapitalmangels. Ich habe ausdrücklich als einen formalen Grund angeführt die Geldknappheit und als den materiellen Grund die Überproduktion auf bestimmten Gebieten. Um letztere uns in ihrer Wirkung klar zu machen, möchte ich Sie auffordern, die Verhältnisse bei dem hohen Punkt des Aufschwunges sich in folgender Weise vorzustellen. Ende 1899, als der Aufschwung seinen Höhepunkt erreicht hat, war das Bild unseres Wirtschaftslebens dieses, daß alles, was wir an Arbeitskräften zur Verfügung hatten, arbeitete, alles, was überhaupt arbeitsfähig war, in Tätigkeit war. Alle Maschinen schnurrten, alle Bergwerke waren in Betrieb, alle Verkehrsanstalten mußten nicht, wo sie die Wagen und Beförderungsmittel hernehmen sollten, die Arbeiter waren vollständig beschäftigt, Frauen und Kinder waren zur Arbeit herangezogen, es wurde womöglich Tag und Nacht gearbeitet, es wurden Überstunden gemacht — kurz, die produktiven Kräfte waren aufs äußerste angespannt.

Nun war eine bestimmte Produktmenge auf den verschiedenen Gebieten durch diese aufs äußerste angespannten produktiven Kräfte geschaffen, z. B. eine bestimmte Menge Maschinen, eine bestimmte Menge Beleuchtungsanlagen, eine bestimmte Menge von elektrischen Bahnen u. dergl., eine Menge, für die nunmehr keine produktiven Kräfte auf irgend einer anderen Seite vorhanden waren, um sie zu erwerben, aufzukaufen. Es war diese Ausweitung des einen Teiles des gesamten Produktionsfeldes zu groß, um nun Abfluß zu finden nach irgend einem anderen Teile; denn wer hätte es erwerben sollen, es war ja alles in Tätigkeit, und schließlich wird doch mit dieser Tätigkeit die Ware gekauft, mit der Produktion wird die an anderer Stelle produzierte Ware erworben und bei dieser Lage der Dinge blieb ein bestimmter Teil unverwertbar. Da hätten auch alle Preissenkungen nichts genützt. Es hatten also z. B. die sämtlichen Städte von 40 000 Einwohnern herunter, um einen Fall zu nehmen, elektrische Bahnen angelegt, nun waren aber noch Arbeiter in Tätigkeit, die Produkte für den Bau elektrischer Bahnen herstellten. Damit diese ihre Produkte absetzen konnten, hätte doch irgendwo ein Käufer erscheinen müssen, der mit seinen Produkten sie herübernahm. Eine solche Steigerung der Produktion auf der anderen Seite war aber nicht mehr möglich, und folglich war auch die Abnahmefähigkeit nicht mehr zu steigern. Das ist dasjenige, was ich gemeint habe, als ich sagte, es war das Aufhören, das Abbrechen der Steigerungsfähigkeit in der Produktivkraft der Bevölkerung, welches den materiellen Grund für den Ausbruch der Krisis abgab. Ich habe sehr lange gebraucht, bis ich diese Konstruktion fand. Ich brauchte sie allerdings aus Schönheitsgründen; denn nur, wenn ich diese Konstruktion so anbrachte, wie ich es getan, kam die volle Ebenmäßigkeit meines Krisengebäudes heraus: Goldzufluß und Menschenzufluß als Ursache des Aufschwungs, Goldknappheit und Menschenknappheit oder Knappheit der produktiven Kräfte als Ursache der Krisis.

Ich werde hier abbrechen müssen, meine geehrten Damen und Herren, und ich bitte Sie nur noch, mir, wenn Sie noch nicht überzeugt sein sollten, Vertrauen zu schenken, bis ich — zwar nicht das dicke Buch geschrieben haben werde, von dem Herr Dr. Hecht sprach; ich werde mich davor eine Zeitlang zu hüten versuchen, aber — in einer Reihe wissenschaftlicher Aufsätze diese meine Auffassung fundiert und Ihnen damit bewiesen habe — um noch einmal an das Bild anzuknüpfen —, daß der Bau meiner Krisentheorie nicht nur ganz gefällig ist, sondern auch nicht über demjenigen, der hineinzieht, zusammenzubrechen droht.

(Beifall.)

Vorsitzender Professor Dr. v. Philippovich: Meine Herren! Die Debatte ist geschlossen, und es ist nun meine Aufgabe, das, was die Strömung der letzten zwei Tage bei uns zusammengetragen hat an Gedanken, an Anregungen, an Tatsachen, zu sichten und Ihnen nochmals einen kurzen Überblick über das, was wir als bleibenden Gewinn vielleicht aus unserer Diskussion mit heimtragen können, zu gewähren.

Ich möchte, obwohl die Diskussion zwei Tage lang gedauert hat, meine Erörterung darüber mit den Worten beginnen: *le roi est mort, vive le roi!* Die Diskussion ist geschlossen, es lebe ihre Fortsetzung! Ich glaube nicht, daß wir das, was gestern und heute hier gesprochen worden ist, als etwas Abschließendes, als etwas in sich bereits Geseftigtes, als etwas, was die Erkenntnis der Krisen endgültig abgeschlossen hat, betrachten dürfen. Ich will damit nicht etwa einen Vorwurf erheben gegen diejenigen, die als Referenten sich einer mühevollen Aufgabe unterzogen haben, und gegen diejenigen, die sich an der Diskussion beteiligt haben. Wir verdanken Professor Sombart, wie immer, wenn er ein Referat übernimmt, einen geistvollen Beitrag zur Erklärung des Wirtschaftslebens, Herrn Dr. Hecht und Dr. Jastrow eine Fülle tatsächlicher Belehrung. Aber das Problem ist so groß, die Aufgabe, vor die wir gestellt sind, so ungeheuer, daß in Verbindung mit dem Umstande, daß uns die Unterlagen für die Diskussion sehr spät, zum Teil noch gar nicht zugekommen sind, die Diskussion keinen vollen Abschluß finden konnte. Wir haben ja eigentlich das Grundproblem der Gesellschaft, wenigstens das, was wir heute als solches auffassen, zu erörtern gehabt. Wie in früheren Jahrhunderten die Menschen in ihrer seelischen Not Glaubenskämpfe durchgekämpft haben und in Unruhe gewesen sind, und gestrebt haben, zum Seelenfrieden, zu einer inneren Harmonie zu gelangen, so sehen wir heute die ganze Welt in einer zitternden Unruhe, um die Grundlagen ihres Daseins zu sichern, um zur Stabilität, zu einem gleichmäßigen Lebensgenuß, zur Sicherheit für die Grundlage eines solchen zu kommen. Es war mir sehr interessant, daß Herr Prof. Sombart soweit gekommen ist, zu erklären, das Normale des Wirtschaftslebens sei eigentlich die Stagnation, sei die Depression. Das war natürlich eine etwas übertreibende Charakteristik; aber mir ist davon doch der Eindruck geblieben, daß uns zum Bewußtsein gebracht werden solle, daß das, was wir alle haben wollen, Sicherung der wirtschaftlichen Existenzbedingungen ist; daß das Hasten und Streben nach vorwärts und nach größerem wirtschaftlichen Erfolg nicht so sehr eine Sicherung des Fortschrittes als eine fortwährende Bedrohung alles einzelnen sei. Wenn Rodbertus einmal erklärt hat, daß, was die Schule an den Kindern verbessere, der Schmutz und die Not des

Hauses immer wieder vernichten werden, so können auch wir sagen, daß alle unsere Bemühungen, die Arbeiter durch demokratische Einrichtungen an allem Fortschritt Anteil haben zu lassen, sie für Kunst und Wissenschaft zu interessieren, ihnen geistige Genüsse und Anteil an solchen zu gewähren, umsonst sein werden, wenn wir ihnen nicht wenigstens die Sicherheit des materiellen Daseins gewähren können. Mehr als steigender und hoher Lohn, der unsicher und schwankend ist, gewährleistet die Sicherheit eines bescheidenen Einkommens. Wenn das wenigstens einigermaßen der Wahrheit entspricht, dann ist es, glaube ich, auch leicht, zu erkennen, daß wir, wenn wir das Krisenproblem erörtern, tatsächlich die gesamte Verquickung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu betrachten haben. Da aber jede Erörterung an ein einzelnes anknüpfen muß, ist es nicht wohl möglich, aus einer Diskussion zu einem vollständigen Bilde zu kommen. Darum schien mir das Gehörte unvollständig. Wir haben viele Fragen aufgeworfen, aber auch manches nicht besprochen, was meiner Ansicht nach hätte besprochen werden können, und auch von dem, was hier berührt worden ist, haben wir vieles nur skizzenhaft aufzeigen können.

Ich möchte zuerst mich dem zuwenden, was über die in Deutschland durchlebte Krisis gesprochen worden ist, über die Ursache der Krisis, welche Deutschland durchgemacht hat, über den Charakter, den sie trug, und über den Charakter, den das Wirtschaftsleben nach Ablauf dieser Krisis besitzt. Wohl von der Mehrzahl der Redner ist diese Krisis als eine Produktionskrisis bezeichnet worden und zwar vom Hauptreferenten als der Typus einer allgemeinen Krisis. An dieser Charakteristik haben eine kleine Abschwächung vorgenommen — ich glaube wenigstens, die Äußerungen so auffassen zu dürfen — die Herren Dr. Jastrow, Dr. Loeb, Spiethoff, Prof. Hertner und Liefmann, welche alle nur von einer mäßigen Krisis gesprochen haben, welche erklärten, eine allgemeine Krisis sei uns erspart gewesen. Ja, einer dieser Herren — ich glaube Herr Dr. Loeb — hat darauf hingewiesen in einer flüchtigen Bemerkung, er glaube gar nicht, daß eine Produktionskrisis vorgelegen habe, daß es vielmehr nur eine Kreditkrisis gewesen sei. Immerhin war doch der Gesamteindruck, den wir erhalten mußten, der, daß es eine Krisis gewesen ist, welche in der Produktionsphäre ihren Ausgangspunkt genommen hat, hier ihre weitesten Kreise gezogen hat, welche aber nicht zu einer solchen verheerenden Wirkung gelangt ist wie Krisen in früheren Zeiten.

Was den heutigen Stand der Dinge anbelangt, so haben alle Redner mit Beruhigung von der Gegenwart gesprochen. Nur haben Prof. Sombart und Bergrat Gothein darauf hingewiesen, und auch Herr Spiethoff hat sich

ihnen angeschlossen: es ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß der ruhige, aber doch noch nicht vollständig beruhigende Gang der wirtschaftlichen Entwicklung der Gegenwart wieder in eine Krisis umschlage, und insbesondere wurde die Möglichkeit hervorgehoben, daß in Zusammenhang mit dem amerikanischen Markt die Entwicklung in Amerika leicht einen Rückschlag auf Deutschland ausüben könne. Sehr hoffnungsvoll hat Dr. Loeb von der Entwicklung der Wirtschaft gesprochen. Keine weitere Gefahr haben Herr May und Herr Liefmann zu sehen geglaubt, und auch Herr Dr. Jaström hat uns in seinen schönen Darstellungen über die Entwicklung des Arbeitsmarktes darauf aufmerksam gemacht, daß die Kurven, welche eine Besserung der wirtschaftlichen Lage andeuten, ansteigend einen regelmäßigen Verlauf ankündigen; er hat allerdings in seinem Schlußwort darauf hingewiesen, daß diese durchaus konstante Regelmäßigkeit eines abnehmenden Mißverhältnisses zwischen Nachfrage und Angebot an Arbeitskraft mit jedem Augenblick unterbrochen werden kann durch besondere Ereignisse. Also wenn nicht außerordentliche Verhältnisse eintreten, nicht außerordentliche Tatsachen, wie etwa die eines Nichtzustandekommens von Handelsverträgen, so wird nach der allgemeinen Meinung die Krisis, die in Deutschland geherrscht hat, als im Abflauen begriffen angesehen werden dürfen und wohl früher oder später vollständig schwinden, um jenen ruhigen Gang anzunehmen, der als Stagnation bezeichnet wird, vielfach nur deshalb, weil die Geschäftswelt immer dann, wenn es keinen Aufschwung gibt, von schlechten Zeiten spricht. (Heiterkeit.)

Von großem Interesse, aber leider meiner Anschauung nach mit viel zu geringer Breite behandelt war die Frage, welche den Zusammenhang zwischen der Krisenentwicklung und dem Bank- und Aktienwesen betroffen haben. Es ist nicht zu leugnen, daß ein solcher Zusammenhang besteht. Herr Hecht hat in seinem Referat nicht über diesen Zusammenhang gesprochen, aber in sehr dankenswerter Weise über Heilmittel, welche man anwenden könne, und er hat noch in seinem Schlußreferat betont, daß er ein ganz besonderes Gewicht darauf lege, daß man die Heilmittel in bezug auf das Aktienwesen auch zur Anwendung bringe. Nun, wenn man Heilmittel anwendet, müssen doch auch Schäden, müssen doch auch Krankheiten vorhanden sein, und diese Schäden, diese Krankheiten können eben nur darin bestehen, daß die außerordentlich starke Verwandlung von Industrieunternehmungen in Aktiengesellschaften und die damit in Verbindung stehende Behandlung des Aktienwesens, sei es innerhalb der Verwaltung der Aktiengesellschaften selbst, sei es in Zusammenhang mit dem Börsen- und Spekulationswesen, in ungünstiger Weise die Unternehmungen beeinflussen. Aber

in welcher Art dieser Einfluß sich vollzieht, wo wir die Verbindung herstellen können und müssen zwischen dem Zusammenbruch eines industriellen Unternehmens und dem Vorfengesetz und der Aktiengesetzgebung, darüber haben wir leider zu wenig vernommen. Vielleicht wird der Band 110, der in den letzten Tagen in unsere Hände gekommen ist und der den Geldmarkt behandelt, uns darüber noch Aufklärung geben. Auf die Details der Diskussion, die namentlich zwischen Herrn Eschenbach und anderen Herren geführt worden ist, sowie auf die Details der Vorschläge des Herrn Hecht brauchen wir in der Übersicht nicht einzugehen. Wir haben alle, namentlich beim Referat des Herrn Hecht, die Überzeugung gehabt, daß hier sehr beachtenswerte Vorschläge zur Erörterung unterbreitet worden sind.

Von den tatsächlichen Verhältnissen, die weiter zur Erörterung gelangten, nenne ich die Frage: welchen Einfluß haben die Kartelle auf die Entwicklung der Krisis genommen? Die Meinungen, die in dieser Hinsicht zum Ausdruck gekommen sind, waren bei der Mehrzahl der Redner übereinstimmend die: die Kartelle haben mäßigend, mildernd gewirkt. Auch Herr Gothein hat sich dem angeschlossen, wenn er auch auf der anderen Seite eine Ausnutzung der monopolistischen Stellung der Kartelle betonte, genau so wie Herr Prof. Sombart, der auch erklärte, daß man nicht leugnen könne, die Kartelle hätten vielfach die Preisschwankungen in der Hauffe wie in der Baisse gehemmt, aber in manchen Fällen die ungünstigen Wirkungen, von denen sie selbst betroffen worden sind, auf andere Schultern zu übertragen versucht und tatsächlich übertragen. Und diesen Punkt hat Herr Weber aufgegriffen und hat sich in einer sehr scharfen Weise darüber ausgesprochen, daß die Kartelle sehr wenig zur Ermäßigung der Krisis beigetragen hätten, daß sie von diesem Standpunkt aus indifferent gewesen seien, daß sie aber durch die Übertragungen, die Aufrechterhaltung hoher Preise gerade die entwicklungsfähigsten deutschen Industrien gehemmt und geschädigt hätten. Auch darüber ist, glaube ich, die Diskussion noch nicht abgeschlossen.

Das sind die Haupt Gesichtspunkte, die in bezug auf die Beurteilung der Kartelle hervorgehoben sind, deren Bedeutung noch durch Herrn Dr. Jastrow unterstützt wurde, der sein Bedauern darüber aussprach, daß man sich nicht genügend darüber geäußert habe, weil den Kartellen die größte Bedeutung zukommt. Auch Herr Prof. Oldenberg hat das ausgesprochen und auch Herr Spiethoff in einem anderen Zusammenhange, auf den ich am Schluß noch mit einigen Worten zurückkommen werde.

Es blieben noch die Beziehungen zur Landwirtschaft und zum Arbeitsmarkt zu erörtern. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir die

Beutung der Krisis für die Landwirtschaft und umgekehrt der Landwirtschaft für die Krisis nicht erörtert hätten. In dieser Hinsicht liegt allerdings ein bewußter Fehler vor; der Ausschuß hat von vornherein bei Aufstellung des Programms davon Abstand genommen, auch die Landwirtschaft in den Kreis der Betrachtung zu ziehen, weil das Thema an sich schon so riesengroß geworden war, es auch kaum in den zwei Tagen, die zur Verfügung standen, zu bewältigen gewesen wäre, und weil es sich hier vor allem darum handelte, zu untersuchen, wie auf dem eigentlichen Krisengebiet, auf dem Gebiete des industriellen und gewerblichen Lebens in neuerer Zeit sich die Dinge vollziehen, wo man durch Kartelle, durch zentrale Organisationen vielfach glaubte, die Wirkungen von Krisen abschwächen zu können. Das war der Ausgangspunkt unserer Untersuchung. Ich leugne gar nicht, daß die Landwirtschaft mit betroffen wird durch den Aufschwung der Industrie, und auch den Rückschlag mit zu tragen hat, der die Industrie trifft. Allein diese Selbstbeschränkung in der Untersuchung kann nicht als Fehler angesehen werden, es handelt sich da nur um ein neues Gebiet, das später zu untersuchen ist.

Über den Zusammenhang zwischen Krisen und Arbeitsmarkt haben wir durch die Darlegungen des Herrn Dr. Jastrow sehr belehrende und anregende Aufklärungen erhalten, welche von nachhaltender Wirkung für die Verwaltungen sein werden. Es war von besonderem Werte belegt zu erhalten, daß die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt bereits in einem früheren Zeitpunkt auf die Krisis aufmerksam machen, wo die Börse sie noch nicht erkannt oder nicht erkennen will. Ich will nur an die Tatsache erinnern, daß nach den hier vorgeführten Kurven bereits im Mai 1898 sich eine Ungunst der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt zeigt, während auf dem Gebiete der Börse die Kurschwankungen erst im Juni 1900 einen krisenartigen Charakter annahmen, der sehr bald wieder koupirt wurde durch Käufe von Interessierten, sodaß man noch Monate lang im Unklaren blieb, wenn man nur die Börsenberichte verfolgte, ob tatsächlich sich eine Krisis vorbereitete oder nicht, während die Kurven des Arbeitsmarktes einen Verlauf in ungünstiger Richtung aufzeigen. Damit ist alles berichtet, was über den tatsächlichen Verlauf der Krise in Deutschland, über ihren Charakter, den augenblicklichen Stand des Wirtschaftslebens nach der Krisis zu sagen wäre.

Ich komme nun dazu, zusammenzufassen, was hier über die Krisentheorien gesprochen worden ist. Wenn es mir, wie ich hoffe, gelungen ist, einige wesentliche Hauptpunkte zur Beurteilung des tatsächlichen Verlaufs der Krise zusammenzutragen, so wird es mir, glaube ich, nicht gelingen, auf dem Gebiete des Zusammenfassens der theoretischen Meinungen eine ähnliche

durchsichtige Darstellung zu geben und die Meinungen der Herren, die gesprochen haben, Ihnen richtig wiederzugeben. Und wenn es mir nicht gelingt, will ich mich dadurch salvieren, daß ich der Meinung Ausdruck gebe, daß die Meinungen nicht so scharf ausgesprochen, nicht so präzise formuliert waren, daß man sie in allen ihren Konsequenzen hätte durchdenken können oder in vollständiger Schärfe den Gegensatz zu erkennen in der Lage gewesen wäre. Herr Dr. Weber hat in sehr hübscher Weise versucht, die Krisentheorien zu gruppieren. Ich will das auch tun, aber von einem anderen Gesichtspunkte aus. Auf der einen Seite haben wir Krisentheorien vorgetragen bekommen, welche angeknüpft haben an objektive Tatsachen des Wirtschaftslebens, wie an die Tatsache von Kapitalansammlungen, von Verschiebungen in Kapitalanlagen u. dergl. Auf der anderen Seite wurden als Krisen verursachende Elemente hervorgehoben solche Tatsachen, welche anknüpften an die Änderung der wirtschaftlichen Methoden in der Technik, an das Auftreten neuer Bedürfnisse u. dergl. Am schärfsten hat, trotzdem er in einem seiner Werke den Geist im Wirtschaftsleben wie kein anderer Nationalökonom in den Vordergrund der Betrachtung gestellt hat, Herr Prof. Sombart diese objektiven Ursachen der Krisen heute und gestern uns vorgetragen. Er hat ausdrücklich erklärt: die Krisis ist das Ergebnis der Tatsache, daß sich das Tempo und der Rhythmus der Produktion auf dem Gebiete der organischen Welt anders vollzieht als auf dem der anorganischen. Er hat heute gefragt, ob uns diese seine Krisentheorie zu kompliziert erschienen sei, weil man in der Diskussion nicht dagegen aufgetreten sei. Ich muß sagen, sie ist mir zu dunkel, es mir auch nach dem Schlußwort des Herrn Sombart nicht möglich, vollkommen klar in dieser Übersicht zu sagen, wie ich mir das Gesetz der Produktion, der organischen und der anorganischen zu denken habe, welches ihr Quantitäts- und Qualitätsverhältnis in der Volkswirtschaft ist, auf welcher Ursache die Verschiebungen darin beruhen. Nun handelt es sich aber bei allen krisenhaften Erscheinungen gerade um diese sehr wesentlichen Quantitäts- und Qualitätsfragen, welche nur durch eine eingehende Darlegung dessen, was man im einzelnen Falle zu erfassen hat, gelöst werden können. Ähnlich hat auch die Theorie, welche Herr Spiethoff vorgetragen hat, auf mich den Eindruck gemacht, als ob sie das Leitende, das Persönliche, das Subjektive des wirtschaftlichen Lebens zu sehr verschwinden läßt; denn es ist von ihm gesagt worden, daß in einem gewissen Zeitpunkt das soziale Kapital in gewissen Anlagen, in verschiedenen Richtungen und auf verschiedene Güter verteilt ist, und dann tritt nun plötzlich eine Veränderung in diesen Anlagen ein. Worauf diese Veränderung zurückgeht, welches die treibende Kraft ist, das haben wir nicht kennen ge-

lernt. Auch Herr Dr. Weber hat in seinem sehr geistreichen und vielfach, wie ich glaube, Neues bringenden Vortrag uns nur erklärt: als die Ursachen der Krisis haben wir die Kapitalansammlungen, die Neuerungen auf dem Gebiete der Technik zu betrachten. Das rufe dann jene Disproportionalität hervor, die die Krisis verursacht. Auch das ist, wie ich glaube, nicht vollständig, weil immer das Entscheidende die Persönlichkeiten sind und — das hat ja Herr Dr. Weber selbst hervorgehoben — der Zusammenhang, in dem diese Persönlichkeiten zueinander stehen. Er hat hervorgehoben, daß die Hausse nur dort so stark werden konnte, wo, wie in Deutschland, die aufsteigende Entwicklung eine Stoßkraft in der aufsteigenden Technik erhalten hat, daß auch deshalb die Krisis so schwach verlaufen ist, weil das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands ein so günstiges sei. Er hat darin gewiß Recht. Aber warum ist das in anderen Ländern anders? In Österreich hat sich gerade jenes Ereignis vollzogen, welches von mehreren Rednern als ein Mittel der Verführung bezeichnet wurde, das verlockend wirkte auf andere industrielle Erfinder und zu Überspekulationen Anlaß gegeben hat. Das Auerpatent ist ja in Österreich zuerst ausgenutzt worden. Dort hat es aber nicht so stimulierend gewirkt. Wir in Österreich haben von dem Aufschwunge Deutschlands nichts profitiert; bei uns steht das Wirtschaftsleben seit Jahren in einem krisenhaften Zustand, ohne daß wir auf eine bestimmte Ursache hinweisen können.

Viel deutlicher trat diese treibende Kraft in jenen Krisentheorien hervor, welche von Herrn Dr. Herkner, Herrn May, Herrn Gothein u. a. betont worden sind, in welchen vor allem Gewicht darauf gelegt worden ist, daß Veränderungen und Verschiebungen in der Nachfrage nach Gütern durch die Veränderung der Kaufkraft der einzelnen sozialen Klassen entstehen. Und hier ist auch die Erklärung für den Eintritt nicht nur der Hausse, sondern auch der Depression eine näher liegende. Während mir bei Herrn Dr. Weber die Möglichkeit fehlt, die Depression zu erklären, haben wir in der Disproportionalität zwischen Kaufkraft und Produktion einen Anhaltspunkt dafür. Ich will auf diesem Gebiete der theoretischen Erklärungen bekennen, daß ich mit großem Interesse die verschiedenen Meinungen gehört habe und mit noch größerem Interesse studieren werde, wenn sie schriftlich vorliegen, daß wir aber zu einem Abschluß oder zu einer Vereinigung der verschiedenen Meinungen und Feststellungen des Verhältnisses zueinander heute noch nicht kommen können.

So bliebe noch die letzte Frage: Ist in den Debatten irgend etwas hervorgetreten, das zu der Meinung berechtigt, daß wir den Krisen hilflos gegenüberstehen?

Nach der Theorie, welche wir von Herrn Dr. Weber gehört haben — ich glaube, auch nach der von Herrn Prof. Sombart —, wäre die Krisis etwas, was mit dem Fortschritt verbunden ist, was wir nicht von uns abwälzen können, was wir nicht hemmen, nicht voraussehen, nicht beeinflussen können, was wir eben tragen müssen als ein Schicksal, das den Menschen gegeben ist. Nach der Meinung anderer Redner — ich nenne die Herren Dr. Jastrow, Spiethoff, Oldenberg, Prof. Herkner, Gothein —, ich glaube nach der Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Redner haben wir nicht Heilmittel, deren sicheren Erfolg wir mit Sicherheit voraussagen können, aber doch die Erkenntnis, daß die Krisis etwas ist, was die Menschen gemacht haben, vielfach unbewußt, daß sie aber etwas ist, was der Erkenntnis zugänglich ist. Wenn wir die Erkenntnis über den Verlauf der Krisen vertieft haben werden, tiefer in die Zusammenhänge zwischen Krisis und Arbeitsmarkt, zwischen Krisis und Spekulation, zwischen Krisis und Konsumtion eingedrungen sein werden, dann werden wir die Möglichkeit haben, Organisationen zu schaffen, um durch die Gesetzgebung, durch Einfluß auf die Stimmung der Menschen, wenn nicht die Krisen zu beseitigen, so doch ihre Wirkungen zu mildern. Und das ist ein Resultat, das mit der Gesamtten-
denz, die wir hier verfolgen, in guter Übereinstimmung steht: die Erwartung, daß wir das Wirtschaftsleben nicht über uns dahindrausen lassen müssen als etwas, dem wir uns willenlos zu unterwerfen haben, die Hoffnung, daß wir auch auf diesem kompliziertesten Gebiete der Wirtschaftspolitik zu Maßnahmen gelangen können, mit denen wir bewußt eingreifen zum Segen der Gesamtheit.

Lassen Sie mit dem Ausdruck dieser Hoffnung meinen Überblick abschließen. Ich übertrage den Vorsitz an den Vorsitzenden des Vereins.

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Prof. Dr. Schmoller: Meine Damen und Herren! Ich habe nur mit wenigen Worten den Schluß unserer dreitägigen Sitzung herbeizuführen. Ich tue es mit einem — wenn ich so sagen darf — überaus freudigen Gefühle. Denn wenn ich auch meinem verehrten Freunde Herrn Prof. v. Philippovich recht gebe, daß wir zu keinem einheitlichen Resultat greifbarer Art über die Wirtschaftskrisen gekommen sind, so möchte ich doch hinzufügen, das ist noch niemals der Erfolg unserer Verhandlungen gewesen. (Heiterkeit.) Was ich mich am Schluß einer solchen Session frage, ist nur: waren die Referate, war die Debatte auf einer gewissen Höhe, war die Verhandlung so lebendig, so sachverständig, war sie so sehr getragen von Kenntnissen, von Geist, von ehrlichem Streben nach Wahrheit,

daß eine Summe von Anregungen daraus hervorgeht? (Bravo!) Und in dieser Beziehung habe ich die Empfindung — und ich blicke auf 31 Jahre zurück in diesen Versammlungen —, daß wir manche Versammlung gehabt haben, die wir mit weniger Befriedigung geschlossen haben als diese dreitägigen Debatten.

Meine Herren! Mein verehrter Freund, Herr Ministerialdirektor Thiel, Prof. Brentano, Hofrat Hecht und ich sind wohl die einzigen Veteranen, die in dieser Session anwesend gewesen sind von denen, die den Verein einst begründet haben. Wenn uns alle aber etwas besonders befriedigen kann, so ist es eben die Tatsache der heranwachsenden Generation, die Tatsache, daß wir eine Summe von jüngeren Kräften haben auftreten, haben handeln, haben sprechen, haben wissenschaftliche Taten vollziehen sehen, die uns garantiert, daß die geistige Bewegung, in die wir seit 1872 eingetreten sind, ihren großen und bedeutsamen Fortgang haben wird. Ich hoffe, wir werden nach zwei Jahren mit gleichen Empfindungen und gleichem Resultat zusammentreten. Wir werden von heute an mit frischen Kräften an die neue Arbeit treten.

Der Ausschuß hat beschlossen, eine große Enquete über die kommunale Sozialpolitik jetzt sofort in Angriff zu nehmen. Eine Reihe von Bänden, die noch rückständig sind, wird in nächster Zeit erscheinen, so daß unsere Tätigkeit ununterbrochen und, wie ich hoffe, in voller Kraft weitergehen wird, auch wenn wir Alten ganz verschwunden sind.

Ich schließe in bezug auf die künftigen Kongresse mit den Worten: *vivant sequentes!*

(Lebhafter Beifall.)

Prof. Lönneies (Kiel) (zu einer persönlichen Bemerkung): Geehrte Anwesende! Ich sehe mich genötigt zu einer kurzen Erklärung in bezug auf die vorgestrige Debatte, weil der Schluß derselben und die Art, wie darüber, besonders im „Hamburgischen Korrespondenten“, berichtet worden ist, einen falschen Schein auf meinem wissenschaftlichen Namen zu hinterlassen geeignet ist. Der Herr Direktor Schaufeil hat den Schein nicht vermieden, als ob er Hunderte von Berichtigungen in Petto habe in bezug auf Darstellungen, die sich in den gedruckten Referaten über die Lage der seemannischen Arbeiter oder gar in meinem Referat allein befänden, und ich glaube, daß der Eindruck allgemein gewesen ist, als ob er seine Berichtigungen entweder auf mein Referat allein oder auf die sämtlichen Referate bezogen haben wollte, und nur diese seine Darstellung sollte meine Aussage treffen, daß ich diese Darstellung als unbewiesene Behauptung, als aus der Luft gegriffen be-

zeichnen mußte, wogegen der Herr sich mit Schärfe gewandt hat, indem er erklärte, er lege 83 Fälle auf den Tisch des Hauses nieder. Ich stelle fest, daß er sie nicht niedergelegt hat. Das ist aber gleichgültig, denn ich behaupte, daß es sich in keinem Falle um eine Richtigstellung meines Referats handelt. Wie mir gesagt wird und wie ich annehme, handelt es sich um Widerlegungen, die der Herr unternehmen will gegen Angaben, die sich in der Zeitschrift „Der Seemann“ befinden. Natürlich geht mich und meine Arbeit dieses Vorhaben des Herrn absolut gar nichts an. Also muß ich die Versuche, auf meinen wissenschaftlichen Namen und meine Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt, mit der ich gearbeitet habe, und ebenso meine Mitarbeiter, einen Schatten zu werfen, als vollständig gescheitert hinstellen.

Vorsitzender Prof. Dr. Schmöller: Ich schließe nun nochmals unsere Versammlung.

(Schluß 5 Uhr 40 Minuten.)

Verzeichnis der Redner.

- v. Berlepsch, Erc. S. 10. 44. 62. 72. 73. 108. 113. 114.
Böhmert S. 99.
Böhm S. 111.
Burchard S. 5.
Eichenbach S. 235. 284.
Franke S. 11 (Referat). 113. 282.
Freyer S. 96.
Goldscheid S. 229.
Gothein S. 188. 275.
Hecht S. 139 (Referat). 294.
Heckscher S. 9. 73. 108. 137. 289.
Herfner S. 184.
Jastrow S. 169 (Referat). 289.
Kindermann S. 225.
Krogmann S. 63.
Leidig S. 246. 281.
Liefmann S. 261.
Loeb S. 201. 273.
Loening S. 198.
May S. 249.
Nocht S. 104.
Oldenberg S. 256.
v. Philippovich S. 209. 235. 261. 288. 304.
Polis S. 45 (Referat). 114.
Schaufel S. 88. 113.
Schmoller S. 9. 118. 119. 137. 184. 198. 311. 313.
Sombart S. 121 (Referat). 297.
Spiethoff S. 209.
Schroedter S. 67.
Thiel S. 1. 119. 120. 137. 166. 167. 184. 188. 198. 208.
Thun S. 102.
Tönnies S. 71. 80. 106. 312.
Weber, Alfred S. 266.
Wiefenfeld S. 206.
-

Liste der Teilnehmer

an der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik,

Hamburg, den 14. bis 16. September 1903.

Abler, F., stud. cam., Frankfurt a. M.	Böckow, Dr. C., Rat des Senats, Hamburg.
Alexander, Fritz, stud. jur., Hamburg.	Brentano, Dr. L., Professor, München.
Altman, S. P., Berlin.	Brockdorff, Dr. Graf v., Berlin.
Apt, Dr. Mag., Syndikus-Alteste der Kaufmannschaft, Berlin.	Brüggemann, J. S., Kaufmann, Hamburg.
Anderjón, Thor., Dr. phil., Stockholm.	Bülow, Marie v., Hamburg.
Ballod, Dr. Carl, Privatdozent, Berlin.	Cohn, Dr. G., Professor, Göttingen.
Baumgarten, Professor, Kiel.	Cohn, Dr. Martin, Gerichtsaffessor, Berlin.
Behrend, Dr., Syndikus der Handelskammer, Magdeburg.	Danaïlow, G. Th., Professor, Sofia, Bulgarien.
Bendigen, Dr., Bankdirektor, Hamburg.	Delbrück, Hans, Professor, Berlin.
Berlepsch, Frhr. v., Staatsminister, Seebach.	Diedrich, Ernst, Kaufmann, Hamburg.
Besämering, Frau M., Journalistin.	Deutsch, Dr., Affessor, Berlin.
Bethke, Martin, cand. cam., Freiburg.	Diez, Dr. Hermann, Chefredakteur des „Hamb. Correspondenten“, Hamburg.
Beufemann, Dr. W., Oberbeamter des Statistischen Büreaus, Hamburg.	Dochow, Dr., Seebach.
Bing, Wolf, stud. jur., Hamburg.	Dorn, Dr. Alexander v., Schriftsteller, k. k. Kommerzialrat, Wien.
Bodenhausen, Frhr. v., Vizeadmiral z. D., Hamburg.	Eberstadt, Dr. Rud., Privatdozent, Berlin.
Böhme, Dr. phil., Wissenschaftl. Hilfsarbeiter im Bunde der Landwirte, Berlin.	Engelbrecht, Hofbesitzer, Schleswig-Holstein.
Böhmert, Dr., Direktor des Statistischen Amtes, Bremen.	Eiben, Clara, Assistentin bei der Gewerbeinspektion, Hamburg.
Bouffet, Professor, Göttingen.	

- Engel, J., Landgerichtspräsident, Hamburg.
- Engel Reimers, Charlotte, Hamburg.
- Erdmann, Dr. H., Privatgelehrter, Hamburg.
- Eulenburg, Dr. Franz, Privatdozent, Leipzig.
- Eyck, Erich, Referendar, Berlin.
- Fengler, Pastor, und Frau, St. Margarethen.
- Fierz, stud., Leipzig.
- Fischer, R., Einjährigfreiwilliger im 1. Garde-Dragonerregiment, Berlin.
- Foerster, W., Professor, Berlin.
- Fonneg, Beamter, Hamburg.
- Francke, Dr. C., Professor, Berlin.
- Frenssen, G., Pastor a. D., Meldorf.
- Friedberg, Referendar, Altona.
- Freyer, Vorf. Verein D. R. u. D. S. H.
- Fuchs, Dr. Carl Joh., Univ.-Professor, Freiburg i. Br.
- Fürst, Dr. M., Arzt, Hamburg.
- Geibel, D. C., Verlagsbuchhändler, Leipzig.
- Goldfeld, Dr., Rechtsanwalt, Hamburg.
- Goldscheid, Rudolf, Wien.
- Gothlein, Bergrat, M. d. R., Breslau.
- Gottheimer, Dr. Elisabeth, Berlin.
- Graetz, Dr. Victor, Wien.
- Grambow, Rudolf, Dr. phil., Wissensch. Hilfsarbeiter d. Handelskammer, Posen.
- Greve, Dr. W., Handelskammerassistent, Altona.
- Hainisch, Dr., Privatmann, Wien.
- Halben, Dr. Hermann, Rechtsanwalt, Hamburg.
- Hansen, Beamter, Hamburg.
- Hartwig, Dr., Referendar, Lübeck.
- Harms, Dr., Privatdozent, Tübingen.
- Hecht, Frau Geheimrat, Mannheim.
- Hecht, Frau Jac., Mannheim.
- Hecht, Dr. Felix, Geheimer Hofrat, Mannheim.
- Hedfcher, Dr., Rechtsanwalt, Hamburg.
- Hertner, Dr. H., Universitätsprofessor, Zürich.
- Herk, Dr. W., Amtsrichter, Hamburg.
- Heymann, Lida Gustava, Hamburg.
- Hiller, Dr. Wilhelm, Rechtsanwalt, Hamburg.
- Jacobsohn, Justizrat, Posen.
- Jänecke, Dr. Mag., Mitglied des Reichstages, Hannover.
- Jaffé, C., Dr. phil., Heidelberg.
- Jaffé, Dr. R., Arzt, Hamburg.
- Jastrow, Dr., Privatdozent, Charlottenburg-Berlin.
- Jenne, H., Journalist, Spandau.
- Kalkstein, v., Hauptmann a. D., Bergedorf.
- Kalme, Dr., Rat bei den Deputierten für Handel und Schifffahrt, Hamburg.
- Kamin, Hugo, Vorf. des Zentralrats deutscher Gewerksvereine, Berlin.
- Kanner, Dr. Siegm., Redakteur, Wien.
- Kantorowicz, Dr. Franz, Fabrikbesitzer, Posen.
- Kawadtzu, Seu, Professor, Tokio.
- Kemme, G. Th., Redakteur, Hamburg.
- Kestner, Dr. Friß, Referendar, Halle a. S.
- Kindermann, Carl, Professor, Heidelberg.
- Kirchpauer, erster Rat bei den Deput. für Handel u. Schifffahrt, Hamburg.
- Koch, Dr., Direktor des Statistischen Bureaus, Hamburg.
- Kock, J., Kaufmann, Hamburg.
- Kopecky, W., Kommerzienrat, Mitglied der Handelskammer, Berlin.
- Kriegel, Dr. Friedrich, Berlin.
- Krißler, Affessor, Berlin.
- Krogmann, Richd. C., Vorf. der Seeverufsgenossenschaft, Hamburg.
- Kuczyński, Dr. R.
- Kümpel, Rechtsanwalt, Hamburg.

- Landau, Fab., Schriftsteller, Hamburg.
 Lange, Dr. G., Oberregierungsrat, Karlsruhe (Baden).
 Leidig, Dr., Regierungsrat a. D., stellv. Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Berlin.
 Lefßer, Gewerberat, Altona.
 Leyen, Dr. v. d., Wirkl. Geheimer Oberregierungsrat, Berlin.
 Liefmann, Dr. Robert, Privatdozent, Gießen.
 Loeb, Dr. Ernst, Bankier, Berlin.
 Loening, Dr. E., Professor, Halle a. S.
- Mandello, Dr., und Frau, Professor der Nat.-Ökonomie, Preßburg (Ungarn).
 Manheimer, Oskar, cand. jur., Kiel.
 Marr, Dr. Heinz, Geschäftsführer im Volksheim, Hamburg.
 Matthiesen, F. E., Direktor der Deutschen Seemannsschule, Hamburg.
 Rauch, R., Generalsekretär und Maschinenbauer, Berlin.
 May, R. E., Hamburg.
 Mayer, Clemens, Dr. phil., Berlin.
 Meister, Dr. R., Syndikus der Kaufmannschaft, Stettin.
 Melchior, R., cand. cam., Berlin.
 Melzenthin, Fräul. Elisabeth, Rostock.
 Metterhausen, Dr., Handelskammer-Syndikus, Rassel.
 Mombert, Dr. Paul, Karlsruhe i. B.
 Möring, Dr. Guido, Hamburg.
 Mühling, Dr. E., Direktor der Aktiengesellschaft „Neue Börsehalle“, Hamburg.
 Müller, Dr. Ed., Arzt, Hamburg.
 Müller-Rastatt, Dr., Redakteur der „Neuen Hamb. Zeitung“, Hamburg.
 Mundel, E., Rechtsanwalt, Berlin.
- Raumann, Pfarrer a. D., Berlin-Schöneberg.
 Raumann, Dr., Rat, Hamburg.
 Roht, Dr., Physikus, Hafenarzt, Hamburg.
 Oldenberg, Professor, Dr., Greifswald.
- Passow, Richard, Dr. phil. et jur., Berlin.
 Pels, Dr. Richard, Rechtsanwalt, Hamburg.
 Persiehl, H. D., Fabrikbesitzer, Hamburg.
 Petersen, D., Pastor, Altona-Ottensen.
 Philippovich, Dr. v., Universitätsprofessor, Wien.
 Pieper, Dr. Aug., M.-Gladbach.
 Pietrkowski, Dr., Fabrikdirektor, Posen.
 Plenge, Privatdozent, Leipzig.
 Polis, A., Kapitän, Vorstand der Naut. Abt. S.-M. L., Hamburg.
 Potthoff, Dr. Heinz, Mitglied des Reichstags, Charlottenburg.
 Prager, Dr. Max, Rechtsanwalt, München.
- Rathgen, Dr. R., Professor, Heidelberg.
 Rathmann, Karl, Geschäftsführer der „Sozialen Praxis“, Berlin.
 Rauberg, Dr. H., Professor, Prag.
 Redlich, E., Referendar, Hamburg.
 Redlich, Dr. Josef, Privatdozent an der Universität, Wien.
 Reuß, Hamburg.
 Riedes, Dr., Wissenschaftl. Hilfsarbeiter bei der Gewerbekammer, Hamburg.
 Röcke, Dr., Handelskammer- u. Börsen-Syndikus, Hannover.
 Röhrig, Evangelischer Arbeiterverein Deutschland, Altona.
 Rösing, J., Syndikus der Handelskammer, Bremen.
 Roghé, Dr., Syndikus der Handelskammer, Berlin.
 Rosenthal, Dr. Eduard, Universitätsprofessor, Jena.
- Schachner, Dr. Robert, Rechtspraktikant, Heidelberg.
 Schäfer, Oberfinanzrat, Darmstadt.
 Schaufeil, Direktor der Seeverufsgenossenschaft, Hamburg.
 Schmoller, Dr. Gust., Professor, Berlin.

Schomerus, Dr. Fr., Geschäftsführer des Volksheims, Hamburg.	Thiel, Dr., Ministerialdirektor, Berlin.
Schott, Dr., Stadtbaurat, Mannheim.	Thieß, Dr. R., Hamburg.
Schott, R., stud. philos., Stuttgart.	Thun, W., Seemannspastor, Edinburgh.
Schroedter, C., Redakteur, Hamburg.	Tönnies, Professor, Kiel.
Schumacher, Dr. H., Professor, Köln.	Treplin, A., Referendar, Hamburg.
Seibt, Gustav, Dr. phil., Gerichts- assessor, Berlin.	Ulrich, Eisenbahnpräsident, Cassel.
Sering, Dr., Professor, Berlin.	Weber, Dr. Alfred, Berlin.
Siemens, Dr., Rat, Hamburg.	Weber, Dr. Max, Professor a. d. U., Heidelberg.
Sinzheimer, Dr. Ludwig, Privatdozent an der Universität, München.	Weiß v. Wellenstein, Dr. G., G. Rat, Wien.
Soetbeer, Dr., Generalsekretär des Deutschen Handelstags, Berlin.	Wendtlandt, Dr. jur., Syndikus der Handelskammer, Leipzig.
Soltau, R., Referendar, Hamburg.	Wiedensfeld, Dr., Regierungsrat, Berlin- Halensee.
Sombart, Professor, Breslau.	Wirminghaus, Professor Dr., Syndi- kus der Handelskammer, Köln.
Sombart, C. M., Stadtrat, Magdeburg.	Wittenberg, Dr. Max, Chefredakteur der „N. Hamb. Börse“, Hamburg.
Spiethoff, A., Berlin.	Wuttke, Professor, Dresden.
Stämer, Dr., Rat, Hamburg.	
Stöpel, Dr. Karl Theodor, Handels- attaché, Buenos Aires.	Zahn, F., stud. jur., Hamburg.
Struve, Gutsbesitzer.	Zuckerkandl, Professor, Dr., Prag.
Takafoka, Dr. R. (Japan), Student, Berlin.	